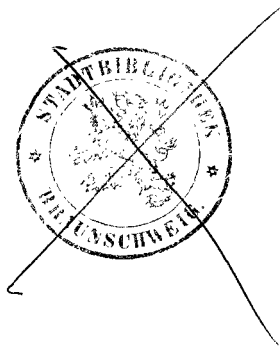


Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

14



Inhalts-Verzeichniß
über die
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1894/95.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.



Uebersicht

der Verhandlungs = Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.)

I. 5. April 1894.

1. Der Stadthaushaltsplan für 1894/95	1
2. Erwerb einer Straßenfläche	31
3. Antrag Müller: Besserungen im Stadtparke	32

II. 26. April 1894.

4. Wahl der Vorsitzenden und des Protocollführers	34
5. Antrag Lord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden	36
6. Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom fl. Exercierplatze	40
7. Wasserrohr im Königstiege	40
8. Neuanlagen am Wasserrohneze	40
9. Errichtung einer Markthalle	40
10. Planirungskosten für die verlängerte Wendenmischstraße	47
11. Reparaturen an der alten Husarencaferne	47
12. Antrag Müller: Besserungen im Stadtparke	47
13. Gesuche um Erlass der Hundesteuer	48
14. Regulirung der Straße Rosenhagen	48
15. Erwerb einer Straßenfläche	48
16. Canal in der Hofstraße	49
17. Terrainerwerb für die Pumpstation	49
18. Vertrag wegen Uebernahme der Staatsstraßen	51
19. Verbreiterung der Bodetwete	55

IV

20.	Baulinie an der Petersilien- und Turnierstraße	55
21.	Ausreibung einer Kirchensteuer	55
22.	Uebnahme verschiedener Straßen	57
23.	Änderung im Kieselgutscomplexe	57
24.	Baulinie für den Hantheimer Weg	60
25.	Baulinie für die Straße „an der Masch“	61
26.	Erwerb von Straßenflächen	61
27.	Verkauf einer Straßenfläche	61
28.	Zwangseenteignung von Straßenflächen	61
29.	Antrag Nieß und Meyerhoff: Gaspreise betreffend	62
30.	Antrag Rathe: Verbreiterung u. der Bockstwe	62
31.	Anfrage Aßmann: Schulgelderhebung betreffend	63

III. 24. Mai 1894.

32.	Antrag Nieß und Meyerhoff: Gaspreise betreffend	66
33.	Antrag Rathe: Verbreiterung u. der Bockstwe	67
34.	Feststellung von Straßenbaukosten am Altewickringe	68
35.	Erwerb einer Straßenfläche an der Kaiserstraße	68
36.	Plattenbelag auf den kleineren Außenstraßen	68
37.	Erwerb einer Straßenfläche an der Bertramstraße	69
38.	Baulinie an der Salzdammer- und Biewegstraße	69
39.	Aufnahme eines Processes	71
40.	Wasserrohr in der Körnerstraße	71
41.	Gasrohr in der Hamburgerstraße	72
42.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	72
43.	Wiederaufbau eines Schuppens	72
44.	Verkauf von Banplätzen am Augustthore	72
45.	Vermehrung der Straßenlaternen	77
46.	Austausch von Straßenflächen an der Koffstraße	79
47.	Zwangseenteignung einer Fläche am Meinhardshofe	80
48.	Baulinie an der Petersilienstraße	80
49.	Baulinie an der Frankfurterstraße	80
50.	Baulinie an der Glicsmaroderstraße	80
51.	Erwerb von Straßenflächen am Bohlwege	80
52.	Erwerb von Straßenflächen am Königstiege	81
53.	Einsprache gegen eine neue Baulinie	81
54.	Verkauf einer Theilfläche an der Fallerleberstraße	81
55.	Wahl von Deputirten zum Braunschweigischen Städtetage	82
56.	Antrag Meyerhoff u. Gen.: Markthallen-Ordnung	82
57.	Antrag Löschigt: Auswechslung der Gasuhren	82
58.	Antrag Günther u. Gen.: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Einführung des achtstündigen Arbeitstages	83
59.	Antrag Müller: Ueberweisung von Banplätzen an die Stadtverordneten	85
60.	Antrag Müller: Rechtzeitige Fertigstellung der Hausanschlüsse	86
61.	Anfrage Nieke: Vergebung von Steinhauerarbeiten zum Stadthausbau	87

IV. 28. Juni 1894.

62.	Antrag Meyerhoff u. Gen.: Markthallen-Ordnung	90
63.	Antrag Löschigt: Auswechslung der Gasuhren	90
64.	Antrag Günther u. Gen.: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Einführung des achtstündigen Arbeitstages	91
65.	Erwerb einer Straßenfläche am Wollmarke	97
66.	Straßenregulierung am Röhgenhagen	97
67.	Verleihung von Ehrenzeichen an Feuerwehrmänner	98
68.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	98
69.	Erwerb einer Straßenfläche am Martini-Friedhofe	99
70.	Erwerb einer Straßenfläche am Langenhofe	99
71.	Gesuch von Anwohnern der Ehrenbrechtstraße: Canalanschlüsse betr.	100
72.	Canallegung in dem Steinwege und der Fallerleberstraße	101
73.	Austausch von Straßenflächen am Langenhofe	102
74.	Erwerb von Straßenflächen an der Parkstraße	102
75.	Erwerb von Straßenflächen an der Okerstraße	103
76.	Beschaffung eines neuen Gasdruckregulators	105
77.	Neueinrichtungen im Schlachthause	105
78.	Änderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore	108
79.	Baulinie und Flächenaustausch am Kohlmarke	103
80.	Ankauf eines Schulhaus-Bauplatzes	109
81.	Abkommen mit der Ehefrau Wolf: Verlegung des Druckrohrs für die Kieselfelder	113
82.	Straßenbaukosten der Raschstraße	114
83.	Einsprache gegen die Baulinie der Giesmaroderstraße	115
84.	Anfrage Gehling: Mißstände auf der Ebertstraße	115
85.	Antrag Brückmann u. Gen.: Mißstände im Radfahrwesen	116
86.	Anfrage Kieke: Benutzung des Platzes an der Amalienstraße	117
87.	Antrag Lorb: Canalisation des Okergrabens hinter der Stobenbrücke	118
88.	Mittheilung des Vorsitzenden	120
89.	Nochmalige Verathung des Punktes (M. 80): Ankauf eines Schulhaus-Bauplatzes	120

V. 30. August 1894.

90.	Einsprache gegen die Baulinie an der Petersilienstraße	124
91.	Kosten des Plattenbelages an verschiedenen Außenstraßen	125
92.	Veräußerung einer Fläche an der Salzdhumerstraße	125
93.	Nichteinzahlung geringer Steuerrückstände von Auswärtigen	125
94.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	126
95.	Canalsteuererlaßgesuch	126
96.	Abtretung einer Straßenfläche am Werder	126
97.	Antrag Brückmann u. Gen.: Mißstände im Radfahrwesen	126
98.	Zwangseenteignung von Straßenflächen an der Wendenstraße	127

VI

99.	Herstellung eines Schlafrumes im Wirtschaftshofe an der Taubenstraße	128
100.	Straßenbaukosten an der Limbekerstraße	128
101.	Desgl. an der verlängerten Limbekerstraße	128
102.	" " " Charlottenstraße	128
103.	" " " Elmstraße	129
104.	Erwerb einer Straßenfläche am Hopfengarten	129
105.	" " " an der Salzdahlumerstraße	129
106.	" " " Grundfläche für das Nieselgut Steinhof	129
107.	Erweiterung des Centralfriedhofes	130
108.	Plattenbelag an der Husaren- und Hochstraße	130
109.	Änderungen im Pferdebahnbetriebe	131
110.	Baulinie am Büstenwege	137
111.	Errichtung eines zweiten Volksbrausebades	137
112.	Erwerb von Flächen an der Frankfurterstraße	139
113.	" " " am Damme	139
114.	Ausbau eines Theiles der Vertramstraße	140
115.	Anträge Nieß und Gen.: Änderungen bei der Straßenbahn	140

VI. 27. September 1894.

116.	Zurückstellung des weiteren Ausbaues der Vertramstraße	144
117.	Vertrag mit der Landeseisenbahn wegen eines Anschlußgleises	145
118.	Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße	145
119.	Anträge Nieß und Gen.: Änderungen bei der Straßenbahn	145
120.	Zwangsenteignung am Alsterwickinge	149
121.	Instandsetzung der Fontainen auf dem Monumentsplatze	150
122.	Straßenbaukosten an der östlichen Husarenstraße	150
123.	Wasserrohrlegung auf der Hagenbrücke	151
124.	Desgl. an der Mäsch	151
125.	Ankauf einer Straßenfläche an der Straße „hintern lieben Frauen“	151
126.	" " " Eichthalstraße	152
127.	Erwerb des Bürgerholzes zum Nieselgute	152
128.	Ausschreibung der Stelle eines Hilfsarchivars	153
129.	Zwangsenteignung u. von Straßenflächen an der Parkstraße	155
130.	Baulinie an der Gildenstraße	157
131.	Ausbau des Königstieges	157
132.	Verkauf eines Bauplatzes am Augustthore	157
133.	Straßenbaukosten am Neustadt- und Wendenringe	158
134.	Änderung der Baulinie an der Fasanenstraße	158
135.	Feststellung der Baulinie am Steinwege	158
136.	Anfrage Löschigt: Aufstellung des Candelabers am Bankplatze	159
137.	Anfrage Löschigt: Bepflanzung der Bürgersteige	160
138.	Anfrage Peplies: Einführung der elektrischen Beleuchtung	160
139.	Anfrage Lange und Gehling: Verbreiterung der Juliusstraße	160
140.	Anfrage Wagner: Gascandelaber auf der Theaterbrücke	161
141.	Antrag Löschigt: Bepflanzung der Bürgersteige	161

VII. 1. November 1894.

142.	Verpachtung der Teiche im Bürgerparke zur Fischzucht	165
143.	Krankenversicherung der Nachtwächter	165
144.	Antrag Böschigt: Bepflanzung der Bürgersteige	166
145.	Kosten des Ausbaues des Mittelweges	166
146.	Erwerb von Straßenflächen am Lessingplatze	166
147.	Reparaturen an einem Hause der Gertrudenstraße	167
148.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	167
149.	Canäle vor dem Fallersleberthore	167
150.	Vertrag wegen Ausbaues einer Straße daselbst	168
151.	Ankauf von Straßenflächen daselbst	170
152.	Desgl. zwischen Wabe- und Carlstraße	171
153.	Gas- und Wasserrohr in und an der Wabestraße	171
154.	Aufnahme verschiedener Straßen in das Verzeichniß der Ortsstraßen . .	172
155.	Erwerb von Straßenflächen an der Korfesstraße	172
156.	Ausbau der Wabestraße	172
157.	Baulinie an der Glicsmaroderstraße	173
158.	Einsprache gegen eine Baulinie am Steinwege	173
159.	Verwilligung für den Bürgerpark	174
160.	Zwangsenteignung von Flächen zum Kieselgute	176
161.	Proceßführung gegen den früheren Destillateur Brendede	177
162.	Erklärung des Herrn Bültemann I	179
163.	Antrag Uhd e: Ausschmückung des Gebäudes der Pumpstation . . .	179
164.	Antrag Lange und Gen.: Einrichtung von Auerlicht im Sitzungs- saale .	181
165.	Anfrage Bues: Ausbau der Capellenstraße	181
166.	Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentl. Feuermelder . . .	182

VIII. 29. November 1894.

167.	Bedürfnisaufstalt am kl. Exercierplatze	184
168.	Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentl. Feuermelder . . .	184
169.	Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	186
170.	Kosten für Vorrichtungen in der Neustadtmühle	186
171.	Bewilligung weiterer Kosten für Canalbauten	187
172.	Theilortsbauplan an der Hagen- und Wiesenstraße	187
173.	Straßenbaukosten am Altwiekeringe	187
174.	Unterstützung der Gemeindepflege zu St. Catharinen	188
175.	Proceß gegen die Interessentschaft Hagen	188
176.	Statut über die Fälligkeit der Gemeindesteuern	190
177.	Straßenbaukosten an der Weststraße	192
178.	Änderung des Ortsbauplanes in der nördlichen Außenstadt	192
179.	Straßenbaukosten an der Elbert- und einer angrenzenden Verbindungs- straße	193
180.	Unterstützung des Vereins gegen Bettelci.	193
181.	Aufnahme eines Processes	194

VIII

182.	Antrag Lord: Einrichtung einer Eisbahn auf dem fl. Exercierplatze . . .	194
183.	Anfrage Ebeling: Einfriedigung von Terrain an der Weststraße . . .	195

IX. 13. December 1894.

184.	Uebnahme der Unterhaltungslast von Olercanälen	198
185.	Schaffung einer neuen Excentorstelle	198
186.	Entlastung der Direction der Gas- und Wasserwerke, sowie Ermäßigung der Gaspreise	199
187.	Canalisation des Burgmühlengrabens	208
188.	Baulinie an der Glicsmaroderstraße	210
189.	Befestigungskosten bei Straßenverbreiterungen	210
190.	Erwerb einer Fläche an der Catharinenkirche	211
191.	Feststellung von Straßenbaukosten am Hohenstiege und Proceßführung	211
192.	Theilortsbauplan an der Einstraße	211
193.	Einrichtung neuer Bürgerischulclassen	212
194.	Antrag Meyerhoff: Ergänzung der Bauordnung	212
195.	Antrag Hauswaldt: Uebnahme der Kosten für Schulbauten auf den ordentlichen Etat	213
196.	Antrag Löschigk: Trennung des Privat-Einrichtungscontos des Gas- und des Wasserwerkes	213
197.	Anfrage Niede: Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke	213

X. 28. December 1894.

198.	Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn	216
199.	Aufbesserung der Gehälter für die Lehrer an der städt. Oherallschule	224
200.	Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße	230
201.	Erwerb von Terrain zum Platze an der verl. Kaiser Wilhelmstraße	230
202.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	231
203.	Gesuch um Auflassung von Wegeterrain an der alten Grünstraße	231
204.	Theilortsbauplan an der Roßstraße	232
205.	Anfrage Wolkenweber: Anlegung eines zweiten Centralfriedhofes	232

XI. 17. Januar 1895.

206.	Erwerb von Grabenflächen in der Feldmark Fagen	234
207.	Erwerb und Veräußerung von Terrain in der nordöstlichen Außenstadt	235
208.	Bewilligung weiterer Kosten zur Herausgabe des städt. Urkundenbuches	235
209.	Abkommen wegen einer Terrainabtretung an der Vertramstraße	236
210.	Einsprache gegen Aufhebung einer proj. Verbindungsstraße an der Kastanienallee	236
211.	Bewilligung von Kosten für die städtischen Badeanstalten	237
212.	Terrainaustausch am Prinzenwege	241
213.	Bewilligung von Kosten zur Ausschmückung der Brücke am Hoftheater	241
214.	Terrainerwerb an der Langenstraße	246

215.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	246
216.	Terrainerwerb am Wiltenswege	246
217.	Vereinbarung mit dem Civilingenieur Königsdorf	247
218.	Ausleiheung eines Hypothekcapitals	247
219.	Verwilligung weiterer Kosten für Aufschließung von Quellwasser	248
220.	Anfrage P e p l i e s: Reinigung der Straßen von Schnee	252
221.	Baulinie für die Echternstraße	253
222.	Baulinie an der Heinen- und Turnierstraße	254

XII. 21. Februar 1895.

223.	Abkommen mit dem Färbermeister Schilling	256
224.	Abtretung einer Fläche an der Weststraße	257
225.	Errichtung elektrischer Centralstationen	258
226.	Instandsetzung der Dienstwohnung des Oberrealschuldirectors	262
227.	Veräußerung einer Fläche an der Carlstraße	263
228.	Erwerb eines Grundstücks an der Brunnenstraße	263
229.	Anderweite Gestaltung des Hagenringes	264
230.	Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	264
231.	Nachverwilligung von Mitteln für technische Hilfskräfte	265
232.	Feststellung der Kosten des Plattenbelages auf verschiedenen außerstädtischen Straßen	265
233.	Remunerationen für provisorische Bürgereschullehrer	267
234.	Einsprachen gegen die Abänderung der Baulinie an der Lampe- und der Hamburgerstraße	267
235.	Reparaturkosten des Badebeckens in der Schule an der Maschstraße	268
236.	Ausbau der Parkstraße	269
237.	Besserungen auf der Freibadeanstalt	269
238.	Befrönung der Kaiser Wilhelmbrücke	270
239.	Gebietsverweiterung des allgemeinen Pflasterfonds	272
240.	Beihilfe an den Verein für Geflügelzucht	272
241.	Beihilfe zur allgemeinen Ausstellung für Bäckerei u.	272
242.	Baulinie für die Beckenwerperstraße und den Wollmarkt	272
243.	Änderung des Ortsbauplans für einen Theil der Casernenstraße und Ausbau derselben	273
244.	Belegung der verl. Straße „am Fallersleberthore“ mit Gas- u. Wasser- röhren	273
245.	Entschädigung an den Rentner O p p e r m a n n	273
246.	Baulinie für die Elmstraße	274
247.	Zwangsenteignung von Terrain zum Hagenring	274
248.	Ausbau der Campestraße	274
249.	Baulinie für die Görbelingerstraße und den Altstadtmarkt	278
250.	Feststellung der Kosten für die Lampe- und die Wendemannsstraße	279
251.	Antrag W o l l e n w e b e r: Einführung elektrischer Beleuchtung im Schlacht- hause	279

X

252.	Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aenderung ihrer Einschätzung	280
253.	Antrag Brückmann u. Gen.: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen	281

XIII. 28. März 1895.

254.	Antrag Meherhoff: Ergänzung der Bauordnung	284
255.	Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Kosten für Schulbanten auf den ordentlichen Etat	285
256.	Antrag Pöschigk u. Gen.: Trennung des Privateinrichtungscontos des Gas- und des Wasserwerkes	285
257.	Anschaffung einer Locomobile	286
258.	Gesuch von Funke wegen Terrainabtretung zur Zimmerstraße	286
259.	Gesuch von Funke wegen der Straßenkostenbeiträge für den Königslieg.	287
260.	Umlage einer elektrischen Beleuchtung des städt. Schlachthauscs	287
261.	Terrainerwerb und Verkauf am Altwiekeringe	288
262.	Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aenderung ihrer Einschätzung	289
263.	Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses u.	291
264.	Feststellung der Straßenbankosten am Altwiekeringe	291
265.	Verlängerung des Vertrages mit Carl Wolters u. Co. wegen der Wasserentnahme	292
266.	Ergänzung des Inventars in der Stadtcasse	294
267.	Verkauf zweier Bauplätze von dem Grundstück der ehem. Husarencaferne am Augustthore	294
268.	Vertrag mit dem Kunstgärtner Nischbieter	294
269.	Beihilfe zur Beschaffung von Ehrenpreisen für die Zubelfeier des Schützenvereins	295
270.	Einrichtung einer neuen Classe bei den unteren Bürgerschulen	296
271.	Erstattung von Wasserrohrlasten in der Hamburgerstraße	296
272.	Erneuerungen und Neueinrichtungen auf dem Gaswerke	296
273.	Änderungen an dem Wasserrohrnetze	297
274.	Auswechselung von Gasröhren	297
275.	Beschaffung eines Apparates zur Bereitung von Benzol-Mischgas	297
276.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	298
277.	Terrainerwerb am Steinwege	298
278.	Änderung beim Schlachthause	298
279.	Beschaffung eines Kochapparates für das Schlachthaus	299
280.	Gewährung von Rabatt an die größeren Gas-Consumenten	299
281.	Persönliche Bemerkung des Herrn Kimpau	300
282.	Antrag Lange u. Gen.: Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Fürsten Bismarck	300

B. Nach den Gegenständen.

- Abkommen mit hiesigen Einwohnern 113, 236, 256.
 Abtreuung von Straßenflächen s. Verkauf.
 Aenderungen beim Schlachthause 105, 287, 298, 299.
 Aenderungen im Pferdebahnbetriebe 131, 140, 145, 216.
 Aenderungen im Kieselgutcomplexe 57, 129.
 Aenderung von Baulinien s. Baulinien.
 Altstadt-Rathhaus betr. 291.
 Anfragen an den Stadtrath der Herren:
 Abmann: Schulgelberhebung 63;
 Bues: Ansbau der Capellenstraße 181;
 Ebeling: Einfriedigung von Terrain an der Weststraße 195,
 Mißstände auf der Esbertstraße 115;
 Lange: Verbreiterung der Juliusstraße 160;
 Löschigt: Aufstellung des Candelabers auf dem Bankplatze 159,
 Besprengung der Bürgersteige 160;
 Peplies: Einführung der elektrischen Beleuchtung 160,
 Reinigung der Straßen von Schnee 252;
 Rieke: Benutzung des Platzes an der Amalienstraße 117,
 Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke 213,
 Vergebung von Steinhauerarbeiten 87;
 Wagner: Gasandelaber auf der Theaterbrücke 161;
 Wolkewebber: Anlage eines zweiten Centralfriedhofes 232.
 Aenderweite Gestaltung des Hagenringes 264.
 Ankauf eines Schulhaus-Bauplatzes 19, 120.
 Ankauf von Straßenflächen s. Erwerb.
 Anschaffung einer Locomobile 286.
 Anträge, selbstständige, der Herren:
 Brückmann: Aufstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungswesen 281,
 Mißstände im Radfahrwesen 116, 126;
 Glünther: Beschäftigung hiesiger Arbeiter zc. 83, 91;
 Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentlichen Feuerwehrr 182, 184;
 Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom H. Exercierplatze 40,
 Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aenderungen 280, 289,
 Uebnahme der Schulbaukosten auf den ordentl. Etat 213, 285;
 Rath: Verbreiterung der Bockstwe 62, 67;
 Lange: Einrichtung von Auerlicht im Sitzungssaale 181,
 Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Fürsten Biemarck 300;
 Löschigt: Auswechslung der Gasuhren 82, 90,
 Besprengung der Bürgersteige 161, 166,
 Trennung des Privateinrichtungscontos 213, 285;
 Vord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden 36, 164,
 Canalisation eines Oergrabens 118,
 Einrichtung einer Eisbahn auf dem H. Exercierplatze 194;

- Meyerhoff: Ergänzung der Bauordnung 212, 284,
 Markthallenordnung 82, 90;
 Müller: Besserungen im Stadtpark 32, 47,
 Rechtzeitige Fertigstellung der Hausanschlüsse 86,
 Ueberweisung von Bauplänen an die Stadtverordneten 85;
 Nieß: Änderungen bei der Straßenbahn 140, 145,
 Gaspreise 62, 66;
 Nide: Anschmückung der Pumpstation 179;
 Wollenweber: Einführung elektrischer Beleuchtung im Schlachthaus 279, 287.
 Arbeiter-Beschäftigung 83, 91.
 Arbeits Vermittlungsstelle 164.
 Archivar-Stelle 153.
 Armenärzte 22.
 Auerisches Glühlicht 5.
 Aufbesserung der Lehrergehälter 224.
 Aufnahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen 172.
 Aufnahme von Processen 71, 177, 188, 194, 211.
 Ausbau von Straßen 18, 140, 144, 157, 168, 172, 181, 269, 274.
 Ausleihung eines Hypothekcapitals 247.
 Anschmückung der Brücke am Hoftheater 241, 270.
 Anschmückung des Gebäudes der Pumpstation 179.
 Ausschreibung der Stelle eines Hilfs-Archivars 153.
 Ausschreibung einer Kirchensteuer 55.
 Austausch von Straßenflächen 79, 102, 108, 241.
 Auswechslung der Gasuhren 82, 90.
 Badeanstalten 237, 269.
 Baulinien-Änderung 55, 60, 61, 69, 80, 80, 80, 108, 137, 157, 158, 173, 187, 192, 210, 211, 232, 253, 254, 272, 273, 274, 278.
 Baulinien, Einsprache gegen 81, 115, 124, 173, 236, 267.
 Baumpflanzungen an den Straßen 8.
 Bauordnung 212, 284.
 Bauplan-Ueberweisung an die Stadtverordneten 85.
 Bedürfnisanstalten 6, 35, 184.
 Befestigungskosten bei Straßenverbreiterungen 210.
 Beihilfe an Vereine, Ausstellungen zc. 193, 272, 272, 295.
 Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses 291.
 Benützung des Platzes an der Amalienstraße 117.
 Benzol-Mischgas-Apparat 297.
 Bericht über die Stadt-Versammlungen 9.
 Beschäftigung hiesiger Arbeiter 83, 91.
 Beschaffung eines Gasdruck-Regulators 105.
 Bepflanzung der Bürgersteige 160, 161, 166.
 Besserungen am Stadtparkteiche 32, 47.
 Besserungen auf der Freibadeanstalt 269.
 Bettelverein 193.
 Brausebäder 16, 137, 268.
 Brückenschmuck am Hoftheater 161, 241, 270.
 Bürgerpark 20, 165, 174, 213.
 Burgmühlengraben 208.
 Canäle 49, 100, 101, 118, 126, 187, 198, 208.
 Candelaber-Aufstellung 159, 161.
 Central-Friedhof 130, 232.
 Centralstelle für Arbeitsvermittlung 164.
 Cholera-Baracken 20.
 Dankschreiben des Staatsministeriums 66, 124.
 Deputirte zum Städtetage 82.
 Dienstwohnungen 262.
 Ehrenbürgerrecht für den Fürsten Bismarck 300.
 Ehrenzeichen für Feuerwehrmänner 98.
 Einführung des 8stündigen Arbeitstages 83, 91.
 Einladung der Versammlung 184, 234.
 Einrichtung neuer Bürgerschulclassen 212, 296.
 „ von Auerlicht im Sitzungsfaale 181.
 Einsprache gegen Baulinien und Straßenprojecte 81, 115, 124, 173, 236, 267.
 Eisenbahn-Verein 194.

Elektrische Beleuchtung 160, 258, 279, 287.
 Elektrische Straßenbahn 216.
 Entlastung der Direction der Gas- und Wasserwerke 199.
 Entschädigung an Oppermann 273.
 Ergänzung des Inventars der Stadtcasse 294.
 Erklärung von Stadtverordneten 35, 179, 300.
 Erneuerungen zc. auf dem Gaswerke 296.
 Errichtung einer Markthalle 40, 82, 90.
 „ eines zweiten Volksbrausebades 137.
 Erstattung von Wasserrohrkosten 296.
 Erweiterung des Central-Friedhofes 130, 232.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 31, 48, 49, 61, 68, 69, 80, 81, 97, 99, 99, 102, 103, 129, 129, 129, 139, 139, 145, 151, 152, 152, 166, 170, 171, 172, 211, 230, 234, 235, 246, 246, 263, 286, 288, 298.
 Excutoren 198.
 Exercierplatz, kleiner 40, 184, 194.
 Feststellung von Baulinien f. Baulinien.
 „ „ Straßenbaukosten f. Straßenbaukosten.
 Feuermelder 182, 184.
 Feuerwehrmänner-Auszeichnung 98.
 Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße 230.
 Gaspreis-Ermäßigung 25, 199.
 Gasrohre 72, 171, 273, 297.
 Gasuhren 82, 90.
 Gaswerk 11, 62, 66, 105, 161, 213, 285, 296, 297, 299.
 Gebietserweiterung des allgem. Pflasterfonds 272.
 Gemeindepflege zu St. Catharinen 188.
 Gemeindesteuern 190, 280, 289.
 Gesuche um Erlass der Hundesteuer 48, 72, 98, 126, 167, 186, 231, 246, 264, 298.
 Gesuche von hiesigen Einwohnern 100, 126, 184, 198, 231, 234, 282, 286, 287.
 Hausanschlüsse 86.
 Haushaltsplan der Stadt Braunschweig 1.
 Herstellung eines Schlafraumes im städtischen Wirthschaftshofe 128.

Hilfsarchivar-Stelle 153.
 Hunde-Beschränkung 36, 164.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 48, 72, 98, 126, 167, 186, 231, 246, 264, 298.
 Husaren-Caserne, alte 15, 47, 72, 157, 294.
 Hypothekcapital-Ausleihe 247.
 Instandsetzung der Dienstwohnung des Oberrealschul-Directors 262.
 Instandsetzung der Fontainen auf dem Monumentsplatz 150.
 Inventar der Stadtcasse 294.
 Kirchensteuer-Ausschreibung 55.
 Kirchliche Verhältnisse 124.
 Kl. Exercierplatz 40, 184, 194.
 Kochapparat für das Schlachthaus 299.
 Kosten des Plattenbelages verschiedener Straßen 68, 125, 130, 265.
 Kosten für Aufschließung von Quellwasser 248, 286.
 Kosten für Ausschmückung der Theaterbrücke 161, 241, 270.
 Kosten für Canalbauten 187.
 Kosten für Herausgabe des städt. Urkundenbuches 235.
 Kosten für städt. Badeanstalten 237, 269.
 Kosten für Vorrichtungen in der Neustadtmühle 186.
 Krankenversicherung der Nachtwächter 165.
 Lehrergehälter 224, 267.
 Locomobilen-Beschaffung 286.
 Markthalle 40, 82, 90.
 Mißstände auf der Ebertstraße 115.
 Mißstände im Radfahrwesen 116, 126.
 Mittheilung des Vorstehenden 120.
 Münzsammlung 66.
 Nachtwächter 165.
 Nebenarbeiten städt. Beamten 9.
 Neueinrichtungen im Schlachthause 105, 279, 287, 298, 299.
 Neustadtmühle 186.
 Nichteinziehung geringer Steuerrückstände von Auswärtigen 125.

XIV

Ortsbauplan-Änderung s. Baulinien.
Ortsstraßen 172.

Pachtzins für Lagerung von Baumtensilien 7.
Pferdebahn 19, 131, 140, 145, 216.
Pflasterfonds 272.
Pflegehaus 23.
Planirungskosten 47.
Plattenbelag 68, 125, 130, 265.
Polytechnicumfeier 4.
Proceßführung 71, 177, 188, 194, 211.
Protekt von Anwohnern der Parkstraße 124.
Protocollführer-Wahl 34.
Pumpstation 49, 179.

Quellwasser-Ausschließung 248, 286.

Rabattgewährung an die größeren Gasconsumenten 208, 299.
Radfahrwesen 116, 126.
Rechtzeitige Fertigstellung der Hausanschlüsse 86.

Regulirung von Straßen 48, 97.
Reinigung der Straßen von Schnee 252.
Remuneration für prov. Lehrer 267.
Reparaturen an städt. Gebäuden 47, 167.
Reparaturkosten eines Badekessels 268.
Rieselgut 35, 57, 113, 129, 152, 176, 179.

Schaffung einer Executorstelle 198.
Schlachthaus 105, 279, 287, 298, 299.
Schulen 16, 21, 63, 109, 120, 212, 213, 224, 262, 267, 268, 285, 296.
Schuppen-Wiederaufbau 72.
Servitut auf dem kl. Exercierplatze 40.
Sitzungssaal der Stadtverordneten 181.
Sparverein für Confirmanden 66.
Stadthausbau 87.
Stadthaushaltungsplan für 1894/95 1.
Stadtspark 2, 18, 32, 47.
Städte-tag 66, 82.
Statut über die Fälligkeit der Gemeinde-steuern 190.
Steuern 35, 125, 190, 280, 289.
Straßen-ausbau 140, 144, 157, 168, 172, 181, 269, 274.

Straßenbahn 19, 131, 140, 145, 216.
Straßenbaukosten 68, 114, 125, 128, 128, 129, 150, 158, 166, 187, 192, 193, 211, 279, 287, 291.
Straßenlaternen 6, 25, 77.
Straßenregulirung 48, 97.
Straßenreinigungs-Institut 23, 128, 252, 281.
Straßenübernahme 7, 51, 57.
Straßenverbreiterung 210.
Straßen, welche in irgend einer Weise behandelt sind:
Adolfstraße 265;
Altewieking 68, 149, 172, 187, 288, 291;
Altstadtmarkt 278;
Amalienstraße 117;
Augustthor, am 72, 157, 294;
Bankplatz 159;
Bedenwerperstraße 272;
Bertramstraße 69, 140, 144, 236;
Bindestraße 19;
Bockswerte 55, 62, 67;
Bohlweg 80;
Brunnenstraße 263;
Bültenweg 125, 137, 246, 265;
Campestraße 265, 274;
Capellenstraße 181;
Carlstraße 125, 263;
Casernenstraße 19, 273;
Catharinenkirche, an der 211;
Charlottenstraße 128;
Damm 31, 139;
Echternstraße 253;
Ehrenbrechtstraße 100, 272;
Eichthalstraße 152;
Ebertstraße 115, 193;
Emsstraße 129, 211, 274;
Exercierplatz, kl. 40, 184, 194;
Fallersleberstraße 81, 101, 273;
Fallersleberthor, am 167, 168, 170, 171, 172;
Fasanenstraße 158;
Ferdinandstraße 125;
Frankfurterstraße 80, 139;
Gertrudenstraße 167;

Genjofstraße 265;
 Glicsmaroderstraße 80, 115, 173, 210;
 Gördelingerstraße 278;
 Grünstraße 231;
 Gildenstraße 157;
 Hagenbrücke 151;
 Hagenring 57, 172, 264, 274;
 Hagenstraße 187;
 Hamburgerstraße 72, 267, 296;
 Heinenstraße 254;
 Heinrichstraße 172;
 Helmstedterstraße 19;
 Hintern Lieben Frauen 151;
 Hochstraße 130;
 Hoheftieg 211;
 Hopfengarten 129;
 Husarenstraße 130, 150;
 Juliusstraße 160;
 Kätzhagen 61, 97;
 Kaiserstraße 68;
 Kaiser Wilhelmstraße 172, 230, 230;
 Kastanienallee 236;
 Königstieg 40, 57, 81, 157, 287;
 Körnerstraße 71;
 Kohlmarkt 108;
 Korffstraße 172;
 Lampestraße 267, 279;
 Langerhof 99, 102;
 Langestraße 246;
 Leonhardsplatz 20;
 Lessingplatz 166;
 Limbeckstraße 128, 128;
 Masch, an der 61, 81, 151;
 Maschstraße 114;
 Meinhardshof 80;
 Mittelweg 166;
 Monumentsplatz 150;
 Neue Promenade 125, 265;
 Neustadttring 158;
 Osterstraße 103;
 Ottmerstraße 265;
 Parkstraße 102, 124, 155, 269;
 Pawelstraße 7;
 Peterfilienstraße 55, 80, 124;
 Prinzenweg 241;
 Rautheimerweg 60;

Rosenhagen 48;
 Rosenthal 7;
 Roßstraße 19, 49, 79, 232;
 Salzdahlumerstraße 69, 125, 129;
 Schleinitzstraße 125;
 Sidonienstraße 265;
 Spielmannstraße 265;
 Steinweg 101, 158, 173, 298;
 Taubenstraße 128;
 Turnierstraße 254;
 Uhlandstraße 108;
 Viewegstraße 69;
 Wabestraße 18, 57, 171, 172;
 Wendenmaischstraße 47, 279;
 Wendenring 158;
 Wendenstraße 48, 61, 127;
 Werder 126;
 Weststraße 192, 195, 257;
 Wiesenstraße 187;
 Wilhelmstraße 145;
 Wollmarkt 97, 272;
 Zimmerstraße 286.

Technische Hilfskräfte 265.

Uebnahme der Kosten für Schulbauten auf den ordentl. Etat 213.

Uebnahme der Unterhaltungslast von Otercanälen 198.

Uebnahme von Straßen 7, 51, 57.

Ueberweisung von Bauplänen an die Stadtverordneten 85.

Unterstützung der Gemeindepflege zu St. Catharinen 188.

Unterstützung von Vereinen zc. 193, 272, 272, 295.

Urkundenbuch 235.

Verbreiterung von Straßen 55, 62, 67, 160.

Vergebung von Steinhauerarbeiten 87.

Vereinbarung mit Königsdorf 247.

Verein gegen Bettellei 193.

Verkauf von Straßenflächen und Bauplänen 61, 72, 81, 125, 126, 157, 235, 257, 263, 288, 294.

Verlängerung des Vertrages mit Wolters 292.

XVI

Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den
Fürsten Bismarck 300.
Verleihung von Ehrenzeichen an Feuerwehr-
männer 98.
Vermehrung der Straßenlaternen 77.
Verpachtung der Teiche im Bürgerparke 165.
Vertrag mit der Landeseisenbahn 145.
Vertrag mit Rischieter 294.
Vertrag wegen Uebernahme der Staats-
straßen 51.
Verwilligung für den Bürgerpark 174.
Volksbransebad 137.
Vorfigender 34.

Wahl der Vorfigenden und Protocollführer 34.
Wahl von Deputirten zum Städtetage 82.
Wasseraufschließung 248.
Wasserrohr und Wasserwerk 11, 40, 40, 71,
151, 151, 171, 213, 273, 285, 292,
296, 297.
Wiederaufbau eines Schuppens 72.
Zurückstellung eines Straßenausbaues 144.
Zwangseenteignung von Flächen und Grund-
stücken 61, 80, 127, 149, 155, 176, 274.

1894/95.

N. 1.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 5. April 1894.

Tagesordnung:

I. Der Stadthaushaltsplan für 1894/95	Seite 1
II. Erwerb einer Straßenfläche.	" 31
III. Antrag Müller: Besserungen im Stadtparke.	" 32

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Floto.

Entschuldigt die Herren Blasius, Rimpau und Semler.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Der Stadthaushaltsplan für 1894/95.

Der im Druck vorliegende Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1894/95 ist nebst einem erläuternden Begleitschreiben den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zugegangen und in einer Sitzung der Finanzcommission, zu welcher auch die übrigen Stadtverordneten eingeladen waren, durchberathen.

Die Berichterstattung hat der Vorsitzende der Finanzcommission, Herr Jüdel, übernommen. Derselbe weist zunächst auf die eingehenden allgemeinen Bemerkungen des Magistratschreibens hin und geht sodann zur Besprechung des Stats selbst über.

1. Etat der Stadtcasse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 153 385,70 M.

Ausgabe 415 938,17 M.

Zu der geringen Verminderung des Stammvermögens von 754 175 M 93 S auf 752 331 M 51 S bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dieselbe nur eine scheinbare sei, indem in Wirklichkeit sogar eine Vermehrung stattgefunden habe. Wenn im Jahre 1889 ein Grundvermögen von 781 000 M angegeben sei, so habe man hierbei zu beachten, einmal, daß dieses Vermögen in Höhe von nahezu 2000 M aus dem Betriebsfonds vorübergehend ergänzt gewesen sei, sowie daß nach den früheren Stats ein Betrag von 14 400 M, welchen die Turnhalle zu verzinsen gehabt habe, mit aufgeführt sei, der nach Erbauung der neuen Turnhalle im höheren Betrage wieder abgeschrieben worden. Endlich müsse man die unter M 24 des Stats vermerkten 15 000 M Actien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft zu dem Stammvermögen rechnen, was versehentlich nicht geschehen sei. Wenn man schließlich noch berücksichtige, daß einige durch Amortisation eingegangene Beträge wieder belegt werden würden, so ergebe sich eine mäßige Erhöhung des Stammvermögens. Uebrigens könne selbst durch eine irrthümliche Eintragung des Stammvermögens eine unrichtige Verwendung desselben nicht vorkommen.

Zu den Ausgabepunkten „2 f sachliche Aufwendungen für Instanderhaltung des Stadtparks 1400 M“ und „2 g sachliche Aufwendungen für Instanderhaltung des Bürgerparks 3600 M“ beantragt Herr Müller, die erstere Summe um 1200 M zu erhöhen und diesen Betrag bei 2 g abzusetzen, sodaß die Gesamtsumme des Stats hierdurch nicht berührt werde. Wie Herr Müller zur Begründung ausführt, erscheine es ihm nothwendig, die Wasserverhältnisse des Teiches im Stadtpark zu bessern. Das Wasser des Teiches sei auf ein Minimum herabgesunken und stagnire, sodaß es einen schlechten Geruch verbreite. Es würde sich mit Leichtigkeit vom Wirthschaftsgebäude aus nach dem Teiche ein Röhrenstrang legen lassen, der bei einer Länge von ca. 215 m vielleicht 700—800 M kosten werde, und durch den sich das Wasser auf dem erforderlichen Stande erhalten lasse. Das Sinken des Wassers solle nicht allein durch die Trockenheit der beiden letzten Sommer, sondern namentlich durch die Canalisirung in der Nähe des an dem Park vorbeiziehenden Grabens herbeigeführt sein, sodaß sich dasselbe auch bei weniger

trockenen Sommern nicht wesentlich heben werde. Außerdem bedürfe das Häuschen auf dem Teiche einer Reparatur, auch erscheine eine Umfriedigung des südlichen und einer Strecke des östlichen Theiles vom Parke mittelst Harzzauns zur Schonung der Anlagen nothwendig, welche sich mit rund 200 M beschaffen lasse. — Bei dieser Gelegenheit möchte er dem Magistrate zur Erwägung anheimstellen, die Einkommensverhältnisse des Stadtparkaufsehers Bursee einer Prüfung zu unterwerfen. Derselbe sei im Etat als Arbeiter aufgeführt, verdiene aber eher die Bezeichnung eines Landschaftsgärtners und halte den Park bestens in Ordnung.

Herrn Oberbürgermeister Pockels erscheint es bedenklich, solche Anträge gelegentlich der Etatsberathung zu berücksichtigen, insoweit sie eine Wirkung auf die Etatssummen selbst haben sollen. Es werde auch kein Magistratsmitglied in der Lage sein, sofort beurtheilen zu können, was an baulichen Reparaturen im Stadtparke aufzuwenden sein möchte. Was die in Anregung gebrachte Erhöhung der Befoldung des ständigen Arbeiters Bursee anlange, so sei dem Magistrate noch von keiner Seite die Mittheilung geworden, daß dieses Einkommen einer Erhöhung bedürfe. Der Mann habe namentlich im Winter nicht seine ganze Arbeitskraft dem Parke zu widmen. Immerhin könnte diese Frage geprüft und das Einkommen eventuell aus dem Dispositionsfonds des Magistrats aufgebeßert werden. Was die baulichen Reparaturen anlange, so ermittle die städt. Bauverwaltung das Bedürfniß und werde der Kostenbetrag dem für laufende Reparaturen (Seite 3 des Etats unter a ee) ausgeworfenen Betrage von 200 M entnommen. Wieweit dieser Betrag dazu ausreiche, entziehe sich seiner Beurtheilung und müßte selbstständiger Prüfung vorbehalten bleiben.

Herr Stadtrath Ketemeyer will mittheilen, daß sich der Magistrat am Morgen mit einem Antrage des Promenaden-Inspectors Kreiß beschäftigt habe, nach welchem ähnlich wie von Herrn Müller vorgeschlagen werde, vom Wirthschaftsgebäude nach dem Teiche ein Wasserrohr zu legen, um dem Wassermangel im Teiche abzuhelpfen. Die für diese Rohrlegung in Verbindung mit einem im Teiche einzurichtenden Springstrudel veranschlagten Kosten von 800 M habe der Magistrat vorläufig noch Bedenken getragen aufzuwenden. Bekanntlich seien die beiden letzten Sommer besonders trocken gewesen, man müsse daher vor der Aufwendung solcher Summe erst einmal abwarten, ob sich die Wasserverhältnisse nicht mit der Zeit bessern werden. Wenn dieselben aber wirklich Unzuträglichkeiten im Gefolge haben, so sei zu überlegen, ob man nicht ab und zu mittelst einer Schlauchlage vom Hause aus dem Teiche Wasser zuführen könne. Was das in Anregung gebrachte Stacket betreffe, so sei dem Magistrate bislang noch von keiner Seite mitgetheilt worden, daß die Einfriedigung ungenügend erscheine.

Der Herr Vorsitzende giebt Herrn Müller anheim, seine Wünsche in die Form eines selbstständigen Antrages zu fassen.

Namens der Finanzcommission verstellt Herr Fiedel dem Magistrate zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, die rückständigen Restkaufgelder auf die zu Schulzwecken angekauften Häuser *N. ass.* 1295 an der Reichenstraße und *N. ass.* 563 und 569 an der Echternstraße bezw. dem Prinzenwege — Seite 9 des Etats *N.* 4 und 5 — im Betrage von 9000 *M.* zurückzuzahlen und hierfür preussische Consols in gleichem Betrage — Seite 10 *N.* 23 des Etats — zu veräußern.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob es nicht möglich sei, in dem Executionsetat des vorhergehenden Jahres die betr. Einnahmen und Ausgaben in Einzel- statt in Sammelsummen anzugeben, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dieses schon an sich seine Schwierigkeiten habe und wenig geeignet sei, eine gute Uebersicht zu bieten, weil die Einnahme- und Ausgabeposten häufig wechseln, daß indessen bei dem vorliegenden Etat ganz besondere Schwierigkeiten vorliegen, weil dem einjährigen Etat ein 1 $\frac{1}{2}$ -jähriger hätte gegenübergestellt werden müssen, sodaß ein Ueberblick doch nicht vorhanden gewesen sein würde.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme 6090 *M.*

Ausgabe —.

Auf Seite 18 des Etats muß es heißen: „Aus der Gemeinde = Kirchen = Cassé, Ersatz der in der Zeit vom 1. Juli 1892 bis 31. März 1894 vorgeschossenen Ausgaben für kirchliche Zwecke.“

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 378 308,61 *M.*

Ausgabe 957 718,61 *M.*

Dieses Sammelcapitel wird erst nach der Berathung der betr. Specialstats erledigt.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 14 312,65 *M.*

Bei dem Punkte 3 „Zur Unterhaltung und Vermehrung der Sammlungen des Museums 3000 *M.*“ bemerkt Herr Hauswaldt, daß es ihm zweckmäßig erscheinen würde, wenn die Versammlung erführe, was für diese Summe beschafft werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß dieses schon jetzt alljährlich in einer besonderen Vorlage geschehe.

Herr Hauswaldt möchte sodann beantragen, in dieses Capitel noch 3000 *M.* einzusetzen, um diese Summe dem Polytechnikum, welches in 1 $\frac{1}{2}$ Jahren seine 150 jährige Stiftung feiere, zur Herstellung einer Festschrift zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich habe die Landesversammlung die zu diesem Zwecke beantragte Summe abgelehnt. Ohne diesen Beschluß kritisiren zu wollen, halte er es für eine Ehrenpflicht der Stadt, dem Geburtstagskinde, welchem sie immer noch einen Schritt näher stehe als die Landbewohner, etwas zu verehren. Er bitte, diese 3000 *M.*

schon in den vorliegenden Etat einzustellen, obwohl das Fest erst im nächsten Jahre gefeiert werde, damit die interessirten Kreise mit dieser Summe rechnen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels empfiehlt, diesen Antrag zurückzuziehen, da das Fest erst in die nächstfolgende Finanzperiode falle.

Der Herr Vorsitzende muß Bedenken tragen, diesen Antrag der Versammlung ohne Commissionsberathung zur Beschlußfassung zu unterbreiten, da hierbei Gesichtspunkte maßgebend seien, welche eine gründliche Prüfung nothwendig machen. Wenn er sich auch sehr für die Sache interessire, so halte er es doch für unpractisch, sie mit dem Etat zu verquicken und gebe er deshalb anheim, einen selbstständigen Antrag einzubringen.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 127500 M.

Ausgabe 325500 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach der Erledigung des betr. Specialetats.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme 1100 M.

Ausgabe 3175 M.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, wann der Rücktransportwagen bei der Desinfectionsanstalt zur Einstellung gelange, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß am Morgen beschlossen sei, denselben sofort ausführen zu lassen.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M.

Ausgabe 2057,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 16227,50 M.

Ausgabe 66350 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 32305,90 M.

Ausgabe 319181,92 M.

Herr Oberbürgermeister Pockels stellt die Bemerkung 18 des Begleitschreibens dahin richtig, daß sie heißen muß: Die Beitragspflicht des Staates erstreckt sich nach dem Bestande zu Ende des Jahres 1893 auf 932 innenstädtische und 36 außenstädtische Laternen.

Die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob über die probeweise Verwendung des Auer'schen Glühlichtes schon Erfahrungen gesammelt seien, beantwortet

Herr Stadtrath Haake: Es sollen Versuche gemacht werden mit 10 Laternen auf dem Steinwege und mit einer weiteren Anzahl auf dem Altstadtmarkte, um den Unterschied festzustellen zwischen gewöhnlichem und Auerlichte. Dem Vornehmen nach habe eine Gesellschaft in Berlin einen Strumpf erfunden, welcher haltbarer sein solle, sodaß es sich nicht empfehle, jetzt derartige Strümpfe zu be-

schaffen. Unzuträglichkeiten haben sich bis jetzt bei der Probelaterne am Burgplatze nicht ergeben.

Herr Lord bemerkt, daß an dieser Probelaterne der Strumpf schon zweimal gebrochen sei und dieselbe dann ganz kläglich gebrannt habe.

Zu dem Punkte 3b „Errichtung einer Bedürfnisanstalt an einem noch zu bestimmenden Platze 1000 M.“ beantragt Herr Müller, die Anschlagssumme behuf Errichtung zweier weiteren Anstalten um 2000 M zu erhöhen. Es sei eine dringende Nothwendigkeit, am Magnithore, am Theater, an der Elmstraße und am Amalienplatze eine solche Anstalt zu errichten. Hiervon wolle er nur zwei Anstalten am Magnithore und am Theater herausgreifen. Außerdem bitte er, besonders darauf Rücksicht zu nehmen, daß die sämtlichen Bedürfnisanstalten sich in sehr schlechtem Zustande befinden. Die Eisenconstruction sei verrostet und gerathe in Verfall, wenn nichts geschehe. Bei der Anstalt am Steinhore müsse auch der Cement in Versetzung gerathen sein, denn es laufe das Wasser nach Außen hin ab.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, diesem Antrage keine Folge zu geben. Die Herren, welche schon länger in der Versammlung seien, würden sich erinnern, daß die unglückselige Anstalt am Magnithore schon mehrere Jahre mit 2400 M etatistirt gewesen sei; die Versammlung habe aber einen auf alle Fälle passenden Platz nicht aussindig machen können. Selbst wenn aber auch das neue Mitglied, Herr Müller, in der Lage sein würde, einen einwandfreien Platz am Magnithore zu bezeichnen, so brauchte eine Summe für die Anstalt doch nicht eingestellt zu werden, weil der Betrag dem Dispositionsfonds des Magistrates, welcher die Mittel zur Bestreitung solcher Ausgaben enthalte, entnommen werden könne.

Herr Halle kann diese Mittheilungen in Bezug auf das vergebliche Suchen nach einem geeigneten Platze bestätigen.

Herr Ebeling befürwortet die Anbringung einiger Petroleumlaternen auf der Fabrikstraße, welche wegen der vielen Abwässer der Artmann'schen Fabrik bei Dunkelheit schwer zu passiren sei.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die Beleuchtung der Fabrikstraße in der z. B. bei der Herzöglichen Polizei-Direction befindlichen Vorlage, betreffend die Vermehrung der Straßenbeleuchtung, schon berücksichtigt sei.

Herr Müller zieht mit Bezug auf die gegebenen Darlegungen seinen Antrag zurück.

Auf die Anfrage des Herrn Günther, ob auch die Straße hinterm Hopfengarten in der Vorlage bedacht sei,

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß alle Wünsche in Bezug auf die Verbesserung der Straßenbeleuchtung bis zur Verathung der betr. Vorlage zurückgestellt werden möchten.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 107 700 M.

Ausgabe 154 100 M.

Bei dem Punkte 1 der Einnahme: „Pachtzins für Benutzung von Straßenterrain zur Lagerung von Baumaterialien und dergleichen bei Neubauten“, bringt Herr Meyerhoff zur Sprache, daß der Polizeisecretair bei Hinterlegung von Cautionsgeldern für die Benutzung von Straßenterrain bei Neubauten Baareinzahlung des Betrages verlange und coursfähige Werthpapiere mit der Begründung ablehne, daß die Zinsen aus den hinterlegten Werthen einen Theil seiner Einnahme bilden. Das seien Mißstände, welche der Abstellung bedürfen. Als Zeugen hierfür könne er den Bauunternehmer Gremmels und den Zimmermeister Gehrke nennen.

Herrn Stadtrath Kete Meyer ist das Bestehen einer derartigen Praxis unbekannt, aber auch zweifelhaft, er wolle daher Erkundigungen einziehen.

Herr Rudeloff möchte anregen, die noch vorhandenen Privatstraßen seitens der Stadt zu übernehmen. Eine der älteren Privatstraßen sei das Rosenthal. Da man bei der Ferdinandstraße erfahren habe, wie mißlich es sei, wenn sich die Stadt nicht in voller Disposition über das vorhandene Straßenterrain befinde, so dürfe es sich empfehlen, mit den Eigenthümern des Rosenthals nunmehr in Verhandlung zu treten, zumal auch schon ein Betrag von 3500 M für die Canalisirung des Rosenthals in den Etat eingestellt sei. Daß die Anwohner ein starkes Interesse an der Uebernahme haben, liege auf der Hand, da ein Privateigenthümer niemals eine derartige Fürsorge auf die Wege verwenden werde wie die städtische Bauverwaltung. Die Anwohner tragen die städtischen Lasten und möchten daher auch an den Wohlthaten der Stadt theilnehmen. Eine große Schwierigkeit bei der Uebernahme bilde allerdings die Brücke, aber es müßten trotzdem die Verhandlungen einmal eingeleitet werden. Die Brücke werde außerordentlich viel benutzt und sei die Frequenz namentlich seit der Einrichtung der Postzweigstelle an der Cellerstraße bedeutend stärker geworden; auch werde sie viel von Schulkindern begangen. Bedenklich erscheine es ihm, eine solche Brücke in den Händen von Privatleuten zu lassen, weil zu befürchten stehe, daß die Instandhaltung nicht mit der nöthigen Sorgfalt geschehe.

Herr Stadtrath Kete Meyer kann die Erfüllung dieses Wunsches vorerst nicht in Aussicht stellen. Die Verhältnisse liegen bei der Pawelstraße und dem Rosenthal ziemlich gleich. Der Eigenthümer der Pawelstraße habe zuerst eine Entschädigung für den Ausbau der Straße beansprucht, dürfte sich jetzt aber wohl besonnen haben und geneigt sein, dieselbe der Stadt unentgeltlich zu überweisen. Darauf haben die Anlieger von der Stadt die Zusicherung verlangt, daß ihnen die Vorgärten niemals weggenommen werden dürfen. Das sei dem Magistrate auch bedenklich erschienen, weil bei einer etwaigen späteren Durchführung der Pawelstraße über die Oker hinweg die Verbreiterung der Straße nothwendig erscheinen könnte. Die Verhandlungen wegen der Uebernahme des Rosenthals mit den Blume'schen

Erben seien wegen der Brücke gescheitert. Die städtische Bauverwaltung habe nämlich gefordert, daß die Brücke stabiler gemacht werde und seien darauf die Eigenthümer ersucht, die hierfür aufzuwendenden Kosten von 7000—10000 M zu tragen, welche durchaus billige Forderung von denselben abgelehnt sei. Die Canalisation lasse sich mit Genehmigung der Eigenthümer unabhängig hiervon durchführen, denn es stehe wohl nicht zu erwarten, daß dieselben hiergegen Widerspruch erheben. Dagegen müsse unter den dargelegten Verhältnissen von einer Uebernahme der Straße abgesehen werden.

Herr Rubeloff bedauert, beim Magistrate keine Geneigtheit mit seinem Wunsche zu finden. Die Anwohner haben schon einmal 7000 M bei der Uebernahme der Brücke zahlen wollen und lasse sich auf dieser Basis doch wohl weiter verhandeln.

Herr Hauswaldt beklagt, daß sich in diesem Capitel kein Posten für die weitere Anpflanzung von Bäumen auf den Straßen vorfinde. Er beantrage daher einen Betrag von 2000 M für die Neubepflanzung von Straßen außerhalb der Thore in den Etat einzustellen. Verschiedene engbebaute Straßen vor den Thoren z. B. die Gertrudenstraße ließen sich mit wenigen Kosten durch solche Baumpflanzungen in hübsche Straßen umwandeln.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte anheimgen, dem Antrage keine Folge zu geben, soweit er auf die Einstellung einer Summe in den Etat gerichtet sei. Die Stadtverwaltung müsse darnach streben, das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe im städtischen Etat herzustellen, was sich möglichenfalls im laufenden Jahre erreichen lasse. Aus diesem Grunde sei der Etat so eng wie möglich beschnitten und müßten auch solche Anlagen auf bessere Zeiten verschoben werden. Die Bepflanzung des Leonhardplatzes sei dagegen vorgesehen.

Herr Müller fragt an, wer den Figurenschmuck zur Kaiser Wilhelmbrücke zu besorgen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Straßen im vormaligen Küchengarten und die Brücke von der Herzoglichen Hofhaltung angelegt seien und die Stadt dabei nur in so weit mitgewirkt habe, als sie eine Summe à fonds perdu geleistet und die städt. Bauverwaltung ermächtigt habe, die Arbeiten auszuführen.

Der Antrag des Herrn Hauswaldt wird darauf abgelehnt.

Cap. XI. Gemeindesteuer:

Einnahme 1 650 650 M. Ausgabe 4 700 M.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, weshalb die Marktgenossen nicht zur Steuer herangezogen werden, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dieses nicht geschehen sei, weil der Ertrag der Steuer die darauf zu verwendende Arbeit kaum zu decken im Stande sein würde.

Die Beschlußfassung über dieses Capitel wird bis nach Beendigung des Stats ausgesetzt.

Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 162870 M. Ausgabe 39010,44 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 30800 M. Ausgabe 216996,86 M.

Wie Herr Födel weiter berichtet, ist für einen Hilfsarbeiter beim Magistrate ein Betrag nicht ausgeworfen, weil der Magistrat versuchen wolle, seine Arbeiten ohne Hilfsarbeiter zu erledigen. — Es sei ferner zur Sprache gebracht, die schon früher einmal angeregte Frage wegen der Nebenarbeiten der bei der städtischen Bauverwaltung thätigen Herren dem Magistrate noch einmal zur Erwägung vorzulegen. Da der Herr Oberbürgermeister schon früher eine Prüfung dieser Frage zugesagt habe, so werde derselbe vielleicht heute in der Lage sein, darüber Näheres mitzutheilen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß nach Ausweis der Acten diese Angelegenheit seit der im Jahre 1884 zwischen Magistrat und Stadtverordneten getroffenen Vereinbarung nicht weiter verhandelt sein könne. Wenn diese Sache wieder angeregt werden solle, so möchte er bitten, die Grundzüge zu fixiren, insofern sie von der früheren Vereinbarung abweichen. Vielleicht empfehle es sich, dieses in Form eines besonderen Antrages zu thun.

Herr Födel stellt die Einbringung eines solchen Antrages in Aussicht. Bezüglich des Punktes 3 c „Drucksachen 2c.“ habe die Commission den Antrag gestellt, die Beigabe der Berichte über die Stadtverordneten-Verhandlungen zu den Braunschweigischen Anzeigen in Fortfall zu bringen. Es sei notorisch, daß das Interesse des Publicums an den Verhandlungen durch die Berichte in den Tageszeitungen erschöpft werde und die frühestens 14 Tage nach den Sitzungen erscheinenden officiellen Berichte nicht gelesen werden. Der Bericht vom 15. Februar sei sogar erst in diesen Tagen den Anzeigen beigelegt. Da durch solche Beigabe eine Summe von 3000 M jährlich verausgabt werde und diese recht gut erspart werden könne, so stelle die Finanzcommission den Antrag, die Berichte nur in einer solchen Zahl drucken zu lassen, wie sie nothwendig erscheinen würde zur Abgabe an die Magistrats- und Stadtverordneten-Mitglieder, sowie auf Anfordern an das Publicum.

Herr Lange möchte bitten, diesen Antrag abzulehnen und es beim Alten zu lassen. Wenn auch die Berichte mitunter leider etwas spät kommen, so sei doch nicht zu verkennen, daß sie, wenn auch nicht mit Heißhunger, so doch mit großem Verlangen von der Bürgerschaft erwartet werden. Ferner lasse sich nicht bestreiten, daß die Berichte das große Interesse, welches die Bürgerschaft an den Verhandlungen der Stadtverordneten nehme, wachgerufen haben. Nehme man der Bürger-

schaft die Berichte und verweise man sie nur auf die abgebrochenen kurzen Ausführungen in den Zeitungen, die je nach der Auffassung des Berichterstatters ausfallen und die oft, wer wisse durch wen, abgekürzt werden, sodaß sie manchmal so inhaltlos seien, daß man nicht wisse, was man daraus lesen solle, so schwinde das Interesse. Wenn dann die eine Zeitung so und die andere so berichte, könne die Bürgerschaft sich über die Verhandlungen durchaus kein richtiges Bild machen. Darum halte er für unbedingt nothwendig, daß die Berichte beibehalten bleiben und bitte er dringend, es beim Alten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß bei einer Auflage von nur 300 Exemplaren gegenüber der bisherigen Einrichtung eine Ersparniß von rund 2500 M eintreten würde. Wenn die Versammlung den Beschluß fassen sollte, die Berichte in Zukunft nur in einer gemessenen Anzahl drucken zu lassen, so würde der Magistrat hierzu voraussichtlich seine Zustimmung geben.

Herr Hauswaldt möchte dringend bitten, den Antrag Lord abzulehnen. Die Bürgerschaft, welche zu vertreten die Versammlung die Ehre habe, besitze das Recht, über die Verhandlungen dieser Vertretung genau orientirt zu werden. Es sei unmöglich, daß hier jeder Bürger selbst erscheine, er habe aber das Recht, zu erfahren, wie die für die Stadt maßgebenden Beschlüsse der Versammlung zu Stande gekommen seien. Die bisher geübte Beigabe der Berichte zu den „Anzeigen“ biete die einzige Möglichkeit, ein wirklich getreues Bild dieser Verhandlungen zu geben. Die „Anzeigen“ würden in fast allen Häusern der Stadt gelesen und gebe es kaum ein Haus, in welches diese Zeitung nicht, wenn auch nur auf Stunden, komme. Wenn man jetzt auf diese Beigabe verzichte, würden die Mitbürger nur einen Bericht aus den hiesigen politischen Zeitungen erhalten. Er wolle nicht sagen, daß die Berichterstatter die Verhandlungen mit gefärbter Brille betrachten, aber selbst beim besten Willen werde es den Berichterstattern unmöglich sein, die häufig sehr verwickelten Verhältnisse zu durchschauen und richtig wieder zu geben. Darum glaube er nicht, daß es einen Menschen gebe, welcher, ohne im Besitze der Vorverhandlungen und Vorstücke zu sein, einen wirklich zutreffenden Bericht abzufassen im Stande sei. Wie mangelhaft die Berichte in den Tageszeitungen oft seien, habe Herr Lange schon zutreffend hervorgehoben. Es würde eine Sparsamkeit am falschen Orte bedeuten, wenn die officiellen Berichte unterdrückt werden sollten und lohne es sich nicht, um der 2500 M willen hierüber noch weiter zu verhandeln. Bei besonders interessanten Vorgängen könnte es auch vorkommen, daß nicht 200, sondern 300 Bürger den Bericht zu haben wünschten und dann gerathe die Stadtverwaltung, wenn sie nur 300 Exemplare im Ganzen habe drucken lassen, in die peinlichste Verlegenheit. Darum bitte er, es bei der gegenwärtigen Handhabung zu belassen. Von Herrn Lord klinge die Einbringung eines solchen Antrages wohl

auch ein bißchen „pro domo“; wenn derselbe sich hiergegen auch schon in der Commission verwahrt habe, so müsse es doch fast den Anschein gewinnen.

Herr F ü d e l glaubt, Herrn L o r d, welcher inzwischen die Versammlung verlassen habe, hiergegen in Schutz nehmen zu müssen. Eine politische Zeitung könne gar kein Interesse daran haben und auch ihre Leserschaft nicht wachsen, wenn die Berichte nicht mehr zur Vertheilung gelangen. Die Finanzcommission habe sich nur deshalb dem Antrage angeschlossen, einmal, weil keineswegs der Bürgerschaft die Berichterstattung gänzlich vorenthalten bleiben solle und dann aber auch, weil die Commission sich der Ansicht habe anschließen müssen, daß eine 4—7 Wochen später erfolgende Ausgabe der Berichte absolut werthlos erscheinen müsse. Inzwischen seien schon wieder andere Sitzungen abgehalten und glaube er kaum, daß die Berichte dann noch gelesen werden. Wenn dieselben aber für die Oeffentlichkeit keinen erheblichen Werth mehr besitzen, so brauche man dafür nicht eine Summe von 2500 M nutzlos auszugeben.

Der Herr V o r s i z e n d e möchte im Interesse des Berichterstatters constataren, daß derselbe an der Verzögerung nicht schuld sei und dieselbe nur an den Druckverhältnissen liege. Er könne aus eigener Wissenschaft bezeugen, daß der Berichterstatte Alles thue, um die Berichte schnell zum Abschluß zu bringen.

Herr W o l l e n w e b e r findet es ebenfalls bedauerlich, daß die Berichte so spät erscheinen, kann aber nicht zugestehen, daß dieselben deshalb weniger gelesen werden. Die Veröffentlichung geschehe im Interesse der Bürgerschaft und diese lese die Berichte doch, wenn sie nur einigermaßen wichtige Gegenstände bringen. Zu erwägen wäre allerdings, ob sich die Herausgabe der Berichte nicht früher ermöglichen lasse, da doch die Berichte über die Verhandlungen der Landesversammlung früher erscheinen.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s will der irrthümlichen Ansicht begegnen, als ob die Sitzungsberichte der Landesversammlung rascher erscheinen. Auch diese bedürften in der Regel einer Herstellungszeit von 3—4 Wochen.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf abgelehnt und der jetzige Modus demnach beibehalten.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 23 354,23 M.

Ausgabe 184 207,79 M.

Herr H a u s w a l d t möchte den Antrag stellen, die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken in den ordentlichen Etat überzuführen.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s giebt anheim, diesen Antrag als einen selbstständigen außerhalb der Etatsberathung einzubringen. Die jetzige Einrichtung beruhe auf einem zwischen den städtischen Behörden beschlossenen Regulativ, sodas eine Abänderung desselben nicht einseitig von der Versammlung beschloffen werden könne.

Herr Hauswaldt kann sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Etat sonst ohne diese Abänderung festgestellt werde und dann die Einnahme wieder in dem außerordentlichen Etat verbleibe. Den ferneren Antrag, die Ausgaben für neu zu erbauende Schulen in den ordentlichen Etat zu bringen, habe er bislang nicht stellen können, weil das Capitel noch nicht zur Beschlußfassung gestellt sei. Er glaube auch, daß die Versammlung bei einer entsprechenden Beschlußfassung sich der Zustimmung des Magistrats versichert halten dürfe, zumal da der Magistrat dieses schon früher zugesagt habe. Ueber die Wichtigkeit und Nothwendigkeit, sowie die dadurch erhöhte Solidität noch ein Wort zu verlieren sei überflüssig. Die Ausgaben für den Neubau von Schulen kehren immer wieder, in Folge dessen man auch die Einnahmen von Gas und Wasser in die Einnahmen des außerordentlichen Stats gestellt habe. Nun habe er sich sagen lassen, daß die Ueberschüsse des Gas- und Wasserwerkes mit der Zeit zurückgegangen seien und im außerordentlichen Etat nicht mehr die Summen für neu zu begründende Schulen decken. Andererseits solle es aber auch Ufsance der beiden Deputationen sein, die Etatisirung der Einnahmen möglichst gering zu halten, um hinterher bei der Execution mit einem angenehmen Plus hervortreten zu können. Dieses Verfahren sei aber in gewisser Weise bedenklich; er möchte daher vorschlagen, entgegen der Einstellung von 68800 M und 18700 M als Gewinn aus dem Gas- und Wasserwerke der Wirklichkeit entsprechend 108000 M und 25000 M als Einnahmeposten einzustellen. Dagegen schlage er vor, für den Neubau einer Schule als erste Rate nicht 180000 M, sondern ein Drittel der Gesamtkosten von 400000 M, nämlich nur 133000 M einzustellen, da es alle drei Jahre nöthig sein werde, eine neue Schule zu bauen und die Kosten hierfür dann gleichmäßig auf die einzelnen Jahre vertheilt würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der oberste Grundsatz bei der Aufstellung des Stats sei, die Einnahmen sehr vorsichtig, also möglichst niedrig und die Ausgaben auch sehr vorsichtig, also möglichst hoch einzustellen, und dadurch das Gleichgewicht zu sichern. Wollte man diesen Grundsatz bei der Aufstellung des ordentlichen Stats verlassen und nach dem Gedankengange des Herrn Hauswaldt verfahren, so würde ihm dieses außerordentlich leichtsinnig erscheinen. Man könne ja leicht die zehnfache Einnahme einstellen, aber man müsse auch daran denken, das dann sicher entstehende Deficit zu decken. Derartige Manipulationen haben also absolut gar keine praktische Bedeutung. Die älteren Stadtverordneten würden sich erinnern, daß Anfang der 80er Jahre das Finanzwesen der Stadt geordnet sei. Gleichzeitig sei auch die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke geordnet und schließlich im Jahre 1883 bestimmt, daß die Ueberschüsse der beiden Werke fortan in das Extraordinarium der Stadtcasse eingestellt werden. Die in den Jahren 1883—1893 in das Extraordinarium aus diesen Gewinnen eingestellten Beträge haben sich nun auf

1817/171 M 93 M belaufen, während für Bürgerschulbauten in der gleichen Zeit 1626/986 M 56 M verausgabt seien, sodaß an Gewinnen von den beiden wirthschaftlichen Anstalten noch 190/185 M 37 M verfügbar seien, wenn man das überhaupt so bezeichnen könne. Es mache nun fast den Eindruck, als wenn Herr Hauswaldt glaube, der Magistrat wäre von seiner früheren Auffassung über rationelle Bewirthschaftung der Finanzen zurückgekommen. Das sei aber nicht der Fall; der Magistrat stehe noch auf demselben Standpunkte, welcher seinen Ausdruck im letzten Verwaltungsberichte finde, woselbst es heiße:

Die Finanzwirthschaft der Stadt hat den Grundsatz festgehalten, behuf Deckung des außerordentlichen Bedarfs, selbst desjenigen zur Schaffung von rentirenden Anlagen, nicht den Grundstock des Stadtvermögens heranzuziehen, diesen vielmehr ungeschmälert zu erhalten und, soweit thunlich, zu vermehren. Die Mittel zur Befriedigung solcher Anforderungen, die — wie der Neubau von Bürgerschulen — in kurzen Zwischenräumen wiederkehren, sowie solcher Anlagen, die — wie z. B. die Umwandlung von Wiesenflächen in Parkanlagen — weder aus Nothwendigkeit, noch unter dem Gesichtspunkte erheblicher Nützlichkeit geschaffen werden mußten, oder welche — wie Mobiliareinrichtungen, Bedürfnisanstalten u. s. w. — in verhältnißmäßig kurzer Zeit sich abnützen, sind den laufenden Einnahmen und bezw. Verwaltungsüberschüssen, im Besonderen den Betriebsgewinnen der wirthschaftlichen Gemeindeanstalten entnommen. . . .

Diese Gewinne aus den Gas- und Wasserwerken bilden indessen nicht einmal die einzigen laufenden Einnahmen, welche zu außerordentlichen Zwecken einzustellen seien; man habe vielmehr in den Jahren, wo der ordentliche Betriebshaushalt Ueberschüsse ergeben, diese in das Extraordinarium abgeführt, habe also mit den aus den Steuern ersparten Beträgen die außerordentlichen Bedürfnisse des Etats bestritten. Die gesammte, dem Betriebsfonds entnommene Summe betrage 228/116 M 72 M , mit anderen Worten, man habe innerhalb dieser Periode bis zum Schlusse des vorigen Finanzjahres aus den laufenden Einnahmen für Schulhausbauten 419/000 M weniger ausgegeben, als aus den laufenden Mitteln in das Extraordinarium eingestellt sei. Irgendwelche Dringlichkeit habe der Antrag nicht und auch keine Bedeutung insofern, als es ganz gleichgültig sei, ob die Ausgaben für Schulhausbauten und demgegenüber die Gewinne aus den Betriebsanstalten in dem Extraordinarium stehen oder in dem Ordinarium, wenn sie nur einander decken.

Herr Födel ist früher der Ansicht des Herrn Hauswaldt gewesen, hat sich aber im Laufe der Zeit davon überzeugen müssen, daß es recht schwer sein dürfte, die Einnahmen aus den Gas- und Wasserwerken ordnungsmäßig in den ordentlichen Etat einzustellen, da das Ergebnis derselben von einer Menge Zufälligkeiten

abhängig sei. Beispielsweise müsse die Einnahme aus dem Gaswerke erheblich sinken, sobald eine enorme Steigerung der Kohlenpreise eintrete. Es handle sich um ein industrielles Unternehmen, welches, wenn auch von der Stadt betrieben, doch finanziellen Schwankungen unterworfen sei. Obwohl die Sache einer weiteren Besprechung durchaus würdig erscheine, da in Preußen die Ausgaben für die Schulen ebenfalls in den ordentlichen Etat aufgenommen seien, so mache sich die Versammlung doch keiner Vernachlässigung schuldig, wenn sie vorläufig eine Aenderung noch nicht beschließe, weil die Sache keine Eile habe und mit der Aenderung eine vollständige Umwälzung des Etats verbunden sein würde. Er möchte deshalb anheimgeben, die Angelegenheit durch einen besonderen Antrag innerhalb des Etatsjahres zu regeln, für jetzt aber von der Umgestaltung Abstand zu nehmen.

Herr Hauswaldt kann diesen Standpunkt nicht als richtig anerkennen, da die Umwälzung gar nicht so groß sei und es sich nur um die Versetzung einiger Posten handle. Es wiederhole sich aber auch hier, daß, wenn erst einmal eine Sache gedruckt vorliege, man nichts mehr daran ändern wolle. Durch diese Maßnahme wünsche er nicht ein größeres Manco zu schaffen, sondern nur die Einnahme aus den Gas- und Wasserwerken und die Ausgabe für die Schulen gleich hoch einzustellen. Wenn für die Schulbauten 180 000 M. eingestellt werden, und das Gas und Wasser weniger einbringe, so müsse man dafür nothwendigerweise Geld anleihen und das möchte er vermieden sehen. Deshalb bitte er dringend, die beiden Posten in den ordentlichen Etat zu bringen. Weit davon entfernt sei er aber, Zahlen in den Etat einzustellen, welche aus der Luft gegriffen seien, denn die betr. Einnahmen haben in den letzten Jahren bedeutend höhere Summen eingebracht; es sei dieses also keineswegs ein Sprung ins Dunkle. Uebrigens lasse sich die eine Frage nicht von der anderen losgelöst betrachten. Bei näherer Prüfung der Sache werde die Versammlung finden, daß mit dem Antrage durchaus nichts Außergewöhnliches bezweckt werden solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Nach der Ansicht des Herrn Hauswaldt müsse der Etat jetzt umgestaltet werden, weil zwar bisher die Gewinne zu den Schulhausbaulasten ausgereicht haben, das aber in diesem Jahre nicht mehr der Fall sei. Früher haben aber diese Einnahmen noch bedeutend mehr ergeben. Er komme dann auch unmittelbar auf den Gedanken, daß man, wenn man nicht die Mittel besitze, außerordentliche Zwecke zu bestreiten, dieses durch Ansammlung von Capitalien thun solle. Wenn man das aber wolle, so müsse man mit Fug und Recht auch das mit als Ansammlung behandeln, was in den Vorjahren aus dem Ordinarium in das Extraordinarium überwiesen sei und dabei handle es sich um 200 000 M.

Herr Engelbrecht hält den Antrag wohl für erwägenswerth, nicht aber für zeitgemäß. Es erscheine nahezu rücksichtslos, jetzt mit einem solchen Antrage zu kommen und möchte er anheimgeben, das zu berücksichtigen. Es lasse sich im laufenden Jahre

über den Punkt weiter verhandeln und könnte eventuell der nächste Etat darauf Rücksicht nehmen, das sei früh genug. Außerdem erscheine es ihm zweifelhaft, ob die Ausgaben für Schulbauten in den ordentlichen Etat gehören. Wenn dieses aber zweifelhaft sei, könnten sie ebenfogut in dem außerordentlichen Etat verbleiben.

Herr Jüdel muß sich dagegen verwahren, daß die Commission nur aus Rücksicht auf die Drucklegung des Etats irgend welche Anträge zurückweise, welche einen Einfluß auf die Verwaltung der Stadt haben. Die Frage, ob die Schulbauten auf den ordentlichen Etat zu verweisen seien, müßte einer so eingehenden Prüfung unterworfen werden, daß dieses nicht gelegentlich einer Etatsberathung erledigt werden könne.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Hauswaldt abgelehnt.

Der Herr Vorsitzende möchte bei dieser Gelegenheit hervorheben, daß von den verschiedensten Seiten der Versammlung öfter der Wunsch geäußert sei, solche principiellen Sachen zum Gegenstande besonderer Berathungen zu machen. Es empfehle sich daher, dieselben in Form besonderer Anträge zu behandeln.

Ab schluß:

Einnahme 2 185 100 M. Ausgabe 2 207 100 M.

Fehlsumme 22 000 M.

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 346 148,75 M. Ausgabe 148,75 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 87 500 M. Ausgabe —.

Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke und Berechtigungen:

Einnahme 412 473,25 M. Ausgabe 155 606,08 M.

Auf die Anfrage des Herrn Löschigt, ob der Magistrat wegen Verkaufes des Grundstückes am Augustthore schon in Verhandlung getreten sei, entgegnet

Herr Stadtrath Netemeyer, daß wegen des Stallgrundstückes, welches an die Mönchstraße stoße, mit einem Consortium, das dort einen großen Circus erbauen wolle, Verhandlungen gepflogen seien. Das Grundstück erscheine dem Consortium angemessen zu sein, jedoch solle zunächst das Project erst noch einmal umgearbeitet werden. Wegen des möglichst meistbietenden Verkaufes von zunächst drei Bauplätzen des gegenüberliegenden Grundstückes solle demnächst eine Bekanntmachung erfolgen.

Herr Löschigt würde es für richtiger gehalten haben, zunächst das Grundstück der alten Artilleriecaserne zu verkaufen, um nicht durch den Circusbau den Preis zu drücken.

Der Herr Vorsitzende meint, daß diese Aeußerung die Interessenten genügend aufgeklärt haben dürfte.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 387 178 M.

Ausgabe 1 073 765,17 M.

Herr Lange: Es sei in Aussicht genommen, die älteren unteren Bürgerschulen mit Brausebädern zu versehen, jedoch vermisse er in diesem Jahre die Einstellung einer entsprechenden Summe für die an der Reihe befindliche Schule an der Sidonienstraße. Gegenüber der Einwendung, daß der geringe Platz in dieser Schule ein Hinderniß zur Anlegung eines Brausebades sein solle, wolle er bemerken, daß der Platz groß genug sei, um ein ausreichendes, wenn auch etwas kleineres Brausebad dort anzulegen. Da solche Bäder nothwendig seien und auch gern genommen werden, so beantrage er, für die Einrichtung eines Brausebades in der Schule an der Sidonienstraße 5000 M einzustellen und diesen Betrag dem Dispositionsfonds des Magistrates in Cap. XIV des ordentlichen Stats zu entnehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß ein Beschluß, die älteren unteren Bürgerschulen mit Brausebädern zu versehen, nicht gefaßt, sondern dem Magistrate nur zur Erwägung gestellt sei, ob er außer den Bädern in der Schule an der Masch- und der Sophienstraße noch weitere derartige Einrichtungen treffen wolle. Nachdem sodann die Schule an der Leonhardstraße ein solches Bad erhalten habe, sei von der städtischen Bauverwaltung weiter mitgetheilt, daß in der Schule an der Sidonienstraße ein allenfalls brauchbares Brausebad, wenn auch nur mit großen Schwierigkeiten einzurichten sei. Diese Mittheilung habe die Versammlung i. B. erhalten und keinerlei Anregung gegeben, auch dort solche Einrichtung zu schaffen. An sich würde nichts entgegenstehen, daß die Anlage, da sie sich durchführen lasse, noch nachträglich etatisirt werde, nur seien dazu nicht 5000 M, sondern nach dem vorliegenden Kostenanschlage nur 4000 M erforderlich. Dagegen erscheine es ihm nicht correct, diese Mittel aus dem Dispositionsfonds, welcher zu ordentlichen laufenden Ausgaben bestimmt sei, zu entnehmen. Wenn solcher extraordinärer Aufwand bestritten werden solle, so lasse sich derselbe — wie das alle Jahr zum Defteren geschehe — ohne etatisirt zu sein, befriedigen. Der außerordentliche Etat habe die Bedeutung, im Allgemeinen den Rahmen zu skizziren, in welchem gearbeitet werden solle, während der ordentliche Etat etwas Festes biete. Wenn die Versammlung sich über diesen Punkt genügend informiert glauben sollte, so könnte sie einen entsprechenden Antrag stellen und würde sich die Ausgabe aus dem außerordentlichen Etat bestreiten lassen.

Herr Günther ist der Meinung, daß sich solche Einrichtung in jeder der unteren Bürgerschulen bei gutem Willen treffen lasse. Darum möchte er dem Antrage Lange noch hinzufügen, den Magistrat zu ersuchen, darnach zu streben, daß

möglichst sämmtliche untere Bürgerschulen und soweit angängig auch die mittleren mit solcher Badeeinrichtung versehen werden.

Herr Lange bittet zur Beschleunigung der Sache dem Antrage zuzustimmen, da es nichts schade, wenn das Bad etwas kleiner werde. Auch der Schuldirektor Schaarschmidt habe sich sehr zu Gunsten dieses Bades ausgesprochen.

Herr Fiedel möchte persönlich dem Antrage zustimmen und anfragen, ob sich die Summe von 90 000 M als erste Rate für den Schulhausbau nicht auf 86 000 M ermäßigen und dann ein Betrag von 4000 M für das Bad einstellen lasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels würde dieses für unbedenklich halten, da wegen der zu erledigenden Vorarbeiten selbst diese ermäßigte Summe kaum Verwendung finden werde.

Herr Hauswaldt beantragt, die 90 000 M überhaupt zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Hauswaldt berge zwei Seelen in sich. Im Schulvorstande habe derselbe mit Entschiedenheit die Nothwendigkeit eines Schulbaues betont und hier bekämpfe er ihn. Wenn jetzt die Summe abgelehnt werde, könne die Stadt gezwungen werden, den Schulhausbau weiter zu betreiben.

Herr Aßmann kann nicht verstehen, wie Herr Hauswaldt solchen Antrag zu stellen vermöge. Die Schulen seien im Allgemeinen überfüllt und lägen weitab, denn z. B. von der Bergstraße müßten die Kinder nach der Reichenstraße zur Schule gehen. Bei solchen Verhältnissen erscheine es bedenklich, die 90 000 M streichen zu wollen und würde es sich viel eher empfehlen zwei Schulen statt einer zu bauen. Durch den fortwährenden Zuwachs an Kindern müsse mit dem Bau vielleicht ein noch schnelleres Tempo eingeschlagen werden. Er glaube nicht, daß die Absicht vorliege, diese Kinder zusammenpferchen zu wollen und meine er, daß Herr Hauswaldt ein anderes Gefühl dafür besitzen würde, wenn seine Kinder sich in diesen Schulen umherdrücken müßten. Der Antrag sei doch wohl etwas unvorsichtig gestellt und werde kaum die Zustimmung der Versammlung finden.

Herr Hauswaldt möchte zunächst Protest gegen diese Ausführungen einlegen. Sein Kind gehe wie alle anderen auch auf die Bürgerschule. Er verwahre sich deshalb auf das Entschiedenste dagegen. Bislang sei es immer Sitte gewesen, daß hier sachlich verhandelt und nicht mit zweierlei Maß gemessen werde. Was die Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters anlange, so wohnen nicht zwei Seelen in seiner Brust, sondern er wünsche den Neubau einer Schule. Da indessen noch nicht einmal der Bauplatz bestimmt, die Ankaußsumme für denselben aber in den Etat eingestellt sei, so werde die Verwendung einer Baurate im laufenden Rechnungsjahre nicht eintreten, wohl aber könne der Magistrat der Platzfrage näher treten. In Consequenz seines früheren Antrages stimme er deshalb für die Streichung der Baurate, ohne aber gegen den Schulbau selbst zu sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Magistrat dem Antrage Lange auf Einstellung einer Summe von 4000 M für die Einrichtung eines Brausebades in der Schule an der Sidonienstraße, unter Kürzung der Schulhausbaurate von 90 000 M um diesen Betrag wohl zustimmen würde.

Die Versammlung genehmigt darauf diesen Antrag und lehnt den Antrag Hauswaldt auf Streichung der 90 000 M ab; der Antrag Günther war zurückgezogen.

Herr Halle: Durch die Einstellung der Position g „Ausbau der Wabestraße zwischen Hagenstraße und der Straße am Hauptgraben“ sei einem lange gefühlten Bedürfnisse abgeholfen. Er habe indessen noch den Wunsch, den Magistrat zu ersuchen, die Position i „Ausbau der Straße am Hauptgraben zwischen Carlstraße und Wabestraße“ etwas zu erweitern, denn es liege ein dringendes Bedürfnis vor, einen Verbindungsweg zwischen dem Stadtparke und der Gliesmaroder- oder der Karlstraße zu schaffen. Der bisherige Weg am Adamsgraben entlang sei seitens der Häger Interessenschaft geschlossen und müßten die an der Gliesmaroder- und Karlstraße wohnenden Leute zum Stadtparke auf dem weiten Umwege über die Hagen- und Kaiser-Wilhelmstraße gehen. Wenn er auch nicht beantragen wolle, daß dort eine Verbindungsstraße fix und fertig hergestellt werde, so bitte er doch die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise ein Zugangsweg von der Karlstraße bezw. der Wabestraße nach dem Stadtparke geschaffen werden könne. Am besten würde es allerdings sein, die Straße gleich auszubauen und dafür den Ausbau einiger anderen Straßen, vielleicht der Park- und der Casernenstraße, welche immerhin noch etwas warten können, auszusetzen.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß sich der Magistrat mit dieser Frage auf Anregung hiesiger Vereine, namentlich des Bürgervereins bereits beschäftigt habe. Wenn auch zuzugeben sei, daß für die Anwohner der Gliesmaroder- und der Karlstraße ein besserer Zugangsweg zum Stadtpark geschaffen werden müsse, so habe der Magistrat doch geglaubt, die ganze theure Straße nicht auf ein Mal ausbauen zu sollen. Die Straße stelle sich um deshalb so theuer, weil keine kostenpflichtigen Anlieger vorhanden seien, während die Park- und die Casernenstraße der Stadt voraussichtlich gar nichts kosten werden. Darum bitte er, den Ausbau dieser beiden Straßen genehm zu halten. Bei der Straße, deren Ausbau Herr Halle anrege, komme auch noch die Canalisation in Betracht, und glaube er nicht, daß sich dieselbe jetzt schon definitiv ausführen lasse, weil die Beschaffung der Vorfluth Schwierigkeiten bereiten werde. Die einzige Möglichkeit zur alsbaldigen Beschaffung eines Verbindungsweges würde darin bestehen, daß man in den Graben einen provisorischen Canal legte, den Graben dann zuschütten ließe und einen Fußweg auf demselben anbrächte.

Herr Halle hat nur den Wunsch gehabt, eine derartige Anregung zu geben und bittet den Magistrat, dieses mit geringen Kosten zu beschaffende Auskunftsmittel zu wählen. Der Graben führe nur noch Himmelswässer und könne daher leicht canalisirt werden.

Herr Wollenweber fragt an, ob es nicht möglich sei, die sehr gefährliche Stelle auf der Casernenstraße gegenüber der Caserne, wo die beiden Curven zusammenlaufen, vielleicht durch Abschneidung eines Stallgebäudes zu beseitigen; damit dort nicht noch Unglück passire.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde dieses nicht für empfehlenswerth halten, weil das Geld rein weggeworfen wäre. Es solle nämlich die betreffende ganze Strecke der Straße aufgehoben und hinter den Häusern durchgeführt werden. Richtiger möchte es schon sein, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Durchführung der Casernenstraße durch das Bierbaum'sche Grundstück angezeigt erscheine.

Herr Günther würde es für richtiger halten, die Vindefstraße bis zum Stadtpark fortzusetzen und möchte er anfragen, ob ein derartiges Project geplant sei. Ferner wolle er anfragen, wie es mit seinem früher eingebrachten Antrage auf Herstellung einer Verbindungsstraße der Casernenstraße mit der Helmstedterstraße stehe. (Seite 309 und 312 des Prot. von 1892.)

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß der letztere Antrag von der Versammlung noch nicht erledigt sei.

Herr Weber möchte anfragen, ob die Roßstraße, für welche schon vor zwei Jahren ein Betrag ausgeworfen gewesen sei, in diesem Jahre ausgebaut werden würde.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß die Roßstraße aus Sparsamkeitsrücksichten nicht aufgenommen sei, denn die Stadt müßte die eine Hälfte der Kosten selbst tragen.

Herr Löschigt will bitten, auf die Pferdebahngleise, welche theilweise einen Zoll höher liegen als das Straßenpflaster und dadurch für den Wagen- und Fußgängerverkehr lebensgefährlich werden, ein besonderes Augenmerk zu richten.

Der Herr Vorsitzende bittet, bei der Sache zu bleiben und die Berathung nicht ungemessen auszu dehnen.

Herr Wollenweber fragt an, ob seine auf die Pferdebahngleise bezügliche Anfrage schon erledigt sei. (Seite 175 des Berichts von 1893/94.)

Herr Müller würde es für zweckmäßig halten, den Graben in der von Herrn Stadtrath Ketemeyer angedeuteten Weise zur Herstellung eines Fußweges zu benutzen und noch für diesen Sommer gangbar zu machen,

welcher Ansicht sich Herr Baurmeister mit dem Hinweise anschließt, daß der Graben unter Zuhilfenahme des daneben hinziehenden Fußweges breit genug sei, um einen Verbindungsweg herzustellen.

Der Antrag des Herrn Halle wird darauf angenommen.

Herr Bültmann II möchte den Magistrat an ein Versprechen erinnern, welches derselbe der Altemiendeputation vor 18 Jahren gegeben habe. Als damals der Leonhardplatz der Stadt geschenkt sei, habe die Deputation zur Bedingung machen wollen, daß dort Bäume angepflanzt, Wasser gelegt und eine Erhöhung des Platzes vorgenommen würde. Der Magistrat habe dieses zugesagt, sobald das Wasser in die Nähe des Platzes komme, jedoch sei die Deputation gebeten, dieses nicht als Bedingung der Schenkung, sondern nur als Wunsch hinzustellen. Jetzt solle nun endlich der Platz mit Bäumen umpflanzt werden, während die anderen beiden Wünsche ihrer Erfüllung noch entgegenstehen. Es sei indessen auch sehr nöthig, mit Rücksicht auf den Meß- und Marktverkehr, sowie auf die dort stattfindenden Jugendspiele eine Bedürfnisanstalt auf dem Place zu errichten, da dieselbe dort ebensosehr wie auf dem kl. Exercierplace noth thue.

Herr Stadtrath Kete meyer bemerkt dazu, daß ein schriftliches Versprechen in der Richtung bestimmt nicht gegeben sei. Der Magistrat habe damals entschieden abgelehnt, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, womit sich die Deputation dann auch zufrieden erklärt habe. Wenn von einem Magistratsmitgliede vielleicht mündlich etwas Derartiges in Aussicht gestellt sei, so könne immer noch nicht gesagt werden, der Magistrat habe sein Versprechen nicht erfüllt. Solange der Viehmarkt auf dem Place abgehalten werde, lassen sich dort Anpflanzungen nicht vornehmen, weil dieselben sonst gleich wieder ruinirt werden. Die Verhandlungen wegen Verlegung des Marktes seien im Gange und solle die Instandsetzung nach deren Abschluß alsbald erfolgen.

Herr Bültmann II will hierzu noch erwähnen, daß der Bürgermeister Rittmeyer ihm bei den damals gepflogenen Verhandlungen versprochen habe, der Platz solle nach dem Wunsche der Deputation binnen ganz kurzer Zeit hergerichtet werden, nur jetzt sei das nicht möglich. Wenn die Stadt ein so großes Geschenk erhalte, könne sie auch etwas dafür thun.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, wo die Einnahme für das Eis zu finden sei, welches von dem Teiche im Bürgerparke verkauft worden, erwidert

Herr Stadtrath Kete meyer, daß man solche Einnahme nicht vorgesehen habe, weil es dem Magistrate zum ersten Male gelungen sei, ein angemessenes Gebot für das Eis zu bekommen, als die Vorbereitungen des Etats schon zu weit vorgeschritten gewesen seien. Fraglich erscheine es auch, ob solche Einnahme jemals wieder erzielt werde, welche dann auch, wie Herr Oberbürgermeister Pockels hinzugefügt, im Cap. XIV des ordentlichen Etats verbucht werden müsse.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme 1800 M.

Ausgabe 5580 M.

Zu der Einnahme von 1800 M für die Verwerthung einzelner Theile der Cholera baracke auf dem gr. Exercierplace hat die Finanzcommission

zu bemerken, ob es sich nicht empfehle, die Baracke schon mit Rücksicht auf diese außerordentlich geringe Einnahme so lange noch stehen zu lassen, bis die Nothwendigkeit herantrete, sie zu beseitigen. Da der Theil des Exercierplatzes in nächster Zeit wohl noch nicht gebraucht werden würde, so erscheine es wünschenswerth, die Baracke noch zu erhalten, wenn auch deren Bewachung und Instand-erhaltung ziemlich erhebliche Kosten verursachen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu die Erklärung abgeben, daß der Abbruch erst dann erfolgen solle, wenn derselbe seitens der zuständigen Organe für zulässig oder gar empfehlenswerth erachtet würde. Uebrigens wolle er gern zur Beruhigung der Versammlung erklären, daß der Abbruch nur mit deren Genehmigung erfolgen solle.

Ab schluß:

Einnahme und Ausgabe 1235 100 M.

2. Etats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtische Ober-Realschule:

Einnahme und Ausgabe 87 515,41 M. Fehlsomme 32 900 M.

Herr Brückmann möchte anfragen, aus welchem Grunde den geborenen Braunschweigern bei der Anstellung als wissenschaftlich gebildete Lehrer an der Ober-Realschule so große Schwierigkeiten gemacht werden. Es sei erwiesen, daß die größte Zahl dieser Lehrer nicht geborene Braunschweiger seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß er jetzt diese früher schon mehrere Male aufgestellte Frage im Einzelnen nicht beantworten könne. Die Mehrzahl der betr. Lehrer sei bei der Errichtung der Ober-Realschule, also zu einer Zeit angenommen, als noch Niemand von den jetzigen Magistratsmitgliedern sich im Amte befunden habe. In der Folgezeit seien bei der Besetzung von Lehrerstellen die Braunschweiger ebenfogut wie Fremde aufgefordert. Die Braunschweigischen Lehrer haben, soweit tüchtig, bislang immer noch zu gute Aussichten im Staatsdienste gehabt, um sich einer städtischen Realschule zuzuwenden und außerdem besitze eine solche Anstalt auf den Lehrer auch nicht die Anziehungskraft eines humanistischen oder realen Gymnasiums.

II. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 88 240 M. Fehlsomme 25 400 M.

III. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 59 699,20 M. Fehlsomme 22 600 M.

IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5300 M. Fehlsomme 4300 M,
davon werden getragen aus der Klosterreinertragscasse 2150 M,
aus der Stadtcasse 2150 „

V. Bürgerschulcasse:

Einnahme und Ausgabe 671 964 M. Fehlsomme 549 400 M.

Zur Deckung der Fehlsomme werden folgende Zuschüsse geleistet:

a. aus der Herzogl. Hauptfinanczasse	31 500 M
b. " " Klosterreinertragsasse	25 000 "
c. " " Casse der Abgabe für Hunde	4 400 "
d. " " Stadtcasse	488 500 "

zusammen 549 400 M

VI. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 45 000 M. Fehlsomme 35 710 M.

An Zuschüssen zur Deckung der Fehlsomme werden geleistet:

a. aus Herzoglicher Hauptfinanczasse	15 350 M
b. " der Casse der Abgabe für Hunde	12 500 "
c. " " Stadtcasse	7 860 "

zusammen 35 710 M.

VII. Armenkasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 325 500 M. Fehlsomme 198 000 M.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwähnt, daß, wenn der Boretat ein Capitalvermögen von 23 300 M an Schuldverschreibungen des Kreiscommunalverbandes Braunschweig de 1880 aufgewiesen habe, der laufende Etat nur 23 100 M aufführe, weil eine Obligation von 200 M ausgelooft und erst nach Fertigstellung des Etats wieder belegt sei.

Herr Hauswaldt regt an, ob nicht statt des Institutes der Armenärzte besser den Armen freizustellen sein möchte, sich selbst einen Arzt auszusuchen, welcher dann vielleicht durch Ausgabe von Marken später honorirt werden könne. Solche Einrichtung solle sich andertwärts schon gut bewährt haben. Es liege immerhin eine Härte darin, wenn ein Armer zu einem Arzte gehen müsse, zu welchem er kein besonderes Vertrauen habe. Auch würde das Interesse der Armenärzte durch diese Einrichtung noch mehr gehoben werden. Der Magistrat werde gebeten, dieser Frage einmal näher zu treten. Sodann möchte er noch in Anregung bringen, neben dem Armen-Augenärzte noch einen Armen-Zahnarzt einzustellen, da sich die Armenärzte weigern sollen, größere Zahnoperationen vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt dem Vorredner anheim, diese Wünsche an der richtigen Stelle, nämlich innerhalb der Bezirkscommission zur Sprache zu bringen, da der Magistrat nur der Briefträger in dieser die Armenverwaltung angehenden Sache sein könne. Die Armendirection sei jetzt beschäftigt, auf Grund der aus den einzelnen Commissionen hervorgegangenen Anträge eine Revision des Verfahrens für die Handhabung der Armenpflege auszuarbeiten, es biete sich also

für den einzelnen Armenbezirk und durch Vermittelung desselben für den einzelnen Pfleger Gelegenheit, berechnete Wünsche erfüllt zu sehen.

Herr Ebeling bringt zur Sprache, daß vor einigen Wochen der Aufseher Evers, welchem die Beaufsichtigung der Knaben des Pflegehauses übertragen gewesen sei, gerichtlich bestraft und entlassen sei. Nach den ihm zugegangenen Mittheilungen solle diese Person früher Kellner gewesen sein und sich eines unsoliden Lebenswandels befleißigt haben. Es möchte sich daher empfehlen, bei späteren derartigen Anstellungen auch auf das Vorleben der Bewerber Rücksicht zu nehmen.

Herr Stadtrath Meyer entgegnet, daß der Inspector Bod dem Manne das beste Zeugniß ausgestellt habe und auch die von ihm beigebrachten übrigen Zeugnisse sehr gut gewesen seien, sodaß an dem Manne bei seiner Einstellung als Aufseher kein Matel gehaftet habe.

VIII. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 164 800 M. Fehlsomme 126 300 M.

Herr Bültemann I vermißt unter den Einnahmen den von dem Staate gezahlten Betrag von 13000 M für die Entfernung des Kehrrechts von den Brücken und Avenüen. Er halte es nicht für richtig, die Summe in die Stadtcasse fließen zu lassen und diesen Theilstat mit einem so großen Fehlbetrage abzuschließen.

Herr Oberbürgermeister Pockels würde solche Buchung für incorrect halten, da es sich hier nur um einen Wirthschaftstat handle, der eine Specialisirung des Cap. IX des ordentlichen Stats bilde und in welchem Forderungen nicht einzustellen seien.

Herr Löschigk will darauf hinweisen, daß die Straßenfeger immer noch in die Häuser gehen, um sich zum Straßensprengen Wasser zu betteln. Er beantrage daher, die Straßenfeger mit Utensilien zur Wasserentnahme zu versehen. Die Leute sprengen und fegen zu wenig, weil es ihnen an Wasser fehle und sie zu schnell mit dem Straßenreinigen fertig werden müssen. Wünschenswerth würde es sein, die Aufsicht über die Colonnen etwas schärfer zu handhaben und die Aufseherstellen zu vermehren oder diese Leute beritten zu machen.

Herr Stadtrath Ketemeyer muß diese Klagen als berechtigt anerkennen. In der letzten Deputationsfikung sei denn auch schon beschlossen, die nöthigen Geräthe anzuschaffen, um das jetzige Verfahren der Wasserentnahme abzustellen. Entweder werden kleine Handwagen mit Wasser herumfahren, oder man gebe den Leuten eine Vorrichtung, mittelst welcher sie an die Hydranten gehen können. Um eine bessere Reinigung der Straßen zu erzielen, sollen die Hauptstraßen in Zukunft nicht nur einige Male in der Woche, sondern in jeder Nacht mit der Maschine gereinigt werden. Dazu müssen sämtliche drei Maschinen in Thätigkeit treten und werde dann jedenfalls noch eine Reservemaschine beschafft werden müssen.

Herr Wollenweber schließt sich den Klagen über ungenügendes Sprengen der Straßen vor deren Reinigung an.

Herr Müller hebt hervor, daß namentlich auch die Kehrmaschinen in der Nacht viel Staub aufwirbeln und Veranlassung zur Verschmutzung der Häuser, hauptsächlich wenn dieselben frisch gestrichen seien, geben. Es müßte daher besser gesprengt werden. Ferner habe er das Fahren der Wagen des Straßenreinigungs-Instituts zu rügen. Diese Wagen pflegen zu 15—20 hinter einander vom Depot und zurück durch die Stadt zu fahren und dadurch einen nervenerschütternden Lärm zu verursachen, sowie den Verkehr zu stören. Darum möchte er befürworten, die Wagen in verschiedenen Zwischenräumen fahren zu lassen.

Herr Stadtrath Metemeyer: Daß die Kehrmaschinen Staub verursacht haben sollen, könne nur im Winter passirt sein, wenn wegen Glatteises nicht gesprengt werden dürfe, denn im Uebrigen befahre die Straßen stets ein Sprengwagen vor der Kehrmaschine. Zudem sei es allerdings außerordentlich schwer, den richtigen Augenblick abzapassen, wann gesprengt werden müsse; denn an einem Tage trockne es in einer halben Stunde ab und an einem anderen Tage bedürfe es 3 Stunden. Bei der Verwendung von zu vielem Wasser schmiere die Maschine aber, sodaß auch ein Zuviel vermieden werden müsse. Die Vorschrift der vorherigen Besprechung der Straßen existire also und werde auch befolgt. Was den anderen Punkt betreffe, so habe sich die Deputation mit demselben ebenfalls befaßt und angeordnet, daß das Fahren der Wagen hintereinander aufhöre, welcher Vorschrift auch nachgekommen werde, indem die Wagen in Abständen von zehn Metern fahren. Wenn die Wagen trotzdem den Verkehr in gewisser Weise belästigen, so bringe das eben die Concentration der Wirthschaftsführung mit sich.

Herr Lange möchte noch bitten, daß die Wagen im leeren Zustande in einem gemäßigteren Tempo fahren, da dieselben jetzt meist aufgeschlossen und äußerst schnell fahren. Zudem könnten die Wagen recht gut den ausgebrachten Canaldreck mitnehmen, damit derselbe nicht durch die Sprengwagen und die Straßenjugend wieder in die Canäle zurückgebracht werde.

Herr Ebeling ersucht, auch die Eisenbüttlerstraße mit in die Kehrichtabfuhr einzubeziehen, da die Kehrichtwagen dort durchfahren. Empfehlenswerth wäre es, wenn in dieser Beziehung eine humanere Auffassung Platz greife und die Führer der Wagen Anweisung erhalten, den Kehricht auch von einzelnstehenden Häusern auf haussirten städtischen Straßen, welche sie zu passiren haben, mitzunehmen.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß von der Deputation bereits beschlossen sei, die Eisenbüttlerstraße in den Bezirk der Kehrichtabfuhr einzubeziehen.

Herr Löschigt fragt an, ob die Kehrichtwagen offen fahren sollen, oder sie zum Schließen bestimmt seien. Bei dem starken Ostwinde seien den offenen Wagen immer dicke Staubwolken entstiegen, was als eine Calamität anzusehen sei.

Herr Bues möchte gegenüber den hier vorgebrachten mancherlei Beschwerden noch einmal auf die unerträglichen Zustände des großen Schuttalagerungsplatzes auf den Eisenbüttler Wiesen hinweisen. Wer unter diesen Verhältnissen bei dem letzten großen Sturme zu leiden gehabt habe, der frage wohl mit Recht, ob es zu verantworten sei, daß einzelne dort wohnende Anwohner Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen und ob es nicht Mittel und Wege gebe, diesem Uebelstande abzuhelpfen. Vielleicht empfehle es sich, die Schuttwagen vor ihrer Entladung unter Wasser zu setzen, um das Aufwirbeln des Staubes wirksam zu verhüten.

Nachdem auch Herr Wollenweber sich den Klagen über das dichte Hintereinanderfahren der städtischen Abfuhrwagen angeschlossen hatte, wird der Theilstat verlassen.

IX. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 829 600 M. Ausgabe 755 000 M.

Ueberschuß 74 600 M.

Herr Löschigt möchte sich die Anfrage erlauben, worauf die Berechnung basire, daß für das von einer Straßenlaterne verbrauchte Gas jährlich 60 M. eingestellt werden. Nach dem Berichte des städtischen Gaswerkes für das Jahr 1893 verbräuche eine Straßenlaterne jährlich für 77 M. Gas, während dieselbe mit den Unterhaltungskosten sogar 113 M. Kosten verursache. Demgegenüber sei die Anrechnung von nur 60 M. ungerechtfertigt, denn der Ueberschuß des Gaswerkes würde bei Einstellung des wirklichen Kostenbetrages erheblich höher sein. Sofern die Stadt die richtige Summe für die Straßenbeleuchtung zahle, lasse sich das Gas um 1,5 $\%$ pro cbm verbilligen, sodaß es nur 12,8 $\%$ statt 14,3 $\%$ Selbstkosten verursache. Jeder Gasconsument müsse also zur Straßenbeleuchtung noch besonders beitragen. Das sei schon deshalb ungerechtfertigt, weil dieselbe für die Allgemeinheit gelte. Da man nun außerdem das Privat-Einrichtungsconto im Etat ganz auf das Gaswerk geschrieben habe, so ermäßige sich dadurch der Ueberschuß des Gaswerkes noch mehr. Er bitte deshalb hierin eine Abänderung zu treffen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich außer Stande, die hier vorgeführten Zahlen zu controliren. Er wolle indessen zugeben, daß vor einigen Jahren die Kosten der Gasfabrication nicht oder nur nahezu durch die fixirten Beiträge der Stadt und des Staates zu den Straßenbeleuchtungskosten gedeckt seien. Daraus nun aber die Folgerung zu ziehen, daß hierin eine unberechtigte Belastung der Consumenten liege, könne er nicht zugeben, weil das Gaswerk in anderen Jahren bei dem Preise von 60 M. noch verdient habe. In einem Jahre reiche man mit dem Sage wohl nicht und in einem anderen habe man etwas dabei über. Nach der f. Z. von der Deputation aufgestellten genauen Berechnung sei der Satz von 60 M. durchaus richtig gewesen. Was das Privat-Einrichtungs-Conto anlange, so sei erst auf Beschluß der Versammlung vor einem Jahre die Zusammenlegung desselben auf beide

Werke angeordnet; sollte hierin eine Aenderung auf den früheren Zustand gewünscht werden, gebe er anheim, einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Herr F ü d e l kann nicht einsehen, daß unter der hier geübten Berechnung die Gasconsumenten leiden sollen. Eine solche Behauptung könne man nur aufstellen, wenn man der Ansicht sei, daß das Gaswerk keine Ueberschüsse erzielen dürfe.

Herr N i e ß hat angenommen, daß Herr B ö s c h i g t seine Ausführungen in einem präcisen Antrage zusammenfassen wolle, welchem die aufgestellten Berechnungen als Grundlage dienen sollten. Die Folgerungen, welche derselbe an diese Berechnungen geknüpft habe, seien indessen sammt und sonders falsch, weil er die historischen Gesichtspunkte, unter denen das Gaswerk entstanden sei, außer Acht lasse. Die Stadt habe an diesem von ihr erworbenen Privatwerke alljährlich bestimmte Abschreibungen vorgenommen, sodaß das Werk bei Weitem nicht mehr mit seinem vollen Werthe zu Buche stehe. Wenn das Gas heute also der Stadt weniger koste, als dafür von den Consumenten bezahlt werde, so beruhe dieses mit auf der Thatsache, daß frühere Generationen den Werth des Gaswerkes haben mit abtragen helfen. Eine solche Sachlage berechtige aber nicht, an dem Preise des Gases zu rütteln. Jedenfalls müsse man bei einer etwaigen Herabsetzung des Gaspreises von einer anderen Basis der Berechnung ausgehen, wie sie Herr B ö s c h i g t hier construirt habe. Die Gasanstalt sei nicht begründet, damit die Consumenten Gas haben sollten, sondern um der Stadt eine andere Beleuchtung zu schaffen, und dann sei es auch den Privatconsumenten gestattet, sich an die Gasleitung anzuschließen. Man dürfe also den historischen Hergang nicht einfach auf den Kopf stellen und den Consumenten das Gas für den Herstellungspreis geben wollen. Ein Anderes wäre es, wenn Herr B ö s c h i g t hätte hervorheben wollen, daß der Gaspreis für gewerbliche Zwecke ähnlich wie in anderen Städten eine Ermäßigung erfahren möchte.

Herr M e y e r h o f f ist überrascht, daß ein so geringer Procentsatz des Gases zu gewerblichen Zwecken abgegeben werde. Er möchte deshalb bitten, das Gas zu gewerbmäßigen Betrieben nach Möglichkeit zu verbilligen. Wenn man das Gas zu Kochzwecken verwende, so liege darin eine Art Luxus, dem man durch Verbilligung nicht entgegenzukommen brauche. Der Betrieb des Gaswerkes werde durch solche Verbilligung entschieden gehoben werden, was namentlich für die Sommermonate von großem Nutzen für die Stadt sein dürfte.

Herr B ö s c h i g t will nochmals betonen, daß er es nicht für gerechtfertigt halte, wenn das Gaswerk für die Stadt die Beleuchtung aufbringen müsse. Die Stadt müsse das Gas, welches sie effektiv verbrauche, auch effektiv bezahlen. Wegen der Herabsetzung der Gaspreise werde er später mit einem speciellen Antrage kommen. Das Gaswerk sei eine gemeinnützige Anstalt, denn die Stadt würde für sich allein wohl keine Gasanstalt angelegt haben, ebenso wie kein Privatmann die Erlaubniß zur Anlegung einer solchen erhalten würde. Die elektrische

Beleuchtung sei ja ebenfalls ein Monopol der Stadt. Man könne das Gaswerk heute unmöglich auf den Standpunkt stellen, welchen es vor Jahren eingenommen habe. Kochen mit Gas sei Luxus, sage Herr Meyerhoff, jedoch werden sich dieser Ansicht nicht Viele anschließen. Wenn eine gemeinnützige Einrichtung so erhebliche Ueberschüsse auf Kosten eines Theiles der Bürger erziele, so müsse dieser Theil doch indirect die Summen aufbringen. Herrn Südel, welcher die Berechnung für falsch halte, möchte er noch bemerken, daß seine Angaben auf den officiellen Mittheilungen des Gaswerkes selber beruhen und er sich gegen eine so einseitige Belastung der Bürgerschaft verwahren müsse.

Herr Oberbürgermeister *P o d e l s* hält die Frage, ob der Stadt der wirkliche Aufwand an Gas in Rechnung gestellt werden solle, für discutabel und bedürfe es nur eines entsprechenden Antrages. Die Feststellung des Satzes auf 60 M sei von dem Magistrate und den Stadtverordneten beschloffen, sodaß davon nicht ohne Weiteres abgewichen werden könne. Nach früher angestellten Ermittlungen sei dieser Satz angemessen; er decke im Durchschnitt die Kosten nicht allein für das Gas, sondern auch für die Unterhaltung und Bedienung der Laternen.

Herr *B u e s* muß die Berechnung von 60 M allerdings für eine Verbunkelung des Thatbestandes halten. Richtig wäre es, wenn die Stadt das Gas nach dem wirklichen Selbstkostenpreise bezahlte. Ob sich das Gas theurer oder billiger stelle, möge dabei gleichgültig sein. In den Städten mit Privat-Gasanstalten, wie z. B. Hannover sei das Gas bedeutend billiger als hier. Wenn der Preis hier für das Gas zu gewerblichen Zwecken heruntergesetzt werden könnte, würden derartige Einrichtungen bald in größerer Zahl entstehen. Zweckmäßig erscheine ihm ein Einheitspreis von 12 \mathcal{L} für Gas zu gewerblichen und Kochzwecken und außerdem müßten die Gasuhren ohne Miethe abgegeben werden. Durch eine starke Vermehrung des Gasconsums würde auch eine Verbilligung des Fabrikationspreises eintreten.

Herr Stadtrath *H a a k e* bemerkt, daß unter einer ganzen Reihe von Städten nur Bremen so gutes Gas habe wie Braunschweig. In Hannover sei das Gas billiger, aber auch viel schlechter. Das billige Gas stelle sich im Consum viel theurer, als das theurere hiesige Gas, sodaß man sich hier bei Zahlung von 15 \mathcal{L} noch besser stehe als in Hannover bei 12 \mathcal{L} . Sollte man später vielleicht das Auerlicht einführen, so würde man eine schlechtere und billigere Sorte Gas herstellen können, doch unter den heutigen Verhältnissen empfehle es sich, das jetzige bessere Gas beizubehalten.

Herr *M ü l l e r* muß es für zeitgemäß halten, dieser Frage seitens des Magistrates näherzutreten, um der drohenden Abnahme des Ueberschusses entgegenzuarbeiten. Wenn sich ein billigeres Gas unter Weglassung der sehr theuren englischen Kohle herstellen lasse, werde dieses mit Freuden zu begrüßen sein. In

Berlin koste das Gas für Leuchtzwecke 16 S und für gewerbliche Zwecke 12,8 S ; der Consum an Leuchtgas sei dort zurückgegangen, während das Gas zu gewerblichen Zwecken eine Steigerung erfahren habe. Daraus ersehe man, daß nach dieser Richtung etwas geschehen müsse. Man habe bei dem Gasconsum mit verschiedenen Factoren zu rechnen: einmal wirke die ungünstige Geschäftslage ein, sodann aber besonders die Einführung der Elektricität zu Beleuchtungszwecken, ferner die Einführung des Auerlichtes mit einer Gasersparniß von $33\frac{1}{3}\%$ und endlich sei von ganz besonderer Bedeutung die seit dem 1. Juli 1892 eingeführte Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, welche allein in Berlin einen Minderverbrauch an Gas von $1\frac{1}{4}$ Millionen cbm herbeigeführt habe. Da der Verbrauch an Leuchtgas zurückgehe, so müßten Anstalten getroffen werden, um den Gasverbrauch zu gewerblichen und Kochzwecken durch Verbilligung zu vermehren.

Der Herr Vorsitzende bittet, alle Verhandlungen zu unterlassen, welche nicht auf den Stat einwirken.

Herr Südel bemerkt, daß alle diese Punkte in der Commission seit Jahren eingehend besprochen seien, ohne indeß zu einer Abänderung geführt zu haben.

X. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 276010 M.

Ausgabe 245010 M.

Ueberschuß 31000 M.

XI. Neustadt mühle:

Einnahme 38800 M.

Ausgabe 35650 M.

Ueberschuß 3150 M.

Nunmehr werden die Cap. III Unterrichtswesen und Cap. V Armenpflege, welche bis dahin zurückgestellt waren, genehmigt. Auch Cap. XI Gemeindesteuer gelangt ohne weitere Besprechung mit dem Antrage des Magistrates, welcher dahin geht,

zu beschließen, daß die Gemeinde-Einkommensteuer mit Einschluß der f. g. Voraussteuer der auswärts wohnenden Gewerbetreibenden und der Actiengesellschaften zc. in dem seitherigen Betrage von $\frac{10}{10}$ des durch die Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuerfußes ausgeschrieben werde,

zur Annahme.

Der fernere Antrag, nunmehr den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1894/95 zu genehmigen, wird ebenfalls gutgeheißen.

3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushaltes pro 1. April 1894/95 einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme		in Pro=centen	Ausgabe		in Pro=centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	℔		M	℔		M	℔	M	℔
I	Cämmereivermögen (im engeren Sinne)	153 385	70	7,02	415 938	17	18,85	—	—	262 552	47
II	Kirchenwesen . .	6 090	—	0,28	—	—	—	6 090	—	—	—
III	Unterrichtswesen .	—	—	—	589 070	—	26,69	—	—	589 070	—
IV	Kunst und Wissen=schaft	—	—	—	14 312	65	0,65	—	—	14 312	65
V	Armenpflege . . .	—	—	—	198 000	—	8,97	—	—	198 000	—
VI	Medicinalwesen . .	1 100	—	0,05	3 175	—	0,14	—	—	2 075	—
VII	Bereinswesen und Volksfeste . . .	616	67	0,03	2 057	17	0,09	—	—	1 440	50
VIII	Feuerlöschwesen . .	16 227	50	0,74	66 350	—	3,01	—	—	50 122	50
IX	Ortspolizei . . .	32 305	90	1,48	319 181	92	14,46	—	—	286 876	02
X	Straßenbau . . .	107 700	—	4,93	154 100	—	6,98	—	—	46 400	—
XI	Gemeindesteuern u.	1650 650	—	75,54	4 700	—	0,21	1645 950	—	—	—
XII	Staatzzuschüsse und Staatsbedürfnisse	162 870	—	7,45	39 010	44	1,77	123 859	56	—	—
XIII	Stadtverwaltung .	30 800	—	1,41	216 996	86	9,83	—	—	186 196	86
XIV	Insgemein . . .	23 354	23	1,07	184 207	79	8,35	—	—	160 853	56
	Zusammen	2185 100	—	100	2207 100	—	100	1775 899	56	1797 899	56
								—	—	22 000	—

4. Anhang.

Canalbaucaſſe.

A. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 2328450 M. Aufzunehmende Anleihe 2318600 M.

B. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 145400 M. Beitrag der Stadtcasse 42350 M.

Der Antrag des Magistrates, die Canalabgabe für das Finanzjahr 1894/95 wiederum auf 1,5 % des Grundsteuercapitals festzustellen, wird ebenso wie der ganze Etat der Canalbaucaſſe genehmigt.

Städtisches Schlachthaus:

Einnahme und Ausgabe 132500 M. Amortisation 7982,38 M.

Der Etat wird gutgeheißen.

Casse der Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 30355 M. Zur Verfügung 370 M.

Wie Herr F ü d e l mittheilt, ist in der Finanzcommission der Wunsch geäußert, zur Verfügung der städtischen Behörden eine größere Summe als 370 M. zu lassen. Hierauf sei zu bemerken, daß der Wiederflüssigmachung des Ueberschusses vom Vorjahre in Höhe von 5000 M. durchaus nichts im Wege stehe.

Der Etat gelangt darauf zur Annahme.

Kreis-Communal-Casse:

Einnahme und Ausgabe 3337700 M. Zur Verfügung 3324,99 M.

Herr F ü d e l hat hierzu zu bemerken, daß die dem Communalfonds gehörenden 278800 μ -Prioritäts-Obligationen der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn nicht ganz dem in Mark umgerechneten Werthe entsprechen, da der Gulden nicht zu 2 M., sondern höchstens zu 1,70 M. angenommen werden dürfe. Der bisherigen Gepflogenheit gemäß seien die Papiere des Communalfonds, also auch diese österreichischen Papiere, zum Paripreise bewerthet. Letztere würden aber seit längerer Zeit nicht mehr in Berlin gehandelt, bis vor einigen Tagen einmal ein Cours von 96,25 notirt gewesen sei. Es würde sich nun erwägen lassen, diese Papiere bei Gelegenheit zu veräußern und die gewonnenen Capitalien durch Hypotheken zu belegen, obwohl hierdurch, schon des schwankenden Geldcourses wegen, ein Verlust gegen den eigentlichen Werth nicht zu umgehen sei. Wenn es auch schwierig sei, diese Frage hier gleich zu lösen, so möchte er den Verkauf dieser Papiere doch dem Magistrate zur Erwägung verstellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dieser Posten gehöre zu einer Emission, die in Deutschland gar nicht gehandelt werde. Da die Verwaltung dieses Fonds schon häufig Unannehmlichkeiten und Verluste bereitet habe, so sei vor mehreren Jahren der Versuch gemacht, ihn an den Markt zu bringen und zwar zuerst in Berlin, nach ablehnender Antwort in Frankfurt a./M. und schließlich in Wien. Von hieraus sei dann die Nachricht gekommen, man könne die Prioritäten wohl verkaufen, aber zu einem Course, der dem Magistrat unter aller Kritik niedrig erschienen sei, außerdem aber limitirt auf eine entsetzlich lange Zeit hin. Diese Serie solle vollständig in festen Händen liegen und keine Möglichkeit existiren, sie an den Mann zu bringen. Es solle indessen trotzdem noch einmal der Versuch gemacht werden, die Papiere zu einem annehmbaren Course zu veräußern und werde die Versammlung im Falle des Gelingens eine entsprechende Vorlage erhalten. Wenn übrigens bei dem einen Papiere einmal Verluste eintreten, so habe die Stadt auf der anderen Seite aber auch Vortheile gehabt; denn obwohl das Vermögen des Kreisfonds nicht durch Capitalansammlungen vermehrt sei, betrage gegenwärtig der Nennwerth der ursprünglichen Dotation von 2253 000 M. doch schon 2410 000 M.

Herr Föbel will noch hervorheben, daß ein thatsächlicher Verlust an den bezeichneten österreichischen Prioritäten nicht entstanden sei insofern, als bei der Umwandlung derselben von 5procentigen in 4procentige Papiere eine Capitalerhöhung um 15 % stattgefunden habe.

Mit der Genehmigung auch dieses Stats ist die gesammte Statsberatung erledigt.

II. Erwerb einer Straßenfläche.

Das am Damm A2 9 gelegene Grundstück des Maurermeisters Röper soll neu bebaut werden und muß vor demselben in Gemäßheit des festgestellten Ortsbauplans eine 41,9 qm große Theilfläche zur Straße abgetreten werden. Der Magistrat hat diese Fläche zum Einheitspreise von 230 M. und unter Uebernahme der Verpflichtung angekauft, dem p. Röper vom 1. October d. Jz. ab eine Vergütung von 150 M. jährlich so lange zu zahlen, als beide Nachbargebäude vortreten, außerdem auch die Kosten der Belegung der fraglichen Fläche mit Platten, sofern Röper verpflichtet sein sollte, diese Kosten zu tragen, stadtseitig zu übernehmen. Die Entschädigung von 150 M. soll, sobald eines der beiden vortretenden Nachbargebäude beseitigt sein wird, auf jährlich 75 M. ermäßigt werden, bezw. ganz wegfallen. Der Magistrat giebt die Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages anheim

und die Versammlung beschließt, auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, dem Antrage gemäß.

III. Antrag Müller: Verbesserungen im Stadtpark.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, aus dem Dispositionsfonds bis zu 1200 M. zur Verbesserung des Teiches im Stadtpark, zur Reparatur des Schwanenhäuschens und zur Einfriedigung des südlichen, sowie eines kurzen östlichen Theiles des Stadtparkes zu bewilligen.“

Zur Begründung des Antrages bezieht sich Herr Müller auf die entsprechenden Verhandlungen bei der Etatsberathung. (Seite 2 des Berichts.)

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen,
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4—8¹/₄ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. April 1894.

Tagesordnung:

I. Wahl der Vorsitzenden und des Protocollführers	Seite	34
II. Antrag Lord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden	"	36
III. Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom kl. Exercierplatze	"	40
IV. Wasserrohr im Königstiege	"	40
V. Renanlagen am Wasserrohrneze	"	40
VI. Errichtung einer Markthalle	"	40
VII. Planirungskosten für die verlängerte Wendenmashstraße	"	47
VIII. Reparaturen an der alten Husarencaferne	"	47
IX. Antrag Müller: Besserungen im Stadtparke	"	47
X. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	"	48
XI. Regulirung der Straße Rosenhagen	"	48
XII. Erwerb einer Straßenfläche	"	48
XIII. Canal in der Koffstraße	"	49
XIV. Terrainerwerb für die Pumpstation	"	49
XV. Vertrag wegen Uebernahme der Staatsstraßen	"	51
XVI. Verbreiterung der Bodstwerte	"	55
XVII. Baulinie an der Peterfilien- und Turnierstraße	"	55
XVIII. Ausschreibung einer Kirchensteuer	"	55
XIX. Uebernahme verschiedener Straßen	"	57

XX.	Änderung im Mieselgutscomplexe	Seite 57
XXI.	Baulinien für den Hautheimer Weg	" 60
XXII.	Baulinie für die Straße „an der Mäsch“	" 61
XXIII.	Erwerb von Straßenflächen.	" 61
XXIV.	Verkauf einer Straßenfläche	" 61
XXV.	Zwangse enteignung von Straßenflächen	" 61
XXVI.	Antrag Rieß und Meyerhoff: Gaspreise betreffend	" 62
XXVII.	Antrag K a t h e: Verbreiterung zc. der Vockstivete	" 62
XXVIII.	Anfrage Aßmann: Schulgelderhebung betreffend	" 63

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Bültemann I.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Semler eröffnet die Versammlung mit dem Bemerken, daß die in der vorigen ersten Sitzung des neuen Verwaltungsjahres unterlassene Wahl der Vorsitzenden jetzt nachzuholen sei und das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Meyer, gebeten werde, die Wahl zu leiten. Die übliche Geschäfts-Uebersicht solle in der nächsten Sitzung gegeben werden.

Herr Meyer übernimmt den Vorsitz.

I. Wahl der Vorsitzenden und des Protocollführers.

Der Herr Vorsitzende spricht zunächst den beiden bisherigen Vorsitzenden, Herren Semler und Wolff, welche in dem abgelaufenen Geschäftsjahre ihres schwierigen Amtes mit Umsicht, Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue gewaltet und die Verhandlungen mit unparteiischer Strenge geleitet, sowie die Ehre und Würde der Versammlung nach allen Seiten gewahrt und hochgehalten haben, den Dank der Versammlung aus.

Nachdem sich darauf die Mitglieder der Versammlung zur Befräftigung dieses Dankes von den Sigen erhoben hatten, wird zur Wahl geschritten. Bei der Wahl des Vorsitzenden werden 34 Stimmzettel abgegeben, von denen 30 den Namen des Herrn Semler tragen, während eine Stimme für Herrn Wolff abgegeben ist und 3 Zettel unbeschrieben sind.

Herr Semler, welcher demnach wieder gewählt ist, nimmt die Wahl mit Worten des Dankes an.

Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden wird auf Antrag des Herrn Halle durch Zuruf vorgenommen und Herrn Wolff dieses Amt wiederum übertragen. Auch Herr Wolff erklärt sich zur Uebernahme des Amtes bereit.

Darauf wählt die Versammlung den bisherigen Protocollführer, Magistratssecretair Vock durch Zuruf wieder.

Herr Semler übernimmt nunmehr den Vorsitz und erteilt zunächst das Wort Herrn Oberbürgermeister Pockels: „Wir haben der geehrten Versammlung die Mittheilung zu machen, daß nach einer dem Herzoglichen Staatsministerium zugegangenen vorläufigen Benachrichtigung des Herrn Reichskanzlers das Reichsgesundheitsamt erklärt hat, es stehe der Ausführung unseres Rieselprojectes ein gesundheitliches Bedenken nicht entgegen. (Bravo!) Das motivirte Gutachten des Reichsgesundheitsamtes wird erst später nachfolgen.“

Sodann giebt der Herr Vorsitzende den Eingang folgender Magistratschreiben bekannt:

- 1) Das Herzogliche Staatsministerium hat dem Stadt-Magistrate eröffnet, daß die beantragte Dispensation von der Vorschrift des §. 187 der Städteordnung, nach welcher die Steuerlisten 14 Tage lang öffentlich auszulegen sind, ausgeschlossen und daher die öffentliche Auslegung vorzunehmen ist. Ob demnächst bei etwaigem Erlasse eines Staatseinkommensteuergesetzes abweichende Bestimmungen zu treffen seien, müsse späteren Erwägungen vorbehalten bleiben.
- 2) Mit dem Antrage der Versammlung vom 22. Juni 1893, in jeder der beiden auf dem Kohlmarke und dem Hagenmarke errichteten Bedürfnisanstalten ein Closet für Frauen freizugeben und für die Benutzung aller übrigen Closets eine gleichmäßige Gebühr von je 10 \mathcal{M} zu erheben, kann sich der Magistrat nicht einverstanden erklären. Die beiden Anstalten haben in dem ersten Betriebsjahre einen Zuschuß von 1021 \mathcal{M} 56 \mathcal{S} erfordert und stehe zu befürchten, daß bei der vorgeschlagenen Aenderung die Einnahmen noch weiter zurückgehen werden. Die geringe Benutzung der Anstalten dürfte wohl mit auf die Neuheit der Einrichtung, nicht aber auf die Höhe der gering bemessenen Gebühren zurückzuführen sein.

Darauf erhält das Wort Herr Hauswaldt zur Abgabe folgender Erklärung: „Es hat Herrn Lord's Ehrgefühl beschwert, daß ich in der letzten Sitzung bei dem Antrage Lord: Unterdrückung der Beilagen bei den Braunschw. Anzeigen, als Herr Lord schon fortgegangen, gesagt habe: Von Herrn Lord klingt die Einbringung eines solchen Antrages wohl auch ein bißchen pro domo. Herr Lord hat mich gebeten, hierüber eine Erklärung abzugeben, und obwohl ich persönlich es für unnöthig halte, gebe ich doch der Bitte Folge, im Interesse des collegialen Verhältnisses hier und erkläre: In der Bemerkung pro domo liegt so wenig eine Beleidigung, wie eine von mir hineingelegt ist. Das erste ist bewiesen durch die Nichtintervention des Herrn Vorsitzenden und durch die Auffassung mehrerer untheiliger Herren, das letztere durch meine Erklärung. Der Ausdruck pro domo, wie er hier und sonst gebräuchlich ist, bedeutet nicht ein Ehrenamt mißbrauchen

zum persönlichen Vortheil, sondern für eine Angelegenheit wirken, bei der sich das eigene Interesse mit dem öffentlichen Interesse deckt. In diesem Sinne habe ich den Ausdruck gebraucht und würde ihn event. ferner gebrauchen. Meine Aeußerung war übrigens durch Herrn Lord hervorgerufen, welcher in der Commissionsberatung des Stats, in welcher Sitzung die übrigen Stadtverordneten wohl hören, aber nicht antworten durften, meine Person in die Sache zog, indem er sagte: Ich stelle diesen Antrag, wenn nun auch Herr Hauswaldt sagen wird, ich spräche pro domo. Der Wortlaut dieser Erklärung ist von Herrn Lord und mir freundschaftlich festgestellt“.

II. Antrag Lord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff hat sich die Statutencommission mit diesem in der Sitzung vom 15. März d. Js. gestellten Antrage (Seite 355 des Berichts) eingehend beschäftigt und ist dabei gegen eine Stimme zu dem Ergebniss gelangt, der Versammlung die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Dabei sei einerseits zur Sprache gebracht, daß unmöglich empfohlen werden könne, solche Anträge, welche reine Zweckmäßigkeitsfragen betreffen, unmittelbar nachdem die neue Straßenpolizeiordnung bezw. das Verwaltungsstatut in Geltung getreten seien, zu unterstützen. Schon bei einer anderen Gelegenheit sei hervorgehoben, daß man solche Aenderungen an neuen Bestimmungen nur aus ganz zwingenden Gründen vornehmen solle. Sachlich lasse sich hierzu Folgendes vorbringen. Herr Lord sei bei seinem Antrage davon ausgegangen, daß einerseits das freie Umherlaufen der großen Hunde eine Gefahr insofern mit sich bringe, als namentlich Frauen und Kinder durch solche Thiere erschreckt und beschädigt werden könnten. Andererseits würde dadurch auch eine erhebliche Beschädigung der öffentlichen Anlagen und eine Verunreinigung der Straßen, Plätze und Häuser herbeigeführt. — Es sei nun durchaus nicht zu verkennen, daß die großen Hunde durch das freie Umherlaufen manche unliebsame Consequenzen mit sich bringen, aber es müsse dem gegenüber auch Folgendes erwogen werden. Einerseits sei der strenge Maulkorbzwang in hiesiger Stadt eingeführt, wenn derselbe aber den Vorschriften gemäß durchgeführt werde, so könne eine wirkliche Gefahr durch das freie Umherlaufen der großen Hunde nur insofern entstehen, als einmal eine Frau oder ein Kind durch persönliches Erschrecken eine unliebsame Erschütterung ihres Gemüthes erhalten, oder von einem solchen Thiere übergerannt werden können. Hierin sei aber eine wirkliche Gefahr nicht zu erblicken, da außerdem solche Fälle auch glücklicherweise zu den größten Seltenheiten gehören. Was nun die Verunreinigungen der Straßen zc. anbelange, so müßten nach der Ansicht der Commission große und kleine Hunde über einen Leisten geschlagen werden und bezüglich der Beschädigung von Rasenplätzen sei angeführt, daß kleine Hunde hierin mehr leisten sollen als große. Indem man nun

aus diesen Gründen die Erwägungen, welche Herr Lord zu seinem Antrage geführt haben, als stichhaltig nicht anzuerkennen vermöchte, habe man ferner erwogen, daß die Art und Weise, wie Herr Lord das Leiten der Hunde wünsche, zu unhaltbaren Consequenzen führen müsse. Insbesondere sei in der Innenstadt das Führen der Hunde auf dem Fahrdamme unmöglich, weil dieses sowohl für die Führer und die Hunde, als auch für den Fuhrverkehr und die Allgemeinheit mit erheblicher Gefahr verbunden sei. Außerhalb der Innenstadt erscheine diese Maßregel als überflüssig. Man habe in der Commission vielmehr die Meinung vertreten, daß, wenn die Anzahl der großen Hunde eingeschränkt werden solle, dieses besser auf dem Wege der Steuererhöhung geschehe. Aus allen diesen Gründen sei die Statutencommission zu dem Beschlusse gelangt, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Unter diesen Umständen habe die Commission keine Veranlassung genommen, auf den Antrag des Weiteren einzugehen und insbesondere auch zu erwägen, ob in demselben nicht einzelne gutartige Hunderacen aufgeführt seien, deren Befreiung von der geplanten Maßnahme zweckmäßig erscheinen könnte. Es dürfte sich vielleicht eine getrennte Abstimmung über den Antrag empfehlen, sofern sich die Versammlung etwa für die Annahme desselben entscheiden sollte. Der Herr Vorsitzende habe in der Commission auch noch hervorgehoben, es erscheine außerordentlich schwierig, dieses Verbot für bestimmte Hundearten einzuführen, weil dadurch Haß und Streit mit den Hundebesitzern im Uebermaße zu Tage treten würde und weil man durchaus nicht in allen Fällen die Hunde mit Sicherheit zu den einzelnen Classen rechnen könne.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß bei einer entgegengesetzten Entscheidung der Versammlung der Magistrat eine Prüfung in dieser Richtung eintreten lassen könnte.

Herr Lord: Was den principiellen Einwurf der Commission gegen den Antrag betreffe, so haben bekanntlich die Vorgänge im Landtage, woselbst sich der Herr Staatsminister Otto in sehr erregter Weise gegen das herrenlose Umhertreiben der großen Hunde ausgesprochen habe, die Einbringung mit veranlaßt. Wenn daher der Standpunkt der Commission, daß es mißlich sei, kurz nach Erlaß des Verwaltungstatutes schon Aenderungen an demselben vorzunehmen, auch als correct anerkannt werden müsse, so diene der angeführte Grund doch als Erklärung für die nochmalige Einbringung. Gegenüber der Thatsache, daß eine Anzahl angesehener Mitglieder und Collegen in der Commission an dem Antrage gar nichts gefunden haben, was der Versammlung empfohlen werden könne, und daß auch die Stimmen, welche sich magistratsseitig dazu geäußert haben, durchweg verneinend ausgefallen seien, mußte er allerdings anführen, daß ihm aus den Kreisen des Publicums eine ganz ungewohnt große Zahl mündlicher und schriftlicher Zustimmungserklärungen zugegangen sei, welche ihn ermuthige, trotz des Votums der Commission den Antrag

aufrecht zu halten und die Versammlung zu bitten, demselben zuzustimmen. Einen großen Werth werde allerdings auch die Annahme des Antrages nicht haben, weil nach den gemachten Aeußerungen der Magistrat voraussichtlich einen ablehnenden Standpunkt zu demselben einnehmen werde. Wenn in der Commission u. A. gesagt worden, es seien erst drei Unglücksfälle durch das freie Umhertreiben der Hunde vorgekommen, nun, so könne man ja noch weitere Fälle abwarten. Er hege die Ueberzeugung, daß durch die Zeit und aus den Verhältnissen heraus der Antrag, wenn auch nicht von ihm, so doch vielleicht von dem Magistrate selbst wieder aufgegriffen werden müsse. Bremen besitze eine statutarische Bestimmung, nach welcher Bullenbeißer und Schlachterhunde an der Leine geführt werden müssen, und in anderen Städten, wie Hamburg u., bestehen ähnliche Bestimmungen, wie sie hier empfohlen werden, schon längere Zeit und haben sich gut bewährt. Für seinen Antrag spreche im Allgemeinen die Gefährlichkeit der großen Hunde gegenüber Kindern und alten Leuten, die Verwüstungen und Verunreinigungen, welche allerdings nicht nur durch die großen, sondern auch durch kleine Hunde herbeigeführt werden und schließlich auch die Statistik. Die Anzahl der Hunde habe sich, wie schon erwähnt, in ganz erschreckender Weise vermehrt; während sich der Bestand an Hunden im Verlaufe von fünf Jahren von 1921 auf 2387 Stück, also um reichlich 24 % in der Stadt Braunschweig erhöht habe, sei die Zahl der Menschen in dem gleichen Zeitraum nur um 15 % gewachsen, sodaß sich der Zeitpunkt mathematisch berechnen lasse, an welchem es in der hiesigen Stadt mehr Hunde als Menschen geben würde, wenn die Zunahme im gleichen Verhältnisse weiter wachse. Ob ein solcher Zustand wünschenswerth sei, wolle er dahingestellt sein lassen. Zur Empfehlung seines Antrages wolle er auch noch darauf hinweisen, daß die Liebeständeleien der Hunde auf den Straßen keineswegs eine angenehme Zugabe seien und eine Abstellung bezw. Verminderung derselben durchaus angezeigt erscheinen müsse.

Herr Ebeling hält das Ueberhandnehmen der großen Racehunde, welche in den allermeisten Fällen nur zum Vergnügen gehalten würden, sowie den an letzter Stelle von Herrn Lord angeführten Punkt für eine Plage, der durch die Festsetzung einer höheren Steuer für die großen Hunde entgegengetreten werden könne. Dagegen halte er es für gefährlich, die Führer solcher Thiere auf den Fahrweg bannen zu wollen, denn die Stadt habe zu viel enge Straßen mit starkem Verkehr, in welchen bei der Benutzung des Fahrweges eine Gefahr für den Führer der Hunde und auch für die Fuhrwerksbesitzer liegen würde. Er empfehle daher, den Antrag abzulehnen, aber der stärkeren Vermehrung der großen Hunde durch eine erhöhte Steuer entgegenzutreten.

Herr Rieke kann bestätigen, daß sehr viele hiesige Bürger dem Antrage sympathisch gegenüberstehen. Für ihn sei bei der Beurtheilung desselben maßgebend,

daß die großen Köter schon oft Kinder umgeworfen haben. Wer sich den Luxus erlaube, solchen großen Hund zu halten, der möge ihn auch am Stricke auf dem Fahrdamme führen und wem das nicht passe, der könne den Hund abschaffen oder zu Hause lassen. Es frage sich, ob man den massenhaften Klagen im Publicum gegenüber nicht doch etwas thun müsse, indem man entweder den Besitzern großer Hunde eine sehr hohe Steuer auferlege, oder andere Maßregeln ergreife.

Herr Baumeister möchte Herrn Lord entgegenhalten, daß in Hamburg die betr. Hunde nicht an einer kurzen Leine, sondern überhaupt nur an einer Leine geführt werden müssen. Nach den ihm aus zehn deutschen Städten auf bezügliche Anfrage zugegangenen Mittheilungen würden die großen Hunde nur in Hannover an einer kurzen Leine geführt und sei diese Maßregel auf den dort vor mehreren Jahren vorgekommenen Unglücksfall, wo ein Soldat von zwei großen Hunden fast zerrissen sei, zurückzuführen. Wenn es sich darum handle, das Führen der großen Hunde in der Innenstadt und auf den Promenaden vorzuschreiben, so sei er dafür, alle Racen zu nehmen, da die kleinen Hunde die öffentlichen Anlagen mehr schädigen als die großen.

Herr Böschigt muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß der Antrag von der Commission rundweg abgelehnt sei. Die großen Hunde seien für die Menschen, namentlich auch für die Reiter äußerst gefährlich, da sie Letztere häufig in große Gefahr bringen. Eine erhöhte Steuer werde nicht so nutzbringend sein, um die Bürgerschaft vor den großen Hunden zu schützen, denn wer sich als Hundeliebhaber eine große Dogge halte, deren Unterhalt schon an sich viel Geld koste, dem komme es auch nicht auf eine Mehrausgabe an Steuern von jährlich 10 oder 20 M an (Zustimmung), oder man müsse die Steuer nach dem Werthe des Hundes bemessen. Er bitte deshalb, den Antrag nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn bis jetzt erst drei Unglücksfälle vorgekommen seien, so könne man das bei den vielen Unthieren, welche in hiesiger Stadt gehalten werden, nur als ein Glück betrachten.

Herr Wolff will erwidern, daß den Reitern die großen Hunde nicht so unangenehm seien, wie beispielsweise die Spitze. Dazu komme, daß man für die großen Hunde eine erhöhte Steuer einführen könne. Insbesondere wolle er nochmals betonen, daß die Absicht des Antrages, die Führer von Hunden in der Innenstadt auf den Fahrdamm zu verweisen, geradezu Unzuträglichkeiten im Gefolge haben müsse.

Herr Nieß kann den Antrag nicht für annehmbar erklären. Beispielsweise könne bei Durchführung desselben kein Jagdliebhaber von seiner Wohnung aus zur Jagd fahren, sondern er müsse schließlich mit dem Hunde an der Leine hinter dem Wagen hergehen. Man müsse für solche Fälle also wieder Ausnahmegestimmungen treffen, mithin den Antrag erst noch gründlicher durchberathen.

Herr Böschigt möchte dem entgegenhalten, daß der Jagdliebhaber bei dem Verlassen des Stadtgebietes seinen Hund ebenfalls an die Leine nehmen müsse, wenn er nicht befürchten wolle, daß irgend ein Jagdpächter den Hund niederschleife, sobald Letzterer einmal über den Chausseegraben springe.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag Lord mit 22 : 13 Stimmen angenommen.

III. Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom H. Exercierplatze.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, hat sich Herr Hauswaldt damit einverstanden erklärt, daß der in der Sitzung vom 15. März d. Js. gestellte Antrag — Seite 355 des Berichts — zur Zeit nicht berathen werde und daher zunächst ausfalle.

IV. Wasserrohr im Königstiege.

Auf Antrag der Anlieger des Königstieges ersucht der Magistrat, die Legung des Wasserrohres auf dieser Straße zu genehmigen und hierfür den Betrag von 2827 M 90 S zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, geschieht.

V. Neuanlagen am Wasserrohrneze.

Um bei vorkommenden Reparaturen an den Wasserröhren die Beschränkung der Wasserlieferung auf thunlichst kleine Bezirke zu ermöglichen, empfiehlt der Magistrat auf Antrag der Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke folgende Neueinrichtungen: 1) die Legung eines Verbindungs-Wasserrohres zwischen der Friedrich-Wilhelmstraße und dem Kohlmarke; 2) desgleichen zwischen der Friedrich-Wilhelmstraße und der Bruchstraße; 3) den Einbau eines Schieberhahns in der alten Waage und 4) die Anlage einer Entleerungs-Vorrichtung des Haupt-Wasserrohres in der Münzstraße, mit einem Kostenaufwande von zusammen 1393 M 55 S.

Auch diese Vorlage gelangt auf Empfehlung der Finanzcommission, für die wiederum Herr Meyer berichtet, zur Annahme.

VI. Errichtung einer Markthalle.

Die Markthallenbau-Deputation hat nunmehr ein bestimmtes Programm für die Errichtung einer Markthalle auf dem ehemals Huch'schen und bezw. Sürgens'schen Grundstücke am Hagenmarke aufgestellt und ist darauf von der städtischen Bauverwaltung in Gemäßheit dieses Programmes ein Project ausgearbeitet, dessen Kosten zu 327 000 M veranschlagt sind. Die Deputation hat dieses Project geprüft

und im Allgemeinen gutgeheißen, jedoch empfohlen, den im südlichen Theile der Halle vorgesehenen festen Ständen eine Tiefe von 2,35 m (statt 2,50 m) und den Gängen zwischen den Ständen eine Breite von 2,3 m (statt 2 m) zu geben. Die Größe der den festen Ständen einzuräumenden Fläche würde darnach unverändert bleiben. Der Magistrat ist mit diesem abgeänderten Projecte einverstanden und hält dessen alsbaldige Ausführung, ungeachtet der erheblichen Aufwendungen, welche die Stadt augenblicklich für andere Zwecke zu machen gezwungen ist, um deswillen für unbedenklich, weil er überzeugt ist, daß durch die aufkommenden Standgelber eine angemessene Verzinsung und Amortisirung des Anlagecapitales werde erzielt werden können. Die Entscheidung über einzelne noch weiter zu klärende Fragen, betreffend die Auswahl des Fußbodenbelages, Anbringung von Fenstern auch an der Nordseite des Kellers, Vermehrung der Zahl der vorgesehenen Beleuchtungskörper, Anbringung von Ventilations-Vorrichtungen und ebenso über eine vermuthlich sich empfehlende andere Anordnung der in der Halle vorgesehenen Nebenräume (Bedürfnisanstalten etc.) bittet der Magistrat ihm im Einvernehmen mit der Markthallenbau-Deputation zu überlassen.

In Uebereinstimmung mit dieser hält auch der Magistrat für angezeigt, zunächst die Canalisation des Burgmühlengrabens in der Ausdehnung des angrenzenden städtischen Grundstückes anzustreben und zu dem Zwecke die Einleitung des wasserseitigen Verfahrens zu beantragen. Genauere Angaben über die dafür stadtseitig aufzuwendenden Kosten, welche in früheren ähnlichen Fällen 140—200 M für das laufende Meter betragen haben, vermag der Magistrat indessen zur Zeit noch nicht zu machen, weil noch nicht feststeht, ob die theilhaftigen Anlieger der Westseite jenes Grabens Entschädigungsansprüche wegen ihrer angeblichen Wassergerechtfame geltend machen und ob dieselben sich zur Uebernahme eines Theiles der Canalisationskosten verstehen werden. Eine hierauf bezügliche Vorlage wird der Versammlung später unterbreitet werden.

Einstweilen ersucht der Magistrat, das vorgelegte Project unter Verwilligung der zu 327 000 M veranschlagten Baukosten mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die Entscheidung über die vorerwähnten Einzelragen ihm im Einvernehmen mit der Markthallenbau-Deputation überlassen bleibe und ihn außerdem zu ermächtigen, die erforderlichen Anträge wegen Canalisation des Burgmühlengrabens, soweit die Stadt an dessen Ostseite Anliegerin desselben ist, zuständigen Ortes zu stellen.

Die Finanzcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Südel der Vorlage in allen Punkten angeschlossen und empfiehlt deren Annahme. Bemerkt solle hierbei noch werden, daß die Besitzer der angrenzenden kleinen Grundstücke am Werder so hohe Summen für dieselben forderten, daß es nothwendig erschienen sei, von dem Erwerbe dieser Grundstücke abzusehen.

Herr Meyerhoff begrüßt diesen weiteren Schritt zur Erbauung einer Markthalle mit Freuden und ist mit dem Projecte im Allgemeinen auch einverstanden. Nur halte er die Ein- und Ausfahrt für zu schmal, wenn dort gleichzeitig Wagen und Personen verkehren sollen. Darum erscheine es ihm nothwendig, die Einfahrt ebenso breit zu gestalten, wie der Zufuhrweg in der Halle selbst geplant sei. Außerdem vermisse er einen Querdurchgang durch die Halle. Bei einer Länge derselben von 100 m sollen die tausende von Menschen, welche dort verkehren, gezwungen sein, am Werder oder am Hagenmarkte die Halle zu verlassen. Das gehe nicht, sondern es müsse für den westlichen Stadttheil Luft geschaffen werden nach der Reichenstraße hin, außerdem thue ein guter Ausgang durch das Jürgens'sche Grundstück Noth. Die hierdurch entstehenden Kosten müßten eben geopfert werden.

Herr Südel will hierzu bemerken, daß die Einfahrt vom Hagenmarkte aus breit genug geplant sei und ungefähr der Breite des Weges in der Halle entspreche. Sodann sei auch ein Durchgang für Fußgänger nach dem Jürgens'schen Grundstücke zu in Aussicht genommen.

Herr Nieß nimmt an, daß der Wagenverkehr in der Halle auf bestimmte Stunden beschränkt sei, bevor das Publicum Zutritt zu derselben habe, wodurch schon eine Schwierigkeit behoben werde. Ferner nehme er an, daß der Versammlung später noch eine Marktordnung vorgelegt werde. Hierbei wünsche er den Blumen- und Kurzwaarenhandel, überhaupt alle jene Sachen von dem Verkaufe in der Halle ausgeschlossen zu sehen, welche in der Stadt ihr Domicil haben, denn man baue die Halle nicht, um die Grundstücke der Bürger zu entwerthen.

Herr Kathe bittet, das vorliegende Bauproject vorläufig noch abzulehnen. Wenn die Stadt eine Markthalle baue, in welche sie einen großen Verkehr hineinlegen wolle, so dürfe sie dieselbe nicht in einen Winkel legen mit ungenügenden Zugängen. Auch müsse der Hauptweg in der Mitte und nicht an der Seite der Halle liegen. Darum solle man das ehemals Huch'sche Haus am Hagenmarkt ganz niederreißen und die Halle nach der Seite hin freilegen. Dieses Gebäude erfordere eine ganze Menge Reparaturen, deren Kosten sich mit dem Vorrücken der Halle bis an den Hagenmarkt heben würden. Wenn man die Halle bis an die Straße vorrücke, werde der Verkehr größer werden. Es sei nicht zu verlangen, daß Jemand aus der diesseitigen Stadtgegend über den Werder nach der Halle gehen solle. Am besten wäre es gewesen, wenn man dieselbe in die Form eines Winkels gelegt und je einen Hauptausgang nach der Wendenstraße, dem Hagenmarkte und der Reichenstraße zu angebracht hätte.

Herr Stadtrath Netemeyer will zunächst Herrn Nieß gegenüber erwidern, daß der Versammlung eine Betriebsordnung vorgelegt werden würde. Vorläufig sei im Magistrate in Aussicht genommen, alle Sachen, welche bislang auf dem Hagenmarkte verkauft seien, auch in die Halle zu verweisen. Die Einwendungen

des Herrn Rathe könne er nicht für berechtigt halten. Für die Zufuhr der Waaren genüge ein Weg an der Seite der Halle, welche nicht so breit sei, um Schwierigkeiten in dem Transporte der Waaren nach der entgegengesetzten Seite zu bieten. Sollten sich später indessen solche Schwierigkeiten dennoch herausstellen, so könne man nach der Canalisirung der Oker auch einen Zufuhrweg um die Halle herum schaffen, welcher nach Anbringung einiger Thüren an jener Seite eine noch nähere Anfuhr nach der anderen Seite ermögliche. Bei dem vorliegenden Hallenprojecte habe man sich namentlich von den Berliner Mustern leiten lassen, welche durchweg bis auf die Central-Markthalle hinterwärts liegen, während die Vordergebäude anderweit ausgenutzt seien. Es sei auch nicht einzusehen, weshalb für die Markthalle eine Front nach der Straße hin geschaffen werden müsse. Hierdurch würden die Kosten erheblich vertheuert, denn auch die Fagade lasse sich dann nicht so einfach herstellen. Wenn Herr Rathe sage, daß die Kosten der Instandsetzung des Vorderhauses aufgewogen würden gegen die Errichtung der Halle an der Straße, so sei das nicht richtig. Man wolle das Vorderhaus überhaupt nicht in Stand setzen, sondern es solle nur eine Durchfahrt geschaffen werden und das Haus dann zu mannigfachen städtischen Zwecken auch ferner Verwendung finden. Vielleicht könne dort auch eine Dienstwohnung für einen Hallen-Aufseher eingerichtet werden; jedoch sei diese Frage z. B. noch nicht zu erledigen.

Wenn man die Markthalle nach der Wendestraße hin durchbauen wolle, so würde dieselbe allerdings viel größer werden, aber es solle ja keine Central-Markthalle gebaut werden, sondern man wolle in diese Halle nur den Verkehr vom Hagenmarkte aufnehmen und später bei eintretendem Bedürfnisse auch vielleicht noch eine Halle in der Nähe des Altstadtmarktes errichten. Sollte sich später eine Erweiterung der Halle nothwendig machen, würde sich dieselbe unschwer ausführen lassen.

Herr Gehling: In hiesiger Stadt sei bekanntlich sehr viel gestritten worden über die Erwünschtheit oder Nothwendigkeit einer Markthalle, sowie über den Platz für dieselbe und über die Frage der Centralisirung und Decentralisirung des Markthallenwesens. Bei seinen mancherlei Reisen habe er nun Gelegenheit genommen, in verschiedenen größeren Städten die Markthallen und die mit denselben gesammelten Erfahrungen kennen zu lernen. Insbesondere sei ihm in Leipzig die Mittheilung geworden, daß man dort mit einer Central-Markthalle Fiasco gemacht habe und man daher eine Decentralisirung wünsche. Es sei dort auch so viel Luxus auf die Ausschmückung der Fagaden verwandt, daß schließlich die innere Einrichtung ziemlich mangelhaft ausgefallen sei. Deshalb vertrete er den Standpunkt, man möge die Kosten einer Markthalle möglichst gering bemessen und den verschiedenen Stadttheilen die Wohlthat von Markthallen zukommen lassen, da man nur den umliegenden Anwohnern einen wirklichen Vortheil dadurch ver-

schaffe. Im Gegensatz zu Herrn Rathe begrüße er darum mit Freuden, daß man zu der projectirten Markthalle Hinterland genommen und die Kosten auf das Aeußerste beschränkt habe; denn bei dem Vorrücken des Gebäudes nach der Straße zu entstehe eine so erhebliche Vertheuerung, daß die anderen Stadttheile noch sehr lange auf eine Markthalle warten könnten. Aus diesen Gründen trete er gern für die Vorlage ein. Bezüglich der inneren Einrichtung empfehle es sich, auch die Marktordnung in Leipzig zu Rathe zu ziehen. Auch dort sei die Fahrbahn dem Fuhrverkehr nur für bestimmte Stunden geöffnet, weshalb der Fußgängerverkehr dadurch keine Beschränkung erfahre.

Herr Rieke bemerkt, daß man in einer früheren Versammlung nach den in Berlin, Frankfurt a./M. und Leipzig gesammelten Erfahrungen das Princip der Decentralisirung der Markthallen angenommen habe. Die im Jahre 1893 in Leipzig eröffnete Central-Markthalle weise bei einem Kostenbetrage von 3¹/₂ Millionen Mark nur 4588 qm Flächenraum an Ständen auf; man habe dort eben zu viel Geld für die Fassade ausgegeben. Die Frankfurter Halle sei längst zu klein geworden und die Dresdener sei sehr schön eingerichtet, koste aber zu viel und besitze nur das eine Gute, daß sie von vier Seiten zugänglich sei. So gut die Wochenmärkte nicht versteckt liegen, könne man eigentlich auch verlangen, die Markthallen für den Verkehr frei zu legen und darum wäre es angezeigt gewesen, an der Reichenstraße noch ein Haus anzukaufen. Was die Grund- und Bodenverhältnisse anlange, so seien ihm dieselben in der Gegend sehr genau bekannt. Im Jahre 1864 sei man dort mit dem Ausgraben so weit gegangen, daß das Wasser hochgekommen sei und da habe man dort das Holz vom alten Theater versenkt. Man dürfe also nicht tiefer gehen als bis auf dieses Holz, aus welchem Grunde es gerechtfertigt erscheine, die Stände etwas höher zu legen. Wer an einer Nummer der Stände nicht genug habe, könne sich deren mehrere miethen; in Dresden seien z. B. die Schlachterstände mit 2 qm reichlich groß und besitze die dortige Halle ziemlich 400 Nummern. Er möchte dafür eintreten, daß man hier zwei Etagen baue, um das Geflügel u. dgl. nach oben hinweisen zu können. Eine Entscheidung darüber zu treffen, ob man den Verkauf von Blumen zc. zulassen wolle, sei sehr schwierig und theile er die Meinung, daß alle bislang auf dem Wochenmarke verhandelten Sachen, also auch Blumen in die Halle gehören, zumal da Blumen mehr zum Gemüse als zu den Luxusachen zu rechnen seien. Außerdem nehmen sich die Blumen sehr gut unter den übrigen Verkaufsgegenständen aus. Vielleicht lasse sich bei der Bauausführung auch noch die bessere Legung der Closets in Betracht ziehen. Im Uebrigen sei er mit dem Projecte einverstanden. Zweckmäßig erscheine es ihm, auf dem Erwerb des alten Gefängniß-Grundstücks an der Regidienhalle schon jetzt Bedacht zu nehmen, damit man dort und vielleicht an dritter Stelle in der Nähe des Altstadtmarktes noch eine Halle errichten könne.

Herr Rathe muß die projectirte Verlegung des Hauptweges nach der Seite der Halle hin für durchaus verfehlt ansehen. Es werde dort ein solches Gedränge entstehen, daß das Publicum nicht wisse, wohin es sich wenden solle und habe er in anderen Markthallen solche Anordnung noch nicht angetroffen. Bei der Verschiebung des Hallengebäudes nach der Straße hin erscheine es ihm nicht nöthig, eine theuere Fagade herzustellen; man könne eine ganz einfache Fagade wählen, deren Kosten sich recht gut tragen lassen. Die Hauptbedingung sei die Schaffung eines genügend breiten Zugangsweges, in welchem das Publicum ungestört verkehren könne.

Herr Lord möchte die von Herrn Meyerhoff vorgetragenen Bedenken unterstützen. In dem ihm vorliegenden Hefte des Handbuchs der Hygiene von Dr. Weyl befinde sich eine Abhandlung des Stadtbaurathes a. D. Georg Osthoff, Vorstandes der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen in Berlin, über Markthallen etc. In diesem Aufsatze sei unter den sechs Hauptbedingungen für den Bau einer Markthalle an hervorragender Stelle darauf hingewiesen, daß die Halle genügend viele und bequeme Zugänge besitzen solle, da ihre Zugänge von wesentlicher Bedeutung für eine Markthalle seien. Es sei durchaus erforderlich, daß die in die Häuserblocks geschobenen Hallen in bequemster Verbindung mit den umliegenden Straßen stehen, daß diese Verbindungen genügende Breite haben und daß deren so viele als möglich vorhanden seien, weil hierdurch der Verkehr am meisten getheilt und abgeleitet werde. Er theile nun die Empfindung, daß die hier projectirten Zugänge durchaus nicht genügend seien und der Verkehr sich in ihnen nicht werde regeln lassen. Darum halte er es für nothwendig, vor der Genehmigung des Projectes noch Erwägungen in dieser Beziehung anzustellen.

Herr Lange: Als von der Versammlung seiner Zeit das von der städtischen Bauverwaltung aufgestellte Project des Markthallenbaues hauptsächlich der hohen Kosten wegen abgelehnt sei, habe man der Deputation die Aufgabe gestellt, ein neues Project unter Benutzung des gegebenen Platzes auszuarbeiten, und eine möglichst billige und practische Halle unter der Berücksichtigung herzustellen, daß nicht eine Central-Halle geschaffen werden solle, sondern daß die Errichtung einer weiteren Halle im Westen der Stadt in Aussicht zu nehmen sei, sofern sich diese erste Einrichtung bewähren würde. Die Deputation glaube nun der gestellten Aufgabe vollständig entsprochen zu haben. Sie habe vor allen Dingen angenommen, daß es sich um die Schaffung eines überdeckten Marktes handle und habe ihr dabei namentlich die Frankfurter Halle als Muster vorgeschwebt. Bei dieser Halle seien feste Stände und die eine Hälfte als freier Platz vorgesehen, auf welchem die Leute vom Lande ihren Platz quadratmeterweise mit Kreide abgestrichen erhalten. Das sei für die Deputation das gesuchte Ideal gewesen: ein überdeckter freier Markt mit gegebenen festen Ständen. Auf dem freien Platze würden in Frankfurt a. M. auch die

Großverkäufe von Waaren vorgenommen, was hier im gegebenen Falle ebenfalls geschehen könne, da der freie Platz noch geräumiger projectirt sei. Den Leuten vom Lande solle Gelegenheit geboten werden, mit ihren Waaren nicht mehr unter freiem Himmel sitzen zu müssen. Die Frage, ob der Platz für die Halle durch einen besseren hätte ersetzt werden können, lasse sich nicht mehr erörtern, weil man mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen habe, nachdem der Platz einmal gekauft sei. Angenehmer würde es ja sein, die Keller tiefer in die Erde zu bringen, das gehe an der betreffenden Stelle aber nicht und müsse man sich daher bescheiden. Die von Herrn Rathe vorgetragenen Wünsche seien anderwärts wohl gerechtfertigt, lassen sich aber hier nicht durchführen. Ein Weg mitten durch die Halle erscheine unter den vorliegenden Verhältnissen eine Unmöglichkeit, da man das Vorderhaus am Hagenmarke deshalb nicht abreißen könne. Die Durchgänge seien für den Fuhrverkehr genügend, umso mehr als derselbe schon vor Eröffnung des Hallenverkehrs beendet sein müsse. Erwägenswerth erscheine es ihm allerdings, ob nicht noch ein Ausgang nach der Reichenstraße zu geschaffen werden könne, da die Halle dann nach jeder Himmelsrichtung hin einen Ausgang habe, nämlich nach dem Hagenmarke, der Wendestraße, dem Werder und der Reichenstraße. Er könne nur empfehlen, das vorliegende Project zu genehmigen.

Herr Blasius find bei Besichtigung des vorliegenden Bauplanes Bedenken wegen der ungenügenden Eingänge aufgestiegen. Ehe er darum keine Sicherheit erhalte, daß sich das Publicum sicher in die Halle hinein und aus derselben herausbewegen könne, vermöge er dem Projecte seine Zustimmung nicht zu geben.

Herr Uhde hält diese Bedenken nicht für begründet, weil sich die drei Zugänge bei eintretendem Bedürfnisse außerordentlich leicht verbreitern lassen. Der einzige Umstand, welcher der Halle noch zu Gute kommen könnte, wäre ein Durchbruch nach der Reichenstraße zu. Hiervon brauche man aber doch nicht das ganze Project abhängig zu machen, da sich wohl ein Anwohner der Reichenstraße finden werde, welcher sein Grundstück preiswürdig abgebe.

Der Herr Vorsitzende giebt bekannt, daß von den Herren Meyerhoff, Brückmann, Nieß, Lange und Engelbrecht folgender Antrag gestellt sei:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle die Erbauung der Markthalle unter dem Anheimgenben genehmigen, daß ein weiterer Zugang derselben von der Reichenstraße her in Aussicht genommen werde.

Auf die Frage, ob die Antragsteller die Genehmigung des Projectes von dem Ausgange abhängig machen wollen,

erwidert Herr Nieß, daß man dem Magistrate diesen Ausgang nur warm empfehlen und ihm anheimgenben möchte, denselben bei vorhandener Möglichkeit durchzuführen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit diesem Zusatzantrage in allen Punkten genehmigt.

VII. Planirungskosten für die verlängerte Wendenmaischstraße.

Die städt. Bauverwaltung hat beantragt, für die Planirung der verlängerten Wendenmaischstraße, auf deren Terrain die bei der Ausschachtung des Kühlhauses gewonnenen Erdmassen gebracht sind, nachträglich einen Betrag von 300 M zu bewilligen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und bittet, ihn gleichzeitig zu ermächtigen, auch in künftigen Fällen bei sich bietender Gelegenheit durch Aufwendung von Planirungskosten die Ablagerung reinen Erdbodens an Stellen, welche erhöht werden müssen, zu ermöglichen.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

VIII. Reparaturen an der alten Husarencaferne.

Auf Anregung der städt. Bauverwaltung beantragt der Magistrat zu genehmigen, daß für verschiedene nothwendige Reparaturen in Dach und Fach der Gebäude der früheren Husarencaferne am Magnithore, in welcher z. B. zwei provisorische Schulclassen untergebracht sind, ein Betrag von 600 M aufgewendet werde, welchem Antrage sich die Versammlung auf gleiche Empfehlung anschließt.

IX. Antrag Müller: Verbesserungen im Stadtparke.

Die Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Seele bei der Berathung des in der letzten Sitzung gestellten Antrages — Seite 32 des Berichts — zu dem Beschlusse gekommen, zu empfehlen, mit einer Wasserzuführung zum Teiche des Stadtparkes vorläufig noch zu warten, da sich der Teich möglicherweise durch fallenden Regen wieder füllen könne, in der Zwischenzeit aber Erhebungen darüber anzustellen, ob es nicht practisch und empfehlenswerth wäre, im Teiche selbst eine Bohrung anzustellen, welche demselben Wasser zuführe. Es solle nämlich eine Thonschicht vom Rußberge herunterlaufen, welche an dieser Stelle den tiefsten Punkt erreiche und nach der Husarenstraße zu wieder emporsteige, sodaß man dort mit geringen Unkosten eine Bohrung anstellen und voraussichtlich auch auf Wasser stoßen könne, welches hinreiche um den Teich zu speisen. Der Promenaden-Inspector Kreiß werde sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und könne die Versammlung demnächst Stellung zu derselben nehmen. Ebenso solle dem Drange des Publicums, welches jetzt sehr häufig seinen Weg vom Exercierplatze durch die Boskets in den Park nehme, durch Anlegung eines kleinen Fußpfades Rechnung getragen werden, wovon man sich eine Schonung der Anlagen verspreche.

Eine Einfriedigung dort herzustellen erscheine nicht gut möglich. Auf der südöstlichen Seite des Parkes werde aber der Zugang so selten durch das Gebüsch genommen, daß es nicht verlohne, dort eine Einfriedigung anzubringen, es müßte sonst schließlich der ganze Stadtpark eingefriedigt werden und das halte die Commission nicht für rathsam. Der Antragsteller habe sich durch diese Darlegungen befriedigt erklärt und auch den die Reparatur des Schwanenhäuschens betreffenden Theil des Antrages zurückgezogen, weil dieselbe auch ohne Antrag zur Ausführung komme.

Herr Müller möchte wenigstens noch den Wunsch aussprechen, mit der Bohrung bald vorzugehen, damit die Sache nicht verschleppt werde. Es befinde sich ein Ingenieur Freckmann in hiesiger Stadt, welcher durch einen magnetischen Apparat im Stande sein solle eine Quelle zu finden (große Heiterkeit) und der sich seine Bemühungen erst nach dem Auffinden einer solchen bezahlen lasse. Man könne es ja dahingestellt sein lassen, ob der Genannte sein Versprechen zu erfüllen vermöge, aber vor allen Dingen bitte er, recht bald in der Sache vorzugehen. Bezüglich der Einfriedigung würde er es doch für nothwendig halten, wenigstens die ca. 140 m lange Strecke von der Husarenstraße bis zum Haupteingange mit einem kleinen Staket zu versehen, da gerade hier das Publicum viel durch das Gebüsch zu gehen pflege und dabei die Anlagen beschädige.

Der Antrag ist damit erledigt.

X. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden wird das Gesuch von Söhler um Befreiung eines Ziehundes genehmigt, dagegen lehnt die Versammlung die auf Befreiung eines Wachhundes gerichteten Gesuche der Einwohner Reinecke, Färber, Samekky, Behre und Boffe ab.

XI. Regulirung der Straße Rosenhagen.

Der Tapezierer Talschau hat bei der Neubebauung seines Grundstücks am Rosenhagen eine 23,3 qm große Theilfläche zur Straße abzutreten. Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß die Fläche zum Einheitspreise von 120 M unter der Zusicherung angekauft werde, auch die Belegung derselben mit Platten, sofern die dafür aufzuwendenden Kosten Talschau zu tragen haben würde, auf Kosten der Stadt ausführen zu lassen.

Die Vorlage gelangt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, zur Annahme.

XII. Erwerb einer Straßenfläche.

Von dem der Wittwe Schillig gehörigen, kürzlich neu bebauten Grundstücke ist eine 13 qm große Theilfläche zur Wendenstraße abzutreten. Der Antrag

des Magistrates, den Ankauf dieser Fläche zum Einheitspreise von 120 M zu genehmigen,

wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, angenommen.

XIII. Canal in der Roßstraße.

Die Herzogliche Baudirection hatte sich bereit erklärt, zum Zwecke der Entwässerung des Grundstückes des neuen Herzoglichen Krankenhauses nach der Roßstraße hin die Kosten für einen in letzterer herzurichtenden provisorischen Canal, welche zu 2900 M veranschlagt waren, zu tragen und es war daraufhin die Ausführung des Canals angeordnet. Die fraglichen Kosten haben nun aber in Wirklichkeit 4717,58 M betragen, so daß der Anschlag um 1817,58 M überschritten ist. Der Magistrat hält nicht für angezeigt, die Herzogliche Baudirection um Erstattung dieses Mehrbetrages zu ersuchen, und zwar umsoweniger, als nach den inzwischen erfolgten weiteren Festlegungen der Entwässerungsgebiete eine 120 m lange Theilstrecke des fraglichen Canals dauernd beibehalten werden kann, so daß später nur eine 75 m lange Theilstrecke umgelegt zu werden braucht. Der Magistrat ersucht, die Mehrkosten nachträglich zu verwilligen.

Wie Herr Lorb namens der Finanzcommission berichtet, sind die Mehrkosten hauptsächlich durch die frühzeitige Inangriffnahme der durch den hohen Grundwasserstand beeinträchtigten Arbeiten entstanden. Da nun der Grund zu dem frühen Beginne dieser Arbeiten in dem Bestreben liege, der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit zum Verdienste zu geben, so beantrage die Commission, die nicht unerhebliche Ueberschreitung lebhaft bedauernd, der Nachverwilligung zuzustimmen,

was geschieht.

XIV. Terrainerwerb für die Pumpstation.

Das frühere Project, betr. die Errichtung der Pumpstation auf dem westlichen Okerufer ist aufgegeben, weil sich bei den wegen Erwerbs eines Bauplatzes eingeleiteten Verhandlungen alsbald herausstellte, daß ein entsprechend großes und günstig gelegenes Terrain zu einem angemessenen Preise daselbst nicht zu erlangen sein würde. Auch auf dem östlichen Flußufer ist der Werth der in der Nähe des hergerichteten Abzugscanales gelegenen Pläne nach Ausführung der Canalanlage bereits nicht unerheblich gestiegen und es ist nicht gelungen, einen für die Station geeigneten Platz zu dem früher in Aussicht genommenen Preise von etwa 3 M pro qm ausfindig zu machen. Nach Ansicht der Canalbau-Deputation ist für die fragliche Anlage geeignet dasjenige aus den Plänen N. 105—108 bestehende, an der Wendenmasch östlich vom Wege N. 124 und dicht an der Landesbahn

gelegene Terrain, von dem die zur Anlage des Hauptammelcanals und der dort projectirten Straßen erforderlichen Flächen zum Preise von 3 M pro qm bereits angekauft sind, während das wegen eines Theiles des Harmischen Planes eingeleitete Expropriationsverfahren noch schwebt. — Voraussetzung der Benutzung des fraglichen Areals ist die Aenderung des Ortsbauplanes, insbesondere die Aufhebung der dasselbe durchschneidenden im Ortsbauplane vorgesehenen, von Osten nach Westen führenden Straße. Außerdem müsse eine dort projectirte Straßenstrecke so weit nach Osten verschoben werden, daß für die Station der nöthige Raum gewonnen wird. Der Magistrat ist in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte der Ansicht, daß es sich empfehle, einstweilen nicht nur die beiden vorerwähnten, sondern auch eine anschließende Theilstrecke ganz aufzuheben, da dieselben nicht unbedingt erforderlich seien und die Entscheidung darüber, ob und eventuell welche Ersatzstraßen etwa künftig in den Ortsbauplan aufzunehmen sein möchten, späterer Beschlußfassung vorbehalten werden könne. Für die Anlage der Pumpstation sammt Nebengebäuden würde ein Areal von 5000—6000 qm erforderlich, mithin der Erwerb der ganzen vorerwähnten Pläne nicht nöthig sein. Da indessen die Eigentümer derselben die Forderung gestellt haben, ihnen nunmehr die ganzen Flächen abzunehmen und da es außerdem räthlich sein dürfte, daß sich die Stadt für die fragliche Anlage mehr Terrain sichert, als der augenblickliche Bedarf unbedingt erfordert, so ist der Magistrat auf jene Forderung eingegangen. Demnach sind angekauft:

- 1) die Restflächen der Pläne *N* 105, 106 und 108 zum Preise von 5 M pro qm;
- 2) der ganze Plan *N* 107 zum Preise von 4 M pro qm nebst 4% Zinsen seit dem 1. October 1893. Das eingeleitete Expropriationsverfahren würde damit seine Erledigung finden.

Sodann hat sich

- 3) die Diederichs'sche Stiftung bereit erklärt, vom Plane *N* 78 eine zur Anlage des Anschlußgleises bestimmte 3 a 78 qm große Theilfläche der Stadt zum Einheitspreise von 3 M zu überlassen, auch der Pächter dieser Fläche der sofortigen stadtseitigen Besitzergreifung gegen eine einmalige Vergütung von 12 M zugestimmt. Endlich ist
- 4) die Direction der Braunschweigischen Landesbahn vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrathes bereit, verschiedene, insgesammt 4,03 a große Flächen der Stadt für den Einheitspreis von 3 M zu verkaufen.

Nach Lage der Umstände muß der Magistrat den Erwerb der sämtlichen erwähnten Flächen für zweckdienlich erachten und ersucht daher, deren Ankauf sowohl, als auch die näher erörterte Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr U h d e berichtet, geschieht.

XV. Vertrag wegen Uebernahme der Staatsstraßen.

Daß von der Versammlung im Jahre 1890 an den Magistrat gerichtete Ersuchen, geeignete Schritte zu thun, damit die Fußwege der Wolfenbüttler-, Celler- und Hildesheimerstraße ordnungsmäßig ausgebaut würden, ist die Veranlassung gewesen, daß zwischen Herzoglicher Baudirection und dem Magistrate Verhandlungen wegen stadtseitiger Uebernahme der sämtlichen innerhalb des Stadtgebietes gelegenen Staatsstraßen gepflogen sind. Wesentlich bestimmend für dieses Vorgehen waren auf Seiten des Magistrates folgende Gründe:

- 1) Es erscheint wünschenswerth, die jetzt noch bestehende und sich lediglich aus der historischen Entwicklung erklärende Verschiedenheit der Eigenschaft der im Stadtgebiete vorhandenen Wege und Straßen und die sich aus dieser Verschiedenheit ergebende Ungleichheit der Verpflichtung der Anlieger in Bezug auf die Leistung von Beiträgen zu den Straßenkosten thunlichst zu beseitigen. Es liegt kein Grund vor, die Anlieger von Ortsstraßen zu den fraglichen Beiträgen heranzuziehen, während die Anlieger von Staatsstraßen frei bleiben. Jene Verschiedenheit würde nun zwar bei Umwandlung der Staatsstraßen in Ortsstraßen noch nicht gänzlich beseitigt, da die Anlieger der Wallpromenaden auch künftig frei von solchen Beiträgen bleiben werden; es darf indessen wohl angenommen werden, daß, wenn die jetzt angestrebte Vereinbarung zwischen Staat und Stadt zu Stande kommen sollte, dadurch ein ähnliches Abkommen wegen der Promenaden wesentlich gefördert werden würde.
- 2) Der Staat hat bisher zwar thatsächlich für den Ausbau von Fußwegen an Staatsstraßen innerhalb des Stadtgebietes in verschiedenen Fällen Aufwendungen gemacht, eine rechtliche Verpflichtung dazu indessen nicht anerkannt. Gerade dieser Umstand ist bisher die Veranlassung gewesen, daß die Fußwege der Wolfenbüttler- und Cellerstraße nicht ausgebaut sind, obwohl sie der Instandsetzung dringend bedürfen.

Die Stadtverwaltung dürfte daher allerdings Veranlassung haben, die Abänderung eines Zustandes anzustreben, der als unsehr bezeichnend bezeichnet werden muß.

- 3) Die in die Staatsstraßen verlegten Canäle, Gas- und Wasserrohre sind Eigenthum der Stadt; die letztere hat jedoch zu dieser Verlegung und ebenso zur Vornahme von Reparaturen an den unterirdischen Anlagen in jedem einzelnen Falle die Genehmigung der staatlichen Baubehörde, welcher

die oberirdische Unterhaltung der Straße obliegt, einzuholen. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Rechtsverhältniß sehr leicht zu Differenzen zwischen den beiden Verwaltungen Anlaß geben kann, und wenn solche bislang bei dem seitens Herzoglicher Baudirection der Stadt bewiesenen Entgegenkommen vermieden sind, so hat die Stadt doch wohl allen Grund, dahin zu streben, daß ihr die volle Verfügungsgewalt über den ganzen Straßenkörper eingeräumt werde.

Die aus diesen Erwägungen von dem Magistrate wegen stadtseitiger Uebernahme der Staatsstraßen gepflogenen Verhandlungen sind von Erfolg gewesen. Die Herzogliche Staatsregierung ist geneigt, der Stadt die im Stadtgebiete belegenen Staatsstraßen zu überweisen und der Stadt zur Bestreitung der ihr danach zur Last fallenden Unterhaltungskosten eine unter Berücksichtigung der bisherigen Aufwendungen des Staates berechnete jährliche Rente zu zahlen. Ueber die Höhe dieser Rente sind längere Verhandlungen gepflogen.

Die Herzogliche Baudirection hatte zunächst die Rente auf jährlich 29500 M bemessen, sich jedoch hinterher mit ihrer Erhöhung auf 32300 M einverstanden erklärt. Der Magistrat dagegen hat unter Hinweis auf die stets zunehmende Abnutzung des Straßenkörpers in Folge des sich steigenden Verkehrs einerseits und auf die seitens des Staates, wenn auch vielleicht ohne Rechtspflicht, so doch thatsächlich für den Ausbau von Fußwegen an Staatsstraßen aufgewandten Summen andererseits, eine Rente in Höhe von jährlich 35000 M gefordert und glaubt an dieser Forderung festhalten zu sollen. Denn der Magistrat ist der Ueberzeugung, daß bereits nach Verlauf von etwa 20 Jahren auch diese Rente die aufzuwendenden Kosten nicht decken wird und glaubt, daß lediglich die vorerwähnten ideellen Vortheile demnächst als Ausgleich der sich für die Stadt ergebenden finanziellen Belastung werden erachtet werden können.

Ohne weiteren Vorbehalt hat der Magistrat indessen auch für den Fall der Zubilligung dieser erhöhten Rente dem in Rede stehenden Abkommen nicht zustimmen können, weil schon seit längerer Zeit Verhandlungen schweben, welche auf eine Aenderung der jetzt im Zuge der Eisenbütteler- und der Helmstedterstraße vorhandenen Eisenbahn-Übergänge abzielen und die, da jene Aenderung erhebliche Kosten verursachen wird, nicht unberücksichtigt bleiben konnten. Der Magistrat ist deshalb mit Herzoglicher Baudirection dahin übereingekommen, daß zwar die sämmtlichen im Stadtgebiete belegenen Staatsstraßen in den abzuschließenden Vertrag aufgenommen und die Gesamtrente im Voraus festgestellt wird, daß aber der Vertrag die Zusatzbestimmung erhält, wonach einstweilen und bis zu weiterer Vereinbarung die ganze Verbindungsstraße zwischen der Leipziger- (Wolfenbütteler-) und Frankfurterstraße einerseits und die Magdeburger- (Helmstedter-) Straße von der westlichen Grenze des Eisenbahnüberganges bis zum linksseitigen Beginne der

Feldmark Ribbaggshausen von der beabsichtigten Ueberweisung und Umwandlung ausgeschlossen bleiben und daß bis zu diesem Zeitpunkte die festzusetzende Jahresrente, entsprechend den Längen jener beiden Straßenzüge gekürzt wird.

Außerdem wird für erforderlich gehalten, zur Ausschließung von Zweifeln zu bestimmen, daß der Staat als Anlieger gleich den Privatpersonen zur Leistung der Anlieger-Beiträge verpflichtet ist.

Gegen die übrigen Bestimmungen des beigegebenen Vertrags-Entwurfes findet sich nichts zu erinnern und ersucht der Magistrat,

ihn zum Abschlusse desselben für den Fall zu ermächtigen, daß sich der Staat zur Zahlung einer — vorläufig entsprechend zu kürzenden — Rente von jährlich 35 000 M verstehen sollte.

Schließlich hat der Magistrat noch zu bemerken, daß er der von Herzoglicher Baudirection ausgesprochenen Ansicht, es werde zur Vornahme der fraglichen Umwandlung lediglich eines „regiminellen Actes“ bedürfen, nicht beipflichten könne. Er würde sich daher zum Abschlusse des in Rede stehenden Vertrages nur dann verstehen können, wenn zuvor durch eine entsprechende Ergänzung der Begeordnung, deren oben erwähnter §. 3 zudem für die Stadt Braunschweig gar nicht gilt, für das Abkommen zwischen Staat und Stadt eine jeden Zweifel an der Rechtsgültigkeit der vorzunehmenden Umwandlung der Staatsstraßen in Ortsstraßen abschließende gesetzliche Unterlage geschaffen werden sollte.

Ueber die Vorlage berichtet namens der Statutencommission Herr Wolff: Mit der Vorlage werde ein lebhafter Wunsch der städtischen Behörden und des Publicums der Verwirklichung näher geführt. Es sei von jeher beklagt worden, daß die Staatsstraßenzüge der Stadt nicht in derselben Weise verwaltet und im Stande gehalten werden, wie es dem Interesse der Stadt entsprechen müsse. Darum werde auch absolut kein Widerspruch gegen die Vorlage an sich laut werden können. Dagegen sei allerdings sorgfältig zu prüfen, ob die finanzielle Gegenleistung, welche der Staat an die Uebernahme der Staatsstraßenzüge durch die Stadt zu knüpfen habe, unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als eine genügende anerkannt werden könne. Die Statutencommission verkenne nun keineswegs, daß derjenige Betrag, welchen der Magistrat mit 35 000 M bezeichne, zu den gerechtfertigtesten Bedenken Veranlassung gebe in der Richtung, ob dieser Betrag nicht hinter der Höhe der wahren Aufwendungen, welche die Stadt in Zukunft werde machen müssen, zurückbleibe und stehen dann auch einzelne Mitglieder der Commission auf dem Standpunkte, daß diese Aufwendungen größere sein werden. Trotzdem empfehle dieselbe die Vorlage unter gewissen Bedingungen zur Genehmigung um deswillen, weil in der That die Vortheile, daß die Staatsstraßenzüge dem städtischen Straßenkörper einverleibt und der städtischen Verwaltung unterstellt werden, sodasß man dieselben in den von dem Verkehre erfordernden Zustand zu

setzen vermöge, so große seien, um selbst unter pecuniären Opfern dem dieserhalb abgeschlossenen Vertrage zustimmen zu müssen. Mit Rücksicht darauf nun, daß ein für die Stadt günstigerer Vertrag mit dem Staate irgend welche Aussicht auf Annahme nicht habe, sehe sich die Commission veranlaßt, die Annahme des Vertrages im Principe zu empfehlen. Insbesondere sei darauf aufmerksam zu machen, daß der Staat unter keinen Umständen eine Erhöhung der Rente über den gegenwärtigen Aufwand werde machen können, da derselbe seinerseits keine Veranlassung habe, denjenigen Wünschen entgegenzukommen, welche man auf städtischer Seite in dieser Richtung haben müsse und die hoffentlich auch in Zukunft ihre Verwirklichung finden. Wenn hiernach der Versammlung empfohlen werde, dem Vertrage im Principe zuzustimmen, so könnten doch einige Bestimmungen desselben nur in abgeänderter Form Berücksichtigung finden. So habe man in der Statutencommission die Ansicht vertreten, es empfehle sich zur Vermeidung unrichtiger Schlußfolgerungen, die §§. 1 und 2 des Vertragsentwurfes, welche im Eingange lauten:

„§. 1. Die im hiesigen Stadtgebiete belegenen Staatsstraßenzüge werden, bei gleichzeitiger Umwandlung in städtische Straßen, vom Staate an die Stadt Braunschweig abgetreten.

§. 2. Demgemäß werden abgetreten: 2c.“

wie folgt abzuändern:

„§. 1. Die folgenden im hiesigen Stadtgebiete belegenen Staatsstraßenzüge werden, bei gleichzeitiger Umwandlung in städtische Straßen, vom Staate an die Stadt Braunschweig abgetreten: 2c.“

Nach dieser Aenderung werde bestimmt und klar im §. 1 ausgedrückt, was Gegenstand der Abtretung sein solle, sodaß denkbare Zweifel an der Uebereinstimmung des bisherigen §. 2 mit §. 1 ausgeschlossen seien. Ferner sei im §. 6 der Betrag der Rente von 29500 M auf 35000 M und im §. 6a der ermäßigte Betrag derselben der letzteren Summe entsprechend anderweit festzusetzen. Sodann empfehle die Commission noch, dem §. 7 die im Magistratschreiben vorgesehene Ergänzung wegen der künftigen Rechtsstellung des Staates als Anliegers und der Begeordnung die am Schlusse der Magistratsvorlage bezeichnete Ergänzung zu geben. Wenn die Commission hiernach anheim stelle, den Vertrag unter diesen Bedingungen zu genehmigen, so empfehle sie weiter, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Staat sich verpflichte, die Eintragung der fraglichen Straßensrecken auf seinen Namen im Grundbuche und sodann die Auflassung frei von allen Gebühren und Abgaben an die Stadt zu bewirken. Es komme hierbei in Betracht, daß die Straßen, soweit nicht der öffentliche Gebrauch in Frage stehe, Gegenstand von Privateigenthum sein können und es liege auf der Hand, daß die Stadt ein großes Interesse daran habe, die zu erwerbenden Straßen im Grundbuche eingetragen zu sehen. Indessen lasse sich nicht

verkennen, daß Schwierigkeiten in dieser Beziehung entstehen können, die sodann das Zustandekommen des ganzen Vertrages gefährden würden; die Commission habe deshalb nur einen darauf abzielenden Wunsch aussprechen und nicht die Bedingung an den Vertrag knüpfen wollen.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Der Magistrat sei mit den von der Statuten-Commission in Vorschlag gebrachten Aenderungen durchweg einverstanden. Er möchte indessen anheimgeben, zur Vermeidung einer nochmaligen Vorlage an die Versammlung, den Magistrat zu ermächtigen, den Zeitpunkt des Beginnes des Rentenbezuges mit der Herzoglichen Landesregierung zu vereinbaren, sofern die Landesregierung, bezw. der Landtag auf die Festlegung der Rente im Betrage von 35 000 M eingehen sollte.

Herrn Wolff erscheint dieser Antrag unbedenklich und möchte denselben zur Annahme empfehlen.

Die Vorlage wird sodann nach den Anträgen der Statutencommission und mit dem Zusatzantrage des Magistrates genehmigt.

XVI. Verbreiterung der Bockstwete.

Der Bauunternehmer Henties hat bei der Neubebauung seines Grundstückes an der Ecke der Wilhelmstraße und Bockstwete 5 qm an letztere Straße abtreten müssen und 3 qm von der Wilhelmstraße angeschnitten erhalten. Für die überschießenden 2 qm beansprucht Henties eine Entschädigung von 200 M, während derselbe dann sämtliche Kosten für Platten und Lichtschächte vor seinem Hause allein zu tragen hat. Der Magistrat giebt anheim, dieses Abkommen zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Kieke namens der Baucommission dasselbe befürwortet hatte.

XVII. Baulinie an der Petersilien- und Turnierstraße.

In Veranlassung eines Antrages des Malermeisters Dittrich ersucht der Magistrat, für die Petersilien- und die Turnierstraße neue Baulinien in der Weise zu genehmigen, daß die jetzige Breite der letzteren Straße erhalten bleibe.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Uhde empfehlen und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XVIII. Ausschreibung einer Kirchensteuer.

Die Gemeinde Kirchencasse bedarf zur Bestreitung der durch den Generaletat derselben für das Rechnungsjahr 1894/95 auf 100 000 M festgestellten Ausgaben eines Zuschusses von 65 000 M und hat das Kirchencassen-Collegium auf Grund der bestehenden gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen beantragt, diesen Geldbedarf durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Der Ma-

gistrat muß die sämtlichen Ausgabeposten des Generaletats als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hier bestehenden, bezw. in nächster Zeit zu errichtenden Stadtkirchengemeinden nothwendig anerkennen. Bei Ueberreichung der zwischen ihm und dem Kirchencassen-Collegium vereinbarten Normen über die Gehaltsverhältnisse der Stadtgeistlichen beantragt sodann der Magistrat, in der Erwägung, daß dem für das laufende Finanzjahr auf 1 625 000 M festgestellten Soll der Gemeinde-Einkommensteuer, nach Abzug derjenigen Steuerbeträge, welche davon auf die Voraussteuer der juristischen Personen und der Fremden mit 150 000 M, sowie auf Reformirte, Dissidenten, Katholiken und Juden mit annähernd wohl 175 000 M entfallen, ein kirchensteuerpflichtiges Steuerfoll von 1 300 000 M entspricht, die Ertheilung der Zustimmung dazu, daß für das gegenwärtige Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer in Höhe von 5 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Wie Herr Rudeloff namens der Statutencommission berichtet, ist es schon lange nicht mehr möglich gewesen, mit den vorhandenen Mitteln die kirchlichen Bedürfnisse zu decken. Daß man erst jetzt zur Ausschreibung der Kirchensteuer schreite, beruhe auf einem Beschlusse der städtischen Behörden, nach welchem die bis zum 1. April d. Js. entstehenden Ausgaben durch Vorschuß gedeckt werden sollten. Die einzelnen Posten des mit vorgelegten Generaletats der Gemeinde-Kirchen-Casse könnten von den städtischen Behörden einer Prüfung unterzogen und eventuell beanstandet werden. Wenn dann ein solcher Posten Beanstandung finde, die kirchlichen Organe aber bei ihrer Forderung verharren, so müsse die Sache im vorgeschriebenen Instanzenwege und zwar in letzter Instanz durch Recurs bei dem Herzoglichen Staatsministerium erledigt werden. Bei der vorgenommenen Prüfung des Etats seien auch in der Commission Beanstandungen nicht hervorgetreten. Als etwas Wesentliches sei aus dem Etat hervorzuheben, daß vom 1. October 1894 ab eine neue Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen in Kraft treten solle, die zwischen dem Stadt-Magistrate und dem Kirchencassen-Collegium vereinbart worden sei. Hiernach betrage das Anfangsgehalt derselben neben freier Wohnung 4100 M und steige es in Zwischenräumen von vier Jahren um je 300 M bis auf 5900 M an. Die Nebeneinnahmen der Geistlichen sollen zum Werthe von 200 M auf das Gehalt angerechnet werden. Während nach den jetzigen Bestimmungen bei der Emeritirung eines Stadtgeistlichen dessen Nachfolger acht Jahre hindurch die sogenannte Pfründenabgabe tragen müsse, werde diese in Zukunft auf die Kirchencasse übernommen. Die Statutencommission sei mit den sämtlichen Bestimmungen der Gehaltsordnung vollständig einverstanden und könne überhaupt die Genehmigung der gesammten Magistratsvorlage nur empfehlen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage darauf in allen Punkten zu.

XIX. Uebernahme verschiedener Straßen.

Auf Antrag der städtischen Bauverwaltung und nach Anhörung des Stadtbauamts hat der Magistrat beschlossen, folgende Straßen in das Verzeichniß derjenigen Straßen und Plätze aufzunehmen, auf welche die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden, nämlich: Verbindungsstraße zwischen Ebert- und Frankfurterstraße, Verbindungsstraße zwischen Goslarische- und Pflegehausstraße, Königstiege, Hagenring zwischen Wabe- und Karlstraße, Straße am Hauptgraben zwischen Karl- und Wabestraße, Wabestraße, Straße südlich des Herzoglichen Hoftheaters zwischen Sandweg und Kaiser-Wilhelmbrücke, Straße nördlich des Herzoglichen Hoftheaters zwischen Theaterpromenade und Kaiser-Wilhelmbrücke und die zwischen dem Hauptgraben und dem ehemaligen großen Exercierplatze von der Kastanienallee nach Süden abzweigende Straße. Der Magistrat ersucht, hierzu die Genehmigung zu erteilen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

XX. Aenderung im Kieselgutscomplexe.

Die Kieseldeputation hat in der Stadtentwässerungsangelegenheit neuerdings den Vorschlag gemacht, aus dem programmmäßigen Kieselgutscomplexe einige auf Wendezeller Feldmark gelegene Ackerstücke zu insgesamt 16 ha 6 a 82 qm wieder auszuscheiden und an deren Stelle in den Gutscomplexe die Wendezeller Interessentenschaftsforst mit einem Flächengehalte von 30 ha 1 a 90 qm neu aufzunehmen. Dieser Vorschlag wird damit begründet, daß die Wendezeller Bauernhöfe, zu denen die bezeichneten Ackerstücke gehören, zu einem Theile von nur geringfügigem Umfange sind, sodaß deren Bewirthschaftungsfähigkeit durch Enteignung jener Zubehörungen mehr oder weniger erheblich beeinträchtigt werden würde, wohingegen für die Wendezeller Interessenten der Fortbesitz ihrer mangelhaft bestandenen Forst von wirtschaftlich nur untergeordneter Bedeutung ist. Da diese Forst zur Verieselung sich gut eignet, so erscheint dem Magistrate der einstweilige Verzicht auf die bezeichneten Wendezeller Ackerstücke in der Voraussetzung und unter dem Vorbehalte, daß die vollständige Rodung der Forst werde gestattet werden, dringend empfehlenswerth. Die Versammlung wird daher ersucht, sich unter dem angegebenen Vorbehalte mit Aufnahme der Wendezeller Forst in das Kieselgut an Stelle der aus letzterem wieder auszuscheidenden Ackerstücke einverstanden zu erklären, sowie ihn zum Erwerbe der Forst im Wege der Zwangsenteignung zu ermächtigen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Wagner empfehlen.

Herr G ü n t h e r möchte bei dieser Gelegenheit an den Magistrat die Anfrage richten, ob sich die Zeitungsnachrichten bewahrheiten, daß ein Berliner Ingenieur, dem die A ptirungsarbeiten auf dem Gute Steinhof übertragen sein sollen, mit ca. 150 fremden Arbeitern dort eingetroffen sei und die Arbeit in Angriff genommen habe. Sollten sich diese Mittheilungen bestätigen, so müsse er entschieden tadeln, daß man eine so große Anzahl fremder Arbeiter hier einstelle und die hiesigen Arbeiter dabei nicht berücksichtige. Selbst wenn die einheimischen Arbeiter die Arbeit nicht verstehen sollten, so brauche man schließlich doch nur eine geringe Zahl fremder eingeweihter Leute zuzuziehen. Es sei von dem Zuzuge ganzer Karawanenzüge — man spreche von 250 Polacken — die Rede gewesen, welche Mittheilung indessen möglicherweise übertrieben sein könne. An den Magistrat wolle er das Ersuchen richten, darauf zu achten, daß derartige Zuzüge nicht stattfinden, sondern hiesige Arbeiter mit eingestellt werden.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s: Was die A ptirung der Rieselfelder anlange, so habe die Rieseldeputation einen bezüglichlichen Contract vorbereitet, der mit dem Ingenieur Bernhard in Berlin abgeschlossen werden solle. Dieser von dem Bau- rath H o b r e c h t in Berlin warm empfohlene Unternehmer sei nun jetzt gerade mit der A ptirungsarbeit eines Rieselgutes für Chemnitz fertig gewesen und habe daher gesucht, seine Leute anderweit unterzubringen. Derselbe habe in Berlin wohl bei dem Reichsgesundheitsamte und auch in hiesiger Stadt Erkundigungen darüber einzuziehen versucht, ob etwa seitens des Gesundheitsamtes Bedenken gegen die Aus- führung der ganzen Rieselfung vorliegen. Als er sich überzeugt gehalten habe, daß solche Bedenken nicht vorhanden seien, solle er seine in Chemnitz fertigen Leute hierher überführt und auf dem Steinhof eingestellt haben. Auf die Anfrage des Amtmanns Witte, wie sich der Magistrat hierzu zu stellen beabsichtige, sei die Ant- wort ertheilt: Wenn der Mann auf seine Gefahr die Arbeit beginnen wolle, möge er es thun. Nach einer inzwischen eingegangenen Benachrichtigung solle allerdings der Genannte seit Montag vor acht Tagen ohne Vertrag auf dem Steinhofe arbeiten und auf entsprechenden Vorhalt des Amtmanns Witte erwidert haben, er werde den Contract schon unterschreiben. Was die Auswahl der Arbeiter betreffe, so habe der Magistrat auf entsprechende Erkundigung in Berlin erfahren, daß es nothwendig sei, geschulte Kräfte zu solchen Arbeiten zu verwenden. Es gebe für derartige Rieselaptirungen nur in Berlin geeignete Unternehmer und diese verfügen über ein ständiges Personal, welches sie von einem Rieselgute zum andern verschieben. Der Magistrat habe die Frage schon erwogen, ob die Arbeiten zum Theil wenigstens von einheimischen Arbeitern würden besorgt werden können, bei den dieserhalb eingezogenen Erkundigungen aber eine ermunternde Auskunft nicht erhalten, trotzdem sei indessen in dem Vertragsentwurfe eine Bestimmung vorgesehen, nach welcher der Unternehmer auf Veranlassung des Magistrates einheimische

Arbeiter mit zu beschäftigen habe. Ob diese Bestimmung unter den vorliegenden Verhältnissen perfect werden könne, lasse sich augenblicklich noch nicht sagen. Im Uebrigen sei er der Meinung, daß die hiesigen städtischen Arbeiter gar nicht geneigt sein werden, dort Arbeit zu übernehmen, weil in Accord gearbeitet werde und die hiesigen mit den geschulten fremden Arbeitern gar nicht werden concurriren können. Sollte sich aber in dieser Beziehung auf Grund des Vertrages im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft etwas erreichen lassen, so solle dies geschehen. Augenblicklich arbeite der Unternehmer auf seine Gefahr und sei ihm eine Garantie in keiner Weise ertheilt worden.

Herr Rieke kann diese Antwort als eine befriedigende nicht bezeichnen. Wenn der Magistrat nicht einmal wisse, daß und wie im städtischen Interesse gearbeitet werde, so erscheine ihm dieses doch sonderbar. Es komme ihm hierbei beinahe vor, als ob der Unternehmer darauf rechne, den Preis bei der Submission auf das niedrigste Maß herabzudrücken und in diesem Falle könne derselbe allerdings nur Polacken gebrauchen, die für einen Hungerlohn arbeiten. Im Interesse der Stadt müsse aber dafür gesorgt werden, daß das Gesetz wegen der hygienischen Bestimmungen in Arbeitercasernen auch hier streng befolgt werde. Die Canalisation in der Stadt gehe ihrem Ende entgegen und glaube er, daß die dabei beschäftigten Schachtmeister und Arbeiter ebenfalls im Stande seien, dergleichen Arbeiten zu übernehmen. Der fremde Unternehmer könne aber die hiesigen Arbeiter nicht gebrauchen, weil er ihnen einen so niedrigen Lohn wie den fremden Arbeitern nicht anbieten dürfe und dagegen richte sich der Unmuth in der Bevölkerung. Wenn der Arbeiter dort seinen Lohn fände und ein menschenwürdiges Unterkommen erhalten könnte, so wäre er schon zufriedengestellt unter der Bedingung aber, daß das Ländchen Braunschweig zuerst seine eigenen Arbeiter zu beschäftigen und zu ernähren suche. Leider beschäftige man hier aber schon eine ganze Menge fremder Leute, während die Braunschweiger arbeitslos auf der Straße herumlaufen. Bei den Rieselarbeiten könnte man die hiesigen beschäftigungslosen Leute recht gut unterbringen und würden dieselben dort auch gern Arbeit suchen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt zunächst, daß die gesundheitlichen und polizeilichen Maßnahmen, welche im Interesse der Arbeiter auf dem Steinhofe und dessen Umgebung zu treffen seien, zum Ressort der Herzoglichen Kreisdirection gehören und diese auch mit der Ordnung des Erforderlichen schon beschäftigt sei. Im Uebrigen scheine ihn Herr Rieke mißverstanden zu haben, wenn derselbe die soeben ertheilte Auskunft als wenig befriedigend bezeichne, da er nicht wisse, in welcher Richtung Herr Rieke eine noch befriedigendere Auskunft hätte erwarten können. Die Deputation habe sich im vergangenen Herbst oder Winter mit einigen vertrauenswürdigen Unternehmern in Verbindung gesetzt und diese zur

Abgabe von Angeboten aufgefördert. Hierbei sei außerordentlich viel Gewicht auf die Vertrauenswürdigkeit der Unternehmer gelegt, weil Niemand hier die Arbeiten voll zu controliren im Stande sei. Zur größeren Sicherheit sei der Magistrat in Berlin gebeten worden, der hiesigen Stadt einen seiner Beamten zur Verfügung zu stellen, welcher dann auch die Controlle über den Unternehmer mit auszuüben habe. Diese Aufforderungen an die Unternehmer seien genau nach demselben Muster erfolgt, welches der Magistrat in Berlin Jahr aus und ein benutze. Nach Abgabe der Preisgebote und Stellung der sonstigen Bedingungen habe der Magistrat auf Empfehlung des Bauraths Hobrecht den Unternehmer Bernhard davon in Kenntniß gesetzt, daß ihm s. Z. die Arbeit übertragen werden würde. Das sei der wirkliche Thatbestand. Es handle sich hauptsächlich noch um die Feststellung des Vertrages im Einzelnen und hierzu gehöre auch die Frage, ob und in welchem Umfange der Unternehmer veranlaßt werden solle, Arbeiter aus der Stadt Braunschweig zu beschäftigen.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

XXI. Baulinien für den Rautheimer Weg.

In Veranlassung eines von dem Deconomen Fr. Bäse gestellten Antrages auf Ertheilung der Erlaubniß zum Neubau eines Wohngebäudes auf seinem am Rautheimer Wege gelegenen Grundstücke, ersucht der Magistrat, für diese Straße die vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Baulinien zu genehmigen. Wenngleich vorläufig der Ausbau des Rautheimer Weges zur Ortsstraße magistratsseitig keineswegs beabsichtigt wird, so erscheint die Feststellung des fraglichen Theilortsbauplanes doch um deswillen angezeigt, weil die angrenzenden Grundstücke an der Helmstedterstraße immer mehr bebaut werden und deshalb die Festlegung von Baulinien geboten erscheint.

Die Baucommission empfiehlt durch Herrn Nieß die Vorlage zur Genehmigung.

Herr Rathe will darauf hinweisen, daß hier das Princip durchbrochen werden solle, das Bauen von Häusern nur an befestigten und mit Canälen versehenen Straßen zu gestatten. Da u. A. am Büsten noch im vorigen Jahre die Erlaubniß zur Errichtung eines Hauses verweigert sei, so würde die Genehmigung der Vorlage zu vielen Verurtheilungen Anlaß geben.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß es sich hier nur um die Festlegung der Baulinie handle und damit noch lange nicht die Genehmigung zum Bau eines Hauses an jener Straße ertheilt sei.

Nach kurzer weiterer Besprechung, an welcher sich die Herren Günther und Nieß theilnehmen, wird die Vorlage gutgeheißen.

XXII. Baulinie für die Straße „an der Masch“.

Die vom Stadtbauamte für die Straße an der Masch in Vorschlag gebrachte neue Baulinie verstimmt der Magistrat zur Genehmigung, da ihm die geplante Verschiebung der Baulinie nach Osten geboten erscheint. Die seitens des Stadtbauamtes beantragte Verbreiterung der nördlichen Theilstrecke bis auf 22 m hält der Magistrat dagegen nicht für erforderlich und ersucht daher, einer anderweiten Baulinie zuzustimmen.

Herr Nieß befürwortet namens der Baucommission die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XXIII. Erwerb von Straßenflächen.

Das an der Ecke des Königstieges und der Pflegehausstraße gelegene Grundstück des Kunstgärtners Korn soll in nächster Zeit bebaut werden. Der Magistrat hat daher die zur Verbreiterung der beiden genannten Straßen erforderlichen Theilflächen von 125 qm am Königstiege zum Einheitspreise von 10 M und 248 qm an der Pflegehausstraße zum Einheitspreise von 15 M angekauft und giebt anheim, diesen Kauf zu genehmigen. Der Kaufpreis wird nicht baar bezahlt, soll vielmehr in und mit den Straßenbaukosten verrechnet werden.

Die Vorlage wird angenommen, nachdem Herr Nieß dieselbe für die Baucommission empfohlen hatte.

XXIV. Verkauf einer Straßenfläche.

Dem an der Wilhelmstraße Nr. 1530 gelegenen Grundstück des Victualienhändlers Harber ist eine 9 qm große Straßenfläche zuzulegen, welche derselbe zum Einheitspreise von 25 M zu kaufen beabsichtigt. Dem Antrage des Magistrates, diesen Verkauf zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche wiederum Herr Nieß berichtet, zu.

XXV. Zwangsenteignung von Straßenflächen.

Von dem Grundstück des Kaufmanns Alfred Voigt sind 11,9 qm zum Rätzhagen und 3 qm zur Wendestraße abzutreten. Da der Genannte für die erstere Fläche einen Einheitspreis von 150 M und für die Fläche an der Wendestraße einen solchen von 225 M fordert, diese Preise dem Magistrate aber zu hoch erscheinen, so ersucht derselbe, ihn zu ermächtigen, den Antrag auf Zwangsenteignung der Theilflächen zu stellen.

Diese Ermächtigung wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieße berichtet, ertheilt.

XXVI. Antrag Rieße und Meyerhoff: Gaspreise betreffend.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten = Versammlung ersucht den Stadt = Magistrat, gefälligst Erhebungen darüber anstellen zu lassen,

ob es in Betracht der veränderten Verhältnisse geboten erscheint, einen erhöhten Jahresbetrag für die Straßenlaternen einzustellen;

des Ferneren, ob es zur Steigerung des Gasconsums geboten ist und im Interesse der Haushaltungen sowie der kleinen Gewerbe liegt, den Gaspreis für Heizanlagen und Motorenbetrieb entsprechend zu ermäßigen;

des Ferneren zu untersuchen, ob den großen Gasconsumenten ein entsprechender Rabatt auf die gegenwärtigen Preise bewilligt werden könne.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Rieße Folgendes aus: Bei Gelegenheit der Verathung des Haushaltsplanes sei Herr Löschigt mit einer Berechnung vor die Versammlung getreten, nach welcher der eingestellte Preis für den Verbrauch einer Straßengaslaterne nicht dem wirklichen Werthe entspreche. — Seite 25 des Berichtes. — Der Magistrat erklärte, nicht im Stande zu sein, diese Frage sofort zu prüfen und zu beantworten, die Antragsteller haben deshalb geglaubt, dieselbe einer geordneten Behandlung unterwerfen zu sollen. Die beiden anderen Theile des Antrages betreffen Fragen, welche wiederholt aufgetaucht seien und die sich bei der gegenwärtigen neuen Zusammensetzung der Versammlung zur Erörterung empfehlen dürften. Da er sich bewußt sei, dem Interesse der Gasanstalt mit dem größten Wohlwollen gegenüberzustehen, so hoffe er vom Magistrate, daß derselbe die gegenwärtigen Anlagen nicht nur auf diese Bedingungen, sondern auch daraufhin prüfe, ob nicht die Gasanstalten einmal in Folge anderer Erfindungen ganz außer Betrieb gesetzt werden könnten. Es müsse also den Gasanstalten möglichst ein weiterer Gewinn zugeführt werden.

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXVII. Antrag Rath: Verbreiterung zc. der Bodstwete.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten = Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, die günstige Gelegenheit, welche sich durch das Entgegenkommen der beiden Hauptanführer der Bodstwete (Brauereibesitzer Friedrich Jürgens 57 m Straßenfront, Schlachtermeister Schrader 37 m Straßenfront) jetzt bietet,

zu benutzen und die Bockstwete auf 8 m zu verbreitern; gleichzeitig den Namen „Bockstwete“ aufzuheben und dafür den Namen „Schlüsselburgstraße“ einzuführen“,

wird von Herrn Rathe damit begründet, daß die in der Stadt herrschende große Bauhätigkeit sich auch auf die Bockstwete erstreckt, indem dort einige Anlieger gewillt seien, in nächster Zeit neue Häuser aufzuführen zu lassen. Da nun die Wendestraße in ihrer ganzen Länge bis zum alten Herzoglichen Krankenhause keine nennenswerthe Verbindungsstraße nach Osten zu habe, so empfehle sich eine Verbreiterung der Bockstwete auf 8 m in jeder Beziehung. Außerdem wollen die Anlieger in bereitwilligster Weise der Stadt entgegenkommen und den Grund und Boden zu einem geringen Preise abtreten. Versäume man daher den jetzigen günstigen Zeitpunkt, so werde sich eine Verbreiterung der Twete später nur mit großen Opfern ermöglichen lassen. Was den zweiten Theil des Antrages auf Aenderung des Namens betreffe, so wolle er den Alterthumsfreunden entgegenkommen und an die Stelle der jetzigen unschönen Bezeichnung den Namen „Schlüsselburgstraße“ setzen, weil nämlich das Eckhaus zur Wilhelmstraße die „Schlüsselburg“ heiße, indem dort früher die Schlüssel des Hagens aufbewahrt sein sollen.

Den Antrag erhält zunächst die Baucommission zur Vorberathung.

XXVII. Anfrage Aßmann: Schulgelderhebung betreffend.

Herr Aßmann führt zur Begründung der Anfrage:

„Betrachtet der Magistrat auch solche Kinder als ortsfremde, welche bei Personen oder Verwandten hier verpflegt werden, ohne daß dafür von den Eltern eine Vergütung erfolgt, die also nicht lediglich des Schulbesuches wegen hier anwesend sind?“

aus, daß er zu derselben veranlaßt sei durch einen Fall, in welchem ein Kind seit seinem fünften Lebensjahre sich hier in Pflege befinde und die Pflegeeltern desselben nunmehr angehalten werden, das erhöhte Schulgeld zu bezahlen. Ein Gesuch um Befreiung von der Zahlung dieser Erhöhung sei abschlägig beschieden. Im Allgemeinen habe man bei Erlaß der Bestimmung wohl an solche Ausdehnung derselben nicht gedacht. Seiner Meinung nach solle die Bestimmung so gehandhabt werden, daß nur diejenigen ortsfremden Kinder die Erhöhung zu tragen haben, welche hier in ein Pensionat eintreten, oder die täglich zum Schulbesuche in die Stadt kommen. Dagegen könne man Kinder, welche von Ortseinwohnern gewissermaßen als eigene betrachtet werden, nicht als fremde behandeln.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, diesem Wunsche zu entsprechen, weil er dadurch gegen einen von der Versammlung gefaßten und von dem Magistrate genehmigten Beschluß vorgehen würde. Nach der getroffenen Vereinbarung sollen alle nicht ortsangehörigen Kinder,

die entweder von Außen hierher kommen, oder bei hiesigen Einwohnern in Kost oder Pflege sich befinden, ein erhöhtes Schulgeld bezahlen. Dabei sei es vollständig gleichgültig gewesen, ob für die Pflege und Kost etwas bezahlt werde oder nicht. Es erscheine aber auch wohl nothwendig, dieses außer Acht zu lassen, weil in den meisten Fällen keine sichere Controle darüber zu führen sein würde, ob für ein solches Kind ein Pflegegeld bezahlt werde. Der Magistrat sei daher nicht in der Lage, dem vorgetragenen Wunsche zu entsprechen.

Die Versammlung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. Mai 1894.

Tagesordnung:

I. Antrag Nieß und Meyerhoff: Gaspreise betreffend	Seite 66
II. Antrag Rath: Verbreiterung zc. der Bodstwerte	" 67
III. Feststellung von Straßenbaukosten am Altwieferinge	" 68
IV. Erwerb einer Straßenfläche an der Kaiserstraße	" 68
V. Plattenbelag auf den kleineren Außenstraßen	" 68
VI. Erwerb einer Straßenfläche an der Vertramstraße	" 69
VII. Baulinie an der Salzdhulmer- und Viewegstraße	" 69
VIII. Aufnahme eines Processes	" 71
IX. Wasserrohr in der Körnerstraße	" 71
X. Gasrohr in der Hamburgerstraße	" 72
XI. Gesuche um Erlass der Hundesteuer	" 72
XII. Wiederaufbau eines Schuppens	" 72
XIII. Verkauf von Baupläzen am Augustthore	" 72
XIV. Vermehrung der Straßenlaternen	" 77
XV. Austausch von Straßenflächen an der Roßstraße	" 79
XVI. Zwangsenteignung einer Fläche am Meinhardshofe	" 80
XVII. Baulinie an der Petersilienstraße	" 80
XVIII. Baulinie an der Frankfurterstraße	" 80
XIX. Baulinie an der Gliesmaroderstraße	" 80
XX. Erwerb von Straßenflächen am Bohlwege	" 80
XXI. Erwerb von Straßenflächen am Königstiege	" 81
XXII. Einsprache gegen eine neue Baulinie	" 81

XXIII.	Verkauf einer Theilfläche an der Fallerleberstraße	Seite 81
XXIV.	Wahl von Deputirten zum Braunschweigischen Städtetage	" 82
XXV.	Antrag Meyerhoff u. Gen.: Markthallen-Ordnung	" 82
XXVI.	Antrag Löschigk: Auswechsellung der Gasuhren	" 82
XXVII.	Antrag Günther u. Gen.: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Einföhrung des achtföhrndigen Arbeitstages	" 83
XXVIII.	Antrag Müller: Ueberweisung von Bauplänen an die Stadtverordneten	" 85
XXIX.	Antrag Müller: Rechtzeitige Fertigstellung der Hausanschlüsse	" 86
XXX.	Anfrage Riefe: Vergebung der Steinhauerarbeiten zum Stadthausbau	" 87

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Netemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bauermeister, Blasius, Brückmann, Lange, Nieß, Rudeloff, Uhe und Weber.

Der Vorsöhrhende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt der Versammlung zunächst Kenntniß von folgenden Eingängen:

- 1) Dankschreiben vom Herzoglichen Staatsministerium für den Sr. Königl. Hoheit dem Regenten gewidmeten Glückwunsch zum Geburtstage.
- 2) 10. Bericht des Sparvereins für Confirmanden zu Braunschweig, welcher zur Vertheilung gelangt.
- 3) Summarische Uebersicht über den Bestand der in der Münzsammlung des städtischen Museums vorhandenen Münzen, Medaillen cc., welche Zusammenstellung herumgereicht wird.
- 4) Mittheilung des Stadt-Magistrates wegen der event. Beschickung des Braunschweigischen Städtetages.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Antrag Nieß und Meyerhoff: Gaspreise betreffend.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 62 des Berichts — ist in der Finanzcommission vorberathen. Dieselbe läßt durch Herrn Födel die Annahme des Antrages empfehlen. Es erscheine auch der Commission durchaus wönschenswerth, wenn der Magistrat einmal genauere Erhebungen darüber anstelle, ob die Preise für Gas zu gewerblichen Zwecken sich nicht ermäßigen lassen und ob nicht die Kosten für die städtische Beleuchtung höher in den Etat einzustellen seien.

Herr Löschigk will der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich der Herr Oberbürgermeister inzwischen von der Wichtigkeit der gelegentlich der Etatsberathung vorgetragenen Zahlen über die Kosten der Gasbeleuchtung überzeugt habe. Wenn Zahlen aus dem Geschäftsberichte einer städtischen Verwaltung entnommen würden, dürften dieselben auch wohl Glauben verdienen. Bei früheren Gelegenheiten sei er

magistratsseitig wiederholt darauf verwiesen, alle Wünsche allgemeinerer Art bei der Etatsberathung vorzubringen; das sei jetzt geschehen und darum könne ihn nicht der Vorwurf treffen, unerwartet seinen Wunsch angebracht zu haben. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Nieß bei derselben Gelegenheit, welcher auf den historischen Standpunkt des Gaswerkes hingewiesen habe, wolle er noch bemerken, daß es ihm nur darauf ankomme, den wirklichen Werth des bei der Straßenbeleuchtung verbrauchten Gases unter der Einnahme des Gaswerkes verbucht zu sehen, damit sich bei Zugrundelegung der wirklichen Einnahme- und Ausgabeposten ermessen lasse, ob nicht die Gaspreise heruntergesetzt werden können und damit nicht die Gasconsumenten gezwungen seien, auch noch den Unterschiedsbetrag zwischen der wirklichen und der bisher angenommenen Summe für die Straßenbeleuchtung zu tragen. Im Uebrigen freue er sich, daß Herr Nieß aus einem Gegner der Anregung sogar ein Freund und Befürworter derselben geworden sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: So viel er sich erinnere, habe der Redner bei der Berathung des Stadthaushaltsetats eine Gasangelegenheit in Form eines Antrages oder einer Anfrage zur Sprache gebracht und dieselbe durch Ausführung eines großen Zahlenmaterials begründet. Daraufhin sei demselben erwidert, daß Redner nicht in der Lage wäre, dieses Zahlenmaterial auf seine Richtigkeit sofort zu controliren, da von der Anregung dem Magistrate vorher keine Kenntniß gegeben sei. Er glaube auch, daß Niemand aus der Versammlung eine Prüfung des Materials hätte ohne Weiteres vornehmen können. Wie nun Herr Löschnitz dazu komme, dem Redner aus seiner Nichtkenntniß der Richtigkeit jenes Materials einen Vorwurf zu machen, könne er nicht begreifen.

Der Commissionsantrag wird sodann angenommen.

II. Antrag R a t h e: Verbreiterung u. der Bockstwete.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Kieße einstimmig dafür entschieden, die Genehmigung des in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrages wegen Verbreiterung der Bockstwete auf 8 m — Seite 62 des Berichtes — zur Genehmigung zu empfehlen. Bezüglich des weiteren Antrages auf Aenderung des Straßennamens habe die Commission einen Beschluß nicht gefaßt, da dieses nicht zur Competenz der Versammlung gehöre. Persönlich möchte er hieran noch den Wunsch knüpfen, daß der Magistrat dahin zu wirken suche, die häßlichen Zustände in dem einen Hause der Bockstwete, welche den übrigen Anwohnern schon viel Aergerniß gegeben haben, zu beseitigen.

Die Versammlung beschließt darauf, die Verbreiterung der Bockstwete auf 8 m dem Magistrate zur Durchführung zu empfehlen, wogegen der weitere Antrag des Herrn Rathe auf Aenderung des Namens dieser Straße abgelehnt wird.

III. Feststellung von Straßenbaukosten am Altwiekringe.

Nach der Berechnung der städtischen Bauverwaltung betragen die Kosten der Instandsetzung des Altwiekringes auf der Strecke zwischen Leonhard- und Helmstedterstraße 193,29 M für 1 m. Der Magistrat ersucht, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, geschieht.

IV. Erwerb einer Straßenfläche an der Kaiserstraße.

Der Arbeiter Block hat bei der Neubebauung seines an der Ecke von Kaiser- und Reichenstraße gelegenen Grundstücks eine 34,5 qm große Theilfläche zur Verbreiterung der Kaiserstraße unbebaut liegen lassen müssen und für die Abtretung derselben eine Entschädigung von 250 M für 1 qm gefordert, hinterher jedoch seine Forderung auf 110 M ermäßigt. Der Magistrat ersucht, den Ankauf der Fläche zu diesem Preise zu genehmigen.

Die Baucommission hat sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt und läßt die Annahme desselben durch Herrn Meyerhoff empfehlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

V. Plattenbelag auf den kleineren Außenstraßen.

Mit Genehmigung der Versammlung sind die Fußwege der Husarenstraße mit Platten belegt und die Anlieger zur Erstattung der dadurch erwachsenen Kosten aufgefordert. Von den Zahlungspflichtigen sind nun aber Gesuche um Stundung oder gar Erlaß der Beiträge in so großer Zahl bei dem Magistrate eingegangen, daß derselbe Bedenken trägt, die Fußwege solcher Straßen in gedachter Weise zu befestigen, deren Anlieger zu den weniger Bemittelten gehören, so lange nicht etwa die Anlieger selbst auf Legung von Platten antragen, oder aber der zunehmende Verkehr dringend die Herrichtung des Belages erfordert. Dahin glaubt der Magistrat rechnen zu sollen die Sophienstraße und die Kastanienallee. Aus demselben Grunde hält es der Magistrat auch für zweckmäßig, die Fußwege der Wabestraße, deren westliche Strecke ausgebaut werden solle, vorläufig nur in der bisher üblich gewesenen Weise zu chaussiren. Ebenfalls dürften für die Verbindungsstraße zwischen Karl- und Wabestraße dem Hauptgraben entlang chaussirte Fußwege zunächst genügen. Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß von der Herrichtung eines Plattenbelages auf den erwähnten Straßen einstweilen Abstand genommen werde.

Herr Meyerhoff empfiehlt namens der Baucommission die Genehmigung der Vorlage, damit Gärten gegen die Anlieger vermieden werden.

Die Versammlung beschließt nach diesem Antrage.

VI. Erwerb einer Straßenfläche an der Vertramstraße.

Zur Verbreiterung der Vertramstraße ist von dem Grundstücke des Bauunternehmers Hebalb eine 81 qm große Theilfläche für den Einheitspreis von 24 M angekauft worden. Der Preis soll nicht baar gezahlt, sondern demnächst mit den Straßenkosten verrechnet und bis dahin die Nutzung der Theilfläche Hebalb gestattet werden.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des hierüber aufgenommenen Vertrages stimmt die Versammlung nach Befürwortung durch Herrn Engelbrecht zu.

VII. Baulinie an der Salzdahlumer- und Biewegstraße.

Die Bauunternehmer Utermarck und Weinhausen haben das an der Ecke der Salzdahlumer- und Biewegstraße gelegene Munte'sche Grundstück angekauft und beabsichtigen, auf demselben vier Wohnhäuser zu errichten. Von diesen würde bei Ausführung der jetzigen Baulinie das Eckhaus so weit in die jetzige Straße vorspringen, daß dadurch deren Breite von 11 m auf 8 m herabgesetzt werden würde. Zur Vermeidung der hieraus sich ergebenden Unzuträglichkeiten hat das Stadtbauamt empfohlen, eine anderweite Baulinie festzusetzen. Die genannten Unternehmer haben nun gebeten, von dieser Aenderung Abstand zu nehmen und nur Baulinien festzusetzen, deren Durchführung den Genannten die Errichtung von zwei getrennten Wohnhäusern an der Salzdahlumerstraße ermöglichen würde; sie sind bei Erfüllung ihres Wunsches auch bereit, der Stadt in Bezug auf den erforderlichen Terrainerwerb entgegenzukommen, insbesondere die Hälfte des auf 30 M pro qm bemessenen Kaufpreises für die eventuell von dem Fischenbeck'schen Grundstück abzutretende Theilfläche aus eigenen Mitteln zuzuschießen. Der Magistrat ist indessen in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamt und der städt. Bauverwaltung der Ansicht, daß auf dieses Gesuch nicht einzugehen sei, weil sonst nach Freilegung der erwähnten Theilfläche des Fischenbeck'schen Grundstückes die Gebäude M. ass. 3181 und 3906 in einer dem Verkehre überaus hinderlichen Weise in die Straße vorspringen würden. Die Versammlung wird daher ersucht, der vom Stadtbauamt vorgeschlagenen Aenderung des Ortsbauplanes zuzustimmen.

Die Baucommission ist bei Prüfung dieser Vorlage nach dem Berichte des Herrn Bültmann I zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Magistratsantrag zur Annahme vorgeschlagen werden müsse.

Herr Hauswaldt möchte empfehlen, gegen diesen Antrag zu stimmen. Es sei doch eine wunderbare Sache, wenn der Stadtbauplan festgestellt und zu aller Kenntniß gebracht sei und die Mitbürger dann nach demselben bauen wollen, so treten die städtischen Behörden zusammen, werfen den bisherigen Plan um und schreiben einen neuen vor, aus Rücksichten, die wohl eine gewisse Begründung haben, die aber doch nicht so schwerwiegend seien, daß die darin liegende Härte

gegen die betheiligten Mitbürger gerechtfertigt erscheine. Die Leute haben auf Grund des festgestellten alten Ortsbauplanes den Platz gekauft und wollen ihn bebauen; wenn dieselben nun auch juristisch nicht das Recht haben, die Beibehaltung des bisherigen Ortsbauplanes zu verlangen, so entspreche es doch auch andererseits nicht der Billigkeit, an demselben jetzt noch zu ändern und die Leute so schwer zu schädigen. Diese Schädigung liege aber darin, daß bei Aenderung der Baulinie sie den Platz in der von ihnen geplanten Weise nicht bebauen können und dieser Grund habe sie auch bewogen, der Stadt durch Uebernahme eines Theiles der Kosten für das gegenüberliegende Grundstück entgegenzukommen. Pflicht der Versammlung sei es, die Mitbürger vor derartigen Schädigungen zu schützen. Die Nachtheile der Annahme seines Antrages bestehen darin, daß bei dieser ziemlich untergeordneten Straße der Eingang eine Zeitlang auf 8 m beschränkt sei und man dort wie in eine Tute sehen würde, indessen könne dieser immerhin noch erträgliche Zustand kaum lange anhalten. Wolle man aber die Einengung der Straße auf 8 m nicht eintreten lassen, so brauche die Versammlung nur den Antrag der beiden genannten Anlieger zu genehmigen und von dem gegenüberliegenden Garten 3 m abzuschneiden, um die Straße wieder auf 11 m zu verbreitern. Es werde hierdurch allerdings die Unannehmlichkeit geschaffen, daß das nächstfolgende Haus dann einige Meter in die Straße hineinstehe, doch thue das bei einer solchen Straße nichts zur Sache. Er bitte daher, es bei dem bisherigen Bauplane zu belassen und beantrage Zurückverweisung der Vorlage an die Baucommission.

Herr Bürgermeister Metemeyer glaubt, daß dieser Antrag keinen Zweck habe, da alle von Herrn Hauswaldt vorgetragene Gründe schon in der Commission erwogen und bei der Beschlußfassung berücksichtigt seien. Das Recht der Stadt, den Ortsbauplan zu ändern, sei unzweifelhaft und auch von Herrn Hauswaldt nicht in Frage gezogen. Es lasse sich aber auch annehmen, daß die beiden Eigenthümer schon bei dem Ankaufe des Grundstückes mit der Möglichkeit einer Aenderung des Ortsbauplanes gerechnet haben, da schon seit Jahren mit Herrn Munte darüber verhandelt sei. Eine Schädigung könne für die Genannten in der Aenderung nicht liegen, weil die Stadt den entstehenden Verlust voll entschädigen müsse. Mit Rücksicht hierauf und auf die unhaltbaren Zustände am Eingange der Straße bitte er um Genehmigung der Magistratsvorlage. Wenn die Straße auch keine erhebliche Bedeutung habe, so müsse es doch einen schlechten Eindruck machen, die angrenzenden beiden Häuser 3—4 m in die Straße hineinstecken zu lassen. Da die beiden Interessenten schon seit mehreren Wochen auf die Resolution warten, so würde es hart sein, die Zurückverweisung der Vorlage in die Commission zu beschließen.

Herr Hauswaldt entgegnet, daß die Leute allerdings das abgeschnittene Terrain bezahlt erhalten, daß sie aber die ganze Entschädigung zu den Straßen-

baufkosten wieder herausgeben müssen. Die Front des Grundstückes werde nach der projectirten Abschneidung der Straßenfläche so schmal, daß sich die in Aussicht genommenen Häuser gar nicht mehr errichten lassen würden.

Herr Rathe bittet um Annahme der Magistratsvorlage, da die geplante Aenderung der Baulinie praktisch und zweckmäßig erscheine. Es würden recht unleidliche Verhältnisse entstehen, wenn die beiden anderen Häuser 3 m in die Straße hineinstehen und dieser Zustand 20—25 Jahre anhalte. Dem Wunsche der übrigen Anlieger entspreche es, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Rieke kann in der Zurückweisung der Vorlage an die Commission ebenfalls keinen Vortheil erblicken, da den Unternehmern durch eine weitere Verzögerung der Sache nur noch ein größerer Zinsverlust erwachse. Die Schädigung der Unternehmer sei hauptsächlich darin zu erblicken, daß dieselben durch die neue Baulinie gezwungen werden ein Doppelhaus zu bauen, was sie aber nicht so gern thun, weil sich ein solches Haus weder so gut verkaufen, noch so gut vermieten lasse wie zwei selbstständige Häuser. An den durch die Verschiebung der Baulinie entstehenden Ecken würde er nicht einmal so sehr Anstoß nehmen, weil in der Stadt schon Ecken genug seien, wenn die Besitzer der beiden Nachbarhäuser sich verpflichten würden, ihre Häuser in einer gewissen Zeit niederzulegen. Da dieses aber nicht zu erreichen sei, so habe er sich auch für die Magistratsvorlage erklärt. Letztere wird darauf angenommen.

VIII. Aufnahme eines Processes.

Der frühere Ziegeleibesitzer, Rentner Kessel hat gegen den Magistrat eine Klage erhoben wegen Zahlung einer weiteren Entschädigung von 1938 M 72 $\frac{1}{2}$ nebst Proceßzinsen für den ihm an seinen Spargelanlagen durch die Legung eines Canals von der Hamburgerstraße nach der Oker zu erwachsenen Schaden, nachdem ihm vom Magistrate, bezw. von der Canalbau-Verwaltung eine Entschädigung von 930,74 M bereits zuerkannt ist. Da der Magistrat diese Forderung für unbegründet hält, so ersucht derselbe um Ertheilung der Genehmigung zur Aufnahme des Rechtsstreites.

Herr Wolff empfiehlt namens der Statutencommission die Genehmigung des Antrages und die Versammlung stimmt demselben zu.

IX. Wasserrohr in der Körnerstraße.

Die Ehefrau des Productenhändlers Krause beantragt, das Wasserrohr von der Körnerstraße bis an ihr an dem Wege nach der Leonhardschule gelegenes Grundstück zu verlängern und ist bereit, hierzu einen Beitrag von 50 M zu leisten. Der Magistrat ersucht, diesen Antrag zu genehmigen und hierzu einen Zuschuß von 94,80 M zu bewilligen.

Der Antrag wird auf Befürwortung des Herrn Müller angenommen.

X. Gasrohr in der Hamburgerstraße.

Die Schafferei des hiesigen Schützenwesens hat gebeten, das Gasrohr in der Hamburgerstraße vom Schützenhofe noch um 30—35 m zu verlängern, um alsdann den Schützenplatz mit Gas versehen zu können. Da diese Anlage ertragsfähig zu werden verspricht, so ersucht der Magistrat, den Antrag unter Aufwendung von etwa 240 M zu genehmigen,

was auf Empfehlung des Herrn Engelbrecht geschieht.

XI. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Die Gesuche um Steuererlass für einen Wachhund, welche von den Einwohnern Ricks, Reck und Kiefer eingereicht sind, lehnt die Versammlung in Befolgung der bisherigen Praxis auf Antrag des Herrn Vorsitzenden ab.

XII. Wiederaufbau eines Schuppens.

Auf Antrag der Straßenreinigungs-Deputation ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß der früher an der Ostseite der ehemaligen Reinigungsstation stehende Schuppen an der Ostseite der neuen Desinfektionsanstalt wiederaufgebaut werde und die Versammlung hierzu einen Betrag von etwa 300 M verwillige.

Die Baucommission hat sich diesem Antrage angeschlossen und ersucht durch Herrn Bültemann I, demselben zuzustimmen, was geschieht.

XIII. Verkauf von Bauplätzen am Augustthore.

Der Magistrat hat drei Theilflächen des Grundstücks der ehemaligen Husaren-caserne am Augustthore in einem Umfange von 550, 458 und 674 qm am 28. April d. Js. versteigert. Hierbei haben die höchsten Gebote abgegeben, für den ersten Bauplatz der Bauunternehmer Rosenthal mit 29300 M, d. i. 53,27 M pro qm; für den zweiten Platz der Fabrikant Bruno Lange mit 27200 M, d. i. 59,33 M pro qm und für den letzten Platz der Tischlermeister Aug. Jung mit 40500 M, d. i. 60,09 M pro qm. — Auf Wunsch der Blumeschen Erben hat der Magistrat die beiden ersteren Bauplätze nochmals mit der Maßgabe versteigert, daß auf die 52 qm und bezw. 16 qm haltenden Theilflächen derselben zu Gunsten des angrenzenden Grundstücks M. ass. 3986 die Servitut eingetragen werde, daß den in der Grenz wand des Blumeschen Hauses befindlichen Fenstern Licht und Luft nicht entzogen werden dürfe und der Erwerber der fraglichen Bauplätze nicht berechtigt sein solle, zu verlangen, daß jene Fenster nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften vergittert werden. Für den Fall der Belastung der fraglichen Bauplätze mit dieser Servitut sind für die beiden Bauplätze zusammen 1700 M weniger geboten. Ob die Plätze mit oder ohne jene dingliche Last verkauft werden, ist für die Stadt gleichgiltig, denn Letztere wird sich nur dann zu der fraglichen Belastung verstehen können,

wenn die Blumeschen Erben bereit sein sollten, jene Differenz vorher einzuzahlen. Da es möglich ist, daß die Baupläze vor der Auslassung von den Erstehern weiter veräußert werden, so dürfe sich nach der Ansicht des Magistrates zur Vermeidung unnöthiger Kosten empfehlen, ihn zu ermächtigen, die Plätze eventuell auch anderen Personen aufzulassen.

Die übrigen Flächen des betr. Grundstücks beabsichtigt der Magistrat zu versteigern, sobald die darauf stehenden Gebäude beseitigt sein werden, wobei zu bemerken ist, daß die städt. Bauverwaltung die noch sehr guten Kalksteinquader des Hauptgebäudes zum Stadthausbau zu verwenden beabsichtigt und daß voraussichtlich auch das noch gute Schieferdach anderweit wird verwendet werden können. Das Nähere hierüber zu bestimmen, ersucht der Magistrat ihm zu überlassen.

Endlich erscheint noch eine Begrabigung der Grundstücksgrenzen in der Weise angezeigt, daß Promenadenflächen zu 23 qm ausgetauscht werden gegen 24 qm des in Rede stehenden Grundstücks. Die Herzogliche Baudirection hat sich mit diesem Tausche einverstanden erklärt.

Hiernach ersucht der Magistrat, den Verkauf der bezeichneten drei Baupläze zu genehmigen, die Niederlegung der alten Caserne sammt Nebengebäuden gutzulassen und die Verwerthung der daraus zu gewinnenden Materialien ihm zu überlassen, auch dem zwischen ihm und der Herzoglichen Baudirection vereinbarten Terrainaustausche zuzustimmen.

Wie Herr Lord namens der Finanzcommission berichtet, empfiehlt dieselbe die Vorlage in allen Punkten. In den Vertragsbedingungen sei u. A. auch vorgeschrieben, daß auf den Baupläzen höhere als dreigeschossige Gebäude ohne Genehmigung des Magistrates nicht errichtet werden dürfen.

Herr Rimpau möchte anfragen, ob hier Vorgärten im Bauplane vorgesehen seien. Im anderen Falle würde bedauerlicherweise der Promenadencharakter verloren gehen, der so wie so schon an vielen Stellen der Promenaden erheblich gelitten habe. Wenn auch das angrenzende Blume'sche Haus dicht an die Straße herantrete, so würde es sich doch empfehlen, den Käufern dieser Baupläze aufzugeben, Vorgärten liegen zu lassen.

Herr Bürgermeister R e t e m e y e r: Es sei keine Frage, daß Vorgärten für den Spaziergänger etwas Angenehmes haben, daß dieselben indessen umgekehrt für denjenigen, der sie halten solle, eine arge Belästigung bilden, sofern die Grundstücke nicht die nöthige Tiefe haben. Bei der Anordnung von Vorgärten würden für diese Plätze nicht so hohe Preise erzielt sein. Dazu komme noch, daß das Blume'sche Haus dicht daneben an beiden Seiten hart an die Straße grenze und daher wohl noch weniger Veranlassung vorliege, die Baupläze mit der Bedingung der Anlegung von Vorgärten zu verkaufen. Eine angemessene Bebauung des Eckplatzes, welcher der theuerste sei, lasse sich bei solcher Vorbedingung überhaupt nicht ermöglichen,

man müßte dann schon eine ganz andere Eintheilung vornehmen und diesen Platz den übrigen zulegen. Die Verlegung des Husaren-Etablissements habe der Stadt sehr viel Geld gekostet, man müsse daher sehen, einigermaßen wieder auf die Kosten zu kommen.

Der Herr Vorsitzende muß es für bedauerlich halten, daß die Vorgärten gefallen seien. An der Wendenthorpromenade gehe der Charakter der Promenade auch vollständig verloren. Es erscheine doch zweifelhaft, ob man die Vorlage rein aus finanziellen Gründen genehmigen solle.

Herr Rathе bittet, bei dem Eckbauplatze darauf zu achten, daß die Spitze nicht voll bebaut werde, weil dieses den ganzen Siegesplatz beeinträchtigen würde. Von der Spitze müßten mindestens zehn Meter abgeschnitten werden und liegen bleiben. Wenn dort sonst so ein hoher Thurm hingestellt würde, müßte dieses die ganze Promenade beeinträchtigen.

Herr Hauswaldt möchte direct den Antrag stellen, die Bauplätze nur mit 2—3 m breiten Vorgärten zu verkaufen. Die hier vorliegende Eintheilung sei noch nicht einmal glücklich gewählt. An den beiden Seiten des Augustplatzes würde er keine Vorgärten verlangen, aber für die ca. 70 m lange Strecke an der Promenade bitte er dieselben zur Bedingung zu machen; die Spitze müsse dann so wie so als Vorgarten liegen bleiben. Sein Antrag gehe also dahin, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, die Bauplätze unter dieser Bedingung zu verkaufen.

Herr Lord muß die Ablehnung dieses Antrages dringend empfehlen, weil der Eckbauplatz sonst gar nicht zu verkaufen sei und das Blumesche Nachbargrundstück auch hart an der Straße stehe. Die Promenade sei dort außerdem so breit, daß ein dringendes Bedürfniß zu deren Verbreiterung nicht vorliege, zumal dann für die Bauplätze ein ganz wesentlich geringerer Preis erzielt werden würde. In der Commission sei auch die Frage gestreift worden, ob sich der Platz nicht zur Errichtung einer zweiten Markthalle eignen würde, die Commission habe indessen die Frage verneint, weil der Platz zu klein und auch viel zu theuer sein würde.

Herr Wolff spricht sich zu Gunsten des Hauswaldtschen Antrages aus. Die Straßen ohne Vorgärten machen stets einen ertödtenden Eindruck und es wäre zu beklagen, wenn man diese Strecke der Augustthorpromenade nach der Magistratsvorlage bebauen lassen wollte. Er bitte deshalb zu beschließen, daß mindestens an der Promenadenseite des Bauplatzes zwei Meter breite Vorgärten angelegt werden müssen.

Herr Meyer giebt anheim, den Antrag abzulehnen. Wer sich die Lage der betr. Promenadenstrecke vergegenwärtige, der müsse gestehen, daß dieselbe niemals schön gewesen sei. (Widerspruch.) Unter fernerer Berücksichtigung des Umstandes, daß das Blumesche Grundstück an beiden Seiten hart an die Straße gebaut sei, ersuche er um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Wagner würde sich für die Vorgärten erklären, wenn nicht schon das Blumefche Grundstück in entgegengesetzter Weise bebaut wäre. Es werde also einen höchst sonderbaren Eindruck machen, wenn man hier Vorgärten anlege, und deshalb sei es besser, einheitlich zu bleiben. Auf der anderen Seite müsse er sich aber der Ansicht des Herrn Rathe anschließen, daß die Ecke des Platzes nicht bebaut werden dürfe.

Herr Meyerhoff tritt für die Magistratsvorlage ein. Vorgärten an dieser Stelle anzulegen, könne nur Zweck haben, wenn sich dieses auf dem Nachbargrundstücke ebenfalls durchführen lasse. Da das nicht möglich sei, müsse man auch hier davon absehen, zumal da die Passage an dem Danneschen Grundstück vorbei wohl ebenso lebhaft sei, wie auf der Promenade und man dann nothgedrungen auch auf jener Seite Vorgärten anordnen müsse. Dagegen erkläre er sich ebenfalls für die Freilegung der Spitze des Grundstückes.

Herr Halle nimmt den gleichen Standpunkt ein. Wenn nicht das Blume'sche Haus schon ohne Vorgärten angelegt sei, würde er die Anordnung solcher hier bestimmt befürworten. Im vorliegenden Falle gehe aber auch noch der Werth der Bauplätze erheblich zurück, wenn Vorgärten angelegt werden sollen.

Herr Rathe möchte bei dem Magistrate anfragen, ob hier in Abständen gebaut werden solle. (Zustimmung.) In diesem Falle seien an den Promenaden allerdings immer Vorgärten angeordnet worden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die Wendenthorpromenade in Folge der Fortlassung der Vorgärten zu einer vollständigen Straße herabgesunken sei.

Herr Günther muß sich gegen den Hauswaldt'schen Antrag aussprechen, da an der betr. Stelle durch den gegenüberliegenden Hollandt'schen Garten genügend Luft und Licht vorhanden sei und die Anordnung von Vorgärten dort auch sehr theuer zu stehen kommen würde. Man könne die durch die Fortlassung der Vorgärten erzielte Mehreinnahme lieber dazu benutzen, um in der Innenstadt mehr Luft und Licht zu schaffen und würden sich solche Vorgärten auf dem Mickelskulle auch sehr gut ausnehmen. (Heiterkeit.)

Herr Böschigt bittet um Annahme des Hauswaldt'schen Antrages. Man müsse darauf halten, in Zukunft an den Promenaden immer Vorgärten anzuordnen.

Herr Rimpau möchte behaupten, daß durch die Anordnung von Vorgärten hier eine Mindereinnahme nicht erzielt werde, weil ein bestimmter Theil des Bauplatzes so wie so nicht bebaut werden dürfe und der Vorgarten diesem Theile zugerechnet werden könne. Wenn leider auf einem Theile der Promenaden Vorgärten nicht berücksichtigt seien, so könne doch die Stadt hier, wo sie selbst im Besitze der Bauplätze sei, die Anlegung von Vorgärten bestimmen. Uebrigens beantrage er auf der nördlichen und südlichen Seite des Platzes Vorgärten anzuordnen und dieselben nur auf der östlichen Seite fortzulassen.

Herr Voller bittet, von der Bestimmung von Vorgärten aus den schon

mehrfach angeführten Gründen abzuweichen, dagegen bezüglich der Freilassung der spitzen Ecke bestimmte Vorschriften zu treffen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will nochmals besonders darauf hinweisen, daß bei der Anordnung von Vorgärten die Befähigung namentlich des Eckplatzes ganz erheblich eingeschränkt werden würde und ein angemessener Bauplatz dann kaum noch erhalten bleibe.

Herr Engelbrecht ist sehr für die Anlage von Vorgärten eingenommen, glaubt aber, daß man sich im vorliegenden Falle ein außerordentlich kostspieliges Vergnügen machen würde. Darum möchte er bitten, zu versuchen, die Bauplätze noch einmal mit Bestimmung von Vorgärten zu verkaufen, um zu sehen, welcher Preisunterschied sich dabei ergebe und erst dann zur Abstimmung über die Vorlage zu schreiten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird, nach Ablehnung der Anträge Rimpau und Hauswaldt, die Magistratsvorlage in allen Theilen angenommen.

Es ist hierzu noch ein Antrag des Herrn Rathe eingegangen, welcher dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, von dem Eckbauplatze die Spitze in der Tiefe von 10 m unbebaut und unverkauft liegen zu lassen.

Herr Bürgermeister Netemeyer erklärt, daß der Magistrat mit der Nichtbebauung der Spitze einverstanden sei, daß es sich aber empfehle, dieselbe mit zu verkaufen und den Käufer nur anzuhalten, sie unbebaut liegen zu lassen. Sollte derselbe dann vielleicht eine erhöhte Veranda dort anlegen wollen, so stehe dem wohl nichts entgegen und würde sich solche Anlage jedenfalls sehr schön machen.

Herr Meyerhoff kann sich für solche, immer thurmhaft aussehenden Veranden nicht begeistern. Richtiger erscheine es ihm aber, an Stelle des Rathe'schen Antrages zu sagen, daß eine angemessene Abrundung der Ecke eintreten solle, da es sich bei 10 m doch schon um eine ganz bedeutende Tiefe handle. Vielleicht erkläre sich Herr Rathe mit dieser Fassung des Antrages, nach welcher die Ecke mit verkauft, dem Käufer aber auferlegt werde, eine angemessene Abrundung derselben vorzunehmen, einverstanden. Dann könne der Käufer auch bauen, wie er wolle.

Herr Rathe hält seinen Antrag aufrecht, da das Grundstück immer noch tief genug bleibe. Seiner Meinung nach dürfe die Spitze gar nicht mit verkauft werden, damit die Stadt das Verfügungsrecht darüber behalte.

Herr Bürgermeister Netemeyer würde es für unzweckmäßig halten, die Spitze nicht mit zu verkaufen, weil der Staat Eigentümer der Straße sei und die Stadt dann für die ordnungsmäßige Instandhaltung des Terrainstreifens zwischen der Straße und dem Grundstück Sorge tragen müsse. Außerdem fürchte er, daß der Bauplatz zu klein werden würde, wenn die Spitze in einer Ausdehnung von 10 m unbebaut bleiben solle, da dann ca. 50 qm von der Bebauung ausgeschlossen bleiben würden. Wenn die Versammlung den Magistrat ersuchte, für eine ange-

messene Abrundung des Bauplatzes zu sorgen, würde den hier hervorgetretenen Wünschen jedenfalls genügend Rechnung getragen werden.

Herr Hauswaldt giebt anheim, dieser Anregung Folge zu geben, da man nicht ein Stück des Bauplatzes unverkauft liegen lassen könne, und es jedenfalls hübscher aussehe, wenn dieses Stück von dem Käufer mit Anpflanzungen versehen werde, als wenn es als Weg liegen bleibe.

Herr Halle bittet, den Antrag Rathe unter der Voraussetzung abzulehnen, daß der Magistrat die Zusicherung gebe, auf den Käufer hinwirken zu wollen, daß eine angemessene, wenn auch nicht gerade 10 m umfassende Abrundung des Bauplatzes stattfinde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will diese Zusicherung namens des Magistrates damit abgegeben haben.

Herr Rathe zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück.

XIV. Vermehrung der Straßenlaternen.

Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat für erforderlich erachtet, zur Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung 56 Candelaber-Gaslaternen, 3 Wand-Gaslaternen, 1 dreiarmligen Candelaber mit Gas-Glühllicht für den Bankplatz, 2 Candelaber mit Gas-Intensivbrennern für den Kohlmarkt und 10 Candelaber zu Petroleum neu aufzustellen, sowie 21 Candelaber und 7 Wandlaternen zu versehen, außerdem aber 4 Candelaber-Laternen auf dem Altstadtmarkte und 10 Candelaber-Laternen auf dem Steinwege mit Gas-Glühllicht zu versehen. Da der Magistrat diese Aenderungen für zweckmäßig erachtet, die Herzogliche Polizei-Direction auch bezüglich der Laternen im inneren Stadtgebiete ihr Einverständniß erklärt hat, so ersucht der Magistrat, sich mit der Aufstellung bezw. Versetzung der betr. Laternen einverstanden zu erklären und die erforderlichen Einrichtungskosten mit 9915 M zu verwilligen.

Die Laternen sollen auf folgenden Straßen und Plätzen Aufstellung finden: 1) die Candelaber-Gaslaternen: 9 Stück auf der Wolfenbüttlerstraße, 5 auf der Ekbertstraße, je 4 auf der Frankfurter- und der Weststraße, je 3 auf der Oker- und der Münzstraße, je 2 auf der Straße am Steintore, der Goslarischenstraße, dem Hofestiege, der Wörthstraße, der Juliusstraße, am neuen Petritore, der Helmstedter- und der Fabrikstraße, je 1 Laterne auf dem Neustadtringe, am Magnitore, hintern Egidien, dem Büldenwege, der Olfermannstraße, der Leonhardstraße, hinter der Masch, der Kramerstraße, dem Damme, der Bruchthorpromenade, der Bammelsburgerstraße und der Hamburgerstraße. — Von den drei Wand-Gaslaternen würde je eine in der Maschstraße, auf dem Bäckerkint und vor der kl. Burg zu stehen kommen; während von den Petroleum-Laternen 4 Stück auf der Glesmaroderstraße, 3 Stück auf der Goslarischenstraße, 2 Stück auf der Ekbertstraße und 1 Stück auf der kl. Döringstraße ihren Platz erhalten sollen.

Die Finanzcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Wagner mit diesem Plane im Ganzen einverstanden erklärt und nur noch den Wunsch geäußert, daß in der Schuhstraße die vorhandenen Laternen nicht um eine, sondern um drei vermehrt und in der Bammelsburgerstraße statt einer neuen Laterne deren zwei aufgestellt werden. Die Schuhstraße bedürfe bei ihren vielen Krümmungen und ihrem regen Verkehre einer besseren Beleuchtung, die auch ausreichen müsse, wenn die Läden geschlossen seien. Die Bammelsburgerstraße besitze in ihrem Eingange eine ausreichende Beleuchtung, doch weiterhin sei dieselbe besserungsbedürftig. Die Commission ersuche daher, diese weiteren drei Laternen noch zu genehmigen und außer dem vom Magistrate geforderten Betrage noch 235 M., zusammen also 10150 M. als einmalige Ausgabe, sowie 4860 M. als laufende Ausgabe für Gas zu bewilligen.

Herr Halle möchte das Augenmerk der Versammlung einmal auf den oberen Theil des Büldenweges lenken, woselbst die Beleuchtung bei der Villa des Commissionsraths Müller aufhöre, obwohl oberhalb derselben noch mindestens 60 Familien zu 300 Köpfen wohnen. Er beantrage, dort noch 2—3 Petroleum-Laternen aufzustellen.

Herr Meierhoff bittet, den für den Bankplatz bestimmten dreiarmigen Candelaber bei hiesigen Gewerbetreibenden anfertigen zu lassen, da derselbe hier ebenso gut wie in Berlin hergestellt werden könne.

Herr Rieke würde gern gesehen haben, wenn den Mitgliedern der Versammlung ein Verzeichniß über die beabsichtigte Vermehrung der Straßenlaternen zugestellt wäre, damit man die dunkeln Punkte der Stadt besser hätte herausfinden können, um eventuell noch weitere Anträge zu stellen. Er möchte bitten, namentlich auch solche Straßen mit ausreichender Beleuchtung zu versehen, auf welchen das Trottoir von der Fahrbahn durch Pfähle getrennt werde, die man in der Dunkelheit schlecht sehen könne und über welche man deshalb leicht falle. Als solche Straßen nenne er: hinterm Hopfengarten, Al. Hagenstraße, Friedhoffstraße u. A. Namentlich in der Straße am Hopfengarten müßte wegen Besserung der Beleuchtungsverhältnisse etwas geschehen, und stelle er einen bezüglichen Antrag.

Herr Stadtrath Haake will bezüglich des Antrages Halle mittheilen, daß auf der 430 m langen Strecke von der letzten Laterne bis zu der Dachpappfabrik von Schacht auf dem Büldenwege links 5 Häuser, rechts aber 2 Häuser und 1 Holzschuppen stehen. Da diese Häuser sämmtlich klein seien, könnten in denselben unmöglich 300 Personen wohnen. Wenn aber an solchen Stellen Laternen errichtet würden, führe dieses leicht zu Verurtheilungen.

Herr Halle entgegnet, daß bei dieser Berechnung die 10 Häuser des Bülden, an dessen Ecke er eine Laterne aufgestellt zu sehen wünsche, vergessen seien.

Herr Müller möchte bei dieser Gelegenheit in Anregung bringen, ob es nicht zweckmäßig erscheine, den Candelaber an der Ecke des Stein- und Bohlweges

in eine Wandlaterne zu verwandeln, da derselbe an seinem Platze sehr unbequem stehe und den Fußgängerverkehr nur beenge. Ferner habe die Eschenburgstraße mit ihren 7 Häusern noch keine einzige Laterne und möchte er bitten, dort zwei Laternen aufzustellen. Außerdem finde er, daß die Wendenstraße sich ziemlich im Dunkel befinde, da auf dem ersten Viertel derselben bis zur Bodstwete nur 3 Laternen stehen. Das sei für eine solche Hauptverkehrsstraße zu wenig, weshalb er bitte, auf derselben noch drei Laternen und auf dem freien Platze vor dem Werder einen Candelaber mit Intensivbrenner anzubringen.

Herr Stadtrath Haake möchte Herrn Meyerhoff erwidern, daß die Candelaber hier auch gefertigt werden können, wenn die hiesigen Fabrikanten nur die Preise halten wollten. Was die übrigen Wünsche betreffe, so müßte in allen Fällen die Bedürfnisfrage erst geprüft werden und lasse sich dann vielleicht im nächsten Jahre den Wünschen Rechnung tragen, weil der Magistrat immer nur ein Mal im Jahre eine Vorlage über die Laternenvermehrung zu machen pflege.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dabei genehmigt die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage, sowie die Anträge auf weitere Vermehrung der Straßenlaternen in der Schuhstraße, der Bammelsburgerstraße und dem Wültenwege und bewilligt zugleich die erforderlichen Anlagekosten. Der Antrag des Herrn Müller auf Anbringung von 2 Laternen an der Eschenburgstraße wird zurückgezogen, nachdem bekannt gegeben war, daß es sich um eine Privatstraße handle. Der fernere Antrag Müller auf Anbringung weiterer Laternen in der Wendenstraße findet nicht die Zustimmung der Versammlung, dagegen wird schließlich der Antrag Riese auf Besserung der Beleuchtungsverhältnisse am Hopfengarten genehmigt.

XV. Austausch von Straßenflächen an der Roßstraße.

Der Buchhändler Lüttge hat gebeten, ihm diejenige Theilfläche seines an der Roßstraße M. ass. 4754 gelegenen Grundstückes abzukaufen, welche zur Verbreiterung dieser Straße bestimmt ist und ihm eine an sein Grundstück grenzende Theilfläche des jetzt verschütteten Grabens zu überlassen, welche für die Stadt entbehrlich ist. Der Magistrat hat sich nach erstmaliger Ablehnung des Antrages mit dem Genannten schließlich dahin verständigt, daß für die auszutauschenden Flächen ein Einheitspreis von 8 M. pro qm festgestellt werde, daß die Auflassung der gegenseitig abzutretenden Flächen sofort erfolge, daß aber die 209 qm große überschießende Fläche dem p. Lüttge erst dann stadtseitig bezahlt werde, wenn die Stadt dieser Fläche zum Ausbau der Roßstraße bedürfe. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, diesen Vertrag zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Wültemann I zur Annahme empfehlen und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XVI. Zwangsenteignung einer Fläche am Meinhardshofe.

Der Rentner Macke beansprucht für das von seinem Grundstücke an der Ecke von Hintern Brüdern und Meinhardshof abzutretende Theilstück von 7 qm einen Einheitspreis von zuerst 300 M und später 250 pro qm. Da der Magistrat diese Forderung für übertrieben hält, so wird die Versammlung ersucht, die Genehmigung zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens zu ertheilen,

was geschieht, nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

XVII. Baulinie an der Peterfilienstraße.

Bei Feststellung der Baulinien für die Peterfilien- und die Turnierstraße hatte die Baucommission dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Ecken der in die Peterfilienstraße mündenden Straßen abgeschrägt werden möchten. Dieser Anregung folgend, ersucht der Magistrat, eine dementsprechend geänderte Baulinie zu genehmigen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zustimmt.

XVIII. Baulinie an der Frankfurterstraße.

Anläßlich eines Antrages des Tapezierers Heinemann auf Errichtung eines Wohngebäudes auf dem an der Ecke der Frankfurter- und einer von dieser in östlicher Richtung abzweigenden projectirten Straße gelegenen Grundstücke, ist für die östliche Seite des zwischen der Bergfeld- und der Ekbertstraße gelegenen Theiles der Frankfurterstraße eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgibt, dabei bemerkend, daß ihm zu der vom Stadtbauamte empfohlenen theilweisen Einschränkung der jetzigen Straßenbreite genügender Grund nicht vorzuliegen scheine.

Herr Meyerhoff giebt namens der Baucommission anheim, die vom Magistrat vorgeschlagene Baulinie zu genehmigen,

was geschieht.

XIX. Baulinie an der Gliesmaroderstraße.

In Veranlassung eines Antrages der Erben der verstorbenen Wittve Jasper wird für die Gliesmaroderstraße eine neue Baulinie in Vorschlag gebracht, um deren Genehmigung der Magistrat ersucht.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

XX. Erwerb von Straßenflächen am Bohlwege.

An Stelle der kürzlich niedergelegten Häuser *N. ass.* 2074—2076 am Bohlwege sollen Neubauten errichtet werden. In Gemäßheit des festgestellten Orts-

bauplanes haben dabei an die Stadt abzutreten: Der Schirmfabrikant Seger eine 18,5 qm und der Kaufmann Bartels eine 9 qm große Theilfläche. Seger, welcher zuerst von dem angrenzenden Grundstücke des neuen Stadthauses eine größere Fläche hatte ankaufen wollen, sich aber später, als dieser Antrag abgelehnt wurde, entschloß, ein Grundstück auf der ihm verbleibenden Restfläche zu errichten, fordert jetzt für das abzutretende Theilstück einen Einheitspreis von 500 M pro qm, obwohl er selbst in einer früheren Eingabe diesen Preis auf 235 M bemessen hatte. Da der Magistrat diese Forderung für übertrieben hält, so beantragt derselbe die Genehmigung zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens. — Mit dem Kaufmann Bartels ist dagegen eine Vereinbarung dahin getroffen, daß zwei Theilflächen gegen einander ausgetauscht werden, welchem Abkommen der Magistrat zuzustimmen bittet.

Die gesammte Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, angenommen.

XXI. Erwerb von Straßenflächen am Königstiege.

Von den am Königstiege gelegenen Grundstücken des Tischlers Grote und des Maurers Bergmann hat der Magistrat zwei 285 und 410 qm große Theilflächen zum Einheitspreise von 10 M mit der Maßgabe angekauft, daß der Preis nicht baar gezahlt, sondern demnächst mit den Straßenkosten des Königstieges und der von diesem abzweigenden Straße verrechnet werden solle. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages,

welchem Antrage die Versammlung auf gleiche Empfehlung zustimmt.

XXII. Einsprache gegen eine neue Baulinie.

Der Conservenfabrikant Wilhelm Schumburg hat gegen die für die Westseite des Maschplatzes projectirten Straßenlinien Einsprache erhoben mit der Begründung, daß durch die zum Theil schon erfolgte Erhöhung der Straße sein daselbst gelegenes Grundstück schwer geschädigt werde. Der Magistrat giebt anheim, diese Einsprache zu verwerfen, da die öffentlichen Interessen den privaten Interessen Einzelner vorgehen.

Die Einsprache wird auf Antrag der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, verworfen.

XXIII. Verkauf einer Theilfläche an der Fallerleberstraße.

Der Magistrat beantragt, der Veräußerung einer 3 qm großen Theilfläche der Fallerleberstraße an den Maurermeister Wedler zum Einheitspreise von 60 M zuzustimmen,

was auf Befürwortung des Herrn Engelbrecht geschieht.

XXIV. Wahl von Deputirten zum Braunschweigischen Städtetage.

Vom Magistrate wird eine Einladung zum XI. Braunschweigischen Städtetage, welcher in den Tagen vom 22. und 23. Juni in Königsutter abgehalten wird, mit dem Anheingeben übersandt, eventuell die Deputirtenwahl vorzunehmen.

Die Versammlung beschließt, den Städtetag auch in diesem Jahre durch zwei Mitglieder zu beschicken und wählt als solche die Herren Böschigt und Meyerhoff.

XXV. Antrag Meyerhoff und Gen.: Markthallenordnung.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Feststellung der Marktordnung die nachfolgenden Bestimmungen aufzunehmen: Der Kurzwaaren-, Woll- und Baumwollwaaren-Verkehr ist von dem Betriebe in der Markthalle auszuschließen; der Blumen-, Kranz- und Bouquethandel nur in dem Umfange zuzulassen, wie derselbe bisher schon auf den Marktplätzen üblich ist.“

Herr Meyerhoff führt zur Begründung aus, der Antrag sei veranlaßt durch den Umstand, daß in Hannover sich die Ladenbesitzer durch den Handel mit allen möglichen Artikeln in den Markthallen schwer geschädigt fühlen und daher diesem Mißstande hier von vornherein die Spitze genommen werden müsse. Wenn die Markthalle Fleisch-, Topf- und Grünwaaren führe, so genüge dieses vollständig, dagegen dürften Schuh-, Sattler- und dergleichen Waaren dort nicht feilgehalten werden.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Statuten-commission zur Vorberathung überwiesen.

XXVI. Antrag Böschigt: Auswechslung der Gasuhren.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die im Betriebe befindlichen Gasuhren mindestens alle zehn Jahre ausgewechselt und einer Revision auf Haltbarkeit und Richtigkeit unterzogen werden.“

führt Herr Böschigt Folgendes aus: In dem Hotel d'Angleterre hätte kürzlich durch eine schadhaft gewordene Gasuhr leicht ein großes Unglück entstehen können, wenn nicht schon die Kellerfenster geöffnet gewesen wären. Als dort ein intensiver Gasgeruch wahrgenommen sei, habe man beim Nachsuchen entdeckt, daß die große Gasuhr defect geworden und an ihr der Wassersack abgerostet sei. Das Entströmen des Gases sei derartig stark von Statten gegangen, daß selbst die Gasarbeiter an die Uhr erst haben kommen können, nachdem das Hauptgasrohr abge-

stellt worden sei. Die total verrostete Uhr solle an ihrer Stelle über 20 Jahre gestanden haben. Da die Gascontroleure dem Vernehmen nach Anweisung besitzen, auch die Gasuhren mit zu revidiren, so begreife er nicht, daß der Schaden übersehen sei. Wenn die Leute ihre Schuldigkeit gethan hätten, würde ein solcher Fall nicht haben vorkommen können. Da durch solche Vernachlässigung ein namenloses Unglück entstehen könne, so müßten die Gasuhren mindestens alle zehn Jahre ausgewechselt und revidirt werden.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzcommission zur Vorberathung.

XXVII. Antrag Günther und Gen.: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Einführung des 8 stündigen Arbeitstages.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er

- 1) dem Unternehmer der Rieselanlagen zur Pflicht mache, nach Möglichkeit nur hiesige Arbeiter zu verwenden,
- 2) die vorbereitenden Schritte thue zur Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter.“

wird von Herrn Günther in folgender Weise begründet: Die vom Herrn Oberbürgermeister gelegentlich der Berathung einer Vorlage über die Rieselfeldanlage auf bezügliche Anfrage gegebene Auskunft über die Beschäftigung fremder Arbeiter auf den Rieselfeldern scheine, wie auch Herr Riese schon hervorgehoben habe, thatsächlich ungenügend gewesen zu sein, denn entweder liege noch kein Vertrag mit dem Unternehmer vor, oder der Magistrat habe in der Sache nichts erreicht, bezw. nichts veranlaßt. Es sei gesagt worden, daß mindestens 200 fremde Arbeiter auf den Rieselfeldern thätig seien, während hiesige Arbeiter dort fast gar keine Verwendung finden. Das könne er aber nicht für recht halten und es müßte der Unternehmer, wenn sich das bewahrheite, von dem Magistrate angehalten werden, nach Möglichkeit nur hiesige Arbeiter zu verwenden. Allerdings herrsche in fast allen Städten meistens ein System, aus Gründen der Billigkeit möglichst nur fremde Arbeiter zu beschäftigen, jedoch halte er dieses System für verwerflich. Sogar auf dem socialen Congresse in Frankfurt a. M. habe sich ein Pastor über dieses System bitter beklagt und gleichzeitig zu bedenken gegeben, daß man hierdurch die Stadt nur schädige, weil die fremden Arbeiter, welche sehr sparsam leben, das Geld zum guten Theil nach Hause schicken, während die einheimischen Arbeiter, die nicht so sparsam und genügsam zu leben pflegen, ihren Verdienst in der Stadt zum Besten der Bevölkerung verzehren. Er sei durchaus nicht dafür, Braunschweig mit einer chinesischen Mauer zu umgeben, aber so lange man brauchbare einheimische Arbeiter besitze, solle man ihnen auch Beschäftigung geben. Von anderer Seite habe man heute auch schon verlangt, die städtischen Arbeiten möglichst hier fertigen zu lassen, um wievielmehr

sei sein Wunsch berechtigt, da es sich doch um die Existenz städtischer Einwohner handle. Die Stadt brauche sich nicht darnach zu richten, daß diese und jene Fabrikanten Kulis oder Chinesen nach der Stadt ziehen möchten, um billige Arbeiter zu erhalten, denn die Stadt habe ihre Aufgabe darin zu erblicken, möglichst für ihre eigene Arbeiterschaft zu sorgen und müsse dieselbe ihre Arbeiten thunlichst auch von hiesigen Einwohnern machen lassen. Er habe sich nicht darüber unterrichten können, ob die Arbeiterverhältnisse auf den Rieselfeldern in Wirklichkeit so liegen, wenn dieses aber der Fall sei, wäre der erste Theil seines Antrages wohl am Platze und möchte er sogar die Dringlichkeit dafür in Anspruch nehmen.

Ebenso halte er den zweiten Theil als einen Schritt zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für angebracht. Die Unterbringung der zahlreichen Arbeitslosen in der Stadt lasse sich nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie von der Arbeiterschaft des ganzen Erdtheiles angestrebt werde, erreichen und werde hierdurch namentlich auch die Armenlast der großen Städte erheblich erleichtert werden, weil eine große Zahl von Personen Armenunterstützung wegen mangelnder Arbeitsangelegenheit suche. Durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheit bekomme man auch eine steuerkräftige Bürgerschaft. Er beantrage nun, die achtstündige Arbeitszeit zunächst für die städtischen Arbeiter einzuführen, weil die Stadt zu solcher Maßnahme eher im Stande sei, als jeder andere Arbeitgeber. Der bei dieser Forderung der Arbeiter meistens angeführte Grund, daß der einzelne Arbeitgeber die Concurrenz nicht ertragen könne, wenn der achtstündige Arbeitstag nicht allseitig eingeführt würde, erscheine ihm immerhin stichhaltig zu sein; darum erstrebe man aber auch die gesetzliche Einführung des Achtsturentages und dieses Ziel möchte er zunächst für die Stadt Braunschweig erreicht sehen. Ein anderes Bedenken als den Kostenpunkt gebe es hierbei nicht. Wenn man aber das auf anderer Seite wohl geäußerte Bedenken anführen wollte, wie der Arbeiter die ihm hierdurch zugebilligte freie Zeit verwenden solle, so brauche er nur auf die sämtlichen Bureaus zu verweisen, in welchen auch nicht länger als acht Stunden gearbeitet werde. Den Beamten wolle er diesen Vorzug durchaus nicht mißgönnen, nur wünsche er den Arbeitern dieselbe Wohlthat, zumal dadurch sich die Anzahl der Arbeitslosen vermindern lasse. Wenn erst einmal die städtischen Behörden, oder sogar das Reich in der Sache vorgingen, würden die übrigen Arbeitgeber bald nachfolgen.

Da beide Anträge die erforderliche Unterstützung finden, die Dringlichkeit des ersten Theiles aber abgelehnt wird, so überweist der Herr Vorsitzende beide Anträge der Statutencommission zur Vorberathung.

Herr Oberbürgermeister Pockels nimmt darauf das Wort zu einer thatfactischen Bemerkung: Die Auslassung des Herrn Günther über die Vergebung der Arbeiten auf dem Rieselfelde könnte hier im Saale oder außerhalb desselben zu der irrigen Annahme führen, als wären bislang hiesige Arbeiter von den Arbeiten auf dem Rieselgute ausgeschlossen. Herr Günther habe diese Angelegenheit

schon einmal in der vorhergehenden Sitzung zur Sprache gebracht, worauf Redner erklärt habe, daß ein förmlicher Contract mit dem Unternehmer noch nicht abgeschlossen sei und noch eine Vereinbarung getroffen werden könne, nach welcher die Beschäftigung auch hiesiger Arbeiter verlangt werde. Einige Zeit nachher habe er gelegentlich seiner Anwesenheit auf dem Steinhofe den Stellvertreter des Unternehmers — Letzterer sei nicht anwesend gewesen — gefragt, wie sich die Sache in Bezug auf die Beschäftigung inländischer Arbeiter verhalte und da habe ihm dieser erwidert, es werde jeder Arbeiter angenommen; thatsächlich seien auch schon einheimische Arbeiter eingestellt, aber bis auf einen, der nicht aus der Stadt, sondern aus einem der umliegenden Dörfer stamme, an demselben Tage wieder fortgegangen mit der Erklärung, daß sie mit so fixen Arbeitern, wie sie dort beschäftigt werden, nicht Stand halten könnten. (Hört!)

XXVIII. Antrag Müller: Ueberweisung von Bauplänen an die Stadtverordneten.

Herr Müller hat beantragt,

dahin zu wirken, daß wichtige Baupläne, wie z. B. über den Markthallenbau den Stadtverordneten zur besseren Orientirung spätestens acht Tage vor Beginn der Plenarberatung zugestellt werden,

und führt zur Begründung an, daß ihm solche Maßnahme durchaus nothwendig erscheine, weil kaum der Sachverständige, geschweige denn der Laie im Stande sei, sich in wenigen Minuten in einen complicirten Bauplan hineinzufinden und darüber ein abschließendes Urtheil zu fällen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß ihm nach §. 7 des Verwaltungsstatuts die Verpflichtung obliege, die Vervielfältigung wichtiger Vorlagen und Lagepläne zu bewirken und dieses von ihm auch in vielen Fällen geschehen sei. Es sei übrigens außerordentlich schwierig, in jedem einzelnen Falle vorherzusehen, ob sich eine Vorlage derartig entwickeln werde, daß deren Vervielfältigung nothwendig erscheine. Sobald ihm indessen ein solcher Wunsch aus der Versammlung zur Kenntniß komme, werde er die erforderliche Anweisung ertheilen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf hinweisen, daß es nicht immer möglich sei, die Vorlagen schon acht Tage vor der Verhandlung den Mitgliedern der Versammlung zuzustellen, da dieselben oft erst kurz vor der Sitzung fertiggestellt würden. Die Pläne allein vorher zu vertheilen, erscheine meistens unpraktisch, weil man sich aus denselben ohne die Vorlage doch kaum werde vernehmen können. Wolle man aber alle Vorlagen drucken lassen, so koste das sehr viel Geld.

Eine weitere Berathung des Gegenstandes wird nach der zusagehenden Erklärung des Herrn Vorsitzenden nicht für erforderlich gehalten.

XXIX. Antrag Müller: Rechtzeitige Fertigstellung der Hausanschlüsse.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, streng darauf zu halten, daß mit Anlage der Straßencanäle sämtliche Hausanschlüsse fertig gestellt werden“,

ist, wie Herr Müller bemerkt, schon im vorigen Jahre von ihm eingebracht, aber nach Abgabe befriedigender Erklärungen des Magistrates, später zurückgezogen worden. (Seiten 86 und 141 des Berichts.) Wenn nun auch an einzelnen Stellen der Stadt im Sinne des Antrages vorgegangen sein möge, so befinde man sich im großen Ganzen doch noch in derselben Calamität. In der Bockswete und in der Abelnsarre seien beispielsweise mehrere Häuser immer noch nicht an das Canalnetz angeschlossen und werde dort die Luft fortgesetzt durch das Schmutzwasser in den Gassen verpestet. Auch der Verein für öffentliche Gesundheitspflege habe sich schon dahin ausgesprochen, daß der Magistrat in dieser Beziehung seine Milde nicht noch weiter walten lassen dürfe, sondern die renitenten Hausbesitzer auffordern müsse, die Canalanschlüsse herbeizuführen. Es sollen sogar aus dem Jahre 1891 rückständige Hausanschlüsse erst in letzterer Zeit gemacht sein, sodaß drei volle Jahre hindurch die Gassen den Unrath noch aufgenommen haben. Er werde dieses Mal seinen Antrag aufrecht halten und bitte um Annahme desselben.

Da der Antrag genügende Unterstützung findet, auch die Dringlichkeit desselben beschlossen wird, so tritt die Versammlung sofort in dessen Berathung ein.

Herr Bürgermeister Kete meyer hält eine lange Berathung des Antrages und eine Beschlußfassung über denselben nicht für erforderlich, da der Magistrat sich angenehm berührt fühle, wenn er wisse, daß er sich mit der Versammlung über diesen Punkt in Uebereinstimmung befinde. Der Magistrat habe schon verschiedene Anträge auf Bestrafung säumiger Hausbesitzer bei der Herzoglichen Polizei-Direction gestellt, sodaß man ihm in dieser Beziehung Mangel an Energie nicht vorwerfen könne. Es kommen indessen Fälle vor, wo es als eine Härte erscheinen müsse, den Hausbesitzer zur Anlage des Zweigcanales zu veranlassen, z. B. wenn ein altes Haus bald abgerissen werden solle. Andererseits habe der Magistrat auch dem einen und andern Hausbesitzer auf seine Bitte Abschlagszahlungen bewilligt. Endlich sei zu berücksichtigen, daß verschiedene renitente Hausbesitzer gegen den Magistrat Klagen angestrengt haben und dadurch langwierige Prozesse, wie z. B. mit Anwohnern der Friesenstraße, entstehen. Herr Müller könne sich überzeugt halten, daß es der Magistrat auch ohne den Antrag an nichts hierbei fehlen lasse.

Herr Rieke will bemerken, daß die Anwohner der Abelnsarre gern bereit seien, Anschlüsse herstellen zu lassen; es fehle ihnen jedoch an dem nöthigen Gelde und wollen dieselben gern Theilzahlungen leisten, was der Magistrat bei Sicherstellung der Forderung auch gestatten werde. Mancher Hausbesitzer würde auch

einen billigeren Anschluß erhalten, wenn er denselben rechtzeitig beantragte. Mit den Strafen von 9 M. gehe man ziemlich schnell vor, jedoch könne man dadurch den Leuten nicht das fehlende Geld schaffen. Manche Einwohner steifen sich auch deshalb gegen die Bezahlung, weil die zu zahlende Summe die ursprüngliche Forderung erheblich übersteige.

Herr Bürgermeister Kete Meyer entgegnet, daß der Magistrat nicht beabsichtige, allgemein von der Einzahlung der Vorschüsse abzugehen, sondern daß er die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke angewiesen habe, die Anlagen auch ohne die Einziehung der Vorschüsse herzustellen, sofern die Ueberzeugung vorliege, daß die Leute beim besten Willen den Betrag nicht auf ein Mal einzuzahlen vermögen. Im Uebrigen halte der Magistrat es für praktisch, die Vorschüsse einzuziehen, damit er nicht Forderungen gegen Leute erhalte, welche nicht bezahlen wollen oder können.

Der Antrag wird darauf von der Versammlung abgelehnt.

XXX. Anfrage Rieke: Vergebung der Steinhauerarbeiten zum Stadthausbau.

Herr Rieke leitet die Anfrage in folgender Weise ein: Die Verzögerung des Stadthausbaues sei durch die späte Beschlußfassung über das zu verwendende Material herbeigeführt worden, sonst hätte man den Wünschen der hiesigen Steinhauer um Beschäftigung schon im letzten Winter Rechnung tragen können. Eine von den Steinhauern gewählte Deputation habe bei dem Magistrate Erkundigungen einziehen wollen, sei aber ohne Auskunft zu erhalten wieder abgezogen, weil der Herr Oberbürgermeister verhindert gewesen sei, sie zu empfangen. Die Lieferung des Hilsfandsteines sei an Unternehmer vergeben, welche die Steine von dem Bahnhofe Maensen nach Lutter a. Wg. fahren, dort verarbeiten und schließlich per Achse nach hier befördern lassen. Abgesehen von dem Uebelstande, daß die feineren Steinhauerarbeiten auf dem Transporte erheblich leiden, empfehle es sich doch auch, für die hier ansässigen Leute zu sorgen, zumal da dieselben bessere Arbeit liefern können, als die Brucharbeiter. Darum bitte er, wenigstens die feineren Steinhauerarbeiten hier fertigen zu lassen, da auch s. B. vom Magistrate die Versicherung gegeben sei, daß die alten Husarenställe am Monumentsplatze zu solchen Arbeiten reservirt bleiben sollen. Sodann möchte er wissen, von welchem Gestein die Hinterfront des Stadthauses hergestellt werde. Dem Vernehmen nach solle dieselbe einem hiesigen Unternehmer übergeben sein, während die anderen das Nachsehen haben. Wenn früher einmal erklärt worden sei, daß sich ein größerer Baumann, wie die Stadt, mit leistungsfähigen Leuten in Verbindung setzen müsse, um etwas Tüchtiges zu erzielen, so treffe diese Ansicht hier gar nicht zu, weil die Baubeamten die Aufsicht über die prompte Ausführung der Arbeiten haben und daher die Steinhauerarbeiten recht gut hier gemacht werden könnten. Wenn eine Commune Arbeiten habe, solle sie dieselben auch ihrer Einwohnerschaft zuwenden

und die Leute nicht unnöthigerweise auf die Wanderschaft schicken. Eine solche Handlungsweise entspreche nicht dem Sinne, welchen man nur einigermaßen als vernünftig bezeichnen könne. Wenn der Herr Oberbürgermeister sich einmal mit dem ersten städtischen Baubeamten hierüber benehmen wolle, so lasse sich immer noch ein günstiges Ergebniß erzielen und würden dann die Klagen der Leute schon aufhören. Selbstredend könnte die Arbeit nur zu einem Preise vergeben werden, der allgemein üblich sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert darauf, daß ihm die Vertragsbestimmungen über die Lieferung von Steinen zum Stadthausbau nicht bekannt seien. Er habe nur gehört, daß die Steinbruchbesitzer am Hilse sich unter einander und außerdem mit einem Unternehmer in Lutter a. Vbge. vereinigt haben. Man könne sich den Transport von Steinen nach Lutter a. Vbge. vielleicht so erklären, daß dieselben aus diesem oder jenem Grunde zur Superrevision dorthin gefahren werden. Daß die Steine in Lutter a. Vbge. bearbeitet werden sollen, könne er sich nicht denken, da dieselben durch die von Herrn Niese beschriebenen Manipulationen doch recht theuer werden würden. Was die Bearbeitung der Steine anlange, so sei schon vor längerer Zeit eine Eingabe der hiesigen Steinmeßgehülfen, nach welcher Vorkehrungen getroffen werden möchten, diese Arbeiten von hiesigen Einwohnern ausführen zu lassen, der städt. Bauverwaltung zur Berichterstattung mitgetheilt worden. Letztere habe darauf berichtet, daß demnächst bei Vergebung der Arbeiten so viel als möglich die angefessenen braunschweiger Arbeiter Berücksichtigung finden sollten. Ob solche Arbeiten überhaupt schon vergeben seien, sei ihm nicht bekannt, wohl aber wisse er, daß mit denselben hier noch nicht begonnen sei. Die städt. Bauverwaltung habe auch die Zusage erbeten und erhalten, die Reithahn am Magnithore als Arbeiter-Werkstatt zu diesem Zwecke in Benutzung nehmen zu dürfen, indem davon ausgegangen werde, die hauptsächlichsten Steinmeßarbeiten im nächsten Winter hier anfertigen zu lassen. Etwas Näheres könne er hierüber nicht mittheilen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Juni 1894.

Tagesordnung:

I.	Antrag Meherhoff u. Gen.: Markthallen-Ordnung	Seite 90
II.	Antrag Lößigigt: Auswechselung der Gasuhren	" 90
III.	Antrag Günther und Gen.: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Ein- führung des achttündigen Arbeitstages	" 91
IV.	Erwerb einer Straßenfläche am Wollmarke	" 97
V.	Straßenregulierung am Rätzhagen	" 97
VI.	Verleihung von Ehrenzeichen an Feuerwehrmänner	" 98
VII.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	" 98
VIII.	Erwerb einer Straßenfläche am Martini-Friedhofe	" 99
IX.	Erwerb einer Straßenfläche am Langenhofe	" 99
X.	Gesuch von Anwohnern der Ehrenbrechtstraße: Canalanschlüsse betr. . .	" 100
XI.	Canallegung in dem Steinwege und der Fallerleberstraße	" 101
XII.	Austausch von Straßenflächen am Langenhofe	" 102
XIII.	Erwerb von Straßenflächen an der Parkstraße	" 102
XIV.	Erwerb von Straßenflächen an der Osterstraße	" 103
XV.	Beschaffung eines neuen Gasdruckregulators	" 105
XVI.	Neueinrichtungen im Schlachthause	" 105
XVII.	Änderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore	" 108
XVIII.	Baulinie und Flächenaustausch am Kohlmarke	" 108
XIX.	Ankauf eines Schulhaus-Bauplatzes	" 109
XX.	Abkommen mit der Ehefrau Wolf: Verlegung des Druckrohrs für die Kiejsfelder	" 113

XXI.	Straßenbaukosten der Maschstraße	Seite 114
XXII.	Einprache gegen die Baulinie der Gliesmaroderstraße	" 115
XXIII.	Anfrage Gehling: Mißstände auf der Ebertstraße	" 115
XXIV.	Antrag Brückmann und Gen.: Mißstände im Radfahrwesen	" 116
XXV.	Anfrage Riefe: Benutzung des Platzes an der Amalienstraße	" 117
XXVI.	Antrag Lord: Canalisation des Ofergrabens hinter der Stobenbrücke	" 118
XXVII.	Mittheilung des Vorsitzenden	" 120
XXVIII.	Nochmalige Berathung des Punktes XIX: Ankauf eines Schulhaus- Bauplatzes	" 120

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Kete meyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Franken-  
berg.

Entschuldigt die Herren Bührmann, Bültmann I, Halle und Rieß;  
außerdem fehlt Herr Bues. Später erscheinen die Herren Rimpau und Fudel.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und  
geleitet.

### **I. Antrag Meyerhoff und Genossen: Markthallen-Ordnung.**

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, fällt dieser Punkt der Tagesordnung  
— Seite 82 des Berichts — aus, weil der Mit Antragsteller Herr Rieß in der  
Commissionsitzung nicht zugegen gewesen sei und der Magistrat außerdem die  
Erklärung abgegeben habe, daß der Entwurf einer Markthallen-Ordnung der Ver-  
sammlung vorgelegt werden solle, hierbei aber alle Wünsche aus der Versammlung  
vorgebracht werden könnten.

### **II. Antrag Löffig: Auswechselung der Gasuhren.**

Den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 82  
des Berichts — hat die Finanzcommission durchberathen und berichtet namens  
derselben Herr Löffbeck: Die Commission habe sich wie die Deputation für die  
Gas- und Wasserwerke im Allgemeinen mit dem Antrage einverstanden erklärt,  
jedoch sei von Herrn Oberingenieur Mitgau bemerkt, daß es nicht praktisch erscheine,  
einen bestimmten Abschnitt von Jahren für die Auswechselung festzusetzen, weil  
manche Uhren schon vorzeitiger auszuwechseln seien, während andere eine so günstige  
Lage einnehmen, daß sie längere Zeit an einem Orte stehen bleiben können. Die  
Finanzcommission schlägt daher im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller  
vor, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Superrevisoren einzusetzen, welche außer den  
regelmäßigen Revisionen noch besondere Nachprüfungen der Gasuhren vornehmen.

Wie oft diese Nachprüfungen stattzufinden haben, müsse in das Ermessen der aufsichtführenden Behörde gestellt werden.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

### III. Antrag Günt her und Genossen: Beschäftigung hiesiger Arbeiter und Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Namens der Statutencommission berichtet über diesen, in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 83 des Berichts — Herr Wolff: Bezüglich des ersten Theiles des Antrages, betr. die Verwendung hiesiger Arbeiter auf den städtischen Rieselfeldern, sei magistratsseitig folgende Aufklärung gegeben. Der Unternehmer habe das Unternehmen in Accord übertragen erhalten und die Arbeiten wiederum in Accord vergeben. Derselbe sei angewiesen, alle Arbeiter aus der Stadt Braunschweig, welche sich bei ihm zur Arbeit melden, insbesondere aber alle Arbeitslosen anzunehmen. Thatsächlich seien denn auch hiesige Arbeiter dort schon beschäftigt worden. Andererseits haben aber — wie schon vom Herrn Oberbürgermeister in der letzten Sitzung constatirt sei — hiesige Arbeiter dort die Arbeit wieder aufgegeben, weil sie sich nicht als concurrenzfähig mit den übrigen Arbeitern erwiesen. Auf Grund dieser Erklärungen habe sich der Herr Antragsteller als befriedigt erklärt und falle damit der erste Theil des Antrages fort.

Herr Günt her will hierzu noch bemerken, daß er mit dieser Erklärung einverstanden gewesen sei, obwohl sie nicht voll und ganz seinem Wunsche auf Einstellung möglichst nur hiesiger Arbeiter entspreche. Es sei dieses geschehen in der Voraussetzung, daß alle hiesigen Arbeiter, welche sich zu der Arbeit melden, auch eingestellt werden würden. Wenn der Herr Oberbürgermeister in der letzten Sitzung ausgeführt habe, daß sich die hiesigen Arbeiter als nicht concurrenzfähig erwiesen haben, so treffe dieses mit Bezug auf die einheimischen Arbeiter im Allgemeinen nicht zu, man könnte höchstens sagen, daß gelernte Schneider, Schreiber und Kaufleute diesen Anforderungen nicht gewachsen seien. Nebenbei habe er auch noch erfahren, daß auf den Rieselfeldern sogar Frauen beschäftigt werden und es sei doch wunderbar, daß selbst diese besser arbeiten sollen als die hiesigen Arbeiter. Ob dieses zutrefte, wisse er nicht, müsse aber bedauern, daß man auch Frauen angestellt habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß 6—8 Frauen der dort beschäftigten Männer in einer besonderen Colonne getrennt von den Männern arbeiten. Ob zur Zeit auf den Rieselfeldern noch hiesige Arbeiter beschäftigt werden, wisse er nicht. Aus dem letzten der ihm regelmäßig erstatteten Berichte habe er entnommen, daß sich an einem Freitage 5 hiesige Arbeiter dort zur Arbeit eingefunden und auch noch am Sonnabend gearbeitet haben, während sie schon am Montag Vormittag der Arbeit fern geblieben seien. Sie haben sich dann am

Montag Nachmittag eingestellt, um ihren Lohnzettel in Empfang zu nehmen, weil sie nicht beabsichtigten, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dieser Punkt ist damit erledigt.

Herr Wolff berichtet nunmehr über den zweiten Theil des Antrages, welcher dahin geht, zu veranlassen, daß der Magistrat die vorbereitenden Schritte thue zur Einführung der achttündigen Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter. In der Commissionsitzung habe Herr Günther den Antrag dahin erläutert, daß derselbe sich auf die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke und auf die Straßensieger beziehen solle und diese für eine achttündige Arbeitszeit denselben Lohnsatz behalten sollen, welchen sie jetzt für zehn Stunden Arbeit beziehen. Die Commission habe anerkannt, daß die Bestrebungen, welche auf eine Verminderung der Arbeitszeit der Arbeiter abzielen, anzuerkennen seien, soweit dabei eine Hebung der socialen Lage der Arbeiter in Betracht komme und man ihnen Gelegenheit geben wolle, ihren Beschäftigungskreis zu erweitern. Der Antrag in seiner vorliegenden Form sei indessen der Commission vollständig unannehmbar erschienen, weil die Commune sich gar nicht in der Lage befinde, für ihre Arbeiter, speciell für diese drei Kategorien eine Lage zu schaffen, wie sie in dem Antrage angestrebt werde. Die Stadt habe vom finanziellen Standpunkte aus die Verpflichtung, ihre Arbeiten thunlichst billig beschaffen zu lassen. Selbstverständlich finde dieses Bestreben seine Grenze da, wo moralische Gegenerwägungen eine Rolle spielen. Wenn aber die Lage der städtischen Arbeiter ebenso günstig sei, wie die der übrigen Arbeiter und man auch keine Bedenken in sittlicher Beziehung geltend zu machen habe, so könne es unmöglich Aufgabe der Commune sein, für ihre Arbeiter eine günstigere Lage zu schaffen. Hierbei spielen aber auch noch finanzielle und moralische Rücksichten eine Rolle. Von der Commission sei der Standpunkt vertreten, daß die Bestrebungen der Commune, ihren Arbeitern eine derartige günstigere Position zu schaffen, schließlich nur ein Tropfen auf einem heißen Stein sein würde, daß dieses vollständig zwecklos sein und nur Erbitterung in die Kreise der anderen Arbeiter tragen würde. Die Commission meine, daß im Uebrigen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter nur von Seiten größerer Staatenverbände und nicht von einer einzelnen Commune in Angriff genommen werden können. Principiell sei also durchaus anerkannt, daß auf diesem Gebiete noch Manches zu geschehen habe, aber mit Rücksicht auf den Antrag sei mit Entschiedenheit der Standpunkt vertreten, daß eine Gemeinde vom finanziellen und moralischen Standpunkte aus nicht in der Sache vorgehen könne. Deshalb werde beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Günther erklärt, sich keinen Augenblick in dem Glauben gewiegt zu haben, daß sein Antrag Annahme finden könnte, da derselbe den Anschauungen der Mehrheit der Versammlung zu fern stehe. In der Commission sei eingeworfen,

ob denn auch für sämtliche Arbeiter der von der Stadt beschäftigten Unternehmer die achtstündige Arbeitszeit in dem Antrage gefordert werden solle. Diese Frage habe er verneint aus dem Grunde, weil dieses eine Aenderung des ganzen bisherigen Systems zur Folge haben würde. Das sei aber nicht gut möglich, denn es sei früher seitens der Versammlung beschlossen, daß die Regiearbeit von der Stadt nicht eingeführt werden solle. Die achtstündige Arbeitszeit werde vielmehr zunächst nur erstrebt für die Feuerwehrleute, die Nachtwächter — welche allerdings höchstens nur 8 Stunden Dienst haben — die Arbeiter des städtischen Reinigungswesens, der Gas- und Wasserwerke und des Schlachthauses, also für die directen städtischen Betriebe. In diesen Betrieben arbeiten mit Ausnahme der Gas- und Wasserwerke 183 Personen und würden hier bei Einführung des achtstündigen Arbeitstages ungefähr 44 Arbeiter neu eingestellt werden können. Richtig sei es, daß dieses nur einem Tropfen auf einem heißen Steine gleiche und man das bei der großen Reservearmee der Arbeiter gar nicht merken werde. Aber der Antrag habe auch noch eine andere Bedeutung: er solle den Unternehmern zeigen, wie man die Arbeiter zu beschäftigen habe und solle auch den übrigen Communen in Deutschland ein gutes Beispiel geben. Es existire nun besonders bei dem Gas- und Wasserwerke und wahrscheinlich auch bei dem Schlachthause nicht nur ein zehnstündiger, sondern sogar ein zwölfstündiger Betrieb. Abgesehen davon, daß eine solche Arbeitszeit für die Leute zu lang sei, komme noch hinzu, daß alle acht Tage eine Abtheilung dieser Arbeiter sogar 24 Stunden hinter einander arbeiten müsse, damit einige Kollegen wenigstens einen freien Sonntag erhalten können. Wenn dieses auch nicht gesetzwidrig sei, so sei es doch mindestens nicht hübsch, daß man die Arbeiter besonders beim Gaswerke 24 Stunden hinter einander arbeiten lasse. Hierbei sei, abgesehen davon, daß die Leute bei dieser Einrichtung nur alle 14 Tage einen freien Sonntag haben, noch eine gewisse Gefahr im Verzuge, da ein Mann in Folge von Verschlafenheit leicht eine Kesselexplosion verursachen könne. Wenn dieses auch noch nicht vorgekommen sei, so erscheine es doch auch nicht ausgeschlossen. Selbstverständlich sei es, daß bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit der gegenwärtige Lohn beibehalten werden müsse, denn bei dem schon niedrigen Lohnsaze, welcher bei dem Wasserwerke 2,50 M bis 3,30 M betrage, könne man nicht noch 60 S. in der Woche abziehen. Mit einem geringeren Lohnsaze als 2,50 M lasse sich nun einmal nicht leben. Die Arbeiter haben überall, wo sie eine niedrigere Arbeitszeit erkämpft haben, auch die Beibehaltung desselben Lohnsazes erstritten und zum großen Theile auch erhalten. Die Commission sage dann ferner, die Communen seien nicht in der Lage dem Antrage Folge zu geben, weil sie für ihre Arbeiter keine Ausnahmestellung schaffen könnten und weil der Antrag auch aus finanzpolitischen und moralischen Rücksichten unannehmbar erscheine.

Das könne unmöglich maßgebend sein. Nach seiner Berechnung würde die Durchführung des Antrages vielleicht 40 000 M für die Stadt kosten, eine Summe, welche eine Commune wie Braunschweig sich ganz gut leisten könne. (Widerspruch.) Eine Erbitterung der übrigen Arbeiter sei im Ernst doch wohl nicht zu befürchten, wenn auch — was durchaus nichts schade — ein wenig Meid die natürliche Folge der Aenderung sein würde. Gehofft hätte er wohl, daß die Commission wenigstens ein geringes Entgegenkommen gezeigt und vielleicht die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit empfohlen hätte, aber sie scheine überhaupt keine Verkürzung derselben zu wollen. Da die Annahme des Antrages unter solchen Verhältnissen aussichtslos erscheine, so wolle er der Versammlung einen anderen Antrag unterbreiten, welcher laute:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, daß er

- 1) in den Betrieben, wo Sonntagsarbeit nöthig ist, die Anstellung von Aushilfsarbeitern anordne, damit die in denselben thätigen Arbeiter regelmäßig einen ganzen Sonntag frei haben;
- 2) Erhebungen oder Berechnungen anstelle, wie viel Mehrausgaben der Stadt erwachsen würden bei Einführung des acht- resp. neunstündigen Arbeitstages für die Arbeiter in den directen städtischen Betrieben, sowie für die Arbeiter in den Unternehmer-Betrieben.“

Die Stadt könne von ihren Unternehmern recht gut verlangen, die acht- oder neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Dieses würde allerdings zur Folge haben, daß die Arbeiten höher bezahlt werden müssen. Hierbei würde die Stadt indessen gar nicht schlecht fahren, weil sich die Arbeiter dann besser stehen und mehr ausgeben würden, was der Stadt indirect wieder zufließe. Bei Annahme dieses Antrages, um welche er ersuche, riskire die Stadt gar nichts, zumal da derselbe doch nicht gleich zur Durchführung gelangen werde. Um die Zustimmung der Versammlung wolle er indessen keineswegs betteln, da er es für selbstverständlich halte, daß derartige Dinge zur Einführung gelangen, aber er müsse die Stellung der Mehrheit der Versammlung berücksichtigen und das sei die Stellung des kapitalistischen Unternehmers. Auf diese socialpolitische Frage näher einzugehen, wolle er verzichten. Er bitte also um Unterstützung und Annahme dieses substituirten Antrages und bemerke, daß er seinen ersten Antrag hierdurch nicht fallen gelassen habe.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und steht demnach nicht mit zur Berathung.

Herr Repliez: Die Frage der Einführung des achtstündigen Arbeitstages sei theoretisch schon lange erörtert und praktisch bereits an vielen Orten durchgeführt. Vor 100 Jahren schon haben Gelehrte und Aerzte die Einführung des

achtstündigen Arbeitstages vom ethischen Standpunkte aus für wünschenswerth erachtet und jetzt, nach 100 Jahren, wo die Anschauungen bedeutend humaner geworden seien, solle es nicht durchführbar sein, ein Arbeitsminimum von 8 bis 9 Stunden festzusetzen? Da diese von Herrn Günther in dem Antrage angeregte Frage auch schon in den Blättern für sociale Praxis, welche hervorragende Verwaltungsbeamte als Mitarbeiter haben, günstig besprochen sei, so erscheine es geradezu unbegreiflich, wie die Commission den Antrag ohne Weiteres ablehnen und nicht mindestens den Mittelweg der neunstündigen Arbeitszeit vorschlagen könne. Die Stadt würde sich bei Durchführung des Antrages wirklich allseitig ein Verdienst erwerben und stehe zu hoffen, daß andere Communen und Unternehmer versuchen würden, diese Einrichtung nachzuahmen. Der Einwand, daß eine einzelne Stadtgemeinde solche Maßnahmen nicht durchführen könne, sei durch Thatfachen widerlegt. Die beiden englischen Ministerien des Krieges und der Marine haben für ihre Ressorts die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und werde dort durchaus nicht befürchtet, daß dadurch eine Störung in dem allgemeinen Productionsproceß eintreten könnte. Im Handwerke sei die Arbeitszeit eine sehr verschiedene, man könne als Minimum eine zwölfstündige und als Maximum sogar eine achtzehnstündige Arbeitszeit annehmen. Nur das Buchdruckergewerbe mache eine rühmliche Ausnahme, indem dort schon vielfach eine achtstündige Arbeitszeit eingeführt sei. Die Befürchtung, daß durch solche Einführung in kleineren Kreisen der Meid in größeren Kreisen erregt werden könnte, erscheine ihm wenig stichhaltig zu sein. Darum möchte er bitten, wenigstens den Antrag auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit anzunehmen.

Herr Aßmann muß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im städtischen Betriebe vom moralischen und sittlichen Standpunkte aus für nothwendig halten. Gerade bei denjenigen städtischen Arbeitern, welche in Tag- und Nachtschicht arbeiten, sei die achtstündige Arbeitszeit durchaus nothwendig. Wenn im Allgemeinen gesagt werde, die Arbeitszeit sei durchweg nicht höher als in den übrigen industriellen Betrieben, so müsse er das zugeben, aber es sei doch zu bedenken, daß bei dem Wechsel von Tag- und Nachtschicht die Leute 24 Stunden hinterinander arbeiten müssen und das sei entschieden zu viel. In der Gasanstalt herrsche noch die Einrichtung, daß während der Mittags- und der Besperzeit den Arbeitern anheimgestellt werde, Kohlen abzuladen und zahle man denselben für eine Waggonladung deutscher Kohlen eine Mark und bei englischen Kohlen je nach dem Transportwege 3—5 M. Wenn man es auch den Arbeitern nicht verdenken könne, daß sie neben ihrem Tagelohne noch etwas zu verdienen durch Entladung einiger Waggonladungen, so sei dieses Princip doch umsomehr zu verwerfen, als es die Arbeitszeit verlängere und die gezahlte Entschädigung auch nicht dem allgemein üblichen Preise entspreche. Demnach müßte man lieber den Lohn erhöhen, nicht

aber künstlich die Arbeitszeit verlängern. Auch die bei dem städtischen Abfuhrwesen beschäftigten Arbeiter hätten eine längere als eine zehnstündige Arbeitszeit. Bei den Feuerwehrleuten folge auf vier Arbeitstage ein freier Tag. Diese anscheinend günstigen Verhältnisse rühren daher, daß die Leute auch Nachts im Dienste sein müssen; es lasse sich aber wohl nicht verkennen, daß auch eine Aenderung einzutreten habe, wenn man die Leute nicht ihren Familien vollständig entfremden wolle. Im Uebrigen sei eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden durchaus wünschenswerth und auch ausführbar. Braunschweig würde nicht die erste Commune sein, welche diesen Schritt unternehme, denn die Stadt Paris habe den Achtstunden bereits eingeführt und dürfte es sich Braunschweig nicht zur Unehre anrechnen, diesen Wunsch der arbeitenden Bevölkerung erfüllt zu haben. Er bitte deshalb um Annahme dieses im Interesse des ganzen Gemeinwesens liegenden Antrages.

Herr Lange will darauf hinweisen, daß der vorliegende Antrag eine Lohnerhöhung von 20 % bedeute und darauf hinziele, den städtischen Arbeitern diese Erhöhung zukommen zu lassen, im Weiteren aber die übrigen Arbeitgeber zu zwingen, den gleichen Lohn zu zahlen. Eine derartige Lohnerhöhung sei bei der heutigen Geschäftslage für die meisten Geschäfte unmöglich. Er halte es sogar für unmöglich, eine achtsündige Arbeitszeit bei gleichen Lohnsätzen einzuführen, so lange sich dieser Einrichtung nicht sämtliche geschäftsführende Länder anschließen. Es sei ganz natürlich, daß für diejenigen Länder, welche eine solche Arbeitszeitverminderung zuerst einführen, die damit verbundene Lohnerhöhung den anderen Ländern gegenüber eine Concurrenzunfähigkeit in sich schließe und es werde derjenige, welcher zuerst damit anfange, den Schaden davon haben, wenn die Einrichtung nicht überall getroffen werde. Eine derartige Concurrenzunfähigkeit habe gleichzeitig einen Verlust an Arbeit zur Folge, weil man dann mit den anderen Ländern nicht concurriren könne und in Folge dessen die Arbeit nicht erhalte. Demnach würde die Maßnahme auf die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer zurückschlagen. Darum könne er sich nicht dafür aussprechen, eine achtsündige Arbeitszeit einzuführen.

Herr Wolff möchte noch hervorheben, daß die Bestrebungen in der Richtung der allgemeinen Tendenz des Antrages Günther heutzutage so weit gediehen seien, daß die Reichsregierung fortwährend mit Erwägungen wegen der gesetzlichen Maximalarbeitszeit beschäftigt sei. Er betone dieses, um nochmals darauf hinzuweisen, daß bei einem so großen Gemeinwesen wie dem Staate, nicht aber bei der Stadt die richtige Stelle sei, um diese Bestrebungen in das richtige Stadium zu bringen. Sodann wolle er noch constatiren, daß seitens der Herren Günther, Beples und Ahmann Mißstände zur Sprache gebracht seien, welche mit der achtsündigen Arbeitszeit gar nichts zu thun haben. Wenn derartige Mißstände wirk-

lich vorhanden sein sollten, müßten dieserhalb separate Erwägungen angestellt werden.

Herr Günther glaubt, daß sein letzter Antrag, welcher nicht die nöthige Unterstützung gefunden habe, gerade darauf abziele, was der Herr Referent wünsche. Herrn Lange wolle er noch erwidern, daß derselbe Schwarzseherei treibe, da es sich gar nicht direct um eine Lohnerhöhung, sondern nur um eine Verkürzung der Arbeitszeit handle, sodaß von einer eigentlichen Lohnerhöhung nicht die Rede sein könne. (Widerspruch.) Der Arbeiter merke nicht, daß er mehr Lohn bekomme, sondern nur, daß er weniger Arbeit habe. Da sein letzter Antrag nicht unterstützt sei, so wolle er wenigstens an den Magistrat das Ersuchen richten, in Beziehung auf die Sonntagsarbeit thunlichst eine Abänderung zu treffen, was sich leicht machen lasse. Es erscheine angezeigt, daß man den Leuten einen ganzen freien Sonntag gebe, zumal da die Arbeiter des Gaswerkes kaum alle drei Wochen einen solchen haben.

Die Versammlung beschließt darauf, über den Antrag Günther zur Tagesordnung überzugehen.

#### IV. Erwerb einer Straßenfläche am Wollmarke.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich bereits in der Sitzung vom 21. September 1893 — Seite 144 des Berichts — mit der Regelung der Grenzverhältnisse zwischen dem Grundstücke der Dienstbotenanstalt am Wollmarke und dem der Stadt gehörigen Nachbargrundstücke einverstanden erklärt. Inzwischen ist die Aufmessung der auszutauschenden Flächen erfolgt und sind abzutreten von der Stadt an die Dienstbotenanstalt 3 qm und von dieser an die Stadt 6 qm. In Uebereinstimmung mit dem Vorstande der Dienstbotenanstalt ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß diese Flächen gegen einander mit der Maßgabe ausgetauscht werden, daß die Kosten der Auflassung und der Nebengebühren jeder Theil rücksichtlich der von ihm zu erwerbenden Fläche trägt. — Ferner sind zum Wollmarke abzutreten von den Grundstücken *N. ass.* 1200—1202 zusammen 56 qm, welche der Vorstand der Dienstbotenanstalt zum Selbstkostenpreise von 47 *M.* pro qm der Stadt überlassen will. Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankaufe dieser Flächen zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

#### V. Straßenregulirung am Röhgenhagen.

Zur Regulirung des Röhgenhagen ist von dem neubebauten Grundstücke *N. ass.* 1448 des Zimmermanns Friß Kaune eine 4,5 qm große Fläche abzutreten. Da der Genannte von der ursprünglichen Forderung eines Einheitspreises von



100 M jetzt auf 80 M heruntergegangen ist, so empfiehlt der Magistrat, den Ankauf zu diesem Preise zu genehmigen, obwohl derselbe noch als reichlich hoch anzusehen sei.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Riefe berichtet, angenommen.

## VI. Verleihung von Ehrenzeichen an Feuerwehrmänner.

Das Herzogliche Staatsministerium hat dem Stadt-Magistrate eröffnet, daß Höchsten Orts in Anerkennung der Verdienste der Feuerwehren des Herzogthums um das Feuerlöschwesen den Kreis-Communal-Verbänden die Ermächtigung ertheilt worden sei, denjenigen Personen, welche 10, bezw. 15, bezw. 20 Jahre lang treue und nützliche Dienste in einer freiwilligen Feuerwehr geleistet haben, oder welche 10, bezw. 15, bezw. 20 Jahre lang mit besonderer Auszeichnung entweder nur in der einercircirten Abtheilung einer Pflicht-Feuerwehr, oder theils in einer solchen Abtheilung, theils in einer freiwilligen Feuerwehr gedient haben, Ehrenzeichen nach einem bestimmten Muster zu verleihen. Die Verleihung des Ehrenzeichens, sowie die Ausstellung der Urkunde über die Verleihung desselben soll in der Stadt Braunschweig durch Beschluß des Magistrats erfolgen. Letzterem wird demnach aufgegeben, eine Entschließung der städtischen Behörden darüber herbeizuführen, ob dieselben von der den Kreis-Communal-Verbänden ertheilten Ermächtigung Gebrauch machen werden. Der erstmalige Kostenaufwand würde 165 M betragen. Der Magistrat beantragt auf Vorschlag des Kreisbranddirectors, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kreis-Communal-Verband Braunschweig von dieser Höchsten Ermächtigung Gebrauch mache.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, schließt sich die Statutencommission diesem Antrage an.

Herr Günther erklärt sich gegen den Antrag. Seiner Meinung nach würde man den Feuerwehrlenten einen größeren Gefallen mit der Annahme seines Antrages bei Punkt III der Tagesordnung gethan haben. (Widerspruch.) Auch der freiwilligen Feuerwehr würde man mit der Genehmigung des Antrages keinen sonderlichen Gefallen thun.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

## VII. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer.

Der vormalige Uhrmacher Ferdinand Balke, der Schuhmacher Bues, der Maurer Fritz Papendorf, Karl Hartmann, Maurer Karl Mencke und Wittwe Lürer sind um Freilassung je eines Wachhundes von der Steuer vorstellig geworden. Sämmtliche Gesuche werden in Befolgung der bisherigen Praxis abgelehnt. — Dagegen genehmigt die Versammlung das Gesuch des Arbeiters Karl Lüders auf

Erlaß der Steuer für den ehemals in seinem Besitze befindlichen Wachhund, weil der jetzige Besitzer des Hundes die Steuer ebenfalls entrichtet hat und eine Doppelbesteuerung nicht stattfinden solle. — Endlich wird die Eingabe des Gärtners Heinrich Otte, welcher seinen Hund nur 14 Tage im Besitze gehabt haben will, an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückgewiesen, die Angaben des p. Otte auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

### VIII. Erwerb einer Straßenfläche am Martini-Friedhofe.

Bei sofortiger Durchführung der für die Nordseite des Hofestieges festgestellten Baulinie würde ein Theil der auf dem Martini-Friedhofe befindlichen Grabstellen in Mitleidenschaft gezogen werden. Die städtische Bauverwaltung hat deshalb empfohlen, die fragliche Straße vorläufig nicht in voller Breite anzulegen, vielmehr eine Linie als neue Friedhofsgrenze anzunehmen, bei welcher noch ein schmaler Terraintreifen zwischen dieser und den äußersten Grabstellen liegen bleiben würde. Nach dieser Linie würden von dem Friedhofe 91 qm zu erwerben und demselben 5 qm zuzulegen sein. Im Einverständnisse mit dem Kirchenvorstande zu St. Martini und dem Kirchencassen-Collegium giebt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß die überschießenden 86 qm mit 5 M pro qm vergütet und außerdem die Kosten der Versekung der Einfriedigung mit 280 M, sowie der Anbringung neuer Sockelbohlen mit 220 M von der Stadt getragen werden.

Namens der Statutencommission berichtet hierüber Herr Wolff: Der Antrag sei der Commission zuerst unbedenklich erschienen, der Herr Vorsitzende habe denselben aber in's Gedächtniß zurückgerufen, daß an die Errichtung des Central-Friedhofes i. B. die selbstverständliche Voraussetzung geknüpft sei, sämtliche Friedhöfe nach ihrer vollständigen Außergebrauchsetzung der Stadt unentgeltlich zu überweisen, damit sie dieselben als öffentliche Plätze dauernd erhalte. Mit Rücksicht hierauf habe die Commission Anstand genommen, den hier in Frage stehenden Grunderwerb zu einem Einheitspreise von 5 M zu empfehlen. Die Commission habe vielmehr den Standpunkt vertreten, daß der Magistrat versuchen möge, die Einziehung der entsprechenden Kirchhofstreifen in das Straßenterrain zu erlangen, ohne daß die Eigentumsverhältnisse zunächst geändert werden und ohne daß eine Entschädigung dafür zu zahlen sei. Mit dieser Modification werde die gesammte Magistratsvorlage zur Genehmigung empfohlen.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage der Commission in allen Punkten an.

### IX. Erwerb einer Straßenfläche am Langenhofe.

Nachdem der Kaufmann Lundenberg für die von ihm zum Langenhofe abzutretende 21 qm große Theilfläche seines Grundstückes einen Preis von 700 M pro qm

gefordert hatte, ist mit Zustimmung der Versammlung die Zwangseenteignung dieser Fläche beantragt worden. — Seite 374 des Berichts von 1893/94. — Im Laufe des Verfahrens hat Herr Lundenberg seine Forderung auf 500 M pro qm ermäßigt. Wenn der Magistrat auch diesen Preis noch für reichlich hoch hält, so giebt derselbe doch mit Rücksicht auf die dort vorliegenden besonderen Verhältnisse anheim, den Erwerb der Fläche zu diesem Preise zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn U h d e befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

#### X. Gesuch von Anwohnern der Ehrenbrechtstraße, Canalanschlüsse betr.

Die Besitzer der Häuser N. 1—3 der Ehrenbrechtstraße haben an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß sie mit den Anschlüssen an den neuen Straßencanal so lange verschont werden, bis der Proceß mit den Anliegern der Friesenstraße entschieden ist.

Wie Herr Brückmann berichtet, empfiehlt die Statutencommission Ablehnung des Gesuches und Uebergang zur Tagesordnung. Die Bittsteller verkennen, daß der von ihnen zur Begründung ihres Gesuches angezogene Proceß zwischen der Stadt und Anwohnern der Friesenstraße mit der Sache, um welche sie hier bitten, gar nichts zu thun habe. Es stehe unzweifelhaft fest, daß die Anschlüsse an den Straßencanal gemacht werden müssen. Wenn den dortigen Anliegern Recht zugesprochen werden sollte, würden ihnen die gezahlten Kosten zurückerstattet werden. In der Einwohnerschaft bestehe der lebhafteste Wunsch, daß die Anschlüsse an den Canal so bald wie möglich geschehen und sei diesem Wunsche auch in der Versammlung wiederholt Ausdruck gegeben. Die Commission empfehle aus diesen Gründen die Ablehnung des Gesuches.

Herr Rieke möchte befürworten, mit Rücksicht auf die niedrige Lage der betr. Häuser die Himmelswässer dem Wendenmühlengraben und nur die Abwässer dem Canale zuzuführen, da die Canalanlage sonst zu viel kosten werde. Jedenfalls empfehle es sich mehr, den Leuten Aufklärung über diese Verhältnisse zu geben, als daß man sie mit Strafe bedrohe. Mit dem Proceß der Anwohner der Friesenstraße habe dieses allerdings nichts zu thun, weil den Leuten, im Falle sie den Proceß gewinnen, die Kosten zurückzahlen seien, während die Anschlüsse an den Canal auf jeden Fall hergestellt werden müßten. Bei den finanziellen Verhältnissen der betr. Anlieger erscheine es ihm billig, denselben eine Stundung der entstehenden Anschlußkosten zuzusichern, damit dort nicht weitere Schwierigkeiten entstehen. — Schließlich möchte er noch daran erinnern, daß der Maurermeister Reiners mit seinem Baue am Sandwege immer noch nicht begonnen habe und es sich daher empfehle, ihn zu einer Beschleunigung der Arbeiten anzuhalten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß den Antragstellern vom Magistrat in keiner Weise eine Befristung wegen der Canalanschlüsse in Aussicht gestellt sei. Die tiefe Lage der Grundstücke sei durchaus nicht hinderlich, dieselben an den Canal anzuschließen, wenn auch die Himmelswässer nach vorn nicht gut ohne künstliche Pumpe geführt werden könnten. Es stehe aber auch nichts im Wege, die Himmelswässer in den Graben abzuleiten. Das Recht der betr. Anlieger, in den Okergraben zu entwässern, müsse entschieden bestritten werden, denn bis jetzt sei in dem schon über ein Jahr währenden Prozesse ein solches Recht noch von keiner Seite anerkannt und möchte er auch bezweifeln, daß dasselbe jemals anerkannt werde. Die Anlieger seien aufgefordert, ihre Grundstücke an den Canal anzuschließen, sie bestritten indessen das Recht dieser Forderung und ersuchen, so lange damit zu warten, bis diese Frage bei der Friesenstraße zur Entscheidung gebracht sei.

Der Magistrat könne sich aber unmöglich darauf einlassen, den Interessenten zu sagen, sie möchten wenigstens ihre eigentlichen Schmutzwässer dem Canale zuführen, sondern es sei Sache der Anlieger, bei dem Magistrat solchen Antrag zu stellen. — Was den Hausbau von Reiners betreffe, so sei derselbe schon mehrere Male aufgefordert, eine Erklärung auf die ihm gestellte Bedingung hinsichtlich der Bebauung seines Grundstücks in einer bestimmten Frist abzugeben. Diese Erklärung sei jetzt erfolgt und habe der Magistrat dem p. Reiners eine Frist bis zum 1. October 1895 gewährt. Die Verzögerung der Sache rühre daher, daß die Bauanträge des p. Reiners bis dahin nicht genehmigt seien.

Herr Löschigt hat sich in einer ähnlichen Lage befunden und auf Antrag sofort die Genehmigung erhalten, seine Himmelswässer dem Okerarme zuführen zu dürfen.

Die Versammlung beschließt darauf, das Gesuch unberücksichtigt zu lassen.

#### **XI. Canallegung in dem Steinwege und der Fällersleberstraße.**

Bei der erst nach Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplanes bewirkten endgiltigen Bearbeitung der Entwässerungsanlagen in dem Steinwege und der Fällersleberstraße hat sich ergeben, daß beide Straßen mit je zwei Canalzügen versehen sind, welche unweit der Fußsteigborde liegen. Der Ober-Ingenieur Mitgau empfiehlt nun zur Vermeidung erheblicher Verkehrsstörungen u., nicht, wie zuerst angenommen, nur einen Canal in der Mitte der Straße zu legen, sondern an Stelle dieser seitlich liegenden alten Canäle je zwei neue seitliche Canäle herzustellen. Der Magistrat hält diese Einrichtung für zweckdienlich und ersucht, die dadurch erwachsenden Mehrkosten im Höchstbetrage von 5000 M. nachzuverwilligen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, genehmigt die Versammlung die Magistratevorlage.

## XII. Austausch von Straßenflächen am Langerhose.

Von den beiden am Langerhose gelegenen Grundstücken des Tapezierers August Brenneke ist nach dem festgestellten Ortsbauplane eine Theilfläche von 0,2 qm der Straße zuzulegen, nachdem 5,3 qm gegeneinander ausgetauscht sind. Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß für Ueberlassung der erstbezeichneten Fläche dem Eigenthümer die Befreiung von denjenigen Kosten zugesichert wird, welche durch Belegung der von dem Grundstücke tauschweise abzutretenden 5,5 qm großen Fläche mit Platten erwachsen werden, und daß für die Benutzung des von Brenneke zum Zwecke der Bauausführung in Anspruch genommenen Straßenterrains in der Zeit vom 28. Mai bis 15. August der übliche Pachtzins nicht erhoben werde, sowie daß die Stadt die Kosten, welche der Austausch der beiden Flächen verursacht, übernimmt.

Der Antrag gelangt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, nach kurzer Besprechung zur Annahme.

## XIII. Erwerb von Straßenflächen an der Parkstraße.

Der für das laufende Jahre in Aussicht genommene Ausbau der Parkstraße bedingt den Erwerb der Vorgärten der an der Westseite dieser Straße gelegenen Grundstücke und zwar sind zu erwerben:

- a. 69 qm von dem Grundstücke der Polizeistation,
- b. 64 qm von dem Grundstücke *M* ass. 3950,
- c. 388 qm von den Grundstücken der Anlieger Schöttler, Siburg und Natalis,
- d. 184 qm von dem Grundstücke des Oberst a. D. Brauns.

Gefordert werden hierfür an Entschädigungen: von der Herzoglichen Baudirection für die Fläche unter a einschließlich der Kosten für ein neues Nebengebäude und eine neue Einfriedigung 4620 *M*, welcher Forderung der Magistrat zustimmen bittet. Die Abtretung der Fläche unter b wird von der Eigenthümerin abgelehnt. Für die unter c bezeichneten Flächen beansprucht der Fabrikant Natalis eine Entschädigung von 50 *M* pro qm und Herrichtung der erforderlichen Futtermauer, während der Oberst a. D. Brauns für die unter d erwähnte Fläche einen Einheitspreis von 60 *M*, Herrichtung einer neuen Einfriedigung und Befreiung seines gegenüberliegenden bebauten Grundstückes von Straßenkosten fordert. — Nach der Ansicht des Magistrates wird auf die von den Herren Natalis und Brauns gestellten Bedingungen nicht eingegangen werden können, der Magistratsantrag geht deshalb dahin, den Ankauf der unter a bezeichneten Fläche zu genehmigen und der Zwangsenteignung aller übrigen Flächen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

#### XIV. Erwerb von Straßenflächen an der Osterstraße.

Der Tischlermeister Hattensauer beabsichtigt, auf seinem an der Südseite der Osterstraße gelegenen Grundstück drei Wohnhäuser zu errichten und ist deshalb aufgefordert, die auf das fragliche Grundstück für den Fall des Ausbaues der Osterstraße entfallenden Straßenkosten sicherzustellen. Letztere sind, wenn den Gesamtkosten diejenige Entschädigung zugerechnet wird, welche eventuell für Beseitigung des in der Straße stehenden Wohnhauses *N. ass.* 3082 stadtseitig aufzuwenden ist, zu 330 *M.*, andernfalls aber zu 260 *M.* pro Ifd. m berechnet. Auf das Hattensauer'sche Grundstück würden darnach bei einer Frontlänge von 53,9 qm im ersteren Falle 17787 *M.*, im letzteren aber 14014 *M.* Kosten entfallen. Da Hattensauer erklärt hat, die höheren Kosten von 330 *M.* pro m nicht tragen zu können, und der Magistrat nicht zu verkennen vermag, daß dieser Beitrag sehr hoch ist, so giebt derselbe anheim, dem Genannten zuzusichern, daß für dessen Grundstück ein höherer Beitrag als 260 *M.* pro Ifd. m nicht solle erhoben werden. Hattensauer hat ferner drei in der Osterstraße liegende Flächen von zusammen 361 qm an die Stadt zum Einheitspreise von 30 *M.* mit der Maßgabe verkauft, daß der Preis nicht baar gezahlt, vielmehr demnächst mit den Straßenkosten verrechnet werden und dem Verkäufer die unentgeltliche Benutzung der Flächen zur Lagerung von Baumaterialien bei der Bebauung seines Grundstückes gestattet sein solle. Der Magistrat ersucht, auch hierzu die Zustimmung zu erteilen.

Die Baucommission hat nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff die Vorlage geprüft und empfiehlt deren Annahme. Sodann beantrage die Commission, den Magistrat zu ersuchen, für die Beseitigung des Hauses *N. ass.* 3082 Sorge tragen zu wollen, sowie den Magistrat zu ermächtigen, einen namhaften Beitrag zu diesem Zwecke zu bewilligen. Die dort herrschenden haarsträubenden Zustände, durch welche die Häuser durch die Fuhrwerke beschädigt und die vielen dort verkehrenden Kinder täglich in Gefahr gesetzt werden, bedürften dringend der Abhilfe. Der Antrag eines Anliegers, die Straße durch Pfähle abzusperren, sei abgelehnt, weil sonst die Feuerwehr an der Stelle nicht durchkommen könne.

Das Abkommen mit Hattensauer wird darauf genehmigt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt, daß der Magistrat gegen den Antrag auf Niederlegung des betr. Hauses nichts einzuwenden habe. Der Magistrat würde schon selbst mit einem derartigen Vorschlage gekommen sein, wenn er sich nicht auf den Standpunkt gestellt hätte, daß, so wünschenswert die Straßenverbreiterung auch für die Anlieger sein möge, die Stadt sich doch scheuen müßte, ein solches Opfer zu bringen, weil die Straße einen lebhaften Durchgangsverkehr nicht habe. Wenn die Versammlung anderer Ansicht sei, würde der Magistrat von Neuem dazu Stellung nehmen.

Herr Wolff stellt anheim, den letzteren Antrag der Baucommission nochmals zur Vorberathung zu überweisen, da die Versammlung über das dort vorliegende öffentliche Interesse nicht genügend orientirt sei.

Herr Blasius muß die Beseitigung des fraglichen Hauses im Interesse des öffentlichen Verkehrs für nothwendig erachten. Jedenfalls liege das Bedürfniß vor, daß die vom Wollmarke kommenden Wagen die Okerstraße durchpassiren können und nicht zu wenden brauchen. Bisweilen komme es bei der Abhaltung von Festlichkeiten in der Lessingloge vor, daß in der Okerstraße eine Ansammlung von 20 bis 30 Wagen stattfindende, die sämmtlich dort umbrehen müssen, was leicht zu Unglücksfällen Veranlassung geben könne.

Herr Lange will diesen Antrag auch gern unterstützen, möchte aber wissen, wie hoch sich die Kosten der Durchführung desselben stellen werden.

Herr Bürgermeister Rietmeyer erwidert, daß Hattensauer für das Haus 33000 M. gefordert habe.

Herr Meyerhoff giebt anheim, vor dem jetzt geforderten Preise nicht zurückzuschrecken, da von einem anderen Eigenthümer vielleicht eine noch höhere Summe gefordert werden würde.

Herr Wolff möchte ersuchen, mit Hattensauer nochmals in Verhandlung zu treten, nicht aber jetzt schon einen bestimmten Beitrag festzusetzen.

Herr Bürgermeister Rietmeyer will noch bemerken, daß die Beseitigung des Hauses für die Stadt nicht die vollen 33000 M. koste, sondern daß nach dem Abbruch desselben der Bauplatz wieder verkauft und dieser nach seiner Neubebauung zur Tragung der Straßenbaukosten herangezogen werde. Nach Beseitigung des Hauses stehe dem Ausbau der Straße kein Hinderniß mehr entgegen und dieser koste eigentlich der Stadt nichts, weil die Anlieger dafür aufkommen müssen. Trotzdem habe der Magistrat den Ankauf des Hauses und den Ausbau der Straße nicht veranlaßt, weil er die Anlieger zu derartigen Kosten nur dann heranziehen wolle, wenn das öffentliche Bedürfniß den Ausbau erfordere. Sofern derselbe indessen nur im Interesse einzelner Anlieger begründet sei, müßten die Wünsche auch der übrigen Anlieger berücksichtigt werden. In dem vorliegenden Falle habe sich aber die Mehrzahl derselben gegen den Ausbau erklärt. Die Stadt werde hier jedenfalls einen wesentlichen Zuschuß leisten müssen mit Rücksicht darauf, daß die Beseitigung des Hauses auch der westlichen Strecke der Okerstraße zu Gute komme. Während der Magistrat früher geneigt gewesen sei, einen Zuschuß von 15000 M. zu leisten, habe Hattensauer die Befreiung von allen Straßenbaukosten und einen Zuschuß von 25000 M. verlangt, welche Forderung dem Magistrate doch zu hoch erschienen sei.

Der Antrag des Herrn Wolff auf nochmalige Einleitung von Verhandlungen mit Hattensauer wird, nachdem auch Herr U h d e das Einverständniß der Bau-commission ausgesprochen hatte, angenommen.

#### XV. Beschaffung eines neuen Gasdruckregulators.

Der Gasdruckregulator auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße ist abgängig geworden und kann nicht mehr reparirt werden. Schon seit längerer Zeit haben sich Schwierigkeiten bezüglich des Gasdrucks gezeigt, welche namentlich dadurch hervortreten, daß das Gaslicht vornehmlich in den näher gelegenen Stadttheilen unruhig brennt. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat deshalb beantragt, einen neuen Gasdruckregulator aufzustellen, was einen Kostenaufwand von 2000 M erfordert.

Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und ersucht um Genehmigung desselben.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr W a g n e r berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

#### XVI. Neueinrichtungen im Schlachthause.

Für Herstellung der Transporteinrichtungen von den Schlachthallen nach dem Vorkühlsraume sind in dem Kostenanschlage, betr. den Neubau eines Kühlhauses 27000 M ausgeworfen. In dieser Summe ist für die Verlegung der Winden ein Betrag von zusammen 800 M enthalten. Bei Ermittlung dieser Kosten war angenommen, daß die in der Schlachthalle für Großvieh befindlichen 60 Winden für die neuen Windeeinrichtungen in der Schlachthalle, bezw. in dem Vorkühlsraum, wozu insgesammt 46 Winden erforderlich sind, vollkommen ausreichen würden. Bei der leztthin erfolgten genauen Untersuchung der vorhandenen Winden hat sich aber herausgestellt, daß von 48 Winden je 2 in entgegengesetzter Richtung angreifende Winden ein gemeinschaftliches Gehäuse besitzen. Eine Theilung dieser Gehäuse derart, daß zwei Winden geschaffen werden, ist nicht möglich; es würde vielmehr jede derartige Doppelwinde nur als einfache Winde nutzbar gemacht werden können. Da hiernach die Zahl der verfügbaren Winden sich auf 36 herabmindert, die Anzahl der bei der Neueinrichtung der Schlachthalle und des Vorkühlsraumes erforderlichen Winden aber 46 beträgt, so müssen 10 neue Winden angeschafft werden. Die Vertheilung der alten Winden würde zweckmäßig in der Weise erfolgen, daß sämmtliche 12 einfache Winden und 2 Doppelwinden in der Schlachthalle Verwendung finden. Da zweckmäßig an jeder Seite der Halle nur Winden derselben Construction zur Verwendung gelangen möchten, so empfiehlt es sich ferner, die westliche Seite der Halle ganz mit neuen Winden auszurüsten und die dann übrig bleibenden 6 alten Doppelwinden für spätere Auswechselungen bei Seite



zu legen. Die für die neue Einrichtung in Aussicht genommenen neuen Winden der Firma Beck & Henkel in Cassel zeigen im Vergleich mit den jetzt vorhandenen Winden wesentliche Vorzüge, sie ermöglichen ein schnelles Auf- und Niederwinden und sind mit selbstthätigen Bremsvorrichtungen bester Construction versehen, sodaß die Herbeiführung von Unglücksfällen durch ein Schleudern der Kurbel ganz ausgeschlossen erscheint. Einem weiteren Antrage des Schlachthausdirectors Koch, die betr. Schlachthalle ganz mit neuen Winden auszustatten, kann der Magistrat nicht beistimmen, es wird von demselben vielmehr beantragt, nur 4850 M. zu Anschaffung 16 neuer Winden für die Großvieh-Schlachthalle zu verwilligen.

Außer diesen Aufwendungen hat sich für die neue Einrichtung der Schlachthalle für Großvieh auch noch eine weitere Ausgabe für Anschaffung von zwei Gleis-Hängebahnwaagen im Betrage von 1400 M. als nothwendig erwiesen, und beantragt der Magistrat, auch diesen Betrag zu verwilligen.

Wie Herr Meyer berichtet, giebt die Finanzcommission nach eingehender Prüfung der Vorlage deren Genehmigung anheim.

Herr Lange muß seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß man der Versammlung mit dieser Forderung kommen könne, nachdem die Casseler Firma sich s. B. auf das Genaueste orientirt und die Winden einer genauen Prüfung unterzogen, sowie sich bereit erklärt habe, dieselben für eine bestimmte Summe zu liefern. Der Vertreter der Firma hätte sich die Sachen vorher genauer ansehen sollen, um darnach seine Forderung zu bemessen, er dürfe aber nicht hinterher mit solchen Nachforderungen kommen. Die Stadt müsse daher verlangen, daß die Firma die Sachen ihrem früheren Versprechen gemäß liefere. Es habe sich damals nur um 4—6 kleine Winden zu 150 M. das Stück gehandelt, welche von dem Vertrage ausgeschlossen seien. Die anderen Winden gehören indessen in den Kostenanschlag der Casseler Firma und müssen daher von dieser ohne weitere Nachzahlung geliefert werden.

Herr Stadtrath Meyer muß die Wichtigkeit der von Herrn Lange geschilderten Sachlage bezweifeln, da der hier vorliegende Antrag der Kühlhaus-Deputation von keiner Seite bemängelt sei. Ursprünglich sei der Antrag vom Schlachthaus-Director Koch gestellt, dahingehend, Winden von neuerer Construction anzuschaffen. Darauf habe die städtische Bauverwaltung geäußert, daß in diesem Falle mit den ausgeworfenen Mitteln nicht auszukommen sein würde, indem man eine Reihe von neuen Winden für die Schlachthalle in Verbindung mit dem Bau des Kühlhauses anschaffen müsse.

Herr Wollenweber glaubt ebenfalls, daß sich Herr Lange im Irrthume befinde. Es handele sich um Winden in der Schlachthalle und sei dabei von dem Kühlhause keine Rede. Wenn aber solche Winden schadhaft und gefahrdrohend seien, müßten dieselben durch neue ersetzt werden.

Herr Lange erwidert, daß der Vertreter der Casseler Firma sich genau über die Construction der Winden, welche von allen Seiten als nicht mehr sachgemäß anerkannt und sogar als gefährlich erachtet seien, informiert habe und derselbe diese Verhältnisse daher bei seinem Kostenanschlage hätte mit berücksichtigen müssen. Bei dem Kostenanschlage habe es sich nicht nur um die Einrichtung des Kühlhauses, sondern auch um die Verbindung und Einrichtung der Großvieh-Schlachthalle und der Schweine-Schlachthalle gehandelt. Jetzt scheine die Firma einen Versuch machen zu wollen, noch eine Summe herauszuschlagen und das könne die Stadt nicht auf sich nehmen.

Herr Bürgermeister R e t e m e y e r bemerkt, daß man in gewisser Weise den Eindruck gewinnen müsse, als ob Herr Lange in dieser Sache mehr wisse als der Magistrat und die Kühlhausdeputation, sowie die Schlachthausdeputation. Das rühre einfach daher, daß Herr Lange mit der Firma stets verhandelt habe und der Magistrat gar nicht so genau wissen könne, welche Vereinbarungen mit der Casseler Firma getroffen seien, denn diese Abmachungen gehören zum Ressort der städtischen Bauverwaltung. Die im Kühlhause anzubringenden neuen Winden seien in dem Kostenanschlage enthalten. Nun wolle man aber auch die im Schlachthause vorhandenen mangelhaften Winden unter Aufwendung eines gewissen Betrages ändern und außerdem habe der Schlachthausdirector gewünscht, die in der Schlachthalle vorhandenen Winden älterer Construction durch solche neuerer Construction zu ersetzen. Dieses Verlangen erscheine auch gerechtfertigt, besonders wenn nachgewiesenermaßen schon Unglücksfälle durch die alten Winden hervorgerufen seien. Darum könne es bei dieser Sachlage nur darauf ankommen, zu prüfen, ob die Firma auf Grund des Anschlages und des Vertrages verpflichtet sei, diese Aenderungen vorzunehmen oder nicht. Im ersteren Falle würde sie gezwungen werden, den Vertrag innenzuhalten, während die Versammlung sich im letzteren Falle der Nachverwilligung nicht zu entziehen vermöchte. Jedenfalls wäre es doch ein wunderbares Vorgehen der städtischen Bauverwaltung, wenn sie der Firma die Lieferung in dem Vertrage mit aufgetragen hätte und die Stadt solle jetzt diese Kosten noch besonders übernehmen.

Herr Löschigk möchte wünschen, daß dem Antrage des Schlachthausdirectors auf Beschaffung von neuen Winden im vollen Umfange stattgegeben und kein Abstrich vorgenommen würde.

Herr Stadtrath Meyer will hierzu bemerken, daß ein Theil der Winden aus der Großvieh-Schlachthalle in den Vorkühlraum kommen solle, sodaß sich die Neubeschaffung von Winden aus Zweckmäßigkeitsgründen mit auf das Kühlhaus selbst erstrecken müsse. Die Sache lasse sich demnach nicht trennen, obwohl die neuen Winden ebenfogut in den Vorkühlraum hätten kommen können. Der Magistrat habe gemeint, die alten Winden, soweit sie noch gut seien, beibehalten zu sollen.

Herr Lange kann noch hervorheben, daß er aus den Mittheilungen des Lieferanten habe entnehmen müssen, dieser habe die Umänderung der gefährlichen Winden in Winden neuerer Construction bei seinem Kostenanschlag berücksichtigt. Wenn nachher ein anderer Vertrag abgeschlossen sei, so entziehe sich das seiner Kenntniß. Auf jeden Fall habe er bei den vorhergegangenen Verhandlungen stets Gewicht darauf gelegt, daß in dem Vertrage alle Aenderungen und Ergänzungen Berücksichtigung finden und Nachforderungen vermieden werden, sonst würde er seine Zustimmung zu dem Vertrage nicht gegeben haben.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, die Vorlage mit Rücksicht auf den hier nicht vorliegenden Anschlag entweder an die Commission zurückzuverweisen, oder sie unter der Bedingung gutzuheißen, daß der Magistrat eine nochmalige Prüfung des damaligen Vertrages und des Kostenanschlages vornehme und eventuell die Casseler Firma anhalte die Aenderungen auf ihre Kosten vorzunehmen.

Nachdem die Zurückweisung der Vorlage an die Commission abgelehnt war, erklärt sich die Versammlung mit dem zweiten Vorschlage des Herrn Vorsitzenden einverstanden.

#### **XVII. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Steinthore.**

Auf Antrag der Wittve des Tischlermeisters Klusmann ersucht der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte die Aufhebung der in den Ortsbauplane aufgenommenen projectirten Straße — Verlängerung der Umlandstraße — zwischen der Grünstraße und der Kastanienallee zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Rieke den Antrag auf Beschluß der Baucommission befürwortet hatte.

#### **XVIII. Baulinie und Flächenaustausch am Kohlmarke.**

Die Firma Ulrich und Faillard hat die Feststellung der Baulinien für ihr an der Ecke des Kohlmarktes und Hutfiltern gelegenes Grundstück — den Stern — beantragt. Das Stadtbauamt bringt daraufhin eine neue Baulinie in Vorschlag, nach welcher dem Grundstück etwa 3 qm ab und 5 qm angechnitten werden. Der Magistrat ersucht, sowohl den neuen Baulinien, als auch dem Austausch der stadtfertig zu erwerbenden und bezw. zu veräußernden Flächen zuzustimmen.

Wie Herr Uhlde namens der Baucommission berichtet, wird von derselben die Festsetzung der Baulinien im Hutfiltern und am Kohlmarke bis gegen „die Rose“ hin empfohlen, während die Festsetzung der letzteren Baulinie bis in die Schuhstraße der Zukunft vorbehalten bleiben solle. Ebenso werde von der Commission empfohlen, dem naturgemäßen Austausch der betr. Grundstücksflächen zuzustimmen.

Die Commissionsanträge werden darauf von der Versammlung angenommen.

### XIX. Ankauf eines Schulhausbauplatzes.

Auf Anregung des Schuldirectors Schaarschmidt und im Einverständnisse mit dem Schulvorstande wird die Errichtung einer neuen unteren Bürgerschule im östlichen Stadttheile seitens des Magistrates empfohlen. Was die Lage derselben anlangt, so ist sie einerseits für die östliche Außenstadt — vom Bültenwege bis zur Kastanienallee — andererseits aber auch für einzelne innenstädtische Straßen, insbesondere die Mauern-, Friesen- und Schöppenstedterstraße bestimmt. Der Magistrat schlägt nun vor, die an der Südseite der Heinrichstraße gelegenen Pläne № 175 b und 176—179 in einer Gesamtgröße von 145 a 93 qm zu dem als angemessen erscheinenden Preise von 92 815 M, d. i. 6,36 M pro qm, anzukaufen. In den diesjährigen Stadthaushaltsplan ist bereits die Summe von 90 000 M für den Grunderwerb und die gleiche Summe als erste Baurate eingestellt worden. Obwohl für das Schulgrundstück selbst nur eine Fläche von 58 a erforderlich ist, hat sich der Magistrat dennoch zum Ankaufe des ganzen Grundstücks verstehen müssen, weil die Eigenthümer sich auf eine Zerstückelung des letzteren nicht einlassen wollten. Der fragliche Grunderwerb dürfte indessen auch insofern zweckmäßig sein, als nahezu der ganze Plan № 178 zur Anlegung einer Straße bestimmt ist und es nach erfolgtem Ausbau der angrenzenden Straßen nicht schwer halten dürfte, die verfügbar bleibenden Flächen zu angemessenen Preisen wieder zu verkaufen.

Die Erbauung der Schule auf dem in Rede stehenden Grundstücke bedingt den Ausbau der Hagenstraße — zwischen Wiesen- und Heinrichstraße — sowie der westlichen Strecke der Heinrichstraße. Die städtische Bauverwaltung hat zur Erleichterung des Ausbaues zur Erwägung gestellt, ob es sich nicht empfehle, diesen Straßenzügen eine etwas andere Richtung zu geben, als sie der Ortsbauplan vorsieht. Der Vorschlag der städtischen Bauverwaltung geht dahin, nicht nur eine Abänderung dieser beiden Straßenzüge, sondern eine zum Theil erhebliche Umgestaltung des ganzen für die Section VI und einen Theil der Section V der östlichen Außenstadt aufgestellten Ortsbauplanes vorzunehmen; insbesondere sollen darnach die vier Diagonalkstraßen, welche von den Ecken des im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße vorgesehenen freien Platzes auslaufen und welche anerkanntermaßen die Bebauung der angrenzenden Grundstücke erschweren, nahezu ganz in Wegfall kommen. In Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte hält der Magistrat die vorgeschlagene Umgestaltung und Ergänzung des Ortsbauplanes für zweckmäßig und ersucht, den Vertrag wegen Ankaufs des Platzes und die Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius sind bei Berathung der Vorlage in der Schulcommission eine Reihe von Bedenken aufgetaucht, welche er näher erörtern

wolle. Zunächst sei erwähnt, daß der Bauplatz für die Schule von den Straßen der Innenstadt verhältnismäßig weit entfernt wäre und namentlich die kleineren Kinder einen zu weiten Schulweg haben würden, während in unmittelbarer Nähe der Schule nur einige wenige Häuser ständen. Vom Magistrat sei darauf erwidert, daß hauptsächlich die Husarenstraße mit ihrer Umgebung, sowie die Carl-, die Gliesmaroderstraße und der Büldenweg das Contingent zu Schule stellen würden und daß, wenn sich herausstellen sollte, daß der Weg für einzelne Straßen zu weit wäre, eine andere Zuthellung der Straßen zu der Schule stattfinden könnte.

Es sei auch erwähnt worden, ob man nicht in größerer Nähe zu der Stadt ein Grundstück für die Schule hätte finden können, jedoch sei darauf erwidert, daß dieses bei Aufwendung eines ungefähr gleichen Preises unmöglich erscheine, indem ein an der jetzigen Hagenstraße liegendes und sich auch zu diesem Zwecke eignendes Grundstück beispielsweise schon 15 M pro qm kosten solle, welcher Preis doch wohl zu hoch sei. Sodann seien Bedenken hygienischer Natur gegen den Bauplatz ausgesprochen. Wer diese Gegend von früher her kenne, der wisse, daß sie theils aus Torfmoor, theils aus Wiesenboden bestehe. Es haben sich nun aber durch die Canalisation namentlich der Husarenstraße und der Wabestraße die Verhältnisse in dieser Gegend in Bezug auf den Wasserstand wesentlich zum Bessern geändert, und sei offenbar der Grundwasserstand sehr bedeutend gesunken. Eine in Folge Verlautbarung dieser Bedenken am Dienstag und Mittwoch in dortiger Gegend vorgenommene Boden-Untersuchung habe ergeben, daß der Baugrund in der obersten Schicht aus Humus, eventuell vielleicht auch aus etwas Wiesentorf bestehe. Unter dieser Humusschicht befinde sich ein mit Lehm durchsetzter Sand, unter welchem dann wieder Sand und darunter Flußsand liege: also ein Baugrund, gegen welche Bedenken nicht obwalten können. Was den Stand des Grundwassers anlange, so könne man sich davon überzeugen, daß zur Zeit, wo wir einen sehr niedrigen Grundwasserstand haben, das Wasser 2 m unter der Oberfläche stehe. Dieser Umstand würde Veranlassung geben können, das Souterrain für die Schule noch höher zu legen, sofern sich annehmen ließe, daß der Wasserstand noch steige. Nach einem Gutachten der Herren Oberingenieur Mitgan und Stadtbaurath Winter werden die Canäle, welche vom Magistrat für jene Gegend projectirt und bald ausgeführt werden, den Grundwasserstand so tief herunterbringen, daß er bei dem hier beabsichtigten Bau noch 55 cm zwischen dem höchsten Punkte des Canals und der Sohle der Schule bleiben dürfte. Man verlange dem gegenüber, daß das Grundwasser höchstens bis zu 30 cm sich dem Souterrain nähern könne; wenn deshalb die Gegend vollständig canalisirt würde, könne das Grundwasser nicht in den Keller kommen. Die Bedenken der Commission seien also durch die inzwischen vorgenommenen Untersuchungen erledigt und habe sich die Schulcommission damit

einverstanden erklärt, daß von diesen Bedenken abgesehen werde. Ebenso empfehle sie, der Aenderung des Ortsbauplans zuzustimmen.

Herr Rietke bittet, bei der Auswahl des Terrains für die Schule recht vorsichtig zu sein, damit es nicht gehe wie bei dem zuerst in Aussicht genommenen Terrain für die jetzige Leonhardstraßenschule und bei dem Terrain für das Stadtparkgebäude. Bei dem letzteren habe man auch erst Gruben aufgeworfen und das Terrain darauf hin für geeignet erachtet, aber nachher hätte der betr. Pächter in seinem Keller kahnen können. Man solle darum in eine solche Sumpfgegend entweder keine Schule bauen, oder aber ein sehr hohes Souterrain nehmen.

Herr Blasius bemerkt hierzu, daß alle diese Bedenken auch in der Commissionsitzung zur Sprache gekommen seien. Leider fehle es hier immer noch an periodischen Grundwasserbeobachtungen, einem *pium desiderium*, das der Magistrat wohl schon einmal versprochen, aber noch nicht durchgeführt habe. Wenn der Grundwasserstand 30 cm unter der Sohle bleibe, könne er nicht über die Canäle hinausgehen. Es sei deshalb nur die Vorbedingung zu stellen, daß die ganze Gegend canalisirt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, daß die Entwässerung der Gegend bis dahin nicht möglich gewesen sei, weil man keinen richtigen Vorfluthcanal gehabt habe. Dieser sei jetzt indessen projectirt von dem Fasanenhölzchen nach der Carlstraße. Mit Rücksicht auf dieses Schulhaus-Bauproject habe sich der Magistrat entschlossen, den Canal gleich dieses Jahr auszubauen und sei die Canalbauleitung beauftragt, ein Project einzureichen, damit der Versammlung noch diesen Herbst eine Vorlage zugehen könne. Hierdurch werde sich die Gegend schon trocken legen lassen.

Herrn Uhde scheint diese Sache doch noch Zukunftsmusik zu sein. Er möchte mehr dafür sein, daß man einen näher nach der Hagenstraße zu gelegenen Platz wähle, oder den Platz überhaupt näher nach der Stadt zu nehme. Wenn die Ausdehnung der Stadt dort auch früher rasch vorwärts gekommen sei, so sei sie doch jetzt sehr ins Stocken gerathen. Selbst wenn man etwas mehr Geld ausgeben müsse, so solle man doch lieber einen Platz näher zur Stadt wählen, dann brauche man nicht so viele Canäle zu legen und sich auch nicht mit dem Wiederverkaufe von Plätzen zu plagen. Da sich die Stadt bislang nicht in Speculationen eingelassen habe, möchte er auch für die Zukunft davor warnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Lage des Bauplatzes seitens des Schulvorstandes als sehr günstig bezeichnet sei. Richtig sei es, daß nach den augenblicklichen Dispositionen eine Anzahl von Kindern aus der Innenstadt die Schule werde frequentiren müssen; ob dieses auf die Dauer zu geschehen habe, lasse sich noch nicht übersehen. Es treffe ferner zu, daß die dortige Gegend nur sporadisch bebaut sei, was allein daran liege, daß die Straßen noch nicht ausgebaut seien. Da Anträge auf Errichtung von Wohnhäusern dort schon genug gestellt

worden, so hege er die feste Ueberzeugung, daß die Bebauung der Gegend sehr rasch gefördert werde, sobald die neuen Straßen ober- und unterirdisch ausgebaut seien. Dann werde aber das Hauptcontingent der Schüler sich aus der unmittelbaren Nähe der neuen Schule zusammensetzen. Die Schulbezirke wechseln außerdem im Laufe der Jahre und sei es unmöglich, einer Schule dauernd einen Bezirk zu überweisen. Die Eintheilung hänge davon ab, ob der Kindersegen und die Wohlhabenheit in einer Gegend zu- oder abnehme und wie die Lage der Industrie sei. Denn unter günstigen Verhältnissen werden die höheren und mittleren Schulen und unter ungünstigen die unteren Schulen mehr frequentirt. In diesem Jahre sei die auffallende Erfahrung gemacht, daß, während in den vergangenen sechs Jahren der Zubrang zu den mittleren Schulen ungefähr gleich groß gewesen sei wie zu den unteren, in diesem Jahre die Frequenz der mittleren Bürgerschulen um einen Kopf zugenommen habe, während die unteren Bürgerschulen sich um 400 Kinder vermehrt haben. Von einem dauernden Schulbezirke könne also nicht die Rede sein. Uebrigens werde die Zahl der aus der Innenstadt in der Schule unterzubringenden Kinder nicht so groß sein, wie die Zahl der dieselbe aus der Außenstadt besuchenden Kinder.

Herr Bültmann II möchte bitten, bei der Regulirung jener Stadtgegend auch der Fasanenstraße, deren Fortführung nicht ganz glücklich projectirt sei, Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn man diese Straße parallel mit der Kaiser-Wilhelmstraße ziehen wolle, würden die Bauplätze auf der linken Seite nicht groß genug werden, während sie auf der rechten Seite zu groß sein würden.

Herr Rathe muß sich gegen die Wahl des Bauplatzes wenden, da es unpraktisch erscheine, eine Schule an die Peripherie der Stadt zu setzen. Man könne in größerer Nähe der Stadt noch genug Baulterrain erhalten und solle dieses nehmen, selbst wenn es etwas theurer zu stehen komme. Zu bedenken sei, daß man dort auch noch verschiedene Straßen ziehen und Canäle reguliren müsse, was den Schulhausbau auch theurer machen würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will noch darauf aufmerksam machen, daß die Bevölkerungsziffer innerhalb der Umfluthgräben als feststehend anzunehmen sei und nicht mehr erheblich wachse; die weitere Entwicklung der Stadt werde vielmehr außerhalb erfolgen. Wenn auch momentan die Kinder von einigen Straßen der Innenstadt einem auswärtigen Schulhause zugewiesen werden müssen, so sei dieses doch nur ein Uebergang, aber durchaus kein schlimmer Uebergang, denn die umliegenden Straßen würden ebenso schnell ausgebaut werden, wie man das Schulhaus fertigstelle. Ob nun ein Theil der Kinder 10–15 Minuten weit zu gehen habe, könne nicht schaden und sei bei gutem Wege mehr zuthunlich als nachtheilig.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will Herr Bültmann gegenüber bemerken, daß dessen Vorschlag auf den ersten Blick wohl etwas für sich habe. Bei Berathung

dieser Frage habe sich der Magistrat gesagt, daß man schon eine sehr starke Verschiebung der Fasanenstraße vornehmen und einen starken Knick in dieselbe legen müßte, wenn die Plätze auf der linken Seite ohne Zuziehung des Grabens bebaubar bleiben sollen. Da es aber nicht schwer halten könne, diesen Plätzen das dahinterliegende Graben- und Privatterrain zuzulegen und eine geringe Verschiebung der Straße nichts nützen könne, so habe der Magistrat von einer Aenderung der projectirten Baulinie abgesehen.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage gegen 14 Stimmen ab.

## XX. Abkommen mit der Frau Wolf: Verlegung des Druckrohrs für die Rieselfelder.

Zur Ersparung von Kosten empfiehlt es sich, zur Verlegung des die Abwässer nach dem Rieselgute Steinhof befördernden Druckrohrs nur die untere, von Osten nach Westen ziehende Strecke der Eichthalstraße zu benutzen, während die Verbindung mit der Cellerstraße sich am einfachsten dadurch erreichen läßt, daß das Rohr quer durch das Grundstück der Firma George Schmidt & Co. geführt würde. Die Inhaber der letzteren sind jedoch nicht geneigt, der Stadt ein solches Recht einzuräumen. Von der Canalbau- und der Rieseldeputation wird daher empfohlen, zur Verlegung der oberen Rohrstrecke den von der Eichthalstraße hinter dem Schmidt'schen Grundstücke nach Norden abzweigenden Interessentenweg *N.* 270 zu benutzen und sodann das Rohr den Körper der Landeseisenbahn in schräger Richtung durchkreuzen zu lassen. Die obere 5 a 95 qm große Theilfläche des erwähnten Interessentenweges ist jedoch vor mehreren Jahren an die Ehefrau des Arbeiters Andreas Wolf verkauft. Der Magistrat hat daher mit dieser einen Vertrag abgeschlossen, inhaltß dessen dieselbe der Stadt die Verlegung des Druckrohrs innerhalb des ehemaligen Wegeterrains gestattet und sich verpflichtet hat, zur Sicherung der Anlage eine bezügliche Servitut auf ihr Grundstück eintragen zu lassen. Als Vergütung dafür ist ihr die Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 500 M., sowie die Lieferung von 10 Fudern Rehricht zugesichert. Der Magistrat hält diese Vergütung für angemessen und ersucht, mit dem Bemerken, daß die Direction der Braunschweigischen Landeseisenbahn sich bereitwilligst mit der Durchkreuzung des Bahnkörpers und der Eintragung einer entsprechenden dinglichen Last einverstanden erklärt habe, den mit der Ehefrau Wolf abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.



### XXI. Straßenbaukosten der Maschstraße.

Der von dem Oberlehrer Dr. Brandes in Veranlassung seiner Heranziehung zu den Kosten des Ausbaues der Maschstraße angestrenzte Proceß ist zu Ungunsten der Stadt entschieden worden, indem das Herzogliche Landgericht und das Herzogliche Oberlandesgericht angenommen haben, unter der im Absatz 1 des §. 11 des Ortsbaustatuts erwähnten Kostenfeststellung sei nicht die endgiltige, sondern die vorläufige Feststellung der Kosten zu verstehen, während die endgiltige Kostenfeststellung an ein besonderes Verfahren überall nicht gebunden sei. Aus dem Wortlaute des §. 11 kann diese Auslegung nicht gefolgert werden und glaubt der Magistrat auch behaupten zu dürfen, daß die städtischen Behörden bei Erlass der fraglichen Vorschrift nicht die Absicht gehabt haben, ihr den oben erwähnten Sinn beizulegen. Bei dem Magistrate wenigstens hat diese Absicht nie bestanden. Nach Lage der Umstände wird nunmehr das nach Ansicht der Gerichte mit Unrecht unterlassene Verfahren — vorläufige Feststellung der Kosten durch die städtischen Behörden und öffentliche Auslegung des Projectes, der Kostenberechnung und des Vertheilungsplanes — nachzuholen sein, wobei der Magistrat darauf hinweist, daß die materiellen, vom Kläger geltend gemachten Einwendungen gegen seine Heranziehung zu den fraglichen Kosten sämmtlich von den Gerichten als unbegründet erachtet worden sind. Die Kosten des Ausbaues der Straßenstrecke waren zu 33 000 M veranschlagt und es entfällt demnach auf jedes laufende Meter die Summe von 117 M. Der Magistrat ersucht nun diesen Kostenanschlag und die sich darnach ergebende Vertheilungsberechnung nachträglich zu genehmigen. Uebrigens beabsichtigt der Magistrat nicht, diese Kosten nochmals in anschlagsmäßiger Höhe einzuziehen, da der Ausbau der Straße inzwischen beendet und die Höhe der endgiltigen Kosten bereits ermittelt ist. Die letzteren betragen 29 984 M 05  $\text{S}$  und es beziffert sich demnach der Anliegerbeitrag auf 104,343 M für das lfd. Meter. Wenn gleich nach der Ansicht der Gerichte die Feststellung dieser endgiltigen Kosten nicht durch die städtischen Behörden, sondern durch den Magistrat allein zu geschehen hat, so ersucht derselbe gleichwohl, auch dieser endgiltigen Kostenfeststellung zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, nach Maßgabe der letzteren die Anliegerbeiträge zu bemessen und einzuziehen.

Namens der Statutencommission giebt der Herr Vorsitzende anheim, dieser Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Böschigt: In dem hier beobachteten Verfahren gegen den Dr. Brandes liege eine furchtbare Härte. Derselbe habe auf entsprechende Aufforderung vor fünf Jahren sein Vorgartenterrain der Stadt unter billigen Bedingungen und nach den damaligen statutarischen Vorschriften zur Verfügung gestellt, während ein anderer Anlieger in Folge seiner Weigerung bei dem Expropriationsverfahren die dreifache Entschädigung erhalten habe. Nun solle der Dr. Brandes nach dem vor 1 $\frac{1}{2}$  Jahren

in Kraft getretenen neuen Statut die sämtlichen, ziemlich horrenden Straßenkosten, welche auf sein Grundstück entfallen, bezahlen und das sei hart. Es würde sich daher empfohlen haben, unter so drückenden Verhältnissen mit den Anliegern eine Einigung anzubahnen.

Herr Bürgermeister Kete meyer kann die Kosten des Ausbaues der Maschstraße nicht als horrend bezeichnen, namentlich wenn man bedenke, welche Wendung zum Bessern sich dort durch den Ausbau vollzogen habe. In der Osterstraße seien vorhin die Kosten auf 260 M herabgesetzt und hier würden überhaupt nur ca. 100 M gefordert. Wenn Herr Böschigt die Sache so darstelle, als ob der Dr. Brandes sein Terrain zu einem mäßigen Preise abgetreten habe und es unrecht sei, ihn nunmehr unter das neue Statut zu stellen, so sei diese Schlussfolgerung auch nicht richtig. Das Terrain sei im Jahre 1888 zu dem damals allseitig als angemessen erachteten Einheitspreise von 10 M abgetreten und habe dasselbe überhaupt nur 5 qm betragen (Heiterkeit), mithin sei diese Einwendung doch wohl nicht begründet.

Herr Böschigt muß es für einen Fehler halten, wenn eine Behörde mit Anliegern ein Abkommen treffe, ohne dabei zu sagen, wie viel Jeder zu den Straßenbaukosten zu zahlen habe. (Widerspruch.) Man habe schon an anderen Straßen den Beweis gehabt, daß Jemand lieber nicht gebaut haben würde, wenn er die Höhe der Straßenkosten vorher gekannt hätte.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

### **XXII. Einsprache gegen die Baulinie der Gliesmaroderstraße.**

Die Herren Otto Severin und Franz E. Meyer, als jetzige Besitzer des Ebeling'schen Grundstücks an der Gliesmaroderstraße, erklären in einem Schreiben an den Magistrat, daß sie sich mit der von den städtischen Behörden festgesetzten neuen Baulinie für die Gliesmaroderstraße nicht einverstanden erklären können und erheben deshalb dagegen Einsprache. Der Magistrat ersucht, diese nicht näher begründete Einsprache zu verwerfen,

welchem Ersuchen sich der Herr Vorsitzende anschließt.

Herr Bürgermeister Kete meyer will bemerken, daß der p. Severin ihm gegenüber mündlich geäußert habe, die Grundstücke würden zu wenig Tiefe erhalten. Es sei ihm darauf erwidert, daß die Grundstücke durch Zukauf entsprechend vergrößert werden könnten.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

### **XXIII. Anfrage Ebeling: Mißstände auf der Ebertstraße.**

Die Anfrage:

„Ist dem Stadt-Magistrate der so überaus traurige Zustand des östlichen Theiles der Ebertstraße bekannt, eventuell gedenkt derselbe den Zustand zu bessern?“

veranlaßt Herrn Ebeling zu folgender Begründung. Die Ebertstraße habe ursprünglich aus dem Terrain eines Grabens und des daran hinführenden Weges bestanden. Von dem Graben sei das Quellwasser des Gödebrunnens aufgenommen und dem Canale der Bahnhofstraße zugeführt. Das dann später dort hineingeleitete Schmutzwasser sei wenig zur Geltung gekommen, weil stets Flußwasser genug vorhanden gewesen sei. Den Graben habe man dann bis auf 20 m verschüttet, das Wasser des Gödebrunnens aber abgefangen und dem Canale der Frankfurterstraße zugeführt, sodaß nur noch die Schmutzwässer der Fabrik von Grebe & Kunze, der Gasfabrik und des Odeons der Grabenstrecke zugeführt werden. Diese Strecke verpestete aber die ganze Gegend in einer heillofen Weise, sodaß nothgedrungen dort eine Besserung mittelst Aufschüttung der Reststrecke des Grabens schon mit Rücksicht auf die vielen Passanten der Straße erfolgen müsse. Als früher die Interessenschaft den Graben in Stand zu erhalten gehabt habe, sei sie alle Augenblicke dieserhalb angehalten worden, aber jetzt nach dem Wechsel des Besitzers scheine man die Sache harmloser aufzufassen.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r erwidert, daß die Verhältnisse an der Ebertstraße dem Magistrate sehr wohl bekannt seien, daß indessen der Weg, namentlich aber der Graben im östlichen Tractus der Straße noch gar nicht übernommen sei und die Verpflichtung zur Besserung jener Verhältnisse der Feldmarks-Deputation nach wie vor obliege.

#### XXIV. Antrag Brückmann und Gen.: Mißstände im Radfahrwesen.

Der Antrag lautet:

„Der Stadt-Magistrat wird ersucht, an maßgebender Stelle geeignete statutarische Bestimmungen zu erwirken, welche die im öffentlichen Radfahrwesen bestehenden Mißstände beseitigen.“

Zur Begründung führt Herr Brückmann aus, daß schon bei Berathung der neuen Straßenpolizeiordnung der Wunsch laut geworden sei, das Radfahrwesen in derselben zu berücksichtigen. Man habe indessen davon mit der Begründung Abstand genommen, daß diese Angelegenheit von Staatswegen erledigt werden müsse. Seit dem Jahre 1891 bestehe allerdings eine Fahrordnung, aber das Radfahrwesen habe seit der Zeit derartig überhand genommen, daß es anfangs, zur Landplage zu werden. Den Antragstellern liege es fern, irgend eine Einschränkung des Radfahrens zu erwirken, aber wie die Zustände jetzt liegen, können sie nicht bleiben, da man fast täglich lese, daß Personen durch Radfahrer verletzt seien. Entweder reiche also das jetzige Gesetz nicht aus, oder es werde zu lau gehandhabt. In anderen Städten besitze man bessere Einrichtungen, wie sie von besonnenen Radfahrern selbst gewünscht werden. So z. B. sei die Nummerirung der Fahrräder erwünscht, auch dürfe zu schnelles Fahren nicht erlaubt sein. In dieser Beziehung

könne das Droschkpferd als Schnelligkeitsmesser dienen und dürfe die Schnelligkeit desselben in den Straßen der Stadt nicht überschritten werden. Der Magistrat werde deshalb gebeten, an maßgebender Stelle eine besser eingerichtete Radfahrordnung zu erwirken.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## XXV. Anfrage R i e k e: Benutzung des Platzes an der Amalienstraße.

Herr R i e k e führt zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Spielplatz an der Amalienstraße nur für bestimmte Schulen, oder sind alle Kinder dortiger Gegend zu dessen Benutzung berechtigt?“ aus, daß ihm von Anwohnern des Platzes verschiedentlich Klagen zugekommen seien, es werde der Platz im Winter für den Eisport reservirt und im Sommer dürften nur einzelne Classen höherer Schulen dort ihre Spiele treiben, während die Kinder aus der dortigen Gegend verschiedentlich von dem Platz gewiesen seien. Zur Anlegung des Platzes habe er s. Z. nur unter der Bedingung seine Zustimmung gegeben, daß derselbe der gesammten Bevölkerung zu Gute kommen solle. Wenn sich jetzt Jemand herausnehme, die Kinder von dem Platz herunterzuweisen, so sei das nicht in der Ordnung und müßte solchem Uebelstande abgeholfen werden.

Herr Bürgermeister R e t e m e y e r will darauf erwidern, daß die Einfriedigung des Platzes auf Wunsch und auf Kosten des Eisbahnvereins erfolgt sei, der versucht habe, dort eine Eisbahn zu errichten. Die Einfriedigung habe man dann beibehalten, weil die städtische höhere Mädchenschule dort ihre Spiele abhalten wollte und die städtische Bauverwaltung gemeint habe, es werde der Graswuchs dadurch mehr geschützt. Wenn nun der Platz einer bestimmten Schule für bestimmte Stunden eingeräumt werde, so müßte dieselbe während dieser Zeit auch Herr auf dem Platz sein und könnten nicht noch andere Kinder dort herumspielen. Es würden aber auch andere Privatpersonen zu dieser Zeit auf den Platz umsomehr verzichten können, als der dicht dabei liegende Maschplatz ebenfalls freigegeben sei und benutzt werden könne. Weshalb der Platz noch nicht in den Stand gesetzt sei, wisse er nicht.

Auf Antrag des Herrn H a u s w a l d t beschließt die Versammlung, in eine Besprechung der Anfrage zu treten.

Herr H a u s w a l d t muß sagen, daß es schon seit längerer Zeit ein unangenehmer Anblick gewesen sei, wenn man diesen für die allgemeinen Spiele der ganzen Jugend angelegten Platz eingegattert und seiner Bestimmung vollständig entzogen sehe. Er könne auch nicht begreifen, wie dem Eisbahnvereine von der zuständigen Behörde gestattet werden könne, das Stadet stehen zu lassen. Darum möchte er den Antrag stellen, den Magistrat zu ersuchen, die Einfriedigung des Platzes an der Amalienstraße möglichst bald beseitigen zu lassen. Der Platz sei durchaus nicht so ruinirt,

daß er nicht noch in diesem Jahre seiner ursprünglichen Bestimmung, den Kindern der Gegend als Spielplatz zu dienen, zugeführt werden könne. Wenn das Stacket jetzt stehen bleibe, nehme auch der Eisbahn-Verein den Platz im Winter wieder zu seinen Zwecken hin und das sei nicht nöthig.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r möchte bitten, den Antrag abzulehnen. Es habe Mühe gekostet, den Vorstand des Eisbahnvereins dahin zu bringen, daß derselbe freundlichst gestatte, die Einfriedigung bis zum Herbst zu stehen zu lassen, nur damit ein ordnungsmäßiger Graswuchs erzielt werden könne. Der Eisbahnverein werde den Platz schwerlich wieder benutzen, weil er viele Kosten verursacht und sich als Eisbahn auch nicht bewährt habe. In der Verfügung an die städt. Bauverwaltung sei übrigens ausdrücklich gesagt worden, daß der Platz, soweit er nicht von einzelnen Schulen benutzt werde, für die Benutzung des Publicums offen zu halten sei.

Herr Blasius kann mittheilen, daß die Thür der Einfriedigung des Platzes seit etwa acht Tagen dauernd offen stehe, sodaß Jeder den Platz betreten könne.

Herr Wolff will dahingestellt sein lassen, ob es rathsam gewesen sei, den Platz dem Eisbahnverein einzuräumen. Es liege indessen auf der Hand, daß der Platz neu mit Gras besaamt werden und in Folge dessen das Stacket noch stehen bleiben müsse.

Herr Gbeling empfiehlt, wenn eine Besaamung vorgenommen werden solle, dieses früh im Jahre zu thun, weil im Sommer das Gras nicht auflaufe, sofern es nicht fortwährend unter Wasser gehalten werden könne.

Herr Hauswaldt hält eine Besaamung des Platzes in diesem Jahre nicht mehr für ausführbar, und bedauert, daß die betr. städtische Behörde nicht rechtzeitig die nöthigen Schritte hierzu unternommen habe. Es handle sich deshalb jetzt nur noch um die Frage, ob das Stacket fortgenommen werden, oder bis zum Frühjahr stehen bleiben solle.

Der Antrag Hauswaldt wird darauf abgelehnt.

## **XXVI. Antrag Lord: Canalisation des Okergrabens hinter der Stobenbrücke.**

Der Antrag lautet:

„Um die endliche Canalisation des Okergrabens hinter der Stobenstraße — vom Waisenhaus bis zur ehemaligen Stobenbrücke — zu ermöglichen, wird der Magistrat ersucht, die Kosten, welche durch die Canalisation längs des Lederhausenschen Grundstückes entstehen und welche durch die Herzogliche Kreisdirection mit 752 M veranschlagt sind, gegen Sinnahme des betr. Terrains stadtseitig zu übernehmen.“

Zur Begründung führt Herr Lord Folgendes aus: Am 23. Juli finde vor der Herzoglichen Kreisdirection Termin statt in Betreff der Ueberwölbung desjenigen Theiles des alten Okergrabens, welcher bereits canalisirt sei und der beim

Waisenhaufe ende. Die entsetzliche Partie vom Hardegenschen Grundstücke bis an den Bohlweg heran sei aber trotz 19jähriger Bemühungen der Anlieger bis heute noch nicht canalisirt worden. Nun habe im September 1892 endlich die Herzogliche Kreisdirection die betr. sechs Anlieger veranlaßt, ein zu solchem Zwecke ausgearbeitetes Canalisationsproject gutzuheißen. Die Stadtverwaltung sei sodann für einen der Anlieger mit ihrer Garantie eingetreten, während vier der übrigen Anlieger seit 1½ Jahren die Beiträge für die Canalisation auf der Herzoglichen Kreisdirection eingezahlt haben. Nur der Anlieger Lederhausen, von welchem das Protocoll gleichfalls mit unterzeichnet sei, habe seinen Antheil noch nicht eingezahlt und dadurch die dringend wünschenswerthe Canalisation bislang verhindert. Da nun zur Abstellung jener schauderhaften, entsetzlichen Zustände, welche nicht einmal das Oeffnen eines Fensters nach jener Seite hin zulassen, endlich etwas geschehen müsse, so ersuche er, stadtseitig für Herrn Lederhausen einzutreten und für die geringe Summe von 752 M vorläufig das Terrain im Umfange von 47 qm hinzunehmen. Wie die Sache sich später entwickle, könne ruhig abgewartet werden, da die Stadt dabei keine Gefahr laufe. Wenn Herr Lederhausen das Terrain später nicht übernehmen wolle, finde sich leicht einer der anderen Anlieger, der dasselbe zum Selbstkostenpreise gern erwerben werde. Um eine weitere Verzögerung der Sache zu vermeiden, bitte er, dem Antrage die Dringlichkeit zuzusprechen.

Die Versammlung beschließt die Dringlichkeit, in Folge dessen in eine sofortige Berathung des Antrages eingetreten wird.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob der Vorschlag auch ausführbar sei, da doch die Anlieger ein gewisses Nutzungsrecht an dem früher offenen Wasser gehabt haben sollen. Es erscheine ihm deshalb zweifelhaft, ob die Stadt sich an dem überbrückten Terrain ein Recht erwerben könne und glaube er, man werde durch solches Verfahren nur dem Bestreben Vorschub leisten, daß Lederhausen das Terrain so lange nicht bezahle, wie er es nicht nöthig gebrauche.

Herr Bürgermeister Kietemeyer bemerkt dazu, daß das Gesetz vorschreibe, die übrigen Anlieger könnten das Terrain übernehmen, sofern sich ein Anlieger nicht theilnehmen wolle. Es könne sich indessen der eine Anlieger immer noch das Recht an dem Graben vorbehalten. Wenn die Versammlung diese Sache fördern wolle, bitte er, dem Magistrate mehr freie Hand zu lassen.

Herr Lord erklärt sich diesem Wunsche entsprechend bereit, den Antrag dahin zu ergänzen, daß demselben die Worte:

„oder ein anderes Arrangement durch Aufwendung obiger Mittel anzustreben“,  
am Schlusse hinzugefügt werden.

Der so ergänzte Antrag wird von der Versammlung angenommen.

## XXVII. Mittheilung des Vorsitzenden.

Wie der Herr Vorsitzende der Versammlung bekannt giebt, hat der Stadt-Magistrat dem in der Sitzung vom 8. Februar d. Jrs — Seite 299 des Berichts — gefaßten Beschlusse Folge gegeben, nach welchem von architektonisch wichtigen alten Bauwerken Aufnahmen des Innern und Außern gemacht werden sollen, je nachdem dieses erwünscht sei und die Architektur der Wichtigkeit der Sache entspreche. Zu solchem Zwecke sei der Gewerbeschul-Director Zeigen aus-ersehen, das Nähere in Uebereinstimmung mit der städtischen Bauverwaltung zu veranlassen.

Schluß gegen 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

In der nun folgenden vertraulichen Sitzung ersucht Herr Oberbürgermeister Pockels, dem Magistrate in Bezug auf den Erwerb eines Schulhausbauplazes — Punkt XIX der Tagesordnung — etwas bestimmtere Directiven zu geben, da der Magistrat sonst nicht wisse, nach welcher Richtung hin er seine Bemühungen bezüglich eines der Versammlung geeignet erscheinenden Bauplazes ausdehnen solle.

Herr Blasius stellt nach weiterer vertraulicher Besprechung dieser Sache den Antrag auf nochmalige öffentliche Berathung des betr. Punktes.

Da der Antrag genügende Unterstützung findet, eröffnet der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung wieder.

## XXVIII. Nochmalige Berathung des Punktes XIX: Ankauf eines Schulhausbauplazes.

Herr Lord will den Antrag des Herrn Blasius unterstützen und gleichzeitig daran erinnern, daß der von Herrn Wolff in der vertraulichen Sitzung gemachte Vorschlag, zu solchem Zwecke eine Deputation zu bilden, große Schwierigkeiten habe.

Herr Hauswaldt erklärt sich gegen den Antrag. Wenn man die Würde der Versammlung hochhalten wolle, könne man nicht einen vor einer Stunde gefaßten Beschluß jetzt wieder umstoßen wollen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß er von vornherein gebeten haben würde, den Antrag abzulehnen, sofern unter der Wiederaufnahme der Verhandlungen die Würde der Versammlung leiden könnte.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann ebenfalls nicht einsehen, daß die Würde der Versammlung unter der Wiederaufnahme der Verhandlungen leide. Man könne höchstens sagen, es befinde sich eine Lücke in der Städteordnung oder dem Verwaltungsstatute. Auch in dem braunschweigischen Landtage könne ein Beschluß

sofort beanstandet und die Verhandlung darüber am folgenden Tage wieder aufgenommen werden und sei es dort wiederholt vorgekommen, daß Beschlüsse später wieder umgestoßen seien.

Herr Wolff muß die Wiederaufnahme der Verhandlungen ebenfalls für durchaus zulässig halten.

Die Versammlung beschließt sodann, in eine nochmalige Verathung der Vorlage eintreten zu wollen.

Herr Wolff glaubt, daß eine völlige Gewißheit darüber, ob nicht noch ein passenderer Platz im Osten der Stadt vorhanden sei, nicht existire. Der Ankauf des Rimpau'schen Wiesengrundstückes würde ihm beispielsweise viel sympathischer sein. Wenn er sich auch auf seine erste Abstimmung durchaus nicht festnageln wolle, so könne er doch nicht einsehen, daß nicht noch ein besserer Platz vorhanden sein solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Möglichkeit, einen noch besseren Platz in der östlichen Außenstadt zu finden, nicht zu bestreiten sei, sofern man die finanzielle Seite der Sache außer Acht lassen wolle. Herr Rimpau sen. habe ihm noch vor einigen Tagen gesagt, daß er seinen dortigen Grundbesitz nur im Ganzen verkaufen würde.

Herr Engelbrecht kann den betreffenden Platz durchaus nicht für so sehr ungünstig halten, da die Fußbergstraße und deren Umgebung sehr dicht bevölkert und dort der Bau weiterer Häuser in Angriff genommen sei.

Herr Wagner ist über das Ergebniß der Abstimmung erstaunt gewesen, nachdem man so viele Mühe auf die Ausfindigmachung eines guten Platzes verwendet habe, nachdem der Grund und Boden sich als durchaus tadellos erwiesen habe und auch festgestellt sei, daß es in der dortigen Gegend nicht an Kindern fehle. Man solle nicht immer von zu weiten Wegen der Kinder aus der Innenstadt sprechen, in früheren Zeiten haben die Kinder noch viel weitere Wege machen müssen. Jedenfalls würde es den Kindern aus der Innenstadt, welche meistens wenig an die Luft kommen, recht gut sein, wenn sie etwas weitere Wege zu machen haben. Dazu solle man bedenken, daß dieser Weg gar nicht so furchtbar weit sei, denn es handle sich gegen das Rimpau'sche Grundstück nur um einen Unterschied von vielleicht drei Minuten. Da nun außerdem die Preisstellung außerordentlich vortheilhafter sei, so könne er sich nur für die Gewinnung der Grundstücke aussprechen.

Herr Müller spricht sich in gleichem Sinne aus. Da das Terrain durchaus guten Boden habe und preiswerth sei, so bitte er, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Blasius schlägt vor, den Magistrat zu ersuchen, mit Herrn Rimpau sen. nochmals in Verhandlung zu treten und — falls sich diese Verhandlungen zer-



schlagen — den Magistrat zum Ankauf der in Frage stehenden Grundstücke zu ermächtigen.

Herr Brückmann hat gegen den Antrag gestimmt, weil der Weg ihm zu weit erschienen sei. Nachdem aber in der vertraulichen Sitzung eine Erklärung wegen des weiteren Ausbaues der Kaiser-Wilhelmstraße abgegeben sei, stehe er nicht an, für den Ankauf zu stimmen.

Herr Rimpau glaubt, daß die Forderung von 15 M nicht gerade das letzte Wort seines Vaters gewesen sei und derselbe sich wohl in weitere Verhandlungen einlassen würde.

Herr Meyerhoff möchte wissen, wie sich der Preis des Platzes gegenüber anderen etwa in Frage kommenden Plätzen stelle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß dieses schwer zu sagen sei, weil man die Straßenbaukosten nicht schon vorher kenne. Der hier in Betracht kommende Platz koste bei einem Umfange von 60 a = 36 000 M, zu welcher Summe dann noch 18 000 M an Straßenbaukosten kommen, weil der Platz an zwei Straßen liege. Wenn das zu der Schule nicht nöthige Terrain wieder verkauft werde, stelle sich der Preis noch erheblich billiger.

Herr Stadtrath Sievers findet, daß die Entfernung zwischen dem betr. Rimpauschen und diesem Grundstücke allgemein überschätzt werde. Der Unterschied zwischen diesem und dem Plage an der Molkerei betrage vielleicht 800 Schritte und das spiele doch sicher keine Rolle.

Herr Rudeloff möchte bitten, die Vorlage unter allen Umständen anzunehmen, damit man nicht Gefahr laufe, den Platz überhaupt zu verlieren. Gleichzeitig könnte aber der Magistrat ermächtigt werden, nach einem anderen geeigneten Bauplatze Umschau zu halten. Sollte sich ein besserer Bauplatz finden, würde sich dieser Platz zu dem Selbstkostenpreise leicht wieder verkaufen lassen.

Herr Voller tritt ebenfalls für die Genehmigung der Magistratsvorlage ein. Wenn man einen Bauplatz für 6 M bekommen könne, habe man gar keine Veranlassung, für einen anderen Platz 15 M auszugeben, weil dieser einige Schritte näher liege.

Herr Wolff stellt den Antrag, die Vorlage heute unerledigt zu lassen und über 8 Tage zur Erledigung derselben eine neue Sitzung anzuberaumen, damit man sich in der Zwischenzeit informiren könne.

Damit wird die Besprechung geschlossen. Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung den Vertagungsantrag des Herrn Wolff ab und genehmigt die Magistratsvorlage in ihrem vollen Umfange, also den Ankauf des Bauplatzes, sowie die Aenderung des Ortsbauplanes.

Darauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

1894/95.

Nr. 5.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 30. August 1894.

**Tagesordnung:**

|        |                                                                                 |           |
|--------|---------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.     | Einsprache gegen die Baulinie an der Petersilienstraße . . . . .                | Seite 124 |
| II.    | Kosten des Plattenbelages an verschiedenen Außenstraßen . . . . .               | " 125     |
| III.   | Veräußerung einer Fläche an der Salzdahlumerstraße . . . . .                    | " 125     |
| IV.    | Nichteinziehung geringer Steuerrückstände von Auswärtigen . . . . .             | " 125     |
| V.     | Gesuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .                                     | " 126     |
| VI.    | Canalsteuererlaßgesuch . . . . .                                                | " 126     |
| VII.   | Abtretung einer Straßenfläche am Werder . . . . .                               | " 126     |
| VIII.  | Antrag Brückmann und Gen.: Mißstände im Radfahrwesen . . . . .                  | " 126     |
| IX.    | Zwangseenteignung von Straßenflächen an der Wendensstraße . . . . .             | " 127     |
| X.     | Herstellung eines Schlafraumes im Wirtschaftshofe an der Taubenstraße . . . . . | " 128     |
| XI.    | Straßenbautkosten an der Limbederstraße . . . . .                               | " 128     |
| XII.   | Desgl. an der verlängerten Limbederstraße . . . . .                             | " 128     |
| XIII.  | " " " Charlottenstraße . . . . .                                                | " 128     |
| XIV.   | " " " Elmstraße . . . . .                                                       | " 129     |
| XV.    | Erwerb einer Straßenfläche am Hopfengarten . . . . .                            | " 129     |
| XVI.   | " " " " an der Salzdahlumerstraße . . . . .                                     | " 129     |
| XVII.  | " " " Grundfläche für das Rieselgut Steinhof . . . . .                          | " 129     |
| XVIII. | Erweiterung des Centraalfriedhofes . . . . .                                    | " 130     |
| XIX.   | Plattenbelag an der Husaren- und Hochstraße . . . . .                           | " 130     |
| XX.    | Änderungen im Pferdebahnbetriebe . . . . .                                      | " 131     |
| XXI.   | Baulinie am Büldenwege . . . . .                                                | " 137     |

|                                                                        |           |
|------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XXII. Errichtung eines zweiten Volksbadebades . . . . .                | Seite 137 |
| XXIII. Erwerb von Flächen an der Frankfurterstraße . . . . .           | " 139     |
| XXIV. " " " am Damme . . . . .                                         | " 139     |
| XXV. Ausbau eines Theiles der Vertramstraße . . . . .                  | " 140     |
| XXVI. Anträge Nieß und Gen.: Aenderungen bei der Straßenbahn . . . . . | " 140     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer, Stadträthe Götte, Haake, Heymann und Sievers, sowie Assessor von der Schulenburg.

Entschuldigt Herr Rimpau, außerdem fehlt Herr Seele.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Rescript des Herzoglichen Staats-Ministeriums, nach welchem Se. Kgl. Hoheit der Regent geruht haben, allen denen, welche sich an der Förderung der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in der Stadt Braunschweig betheiligt haben, Seinen Dank auszusprechen.
- 2) Protest einer Anzahl Hausbesitzer der Parkstraße gegen die beschlossene Verbreiterung derselben. Die Eingaber bestreiten zunächst die Bedürfnisfrage, da die Straße ihren Anforderungen genüge, abgesehen von der geringen Sorgfalt, welche ihrer Erhaltung in gutem und reinlichem Zustande zugewendet werde. Außerdem wünschen sie aber ihre Vorgärten erhalten zu sehen, auch halten sie sich auf keinen Fall für verpflichtet, die Kosten einer etwaigen Verbreiterung zu tragen.

Sodann wird in die Besprechung der Tagesordnung getreten.

### I. Einsprache gegen die Baulinie an der Petersilienstraße.

Die Gebrüder Tölpe haben gegen die neue Baulinie an der Ecke der Petersilien- und Turnierstraße Einsprache erhoben, weil durch die coupirte Ecke ihr Grundstück an jeder Straßenseite 3 m Straßenfront verliere und ihrer Meinung nach 2 m genügen würden. Die städt. Bauverwaltung bemerkt dazu, daß es nicht empfohlen werden könne, dem Tölpe'schen Antrage stattzugeben, weil andernfalls der beabsichtigte Zweck, eine bequeme Verkehrsvermittlung von der engen Petersilienstraße nach der Turnierstraße oder umgekehrt herzustellen, beeinträchtigt werden würde. Im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte giebt der Magistrat anheim, die erhobene Einsprache zu verwerfen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Uhlde die Ablehnung der Einsprache, da die von der Versammlung besonders gewünschte Abschrägung der Ecke für den Wagenverkehr gar keinen Zweck haben werde, wenn sie an dem spitzen Winkel der

Straße nicht mindestens 3 m betrage. Auf der anderen Seite sei die Abschrägung bei dem stumpfen Winkel der Straße naturgemäß kleiner und würden hier 2 m hinreichen.

Herr Löschigk will namens des Herrn Tölpe anführen, daß dieser glaube, schon im Interesse des besseren Aussehens keine breitere Ecke erhalten zu dürfen, als sein Nachbar.

Herr Uhde entgegnet, daß die Ungleichheit durch die schräge Einmündung der Petersilienstraße in die Turnierstraße bedingt werde, da nothwendigerweise eine größere Länge abgeschnitten werden müsse, wenn die Straße spitz einlaufe, als wenn sie stumpf einlaufe.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

## II. Kosten des Plattenbelages an verschiedenen Außenstraßen.

Nach dem Berichte der städt. Bauverwaltung belaufen sich die Beitragskosten für jedes Meter Frontlänge des Plattenbelages an der Schleinitzstraße 9,708 M., an der Neuen Promenade 10 M., an der Ferdinandstraße 9,908 M., an der Carlstraße 9,77 M. und am Bülteweg 10,38 M. Der Magistrat beantragt, die Kosten in der bezeichneten Höhe festzusetzen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Anlieger des Bülteweges auch nur den anschlagsmäßigen Betrag von 10 M. zu zahlen haben und die Mehrkosten von zusammen 343,60 M. seitens der Stadtcasse getragen werden.

Herr Rieke befürwortet namens der Baucommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

## III. Veräußerung einer Fläche an der Salzdahlumerstraße.

Der Friseur Klauenberg erbietet sich, die seinem Grundstücke an der Salzdahlumerstraße Nr. 10 zuzulegende Straßenfläche von 4 qm zum Gesamtpreise von 30 M. zu erwerben und ersucht der Magistrat, diesem Antrage zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, geschieht.

## IV. Nichteinziehung geringer Steuerrückstände von Auswärtigen.

Das Oberbürgermeisteramt zu Barmen hat hierher mitgetheilt, daß die dortige Stadtverordneten-Versammlung sich auf Anregung verschiedener Städte damit einverstanden erklärt habe, Gesuche um Einziehung von Steuerrückständen im geringeren Betrage als eine Mark seitens der Stadtcasse von solchen Personen, welche von dort nach hier verzogen seien, ohne ihren dortigen Gemeindesteuerpflichten gerecht geworden zu sein, nach hier nicht mehr zu richten, da die Beitreibung oft unverhältnismäßige Portokosten verursache, auch meistens ohne Erfolg bleibe. Das

Oberbürgermeisteramt bittet, zur Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens veranlassen zu wollen, daß die dortige Stadtcasse von hier aus zur Einziehung von Steuerrückständen auch nur dann ersucht werde, wenn dieselben mindestens eine Mark betragen. Der Magistrat beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadtcasse mit einer entsprechenden Anweisung versehen werde.

Auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden wird der Antrag genehmigt.

#### V. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Der Gärtner Otte hatte schon früher gebeten, ihm die Steuer für einen Hund, welchen er nur 14 Tage besessen habe, zu erlassen. Da die Angaben des Genannten erst polizeilich festgestellt werden sollten, so wurde das Gesuch in der Sitzung vom 28. Juni d. J. — Seite 99 des Berichts — an den Magistrat zurückgegeben. Nachdem dieses geschehen ist, giebt der Herr Vorsitzende anheim, das Gesuch zu genehmigen, weil Otte nicht verpflichtet gewesen sei, die Steuer zu bezahlen, was geschieht. — Dagegen wird das Gesuch des Gastwirths Kahlmeier um Befreiung von der Steuer für einen Hund der bisherigen Gepflogenheit gemäß abgelehnt.

#### VI. Canalsteuererlassgesuch.

Der Maurermeister Gröpler bittet um Erlass der Canalsteuer auf das Haus Altemiekweg N. 46 a für das erste Vierteljahr 1894 mit der Begründung, daß das Haus während der betreffenden Zeit leergestanden habe.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt die Ablehnung des Gesuches, da die Versammlung sich schon früher dahin ausgesprochen habe, daß der Erlass der Canalsteuer aus dem Grunde der Nichtvermietung eines Hauses nicht angängig sei.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

#### VII. Abtretung einer Straßenfläche am Werder.

Dem Grundstücke des Zimmermanns Raune ist von der Straße „Werder“ eine 0,3 qm große Theilfläche zuzulegen, welche derselbe zum Einheitspreise von 80 M zu erwerben wünscht. Der Magistrat beantragt dieses zu genehmigen, was seitens der Versammlung auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

#### VIII. Antrag Brückmann und Gen.: Mißstände im Radfahrwesen.

Ueber den in der Sitzung vom 28. Juni d. J. — Seite 116 des Berichts — gestellten und von der Statutencommission vorberathenen Antrag berichtet namens derselben Herr Wolff: Die Commission schlägt der Versammlung einen Beschluß vor, dahingehend, daß der Magistrat ersucht werden solle, in Erwägung zu ziehen, ob nicht entweder anzuregen sei, das ganze Gesetz vom 31. October 1891 als solches

zu ergänzen, oder aber ob es nicht zweckmäßig erscheine, auf Grund des §. 7 dieses Gesetzes ein besonderes Ortsstatut einzuführen. Die Statutencommission sei zu diesem Beschlusse aus folgenden Gründen gelangt. Das Gesetz vom 31. October 1891 regelte das Verhältniß der Radfahrer in den meisten Punkten. Es sei dort hervorgehoben, daß das Fahren auf allen Promenaden- und Fußwegen verboten sei, ebenso sei das Verhalten der Radfahrer bei Begegnungen und Ueberholungen geordnet, auch das übermäßig schnelle Fahren auf den Straßen u. verboten und das Nebeneinanderfahren von zwei oder mehreren Radfahrern einer gesetzlichen Regelung unterzogen. Man habe in dem Gesetze Vorschriften über das Anbringen einer Glocke an jedem Fahrrad getroffen, das Verhalten der Radfahrer bei Nebel geordnet und schließlich im §. 7 gesagt: „Insoweit es im Interesse der Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs erforderlich erscheint, den Radfahrern in einzelnen Ortschaften, sowie auf einzelnen Straßenstrecken außerhalb derselben noch weitergehende Beschränkungen aufzulegen, bleibt der Erlass diesbezüglicher statistischer Vorschriften vorbehalten.“ Demnach erscheine es zulässig, ein Ortsstatut herbeizuführen. Die Statutencommission habe nicht verkannt, daß Mißstände im Radfahrwesen vorhanden seien, und auch in den beteiligten Radfahrerkreisen wünsche man eine Abstellung derselben, jedoch sei man in der Commission zum Theil der Ansicht gewesen, daß eine zu milde Handhabung des bestehenden Gesetzes die Schuld hieran trage und es zweckmäßig erscheine, die Herzogliche Polizei-Direction darauf hinzuweisen. Auf der anderen Seite sei nicht zu verkennen, daß in dem Gesetze einzelne Bestimmungen fehlen, welche weitere Würdigung und Erwägung verdienen. In der Beziehung komme vor allen Dingen in Betracht, daß oft unfähige Radfahrer die Straßen unsicher machen und der Schutz gegen derartige Leute fehle. Ebenso sei betont worden, daß die Einführung von Nummern für die Räder durchaus zweckmäßig erscheine, auch sei außerdem noch von diesen und jenen Bestimmungen, welche als eine Verbesserung des Gesetzes angesehen werden könnten, die Rede gewesen. Der Magistrat habe dabei aber mit vollem Rechte zur Geltung gebracht, daß diese Sachen einer gründlichen Prüfung bedürfen und auch erst die interessirten Kreise gehört werden müßten. Unter diesen Umständen bedürfe es keiner weiteren Discussion darüber, daß eine Vorberathung der Frage im Schoße des Magistrates stattfinde; es erscheine demnach zweckmäßig, die ganze Angelegenheit dem Magistrate lediglich zur Erwägung zu verstellen und ersuche die Commission, diesem Antrage zuzustimmen,

was geschieht.

#### IX. Zwangsenteignung von Straßenflächen an der Wendenstraße.

Von dem Grundstücke des Cantors a. D. Wöttger sind der Wendenstraße insgesammt 9 qm zuzulegen. Da die Forderung des Eigenthümers mit 250 M

pro qm dem Magistrate bei Weitem zu hoch erscheint, so ersucht derselbe, dem Antrage auf Zwangsenteignung zuzustimmen.

Die Baucommission läßt diesen Antrag durch Herrn Kiefe befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

#### **X. Herstellung eines Schlafrumes im Wirthschaftshofe an der Taubenstraße.**

Die Straßenreinigungs-Deputation hält für erforderlich, daß der im ersten Obergeschoße des älteren Stallgebäudes auf dem städtischen Wirthschaftshofe an der Taubenstraße s. Z. hergerichtete Schlafrum für die Fahrer nicht nur ausgebaut, sondern auch mit größeren Fenstern versehen und daß außerdem ein zweiter Schlafrum daselbst eingerichtet werde, weil der jetzige Raum für 12 Personen nicht ausreicht. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage in jeder Beziehung an und ersucht, zu solchem Zwecke 750 M zu verwilligen. Für diesen Betrag kann auch noch ein kleiner Vorplatz zur Unterbringung von Kleidungsstücken geschaffen werden.

Der Vorlage wird auf Empfehlung des Herrn Halle zugestimmt.

#### **XI. Straßenbaukosten an der Limbeckerstraße.**

Nachdem die Kosten des Ausbaues der Limbeckerstraße auf der Strecke zwischen Charlotten- und Gertrudenstraße von der städtischen Bauverwaltung auf 86,368 M für 1 m Frontlänge berechnet sind, giebt der Magistrat anheim, dieselben in dieser Höhe festzusetzen.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Baucommission, namens welcher Herr Uhde berichtet, zum Beschlusse erhoben.

#### **XII. Straßenbaukosten an der verlängerten Limbeckerstraße.**

Die Kosten des Ausbaues der verlängerten Limbeckerstraße auf der Strecke zwischen der Bieweg- und Campestraße sind von der städt. Bauverwaltung zu insgesamt 43277,68 M ermittelt und würde sich der Anliegerbeitrag hiernach auf 123,65 M für 1 m belaufen. Der Magistrat giebt anheim, diese Kostenberechnung zu genehmigen,

was auf Befürwortung des Herrn Uhde, welcher für die Baucommission berichtet, geschieht.

#### **XIII. Straßenbaukosten an der Charlottenstraße.**

Die Kosten des Ausbaues der Charlottenstraße zwischen der Autor- und Lim-

beckerstraße sind auf 49,62 M für das laufende Meter festgestellt worden, und ersucht der Magistrat, diese Festsetzung gutzuheißen.

Der Antrag gelangt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, zur Annahme.

#### XIV. Straßenbaukosten an der Elmstraße.

Der Magistrat beantragt, die Kosten des Ausbaues der Elmstraße auf der Strecke zwischen Wolfenbütteler- und Salzdahlumerstraße nach dem Voranschlage auf 50 M und nach der Wirklichkeit auf 41 M für 1 m festzusetzen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Bültmann I, der für die Baucommission berichtet, stattgiebt.

#### XV. Erwerb einer Straßenfläche am Hopfengarten.

In Veranlassung eines vom Gärtner Richard Höge eingereichten Antrages, betr. die weitere Bebauung seines hinterm Hopfengarten gelegenen Grundstücks hat der Magistrat Sicherstellung der auf letzteres demnächst entfallenden Straßenkosten gefordert. Zur theilweisen Beschaffung solcher Sicherheit hat Höge die demnächst der Straße zuzulegende 1,33 a große Theilfläche jenes Grundstücks schon jetzt abzutreten sich erboten und hat der Magistrat dieselbe zum Einheitspreise von 8 M pro qm angekauft. Dieser Preis soll jedoch eventuell entsprechend dem durchschnittlich für die nördlich davon gelegene Begefläche zu berechnenden Kaufpreise erhöht werden. Die Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Kaufvertrages wird magistratsseitig anheimgegeben,

und von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann I berichtet, beschlossen.

#### XVI. Erwerb einer Straßenfläche an der Salzdahlumerstraße.

Dem festgestellten Ortsbauplane gemäß sind von dem an der Ecke der Salzdahlumer- und Biewegstraße gelegenen Grundstücke zur Verbreiterung der Biewegstraße zwei 63 und 177 qm große Theilflächen abzutreten. Der Magistrat ersucht, zu genehmigen, daß dieselben zu einem Einheitspreise von 25 M und bezw. 15 M und gegen Zubilligung einer besonderen Vergütung von 400 M für den innerhalb der ersteren Fläche liegenden Brunnen, angekauft werden.

Herr Bültmann I beantragt namens der Baucommission die Genehmigung des Vertrages, welche von der Versammlung auch beschlossen wird.

#### XVII. Erwerb einer Grundfläche für das Nieselgut Steinhof.

Der zum Vorwerke Hülpersode gehörende große Ackerplan M 51 wird nahezu in seiner ganzen Länge von der Geller Heerstraße durch ein schmales, 33 a 67,62 qm



haltendes und der Landesbauinspektion zu Celle zugehöriges Grundstück getrennt. Dasselbe ist bis zum Jahre 1903 an den Anbauer Friß Meinecke zu Nothenmühle verpachtet. Zur Ermöglichung eines alsbaldigen Erwerbes dieses Grundstücks, dessen Besitz für die hiesige Stadt behufs Verbesserung der Zugänglichkeit und Benutzung des gedachten Ackerplanes von großem Werthe ist, hat der Magistrat zunächst mit dem Pächter desselben ein Abkommen getroffen, wonach dieser vom 1. October d. Js. ab auf sein Pachtrecht zu Gunsten der Stadt gegen Gewährung einer einmaligen Entschädigung von 120 M. verzichten will. Die danach mit der Landesbauinspektion zu Celle wegen käuflicher Ueberlassung des Grundstücks gepflogenen Verhandlungen haben zur Vereinbarung eines Vertrages geführt, wonach der hiesigen Stadt das Grundstück zum Preise von 750 M. verkauft werden soll. Auf Empfehlung der Nieseldeputation ersucht der Magistrat, den vorgelegten Kaufvertrag, sowie das Abkommen mit dem Pächter zu genehmigen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Bültemann I die Vorlage gutzuheißen,  
was geschieht.

### XVIII. Erweiterung des Centralfriedhofes.

Die Friedhofsdeputation des hiesigen Kirchenconvents hat mit der Anzeige, daß die ihr stadtseitig zur Anlegung und Erweiterung des Centralfriedhofes überwiesene Länderei den nöthigen Raum zu Begräbnißstätten voraussichtlich nur bis zum Schlusse des Jahres 1895 bieten werde, den Antrag verbunden, ihr zu abermaliger Erweiterung des Friedhofes diejenige Länderei zu insgesammt 6 ha 7 a 70 qm zu überweisen, welche stadtseitig s. B. zu Friedhofsziwecken erworben ist, gegenwärtig aber noch durch Verpachtung genutzt wird. Die sofortige Ueberweisung der gesamten Länderei wird damit begründet, daß es erwünscht sei, dieselbe einheitlich so zeitig gärtnerisch herstellen zu können, daß sie beim Eintritt ihrer Benutzung zu Beerdigungen als eine fertige Anlage sich darstelle. Die betr. Länderei bringt z. B. ein Pachtgeld von 728 M. jährlich auf. Der Magistrat hat die betr. Pachtverträge zu Michaelis d. Js. aufgekündigt und ersucht nun, sich hiermit einverstanden zu erklären, sowie zu genehmigen, daß die betr. Flächen der Friedhofsdeputation des Kirchenconvents zur Erweiterung des Centralfriedhofes unentgeltlich eingeräumt werden.

Der Vorlage wird auf Befürwortung des Herrn Rathe zugestimmt.

### XIX. Plattenbelag an der Husaren- und Hochstraße.

Der Magistrat giebt Beschlußfassung anheim, dahingehend, daß die Fußwege an der Südseite der Husarenstraße und an der Ostseite der Hochstraße längs der

dort gelegenen Grundstücke des Herzog-Wilhelm-Asyls und der Blinden-Erziehungsanstalt durch Belegung mit Platten in der Breite von 1,50 m befestigt werden.

Die Baucommission läßt den Antrag durch Herrn Meyerhoff befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

## XX. Aenderungen im Pferdebahnbetriebe.

Die Direction der hiesigen Straßeneisenbahn hat gebeten, ihr, zunächst versuchsweise auf ein Jahr, bei gleichzeitiger Einführung des 10 S-Tarifs auf allen Linien die Einführung von Zahlkästen und die Abschaffung der Schaffner zu gestatten. Während dem Magistrate die Einführung des neuen Tarifs völlig unbedenklich erscheint, ist er im Zweifel darüber, ob er der Abschaffung der Schaffner zustimmen soll und ersucht daher die Versammlung nach Maßgabe der Vorschrift im §. 47 der Städteordnung, sich über den Antrag der Gesellschaft gutachtlich zu äußern.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr F ü d e l: Bereits unterm 31. Mai habe sich die Straßenbahn-Gesellschaft an den Magistrat gewendet, um für die Pettrithorlinie die Erlaubniß zu bekommen, Zahlkästen versuchsweise einzuführen und dagegen die Schaffner fortfallen zu lassen. Dieser Antrag sei damals versuchsweise genehmigt worden. Nun wolle die Direction der Straßeneisenbahn den Zehnpfennigtarif einführen, sodaß man also für eine beliebig lange Strecke nur 10 S zu zahlen habe, wogegen dann die Schaffner in Fortfall kommen sollen. In der Finanzcommission sei man sich darüber einig gewesen, daß die Einführung eines Tariffages von 10 S für die Allgemeinheit von erheblichem Nutzen sein würde, da dem gegenüber nur die Benutzung der jetzigen kurzen 5 S-Strecken in Wegfall kommen und die nicht sehr große Zahl der Vierteljahrsabonnenten eine Benachtheiligung erfahren würde. Ganz erhebliche Bedenken seien dann aber gegen die Abschaffung der Schaffner erhoben worden und dürfte es nicht zu bezweifeln sein, daß, wenn die Schaffner nicht mehr vorhanden seien, die Benutzung der Pferdebahn für ältere Leute und für Frauen, welche mit kleineren Kindern fahren wollen, außerordentlich erschwert werden würde. Fernerhin sei zu bemerken, daß voraussichtlich die Unfälle auf der Pferdebahn sich in der ersten Zeit wenigstens vermehren werden, denn man habe häufig Gelegenheit gehabt, zu bemerken, wie die Schaffner darauf achten, daß die Fahrgäste richtig und nicht eher absteigen, bis der Wagen halte. Bei Nichtbeachtung dieser Vorsichtsmaßregeln seien schon häufig Unfälle vorgekommen. Sodann werde es auch voraussichtlich nicht immer leicht sein, in Zukunft sein Fahrgeld loszuwerden, denn selbst wenn die Zahlkästen an beiden Endseiten des Wagens angebracht würden, sei es bei einem überfüllten Wagen doch schwer, an den Kasten zu kommen, namentlich sobald man noch wechseln

müsse. Außerdem sei zu erwägen, daß in den vielen engen Straßen der Stadt der Kutscher thatsächlich seine volle Aufmerksamkeit auf sein Pferd verwenden müsse und sein Auge nicht davon abwenden dürfe, wenn er Unglück vermeiden wolle. Vor allen Dingen sei aber der Commission nicht klar geworden, wie sich die Direction der Straßeneisenbahn denke, daß die häufigen Entgleisungen der Wagen ohne den Conducteur wieder in Ordnung zu bringen seien. Trotz aller dieser Bedenken glaube die Finanzcommission doch, unter der Berücksichtigung einmal, daß der Betrieb auf der Petrihorlinie sich ohne besondere Unzuträglichkeiten und Härten abgewickelt habe, und auch die Endstrecken anderer Linien ohne Schaffner fahren, ferner mit Rücksicht darauf, daß auch in vielen anderen Städten ohne Schaffner gefahren werde, einen Versuch zu befürworten, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß der Magistrat sofort nach Eintritt erheblicher Schwierigkeiten die Wiederanstellung der Schaffner verlangen könne. Diesen Versuch sofort auf ein Jahr auszudehnen, erscheine der Commission zu weitgehend. Was die Frage der Entlassung der Schaffner anbetreffe, so werden nach dem Schreiben der Direction von den 46 bei der Bahn angestellten Leuten nach Einführung der Zahlkästen nur 7 junge Leute, welche seit diesem Frühjahr auswärtsweise beschäftigt seien, zur Entlassung kommen. Die Commission beantrage deshalb, die gutachtliche Aeußerung dahin zu erstatten, daß dem Ersuchen der Straßenbahngesellschaft Folge gegeben werde unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Magistrat berechtigt sei, die Genehmigung jederzeit wieder zurückzuziehen.

Der Herr Vorsitzende nimmt an, daß der Sinn des Gutachtens dahin gehen solle, daß der Magistrat nach seinem eigenen besten Ermessen die Genehmigung zurückziehen könne und nicht etwa erst nachzuweisen habe, daß Unglücksfälle vorgekommen seien. (Zustimmung.)

Herr Dieß erklärt, von vornherein mißtrauisch zu sein gegen alle Verbesserungen, welche die Straßenbahn-Gesellschaft der Stadt vorschläge. Er habe den lebhaften Wunsch, daß die Gesellschaft erst einmal diejenigen Verbesserungen einführe, welche die städtischen Behörden ihr vorschlagen. Die Vorschläge der Gesellschaft gehen auf eine fortwährende Beunruhigung ihrer Angestellten heraus, weitere Verbesserungen seien in der letzten Zeit nicht zu verzeichnen gewesen. Was hierdurch für ein Herd von Unzufriedenheit erzeugt sei, könne nur der wissen, welcher gelegentlich mit den Leuten ins Gespräch komme. Schon früher habe er einmal ausgesprochen, es würde gut sein, wenn die Behörden sich erkundigen wollten, wo die vielen Straf-gelder bleiben. Wenn der Herr Referent meine, es seien auf den schaffnerlosen Strecken keine Störungen eingetreten, so bestreite er das. Der Kutscher solle vorn aufpassen, daß er keinem Wagen ins Zeug fahre und hinten solle er aufpassen, ob Jemand auf- oder absteigen wolle, das gehe aber auf lebhaften Straßenstrecken

nicht. Komme etwas vor, müsse der Kutscher bis  $1\frac{1}{2}$  Mark Strafe bezahlen, sodaß er an solchem Tage für nur eine Mark fahre; wenn der Kutscher aber dagegen opponire, kriege er den langen Stiefel. Wie wenig wohl sich die Angestellten der Straßenbahn fühlen, gehe genügend daraus hervor, daß sie mit Ausnahme von wenigen älteren Leuten einem vier- bis sechswöchigen Wechsel unterliegen. Daß dieses lediglich Schuld der Leute sei, könne man nicht behaupten, denn er beschäftige Leute, welche schon 17—18 Jahre bei ihm seien und sich dort wohl fühlen. So würde es auf der Pferdebahn auch sein, wenn die Verhältnisse bessere wären.

Die Gesellschaft habe nun mit großem Geschick verstanden, in die öffentlichen Zeitungen zu lanciren, daß diese Aenderungen aus reiner Humanität hervorgingen. Er wisse nicht, wie der Director es mit seiner sonstigen Klugheit verantworten könne, daß er die Stadtverwaltung glauben machen wolle, ihr mit solchen Vorschlägen einen Gefallen zu thun. Die Besitzer der Actien in Hannover und Dresden hoffen eben, dadurch noch  $1-1\frac{1}{2}$  % mehr Dividende zu bekommen. Es handle sich hier doch um Männer und nicht um Kinder, denen man etwas weiß machen wolle. Er möchte deshalb den Versuch, die Stimmung der Versammlung durch solche Veröffentlichungen zu düpiren, zurückweisen. Betriebsstörungen seien unvermeidlich und die Einrichtung auf der Petrihorlinie könne man wirklich nicht schön finden, wenn man die Linie öfter benutze, sie sei mit großen Belästigungen für das Publicum verbunden. Auch die Einführung der Zahlkästen werde nicht ohne große Gefahr vor sich gehen. Kürzlich sei erst ein ehrbarer Bürger beschuldigt, nur 5 S in den Kasten gesteckt zu haben. Man solle also allen derartigen Geschiedten durch die Bewilligung Vorschub leisten, nur damit die Straßenbahn eine etwas höhere Rente abwerfe. Auch den Zehnspfennigtarif könne er nicht gutheißen, weil derselbe die Einführung des Fünfspfennigtarifs hintertreibe. Beispielsweise seien auf dem Wege vom Leonhardsplaz bis zum Hohenthore an einem verkehrsreichen Tage in einem und demselben Wagen und auf einer Fahrt einige 70 Fahrzettel ausgegeben, während auf einem Wagen vorschriftsmäßig nur etwa 20 Personen fahren können. Daraus gehe hervor, daß die Fahrgäste in diesem Wagen dreimal gewechselt haben. Demnach bedeute das Angebot des Zehnspfennigtarifs etwas, das die Direction längst als keinen Schaden bringend ausprobt habe. Die meisten Fahrgäste würden doch nur eine Zehnspfennigstrecke fahren, auch wenn man ihnen für solchen Betrag die Benutzung einer längeren Strecke gestatten wolle. Er bitte deshalb die Versammlung, zu beschließen, daß der Magistrat ersucht werde, die Anträge der Straßenbahn-Gesellschaft abzulehnen. Es sei doch noch wohl bekannt, daß die Gesellschaft sich oft sehr nöthigen lasse, ihren Verpflichtungen nachzukommen und daß der Magistrat in einem Falle sogar schon zur Proceßführung habe schreiten wollen. Bis jetzt seien die eingegangenen Verpflichtungen aber trotzdem noch nicht ganz erfüllt, denn der Ausbau der Strecke

Fallersleberthor—Militairkrankenhaus lasse immer noch auf sich warten. Darum wäre es besser, wenn die Gesellschaft erst einmal ihren Verpflichtungen nachkäme.

Herr Meyerhoff muß sich auch ganz entschieden dagegen erklären, der Pferdebahn in irgend einer Weise entgegenzukommen. Die Sache sehe wohl sehr verlockend aus, sei es aber nur für den Geldbeutel der Actionaire und nicht für das Publicum. Auf den verschiedenen schaffnerlosen Strecken gebe es so viele Unzuträglichkeiten, daß man die weitere Abschaffung der Schaffner nicht befürworten könne. Fremde und Damen wissen oft die Haltestellen nicht und die Schaffner haben ihre liebe Noth, um die Wünsche des Publicums zu befriedigen, wie solle es damit aber später werden? In Lübeck habe man die Zahlkästen und den „prachtvollen“ elektrischen Betrieb mit den Spinnweben in den Straßen eingerichtet. Dort sei die Vorschrift gegeben, daß der Passagier sein Geld in den Kasten zu stecken habe, an welchem der Kutscher mit dem Rücken stehe. Ghe man aber bei gefülltem Wagen nach vorn hinkomme, laufe man Gefahr, den im Wagen sitzenden Damen drei Mal auf den Schoß zu fallen. Deshalb könne er sich für diese Vorschläge nicht erwärmen und möchte den Antrag Nieß auf Ablehnung derselben unterstützen. Wenn die Verwaltung der Pferdebahn mit Verbesserungen komme, werde man sie gern genehmigen, dieses sei aber keine Verbesserung.

Herr Günther giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Commission nach den von dem Referenten vorgetragenen Bedenken überhaupt noch zu einem zustimmenden Votum gekommen sei. Im Uebrigen stimme er den Ausführungen des Herrn Nieß zu, daß die Behandlung der Pferdebahnbediensteten unter aller Würde sei und man in dem Director dort nur den Militairvorgesetzten sehe; es sei das eine Behandlung von Recruten und nicht von Arbeitern. Darum könnten vielleicht die heutigen Erörterungen dazu beitragen, daß die Bediensteten eine bessere Behandlung erfahren. Für ganz geringfügige Vergehen seien Strafen von 2 M. verfügt worden, das sei keine Sache. Den Zehnpennigtarif könne er dagegen nicht für so verwerflich halten wie Herr Nieß, denn wenn auch der Wechsel unter den Fahrgästen ein großer sei, so entstehe doch für diejenigen, welche entfernter wohnen und eine längere Strecke befahren können, ein großer Vortheil, obwohl er die Einführung des Fünfpennigtarifs vorziehen würde. Die Zahlkästen verwerfe er ganz entschieden. Das Publicum könne jetzt noch gar nicht ermessen, welche Nachtheile damit verbunden seien; es liege in der Einrichtung nicht nur eine Belästigung des Publicums, sondern auch des Kutschers. Es sei eine Unmöglichkeit, daß derselbe sein Pferd beaufsichtige und auch noch auf die Passagiere Acht gebe und Geld wechsle. Der Schaffner habe jetzt oft seine liebe Noth, Frauen und Männer, welche vom Wagen absteigen wollen, vor Gefahr zu schützen und trotzdem passiren dabei Unglücksfälle, indem die Leute verkehrt abspringen. Außerdem komme es häufig vor, daß Kinder dem Wagen nachlaufen, auf den Hinterron springen und dann her-

unterfallen. Wenn die Direction ferner sage, daß nur 7 Schaffner zur Entlassung kommen, so sei diese Auffassung doch wohl zu milde; er glaube, daß die Zahl der zu entlassenden Schaffner eine größere sein würde, weil sonst auch der Gewinn nicht so groß sein könnte. Betreffs des Fortfalls der Abonnementskarten wolle er nur bemerken, daß für die Pferdebahn-Direction ein Gewinn nicht darin liegen würde, wenn die Abonnenten in Zukunft statt 4  $\text{S}$  für die Fahrt 8 oder gar mehr als 10  $\text{S}$  bezahlen sollen. Aus diesen Gründen schließe er sich den Vorrednern, welche Ablehnung der Vorlage wünschen, an.

Herr Ebeling möchte nach den ausführlichen Erörterungen der Vorredner nur noch auf die trostlos langweilige Beförderung der Pferdebahn aufmerksam machen. Wenn man an einem gewöhnlichen Sonntage zur Zurücklegung der Strecke vom Centralfriedhofe bis zum Altstadtmarkte eine Stunde gebrauche, so sei das unerhört und wisse man nicht, wie das bei außergewöhnlichen Anforderungen werden solle. Seiner Ansicht nach würde der Kutscher, welcher die Leitung des Wagens und die Aufsicht in demselben führen solle, stets mit einem Fuße im Gefängnisse und mit dem anderen auf der Pferdebahn stehen. In Halle, wo diese Einrichtung bestehe, sei es kürzlich erst wieder vorgekommen, daß ein Kind, unbekannt vom Kutscher direct vor den Wagen gelaufen und beschädigt sei. Solche Unglücksfälle würden auch hier in erhöhtem Maße vorkommen, wenn der Kutscher seinen Blick mit nach hinten zu richten habe. Darum empfehle es sich, die übertriebene Sparsamkeit nicht einzuführen.

Herr Böschigt will sich den Ausführungen des Herrn Nieß voll und ganz anschließen, und noch darauf hinweisen, daß bei dem ganzen unzureichenden Betriebe nur der Mangel an altem Personale Schuld sei. Hätte man die alten Kutscher und Conducteure anderer Städte, so würden die Straßen viel sicherer passirt werden. Das hiesige Personal zeige sich zu wenig eingeweiht in die hiesigen Verhältnisse und außerdem werden die Wagen zu oft überfüllt, selbst wenn ein Polizeibeamter mit darauf stehe. Wenn die Aufsicht über den Betrieb aber so mangelhaft sei, so bedauere er die Concessionen, welche er solcher Gesellschaft machen solle, in jeder Weise. Die Kutscher haben genug zu thun, wenn sie auf ihre Pferde Acht geben, sie können daher das Publicum nicht noch vor Unfällen bewahren und das sei doch, wie die Erfahrung lehre, sehr nöthig. Man möge sich nur einmal den Betrieb auf der Petritzhorlinie ansehen, wie die Jungen sich hinten an den Wagen hängen und Gefahr laufen zu verunglücken. Wenn erst geändert werden solle, nachdem der Versuch schlecht ausgefallen sei und weitere Unglücksfälle vorliegen, dann sei es zu spät, denn schon jetzt habe man auf der Pferdebahn genug Unglücksfälle zu beklagen. Die so dringend nöthigen Haltestellen seien bewilligt, aber man beachte sie nicht und nehme auf Anordnung der Direction Seden, der hinter dem Wagen herlaufe, noch mit. Es müsse verlangt werden, daß die Direction einen

Fahrplan herausgebe, den sie aber auch zu beachten habe, denn der jetzt bestehende Fahrplan passe niemals. In erster Linie müsse also die Gesellschaft ihren Pflichten nachkommen, und wenn das geschehen sei, könne man ihr auch einmal entgegen kommen. Die Pferdebahn werde von den meisten Fahrgästen benutzt, um so viel wie möglich die Zeit auszunutzen, aber hier komme man zu seinem Ziele viel früher, wenn man zu Fuß gehe. Nun werde immer hervorgehoben, es solle Alles im Interesse des großen Publicums geschehen. Dem gegenüber möge man sich erinnern, daß mehrere Tage hinter einander in den Pferdebahnwagen Placate gehangen haben, nach welchen fortan keine Extrawagen mehr Abends vom Circus abgehen sollten. Diese Maßnahme, welche einer Differenz zwischen der Pferdebahn- und Circusverwaltung entsprungen sei, habe man vor ihrer Ausführung in Folge Uebereinkommens beigelegt, sonst hätte schließlich wieder das Publicum darunter leiden und sich zu Fuß nach Hause begeben müssen. Bei der Direction der Straßenbahn herrsche eine wahre Willkürherrschaft und man könne nur bedauern, daß sie sich nicht eine bessere Kraft an die Spitze stelle, die in der Lage sei, Wandel zu schaffen. Die Kutscher seien aus Furcht vor dem langen Stiefel sehr wenig mittheilsam, aber wenn man einmal sich von den älteren Leuten etwas über das Strafgeleiderunwesen erzählen lasse, könnten einem die Haare zu Berge stehen. Die Direction verstehe es eben nicht, die Leute zu behandeln. Er habe auch eine Anzahl Leute im Dienste und sei nicht gerade ein Properer, könne also auch einmal grob werden, aber die Behandlung der Bediensteten bei der Pferdebahn sei unter allem Luder. In anderen Städten wie Berlin, Hannover zc. gehe der Pferdebahnbetrieb ganz exact vor sich und werde dort auch Niemand auffällig, wenn der Wagen besetzt sei und er nicht mehr hineinkönne. Was nützen hier die Haltestellen, wenn sie nicht beachtet werden und man das Publicum nicht gewöhne, sie aufzusuchen. Eine pünktliche Beförderung könne nicht stattfinden, wenn die Direction die Bestimmung umgehe und überall halten lasse, darum solle man auf Innehaltung des Fahrplanes dringen. Er bitte um Ablehnung der ganzen Vorlage.

Herr Bues schließt sich diesem Antrage ebenfalls an. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten, daß auf den schaffnerlosen Endstrecken keine Unzuträglichkeiten vorgekommen seien, möchte er feststellen, daß auf der Richmond-Endstrecke innerhalb eines Jahres vier Unglücksfälle vorgekommen seien, wovon einer einen tödtlichen Verlauf genommen habe. Eine civilrechtliche Verfolgung dieses Falles, in dem eine Frau Rentmeister verunglückt sei, sei wohl nur deshalb nicht eingetreten, weil die Dame nur lachende Erben gehabt haben solle. Dieselbe sei vom Wagen gefallen und 6 Wochen später an einer Gehirnerschütterung gestorben. Außerdem sei ein junges Mädchen vom Wagen gefallen und bewußtlos zu ihrer Wohnung befördert. Daß sich Jemand den Kopf blutig und die Kleider ent-

zwei fälle, komme fast alltäglich vor. Es erscheine ihm überhaupt fraglich, ob die Pferdebahn berechtigt sei, auf den Endstrecken ohne Conducateur zu fahren. Wenn man beobachte, wie die Kutscher oft die Strecken durchjagen, dann könne es nicht Wunder nehmen, daß etwas passire. Wer das Gegentheil behaupte, wolle den Thatbestand verdunkeln, oder verstehe die Sache nicht.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.

In seinem Schlußworte giebt der Herr Berichterstatter die Erklärung ab, daß in der Commissionsberathung die inneren Angelegenheiten der Pferdebahn in keiner Weise zur Besprechung gelangt seien, indem man angenommen habe, sich bei der Berathung nur an den Gegenstand der Vorlage halten zu sollen. Persönlich stimme er einem großen Theile der vorgebrachten Klagen zu, aber die Commission habe geglaubt, diese Angelegenheiten nicht in das Referat einbeziehen zu sollen. Er halte sich aber für verpflichtet, die Pferdebahn-Verwaltung gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie nur junge Leute beschäftige. Nach dem von der Direction eingereichten Verzeichnisse seien von den 46 Bediensteten beschäftigt: 2 seit dem Jahre 1883, je 1 aus den Jahren 1885 und 1886, 3 aus 1887, 2 aus 1889, je 4 aus 1890 und 1891, 8 aus 1892, 10 aus 1893 und 11 aus 1894, so daß nur 15 Bedienstete noch nicht ein volles Jahr im Dienste der Verwaltung stehen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten und hierbei der Antrag der Finanzcommission auf versuchsweise Genehmigung der Anträge der Direction unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs gegen 2 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Nieß auf Verwerfung dieser Anträge mit großer Mehrheit genehmigt.

## **XXI. Baulinie am Büldenwege.**

Auf Antrag des Civil-Ingenieurs Königsdorf giebt der Magistrat anheim, für die Ostseite eines Theiles des Büldenweges eine neue Baulinie und auf beiden Seiten der Straße 3 m breite Vorgärten zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhlde berichtet, geschieht.

## **XXII. Errichtung eines zweiten Volksbrausebades.**

Der hiesige Verein für das Wohl der arbeitenden Classen hat an den Magistrat, im Hinblick auf die günstigen Erfolge, welche mit dem Betriebe des Volksbrausebades an der Ferdinandstraße erzielt sind, das Ersuchen gerichtet, dem Vereine die Errichtung und den Betrieb einer zweiten gleichartigen Anstalt durch Anweisung eines Bauplatzes und Verwilligung der sämtlichen Kosten zu ermöglichen. Der



Magistrat hält die stadtseitige Förderung dieses gemeinnützigen und in gesundheitlicher Beziehung bedeutsamen Unternehmens für durchaus zulässig und glaubt, daß dem Ersuchen um so mehr entsprochen werden könne, als ihm von Frau Helene Bieweg geb. Brockhaus am 14. Juli d. Js. die Summe von 30 000 M für den Bau eines zweiten Volksbrausebades überwiesen sei. Mit dieser Summe lassen sich die fraglichen Kosten nahezu ganz bestreiten und die Leistung der Stadt würde sich daher, da der Betrieb auch dieser zweiten Anstalt dem genannten Vereine überlassen sein wird, wesentlich auf die Hergabe des Bauplatzes beschränken. In Uebereinstimmung mit dem Vereine für das Wohl der arbeitenden Classen scheint dem Magistrate von den zur Verfügung stehenden Bauplätzen am geeignetsten das von dem ehemals Schrader'schen Grundstücke am Großen Hofe übrig gebliebene Terrain, welches südlich von der verlängerten Kaiserstraße und westlich am Okergraben liegt. Dasselbe ist für den fraglichen Zweck sehr günstig gelegen und selbst ohne Canalisation des angrenzenden Burgmühlengrabens ausreichend. Es erscheint jedoch zweckmäßig, dem fraglichen Bauplatze eine etwa 18 qm große, schon seit Jahren nicht mehr zur Wasserabführung dienende Fläche des betr. Grabens zuzulegen, womit sich auch die Herzogliche Kreisdirection unter der Bedingung einverstanden erklärt hat, daß das Gebäude tief genug fundamentirt werde und das Grundstück sich an der etwa später erfolgenden Canalisation des Okergrabens betheilige, sowie daß die vorerwähnte Grabenfläche vorläufig außer Verkehr bleibe. Da dem Magistrate diese Bedingungen unbedenklich erscheinen, so hat derselbe den bezeichneten Verein zur Einreichung eines Projectes und Kostenanschlages aufgefordert. Beides ist von der städt. Bauverwaltung geprüft und in Folge verschiedener dazu gestellten Einwendungen umgearbeitet. Dieses umgearbeitete Project, welches einen Kostenaufwand von 32 659 M erfordert, erscheint dem Magistrate durchaus zweckmäßig. Derselbe ersucht daher, die Ausführung des Projectes auf dem bezeichneten Platze zu genehmigen und zu den Kosten 2659 M zu verwilligen. Selbstverständlich würde die ganze Anlage unbeschränktes Eigenthum der Stadtgemeinde werden.

Wie Herr U h d e berichtet, empfiehlt die Statutencommission der Versammlung einstimmig, die gesammte Vorlage gutzuheißen, da das Project zweckmäßig ausgearbeitet sei.

Herr Günther ist nicht gegen die Errichtung solcher Volksbade- oder Waschanstalt, sondern würde dafür eintreten, daß noch recht viele gleiche Anstalten errichtet werden möchten, wenn er auch eingestehen müsse, daß dadurch die Erbauung einer größeren Central-Volksbadeanstalt hinausgeschoben werden würde. Er hege aber immer noch die Hoffnung, daß die Stadt über die Errichtung solcher großen Badeanstalt trotzdem nicht wegkommen werde und trete deshalb in dieser Vorausicht für den Zuschuß ein. Wünschen möchte er aber noch, daß die Stadt endlich

daran denken wolle, die Verwaltung dieser Anstalten selbst in die Hand zu nehmen, da kein Grund vorliege, sie von einem Privatvereine verwalten zu lassen.

Herr Beplics möchte ersuchen, den Zuschuß abzulehnen, weil die Anstalt von dem Vereine für das Wohl der arbeitenden Classen erbaut werden und dieser den Zuschuß haben solle. Bei einem Grundstocke von 30 000 M könne endlich an die Errichtung einer städtischen Badeanstalt gedacht werden. In der Bevölkerung habe man allgemein das Gefühl, als wenn man bei Benutzung einer Badeanstalt, welche von einem Privatverein, der sich „Verein für das Wohl der arbeitenden Classen“ nenne, ins Leben gerufen sei, etwas geschenkt bekomme und sich eine Wohlthat erweisen lasse. Die Stadt Braunschweig sei groß genug, um sich selbst eine Badeanstalt bauen zu können. Dann werde die Anstalt nicht nur von den arbeitenden Volksclassen, sondern auch von den besser situierten Leuten benutzt werden, weil diese dort eine bequemere Art zu baden finden, als zu Hause. Wenn in dieser Weise vorgegangen würde, hätte die Stadt bei dem Bau solcher Anstalt jedenfalls kein Risiko zu übernehmen, sondern der Betrieb derselben würde recht wohl rentiren.

Die gesammte Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### XXIII. Erwerb von Flächen an der Frankfurterstraße.

In Veranlassung der Errichtung eines Wohnhauses an der Frankfurterstraße hat sich der Tapezierer Heinemann verpflichtet, von seinen dortigen Grundstücken 245 qm zum Einheitspreise von 15 M und 205 qm zu einem solchen von 10 M abzutreten. Hiervon sind 30 qm à 15 M zur Verbreiterung der Frankfurterstraße, die übrigen Flächen aber zur Anlage einer daselbst projectirten Straße erforderlich, sodaß die 30 qm dem Staate aufgelassen werden müssen und die Stadt die Hälfte der Kosten derselben zu tragen hat. Im Einvernehmen mit der Herzoglichen Bau-direction giebt der Magistrat anheim, den Ankauf der gesammten Flächen zu genehmigen,

was auf Befürwortung des Herrn Wolff geschieht.

### XXIV. Erwerb von Flächen am Damme.

Dem Ortsbauplane zufolge haben die Grundschen Erben bei der Neubebauung ihrer am Damme gelegenen Grundstücke eine 6,5 qm große Theilfläche zur Straße abtreten müssen, sie haben jedoch außerdem, um dem Neubau eine gerade Front zu geben, freiwillig zwei 13 qm haltende Flächen unbebaut gelassen. Die Genannten fordern für die erstgedachten 6,5 qm eine Entschädigung von 150 M pro qm, sind aber bereit, gleichzeitig die beiden anderen Flächen von 13 qm unentgeltlich an die

Stadt abzutreten. Da der Preis nach der Ansicht des Magistrates nicht zu hoch, andererseits aber auch der stadtseitige Erwerb der fraglichen 13 qm unbedenklich und zweckmäßig sein dürfte, so ersucht der Magistrat, ihn zum Erwerb der sämtlichen drei Flächen zu insgesamt 19,5 qm für den Preis von 975 M zu ermächtigen.

Der Herr Vorsitzende befürwortet und die Versammlung genehmigt den Antrag.

### XXV. Ausbau eines Theiles der Vertramstraße.

Zum Zwecke des Ausbaues der südlichen Strecke der Vertramstraße zwischen Bachmann- und Campestraße ist der Erwerb der Vorgärten der angrenzenden Grundstücke erforderlich. Der Magistrat hat diese Vorgärten zum Einheitspreise von 25 M pro qm und unter Zubilligung der sonst üblichen Bedingungen angekauft und ersucht, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen. Nicht angekauft ist der 49 qm große Vorgarten des Grundstücks der Wittwe Schoof, weil diese sich zur Abtretung desselben nicht anders verstehen will, als wenn ihr Befreiung von Straßenkosten zugesichert wird. Der Magistrat ersucht daher, die Expropriation dieses Vorgartens beantragen zu dürfen. — Die anschlagsmäßigen Kosten des fraglichen Straßenbaues sind einschließlich der Grunderwerbskosten zu 20 500 M und danach die Anliegerbeiträge zu 94 M ermittelt worden. Das Ersuchen des Magistrates geht weiter dahin, mit dem Projecte auch diese Kostenberechnung zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt der gesamten Magistratevorlage auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden zu.

### XXVI. Antrag Nieß und Gen.: Aenderungen bei der Straßenbahn.

Die Anträge lauten:

- „1) Die Unterzeichneten stellen den Antrag, der Pferdebahn-Gesellschaft aufzugeben, bis zu den Endpunkten der Gleise die Bahn wieder mit Schaffnern befahren zu lassen.
- 2) Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, bei der Herzoglichen Polizei-Direction das Ansuchen zu stellen, auf strenge Aufsicht über die Verpflichtungen der Pferdebahn-Gesellschaft zu halten, so z. B. betreffs der Haltestellen, Ueberfüllung der Wagen u. A.
- 3) Der Stadt-Magistrat wird ersucht, die Pferdebahn-Gesellschaft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zum Ausbau der Strecke Fallersleben-Thor-Haltestelle Giesmarode anzuhalten.“

Zur Begründung der Anträge verweist Herr Nieß auf die bei Punkt XX der Tagesordnung über diesen Gegenstand gepflogenen Verhandlungen und bittet um Unterstützung der Anträge.

Letztere werden, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Versammlung.

Schluß gegen 6 Uhr.

---



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. September 1894.

### Tagesordnung:

|        |                                                                            |           |
|--------|----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.     | Zurückstellung des weiteren Ausbaues der Vertramstraße . . . . .           | Seite 144 |
| II.    | Vertrag mit der Landeseisenbahn wegen eines Anschlußgleises . . . . .      | " 145     |
| III.   | Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße . . . . .                  | " 145     |
| IV.    | Anträge Nieß und Gen.: Aenderungen bei der Straßenbahn . . . . .           | " 145     |
| V.     | Zwangsenteignung am Altwiekeringe . . . . .                                | " 149     |
| VI.    | Instandsetzung der Fontainen auf dem Monumentplätze . . . . .              | " 150     |
| VII.   | Straßenbaukosten an der östlichen Husarenstraße . . . . .                  | " 150     |
| VIII.  | Wasserrohrlegung auf der Hagenbrücke . . . . .                             | " 151     |
| IX.    | Desgl. an der Masch . . . . .                                              | " 151     |
| X.     | Ankauf einer Straßenfläche an der Straße „hintern lieben Frauen“ . . . . . | " 151     |
| XI.    | " " " " " Eichthalstraße . . . . .                                         | " 152     |
| XII.   | Erwerb des Bürgerholzes zum Kieselgute . . . . .                           | " 152     |
| XIII.  | Ausschreibung der Stelle eines Hüfsarchivars . . . . .                     | " 153     |
| XIV.   | Zwangsenteignung zc. von Straßenflächen an der Parkstraße . . . . .        | " 155     |
| XV.    | Baulinie an der Gildenstraße . . . . .                                     | " 157     |
| XVI.   | Ausbau des Königsstieges . . . . .                                         | " 157     |
| XVII.  | Verkauf eines Bauplatzes am Augustthore . . . . .                          | " 157     |
| XVIII. | Straßenbaukosten am Neustadt- und Wendenringe . . . . .                    | " 158     |
| XIX.   | Aenderung der Baulinie an der Japanenstraße . . . . .                      | " 158     |
| XX.    | Feststellung der Baulinie am Steinwege . . . . .                           | " 158     |
| XXI.   | Anfrage Böschigt: Aufstellung des Candelabers am Bankplatze . . . . .      | " 159     |

|        |                                                                     |           |
|--------|---------------------------------------------------------------------|-----------|
| XXII.  | Anfrage Böschigt: Bepflanzung der Bürgersteige . . . . .            | Seite 160 |
| XXIII. | Anfrage Peplisz: Einführung der elektrischen Beleuchtung . . . . .  | " 160     |
| XXIV.  | Anfrage Lange und Ebeling: Verbreiterung der Juliusstraße . . . . . | " 160     |
| XXV.   | Anfrage Wagner: Gasandelaber auf der Theaterbrücke . . . . .        | " 161     |
| XXVI.  | Antrag Böschigt: Bepflanzung der Bürgersteige . . . . .             | " 161     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer, und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bäsecke, Bauermeister, Brückmann und Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst mit, daß Herr Seele sein Ausbleiben in der vorigen Sitzung entschuldigt haben wolle. Sodann giebt derselbe der Versammlung Kenntniß von dem Eingange eines Magistratschreibens, betreffend

#### I. Zurückstellung des weiteren Ausbaues der Bertramstraße.

Für den Ausbau der zwischen der Leonhard- und H. Bertramstraße gelegenen Theilstrecke der Bertramstraße sind in den diesjährigen Stadthaushaltsplan 54 000 M eingestellt, und sind daher vom Magistrate die erforderlichen Verhandlungen wegen Ausführung dieses Straßenbaues und insbesondere wegen stadtseitigen Ankaufes der an der Ostseite der genannten Straße gelegenen Vorgärten eingeleitet. Die Eigenthümer der Lektorn haben eine Grundentschädigung von 25 M und bezw. von 15 M gefordert, dabei jedoch gleichzeitig bestimmt erklärt, daß sie sich zur freiwilligen Abtretung der Vorgärten nur dann verstehen könnten, wenn die von ihnen zu erstattenden Straßenkosten nicht mehr als 30—40 M für das laufende Meter Frontlänge betrügen. Diese Kosten würden sich aber nach überschläglicher Berechnung auf 165 M belaufen und bleibe daher nichts Anderes übrig, als die sämtlichen Vorgärten zu expropriiren. Hierbei würden sich indessen die Grunderwerbskosten vermuthlich noch höher stellen und folgeweise auch die Anliegerbeiträge steigen. Bei diesem Verfahren möchten die Anlieger der Westseite recht schwer belastet werden, zum Theil auch im Hinblick auf ihr Einkommen kaum im Stande sein, die hohen Beiträge zu leisten. Unter diesen Umständen hat sich der Magistrat entschlossen, den Ausbau der Straßenstrecke, so wünschenswerth derselbe auch erscheinen möge, bis auf Weiteres zu verschieben, zumal da nicht ausgeschlossen erscheine, daß das zur Straßenverbreiterung zu erwerbende vorspringende Gebäude später durch einen Umbau ersetzt und dadurch eine nicht unwesentliche Herabminderung der Grunderwerbskosten erzielt werde.

## II. Vertrag mit der Landeseisenbahn wegen eines Anschlußgleises.

Die z. B. im Ausbau begriffene Pumpstation ist bereits an die Landeseisenbahn angeschlossen. Der Magistrat ersucht nun, den dieserhalb von der Direction derselben aufgestellten Entwurf eines die Herstellung und den Betrieb der Anschlußanlage betreffenden Vertrages mit einigen Aenderungen, unter denen namentlich der Pachtpreis von 100 M auf 70 M jährlich ermäßigt wird, anzunehmen, was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, geschieht.

## III. Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße.

Der Maurermeister Kurt Gröpler ersucht namens des Naturheilvereins, ihm die dem Grundstücke, Wilhelmstraße N. 6, zuzulegende Theilfläche von 3 qm für den Einheitspreis von 22 M abzutreten. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an

und die Versammlung genehmigt denselben auf Empfehlung des Herrn Rathe.

## IV. Anträge Nieß und Gen.: Aenderungen bei der Straßenbahn.

Die in der letzten Sitzung gestellten Anträge — Seite 140 des Berichts — sind in der Finanzcommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Fiedel: Was den einen der im Verlaufe der etwas gereizten Verhandlungen über einen Antrag der Straßenbahn-Gesellschaft gestellten Anträge anbelange, so habe eine Durchsicht der einschlägigen Acten ergeben, daß in denselben nichts enthalten sei, woraus die Schlußfolgerung zu ziehen wäre, als ob die Straßenbahn-Gesellschaft verpflichtet sei, die Strecke Fallerseberthor—Gliesmarode auszubauen. Es seien nur einmal Verhandlungen gepflogen zu der Zeit als die der Straßenbahn concessionirte Güterbahn an die Landeseisenbahn gegen Zahlung einer Entschädigung von 100 000 M abgetreten und die Stadtverwaltung dieser Abmachung unter der Bedingung beigetreten sei, daß die Entschädigungssumme zum Bau neuer Bahnstrecken Verwendung finde. Seit jener Zeit seien nun aber verschiedene neue Strecken, so nach dem Wilhelmthorbahnhofe, dem Nordbahnhofe, dem Centralfriedhofe u. gebaut und wenn nun auch keine Abrechnung der Gesellschaft vorliege, nach welcher die betr. Summe verbraucht worden, so könne man das doch nach oberflächlicher Schätzung und aus mündlichen Aeußerungen von Sachverständigen als sicher annehmen. Demnach liege durchaus nichts vor, was die städtischen Behörden veranlassen könnte, auf die Gesellschaft einen Zwang auszuüben. Die Finanzcommission sei daher auch nicht in der Lage, den Antrag zur Annahme zu empfehlen. Aus einem Gesuche des hiesigen Bürgervereins vom Jahre 1891 gehe hervor, daß die General-Versammlung der Straßenbahn-Gesellschaft im Jahre



1886 selbst die Verlängerung der Fallerleberthorlinie bis zum Militairhospitale empfohlen habe. Trotzdem habe sich aber die Verwaltung nicht veranlaßt gesehen, den Beschluß ihrer eigenen General-Versammlung zur Ausführung zu bringen und könnte sich höchstens eine Wunschäußerung der städtischen Behörden erübrigen. Die Finanzcommission empfehle indessen, hierauf zu verzichten und den Antrag abzulehnen.

Herr Nieß führt aus, daß es ihm außerordentlich schwer geworden sei, die hierauf bezüglichen grundlegenden Verhandlungen aufzufinden. Mit Rücksicht darauf, daß der Magistrat in der Commissionsverhandlung eine bestimmte Erklärung nicht habe abgeben können, seien von dem Redner die Verhandlungen der städtischen Behörden durchgesehen und habe er dabei Folgendes gefunden. In der Sitzung vom 8. September 1887 — Seite 143 des Protocolls — habe der Stadtverordnete Lösefrug Anträge eingebracht, welche darauf abzielten, die Straßenbahn-Gesellschaft seitens der städtischen Behörden anzuhalten, die Linien bis zum Wilhelmithorbahnhofe, zur Bindestraße und zum Centralfriedhofe auszubauen. Die Commission habe sodann gemäß dem Berichte in der Sitzung vom 22. September 1887 — Seite 146 ff. des Protocolls — nach Einsicht der Acten festgestellt, daß die Direction der Straßenbahn-Gesellschaft in einem Schreiben vom 18. März 1885 den Stadtmagistrat gebeten habe, die ihr zustehenden Concessionsrechte bezüglich der Erbauung einer Güterbahn bis zum 1. Juli 1885 zu prolongiren und gleichzeitig versprochen, die ihr für Uebertragung der Concessionsrechte an die Landeseisenbahn-Gesellschaft zu gewährende Entschädigung von 100 000 M zu Erweiterungsbauten des Straßenbahnnetzes zu verwenden. In dem Schreiben heiße es dann weiter, die Gesellschaft werde durch die Zahlung von 100 000 M in den Stand gesetzt, diejenigen Erweiterungen ihres Unternehmens ausführen zu können, die der Verkehr der hiesigen Stadt schon in nicht ferner Zeit gebieterisch von ihr fordern werde. Dahin gehörten zunächst 1) eine Verlängerung der Wendenthorstrecke bis nach dem demnächstigen Nordbahnhofe u., 2) eine Verlängerung der Wilhelmithorstrecke nach dem anzulegenden Westbahnhofe, 3) bei der zweifellos bevorstehenden Verlegung des hiesigen Staatsbahnhofes die Anlegung einer Verbindung mit demselben. Ferner werde die Gesellschaft, außer der Anlage der Bahnstrecke nach dem Centralfriedhofe, auch dem Drängen des Publicums, die Fallerleberthorstrecke durch die Gliesmaroderstraße bis in die Nähe des Militairlazareths zu verlängern, über kurz oder lang Folge geben müssen. Die Gesellschaft beabsichtige, die ganze Summe zu Erweiterungsanlagen in Reserve zu behalten, wozu sie sich den städtischen Behörden gegenüber ausdrücklich verpflichte mit dem Zusätze, solche Erweiterungsbauten je nach Bedürfniß auf Anfordern der städtischen Behörden auszuführen. Diese Vorbedingungen habe die Gesellschaft damals der Stadt gestellt, um die Verlängerung der Concession zu erlangen. Daraufhin bestreite er der Gesellschaft das

Recht, ihr Betriebsmaterial auf die 100 000 M. anzurechnen, da sie dieselben nur für die Erbauung der Linien habe verwenden wollen. Im Jahre 1888 habe sodann der Magistrat der Versammlung mittheilen können, daß sich die Gesellschaft bereit erklärt habe, ihren Pflichten nachzukommen. (Seite 122 des Protocolls.) Trotzdem restituire aber immer noch der Ausbau der Linie bis zur Bindestraße. Nach Lage der Verhältnisse sei er nicht im Stande, zu behaupten, ob jene 100 000 M. verbraucht seien oder nicht, aber die Grundlagen, welche zur Fassung der Commissionsbeschlüsse gedient haben, seien falsch. Da die Sache nicht so pünktlich und präcise gefaßt sei, lasse sich auch nicht bestimmt sagen, daß die Gesellschaft noch verpflichtet sei, daraufhin die fragliche Strecke auszubauen; soviel stehe aber immer fest, daß die Straßenbahn-Verwaltung ihren Verpflichtungen nur nachkomme, wenn sie dazu gezwungen werde.

Der Herr Vorsitzende richtet die Anfrage an den Magistrat, ob die Straßenbahn-Gesellschaft vielleicht noch schwebende Anträge bei dem Magistrate gestellt habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Gesellschaft Anträge auf Ausbau von Linien unter den jetzigen Verhältnissen mit Pferdebetrieb nicht gestellt, sich dagegen bereit erklärt habe, eine ganze Anzahl von Linien auszubauen, darunter auch diese Linie und zwar nicht nur bis zum Militairlazareth, sondern bis nach Glesmarode unter der Voraussetzung der Genehmigung der Einführung des elektrischen Betriebes. Der Magistrat werde sich darüber in einer der nächsten Sitzungen schlüssig machen, während die Herzogliche Polizeidirection und die Herzogliche Baudirection der Einführung des elektrischen Betriebes bereits zugestimmt habe.

Herr Südel weist an der Hand des vorliegenden Actenmaterials nach, daß eine contractliche Verpflichtung der Gesellschaft zum Ausbau dieser Linie nicht vorliege, zumal da die 100 000 M. vollständig verbraucht seien. Uebrigens gehöre zu den Erweiterungsbauten auch das Betriebsmaterial — Widerspruch des Herrn Nieß — denn der Ausbau habe keinen Zweck, wenn hinterher kein Betriebsmaterial vorhanden sei.

Der Herr Vorsitzende ersucht, bei den Verhandlungen die parlamentarische Ordnung aufrecht zu halten und die Zwischenreden zu unterlassen.

Herr Lord möchte constatiren, daß die Grundlage, von welcher die Finanzcommission bei ihrer Beschlußfassung ausgegangen sei, ihm durch die Darlegungen des Herrn Nieß in keiner Weise erschüttert zu sein scheine. Die Finanzcommission habe, lediglich von der Ansicht ausgehend, daß bei den Acten eine Verpflichtung der Gesellschaft zum Ausbau der Linie nicht vorhanden sei, zu dem ablehnenden Ergebnisse kommen müssen.

Herr Nieß protestirt dagegen, daß Herr Südel etwas in die Sache lege, was nicht darin liege. Die Anschaffung des Betriebsmaterials, also der Pferde und Wagen gehöre nicht zum Ausbau von Strecken. Mindestens sei es unrecht, solche zweifelhaften Fragen als Begründung in die Debatte mit einzuflechten. Wenn von der Verwendung der 100 000 M die Rede sei, könne nicht willkürlich das Betriebsmaterial mit einbezogen werden, sonst gehören dazu auch die Schaffner und Kutscher und das würde eine schöne Rechnung abgeben.

Der Herr Vorsitzende bemerkt zu Herrn Nieß, nicht annehmen zu können, daß derselbe einem Mitgliede der Versammlung das Recht nehmen wolle, seine Ansicht zu begründen. Schließlich sei die Ansicht des einen Mitgliedes vielleicht nur ebensoviel werth, als die des anderen. Es lasse sich wohl annehmen, daß Herrn Südel ein Vorwurf nicht habe gemacht werden sollen. (Zustimmung des Herrn Nieß.)

Herr Südel möchte feststellen, daß er nicht nur seine, sondern auch die Ansicht der Commission vorgetragen habe. Die Frage an sich, was mit den 100 000 M zu beschaffen gewesen wäre, erscheine ihm gleichgültig, da diese Summe unzweifelhaft für wirkliche Streckenbauten längst verwendet sei.

Herr Bürgermeister Kistemeyer findet ebenfalls, daß es keinen Zweck habe, darüber zu streiten, ob die Betriebsmaterialien zum Ausbau einer Bahnstrecke gehören oder nicht. Die Versammlung habe gehört, welche Linien noch nicht ausgebaut gewesen seien, als die Gesellschaft die Verpflichtung übernommen habe, die 100 000 M zurückzustellen, und was diese Linien kosten, könne sich Jeder selbst sagen. Er wenigstens sei der Ansicht, daß die 100 000 M voll verbaut seien. Es drehe sich nur um die Frage, ob die Erbauung einzelner Strecken von der Straßenbahn-Gesellschaft verlangt werden könne. Hierbei brauche man aber gar nicht so sehr auf den Vertrag von 1887 zu fußen, denn nach dem Hauptconcessionsvertrage sei der Magistrat berechtigt, Erweiterungsbauten zu verlangen und würde bei etwaiger Ablehnung derselben das vorgeschriebene Verfahren eintreten. Der Magistrat fordere also die Gesellschaft auf, die von ihm bestimmte Linie zu bauen und habe im Weigerungsfalle der Gesellschaft das Recht, eine andere Gesellschaft zum Bau zuzulassen.

Die kleine Strecke nach dem Militairlazareth — nicht nach Gliesmarode, davon sei bisher überhaupt nicht die Rede gewesen, — sei von der Gesellschaft nicht gebaut worden, weil sie zu kurz gewesen und nicht recht in den Betrieb passe; die Gesellschaft habe sich dagegen bereit erklärt, bis nach Gliesmarode zu bauen, allerdings unter der Voraussetzung der Einführung des elektrischen Betriebes. Er glaube, man könne diese Fragen auf sich beruhen lassen, bis man über den elektrischen Betrieb selbst entscheide.

Der Herr Vorsitzende möchte anregen, unter diesen Umständen die ganzen Wünsche der Antragsteller mit den demnächst zu erwartenden Anträgen zu verbinden. Dem Vernehmen nach solle es der lebhafteste Wunsch des gegenwärtigen Leiters der Straßenbahn-Gesellschaft sein, im Schooße der Commission oder in anderer Weise gehört zu werden, um über etwaige Klagen oder Wünsche Auskunft zu geben und lasse sich hierauf wohl Rücksicht nehmen. Er bitte die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Sachen mit der zu erwartenden Vorlage erledigt werden und werde dieses der passendste Weg sein, die Sache zum glücklichen Ende zu führen.

Herr Nieß erklärt sich namens der Antragsteller damit einverstanden, daß die Anträge bis dahin zurückgestellt werden.

Herr Blasius stellt noch einen dahingehenden Antrag.

Herr Lange bemerkt, daß er in Folge der früheren Debatte eine Unterhaltung mit dem Director, Major Ribbentrop, gehabt und dieser auf das lebhafteste bedauert habe, in einer an das Persönliche streifenden Weise angegriffen zu sein, ohne daß ihm die Möglichkeit geboten sei, sich dagegen zu verteidigen, und habe derselbe den dringenden Wunsch ausgesprochen, ihm bei der Berathung der Vorlage über Einführung des elektrischen Betriebes Gelegenheit zur mündlichen Aussprache zu geben. Er habe demselben zugesagt, dafür einzutreten, da er es für richtig und billig halte, daß man dem Herrn Gelegenheit gebe, sich zu verteidigen. Es lasse sich das recht gut in der Weise durchführen, daß man eine Commission bilde, in welcher diejenigen Herren als Mitglieder fungiren, die in der letzten Sitzung die Bedenken und Wünsche geäußert haben.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der einstweiligen Zurückstellung der Anträge einverstanden.

Herr Nieß legt im Laufe der weiteren Verhandlungen Verwahrung dagegen ein, daß er den Leiter der Straßenbahn-Gesellschaft in der vorigen Sitzung persönlich angegriffen habe. Er kenne diesen Herrn gar nicht und habe nur gegen den Geist gesprochen, mit welchem die Ordnung bei der Straßenbahn aufrecht erhalten werde.

## V. Zwangsentziehung am Altwiefringe.

Im Jahre 1890 ist zum Zwecke der Herrichtung des Straßencanals im Zuge der künftigen Ringstraße zwischen Husaren- und Kaiser-Wilhelmstraße mit verschiedenen Grundbesitzern ein Vertrag dahin abgeschlossen, daß dieselben sich verpflichteten, der Stadt das fragliche Terrain zunächst auf fünf Jahre, d. i. bis zum 30. Juni 1895 zum Preise von 5  $\mathcal{M}$  pro qm zu verpachten. Von den betr. Verpächtern haben jetzt die Wittwen Friederike Götting und Marie Druwe den Pachtvertrag gekündigt, augenscheinlich in der Absicht, durch dieses Vorgehen die Stadt zum Ankauf ihrer Grundstücke und insbesondere der beiden Gebäude auf denselben

zu zwingen. Da nun diese beiden Gebäude die Fortführung des Altwiekringes schon seit Jahren aufgehalten haben, auf ein Herabgehen der Grundpreise in jener Gegend aber nicht gerechnet werden kann und weil endlich zu besorgen ist, daß eine für Erlangung des die fragliche Canalanlage sichernden dinglichen Rechtes etwa stadtseitig aufgewandte Capitalentschädigung bei dem demnächstigen Erwerbe der Grundstücke selbst, bezw. bei der Bemessung des Kaufpreises nicht genügend würde berücksichtigt werden, so ersucht der Magistrat, ihn zur Stellung eines Antrages auf Zwangsenteignung beider Grundstücke, soweit dieselben in die künftige Ringstraße fallen, zu ermächtigen. Der Kaufwerth des Götting'schen Grundstücks ist von der städt. Bauverwaltung auf 36 600 M und des Druwe'schen Grundstücks auf 58 750 M geschätzt worden, während die Eigenthümerinnen 50 000 M und bezw. 70 000 M fordern.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, genehmigt.

#### VI. Instandsetzung der Fontainen auf dem Monumentalspaze.

Der verstorbene Apotheker Tiemann hat s. Z. mit Zustimmung der staatlichen Behörden die beiden Fontainen auf dem Monumentalspaze herrichten lassen und u. A. auch die Verpflichtung übernommen, die Anlage in gutem Zustande zu erhalten. Laut Vertrages vom 18. Juni 1866 sind die Rechte und Pflichten Tiemann's an die Stadt abgetreten. Da die beiden Fontainenbassin's z. B. schadhaft geworden sind, so ersucht der Magistrat, die dafür aufzuwendenden Kosten in anschlagsmäßiger Höhe von 1400 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Engelbrecht geschieht.

#### VII. Straßenbaukosten an der östlichen Husarenstraße.

Der pensionirte Locomotivführer Wilhelm Rohde hat um Auskunft über die Höhe derjenigen Kosten gebeten, welche im Falle der Bebauung auf sein an der Husarenstraße N. 36 gelegenes Grundstück entfallen werden. Die Berechnung dieser Kosten ist abhängig von Entscheidung der Frage, ob die Husarenstraße auf der östlich vom Hauptgraben gelegenen Theilstrecke als einseitig zu bebauende Straße anzusehen ist oder nicht. Nach der Ansicht des Magistrates trifft das Letztere zu, weil möglicherweise in dem Stadtparke gegenüber dem Rohdeschen Grundstücke künftig Gebäude zum Zwecke des Wirthschaftsbetriebes errichtet werden können, bezw. weil überhaupt jetzt schon der Stadtpark mit Rücksicht auf das vorhandene Wirthschaftsgebäude als ein bebautes Grundstück anzusehen ist. Bevor der Magistrat jedoch den p. Rohde in diesem Sinne bescheidet, hält er für angezeigt, sich in Ansehung der aufgeworfenen Frage der Uebereinstimmung mit der Versammlung zu vergewissern und ersucht daher um bezügliche Aeußerung.

Die Statutencommission läßt durch den Herrn Vorsitzenden die magistratsseitige Auffassung gutheißen, da man mit Zuversicht nicht würde darauf rechnen können, den genannten Anlieger zu den ganzen Kosten heranzuziehen.

### VIII. Wasserrohrlegung auf der Hagenbrücke.

Den Anwohnern der Hagenbrücke wird das Wasser aus der städtischen Wasserleitung von zwei Seiten durch sogenannte todtte Enden zugeführt, in Folge dessen das Wasser meistens trübe geliefert wird. Auf Ersuchen der Anwohner und auf Empfehlung der Deputation für die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke beantragt der Magistrat die Legung eines 20 m langen Verbindungsrohres und die Bewilligung der Kosten in anschlagsmäßigem Betrage von 264,80 M zu bewilligen.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Löbbbecke den Antrag und die Versammlung genehmigt denselben.

### IX. Wasserrohrlegung an der Masch.

Der Bauunternehmer Münnich, welcher an der Masch ein vierstöckiges Doppelhaus erbaut, hat um Zuführung von Wasser aus der städtischen Leitung gebeten, zu welchem Zwecke ein 180 m langes Wasserrohr mit einem Kostenaufwande von 127,1 M gelegt werden müßte. Da dort z. B. noch nicht genügend Abnehmer vorhanden sind, so würde diesem Antrage nicht ohne Weiteres stattzugeben sein. Der Antragsteller ist aber bereit, 4 % Zinsen auf 5 Jahre für die Anlagekosten im Voraus zu bezahlen, und ersucht der Magistrat, die Anlage unter diesen Umständen zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Löbbbecke den Antrag namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

### X. Ankauf einer Straßenfläche an der Straße „hintern lieben Frauen“.

Von dem vor Kurzem neu erbauten, hintern lieben Frauen gelegenen Grundstück des Färbermeisters Neddermeyer hat müssen eine 4 qm große Theilfläche zur Straße abgetreten werden. Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß diese Fläche zum Gesamtpreise von 400 M, unter der Bedingung der Befreiung des Verkäufers von dem durch Belegung der Theilfläche mit Platten entstehenden Kosten, angekauft werde.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

### **XI. Ankauf einer Straßenfläche an der Eichthalstraße.**

Die Verlegung des Druckrohres und des Abzugscanales in der untersten Theilstrecke der Eichthalstraße erfordert die Benutzung einer 2 a 1 qm großen Theilsfläche des Becker'schen Grundstücks und einer 18 qm großen Theilsfläche des Gerloff'schen Grundstücks. Da beide Flächen bei dem Ausbau der Eichthalstraße ohnehin zu erwerben sein werden, so hält der Magistrat für angezeigt, daß die Stadt dieselben schon jetzt ankauft. Die von den Eigenthümern geforderte Entschädigung eines Einheitspreises von 9 M bezw. 10 M erscheint dem Magistrate allerdings zu hoch; da es sich indessen um verhältnißmäßig kleine Flächen handelt und der schnelle Erwerb derselben erforderlich ist, so giebt der Magistrat anheim, den Ankauf zu genehmigen. Dem Cementsteinfabrikanten Becker würde außerdem eine Vergütung für Spargel und Klee in Höhe von 40 M zuzubilligen sein.

Wie Herr Meyer berichtet, giebt die Finanzcommission anheim, der Vorlage zuzustimmen, zumal da die hier bezahlten Preise bei dem ferneren Erwerbe von Grundstücken in jener Gegend bei etwaigen Expropriationen nicht maßgebend sein würden.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

### **XII. Erwerb des Bürgerholzes zum Nieselgute.**

In der Stadtentwässerungs-Angelegenheit hat der Magistrat mit dem Directorium des Waisenhauses B. M. V. Verhandlungen wegen freihändigen Erwerbes der zu dem programmäßigen Nieselgutcomplexe gehörigen, auf Wendezeller Feldmark gelegenen 30 ha 48 a 59 qm haltenden Waisenhaussforst „Stalhop“, des sogenannten Bürgerholzes gepflogen. Das Directorium der genannten Anstalt hat sich nach Ermäßigung des ursprünglich geforderten Preises von 50 000 M bereit erklärt, das Bürgerholz zum Preise von 45 000 M an die Stadt abzutreten und ersucht der Magistrat, den Ankauf zu diesem Preise zu genehmigen. Der Magistrat wird mit dem Antrage auf ministerielle Genehmigung des Ankaufs einen Antrag auf Erlaubniß zur Abholzung und geplanten anderweitigen Benutzung des Grund und Bodens verbinden, so zwar, daß der Erwerb der Forst nur nach Ertheilung der Erlaubniß zu ihrer Ausrodung stattfinden soll.

Die Finanzcommission empfiehlt die Vorlage durch Herrn Wagner zur Genehmigung, da der Ankauf als ein vortheilhafter zu bezeichnen sei und die Versammlung beschließt demgemäß.

### **XIII. Ausschreibung der Stelle eines Hülfssarchivars.**

Der Magistrat erklärt sich bereit, der Aufforderung der Versammlung zu öffentlicher Ausschreibung der Stelle eines Hülfssarchivars zu entsprechen. Da

hierbei aber die Anstellungsbedingungen kundzugeben sein werden, so ersucht der Magistrat zunächst um Beschlußfassung darüber, ob für die Anstellungsbedingungen die schon früher gemachten Vorschläge, eventuell mit welchen Abänderungen bestimmend sein sollen. Die Bedingungen sind folgende: Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung. Das Gehalt beträgt bei der Anstellung 2400 M und steigt von 3 zu 3 Jahren um je 300 M bis zum Höchstbetrage von 6000 M. Der Bewerber fungirt gleichzeitig als Assistent des Stadtbibliothekars und hat in solcher Eigenschaft als nächste Aufgabe die Ordnung der neueren Stadtbibliothek zu vollenden.

Wie Herr Rudeloff berichtet, hat die Statutencommission an den Bedingungen nur auszuweisen, daß ihr der Höchstbetrag des Gehaltes mit 6000 M zu hoch bemessen erscheine, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die städtischen Baumeister nur ein Höchstgehalt von 5400 M beziehen. Sie gebe daher anheim, das Höchstgehalt für den Hilfsarchivar ebenfalls auf 5400 M zu ermäßigen, im Uebrigen aber die Bedingungen gutzuheißen.

Herr Nieß hat zu bemängeln, daß der Hilfsarchivar auch als Gehülfe des Stadtbibliothekars, welchen es gar nicht gebe, fungiren solle. Es frage sich daher, ob man auch noch einen Stadtbibliothekar anstellen wolle, dessen Gehülfe dann der Stadtarchivar mit werden solle. Besser erscheine es ihm, die Mitarbeit in der Bibliothek ganz auszulassen, da der Anzustellende genug in dem Archive zu thun haben werde und die städtischen Behörden sich vorbehalten können, später einen Bibliothekar anzustellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Stadt das Amt eines Archivars und dasjenige eines Bibliothekars halte, daß aber beide Ämter in der Person des Professors Hänselmann vereinigt seien.

Herr Rudeloff will noch hervorheben, daß in den Engagementsbedingungen genau ausgedrückt werden solle, was der Hilfsarchivar zu leisten habe. Es bestehe nun der Wunsch, einen als Archivar ausgebildeten Herrn zu engagiren, der Bibliothekargeschäfte mit versehen könne und theile der Magistrat die Meinung, daß es einem archivarisch gebildeten Herrn sehr wohl möglich sei, die Geschäfte eines Bibliothekars mit zu verrichten, während umgekehrt die Sache ihre Schwierigkeiten haben werde.

Herr Günther muß dieses Ausschreiben für unpraktisch halten und beantrage er daher, den dieserhalb gefaßten Beschluß wieder aufzuheben. Er als Buchdrucker sei ebenso wenig wie die in der Versammlung vertretenen Schlächter, Zimmerleute, Restaurateure, Deconomen u. in der Lage, nachher zu unterschreiben, welcher der drei in Vorschlag zu bringenden Candidaten die geeignete Person sei. Man thue daher nur einen Schlag ins Blaue. Es lasse sich schlecht einsehen, weshalb man nicht lieber den früheren Beschluß aufheben und den Dr. Mack



wählen solle, der doch vom Magistrate vorgeschlagen sei. Ob der Genannte zur Vetternschaft gehöre, wisse er allerdings nicht, jedenfalls gehöre Redner aber nicht dazu. Früher habe man auch Gewicht darauf gelegt, möglichst einen geborenen Braunschweiger zu wählen und hier scheine man einem Auswärtigen den Vorzug geben zu wollen, was mit ins Gewicht falle.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt, daß der Günther'sche Antrag nicht zulässig sei. Die Versammlung habe beschlossen, die Stelle auszuscheiden, der Magistrat habe sich sodann diesen Beschluß zu eigen gemacht und es liege nunmehr eine Vereinbarung zwischen dem Magistrate und den Stadtverordneten vor, welche nicht einseitig aufgehoben werden könne.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß es doch jedem Mitgliede freistehe, den Magistrat zu ersuchen, den Beschluß auch seinerseits wieder aufzuheben. Er halte es aber für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, wie bedenklich es sei, einen eben gefaßten Beschluß wieder umzustößen, indem ein bezüglichlicher Vorgang aus der letzten Vergangenheit außerordentlich viel Befremden in der Bürgerschaft erregt habe.

Herr Lord wird auch heute gegen die Anstellung eines Hilfsarchivars stimmen, aus Gründen, welche er des Weiteren in der vertraulichen Sitzung entwickelt habe und die dahin zusammenzufassen seien, daß er die Stelle für überflüssig halte.

Herr Engelbrecht meint, daß die Bezeichnung „Hilfsarchivar“ nur eine Umkleidung dessen sei, was eigentlich getroffen werden solle, denn man gedenke doch, den betr. Herrn wesentlich mit der weiteren Ordnung der Bibliothek zu betrauen. Es wäre daher einfacher, sich bei Ausschreibung der Stelle des Ausdrucks „Hilfsarbeiter für Archiv und Bibliothek“ zu bedienen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diese Auffassung nicht für ganz zutreffend halten. Der Magistrat wolle einen Hilfsarchivar haben, hege aber die Hoffnung, daß derselbe auch wohl noch Zeit haben werde, gewissermaßen nebenamtlich, aber ohne besondere Honorirung, die Functionen eines Hilfsbeamten in der Bibliothek zu übernehmen. Wenn man jetzt die Stelle lediglich als eine Hilfsstelle für das Archiv ausschreiben wollte, würde der demnächstige Beamte sich weigern können, die Geschäfte eines Bibliothekars mit zu übernehmen. Um dem vorzubeugen, solle der Bewerber um die Stelle gleichzeitig verpflichtet werden, sich ohne besondere Entschädigung den bibliothekarischen Geschäften mit zu unterziehen.

Der Herr Vorsitzende macht noch darauf aufmerksam, daß bei der Berathung lediglich die Anstellungsbedingungen für einen Hilfsarchivar in Frage stehen.

Herr Nieß bittet, die Stelle der Bedingungen zu streichen, welche den Hilfsarchivar zur Arbeit in der Bibliothek verpflichte, in welchem Falle der Magistrat

eine ziemlich einstimmige Annahme seiner Vorlage zu erwarten habe. Er müsse sich dagegen erklären, die beiden Sachen mit einander zu verquicken. Der jetzige Archivar und sogenannte Bibliothekar, denn der Arbeit eines solchen sei derselbe bei aller Anerkennung seiner Verdienste nie gewachsen gewesen, sei nur daraus hervorgegangen, daß man keine besondere Kraft mit der Ordnung der Bibliothek beschäftigt habe. Jetzt solle nun wieder ein Hilfsbeamter angestellt und wieder mit derselben Arbeit belastet werden, obwohl offenkundig sei, daß der Vorgänger sie nicht habe leisten können. Es sei recht gut möglich, daß die Versammlung sich entschliefze, vorläufig keinen besonderen Bibliothekar anzustellen, warum solle deshalb jetzt bei der Anstellung eines Hilfsarchivars eine solche Verquickung eintreten. Er bitte um Streichung des betr. Passus in den Bedingungen.

Herr Hauswaldt beantragt, die Stelle erst zum 1. Juli 1895 auszuscheiden, da bis zu diesem Zeitpunkte Herr Dr. Rentwig noch im Dienste sei und nach allgemeiner Ansicht diese beiden Herren vollständig genügen, um den Geschäften in dem Archiv und der Bibliothek vorzustehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dem Magistrate daran liege, die Stelle möglichst bald zu besetzen und daher der 1. Juli 1895 zu weit hinausliege. Herr Hauswaldt verwechsle die Aemter des Archivars und Bibliothekars miteinander.

Nach kurzer weiterer Besprechung, an welcher sich die Herren Nieß und Rathe betheiligen, wird die Magistratsvorlage, ohne Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für den Dienstantritt des Bewerbers, mit geringer Mehrheit angenommen.

#### XIV. Zwangsenteignung u. von Straßenflächen an der Parkstraße.

In der Magistratsvorlage, betr. den Erwerb von Vorgärten an der Parkstraße — Seite 102 des Berichts — war bemerkt worden, daß der Oberst z. D. Brauns für die von ihm abzutretenden 167 qm und bezw. 17 qm großen Theilflächen eine Entschädigung von 60 M pro qm und Zusicherung der Befreiung von Straßenkosten fordere. Diese Angabe ist dahin zu berichtigen, daß der Gennannte ersucht hat, das fragliche Terrain unter gleichen Bedingungen abzunehmen, wie sie s. B. dem Hauptmann a. D. Pockels bei Abtretung seines Vorgartens zugestanden seien. Es wird daher einer erneuten Beschlußfassung darüber bedürfen, ob der Antrag auf Einleitung des Expropriationsverfahrens aufrecht zu halten sei oder nicht. Der Oberst Brauns hat jetzt gefordert: 1) für Abtretung der 167 qm großen Theilfläche seines Gartens eine baare Entschädigung von 44 M pro qm, die Herstellung einer neuen Einfriedigung und die Zusicherung der Befreiung seines gegenüberliegenden Grundstücks von Straßenkosten; 2) für Abtretung der 17 qm haltenden Theilfläche eine Entschädigung von 30 M pro qm. Nach der Ansicht

des Magistrates können die unter 1 bezeichneten Forderungen wegen ihrer Höhe nicht zugestanden werden und ersucht derselbe daher, zu beschließen, den Antrag auf Expropriation aufrecht zu halten, gleichzeitig jedoch ihn zum Ankauf der unter 2 erwähnten 17 qm zum Einheitspreise von 30 M zu ermächtigen.

Wie Herr Bültemann I berichtet, giebt die Baucommission anheim, unter den vorliegenden Verhältnissen die Straße in ihrem jetzigen Zustande zu belassen und nur die Genehmigung zum Ankaufe der 17 qm zu ertheilen.

Herr Rieke will noch mittheilen, daß das Vorgehen der Anwohner der Parkstraße äußerst charakteristisch sei. Zuerst habe man mit vielem Lärme betont, daß die Verbreiterung der Straße durch den starken Verkehr dringend geboten sei und jetzt, nach Inkrafttreten des neuen Ortsbaustatuts sei die Straße mit einem Male breit genug, weil nämlich die Anlieger jetzt die Kosten zu tragen haben.

Herr Bültemann I bringt die bei dem Magistrate eingelaufenen beiden Schreiben, von denen der General-Lieutenant a. D. von Henningses das eine unterzeichnet und das andere mitunterzeichnet habe, zur Verlesung. In dem ersten der Schreiben wird die Verbreiterung der Parkstraße für dringend nothwendig erklärt, während das zweite Schreiben eine solche Nothwendigkeit in Abrede stellt und die Anlieger dagegen sogar Protest erheben.

Herr Blasius hält die Verbreiterung der Parkstraße im öffentlichen Interesse für nothwendig und bittet, dieselbe auch gegen den Wunsch der Anlieger durchzuführen.

Herr Löschigt schließt sich diesem Wunsche an. Sofern sich indessen die Instandsetzung der ganzen Parkstraße noch nicht bewerkstelligen lasse, beantrage er, wenigstens den Eingang derselben vom Steinhore aus möglichst bald zu verbreitern.

Herr Lange tritt ebenfalls für die Verbreiterung ein, da die Straße einen sehr starken Verkehr habe. Die widersprechende Ansicht der Anlieger, welche nur durch den Geldbeutel dictirt sei, könne die Versammlung unmöglich bestimmen, von der Instandsetzung der Straße abzusehen. Im allgemeinen Interesse müßte die Straße auch gegen den Willen der Anlieger verbreitert werden.

Herr Bürgermeister Kete meyer muß die theilweise Verbreiterung der Straße für ungewöhnlich erachten, da man dann nicht wisse, wie die Kosten der Instandsetzung auf die Anlieger vertheilt werden sollen.

Nachdem Herr Löschigt seinen Antrag zurückgezogen und auch Herr Woltenweber die Verbreiterung der Parkstraße als dringend nothwendig hingestellt hatte,

wird die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Commissionsantrages, angenommen.

### XV. Baulinie an der Gölldenstraße.

Für die Gölldenstraße auf der Strecke zwischen Heinen- und Peterfilienstraße ist eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, beschließt.

### XVI. Ausbau des Königsstieges.

Die städtische Bauverwaltung hat behufs Ersparung von Kosten bei dem Ausbau der Verbindungsstraße zwischen der Pflegehaus- und der Goslarischenstraße, insbesondere zum Zwecke der Gewinnung des zur Aufschüttung erforderlichen Erdbodens die nördliche Hälfte der von Süden nach Norden ziehenden Theilstrecke des angrenzenden Königsstieges nicht unerheblich abtragen lassen. So zweckmäßig diese Maßregel gewesen sein mag, so hat sie doch zur Folge, daß die letztere Wegestrecke, deren Ausbau für das Jahr 1895 in Aussicht genommen war, noch in diesem Jahre ausgebaut werden muß, wobei anzuerkennen ist, daß auch derjenige Theil des Königsstieges, welcher nicht abgetragen ist, ebenso dringend der Instandsetzung bedarf. Der Magistrat hat daher mit den Anliegern verhandelt und mit der Mehrzahl derselben eine Einigung dahin erzielt, daß stadtseitig ein Preis von 12 M pro qm gezahlt, soweit nöthig, eine neue Einfriedigung hergerichtet und dem Luckermann'schen Waisenhaus Ersatz für das im Wegfall kommende Waschhaus im Werthe von ungefähr 2400 M geleistet werde. Außerdem soll ein Brunnen erhalten und für einen andern Ersatz gewährt werden. Der Fabrikant Schulz dagegen fordert für die von seinem Grundstücke abzutretende 3,30 a große Theilfläche eine Vergütung von 15 M pro qm, Erhaltung seines Brunnens und Herrichtung einer neuen Einfriedigung. Der Magistrat hält diese Forderung für zu hoch und ersucht um Genehmigung der Einleitung des Expropriationsverfahrens. Die gesammten Straßenkosten betragen 54850 M (= 105 M für 1 m), in welcher Höhe die Anlieger Beiträge zu entrichten haben werden. Die weiteren Anträge des Magistrates gehen dahin, den Erwerb der übrigen Flächen zu genehmigen und die Ausführung des Projectes sowohl, als auch die vorläufige Kostenfeststellung und die Ausschreibung des Anliegerbeitrages zu genehmigen.

Die gesammte Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, gutgeheißen.

### XVII. Verkauf eines Bauplatzes am Augustthore.

Der Bauunternehmer Rosenthal hat gebeten, ihm den 377 qm großen Bauplatz V des Grundstücks der ehemaligen Artilleriecaserne am Augustthore käuflich zu überlassen und hat derselbe für diese Fläche den gleichen Preis geboten, welchen der

Fabrikant Bruno Lange für den angrenzenden Bauplatz VI bezahlt hat, nämlich 59,<sup>39</sup> M pro qm. Da dem Magistrate dieses Gebot durchaus angemessen erscheint, auch beide Bauplätze sich getrennt ungünstig bebauen lassen und Herr Lange in Folge dessen seinen Bauplatz bereits an Rosenthal abgetreten hat, so ersucht der Magistrat, den Verkauf dieses Platzes zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, geschieht.

### XVIII. Straßenbaukosten am Neustadt- und Wendenringe.

Die Straßenkosten des Neustadt- und Wendenringes sind von der städt. Bauverwaltung auf 54416,<sup>52</sup> M Grunderwerbskosten und 162618,<sup>27</sup> M Baukosten und die Anliegerbeiträge auf 130,<sup>31</sup> M und bezw. 154 M für das lfd. Meter — je nachdem die Straße einseitig oder beiderseits bebaut wird — festgestellt worden. Der Antrag des Magistrates, diese Festsetzung zu genehmigen

wird von der Versammlung angenommen, nachdem Herr Uhde namens der Baucommission denselben unterstützt hatte.

### XIX. Aenderung der Baulinie an der Fasanenstraße.

Der Landschaftsgärtner Burmester hat um Ermäßigung der Breite der in der Nähe seines Grundstücks anzulegenden Straßen und um Verlegung der östlich von seinem Grundstück projectirten Straße gebeten, in der Weise, daß sie sein Grundstück berühre, welchem Antrage indessen der Magistrat nicht stattgeben kann. Dagegen ist derselbe bereit, der verlängerten Fasanenstraße unter Ermäßigung ihrer Breite auf 14 m und ihrer beiderseitigen Vorgärten auf je 2 m, eine andere Richtung zu geben, wodurch dann auch die Einsprachen der Herren Till und Maring ihre Erledigung finden werden. Die Brücher'sche Einsprache wird dagegen, sofern nicht auch diese durch die beabsichtigte Verschiebung der Straße ihre Erledigung gefunden haben sollte, zu verwerfen sein. Der Magistrat ersucht, in dieser Richtung zu beschließen,

was auch auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

### XX. Feststellung der Baulinie am Steinwege u.

In Veranlassung eines von dem Zimmermeister Chr. Eggeling auf dem Grundstück Steinweg Nr. 19 geplanten Wohnhaus-Neubaus ist von dem Stadtbauamte für den zwischen der Schöppenstedter- und der Mauernstraße gelegenen Theil des Steinweges eine neue Baulinie festgestellt, welche zu genehmigen der Magistrat ebenso anheimgibt wie den Verkauf einer dem Grundstück zuzulegenden Theilfläche von 4 qm, für die Eggeling 300 M an die Stadt zahlen soll.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission die Vorlage zu genehmigen.

Herr Wagner kann der Annahme der neuen Baulinie nicht zustimmen, weil durch dieselbe wieder eine unangenehme Ecke geschaffen werde, welche den Steinweg nur verunzieren müsse, da das Jürgens'sche Haus voraussichtlich noch lange Jahre stehen würde.

Die Herren Rathe und Müller schließen sich dieser Ansicht an.

Herr Uhde bittet nochmals den Commissionsantrag anzunehmen. Es handle sich hier nicht um eine lange Straßenstrecke, sondern nur um wenige Häuser. Solche vorspringenden Ecken pflegen meistens schnell zu verschwinden, und werde auch das Jürgens'sche Haus nicht mehr allzulange stehen.

Herr Günther muß es für einen Verstoß gegen die Schönheit halten, solche krummen Baulinien durchzuführen zu wollen.

Die Herren Böschigt und Rathe ersuchen dagegen, die Ecken, welche auf Jahre hinaus dem Steinwege ein häßliches Aussehen geben würden, zu vermeiden.

Herr Halle würde es für angezeigt halten, für die ganze Nordseite des Steinweges eine neue Baulinie zu schaffen, damit man beurtheilen könne, wie sich die Linie mache.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt hierzu, daß schon früher versucht sei, die Baulinie für die Nordseite des Steinweges festzustellen, was indessen auf Schwierigkeiten wegen der unteren Partie gestoßen sei.

Herr Wollenweber beantragt Aussetzung der Sache, damit sich jeder Stadtverordnete an Ort und Stelle über die vorliegenden Verhältnisse orientiren könne. (Widerspruch.)

Herr Halle möchte anfragen, ob die jetzt vorgeschlagene Baulinie mit der weiter unten nach der Wilhelmstraße zu festgestellten Baulinie harmonire, in welchem Falle er dem Vorschlage zustimmen würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß für die bezeichnete Strecke eine Baulinie wahrscheinlich überhaupt noch nicht festgestellt sei und dieses auch gleichgültig sei, da die hier in Frage kommende Linie zu der Fortsetzung stets passen würde.

Herr Rieke ersucht, dem Commissionsantrage zuzustimmen, weil nur durch diesen der Straße ein gutes Ansehen gegeben werden könne.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage im vollen Umfange angenommen.

## **XXI. Anfrage Böschigt: Aufstellung des Candelabers am Bankplatze.**

Die Anfrage, warum der bewilligte Candelaber für den Bankplatz noch nicht aufgestellt sei, beantwortet Herr Stadtrath Haake dahin, daß der Magistrat, dem

Wunsche der Versammlung entsprechend, beabsichtige, den Candelaber in hiesiger Stadt anfertigen zu lassen, und in Folge dessen verschiedene Firmen aufgefordert seien, ein bezügliches Project einzureichen. Da die beiden, daraufhin eingereichten Projecte indessen nicht vollständig befriedigt haben, so seien die betr. Fabrikanten ersucht worden, anderweite Projecte vorzulegen, was bisher nur von einem derselben geschehen sei. Bevor nun die Zeichnung nicht eingegangen sei, könne auch kein Beschluß gefaßt werden.

Nachdem Herr Böschigt noch gebeten hatte, die Sache möglichst zu beschleunigen, wird der Gegenstand verlassen.

### XXII. Anfrage Böschigt: Beprengung der Bürgersteige.

Herr Bürgermeister Metemeyer hat auf die Anfrage, aus welchem Grunde die Bürgersteige vor ihrer Reinigung nicht beprengt werden, zu erwidern, daß dieses nicht eine Angelegenheit des Magistrates, sondern der Straßenreinigungsdeputation sei und diese die Frage noch nicht in Erwägung genommen habe, was aber noch geschehen könne.

### XXIII. Anfrage Peplics: Einführung der elektrischen Beleuchtung.

Die Anfrage lautet:

„Angesichts der in hiesiger Stadt sich mehrenden privaten elektrischen Beleuchtungsanstalten erlaubt sich Unterzeichneter die Anfrage, wie der Magistrat sich zu der elektrischen Beleuchtung stellt“.

Zur Begründung der Anfrage führt Herr Peplics aus, daß die elektrische Beleuchtung in der hiesigen Stadt so große Fortschritte mache, um die Befürchtung aufkommen zu lassen, daß die Gasbeleuchtung in nicht zu ferner Zeit auf ein Minimum beschränkt sein werde. Die abwartende Stellung des Magistrates könne schließlich dahin führen, daß die Stadt, wenn sie später einmal eine elektrische Beleuchtungsanstalt errichten wolle, keinen Kundenkreis mehr erhalten würde, oder die Privatanstalten mit großen Summen ankaufen müßte. Es erscheine daher angezeigt, die Frage der Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanstalt in Erwägung zu ziehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat sich über diese Frage noch nicht schlüssig gemacht habe.

### XXIV. Anfrage Lange und Obeling: Verbreiterung der Juliusstraße.

Wie Herr Lange zur Begründung der Anfrage:

„Beabsichtigt der Magistrat, der im Ortsbauplane bereits vorgesehenen Verbreiterung der Juliusstraße zwischen Sophienstraße und Dampfmühle demnächst näherzutreten?“

bemerkt, handle es sich hauptsächlich um den dem reformirten Kirchhofe gegenüberliegenden Theil der Juliusstraße, dessen Ausbau bei dem starken Wagen- und Personenverkehr dringend geboten erscheine.

Herr Bürgermeister Ketemeyer entgegnet, daß der Ausbau jener Straßenstrecke für nächstes Jahr in Aussicht genommen sei.

#### XXV. Anfrage Wagner: Gascandelaber auf der Theaterbrücke.

Die Anfrage:

„Wann wird endlich die Brücke hinter dem Hoftheater durch Aufstellung der noch immer fehlenden Gascandelaber fertiggestellt werden?“

begründet Herr Wagner in folgender Weise: Wenn man von dem Theater aus auf die Kaiser-Wilhelmstraße losgehe, mache dieselbe einen wirklich großartigen Eindruck. Dieser Eindruck werde durch die Brücke erheblich abgeschwächt, indem sich dieselbe bei den fehlenden Gascandelabern etwa ausnehme wie ein feiner Rock, an dem einige Knöpfe fehlen. Wenn der Magistrat nun auch sagen könne, es sei dieses eine Angelegenheit der General-Hof-Intendantur, so könnte derselbe doch wenigstens an zuständiger Stelle einmal vorstellig werden, um den unhaltbaren Zustand mit beseitigen zu helfen. Sollte es an den erforderlichen Mitteln fehlen, so müßten diese beschafft werden, damit der unleidliche Zustand nicht noch viele Jahre hindurch andauere.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat über diese Sache nicht so genau unterrichtet sei, weil die Stadt zu dem Bau der Brücke lediglich einen Zuschuß von 100 000 M bezahlt habe, im Uebrigen aber die Ausführung des Brückenbaues Sache der General-Hofintendantur gewesen sei. Demnach könne ein Druck wegen der Fertigstellung der Brücke nicht ausgeübt werden, wenn solches auch wünschenswerth erscheinen möge. Es wäre allerdings möglich, daß die General-Hofintendantur zunächst erst wissen möchte, wie sich die gesammten Unkosten der Straßenanlage stellen werden, um hiernach die Ausgabe für den Schmuck zu bemessen. Eine bezügliche Anfrage sei bereits an den Magistrat gestellt und hoffe derselbe, die Abrechnung binnen Kurzem vorlegen zu können.

#### XXVI. Antrag Böschigk: Beprengung der Bürgersteige.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß bei Reinigung der Bürgersteige dieselben bei trockener Witterung vorher beprengt werden.“



Herr Löffhigt begründet den Antrag damit, daß bei trockener Witterung namentlich des Nachts bei der Straßenreinigung ein so entsetzlicher Staub aufgewirbelt werde, daß die Anwohner und die Passanten der Straße empfindlich darunter zu leiden haben. Es müßte deshalb hier Wandel geschaffen werden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen,  
und damit die Sitzung geschlossen.

Schluß gegen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---

1894|95.

N<sup>o</sup> 7.

# Be r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. November 1894.

Tagesordnung:

|                                                                             |           |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Verpachtung der Teiche im Bürgerparke zur Fischzucht . . . . .           | Seite 165 |
| II. Krankenversicherung der Nachtwächter . . . . .                          | " 165     |
| III. Antrag Böschigt: Bepflanzung der Bürgersteige . . . . .                | " 166     |
| IV. Kosten des Ausbaues des Mittelweges . . . . .                           | " 166     |
| V. Erwerb von Straßenflächen am Lessingplatze . . . . .                     | " 166     |
| VI. Reparaturen an einem Hause der Gertrudenstraße . . . . .                | " 167     |
| VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .                                      | " 167     |
| VIII. Canäle vor dem Fallerleberthore . . . . .                             | " 167     |
| IX. Vertrag wegen Ausbaues einer Straße daselbst . . . . .                  | " 168     |
| X. Ankauf von Straßenflächen daselbst . . . . .                             | " 170     |
| XI. Desgl. zwischen Wabe- und Carlstraße . . . . .                          | " 171     |
| XII. Gas- und Wasserrohr in und an der Wabestraße . . . . .                 | " 171     |
| XIII. Aufnahme verschiedener Straßen in das Verzeichniß der Ortsstraßen . . | " 172     |
| XIV. Erwerb von Straßenflächen an der Korfesstraße . . . . .                | " 172     |
| XV. Ausbau der Wabestraße . . . . .                                         | " 172     |
| XVI. Baulinie an der Gliesmaroderstraße . . . . .                           | " 173     |
| XVII. Einsprache gegen eine Baulinie am Steinwege . . . . .                 | " 173     |
| XVIII. Verwilligung für den Bürgerpark . . . . .                            | " 174     |
| XIX. Zwangsenteignung von Flächen zum Rieselgute . . . . .                  | " 176     |
| XX. Proceßführung gegen den früheren Destillateur Brendcke . . . . .        | " 177     |

|                                                                                    |           |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XXI. Erklärung des Herrn Bültmann I . . . . .                                      | Seite 179 |
| XXII. Antrag Uhde: Ausschmückung des Gebäudes der Pumpstation . . . . .            | " 179     |
| XXIII. Antrag Lange und Gen.: Einrichtung von Auerlicht im Sitzungssaale . . . . . | " 181     |
| XXIV. Anfrage Bues: Ausbau der Capellenstraße . . . . .                            | " 181     |
| XXV. Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentl. Feuermelder . . . . .       | " 182     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Löbbecke und Rudeloff.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und macht zunächst Mittheilung von folgenden Eingängen:

1) Der Stadt-Magistrat theilt der Versammlung unterm 30. September d. Js. mit, daß er es ablehnen müsse, dem Antrage der Versammlung vom 26. April d. Js. (Seite 40 des Berichts) auf Aenderung der Bestimmungen über das Halten von Hunden zu entsprechen.

2) Ein ferneres Schreiben des Magistrates besagt, daß die Versammlung in der Sitzung vom 22. März d. Js. an den Magistrat das Ersuchen gerichtet habe, die Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlung in Erwägung zu ziehen. Das vom Magistrate zur Begutachtung solcher Einrichtung aufgeforderte Gewerbegericht habe sodann am 20. April d. Js. im Beisein seiner sämtlichen Mitglieder diese Frage erörtert und dabei nicht nur die Einrichtung einer Nachweisstelle ohne Widerspruch im Princip gutgeheißen, sondern auch eine Einigung in Bezug auf die meisten Bestimmungen erzielt, welche für den Geschäftsbetrieb maßgebend sein würden. In einem wesentlichen Punkte jedoch weichen die Ansichten der Betheiligten von einander ab. Während die Arbeitgeber sich nämlich durchweg für die unveränderte Fortdauer der Arbeitsvermittlung bei Streiks und Aussperrungen aussprachen, traten die Arbeitnehmer mit gleicher Einstimmigkeit für die Aufnahme einer Vorschrift ein, wonach die Arbeitsvermittlungsstelle bei Arbeitsentstellungen und Aussperrungen für das betheiligte Geschäft oder den betreffenden Arbeitszweig ihre Thätigkeit zu versagen habe. Ein Vermittlungsvorschlag, es möge von Fall zu Fall der Commission, welcher die Leitung des Arbeitsnachweises obliegen würde, bei derartigen Gelegenheiten die Entscheidung über die fernere Thätigkeit der Vermittlungsstelle überlassen bleiben, habe keine Zustimmung gefunden, auch sei von beiden Seiten hervorgehoben, daß ohne ein Eingehen auf die Wünsche der Betheiligten der Zweck der ganzen Einrichtung verfehlt sein würde. Da sich nun auch in fast allen anderen größeren Städten herausgestellt habe, daß sich gleiche Schwierigkeiten ergeben haben, deren Beseitigung zur Zeit noch ohne erkennbaren Erfolg angestrebt werde, so halte der Magistrat — so wünschenswerth ihm auch die Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises

erscheine — einstweilen doch für angezeigt, mit weiteren Schritten in dieser Angelegenheit zu warten, da es zwecklos sein würde, eine Einrichtung zu treffen, welche auf den Zuspruch einer großen Zahl von Interessenten nicht mit hinreichender Sicherheit rechnen könnte.

Beide Magistratschreiben werden zur Einsichtnahme ausgelegt und wird sodann in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

### I. Verpachtung der Teiche im Bürgerparke zur Fischzucht.

Der Pächter der städtischen Fischerei in der Dfer, Drechsler Wilhelm Stanke, hat gebeten, ihm die beiden Teiche im Bürgerparke zum Zwecke der Züchtung von edlen Fischen (Karpfen und Schleien) zum Jahrespreise von 25 M zu verpachten. Da es sich hier lediglich um einen Versuch handelt, empfiehlt der Magistrat auf das Angebot trotz des niedrigen Pachtpreises einzugehen. Das Pachtverhältniß soll bis zum 1. April 1898 dauern.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen, wenn auch der Pachtpreis recht niedrig gegriffen sei.

Herr Meyerhoff empfiehlt, die Verpachtung der Teiche öffentlich auszu-schreiben, da ihm gegenüber sich schon ein Mitbürger bereit erklärt habe, einen Pachtpreis von 150 M zu zahlen.

Herr Bürgermeister Netemeyer bemerkt dazu, daß der Magistrat dem Fischereipächter Stanke durch Zuerkennung des billigen Pachtpreises habe entgegenkommen wollen, weil Stanke in Folge der häufigen Verunreinigung des Dfer-flußlaufes noch ein schlechtes Geschäft mit seiner Fischerei mache. Wenn die Stadt aber 150 M Pachtgeld bekommen könne, so lehne sie natürlich das Angebot Stanke's ab.

Die Versammlung genehmigt darauf den Antrag Meyerhoff, wodurch die Magistratsvorlage hinfällig wird.

### II. Krankenversicherung der Nachtwächter.

Zur Vermeidung der häufiger zur Vorlage gelangenden Unterstützungsgesuche erkrankter Nachtwächter und zur Sicherstellung derselben gegen die für sie mit Krankheiten regelmäßig verbundenen wirthschaftlichen Nachtheile erscheint es dem Magistrate zweckmäßig, die Nachtwächter in die Krankenversicherung eintreten zu lassen. Da die Thätigkeit der Wächter eine versicherungspflichtige nicht ist, so kann nach Lage der Umstände nur ein freiwilliger Eintritt derselben in die Krankencasse stattfinden. Der Magistrat hält es für unbedenklich, die Annahme und Beschäftigung der Wächter davon abhängig zu machen, daß sie Mitglieder einer Krankencasse sind, andererseits aber auch für billig, zu den Krankencassenbeiträgen denselben Zuschuß zu leisten, den der Arbeitgeber im Falle der Versicherungs-pflicht zu zahlen hat, nämlich  $\frac{1}{3}$  des ganzen Beitrages. Die zur Zeit

beschäftigten 57 Wächter sind auf Anregung des Magistrates sämmtlich verschiedenen Cassen beigetreten und betragen die von ihnen zu leistenden Beiträge zusammen 1191 M 68 S, wovon der Stadt ein Drittel mit 397 M 22 S zur Last fallen würde. Um nun bei der Verschiedenheit der Beiträge nicht dem einen Wächter einen größeren, dem anderen einen geringeren Zuschuß zahlen zu müssen, empfiehlt der Magistrat weiter, jedem Wächter gleichmäßig einen Zuschuß von 60 S monatlich zu dem Cassengelde zu zahlen und haben sich die sämmtlichen Wächter damit auch einverstanden erklärt. Hierdurch würde sich der städtische Zuschuß auf 410 M 40 S jährlich erhöhen. Der Magistrat ersucht nun, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. August 1894 ab jedem Wächter ein Zuschuß von monatlich 60 S bei dem Nachweise des Bestehens des Versicherungsverhältnisses gezahlt werde.

Der Antrag wird auf Befürwortung des Herrn Wagner genehmigt.

### III. Antrag Böschigt: Bepflanzung der Bürgersteige.

Der in der letzten Sitzung gestellte (Seite 161 des Berichts) Antrag ist von der Baucommission vorberathen worden und ist dieselbe nach dem Berichte des Herrn Bültmann I im Einvernehmen mit dem Antragsteller zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung folgenden Antrag zur Genehmigung vorzuschlagen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Wasserpfeifen aufgestellt werden können, um das Leitungswasser zur richtigen Zeit zum Bepflanzten benutzen zu können“.

Die Aufstellung solcher Wasserpfeifen solle auch schon längere Zeit von dem Obergeringieur Mitgau geplant sein.

Der Antrag der Baucommission wird angenommen.

### IV. Kosten des Ausbaues des Mittelweges.

Die Kosten des Ausbaues des Mittelweges zwischen Nebenstraße und Todten-  
twete sind von der städt. Bauverwaltung auf 70,40 M für das lfd. Meter fest-  
gestellt worden, und ersucht der Magistrat, diese Festsetzung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff be-  
richtet, geschieht.

### V. Erwerb von Straßenflächen am Lessingplatze.

Der Bauunternehmer Heineke hat von seinen am Lessing- und Siegesplatze  
gelegenen Grundstücken zwei 41 qm haltende Flächen an die Stadt abzutreten.  
Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankaufe dieser Flächen für den Einheitspreis von  
50 M zu ermächtigen,

mit welchem Antrage sich die Versammlung auf Befürwortung der Baucom=mission, für welche Herr Bültmann I berichtet, einverstanden erklärt.

#### VI. Reparaturen an einem Hause der Gertrudenstraße.

Im Verlaufe des betr. Enteignungsverfahrens ist die Stadt für verpflichtet erachtet worden, das ganze 518 qm große, ehemals Schomburg'sche Grundstück an der Gertrudenstraße *N.* 35 mit den Gebäuden zu übernehmen und ist die Entschädigung für das Grundstück auf 22500 *M.* festgesetzt. Gegen Zahlung dieser Summe ist dasselbe in das Eigenthum der Stadtgemeinde übergegangen und die städt. Bauverwaltung angewiesen, nunmehr den Fußweg vor dem Grundstücke auszubauen. Letzteres und insbesondere das Wohnhaus befindet sich zur Zeit aber in einem so verwahrlosten Zustande, daß der Magistrat Bedenken trägt, dessen Verkauf im Wege der Versteigerung zu bewirken. Da es nun auch nicht gelungen ist, das Grundstück unter der Hand zu einem annehmbaren Preise zu veräußern, so ist dasselbe einstweilen zum Miethpreise von 600 *M.* jährlich an den Maurer Heinrich Meyer vermietet. Derselbe hat sich dabei bereit erklärt, alle laufenden Reparaturen auf eigene Kosten auszuführen, während die größeren Arbeiten auf Kosten der Stadt bewirkt werden sollen. Der Magistrat beantragt nun, ihm eine Summe von 1000 *M.* zur Verfügung zu stellen, um das Grundstück bewohnbar zu machen und seinen demnächstigen Verkauf zu einem annehmbaren Preise zu ermöglichen.

Die von der Baucommission, namens welcher Herr Kieke berichtet, befürwortete Vorlage wird von der Versammlung gutgeheißen.

#### VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Der Antrag der Frau Göhmann, ihr wie im vorigen Jahre einen Ziehhund freizugeben, wird auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden genehmigt.

#### VIII. Canäle vor dem Fallersleberthore.

Die ordnungsmäßige Entwässerung der östlichen Außenstadt bedingt die Ausführung eines Hauptsammelcanals, der zweckmäßig in der Heinrichstraße und der dieselbe kreuzenden projectirten Ringstraße verlegt wird. Von letzterer aus würde der Canal entweder innerhalb der Carlstraße oder aber innerhalb der im Ortsbauplane vorgesehenen, das Bierbaumsche Grundstück durchschneidenden 30 m breiten Straße (Verlängerung der Straße am Fallersleberthore) bis zu dem in der Glesmaroderstraße liegenden Hauptcanale fortgeführt werden können. Dem letzteren Projecte wird vom Magistrate der Vorzug gegeben, weil dasselbe billiger ist und weil dadurch auch die gefahrdrohende Ausschachtung der Carlstraße vermieden wird. Bei diesem Projecte ist nur zu berücksichtigen, daß der Canal auf seiner 55 m

langen westlichen Endstrecke einstweilen provisorisch angelegt werden muß. Die hierdurch im Betrage von 5000 M. entstehenden Kosten fallen aber den erheblichen Vortheilen gegenüber nicht ins Gewicht, sodaß auch der Magistrat die Ausführung dieses Projectes nur empfehlen kann. Die nördliche Strecke des Hagenringes würde dann mit einem einfachen Thonrohrcanale belegt werden können. Veranschlagt sind die Kosten für diesen Thonrohrcanal zu 4025 M. und die Kosten des Hauptsammelcanals zu insgesammt 144 500 M.. Der Magistrat ersucht, unter dem Bemerken, daß er beabsichtige, die fraglichen Canalbauten soweit möglich noch im Laufe dieses Rechnungsjahres ausführen zu lassen, dieselben unter Verwilligung der dafür angeforderten Summen zu genehmigen.

Wie Herr Lord namens der Finanzcommission berichtet, sollen diese und die folgenden 3 Vorlagen ein Terrain erschließen, welches seither sehr stiefmütterlich behandelt sei und das hinsichtlich der Beschaffenheit seiner Straßen und Zugänge wiederholt Veranlassung zu Klagen der dabei interessirten Bürgerschaft gegeben habe. Es handle sich nämlich um das Terrain, welches südlich von der Heinrichstraße, nördlich von der Carlstraße, östlich von der Hagenstraße und westlich von der Straße am Fallerleberthore resp. der Gliesmaroderstraße begrenzt werde. Die Ursache der hier in Vorschlag gebrachten Aenderungen sei der Schulhausbau an der Heinrichstraße. Durch ihn werde es nöthig, die Heinrichstraße auszubauen; ehe dieser Ausbau jedoch erfolge, sei es nothwendig, zur Entwässerung der östlichen Außenstadt einen Hauptsammelcanal anzulegen. Die Finanzcommission sei nun nach Prüfung der Vorlage mit dem Magistrate zu der Ueberzeugung gekommen, daß das letztere Project am meisten empfohlen werden könne und werde daher anheimgegeben, demselben unter Verwilligung der geforderten Mittel zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will hierzu bemerken, daß der Schulhausbau an der Heinrichstraße nicht die Ursache, sondern höchstens der Anlaß zu den beabsichtigten Aenderungen in jener Stadtgegend gewesen sei, denn sonst würde die Stadt einen recht theuren Platz für den Schulhausbau erworben haben. Auf den hier in Aussicht genommenen Canal warte man schon lange, da er die Vorfluth für die ganze östliche Außenstadt bilden werde und in verschiedenen Straßen die definitiven Canäle nicht eher geschaffen werden können, bis die Vorfluth hergestellt sei.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

#### IX. Vertrag wegen Ausbaues einer Straße am Fallerleberthore.

Die Bauunternehmer Utermark & Weinhausen, sowie der Schlachtermeister Manegold haben den Magistrat ersucht, auf ihre Kosten die innerhalb des von ihnen erworbenen nördlichen Theiles des Bierbaum'schen Gartens in gerader Verlängerung der Straße „am Fallerleberthore“ vorgesehene 30 m breite Straße auszubauen und zwar den einen Theil derselben möglichst bald, die Restfläche

aber später. Zur Herstellung einer Verbindung der sofort auszubauenden Straßenstrecke mit der Gießmaroderstraße soll einstweilen ein 10 m breiter provisorischer Zufuhr- und Zugangsweg angelegt und bis dahin unterhalten werden, daß die neue Straße in voller Breite ausgebaut sein wird. Da dieses Anerbieten für die Stadt annehmbar erscheint, so ersucht der Magistrat, den mit den Genannten abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen. — Was die Art des Ausbaues der fraglichen Straße betrifft, so hat die städtische Bauverwaltung ein Project aufgestellt, welches dieselbe Gestaltung des Straßenkörpers wie bei der Straße am Fallerleberthore vorsieht. Die hierdurch entstehenden Kosten sind in solcher Höhe veranschlagt worden, daß der Anliegerbeitrag sich auf 328 M für 1 m stellen wird. Die Genehmigung dieses Projectes und des Kostenanschlages wird gleichfalls anheimgegeben.

Herr Lord empfiehlt namens der Finanzcommission den für die Stadt sehr günstigen Vertrag zu genehmigen, da durch denselben ohne erhebliche Kosten für die Stadt ein Terrain erschlossen werde, auf welchem sich die Baulust in aller nächster Zeit sehr lebhaft entwickeln werde. Auch die hier beantragte Art des Ausbaues der neuen Straße finde die Zustimmung der Commission, da es sich um eine Fortsetzung der Straße am Fallerleberthore handle und beide Strecken gleichartig ausgebaut werden müssen.

Herr Hauswaldt würde eine Straßenbreite von 26 m für ausreichend halten, sofern die Straße so einfach wie die Straße am Fallerleberthore ausgebaut werden solle.

Herr Lord vermag nicht einzusehen, weshalb die neue Straße um 4 m schmaler angelegt werden solle, da doch die Unternehmer die Kosten für dieselbe zu tragen haben.

Herr Hauswaldt möchte sich unter diesen Umständen dringend für das andere Project aussprechen, nach welchem die Straßenstrecke nach Art der Kaiser-Wilhelmstraße ausgebaut werden würde.

Herr Löschigt will den ersten Hauswaldtschen Antrag auf Anlegung der Straße in einer Breite von nur 26 m wieder aufnehmen, weil die Stadt bei der anderen hier noch nicht berücksichtigten Hälfte der Straße die Mehrkosten der größeren Verbreiterung doch zu tragen habe.

Herr Bauermeister empfiehlt die unveränderte Magistratsvorlage zur Annahme, da es entschieden schöner aussehen würde, wenn die Fortsetzung der Straße am Fallerleberthore ebenso mit Bäumen besetzt wäre, wie diese selbst.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt, daß auch über die zweite Hälfte der Straße schon ein Vertrag abgeschlossen sei, wenn dieselbe auch nicht sofort ausgebaut werden solle. Obwohl zuzugeben sei, daß eine Straße mit einem Fußwege in der Mitte hübsch aussehe, so müsse doch berücksichtigt werden, daß es sich hier um die verhältnißmäßig kurze Strecke einer Straße handle, welche sich einer schon bestehenden Straße anschließe und daher auch deren Form haben müsse. Da nun



die Unternehmer der Stadt schon genug entgegengekommen seien, die Aenderung des Straßenprojectes aber eine Mehrausgabe von 8—10000 M bedeute, so möchte es sich doch empfehlen, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen.

Herr Löschigt zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück.

Herr Meyerhoff fürchtet, daß bei dem von Herrn Hauswaldt befürworteten Projecte die Baumreihen wieder so nahe an die Häuser kommen, um sie zu stark zu beschatten.

Herr Blasius kann diese Bedenken nicht theilen. Es könne gar kein Zweifel darüber sein, daß das Project mit vier Baumreihen unendlich viel schöner sei, als das Project mit nur zwei Baumreihen. Die Straße am Fallerleberthore dürfe hierbei nicht ausschlaggebend sein, da dieselbe die wenigst schöne Straßenanlage an den Thoren sei. Da die Stadt die Kosten nicht zu tragen habe, wisse er nicht, weshalb nicht eine sehr viel schönere Straße gewählt werden solle.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage genehmigt, wodurch der Antrag Hauswaldt hinfällig wird.

#### X. Ankauf von Straßenflächen vor dem Fallerleberthore.

Für das laufende Rechnungsjahr ist der Ausbau des Hagenringes auf der Strecke zwischen Carl- und Wabestraße in Aussicht genommen. Der Magistrat hat deshalb auf den Erwerb derjenigen Grundflächen Bedacht genommen, welche zum Ausbau jener Straße erforderlich sind. Demzufolge sind angekauft worden von den Bauunternehmern Utermark & Weinhausen sowie dem Schlachtermeister Manegold eine 14 a 20 qm große Theilfläche zum Preise von 15 M pro qm und eine weitere Theilfläche zum Einheitspreise von 12 M. Ferner von dem Lotteriegewerkschaften Hampe eine 54,5 qm umfassende Theilfläche zum Einheitspreise von 15 M unter gleichzeitiger Zubilligung einer besonderen Vergütung von 400 M für einen in Wegfall kommenden Keller. Von dem Bierbaum'schen Grundstück eine 154 qm haltende Theilfläche zum Einheitspreise von 10 M und endlich eine 30 qm und eine 153 qm große Theilfläche des Meyer'schen Grundstücks. Die Verhandlungen über den Erwerb der vom Graben N. 256 abzutretenden 17 qm großen Fläche und diejenigen wegen Regulirung der künftigen Straßengrenze des Spangenberg'schen Grundstücks sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Der Magistrat ersucht, ihn zum Abschluß der bezüglichen Kaufverträge zu ermächtigen.

Da sich nun außerdem der Kaufmann Bierbaum bereit erklärt hat, die Verlegung des bei Punkt VIII erwähnten Canals innerhalb des südlich von der Wabestraße gelegenen Grundstücks N. 133 unentgeltlich zu gestatten, sofern die Ringstraße auf dieser Strecke spätestens im Jahre 1896 ausgebaut wird, anderenfalls aber gegen Gewährung eines jährlichen Pachtgeldes von 45 M, so giebt der Magistrat anheim, auf diese Bedingungen einzugehen. — Der Arbeiter Hage und die Wittwe Kiele haben dagegen beantragt, die unter N. ass 137 und 136 gelegenen

Grundstücke ihnen schon jetzt abzukaufen, was seitens des Magistrates unter Aufwendung eines Preises von 12000 M für das Hage'sche und von 27000 M für das Kiele'sche Grundstück geschehen ist. Der Magistrat ersucht, auch die hierüber abgeschlossenen Kaufverträge gutzuheißen.

Herr Lord beantragt namens der Finanzcommission die sämmtlichen Kaufverträge und Vereinbarungen zu genehmigen, was seitens der Versammlung ohne weitere Besprechung geschieht.

#### **XI. Ankauf von Straßenflächen zwischen Wabe- und Carlstraße.**

Zum Zwecke des Ausbaues der Verbindungsstraße zwischen Wabe- und Carlstraße (am Hauptgraben) sind stadtseitig Theilflächen des Blumenberg'schen Ackerplans *N* 89 an der Wabestraße, des Spohr'schen Grundstücks *N* ass. 3420 an der Carlstraße und der Gräben *N* 259 und 260 zu erwerben. Außerdem muß der ganze Garten der Gebr. Brinkmann an der Carlstraße angekauft werden. Dieses 5 a 11 qm große Grundstück sollte nach der Schätzung der städt. Bauverwaltung einen Werth von 5500 M besitzen, während die Eigenthümer zuerst 10 000 M, später 9000 M forderten. Zur Vermeidung des Expropriationsverfahrens hat der Magistrat das Grundstück von drei Sachverständigen abschätzen lassen und haben diese dessen Werth auf 8500 M ermittelt, mit welchem Betrage die Verkäufer auch unter der Bedingung der Befreiung von den Kosten für den kürzlich hergestellten Plattenbelag einverstanden sind. Die 6 a 42 qm große Theilfläche des Blumenberg'schen Grundstücks ist zum Einheitspreise von 6 M pro qm bereits angekauft worden und würde von dem Grundstücke noch ein weiterer 130 qm großer Terrainstreifen anzukaufen sein. Wegen Erwerbs der von dem Grundstücke des Uhrmachers Spohr abzutretenden Theilfläche hat sich der Magistrat bislang mit dem Eigenthümer nicht einigen können, auch die Interessentschaft Hagen noch nicht zu einer Aeußerung darüber zu veranlassen vermocht, ob und unter welchen Bedingungen sie zur Abtretung der betr. Grabenflächen bereit sei. Wenn nun auch der Ausbau der fraglichen Straße unter diesen Umständen im laufenden Jahre kaum noch möglich sein wird, so erscheint es dem Magistrate doch geboten, wenigstens bald einen mit leeren Wagen zu befahrenden Verbindungsweg zu schaffen und genügen hierfür der Brinkmann'sche Garten und die von Blumenberg abgetretene 6 a 42 qm große Theilfläche. Der Antrag des Magistrates, den Vertrag mit den Gebrüdern Brinkmann zu genehmigen,

wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, angenommen.

#### **XII. Gas- und Wasserrohr in und an der Wabestraße.**

Der Magistrat beantragt, folgende Kosten zu bewilligen: 1) für das Wasserrohr in der Verbindungsstraße zwischen Carl- und Wabestraße 1215,70 M; 2) für das

Gasrohr in der Wabestraße zwischen Hagenstraße und Hauptgraben 3869,80 M und 3) für die Vorrichtungen zur Beleuchtung in beiden Straßen 300 M,

was auf Empfehlung des Herrn Meyer, der für die Finanzcommission berichtet, geschieht.

### **XIII. Aufnahme verschiedener Straßen in das Verzeichniß der Ortsstraßen.**

Nach dem vorliegenden Antrage des Stadt-Magistrates sollen auf folgende Straßen die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts für anwendbar erklärt werden: 1) verlängerte Straße am Fallersleberthore von der Gießmaroderstraße bis zum Hagenring, 2) Heinrichstraße, 3) Hagenring zwischen Wabe- und Kaiser-Wilhelmstraße, 4) Altwiekering zwischen Husaren- und Kaiser-Wilhelmstraße und 5) Fortsetzung der Kaiser-Wilhelmstraße bis zur Ostgrenze des Stadtgebietes einschließlich des im Zuge derselben vorgesehenen Platzes.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission die Genehmigung des Antrags und die Versammlung beschließt dieselbe.

### **XIV. Erwerb von Straßenflächen an der Korfesstraße.**

Zum Zwecke des Ausbaues der auf Kosten des Bauunternehmers Gnadt zu befestigenden Korfesstraße haben der Kaufmann Schieberhöfer und der Arbeiter Mielecke je 64 qm Terrain an die Stadt abzutreten. Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß diese Straßenflächen zum Einheitspreise von 8 M erworben werden.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, einverstanden.

### **XV. Ausbau der Wabestraße.**

Der Ausbau der Wabestraße zwischen Ringstraße und Hauptgraben macht den Erwerb von Flächen der angrenzenden Grundstücke erforderlich. Die Mehrzahl der Anlieger hat für das abzutretende Terrain eine Vergütung von 6 M pro qm gefordert, welche der Magistrat für angemessen hält und deren Bewilligung daher anheimgegeben wird. Zu den dieserhalb abgeschlossenen Verträgen hat der Magistrat zu bemerken, daß er es für zweckmäßig erachten müsse, die Grundstücke der Elgner'schen Erben und des Theaterarbeiters Seekamp ganz anzukaufen und zwar das Elgner'sche Grundstück zu 18000 M und das Seekamp'sche Grundstück zu 24000 M. Seekamp wird den Rest dieses Grundstücks bis auf Weiteres für 300 M jährlich in Pacht behalten. Wegen Erwerbs der vom Grundstücke der Liffobon'schen Erben abzutretenden Theilfläche von 49 qm hat ein Vertrag noch nicht abgeschlossen werden können, weil Frau Liffobon z. B. hier nicht anwesend war, jedoch sollen die Eigenthümer bereit sein, die Fläche ebenfalls zum Einheitspreise von 6 M abzutreten. Der Arbeiter Wehr hat für die von seinem Grund-

stücke abzutretende Fläche von 135,5 qm eine Entschädigung von 8 M pro qm verlangt, welche Forderung der Magistrat für zu hoch hält. Der Gärtner Blumenberg verlangte, daß ihm gleichzeitig von seinem Grundstücke № 89 auch diejenige 642 qm haltende Theilfläche zum Einheitspreise von 6 M abgenommen werde, welche zur Anlegung der Verbindungsstraße zwischen Wabe- und Carlstraße bestimmt ist, mit welchem Antrage der Magistrat einverstanden ist. Die anschlagsmäßigen Kosten des fraglichen Straßenbaues sind von der städt. Bauverwaltung zu 85 200 M und die Anliegerbeiträge zu rund 108 M pro Lfd. m einschließlich der Kosten für den Plattenbelag berechnet worden.

Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die abgeschlossenen Verträge zu genehmigen, ferner ihn zum Ankauf der Diffebon'schen Fläche zum Einheitspreise von 6 M zu ermächtigen, auch der Expropriation der Wehr'schen Fläche zuzustimmen und schließlich zu genehmigen, daß die anschlagsmäßigen Kosten, sowie die Anliegerbeiträge in der angegebenen Höhe festgesetzt werden.

Die gesammte Magistratsvorlage wird auf Antrag der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, angenommen.

#### XVI. Baulinie an der Gliesmaroderstraße.

In der Sitzung vom 28. Juni d. Js. — Seite 115 des Berichts — war die Einsprache der Herren Otto Severin und Franz E. Meyer gegen die für die Gliesmaroderstraße in Aussicht genommene Baulinie verworfen. Die Genannten haben gegen diese Entscheidung den Recurs an das Herzogliche Staatsministerium verfolgt und hat dieses dem Wunsche der Antragsteller auf Beseitigung der an der Südseite der Gliesmaroderstraße, diesseits der östlich von der Bindestraße projectirten Querstraße, in Aussicht genommenen Vorgärten stattgegeben. Dagegen zeigt sich das Ministerium bereit, die Anordnung von Vorgärten jenseits der oben erwähnten Querstraße, unter Abänderung der bereits festgestellten Baulinie, auf beiden Seiten der Gliesmaroderstraße gutzuheißen. Der Magistrat giebt anheim, eine hiernach festzusetzende Baulinie zu genehmigen.

Wie Herr Meyerhoff berichtet, hat sich die Baucommission nicht entschließen können, diesem Antrage zuzustimmen. Sie richte vielmehr an den Magistrat das Ersuchen, in der Sache nochmals bei dem Herzoglichen Staatsministerium vorstellig zu werden, damit dieses seine Entscheidung zurücknehme und die Gliesmaroderstraße eine größere Breite erhalte. Der Verkehr auf dieser Straße werde ganz erheblich zunehmen, namentlich wenn auch die Straßenbahn dort zweigleisig durchgeführt werden sollte.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

#### XVII. Einsprache gegen eine Baulinie am Steinwege.

Gegen die in der Sitzung vom 27. September d. Js. — Seite 159 des Berichts — für den Steinweg festgesetzte Baulinie haben die Herren Gebr. Jür-

gens hieselbst Einsprache erhoben mit der Begründung, daß das Vorspringen des Nachbargebäudes um 65 cm auf viele Jahre hindurch dem betr. Theile des Steinweges ein schlechtes Aussehen geben würde, da das daneben liegende Jürgens'sche Gebäude sich noch in sehr gutem baulichen Zustande befinde und deshalb noch lange Jahre stehen könne. Der Magistrat giebt anheim, diese Einsprache zu verwerfen, weil in derselben neue Gründe, welche gegen die Durchführung der beschlossenen Baulinie sprechen, nicht vorgebracht seien.

Die Baucommission schließt sich dieser Ansicht nach dem Berichte des Herrn Uhde vollständig an und empfiehlt, die Einsprache nicht zu berücksichtigen. Die Geraderlegung und Correction des Steinweges sei jetzt so weit vorgeschritten, daß die städtischen Behörden unmöglich selbst die Hand zu Abweichungen bieten könnten.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

### XVIII. Verwilligung für den Bürgerpark.

Zur Fortsetzung der Instandsetzung des erweiterten Bürgerparks sind in den diesjährigen Stadthaushaltsplan 12000 M eingestellt, deren Aufwendung wesentlich dazu dienen sollte, die Teichanlage fertigzustellen. Zur Ausführung dieser Arbeit hat die Summe nicht ganz gereicht und werden dazu noch etwa 5—6000 M aufzuwenden sein. Die Parkdeputation hat nun empfohlen, die fraglichen Arbeiten nicht zu sistiren, weil das Auspumpen des Teiches jedesmal erhebliche Kosten verursache, vielmehr die Teichanlage noch vor Eintritt des Winters fertigzustellen, daneben aber auch noch einige andere Arbeiten — theilweise Legung des Wasserzuleitungsröhres und Herstellung des Ersatzweges für den verschütteten Weg am bösen Hunde — auszuführen und ihr hierzu noch eine Summe von 15000 M zur Verfügung zu stellen. Die Zweckmäßigkeit der Fortführung der Arbeiten zur Fertigstellung der Teichanlage läßt sich nach der Ansicht des Magistrates nicht verkennen, auch hält derselbe die baldige Instandsetzung des genügend aufgeschütteten Theiles des erweiterten Bürgerparks für wünschenswerth. Da nun überdies der Gewinn des Gaswerks aus dem Jahre 1893/94 den etatificirten Betrag von 68800 M übersteigt, mithin die Mittel zur Deckung dieser Summe vorhanden sind, so empfiehlt der Magistrat den Antrag zur Annahme und ersucht, die angeforderten 15000 M zu verwilligen.

Wie Herr Seel e berichtet, hat die Finanzcommission angesichts des günstigen Abchlusses der städtischen Betriebsanstalten dem Magistratsantrage gern zugestimmt. Die Commission glaube indessen, noch weitergehen und der Versammlung vorschlagen zu sollen, für den Bürgerpark noch weitere 5000 M, also zusammen 20000 M zu verwilligen, damit dort die Arbeiten noch mehr gefördert werden könnten, sofern das Wetter dieses gestatte.

Herr Bues will darauf hinweisen, daß im vorigen Herbst gelegentlich der Berathung des Hauswaldtschen Antrages 25000 M für den Bürgerpark bewilligt

seien. Wenn nun dem gegenüber für diesen Zweck nur 12 000 M. in den Etat eingestellt seien, so müßte doch noch eine Summe von 13 000 M. verfügbar bleiben und demnach eine neue Vorlage unnöthig erscheinen.

Herr Günther kann sich dem Wunsche des Referenten nur anschließen, da auch er die Meinung hege, daß die Summe von 15 000 M. zu niedrig gegriffen sei. Jedenfalls gehe er nicht fehl, wenn er annehme, daß der Magistrat beabsichtige, Winterarbeit zu schaffen, da die Arbeitslosigkeit solche Maßnahme erfordere. Ferner möchte er anfragen, ob auch die Canalarbeiten in diesem Winter noch weiter ausgeführt werden sollen. Da schon eine ganze Anzahl von Canalarbeitern entlassen sei, so erscheine es nothwendig, die Canalbauverwaltung so bald wie möglich in den Stand zu setzen, weitere Arbeiten in Angriff zu nehmen, damit wenigstens die größte Noth gehoben würde.

Herr Müller will die hier geforderte weitere Summe gern bewilligen, wenn er auch mit Herrn Bues meine, daß außer den 12 000 M. schon 25 000 M. bewilligt seien. Dabei möchte er aber bitten, neben dem Bürgerparke auch den Stadtpark nicht zu vergessen. Dort gebe man Tausende aus und hier habe man nicht einmal so viel Geld übrig, um dem Teiche Wasser zuzuführen. Daher komme es denn auch, daß man in dem neuen Bürgerparke schon die Teiche zur Fischezucht verpachten wolle und in dem älteren Stadtparke auf dem Teiche kaum die wenigen Wasservögel ihr Leben zu fristen vermögen.

Herr Bues bemerkt hierzu, daß die angeforderte Summe nicht zur Verschönerung des Bürgerparkes, sondern zur Beseitigung von Mißständen in demselben verwendet werden solle. Letztere seien dort so schreiend, daß die Anwohner der Stadt sehr großes Entgegenkommen gezeigt haben, wenn sie bislang noch ruhig dazu gewesen seien.

Herr Bürgermeister Netemeyer will Herrn Günther gegenüber hervorheben, daß für den Magistrat bei Anforderung der Mittel nicht das Motiv vorgelegen habe, mit denselben Winterarbeit zu schaffen, denn das liege noch im weiten Felde. Die Arbeiter könnten sich nicht beklagen über Mangel an Arbeit und wenn trotzdem nicht Alle beschäftigt werden könnten, so müßten sie eben die Stadt verlassen. Der Magistrat könne nicht jetzt schon wieder Arbeit schaffen, wo eben erst aufgehört sei, nur um Arbeitsgelegenheit zu bieten. Bei mildem Wetter solle auch am Canal gearbeitet werden, aber nicht um Leute zu beschäftigen, sondern um die Fertigstellung des Canales weiter zu fördern.

Herr Ebeling bittet, auch die kleinen Gewerbetreibenden ins Auge zu fassen, wenn von einem Nothstande die Rede sei. Diese Leute stehen sich im Allgemeinen noch viel schlechter als die Arbeiter, aber Niemand helfe ihnen. Unter den hiesigen Arbeitern sei ein großer Unterschied zu machen. Wenn thatsächlich gewissenhafte, ehrliche Arbeiter unter den schwierigsten Verhältnissen ruhig und tüchtig ihrer

Arbeit nachgehen und ernstlich bestrebt seien, sich Arbeit zu verschaffen, so wolle er ihnen gern beispringen, sofern es ihnen einmal an Arbeit mangle. Wenn man aber Arbeitern beispringen solle, die nicht Lust haben zu arbeiten und man solche Leute durch Schaffung von Arbeit nur veranlasse, hierher zu kommen, so sei das nicht recht. Er habe beispielsweise Auftrag erhalten, Arbeiter zu engagiren, welche ganz in der Nähe der Stadt Beschäftigung erhalten sollten. Die Leute würden 2,75 M bis 3,50 M täglich verdienen und dazu Gelegenheit erhalten, Schlafstelle und Mittagbrot zu bekommen. Von den 20 Arbeitern, welche sich daraufhin gemeldet haben, seien 2 dorthin gegangen, aber nur zwei Tage in Beschäftigung geblieben. —

Der Herr Vorsitzende bittet, nicht zu weit von dem Gegenstande der Besprechung abzuschweifen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen war, wird zur Abstimmung geschritten und dabei der Commissionsantrag auf Bewilligung von 20 000 M für den Bürgerpark angenommen.

### XIX. Zwangsenteignung von Flächen zum Kieselgute.

Zwischen denjenigen in den Feldmarken Watenbüttel, Völkrode und Wendezelle gelegenen Privatgrundstücken, welche stadtseitig zum Zwecke der Anlage von Kieselfeldern enteignet werden sollen, liegen verschiedene den Feldmarksinteressenten in den genannten Gemeinden gehörende Wege und Gräben, die zu einem Theile beibehalten, zu einem anderen Theile aber verlegt oder ganz aufgehoben werden sollen. Da die betr. Interessenten wohl in die Abtretung der Wege und Gräben willigen, für dieselben aber Geldentschädigungen fordern, so hat der Magistrat beschlossen, lediglich diejenigen Wege und Gräben und zwar im Zwangsenteignungsverfahren zu erwerben, deren Beseitigung oder Verlegung zum Zweck der Herstellung des Kieselgeländes geboten erscheint, wohingegen das Rechtsverhältniß bezüglich der auch ferner beizubehaltenden Wege und Gräben mit Rücksicht darauf, daß die Zwangsenteignung derselben durch ein wesentliches Interesse der Stadt nicht begründet werden könne, einstweilen unverändert bleiben soll, so zwar, daß dieselben in ihrer Eigenschaft als Interessentenwege und -Gräben beibehalten werden sollen, die Stadt also insoweit lediglich in die Pflichten und Rechte der bisherigen Eigenthümer der enteigneten Privatgrundstücke eintritt. Die Versammlung wird daraufhin ersucht, zu genehmigen, daß behufs stadtseitigen Erwerbes der bezeichneten Gräben- und Wegestrecken das Zwangsenteignungsverfahren erwirkt werde.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele die Genehmigung der Vorlage befürworten.

Herr Lord will hierzu bemerken, daß das Verlangen der betr. Interessenten so unlogisch wie möglich sei und sicher nur auf Chicanen beruhe, welche sich sämt-

lich auf eine Stelle zurückführen lassen. Es könne gar nicht scharf genug verurtheilt werden, daß man der Stadt in diesen Ortschaften solche Schwierigkeiten mache.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

## XX. Proceßführung gegen den früheren Destillateur Brendecke.

Der frühere Destillateur, jetzige Reisende Felix Brendecke hat gegen die Stadtsgemeinde Klage erhoben auf Zahlung einer Entschädigung von 22000 M nebst 5 % Zinsen und auf Tragung der Kosten des Rechtsstreites. Der Magistrat ersucht, die Genehmigung zur Aufnahme dieses Processes zu ertheilen.

Wie der Herr Vorlesende berichtet, hat sich der Kläger in einem besonderen Schreiben noch beklagt, daß sein früheres Gesuch, betreffend die Beschwerde gegen das Stadtbauamt, noch nicht zur Verathung gekommen sei. Das sei aber i. B. nicht geschehen, weil nach einer ihm gewordenen Mittheilung, die sich hinterher allerdings als irrthümlich herausgestellt habe, die betr. Acten dem Herzoglichen Staatsministerium vorliegen sollten. Wenn nun Herr Brendecke in seinem Schreiben jetzt den Wunsch ausspreche, die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gebracht zu sehen, so habe derselbe schon selbst dafür gesorgt insofern, als er einen Proceß angestrengt habe. Die Sache, welche nunmehr in den Händen des Gerichts liege und Eile habe, verhalte sich ungefähr Folgendermaßen: Brendecke habe den Stadt-Magistrat als Vertreter des Stadtbauamtes — was wohl zutreffend heißen solle „der Stadtgemeinde“, weil die Klage sonst nicht haltbar wäre — auf Zahlung von 22000 M nebst 5 % Zinsen und Tragung der Kosten des Rechtsstreites verklagt und gründe seinen Anspruch auf folgende Behauptungen. Er habe vor längeren Jahren an der Cellerstraße ein Wohnhaus errichtet, welches mit dem Grundstücke 34000 M gekostet habe. Von dem Stadtbauamte sei ihm nun die Bewohnung des Hauses unmöglich gemacht und habe er in Folge dessen die Zinsen nicht aufbringen können, sodaß ihm das Haus für 12000 M zwangsweise verkauft sei. Nun verlange er den Ausfall von 22000 M seitens der Stadt bezahlt. Eine nähere Begründung dieser Forderung fehle in der Klage. Nach der bereits vorliegenden Klagebeantwortung des Magistrates liege die Sache so, daß Brendecke im Jahre 1878 nicht ein Wohnhaus an der Cellerstraße errichtet habe, sondern ein Lagerhaus, das von der Straße entfernt gelegen und mit ihr auch nicht durch einen mindestens 3 m breiten Zugangsweg verbunden sei, wie dieses bei Wohnhäusern die Vorschrift erfordere. Später habe er dann versucht, dieses Lagergebäude in ein Wohnhaus umzuwandeln, sei jedoch mit seinen Anträgen von dem Stadtbauamte sowohl, als auch in der Recursinstanz von dem Herzoglichen Staatsministerium abgewiesen. Den Grund der Untersagung habe man gestützt auf die Bestimmung, daß die Errichtung von Wohnhäusern außerhalb der angelegten Straßen und Plätze verboten sei und auf die mangelnde Zugänglichkeit. Persönlich habe Redner die Auffassung, daß sich die Gerichte über diese reine Verwaltungs-



frage überhaupt nicht auszusprechen haben; denn wenn es richtig sei, daß die zuständigen Verwaltungsbehörden diese lediglich als Baupolizeisache oder als Feuerpolizeisache zu behandelnde Frage verneint haben, so seien die Gerichte auch nicht in der Lage, diese reine Verwaltungsfrage nachzuprüfen. Andernfalls würde es dahin kommen, daß ein Privater, wenn zu seinen Ungunsten in einer Verwaltungsfrage entschieden wäre, sich auf den Rechtsweg berufe. Die Falschheit einer Entscheidung könne niemals ein Rechtsgrund für einen Entschädigungsanspruch sein, solange die Verwaltungsbehörden innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit geblieben seien. Es könnte sonst auch Jemand immer wieder einen neuen Proceß anstrengen, wenn er angeblich rechtsirrthümlich vor einem Civilgerichte abgewiesen sei und verlangen, daß der Staat ihn entschädige. Die Jurisdiction im Wege des Civilprocesses stehe auf gleicher Stufe mit der Rechtspredung der Verwaltungsorgane, solange sie innerhalb ihrer Zuständigkeit bleiben. Wenngleich man bedauern könne, daß z. B. noch kein Verwaltungsgerichtshof vorhanden sei, der solche sehr wichtigen und schwerwiegend eingreifenden Fragen zu lösen habe, so ändere das nichts an dem Grundsatz, daß die Gerichte nicht befugt erscheinen, in die Handlungen der Verwaltungsorgane einzugreifen. Schon aus diesem Gesichtspunkte müßte die Sache ausgenommen werden und gebe er anheim, die Genehmigung zur Proceßführung zu ertheilen, ohne daß sich die Versammlung auf eine Nachprüfung der Frage einzulassen habe, ob die Entscheidung des Stadtbauamtes richtig gewesen sei oder nicht.

Herr Nieß ist der Ansicht, daß die Sache an und für sich zur Verhandlung ungeeignet sei, weil Brendecke jetzt einen Proceß angestrengt habe. Dagegen halte er sich nach den ihm von dem Kläger gemachten Mittheilungen für verpflichtet, zu sagen, daß der Darstellung des Herrn Vorsitzenden noch der Schluß mangle. Brendecke sei erst dadurch aufmerksam geworden, daß die Entscheidung des Stadtbauamtes gegen ihn unrichtig sein müsse, weil die ihm versagte Genehmigung zum Bewohnen des Hauses, welche Maßnahme ihn arm gemacht habe, einem wohlhabenden Rechtsnachfolger ertheilt sei.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß es sich dabei um eine Schlußfolgerung handle, die mit der Sache selbst nichts zu thun habe. Zur Aufklärung dieses Punktes wolle er aber noch Folgendes mittheilen. Nachdem das Grundstück subhastirt sei, habe es der Nachbar Brendecke's erworben und seinem Besizthum zugelegt. Dieser Rechtsnachfolger habe dann den Zugangsweg zu dem Grundstück auf 3 m verbreitert und darauf den Antrag gestellt, zu gestatten, daß auch dieser Theil seines an der Cellerstraße liegenden Grundstücks bewohnt werden dürfe, welchem Antrage das Stadtbauamt habe zustimmen müssen. Wenn nun auch zuzugeben sei, daß diese Entscheidung für Brendecke sehr schmerzlich sei, so habe doch andererseits das Stadtbauamt in dem Momente, wo die von ihm früher

geltend gemachten Bedenken gegen die Bewohnbarkeit des Hauses seiner Ansicht nach weggefallen seien, nicht anders entscheiden können.

Die Genehmigung zur Proceßführung wird darauf ertheilt.

### XXI. Erklärung des Herrn Bültmann I.

Herr Bültmann I sieht sich veranlaßt, ein ihm in Folge seines Referates in der Parkstraßenangelegenheit — Seite 156 des Berichts — zugegangenes Schreiben des General-Lieutenants z. D. von Henninges zur Verlesung zu bringen, welches folgenden Wortlaut hat: „Sie haben Sich bemüht, in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. September d. Jrs. eine Verschiedenheit meiner Ansicht über die Nothwendigkeit der Verbreiterung der Parkstraße in einem Briefe von mir und in einem Proteste, den ich mit unterzeichnet habe, zu erweisen. Der Brief stammt aus der Zeit, als die neue Husarencaferne und der dabei liegende Stadtheil noch nicht fertig waren. Der Protest fällt in die Zeit der Fertigstellung jenes Stadtheiles. Die Verschiedenheit der Ansichten in jenen beiden Schriftstücken möchte dadurch ausreichend erklärt sein. Nachdem nun aber die Herren Stadtverordneten den Zeitpunkt, zu welchem die Verbreiterung der Parkstraße ein Bedürfniß war, ruhig haben vorübergehen lassen, so sind die Hausbesitzer dieser Straße wohl berechtigt, jetzt zu erklären, daß eine Verbreiterung für sie keinen Werth mehr hat. Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, in der nächsten Sitzung den Herren Stadtverordneten auch von diesem Briefe Kenntniß zu geben u.“

Dem Wunsche des genannten Brieffschreibers sei damit Folge gegeben.

### XXII. Antrag Uhde: Ausschmückung des Gebäudes der Pumpstation.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, zu genehmigen, daß aus den bereits zur Disposition gestellten Baugeldern für die Gebäude der Pumpstation eine Summe bis zu 2500 M für die Herstellung von zwei Statuen: Dreckdortchen und einen Piepenbruder darstellend, verwendet werden dürfe.“

Zur Begründung führt Herr Uhde Folgendes aus: In aller kürzester Zeit werde ein Bauwerk vollendet sein, welches das größte und theuerste sei, das Braunschweig jemals errichtet habe, ein Bauwerk, das Aller Gesundheit dienlich sein solle, nämlich die Canalisation und die Wasserleitung. An diesen beiden Bauten sei während einer ganzen Generation unter Aufwendung bedeutender Mittel gearbeitet, um aus Braunschweig eine gesunde Stadt zu machen. In dieser Zeit sei viel probirt und viel Geld weggeworfen für schlechte Canäle und wenn man dieses unnütz verausgabte Geld wieder bekommen könnte, so würde es genügen, um die Fronten des neuen Stadthauses ganz mit

Statuen zu bekleiden. Nachdem nun dieses Bauwerk so weit vollendet sei, würde es sich wohl geziemen, einmal an die Vergangenheit zu denken und sich der Thaten zu erinnern, welche die Vorfahren geleistet haben. Da seien es zunächst die Piepenbrüder, welche die großen Wasserrohranlagen geschaffen haben, durch die die öffentlichen Brunnen, die Brauhäuser u. mit Wasser versorgt seien. Der letzte dieser Piepenbrüder werde der Brunnenmacher Verdriß gewesen sein, der mit seinen großen Stiefeln herumgegangen sei, um die schadhaften hölzernen Wasserrohren zu repariren. Zu der Reinlichkeit habe sich dann zu allen Zeiten der Dreck gesellt und als Personification desselben sei wohl das alte Dreckdortchen anzusehen, die den Dreck von den Straßen sehr wenig weggenommen habe. Man könne sie als die Personification des alten Systems der Dreckabfuhr bezeichnen, und wenn das jetzige Abfuhrsystem noch nicht ganz die Billigung der Einwohnerschaft gefunden habe, so besitze es doch den Vorzug, daß der Dreck jetzt in flüssigen Schlamm verwandelt werde. Darum solle man dem Mittelalter ein Denkmal setzen, indem man an der Pumpstation zwei Statuen vom Dreckdortchen und vom letzten Piepenbruder Verdriß errichte. Die Kosten würden sich auf etwa 2500 M belaufen und könnten aus den Ersparnissen der Bewilligung für die Pumpstation bestritten werden. Wenn an dem Gebäude irgend ein Wappenthier angebracht werden sollte, hätte es eines besonderen Antrages nicht bedurft, da es sich aber um die leidige Kunst handle, sei er gezwungen, die Sache hier vorzubringen. Im Interesse der Pietät und der Kunst bitte er, diesen kleinen Obolus zu opfern und die beiden Figuren auf die Nachwelt zu bringen.

Herr Wolff ist der hier vorgetragene Gedanke durchaus nicht unsympathisch, jedoch habe sich Herr Uhde in einem sonderbaren Irrthum bewegt. Dreckdortchen als Symbol vergangener Zeit hinzustellen, sei nicht richtig, denn solche charakteristischen Gestalten wie Dreckdortchen könne man noch jetzt überall auf den Straßen finden, die sich mit dem Inhalte der Dreckeimer zu thun machen. Darum möchte er bezweifeln, daß gerade diese Figur sich als ein Symbol aus vergangener Zeit eigne, wogegen er mit großem Vergnügen den alten Verdriß an der Pumpstation erblicken würde. Er möchte darum Herrn Uhde bitten, in seinem künstlerischen Denken nach einer anderen Figur auszu schauen.

Herr Nieß will die Charakteristik vom Dreckdortchen noch dahin vervollständigen, daß es sich um diejenige Person handle, welche mit der Glocke in der Hand neben dem Dreckwagen hergegangen sei und dem Fuhrknechte den Dreck auf die Schaufel gesetzt habe. Darum werde die geplante Figur jedenfalls in die eine Hand eine Glocke und in die andere einen Besen erhalten sollen.

Herr Uhde bemerkt noch, daß auch die Portraitähnlichkeit vollständig hergestellt werden solle.

Herr Wollenweber kann sich nicht dafür erklären, daß gerade für Dreck-

dortchen eine so große Summe ausgegeben werden solle; wenn es sich um einen anderen Zweck handeln würde, hätte er nichts dagegen einzuwenden.

Herr Lössigk möchte warnen, die Sache so kurzer Hand abzulehnen, wenn sie auch ihre zwei Seiten habe. Die Statue vom Dreßdortchen werde jedenfalls noch vor manchem Erzeugnisse aus der Vorzeit bestehen können und möge man sich in dieser Beziehung nur einmal den Häuserschmuck an der Steinstraße ansehen.

Herr Halle kann sich nicht dafür erwärmen, daß die Pumpstation dort hinten im Felde noch mit Kunstwerken geschmückt werden solle. Wenn man das Geld für die weitere Ausschmückung des Stadthauses verwenden wollte, würde er nichts dagegen haben.

Herr Günther kann der Sache nicht so sehr widersprechen. Wenn er auch meine, daß die 2500 M wohl zu einem besseren Zwecke verwendet werden könnten, so werde das doch nicht zugelassen. Die Symbolisirung für das Gebäude scheine ihm ganz gut gehalten zu sein. Man solle dabei auch bedenken, daß Denkmäler selbst für solche Leute errichtet würden, die gar kein Verdienst haben.

Herr Rathe möchte sich gegen den Antrag aussprechen. Wenn an dem Gebäude ein Platz frei sei, so solle man ihn so lange offen halten, bis dem genialen Ausführer der ganzen Anlage ein Denkmal errichtet werden könne.

Herr Lössigk entgegnet, daß sich für den Herrn auch noch ein besserer Platz finden werde.

Der Antrag Uhe wird sodann angenommen.

### **XXIII. Antrag Lange u. Gen. Einrichtung von Auerlicht im Sitzungssaale.**

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, den Sitzungssaal mit Auerlicht versehen zu lassen und bewilligt die hierzu erforderliche Summe von 300 M.“,

wird von Herrn Lange damit begründet, daß die Hitze im Sitzungssaale stets so groß sei, um eine Herabminderung derselben wünschenswerth erscheinen zu lassen. Wenn auch nur ein Theil der im Saale vorhandenen Flammen mit Auerbrennern versehen würde, so lasse sich dadurch die Temperatur schon wesentlich heruntersetzen. Der Antrag sei als ein dringlicher gestellt, um möglichst schon in der nächsten Sitzung die Aenderung zu haben.

Die Versammlung genehmigt den Antrag.

### **XXIV. Anfrage Bues: Ausbau der Capellenstraße.**

Zu der Anfrage:

„Welche Gründe liegen vor, daß die Capellenstraße nicht ausgebaut wird, da schon der größte Theil der Kosten eingezahlt ist?“

bemerkt Herr Bues, daß die Straße sich namentlich in regnerischer Zeit in einem entsetzlichen Zustande befinde und dringend der Besserung bedürfe. Da schon eine Menge Häuser an der Straße vollendet seien und für andere bereits die Bauzeichnungen vorliegen, auch der Anschluß an den Canal der Helmstedterstraße sich wohl leicht erreichen lasse, so müßte dort bald etwas geschehen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß wegen Ausbaues der Capellenstraße ein Vertrag mit dem betr. Unternehmer abgeschlossen und von diesem auch eine Caution von 9000 M hinterlegt sei. Die verschiedenen Versuche des Magistrates, den Ausbau vorzunehmen, seien daran gescheitert, daß der Unternehmer gebeten habe, vorläufig noch davon Abstand zu nehmen, weil er Geschäftsverluste gehabt habe, und sei der Magistrat der Ansicht gewesen, dem Ansuchen stattgeben zu sollen.

## XXV. Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentlichen Feuermelder.

Wie Herr Halle zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für eine bessere Zugänglichkeit der öffentlichen Feuermelder sorgen zu wollen,“  
ausführt, brauche er wohl nur auf das zuletzt hier vorgekommene schreckliche Brandunglück mit dem so traurigen Ausgange hinzuweisen, um die Annahme des Antrages zu befürworten. Schon vor einigen Jahren habe er einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Feuermelder beinahe überflüssig wären, mindestens aber ihren Zweck nicht voll erfüllten, wenn sie nicht leicht zugänglich gemacht würden. Diese Bedenken haben sich nun in letzter Zeit erwiesen und bitte er deshalb um Unterstützung des Antrages.

Derselbe wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

---

Nachdem sodann der Herr Vorsitzende noch constatirt hatte, daß jedem Mitgliede der Versammlung eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Cämmereicasse zugegangen sei,  
wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

---

1894/95.

№ 8.

# Be r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. November 1894.

---

### Tagesordnung:

|                                                                                          |           |
|------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Bedürfnisanstalt am H. Exercierplatze . . . . .                                       | Seite 184 |
| II. Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentl. Feuerwehser . . . . .              | " 184     |
| III. Gesuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .                                         | " 186     |
| IV. Kosten für Vorrichtungen in der Neustadtmühle . . . . .                              | " 186     |
| V. Bewilligung weiterer Kosten für Canalbauten . . . . .                                 | " 187     |
| VI. Theilortsbauplan an der Hagen- und Wiesenstraße . . . . .                            | " 187     |
| VII. Straßenbaukosten am Altwiekeringe . . . . .                                         | " 187     |
| VIII. Unterstützung der Gemeindepflege zu St. Catharinen . . . . .                       | " 188     |
| IX. Proceß gegen die Interessentschaft Hagen . . . . .                                   | " 188     |
| X. Statut über die Fälligkeit der Gemeindesteuern . . . . .                              | " 190     |
| XI. Straßenbaukosten an der Weststraße . . . . .                                         | " 192     |
| XII. Aenderung des Ortsbauplanes in der nördlichen Außenstadt . . . . .                  | " 192     |
| XIII. Straßenbaukosten an der Elbert- und einer angrenzenden Verbindungsstraße . . . . . | " 193     |
| XIV. Unterstützung des Vereins gegen Bettelerei . . . . .                                | " 193     |
| XV. Aufnahme eines Proceßes . . . . .                                                    | " 194     |
| XVI. Antrag Lord: Einrichtung einer Eisbahn auf dem H. Exercierplatze . . . . .          | " 194     |
| XVII. Anfrage Gehling: Einfriedigung von Terrain an der Weststraße . . . . .             | " 195     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer, Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor von der Schulenburg; später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Engelbrecht, Lange, Löffbecke, Löffhigt und Uhde; außerdem fehlt Herr Brückmann.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und der Versammlung zunächst mitgetheilt, daß von dem früheren Destillateur Brendecke wiederum eine Eingabe vorliege, auf deren Inhalt indessen nicht näher eingegangen werden könne, weil die streitige Frage jetzt im Wege des Processus zur Entscheidung gelange. Außerdem sei von dem Vorstande des Männer-Turnvereins eine Einladung zu dem Schauturnen und der Festkneipe am 2. December eingegangen.

Sodann wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

### 1. Bedürfnisanstalt am kl. Exercierplatze.

In der Sitzung am 15. März 1894. — Seite 341 des Berichts — hatte die Versammlung den Magistrat um Errichtung einer Bedürfnisanstalt an dem kl. Exercierplatze ersucht. Der Magistrat erklärt sich jetzt mit diesem Antrage einverstanden und giebt anheim, die Wiederaufstellung der früher vor dem Hohenthore vorhanden gewesenen massiven Anstalt unter Aufwendung von 950 M. zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Anstalt an der Nebenstraße gegenüber der Nationalbrauerei errichtet werde. Das Königliche Garnison-Commando habe sich mit der Anlage bereits einverstanden erklärt.

Wie Herr Lord berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen. Der vom Magistrate für die Anstalt in Aussicht genommene Platz sei von allen Seiten gut zu erreichen und eigne sich daher vorzüglich für eine solche Anlage.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

### II. Antrag Halle: Bessere Zugänglichkeit der öffentl. Feuermelder.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 182 des Berichts — ist von der Finanzcommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Wagner: Wenn auch das hiesige Feuerlöschwesen sich in einem guten Zustande befinde, so habe dasselbe doch auch Mängel aufzuweisen und hierzu gehöre, daß es der Einwohnerschaft nur an wenigen, meistens sogar von den verkehrreichen Gegenden weit abliegenden Stellen möglich sei, zur Nachtzeit Feuer anzumelden.

Es gebe nämlich nur 11 Stellen, an welchen ohne Zeitverlust zu jeder Stunde des Tages und der Nacht Feuer angemeldet werden könne und dazu kämen noch 9 weitere Stellen, an welchen die Anmeldung aber zeitraubender sei. Die Zahl der bestehenden Feuermeldbestellen sei entschieden ungenügend und die Entfernung derselben für manche Einwohner so weit, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müsse. Da der Antrag die Frage offen lasse, in welcher Weise solche Abhilfe zu beschaffen sei, so habe die Finanzcommission ihrerseits Stellung dazu genommen und bringe sie der Versammlung in Vorschlag, den Magistrat zu ersuchen, sofort, oder wenigstens sobald als möglich in der Stadt öffentliche Feuermelder einzurichten und dieselben so kenntlich zu machen, daß sie Jedermann auch des Nachts leicht erreichen könne. Wenngleich in anderen Städten mit solcher Einrichtung auch Unfug getrieben werde, so dürfe dieses doch kein Grund sein, dieselbe nicht zu schaffen und empfehle es sich, auf derartigen Unfug eine strenge Strafe zu setzen, dann werde derselbe schon aufhören. Der Magistrat müsse gleichzeitig aber auch dafür Sorge tragen, daß der Einwohnerschaft häufig und in vielseitiger Weise bekannt gegeben werde, wo schon jetzt Feuermeldbestellen vorhanden seien, denn die Einwohnerschaft zeige sich darin wenig unterrichtet. Beispielsweise empfehle es sich auch, oben an den Anschlagläulen zu vermerken, wo der jeweilig nächste Feuermelder zu finden sei. Am besten wäre es, wenn es sich durchführen ließe, daß, dem Wunsche des verstorbenen Branddirectors Reuter entsprechend, in jedem Hause ein Placat angebracht würde, welches den nächsten Feuermelder bezeichnede. Auch empfehle es sich, an den Briefkästen einen entsprechenden Vermerk anzubringen, was seitens des Magistrates auch schon geplant sein solle. Da selbst die Nachtwächter oft nicht Bescheid wissen, wo sich ein Feuermelder befinde, so erscheine es zweckmäßig, den Leuten ein Verzeichniß der Meldestellen auszuhändigen, welches sie stets bei sich zu führen haben. Ferner empfehle es sich, in den Restaurationen und Cafés, welche hoffentlich nicht für alle Zeit um 1 Uhr geschlossen würden, Feuermelder anzubringen. Die Schloßwache eigene sich hierzu weniger, weil der Militärposten möglicherweise Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchlassung einer Person machen könnte. Das Herzogliche Hoftheater besitze keine Wache und eigne sich daher nicht zur Anbringung eines Feuermelders, ebenso seien die Polizeistationen in dieser Beziehung als unsicher zu bezeichnen. Im Namen der Finanzcommission stelle er daher folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in den Straßen und auf den Plätzen der Innenstadt vorläufig etwa zehn öffentliche Feuermelder, wie man sie in anderen großen Städten schon seit längerer Zeit hat, aufstellen zu lassen und der Einwohnerschaft öfter in geeigneter Weise bekannt zu machen, wo und wie Meldungen nach der Hauptfeuerwehr am schnellsten geschehen können.



Der Dringlichkeit wegen wird die Versammlung ersucht, schon heute die zur Aufstellung der erwähnten Feuermelder erforderliche Summe von etwa 4000 M zu bewilligen."

Herr Bauermeister steht der Sache schon als Feuerwehrmann sehr sympathisch gegenüber, möchte aber noch anheimstellen, auch den Nachtwächtern Schlüssel zu den Schulen zu geben, damit die dort befindlichen Feuermelder leicht erreicht werden können.

Herr Südel würde es für das zweckmäßigste halten, wenn so viel Feuermelder vorhanden wären, daß man auf eine Entfernung von 100 m einen solchen erreichen könnte.

Herr Bültmann I will mittheilen, daß in Hamburg jeder Bürger einen Schlüssel zum Feuermelder seiner Straße besitze, der nach Benutzung stecken bleibe und nur durch die Feuerwehr wieder entfernt werden könne. Außerdem besitzen dort die Nachtwächter zu allen öffentlichen Gebäuden Schlüssel und empfehle es sich, solche Einrichtung auch hier zu treffen, da mit den öffentlichen Feuermeldern doch viel Unfug getrieben werden würde.

Herr Bauermeister kann sich nicht denken, daß der Unfug so groß sei. Die Glaskästen könne man so hoch anbringen, daß Kinder nicht heranreichen und wenn auf jede mißbräuchliche Benutzung eine hohe Strafe gesetzt werde, dann dürfte nicht viel Unfug mit der Einrichtung getrieben werden.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf angenommen.

### III. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Dem Antrage der Handelsfrauen Schärf und Klages um Freigabe eines Ziehundes stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Vorsitzen- den zu. Ebenso wird ein Gesuch des Maurers Ottemann auf Befreiung von der Steuer für einen Hund genehmigt, den Ottemann im ersten Vierteljahre des Finanzjahres verkauft hat und dessen nachheriger Eigenthümer ausgerückt ist.

Dagegen verwirft die Versammlung das Gesuch des Händlers Dortmund um Freigabe eines Wachhundes.

### IV. Kosten für Vorrichtungen in der Neustadtmühle.

Die in der Sitzung vom 15. März d. Jrs. — Seite 353 des Berichts — beschlossene Anschaffung einer Reinigungsmaschine für die Neustadtmühle bedingt die Zufügung eines Ventilators und zweier Elevatoren für den geordneten Betrieb der Maschine. Der Magistrat ersucht, die für diese Ergänzung weiter verausgabte Summe von 512 M zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, geschieht.

#### V. Bewilligung weiterer Kosten für Canalbauten.

Von den für das Finanzjahr 1893/94 etatsmäßig vorgesehenen und bezw. nachträglich genehmigten Canalbauten sind bis zum Abschluß der Jahresrechnung verschiedene Bauabschnitte nicht vollständig zum Abschluß gebracht, in Folge dessen auch von dem für die betr. Canalabschnitte bewilligten Credit ein Gesamtbetrag von 61494,70 M im Jahre 1893/94 nicht zur Verwendung gelangt ist. Um nun die betr. Canalabschnitte noch im Laufe des gegenwärtigen Finanzjahres ausbauen zu können, wird der erforderliche Geldbetrag von Neuem bewilligt werden müssen. Der Magistrat beantragt daher die erneuerte Bewilligung von 61494,70 M behufs Vollendung der in Rede stehenden Canalbauten und bemerkt dabei, daß das Extraordinarium der Stadtcasse durch unerwartete Mehreinnahmen in die Lage gesetzt worden sei, dem Canalbaufonds diese Summe vorzuschießen. Es handelt sich dabei um folgende Straßen: Neuerweg, Egidiensstraße und Othilientheil, am alten Petritzhof, verl. Bammelsburgerstraße, Eichthalstraße, Uferstraße, Vorfluthcanal durch Kessels Garten, Münz-, Friedr.-Wilhelmstraße, Leopoldstraße und Bruchthorpromenade.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, genehmigt.

#### VI. Ortsbauplan an der Hagen- und Wiesenstraße.

Der Bauunternehmer Zwingmann beabsichtigt, an der Ecke der Hagen- und Wiesenstraße an Stelle des niederzuliegenden Gebäudes *N. ass.* 3109 einen Neubau aufzuführen. Da nun an den angrenzenden Abschnitten der Hagenstraße durch den Ortsbauplan Vorgärten vorgesehen sind, so erscheint es dem Stadtbauamte wünschenswerth, daß dieselben auch vor diesem und den Grundstücken *N. ass.* 3999 und 5424 in einer Breite von 2 m angeordnet werden. Der Magistrat giebt anheim, einen dementsprechend aufgestellten Ortsbauplan zu genehmigen.

Wie Herr Nieß berichtet, hat die Baucommission gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, worauf derselbe von der Versammlung angenommen wird.

#### VII. Straßenbaukosten am Altewickeringe.

Die Straßenbaukosten des Altewickeringes zwischen Kastanienallee und Husarenstraße belaufen sich auf 259 M für das Lfd. Meter. Hierbei übernimmt die Stadt aus Anlaß der größeren Breite der Ringstraße vorweg einen Beitrag von 25 898,56 M. Der Magistrat ersucht, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Befürwortung der Baucomission, für welche Herr Bültemann I berichtet, geschieht.

### VIII. Unterstützung der Gemeindepflege zu St. Catharinen.

Der Rechnungsführer der Gemeindepflege zu St. Catharinen hat gebeten, dieser Stiftung eine Beihilfe zu den Kosten der Fußwegbefestigung an der Carlstraße, welche sich für die Stiftung auf 185,63 M belaufen, zu gewähren, da ihr die Ausbringung dieser Kosten schwer fallen würde. Der Magistrat giebt anheim, der bezeichneten Gemeindepflege einen Zuschuß in Höhe von 100 M aus der Hundesteuercasse zu bewilligen.

Auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden wird dem Antrage gemäß beschlossen.

### IX. Proceß gegen die Interessentschaft Hagen.

Die Stadt hat sich durch Vertrag vom 28. August 1889 verpflichtet, dem Bauunternehmer Bannow eine 6 qm große, an der Wendenmaischstraße gelegene Fläche unentgeltlich zu überlassen. Da es sich hier um verlassenes, der Stadtgemeinde gebührendes Wegeterrain handelt, welches auf den Namen der Interessentschaft Hagen eingetragen ist, diese sich aber weigert, dasselbe der Stadt unentgeltlich aufzulassen, so ersucht der Magistrat, ihn zur Anstellung eines Processes zu ermächtigen.

Wie Herr Wolff namens der Statutencomission berichtet, hat eine Vorprüfung der Angelegenheit ergeben, daß das fragliche Terrain in der That als Wegeterrain anzusehen sei. Die gesetzliche Bestimmung im §. 55 der Wegeordnung gestehe nun ein solches Terrain thatsächlich der Stadt zu, sodaß bei der Weigerung der Interessentschaft sie gezwungen werden müsse, das Terrain der Stadt aufzulassen. Um nun dem Magistrate bei der Proceßführung freie Hand zu geben, beantrage die Commission, die Versammlung möge ihr Einverständniß damit erklären, daß seitens des Magistrates diejenigen Schritte geschehen, welche zur grundbuchmäßigen Erlangung der betr. Parcelle erforderlich seien.

Herr Rathe führt dagegen aus, daß es sich hier um eine Principienfrage handle, bei der entschieden werden solle, ob die der Interessentschaft gehörenden Wege ohne Weiteres in das Eigenthum der Stadtgemeinde übergehen. (Widerspruch.) Der Vorsitzende der Deputation habe ihm gesagt, daß er für die 6 qm einen Einheitspreis von 8 M gefordert habe, weil in demselben Augenblicke, wo diese 6 qm ohne Entschädigung der Stadt zugesprochen würden, ein weiteres nur am, nicht im Straßenzuge gelegenes Wegeterrain von ca. 200 qm kostenlos in den Besitz der Stadt

übergehen würde und er dieses nicht verantworten könne. Bei Gelegenheit des Ausbaues der Hagenstraße und noch bei anderen Gelegenheiten seien große Terrainstreifen ohne Weiteres in den Besitz der Stadt übergegangen und habe diese, öfters sogar in dem Verlassungstermine, das Terrain für einen Preis von 10 M pro qm weiter verkauft, was doch wohl unbillig erscheinen müsse. Darum könne die Interessentschaft unter keinen Umständen solche Verpflichtungen weiter eingehen. Wenn aber die Versammlung jetzt den Proceß zulasse, so genehmige sie denselben theilweise gegen sich selbst, da ein Theil der Mitglieder zu den Interessenten der Häger Feldmark gehöre. (Heiterkeit.) Selbst der Magistrat gehöre mit dem Grundstücke des neuen Gaswerks und des Straßenreinigungsinstituts zu der Interessentschaft und auch das Waisenhaus besitze dort sehr viele Länderei. Wenn aber Geld aus diesem Wegeterrain herauskomme, so falle es doch wieder den Interessenten zu.

Herr Wolff will seinem Erstaunen über diese Erklärung Ausdruck geben. Von Herrn Rathe sei in keiner Weise auch nur angedeutet, daß der Standpunkt der Commission, nach welchem die angezogene gesetzliche Bestimmung zutreffe, unrichtig sei, somit habe die Versammlung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Proceßwege festzustellen, ob der Standpunkt zutreffe oder nicht. Ob hierbei aber einzelne Mitglieder der Versammlung interessirt seien, dürfte doch wohl unter keinen Umständen die Versammlung davon abhalten, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun. Die Aeußerungen des Herrn Rathe dürften daher mehr einem Eiligkeitsversehen, als einer ernstlichen Ueberlegung entsprungen sein, denn sonst wisse man nicht, wohin das führen solle. Die Versammlung dürfte sich vorkommendenfalls nicht einmal der Verpflichtung entziehen, gegen einzelne eigene Mitglieder vorzugehen. Die Beschlußfassung könnte hier überhaupt gar nicht zweifelhaft sein, wenn sich nicht nachweisen ließe, daß die betr. Parcellen nicht als Wegeterrain anzusehen sei.

Herr Bültemann I will bemerken, daß die Altwiek-Gemeinde noch große Summen Geldes von der Stadt zu fordern haben würde, wenn die Ansicht des Herrn Rathe richtig wäre. Die Gemeinde habe aber die betr. Flächen der Stadt gern abgetreten, weil sie durch die stadtseitige Ausbaunng der Pflicht enthoben sei, diese Schandstraßen mit großen Opfern immer wieder ausbauen zu müssen. Jedenfalls habe Herr Rathe die Sache von dieser Seite noch nicht überlegt.

Herr Halle meint, daß die Stadtverwaltung nicht zum ersten Male mit der Verwaltungs-Interessentschaft Hagen in Conflict gerathen sei. Er könne nicht verstehen, daß die Interessentschaft bei einer so klaren Sachlage es zu einem Proceß kommen lassen wolle. Bei dieser Gelegenheit wolle er einmal anregen, ob es nicht möglich sei, die veraltete Institution der Feldmarks-

Interessenschaften aufzuheben, da dieselben unter den heutigen Verhältnissen doch wohl gar keine Existenzberechtigung mehr besitzen, denn die Wege vor den Thoren könnten sie doch nicht so im Stande erhalten, wie es der Verkehr mit sich bringe. Er bitte die Herren, welche Mitglieder der Landesversammlung seien, an zuständiger Stelle ein Wort in dieser Richtung einzulegen.

Herr Rathe muß sich für vollständig berechtigt und berufen halten, Einspruch zu erheben, wenn dieses im Interesse einzelner seiner Wähler geschehe. Die Interessenschaft sei immerhin berechtigt, auf ihrem Rechte zu bestehen, da das Wegeterrain Eigenthum derselben sei. Die in die neuen Straßenzüge gefallen Wege habe die Interessenschaft stets anstands- und kostenlos abgetreten, wenn aber Terraintheile oder aufgehobene Wege liegen bleiben, so müssen diese ihr Eigenthum verbleiben und können nicht ohne Weiteres der Stadt zufallen. Er bitte deshalb, die Proceßführung abzulehnen.

Herr Wolff wünscht durchaus nicht, die Interessenschaft Hagen zu verewaltigen, aus welchem Grunde auch die Proceßführung befürwortet sei. Wenn dann der Richter feststelle, daß in diesem Falle die Voraussetzungen des angezogenen Paragraphen nicht vorliegen, so habe die Interessenschaft den Proceß gewonnen. Das Risiko des Processes zu übernehmen sei aber die Stadtverwaltung nach der Sachlage verpflichtet.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte noch hervorheben, daß die Stadt sich hier in einer Nothlage befinde. Entweder müsse sie den Preis für die Fläche bezahlen und damit präjudizire sie sich anderen Interessenschaften und anderen Fällen gegenüber, oder sie werde von Bannow auf Ueberweisung des ihm contractlich bereits zugesicherten Terrains verklagt.

Der Commissionsantrag wird sodann angenommen.

#### X. Statut über die Fälligkeit der Gemeindesteuern.

Die ausgeschriebene Gemeindesteuer ist bei dem Fehlen besonderer statutarischer Bestimmungen entsprechend der Vorschrift des §. 190 der Städteordnung in vierteljährlichen Beträgen bis zum Ablauf der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres an die Stadtcasse abzuführen. Da nun gegen Ende dieser gesetzlichen Zahlungsfristen der Andrang der Steuerzahler zur Stadtcasse stets so groß ist, daß die mit Hebung der Steuern betrauten Beamten den an sie gestellten Forderungen selbst mit der größten Anstrengung kaum gerecht werden können, so verlangt nach der Ansicht des Magistrates sowohl das Interesse des Publicums wie des Geschäftsbetriebes der Stadtcasse eine Aenderung der bestehenden Einrichtung. Diese Aenderung beabsichtigt der Magistrat in der Hauptsache durch Einführung verschiedener Zahlungsfristen für die einzelnen Steuerpflichtigen und daneben durch Vereinfachung des Steuererhebungsgeschäftes eintreten zu lassen und zwar ersteres

zunächst in der Weise, daß der eine Theil der Steuerpflichtigen bis zum Ablaufe der ersten Hälfte des zweiten Monats im Vierteljahre und der andere gleich große Theil bis zum Schlusse dieses Monats zu zahlen hat, letzteres aber dadurch, daß in Zukunft die Gemeindesteuer, die Kirchensteuer, die Zuschlagssteuer (§. 55 des Verwaltungsstatuts) und die Canalabgabe in einem Steueraus schreiben angefordert wird. Voraussetzung für die Einführung dieser Maßregeln ist jedoch der Erlaß eines Statuts, welches sowohl für eine von der gesetzlichen Vorschrift abweichende Fristenbestimmung die nothwendige Unterlage bietet, als auch, in Abänderung des §. 18, Absatz 1 des Statuts vom 13. März 1888, *Nr.* 43, wonach die Canalabgabe am letzten Tage eines jeden Quartals fällig ist, für die Canalsteuer dieselben Zahlungsfristen festlegt, wie sie für die Gemeinde- und die Kirchensteuer gelten. Der Magistrat richtet daher an die Versammlung das Ersuchen, einem entsprechenden Statutentwurfe zuzustimmen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff der Meinung, daß der hier geplante Weg in der That für das Publicum und für die Beamten eine wesentliche Erleichterung in sich schließe. Die Fassung des Statutentwurfes biete zu Beanstandungen keine Veranlassung. Eine genaue Kenntlichmachung der einzelnen Zahlungsfristen könne dem Magistrate überlassen bleiben. Im Uebrigen empfehle die Commission die Annahme des Statutentwurfes.

Herr Müller kann sich mit den zweierlei Zahlungsfristen nicht einverstanden erklären, weil es zur Unzufriedenheit im Publicum führen müsse, wenn nach einem Steuerzahler schon am 16. des betr. Monats der Executor kommen könne, während ein anderer Bürger noch bis zum Schlusse des Monats mit der Zahlung Zeit habe. (Widerspruch.) Es würde viel richtiger sein, wenn noch einige Zahlstellen in einem anderen Raume eingerichtet werden könnten, dann trete wenigstens keine Bevorzugung einzelner Steuerzahler ein.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, man könnte diesem scheinbaren Mißstande dadurch begegnen, daß man die Zahlungsfristen in den einzelnen Bezirken von Jahr zu Jahr wechseln lasse.

Herr Südel kann sich der Ansicht des Herrn Müller nicht anschließen. Selbst bei einer erheblichen Vergrößerung der Cassenräume würde das Gedränge doch dasselbe bleiben. Dagegen erscheine ihm der Vorschlag des Magistrates durchaus gut zu sein.

Herr Wollenweber möchte auch zu bedenken geben, ob es nicht möglich wäre, noch mehr Locale einzurichten. Jedenfalls gebe es Räume genug, welche allvierteljährlich einige Tage zur Verfügung gestellt werden können, und seien die Steuerzahler dann darauf aufmerksam zu machen. Wenn es auch hummliche Zahler genug gebe, so habe man doch auch mit einer ganzen Menge solcher Steuerzahler zu rechnen, die das Geld nicht früher bereit haben.

Herr Stadtrath Meyer will gern zugestehen, daß es verschiedene Möglichkeiten gebe, der Calamität abzuhelpfen, aber der Magistrat habe geglaubt, darnach zu streben, daß er mit den vorhandenen Mitteln auskomme, zumal da die Kräfte der Stadtcasse ausreichend erscheinen, die an sie gestellten Forderungen zu bewältigen. Man möchte daher diese Möglichkeiten fallen lassen und dem Vorschlage des Magistrates zustimmen.

Herr Rieke muß die vorhandenen Räume für unzureichend halten, da sie wohl für eine Stadt wie Schöningen und Schöppenstedt ausreichen, nicht aber für die Stadt Braunschweig. Wenn man sich nun auch scheuen werde, angesichts des neuen Stadthauses jetzt noch derartige Bauten vorzunehmen, so empfehle es sich doch vielleicht, die Cassenbeamten so zu vertheilen, daß größere Räume für das zahlende Publicum vorhanden seien, damit dieses nicht schließlich aus dem Fenster gehen müsse.

Herr Halle kann alle diese Mittel nicht für ausreichend erachten, dem Uebelstande abzuhelpfen, denn das Gedränge in den letzten Tagen würde doch nicht aufhören. Am besten dürfte es sein, wenn die Steuern, wie in Berlin, Bremen u. aus dem Hause abgeholt würden; er möchte daher empfehlen, diese Einrichtung wenigstens einmal versuchsweise einzuführen und zwar auf Kosten der Steuerzahler selbst.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß diese, in verschiedenen anderen Städten bestehende Einrichtung nicht anders eingeführt werden könne, als wenn eine erhebliche Personalvermehrung stattfinde und habe der Magistrat gemeint, dahin zu streben, daß man mit den vorhandenen Kräften auskomme.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XI. Straßenbaukosten an der Weststraße.

Die Anlieger der Weststraße westlich der Landeseisenbahn haben an Straßenbaukosten zusammen 19 494,17 M., d. i. für das laufende Meter 36,01 M. zu zahlen. Der Magistrat ersucht, diese Berechnung dahin festzustellen.

Nach dem Berichte des Herrn Rieke giebt die Baucommission anheim, die Kosten in dem angegebenen Betrage festzusetzen. Bemerken wolle er noch, daß wohl noch nie eine Straße so billig hergestellt sei, wie die Weststraße.

Die Festsetzung wird darauf beschlossen.

## XII. Aenderung des Ortsbauplans in der nördlichen Außenstadt.

Das Stadtbauamt hat vorgeschlagen, den festgestellten Ortsbauplan in dem von der Hamburgerstraße, dem Wendenringe und der Oker umschlossenen Theile

der nördlichen Außenstadt in mehrfacher Beziehung zu ändern, bezw. zu ergänzen. Der Magistrat kann sich mit diesen Vorschlägen nur theilweise einverstanden erklären und zwar hält er für zweckmäßig:

- 1) die Aufnahme einer gekrümmten neuen Straße, welche als Fortsetzung der Bammelsburgerstraße bis zum Wendenring erscheint;
- 2) die Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen der unter 1 gedachten neuen Straße und der verlängerten Wendenmarschstraße unter gleichzeitiger Aufhebung der angrenzenden bisher vorgesehenen Straßenstrecken;
- 3) die Ersetzung der geradlinigen Fortsetzung der Lampestraße bis in die Nähe des Wendenthores durch eine gekrümmte Straße von 17 m Breite mit 3 m breiten beiderseitigen Vorgärten;
- 4) auf der Westseite der südlichen Theilstrecke der Hamburgerstraße (zwischen dem Wendenthore und der Nebenstraße), die Feststellung einer die Erweiterung dieser Straße auf 17,3 m Breite ermöglichenden Baulinie und Anordnung eines 3 m breiten Vorgartens.

Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, diese Aenderungen bezw. Ergänzungen zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

### XIII. Straßenbaukosten an der Elbert- und einer angrenzenden Verbindungsstraße.

Die Kosten der Elbertstraße belaufen sich nach der Berechnung der städt. Bauverwaltung auf 102,144 M und diejenigen der Verbindungsstraße zwischen der Frankfurter- und der Elbertstraße in der Verlängerung des Cyriaksrings auf 161,689 M für das laufende Meter. Dem Ersuchen des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

entspricht die Versammlung auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet.

### XIV. Unterstützung des Vereins gegen Bettelei.

Schon seit mehreren Jahren hat die Armendirection bei dem Herannahen des Winters mit dem Vereine gegen Bettelei hieselbst ein Abkommen getroffen, nach welchem letzterer zu Zwecken der städtischen Armenpflege Brennmaterialien in größeren Quantitäten anzuschaffen und diese gegen bezirksseitig ausgestellte Bons in Theilmengen abzugeben hatte. Im letztverflossenen Winter ist diese Einrichtung von den Bezirken nicht in dem von der Armendirection angenommenen Umfange



ausgenutzt, sodaß diese bei dem Vereine von den demselben zur Anschaffung des Brennmaterials vorschußweise gezahlten 2000 M z. B. noch ein Guthaben von 1344,<sup>44</sup> M hat. Der Verein, an dessen Leistungsfähigkeit im letzten Jahre außerordentlich hohe Anforderungen gestellt sind, hat unter Darlegung seiner Vermögensverhältnisse und unter Hinweis auf die vorhandene Unterbilanz von 1511,<sup>27</sup> M gebeten, ihn von der Rückzahlung jener Summe zu entbinden, ihm dieselbe vielmehr nach Abrundung auf 1500 M als Zuschuß zu überweisen. Nach Anhörung der Armen-direction, welche das Fortbestehen des Vereins auf das lebhafteste und besonders deshalb wünscht, weil sie andernfalls eine alsbaldige Erhöhung der Unterstützungssätze für unausbleiblich hält, glaubt der Magistrat, diesem Antrage entgegenkommen zu sollen, indem er hierbei außerdem noch von dem Gesichtspunkte geleitet wird, daß dem Vereine angesichts der schlechten Vermögenslage ein Billigkeitsanspruch auf Ersatz eines Theiles der von ihm aufgewandten Verwaltungskosten zuzusprechen sein dürfte. Der Verein hat nämlich die an sich der Stadt obliegende Unterstützung durchreisender Wanderer gegen Erstattung der durch die Wanderer direct veranlaßten Aufwendungen vertragsmäßig übernommen und sich hierdurch große Verwaltungskosten aufgebürdet. Demnach scheint die Stadt billigerweise wenigstens einen Zuschuß zu den Verwaltungskosten von 2773,<sup>80</sup> M des letzten Jahres leisten zu müssen und ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß dem Vereine gegen Bettelei die Rückzahlung der von ihm der Armen-casse schulenden 1344,<sup>44</sup> M erlassen und demselben daneben eine Unterstützung von 155,<sup>56</sup> M gewährt werde.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, wird der Antrag gutgeheißen.

#### XV. Aufnahme eines Processes.

Die Wittve Schillig hat von ihrem an der Wendenstraße gelegenen Grundstück eine zur Verbreiterung der genannten Straße bestimmte, 13 qm große Theilfläche an die hiesige Stadt zum Einheitspreise von 120 M verkauft, die Fläche jedoch wiederholter Aufforderung ungeachtet, der Stadt bislang nicht aufgelassen. Da die Auflassung im Wege der Klage erzwungen werden muß, so ersucht der Magistrat, ihn zur Anstellung derselben zu ermächtigen, was auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

#### XVI. Antrag Lord: Einrichtung einer Eisbahn auf dem fl. Exercierplatze.

Der Antrag:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, die Anlage einer Eisbahn auf demjenigen Theile des fl. Exercierplatzes gestatten zu wollen, über den der Stadt das ausschließliche Verfügungsrecht zusteht,“

wird von Herrn Lord in folgender Weise begründet: Je mehr die Stadt sich ausdehne, desto dringender trete das Bedürfniß hervor, im Norden der Stadt eine Eisbahn zu erhalten. Der hygienische Werth des Eisports sei wohl über allem Zweifel erhaben. Dem hervortretenden Bedürfnisse habe der hiesige Eisbahnverein schon dadurch Rechnung zu tragen gesucht, daß er im vorigen Winter unter erheblichen Opfern auf der Amalienwiese eine Eisbahn eingerichtet habe, welche auch gut benutzt worden sei. Die Lage der Eisbahn sei indessen keine günstige gewesen und haben namentlich die Bodenverhältnisse des Platzes zu wünschen übrig gelassen, indem der Platz sich nach der Oker zu senke. In Folge dieser Mängel seien dort die Eisverhältnisse nicht die besten gewesen. Da nun außerdem der Amalienplatz für diese Zwecke kaum wieder zu erhalten sein werde, der kl. Exercierplatz sich aber ungleich besser für eine Eisbahn eigne, indem er innerhalb eines auf allen Seiten bebauten städtischen Areals liege, so ersuche er, seinen auf die Herleitung dieses Platzes, soweit er sich im vollen Besitze der Stadt befinde, gerichteten Antrag zu unterstützen. Auch bitte er, wenn auch sonst kein Freund von dringlichen Anträgen, in diesem Falle die Dringlichkeit zu beschließen. Namens des Vorstandes des Eisbahnvereins könne er die Erklärung abgeben, daß derselbe die Einrichtung einer Eisbahn sofort in Angriff nehmen würde, wenn die städtischen Behörden die Genehmigung dazu gegeben hätten und das Wetter dieses zulasse.

Die Versammlung beschließt darauf die Dringlichkeit des genügend unterstützten Antrages.

Herr Blasius möchte den Antrag sehr warm unterstützen. Vielleicht wäre es sogar möglich, sich mit der Militärverwaltung zu einigen, um auch die andere Hälfte des Platzes zu diesem Zwecke zu erhalten.

Herr Müller will einmal anfragen, wie die Verhältnisse wegen des Platzes jetzt überhaupt liegen, ob es namentlich nicht möglich wäre, denselben ausschließlich für die Jugend als Spielplatz zu erhalten.

Der Antrag Lord wird darauf angenommen.

## XVII. Anfrage Ebeling: Einfriedigung von Terrain an der Weststraße.

Wie Herr Ebeling zur Begründung der Anfrage:

„Besitzt die Stadt an der Weststraße noch Terrain und beabsichtigt der Magistrat dasselbe einzufriedigen?“

ausführt, liegt an der Nordseite der Weststraße, unmittelbar hinter dem Michaelis-Friedhofe ein 30—40 m langes Wegeterrain, welches in einer Breite von 1 m der Stadt gehören solle. Hieran stoße dann die Länderei der Michaeliskirche, welche aber 1 m tiefer liege, als das Wegeterrain. Dieses sei nicht nur unschön, sondern in der Dunkelheit auch gefährlich für die Passanten, weil man leicht in

die Tiefe stürzen könne. Die Landeseisenbahn habe ihr weiterhin liegendes Terrain bereits einfriedigen müssen, und lasse sich annehmen, daß das städtische Terrain auch schon hätte eingefriedigt werden müssen, sofern es sich im Privatbesitz befinden würde. Am besten würde sich diese Frage lösen lassen, wenn die Verhandlungen mit der Kirchengemeinde zu St. Michaelis wegen Ueberlassung dieses Terrainstreifens zum guten Abschlusse kämen, weil das Stacket schließlich mehr kosten würde, als der ganze Streifen werth sei.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß der Wunsch in Erwägung gezogen werden solle.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 5 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---

1894|95.

N<sup>o</sup> 9.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 13. December 1894.

**Tagesordnung:**

|                                                                                                       |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Uebernahme der Unterhaltungslast von Ofereanälen. . . . .                                          | Seite 198 |
| II. Schaffung einer neuen Executorstelle . . . . .                                                    | " 198     |
| III. Entlastung der Direction der Gas- und Wasserwerke, sowie Ermäßigung der Gaspreise . . . . .      | " 199     |
| IV. Canalisation des Burgmühlengrabens . . . . .                                                      | " 208     |
| V. Baulinie an der Gliesmaroderstraße . . . . .                                                       | " 210     |
| VI. Befestigungskosten bei Straßenverbreiterungen . . . . .                                           | " 210     |
| VII. Erwerb einer Fläche an der Catharinenkirche . . . . .                                            | " 211     |
| VIII. Feststellung von Straßenbaukosten am Hohenstiege und Proceßführung. . . . .                     | " 211     |
| IX. Theilortshauplan an der Elmstraße . . . . .                                                       | " 211     |
| X. Einrichtung neuer Bürgerschulclassen. . . . .                                                      | " 212     |
| XI. Antrag Meherhoff: Ergänzung der Bauordnung. . . . .                                               | " 212     |
| XII. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Kosten für Schulbauten auf den ordentlichen Etat. . . . .       | " 213     |
| XIII. Antrag Böschigt: Trennung des Privat-Einrichtungscontos des Gas- und des Wasserwerkes . . . . . | " 213     |
| XIV. Anfrage Rieke: Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke . . . . .                                 | " 213     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Netemeyer und Stadträthe Götke, Haake, Heymann, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Alßmann, Bauermeister und Kimpau.

Nachdem die Sitzung von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und der Versammlung der Eingang einer für die vertrauliche Sitzung zurückzustellenden Eingabe des Architekten Königsdorf bekannt gegeben war, wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

### I. Uebernahme der Unterhaltungslast von Ofercanälen.

Zum Zwecke der Reinigung der Abzugscanäle haben innerhalb der beiden, die Wall- und die Fallersleberstraße durchkreuzenden Ofercanäle Spülschächte eingerichtet werden müssen, deren Ausführung im Einvernehmen mit dem herrschaftlichen Baubeamten erfolgt ist. Die Herzogliche Baudirection hat nun verlangt, daß die Stadt die Unterhaltungslast der beiden Ofercanäle, soweit sie innerhalb der beiden genannten Straßen liegen, übernehmen und das Ersuchen des Magistrates, es möchte die Unterhaltungspflicht der Stadt auf solche Schäden an den Canälen beschränkt werden, welche etwa durch den Einbau der Spülschächte an ihnen entstehen, mit der Begründung abgelehnt, daß durch die in Rede stehenden Arbeiten die Canäle in ihrem früheren Zustande wesentlich alterirt seien und es außerdem schwierig sein würde, im Einzelfalle festzustellen, ob Schäden solcher Art durch das Einfügen der Schächte, oder aber durch andere Umstände herbeigeführt seien. Die Triftigkeit dieser Gründe anerkennend, giebt der Magistrat anheim, der Uebernahme der fraglichen Unterhaltungslast seitens der Stadt zuzustimmen.

Wie Herr Wolff berichtet, hat der Magistrat in der Commissionsberathung zugegeben, daß durch die Einschaltung der Spülschächte an den Canälen eine wesentliche Veränderung herbeigeführt sei und, wenngleich der Staat die Unterhaltungslast der Ofercanäle zu tragen habe, es doch höchst zweifelhaft sei, ob auch diese Veränderungslast vom Staate getragen werden müsse. Die Statutencommission nehme daher keinen Anstand, die Vorlage zur Annahme zu empfehlen, zumal da erhebliche Reparaturen dabei nicht in Frage kommen können.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

### II. Schaffung einer neuen Exccutorstelle.

Die Stadtcasse hat bei dem Magistrate beantragt, noch eine neue Exccutorstelle zu schaffen, weil es nicht möglich sei, mit dem vorhandenen Personale die Arbeiten in einer dem Interesse der Stadt entsprechenden Weise zu fördern. Daraufhin ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Zahl der städtischen Exccutoren von 7 auf 8 erhöht werde.

Die Statutencommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Rudeloff die Annahme der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

### III. Entlastung der Direction der Gas- und Wasserwerke, sowie Ermäßigung der Gaspreise.

Der Magistrat überreicht den Rechnungs-Abschluß des Wasserwerkes aus der Zeit vom 1. April 1893 bis zum 31. März 1894 mit dem Bemerken, daß derselbe weder der betr. Deputation noch dem Magistrate zu Erinnerungen Anlaß gegeben habe. Die Versammlung wird daher ersucht, der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke wegen Verwaltung des Wasserwerkes während des vorbezeichneten Finanzjahres unter dem Vorbehalte der noch herzustellensten Uebereinstimmung des Rechnungs-Abschlusses mit den Büchern Entlastung zu ertheilen. Nach Ausweis der Bilanz schuldet das Wasserwerk der Stadthauptcasse in Folge der im Laufe der Jahre für Erweiterungsanlagen bewilligten Summen zu Lasten seines Reservefonds 151 037,09 M. Hierzu kommt noch eine Summe von 2548,50 M, welche die Stadthauptcasse im Jahre 1892/93 auf Beschluß der städtischen Behörden an die Verwaltung des Centralfriedhofes zurückerstattet hat, sodaß sich die Schuld des Reservefonds auf 153 585,59 M erhöht. Da auf der anderen Seite der Erneuerungsfonds des Wasserwerkes einen Bestand von 192 010,86 M aufweist und in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht erheblich in Anspruch genommen werden wird, die Tilgung der Schuld des Reservefonds aber wünschenswerth erscheint, so ersucht der Magistrat um Ertheilung der Zustimmung dazu, daß von dem Erneuerungsfonds des Wasserwerkes 160 000 M auf den Reservefonds desselben übertragen werden.

Wie Herr Seele berichtet, giebt die Finanzcommission anheim, die sämtlichen Anträge des Magistrats zu genehmigen,  
was geschieht.

Unter Uebersendung eines Berichtes der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke über die Verwaltung des Gaswerkes während des Finanzjahres 1893/94 und eines Rechnungs-Abschlusses des Gaswerkes aus derselben Periode beantragt der Magistrat ferner, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction wegen Verwaltung des Gaswerkes während des betr. Jahres unter dem Vorbehalte der noch festzustellenden Uebereinstimmung des Abschlusses mit den Büchern Entlastung ertheilt werde. Die Verwaltungs-Deputation hat bei Ueberreichung des Rechnungs-Abschlusses, der hauptsächlich in Folge einer Minderausgabe von rund 50 000 M für Kohlen, daneben aber auch in Folge von Mehreinnahmen für Ammoniak und Gas einen den Voranschlag erheblich übersteigenden Gewinn aufweist, ausgeführt, daß der Preis für die Unterhaltung einer Straßenlaterne sich nach den jetzigen Gaspreisen auf etwas über 70 M

stelle und daher deputationsseitig beschlossen sei, eine Erhöhung der für Speisung und Wartung einer Straßenlaterne bisher mit jährlich 60 M pauschalirten Vergütung auf 70 M in Vorschlag zu bringen.

In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der Deputation ersucht der Magistrat die Versammlung um Ertheilung der Zustimmung dazu, daß vom 1. April 1895 ab der Verkaufspreis für Gas zu Beleuchtungszwecken von 18  $\text{S}$  auf 17  $\text{S}$  pro cbm und derjenige für Gas zu anderen Zwecken von 15  $\text{S}$  auf 13  $\text{S}$  pro cbm ermäßigt, dagegen der Preis für die Speisung und Wartung einer Straßenlaterne von 60 M auf 70 M für das Jahr erhöht werde.

In der Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Seele davon die Rede gewesen, ob nicht der Preis für Leuchtgas noch weiter ermäßigt werden könne, als der Magistrat vorschlage. Die Commission habe indessen davon Abstand genommen, einen solchen Antrag einzubringen, theils aus den vom Magistrate entwickelten Gründen, theils auch aus dem ferneren Grunde, weil in Aussicht genommen sei, die sämmtlichen Straßenlaternen — soweit nicht elektrische Beleuchtung der Straßen eingeführt werde — mit Auerlicht zu versehen und hierfür eine Summe von 30000 M erforderlich werde, sodaß die Einnahmen des Gaswerkes nicht weiter geschwächt werden dürfen. Außerdem vertheile sich das verbrauchte Leuchtgas auf so viele Abnehmer, daß hierbei eine Ermäßigung um 1  $\text{S}$  nicht so sehr zu Buche schlage wie bei dem zu gewerblichen Zwecken verbrauchten Gase und es daher besser sei, hier um 2  $\text{S}$  im Preise herunterzugehen. Da nun bei den verschiedensten Gelegenheiten die hiesigen Gaspreise immer als außerordentlich hoch hingestellt seien, so habe der Magistrat zum Beweise des Gegentheils eine Tabelle aufgestellt, in welcher der Preis für 1 cbm Gas und die Anzahl der Lichtstärken (Vereinskerzenstärken) aufgeführt seien, die in den verschiedenen Städten bei Verbrennung von 120 l Gas erzeugt werden. Hierdurch werde aber die bessere Qualität des hiesigen Gases erwiesen.

Es koste nämlich jetzt 1 cbm Leuchtgas

|                   |               |                        |           |               |                        |
|-------------------|---------------|------------------------|-----------|---------------|------------------------|
| in Braunschweig   | 18 $\text{S}$ | bei 15,3 Lichtstärken, | in Erfurt | 18 $\text{S}$ | bei 10,0 Lichtstärken, |
| „ Frankfurt a. M. | 33 $\text{S}$ | „ 20,8 „               | „ Dresden | 18 $\text{S}$ | „ 10,4 „               |
| „ Darmstadt       | 22 $\text{S}$ | „ 9,7 „                | „ Breslau | 17 $\text{S}$ | „ 10,0 „               |
| „ München         | 23 $\text{S}$ | „ 10,7 „               | „ Cassel  | 16 $\text{S}$ | „ 10,5 „               |
| „ Altona          | 20 $\text{S}$ | „ 10,5 „               | „ Berlin  | 16 $\text{S}$ | „ 10,4 „               |
| „ Wiesbaden       | 20 $\text{S}$ | „ 11,0 „               | „ Köln    | 15 $\text{S}$ | „ 10,5 „               |
| „ Lübeck          | 18 $\text{S}$ | „ 10,4 „               | „ Essen   | 15 $\text{S}$ | „ 10,5 „               |

und in Dessau 15  $\text{S}$  bei 10,2 Lichtstärken.

Die Finanzcommission könne daher nur beantragen, den Anträgen des Magistrates zuzustimmen.

Herr Bues möchte dem Antrage der Finanzcommission entgegen befürworten, den Preis für Leuchtgas auf 16  $\text{S}$  und für Gas zu technischen Zwecken auf 13  $\text{S}$  herabzusetzen. Bei einer Ermäßigung des Leuchtgaspreises um 2  $\text{S}$  pro cbm würde sich immer nur eine Mindereinnahme von 69000 M ergeben, sodaß noch ein Ueberschuß von 100000 M verbleiben würde. Es könnte unmöglich als gerechtfertigt angesehen werden, daß eine einzelne Classe der Einwohnerschaft, welche gezwungen sei, größere Aufwendungen an Licht zu machen, einen Theil von Steuern tragen solle, welche der Allgemeinheit zu Nutzen kommen. Auch das Auerlicht diene der Allgemeinheit und könnte daher dessen Einrichtung nicht einer einzelnen Classe aufgebürdet werden. Man dürfe auch nicht einwenden, daß das Leuchtgas bei 16  $\text{S}$  zu billig sei, denn in Berlin zahle man jetzt nur noch 14  $\text{S}$ . Ueberall ermäßige man den Gaspreis, weil in dem elektrischen Lichte ein starker Concurrent gegen das Gas auftrete und es daher nicht im Interesse des Gaswerks liege, den Preis des Gases zu hoch zu halten. Den einen Pfennig habe man wohl nur am Preise abgelassen, um den dringendsten Wünschen der Einwohnerschaft Rechnung zu tragen, man könnte aber wohl noch um einen Pfennig weitergehen.

Herr Stadtrath Haake bittet, diesen Antrag abzulehnen. Wenn die Gasanstalt auch im abgelaufenen Jahre einen guten Abschluß gemacht habe, so sei damit doch noch nicht gesagt, daß das Ergebnis der folgenden Jahre ein ebenso gutes sein werde. Er halte es nicht für angemessen, sofort eine Ermäßigung um 2  $\text{S}$  eintreten zu lassen, weil bei etwa steigenden Materialpreisen wieder eine Erhöhung des Gaspreises vorgenommen werden müsse, was jedenfalls unangenehm empfunden werden würde. Wenn im Laufe der Zeit der Abschluß noch einmal so günstig ausfallen sollte, wäre er gern bereit, sich für eine nochmalige Ermäßigung zu verwenden. Die Stadt Braunschweig habe den billigsten Gaspreis im ganzen Deutschen Reiche, wenn man die Lichtstärke des Gases in Berechnung ziehe. Außerdem müßte die Gasanstalt einen Ueberschuß abliefern, wie das in anderen Städten auch geschehe; so habe z. B. die städtische Gasanstalt in Halle a./S. einen Ueberschuß von 300000 M abgeworfen.

Herr Löschigt will seiner Freude Ausdruck geben, daß die von ihm zu Anfang des Jahres gegebene Anregung schon Früchte trage und wünscht nur, daß auch im Sinne des Herrn Bues weitergegangen werden möchte. Im vorigen Jahre solle der Selbstkostenpreis des Gases noch 14,3  $\text{S}$  betragen haben, jetzt werde derselbe auf nur 12,5  $\text{S}$  angegeben, sodaß die Stadt das Gas für Heiz- und technische Zwecke recht gut mit 13  $\text{S}$  abgeben könne, zumal da dieses Gas hauptsächlich am Tage verbraucht werde. Die Beleuchtungskosten der Stadt seien mit 19054 M noch zu gering angenommen, sodaß dieselben in gewisser Weise den gas-



consumirenden Steuerzahlern mit auferlegt würden; es empfehle sich daher, die Unterhaltungskosten der Straßenlaternen in Zukunft noch etwas höher einzurechnen, da seiner Meinung nach eine Laterne für mehr als 100 M. Gas verbrauche.

Herr Halle möchte entgegen der Aeußerung des Herrn Stadtrath Haake darauf hinweisen, daß anscheinend die Vorzüglichkeit des hiesigen Gases nicht recht gewürdigt werde, weil man überall sagen höre, es sei kein Licht in den Straßen. Wenn übrigens Berlin mit einem Gase von 10,4 Lichtstärken auskommen könne, und Dessau, woselbst die große Continental-Gasgesellschaft ihren Sitz habe, mit 10,2 Lichtstärken ausreiche, so könnte man wohl in Braunschweig auch einmal versuchen, ein billigeres Gas zu produziren. Es habe wohl noch Niemand gehört, daß andere Städte ihr Gas für schlecht befinden. Wenn er sich nun auch mit dem Vorschlage des Magistrates, den Preis für Leuchtgas auf 17  $\mathcal{M}$  zu ermäßigen, befreunden könne, so möchte er aber doch in Vorschlag bringen, den größeren Consumenten durch weitere Ermäßigung des Preises entgegenzukommen, wie das z. B. in Hannover der Fall sei. Es erscheine ihm recht und billig, den Besitzern größerer Säle und Restaurationen bei Abnahme eines bestimmten Quantums an Gas einen Procentsatz zu bewilligen. Wenn nun aber das Gas zu Leuchtzwecken immer mehr durch die Electricität ersetzt und der Consum daher gemindert werde, so müßte man in Aussicht nehmen, das Gas zu technischen Zwecken so billig als möglich zu liefern. Das lasse sich leicht ermöglichen, wenn man eine geringere Kohle zur Herstellung des Gases verwende und bei dem Gase zu technischen Zwecken komme es auf die Höhe der Lichtstärken gar nicht an. Aus diesen Gründen beantrage er, den Preis des Leuchtgases auf 17  $\mathcal{M}$  und den Preis des Gases für Heiz- und technische Zwecke auf 12  $\mathcal{M}$  zu ermäßigen.

Herr Ebeling kann den Ausführungen der Herren Bues und Löschigt nur beistimmen. Nach Durchsicht des Rechnungs-Abschlusses könne er sich nicht der Befürchtung hingeben, daß man möglicherweise wieder auf eine Erhöhung der Gaspreise zurückgreifen müsse. Wenn für eine Straßenlaterne jetzt noch 10 M. mehr angerechnet würden, so komme dadurch wieder eine Mehreinnahme von 20000 M. zu Buche. Um den so oft hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten ein Ende zu bereiten, schlage er vor, einmal genau festzustellen, wie viel Gas eine Straßenlaterne eigentlich verbrauche. Den bereits gestellten Antrag, die Gaspreise auf 16  $\mathcal{M}$  bezw. 13  $\mathcal{M}$  herabzusetzen, könne er nur unterstützen. Durch die Ermäßigung des Preises für Gas zu technischen Zwecken fördere man die Anlage weiterer Motoren und damit einen stärkeren Verbrauch von Gas.

Herr Stadtrath Haake bestritt die Behauptung des Herrn Löschigt, daß eine Straßenlaterne für mehr als 100 M. Gas verbrauche. Nach den von der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke angestellten Berechnungen verbrauche eine Straßenlaterne etwa 425 cbm Gas, sodaß unter Hinzurechnung der Unter-

haltungskosten jede Laterne ungefähr 70 M im Jahre koste. Die Direction sei nun beauftragt, an verschiedenen Stellen der Stadt Gasmesser aufzustellen, um den Gasverbrauch für eine Laterne genau zu ermitteln und werde hierdurch dem Wunsche des Vorredners Rechnung getragen. Was die Anregung des Herrn Halle betreffe, geringeres Gas zu machen, so wolle er darauf erwidern, daß die Consumenten sich dabei durchaus nicht besser stehen würden, weil sie dann ein entsprechend höheres Quantum verbrauchten. Dazu trete noch der Umstand, daß dann möglicherweise der Röhrenstrang nicht weit genug sein könnte, um solche erhebliche Massen Gas durchzuführen. Er bitte daher, bei dem Magistratsvorschlage stehen zu bleiben.

Herr Bues will darauf hinweisen, daß die Stadt Magdeburg ihren größeren Gasconsumenten schon lange einen erheblichen Rabatt bewillige, indem die Consumenten bis zu 5000 cbm  $\frac{1}{2}$  S, bis zu 10 000 cbm 1 S und über 10 000 cbm  $1\frac{1}{2}$  S Rabatt erhalten. Das sei durchaus gerechtfertigt, wenn man bedenke, daß es Etablissements gebe, welche monatlich 700 M und darüber für Gas bezahlen. Es geschehe das aber keineswegs zum Vergnügen, sondern die Besitzer seien durch ihr Geschäft gezwungen, so viel Gas zu entnehmen. Sollte daher sein Antrag keinen Anklang finden, so bitte er, wenigstens dem Antrage Halle zuzustimmen.

Herr Südel hebt hervor, daß nicht nur hier, sondern auch in den meisten anderen Städten es zur Tradition geworden sei, die Einkünfte aus den städtischen Betriebsanstalten zur Ausgleichung der Steuerlast mit zu verwenden. Wollte man nun die Gaspreise derartig ermäßigen, daß ein nennenswerther Ueberschuß nicht verbleibe, bedeute dieses einen Bruch mit der bisherigen Gepflogenheit. Bei einer Ermäßigung des Preises für Leuchtgas um 2 S, stelle sich schon ein Ausfall von 70 000 M heraus, der sich um weitere 50 000 M erhöhe, sobald die Kohlenpreise wieder gestiegen seien, der dann noch verbleibende Ueberschuß sei aber ohne Bedeutung. Es lasse sich auch gar nicht annehmen, daß die jetzigen niedrigen Kohlenpreise sich dauernd halten werden, man dürfe daher mit denselben nicht unter allen Umständen rechnen. Dem Antrage, den größeren Consumenten einen Rabatt zu bewilligen, stehe er dagegen sympathisch gegenüber, er möchte aber bitten, zunächst Erhebungen über den finanziellen Erfolg dieser Rabattbewilligung anzustellen. Voraussichtlich werde derselbe nicht sehr erheblich sein. Die Kosten der Straßenlaternen dürften nach den angestellten Berechnungen mit 70 M vollständig ausgeglichen sein. Bezüglich der von Herrn Halle angeregten Verbilligung des Gases könne er bemerken, daß die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke fortwährend bemüht sei, in dieser Richtung Erhebungen anzustellen, sodaß möglicherweise später einmal dieser Frage nähergetreten werden könne, zumal auch die Auerbrenner ein schlechteres Gas vertragen können, ohne dadurch in ihrer Leuchtkraft beeinträchtigt zu werden. Für jetzt möchte er aber bitten, der vom Magistrate beantragten Ermäßigung der Gaspreise zuzustimmen.

Herr Niese muß es für ganz folgerichtig halten, daß bei dem günstigen Abschlusse des Gaswerkes Anträge auf Verbilligung des Gases gestellt werden. Das Gas sehe hier und in anderen Städten im Vergleiche zur elektrischen Beleuchtung und zum Auerlichte immer aus wie eine Thranfunzel, dagegen lasse sich nichts machen. Gegenüber der Anregung, daß man hier den größeren Consumenten Rabatt gewähren möchte, habe er zu bemerken, daß solche Einrichtung hier theilweise auch schon bestehe, indem bei dem Herzoglichen Hoftheater das schon 100 Jahre alt sein solle; es stehe deshalb der allgemeinen Rabatteinführung wohl kein Hinderniß im Wege. In der Presse sei in früherer Zeit schon oftmals darauf hingewiesen, daß aus dem Motorenbetriebe bei seiner allgemeinen Einführung für das Kleinhandwerk ein goldenes Zeitalter hereinbrechen würde, man sollte daher die weitere Einführung von Motoren durch billigere Hergabe von Gas zu begünstigen suchen. In Hannover werde das Heiz- und Triebgas nur mit 12  $\mathcal{M}$  bezahlt und trotzdem mache die dortige Gasanstalt, welche auch noch Gasherde selbst vertreibe, ein gutes Geschäft. Solchen Beispielen müsse man folgen und das Leuchtgas zu 16  $\mathcal{M}$ , das Betriebsgas aber zu 12  $\mathcal{M}$  abgeben. Wenn die Differenz auch 50000  $\mathcal{M}$  betragen würde, so sei doch schon angedeutet, daß das hiesige Gas keine so bedeutende Lichtstärke zu haben brauche, sondern es nur auf Trieb- und Heizkraft dabei ankomme, das Gas also soviel schlechter sein könne. Wenn sich auch einwenden lasse, daß die Ueberschüsse vom Gaswerke der Gesamtheit zu Gute kommen, so müßten doch auch namentlich die kleinen Gewerbetreibenden recht viel Gas zum Beleuchten der Läden und Ladenfenster gebrauchen und es lasse sich nicht verantworten, dieselben mit einer so hohen indirecten Steuer zu belasten.

Herr Müller will sich dieser Ansicht anschließen und zugleich dafür eintreten, billigeres Gas durch Verwendung billigerer Kohle zu schaffen, wie das in Berlin, Hannover, Magdeburg und anderen Städten auch gehe. In Berlin koste das Leuchtgas nur 14  $\mathcal{M}$  und trotzdem liefere die Anstalt alljährlich noch bedeutende Ueberschüsse ab, in Hannover zahle man Preise von 15—12  $\mathcal{M}$  und in Magdeburg koste das Gas zu gewerblichen Zwecken ebenfalls nur 12  $\mathcal{M}$ , auch werde dort der Großindustrie noch Rabatt gewährt. Wenn man in einem Jahre eine Summe von 170 000  $\mathcal{M}$  gutmache, so müßte allerdings darnach gesehen werden, diesen erheblichen Ueberschuß der Allgemeinheit zuzuwenden, aber für die Zukunft sei zu empfehlen, nicht auf Kosten einer kleinen Anzahl von Einwohnern einen so bedeutenden Gewinn zu erzielen. Daher bitte er, das Gas zu Leuchtzwecken auf 16  $\mathcal{M}$ , zu anderen Zwecken auf 12  $\mathcal{M}$  pro cbm zu ermäßigen. Stelle man das Gas billiger her, so könne man es auch billiger abgeben und werde dadurch der Mehrconsum so erheblich sein, daß die Differenz in den Preisen bald wieder ausgeglichen werde.

Herr Niese ist der Meinung, daß die Erörterungen in Betreff der Herstellung eines geringeren Gases ihre Berechtigung haben und die Deputation das Gehörte

in Erwägung ziehen werde. Wenn demnächst bei der städtischen Beleuchtung der Straßen die Glühlichtkörper eine größere Verwendung fänden, würde auch das Rohrnetz bei der Verwendung geringeren Gases noch zureichen. Seine Verwunderung müsse er aber darüber aussprechen, daß Herr Meyerhoff und er zu den Commissionsberathungen nicht zugezogen seien, obwohl sie in der Sitzung vom 26. April d. Js. (Seite 62 des Berichts) Anträge gestellt haben, die sich mit den hier gestellten Anträgen ziemlich decken. Man würde also nicht diese Fülle von Anträgen haben, wenn die Antragsteller eingeladen gewesen wären. Die Klagen des Publicums über zu hohe Gaspreise würden übrigens nicht verstummen, auch wenn eine Ermäßigung auf 16  $\text{S}$  bzw. 13  $\text{S}$  stattfinde, weil man nie in Betracht ziehen würde, daß das Gas hier besser sei als in anderen Städten. Niemand würde seine Monatsrechnungen für Gas mit denen von Gasconsumenten anderer Städte vergleichen, um zu berechnen, ob hier ein geringeres Quantum verbraucht werde als anderswo. Darum müsse die Versammlung sich über solche Klagen hinwegsetzen und daraus nur das entnehmen, was einen berechtigten Kern habe. Ein unberechtigtes Verlangen sei es jedenfalls, wenn die Consumenten den Ueberschuß vom Gaswerke für sich in Anspruch nehmen wollen. Schon seit einer Reihe von Jahren zeige sich das Bestreben seitens einzelner Consumenten, die an dem Gaswerke während vieler Jahre gemachten Ersparnisse und Abschreibungen für sich einzustecken. Das sei aber ungerechtfertigt, denn das Gaswerk müsse für die städtische Gesamtheit einen Ertrag abwerfen und die Versammlung sei nicht berechtigt, die Gaspreise so herunterzusetzen, daß dasselbe keinen nennenswerthen Ertrag mehr abwerfe. Die Frage der Rabattbewilligung nehme die Deputation vielleicht einmal in Erwägung, da dieses auch bei anderen Branchen üblich sei, jedoch könne auch hier ein Zwang nicht anerkannt werden. Wenn Herr Bues die Redewendung gebraucht habe, daß von den Gasconsumenten sich Niemand aus Vergnügen Gas halte, so sei dem gegenüberzuhalten, daß es Jedem unbenommen bleibe, sich seine Beleuchtung auf andere Weise zu beschaffen. Die Gasanstalt sei eine Einrichtung zu allgemeinem Nutzen und Frommen, aber sie solle nicht dazu dienen, Einzelnen besondere Vortheile zu verschaffen. Die Consumenten würden sich aber des immensen Vortheiles gar nicht mehr bewußt, den ihr Anschluß an die Gasleitung zur Folge habe, denn sie wären meistens gar nicht im Stande, ihr Geschäft ohne Verwendung von Gas in der jetzt gewohnten Weise zu betreiben. Im Uebrigen bitte er unter Berücksichtigung der dafür vorgetragenen Gründe den Preis von 13  $\text{S}$  für Betriebsgas festzuhalten, damit die Stadt bei 12  $\text{S}$  nicht noch baaren Schaden habe, für Leuchtgas aber den Preis von 16  $\text{S}$  festzuhalten.

Herr Seele will noch darauf hinweisen, daß bei Anfertigung billigeren Gases in einer Stunde mehr verbrannt werde, als wenn man besseres Gas habe, sodaß dieses in dem Kostenpunkte keinen Unterschied mache. Es sei allen gerechten

Wünschen entgegenkommen, wenn das Leuchtgas um einen Pfennig heruntergesetzt werde, aber weiter dürfe man auch nicht gehen, oder man laufe Gefahr, bei steigenden Kohlenpreisen den Preis wieder aufsetzen zu müssen. Deshalb möchte er anheimgeben, die Magistratsanträge gutzuheißen.

Herr Halle muß ebenfalls die Ursache der Anträge auf Herabsetzung der Gaspreise in den bedeutenden Ueberschüssen des Gaswerks suchen, welche dasselbe schon seit einer Reihe von Jahren aufzuweisen gehabt habe. Da der Verbrauch des Gases zu technischen Zwecken meistens am Tage stattfinde, so würden auch die Röhren schon ausreichen und brauche man sich daran wegen der weiteren Preisermäßigung nicht zu stoßen. Was die Verschlechterung des Gases anlange, so habe Herr Südel schon hervorgehoben, daß das Auerlicht eine solche sehr wohl zulasse und hiermit bei der erheblichen Einbürgerung des Glühlichtes wohl zu rechnen sei. Das Gaswerk werde bei der Festsetzung des Preises für Betriebsgas auf 12  $\%$  schon darum keinen bedeutenden Schaden machen, weil der bisher verbrauchte Procentsatz dieses Gases im Verhältniß zum Leuchtgase ein ganz minimaler sei. Eine solche Ermäßigung lasse sich aber selbst ohne Verschlechterung des Gases vornehmen. Neben der Ermäßigung des Preises für Betriebsgas auf 12  $\%$  wolle er dann noch beantragen, den Magistrat zu ersuchen, den größeren Gasconsumenten einen Rabatt einzuräumen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Böschigt möchte Herrn Stadtrath Haake gegenüber anführen, daß die Berechnung der Kosten für eine Straßenlaterne im vorigen Jahre eine andere gewesen sei. Herrn Nieß habe er zu erwidern, daß man auf dem Standpunkte von heute und nicht vom Jahre 1850 stehe. Das Gas sei ein Monopol für die Stadt und deshalb müsse diese dabei auch das Interesse der Gesamtheit wahren. Wenn die Stadt erst die elektrische Beleuchtung in die Hand genommen hätte, würde man schon besseres und billigeres Licht haben und auch viele Handwerker würden Anschluß an eine elektrische Centrale genommen haben. Würde man sich auf den Standpunkt des Herrn Nieß stellen, müsse man in vielen Punkten zurückgehen. Das Gaswerk sei f. Z. von der Stadt übernommen, weil die Privatleute damit nicht hätten auskommen können und weil man den Bürgern ein besseres Licht habe schaffen wollen. Den Standpunkt, daß man die Ueberschüsse des Gaswerkes zur Herabminderung der Steuern verwenden wolle, könne er nicht theilen. Ebenso sei es unrichtig, das Privateinrichtungsconto allein auf das Wasserwerk zu verbuchen, da doch auf das Gaswerk auch etwas vom Gewinne entfallen werde. Den Gasconsum könne man am besten heben, wenn man das Gas zu technischen und Heizzwecken so billig als möglich abgebe. Man solle doch einmal versuchsweise

auf ein Jahr den Gaspreis auf 16  $\text{M}$  bzw. 12  $\text{M}$  herabsetzen und könne je nach den dabei gemachten Erfahrungen wenn nöthig den Preis wieder heraufsetzen.

Herr Südel will bemerken, daß die Versammlung, wenn sie beschließe, den Gaspreis zu ermäßigen, ohne dabei die Leuchtkraft des Gases festzusetzen, einen Beschluß fasse, der einem Privaten gegenüber wirkungslos sein würde, denn die Gasanstalt würde ihr Gas darnach liefern, wie der Preis bestimmt werde. Wenn also beschlossen würde, Gas zu 16  $\text{M}$  und 12  $\text{M}$  zu liefern, so überlasse man es der Gasverwaltung, das Gas entsprechend zu machen.

Herr Lange bittet, den Beschluß bezüglich der Herstellung billigeren Gases dahin einzuschränken, daß gesagt werde, so weit die Gasleitungen es vertragen. Wenn beschlossen werde, billigeres Gas zu machen und es geschehe dieses auch, so erhalte man wegen der Unzulänglichkeit der Röhren vielleicht gar kein Gas. Der Wunsch, auf solche Preise herunterzukommen, könne wohl ausgedrückt werden, aber den Sachverständigen müsse es überlassen bleiben, hierin nur so weit zu gehen, als es möglich sei.

Herr Meyerhoff muß sich entschieden gegen eine Verschlechterung des Gases aussprechen. Bei der Festsetzung des Preises für Leuchtgas auf 16  $\text{M}$  ergebe sich auch nicht ein Minderertrag von 60 000  $\text{M}$ , sondern nur von 40 000  $\text{M}$ , weil 20 000  $\text{M}$  für den Mehranfaß der Straßenlaternen wieder hinzukommen. Mit dem Sage von 13  $\text{M}$  für Betriebsgas könnten die Consumenten sehr wohl zufrieden sein, aber das Leuchtgas müßte auf 16  $\text{M}$  heruntergesetzt werden. Er bitte, dementsprechend zu beschließen.

Der Herr Vorsitzende glaubt die Ansicht der Mehrheit in der Versammlung dahin aufgefaßt zu haben, daß sie eine Verschlechterung des Gases nicht wolle. Wenn aber dem Antrage des Herrn Halle gemäß der Preis für Betriebsgas auf 12  $\text{M}$  herabgesetzt werde, dann lege die Stadt zu jedem Cubikmeter noch  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$  zu. Es sei ihm nun allerdings zu verstehen gegeben, daß er als Vorsitzender nicht das Recht habe, in die Debatte einzugreifen, diesen Standpunkt theile er indessen nicht, sondern er halte sich für berechtigt und verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, wenn etwas Unrichtiges oder Undurchführbares beschlossen werden solle. Man könne in dem vorliegenden Falle verschiedener Meinung darüber sein, wie viel Vortheil die Stadt aus dem Gase ziehen solle, daß sie aber den Consumenten noch  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$  zugeben solle, werde wohl Niemand verlangen.

Herr Wolff will darauf hinweisen, daß bei Erfüllung des Wunsches derjenigen Antragsteller, welche eine so wesentliche Ermäßigung des Preises für Betriebsgas wünschen, der Consum an diesem Gas bald ungeheuer viel größer werden würde und sich dann das von Herrn Halle angeführte Verhältniß sofort änderte.

Herr Meyerhoff hat darauf zu erwidern, daß man das Betriebsgas recht gut ziemlich billig abgeben könne, weil es doch sehr wenig gebraucht werde, aber unter dem Selbstkostenpreise dieses Gas abzulassen, halte er für ungerechtfertigt.

Die Verathung wird darauf geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Den Antrag Halle auf Festsetzung des Preises für Betriebsgas auf 12  $\mathcal{M}$ , lehnt die Versammlung gegen 3 Stimmen ab, genehmigt dagegen den Magistratsantrag, welcher den Preis dieses Gases auf 13  $\mathcal{M}$  pro cbm festzusetzen anheimgibt. Der Antrag Bues, den Preis des Leuchtgases auf 16  $\mathcal{M}$  zu ermäßigen, wird gegen 13 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag des Magistrates, diesen Preis von 18  $\mathcal{M}$  auf 17  $\mathcal{M}$  pro cbm zu ermäßigen, mit 17 Stimmen angenommen. Die ferner vorliegenden Anträge, die Kosten der Unterhaltung einer Straßenlaterne mit 70  $\mathcal{M}$  einzustellen, sowie der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für das Finanzjahr 1893/94 Entlastung zu ertheilen und den größeren Gasconsumenten Rabatt zu gewähren, werden angenommen.

#### IV. Canalisation des Burgmühlengrabens.

Der Magistrat hat bei der Herzoglichen Kreisdirection um Verleihung des Rechtes nachgesucht, die Canalisation des Burgmühlengrabens an der Hagenbrücke abwärts bis an die nördliche Grenze der Bürgerschule an der Reichenstraße fortführen zu dürfen. In dem darauf eingeleiteten wassergeselligen Verfahren sind fast von allen Anliegern Ansprüche auf Geldentschädigung bezw. auf Ueberlassung von Terrain geltend gemacht, die der Magistrat allerdings als nicht begründet anerkennen kann, die es ihm aber angezeigt erscheinen lassen, auf Erreichung einer gütlichen Vereinbarung Bedacht zu nehmen. Da die Canalisation wesentlich im Interesse der sicheren Fundamentirung der Markthalle erfolgt und die Stadt von dem durch die Canalisation zu gewinnenden Terrain nur so viel bedarf, um den Raum zu schaffen, innerhalb dessen zeitweilig Wagen mit Früchten aufgestellt werden können, erschien es dem Magistrate angängig, auf ein Abkommen dahin einzugehen, daß die Canalisationskosten allein von der Stadt getragen werden und von dem zu gewinnenden Flußterrain der Stadt so viel überwiesen werde, daß entlang der Markthalle bezw. dem ehemals Huch'schen Hause ein 7 m breiter Privatweg hergestellt werden könne, innerhalb dessen der auf Kosten der Stadt zu unterhaltende Canal verlegt würde. Das übrige durch die Canalisation zu gewinnende Terrain soll dann den Anliegern unentgeltlich überlassen werden, auch die Stadt sich verpflichten, den vorerwähnten 7 m breiten Weg nicht zu bebauen, sowie den Anliegern gestatten, diesen Weg in der Zeit, zu welcher auf demselben der Marktverkehr nicht stattfindet, von ihren Grundstücken aus zu betreten und zu dem Zwecke Thüren in den Einfriedigungen ihrer Grundstücke anzubringen. Ferner soll den Anliegern das Recht eingeräumt werden, bis dahin, daß ihre Grundstücke

neu bebaut werden, von letzteren das Himmelswasser in den herzurichtenden Oker-canal einzuführen. Mit diesem Abkommen haben sich die meisten Anlieger einverstanden erklärt, nur die Anlieger Schrader, Könnecke, Denecke, Bornemann und Rettig verlangen, daß ihnen das zu gewinnende Terrain unentgeltlich überlassen werde, die Stadt aber gleichwohl die Kosten der Canalisation trage. Der Magistrat ersucht, das Abkommen mit den übrigen Anliegern zu genehmigen.

Wie Herr Rudeloff namens der Statutencommission berichtet, sei nicht zu verkennen, daß die westlichen Anlieger des Okergrabens mit dem getroffenen Abkommen ein annehmbares Geschäft machen. Wenn die Regulirung nach Maßgabe des Gesetzes ausgeführt würde, könnten die Anlieger zwar auf das dabei freiwerdende Terrain bis zur Mittellinie des alten Grabens, soweit dasselbe nicht für die Anlage selbst reservirt werden müsse, Anspruch erheben, sie hätten dann aber auch die Verpflichtung, die Kosten der Anlage zu tragen. Von diesen Kosten könnten sie nur befreit werden, sofern sie auf das Terrain verzichteten. Hier aber übernehme die Stadt die Kosten allein, die Anlieger sollen trotzdem noch ein gutes Stück von dem Terrain erhalten und ihnen noch weitere Zusicherungen gemacht werden. Andererseits finde allerdings auch die Stadt ihre Rechnung bei dem Abkommen, denn sie erwerbe hierdurch mehr Terrain, als wenn die Regulirung nach dem Gesetze erfolge. Für die Uebernahme der Kosten durch die Stadt spreche der Billigkeitsgrund, daß die Anlage wesentlich im Interesse der Markthalle geschehe; schließlich habe mehr als in dem Abkommen stehe, nicht erreicht werden können. Angenehmer würde es noch gewesen sein, statt eines 7 m breiten Streifens einen 8—9 m breiten Streifen zu erhalten, jedoch erscheine auch ein Streifen von 7 m hinreichend für den vorliegenden Zweck. Die Statutencommission empfehle daher die Genehmigung der Vorlage.

Herr Lange fragt an, ob sich der Magistrat schon darüber schlüssig geworden sei, den Canal möglichst bis zur Kaiserstraße zu führen. Es erscheine dieses wegen des hohen Grundwasserstandes in jener Gegend durchaus nothwendig. Die Entwässerung könne nur nach dem Burgmühlengraben hin geschehen, weil der andere Canal zu hoch liege. Er bitte, die Canalisation mit zu berücksichtigen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß in Aussicht genommen sei, die Canalisation bis unterhalb der verlängerten Kaiserstraße, nämlich bis zu dem dort der Stadt gehörenden Grundstücke fortzuführen.

Herr Meyerhoff möchte bitten, sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen, daß der Canal auch auf dem anderen Theile des Niekelnkultes und der Wendenstraße fortgesetzt, bezw. zu Ende geführt werde, damit die fürchterlichen Ausdünstungen des Grabens aufhören.



Herr Bürgermeister Metemeyer will dazu bemerken, daß die Regierung mit der Ausführung schon einverstanden sein würde, daß es sich aber hauptsächlich darum handle, wer die Kosten aufbringen werde. Die Anlieger der Westseite hätten noch kein Entgegenkommen betreffs Tragung der Kosten gezeigt, obgleich sie das gewonnene Terrain erhalten würden. Anders liege die Sache auf der Ostseite, wo sich der betheiligte Holzhändler Haake bereit erklärt habe, die Kosten allein zu tragen, auch wenn die übrigen Anlieger hierzu nicht bereit sein würden. Ein allzu dringendes Bedürfnis zur Canalisirung der ersteren Strecke liege übrigens nicht mehr vor, nachdem dort die Oker durch die Canalisation der oberen Strecke schon ziemlich rein geworden sei. Herrn Meyerhoff gebe er anheim, die Anlieger für die Sache zu interessiren.

Auf eine Anfrage des Herrn Halle erwidert Herr Lange, daß die Abwässer des neuen Volksbades nach der Kaiserstraße hin ablaufen und dieselben mit diesem Canale nichts zu thun haben.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

#### V. Baulinie an der Gliesmaroderstraße.

Nachdem die Bauunternehmer Utermark und Weinhausen, sowie der Schlachtereimeister Manegold die Feststellung der Fluchtklinie für den an der Gliesmaroderstraße gelegenen Theil des ehemals Bierbaumschen Grundstücks beantragt haben, ist von dem Stadtbauamte für die Südostseite des zwischen der Straße „am Fallersleberthore“ und der Karlstraße gelegenen Theiles der Gliesmaroderstraße eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgibt,

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, beschließt.

#### VI. Befestigungskosten bei Straßenverbreiterungen.

Der Magistrat hat mit der Herzoglichen Baudirection über die Frage verhandelt, auf wessen Kosten solche Flächen zu befestigen sind, welche die Stadt zur Verbreiterung der innenstädtischen, auf Kosten des allgemeinen Pflasterfonds zu unterhaltenden Straßen erwirbt. Da eine Einigung hierüber nicht erzielt ist, so hat der Magistrat der Herzoglichen Baudirection den Vorschlag unterbreitet, es möge auch bezüglich der in Rede stehenden Straßen ein Abkommen dahin getroffen werden, daß ihre Unterhaltung gegen eine seitens des Staates an die Stadt zu zahlende Rente auf letztere übertragen werde. Eine Entschließung des Herzoglichen Staatsministeriums über diesen Vorschlag ist noch nicht erfolgt, inzwischen aber die Stadt Eigenthümerin verschiedener Flächen der fraglichen Art geworden, deren baldige Befestigung wünschenswerth erscheint. Diese Befestigung würde einen Kostenauf-

wand von 1011 M verursachen. Wenn nun auch der Magistrat der Ansicht ist, daß die Stadt zur Uebernahme solcher Kosten nicht verpflichtet sei, so glaubt derselbe doch, mit dem Staate eine gütliche Vereinbarung hierüber zu erzielen und hält es daher für zulässig und angezeigt, daß die Stadt unter ausdrücklicher Vereinerung ihrer Verpflichtung zur Uebernahme derartiger Kosten dieselben, so lange die Verhandlungen noch schweben, aufwendet und zwar in allen vorliegenden und auch in den künftigen, sich noch ergebenden Fällen.

Demgemäß ersucht der Magistrat, dem vorstehend in Vorschlag gebrachten Verfahren zuzustimmen mit der Maßgabe, daß die Entscheidung über die Art der Befestigung dem Magistrate im Einvernehmen mit dem herrschaftlichen Baubeamten überlassen bleibe, der Magistrat auch zur Aufwendung der entstehenden Kosten ohne besondere Verwilligung der Versammlung ermächtigt sein solle.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, angenommen.

#### **VII. Erwerb einer Fläche an der Catharinenkirche.**

Dem Ersuchen des Magistrates, ihn zum Ankauf der von dem Restaurateur Kruse zur Straße abzutretenden 4 qm und 11,5 qm haltenden Theilflächen der Grundstücke *N. ass.* 1981 und 1982 zum Einheitspreise von 150 M zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, zu.

#### **VIII. Feststellung von Straßenbaukosten am Hohenstiege und Proceßführung.**

Die Kosten für den Ausbau des Hohenstieges sind von der städt. Bauverwaltung auf 100,10 M für 1 m berechnet worden und beantragt der Magistrat, dieselben in dieser Höhe festzusetzen. Ferner ersucht derselbe, ihn zu ermächtigen, die Auflassung der zu der Straße von den Grundstücken *N. ass.* 4334, 4296 und 4127 abgetretenen Theilflächen im Wege der Klage zu erzwingen. Die betr. Eigenthümer sind wiederholt vergeblich aufgefordert, die Auflassung vorzunehmen.

Beide Anträge gelangen auf Befürwortung des Herrn Meyerhoff, der namens der Baucommission berichtet, zur Annahme.

#### **IX. Theilortsbauplan an der Elmstraße.**

In Veranlassung eines von dem Tapezierer Aug. Heinemann eingebrachten Antrages auf Ertheilung der Genehmigung zur Erbauung mehrerer Wohnhäuser an dem zwischen der Salzdhumerstraße und dem Friedrichplatze gelegenen Theile der Elmstraße hat das Stadtbauamt für diesen Theil der Straße neue Baulinien aufgestellt, durch welche die Straße eine Breite von 19 m erhalten wird. Diese

erhebliche Verbreiterung wird hauptsächlich damit begründet, daß das Königliche Eisenbahn-Betriebsamt nach Lage der Verhältnisse glaubt annehmen zu müssen, es sei eine Verlegung der gesamten Güterabfertigung nach dem Ostbahnhofe unumgänglich nothwendig und demnach der Elmstraße als Bahnhofszufuhrstraße eine angemessene Breite zu geben. Der Magistrat ersucht, die Aenderung des Ortsbauplanes in der beantragten Weise zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann I berichtet, geschieht.

#### X. Einrichtung neuer Bürgererschulclassen.

Behufs Einrichtung von 5 weiteren Classen der unteren Bürgerschule ersucht der Magistrat, einen Betrag von 1150 M in den nächstjährigen Etat einstellen zu dürfen. Diese Classen sollen in der ehemaligen Husarencaferne an der Steintorpromenade untergebracht werden.

Die Vorlage wird von der Schulcommission, für die Herr Blasius berichtet, empfohlen und von der Versammlung genehmigt.

#### XI. Antrag Meyerhoff: Ergänzung der Bauordnung.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, zu untersuchen, ob bei dem gegenwärtigen Stande der Bautechnik und der Bauspeculationen es sich empfehlen würde, zwischen der Vollendung des Rohbaues und der Erlaubniß zum Anbringen des inneren und äußeren Putzes, beziehentlich des inneren Ausbaues bei Wohngebäuden eine Frist von mehreren Monaten festzusetzen. Für den Fall, daß sich eine solche Frist für das Austrocknen der Wohnungen aus gesundheitlichen Gründen empfiehlt, ersucht die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat um Vorlegung einer Zusatzbestimmung zu der städtischen Bauordnung.“

Zur Begründung führt Herr Meyerhoff aus, daß jetzt namentlich solche Häuser, welche die minderbegüterten Classen bewohnen, in kurzer Zeit fertiggeputzt und bezogen werden, ehe sie gehörig ausgetrocknet sein können. Solche früh bezogenen Häuser trocknen aber viel schwerer aus, namentlich wenn sie tapeziert seien, als wenn sie eine Zeit lang im Rohbau stehen bleiben, und falle auch in den Häusern sehr häufig ein widerlicher Dunst auf, der beweise, daß sie zu früh bezogen seien. In Berlin bestehe eine Vorschrift, nach welcher Häuser 2—3 Monate im Rohbau stehen müssen, ehe der innere und äußere Putz in denselben angebracht werden dürfe. Es sei Zeit, daß auch hier mit einer solchen Vorschrift vorgegangen werde, denn jetzt könne manchmal der städtische Baubeamte nicht so

früh zur Stelle sein, um den Rohbau abzunehmen, dann seien die Wände schon wieder zugeklebt.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

## **XII. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Kosten für Schulbauten auf den ordentlichen Etat.**

Wie Herr Hauswaldt zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten beschließen, den Magistrat aufzufordern, beim nächsten Etat die Ausgaben für den Neubau der städtischen Bürgerschulen in den ordentlichen Etat anstatt wie bisher in den außerordentlichen Etat zu stellen“,

ausführt, bringe er diesen Antrag jetzt, also rechtzeitig vor der Aufstellung des nächsten Etats, vor die Versammlung, weil ihm gelegentlich der Etatsberathung vom Magistratsstische gesagt sei, daß sich solche Aenderung nach Fertigstellung des Etats nur noch schwer durchführen lasse.

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag der Finanzcommission überwiesen.

## **XIII. Antrag Böschigk: Trennung des Privat-Einrichtungscontos des Gas- und des Wasserwerkes.**

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die Folge das Privat-Einrichtungsconto des Gas- und des Wasserwerkes getrennt in den Abschlüssen aufzuführen und nicht dasselbe nur auf dem Wasserwerke zu verrechnen“,

begründend, führt Herr Böschigk aus, daß er es nicht für richtig halten könne, den Gewinn aus dem Privat-Einrichtungsconto allein dem Wasserwerke gutzurechnen, und es fast den Anschein gewinne, als ob der Etat des Gaswerkes gedrückt werden solle. Wenn auch das Wasserwerk den Löwenantheil erhalte, so werde doch ein gewisser Procentsatz, vielleicht 15—20000 M., auch auf das Gaswerk entfallen. Da auch der Canalbau mit seinen Leistungen einzeln aufgeführt sei, so lasse sich eine Trennung des Gas- und des Wasserwerkes wohl auch unschwer durchführen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, ebenfalls der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

## **XIV. Anfrage Rieke: Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke.**

Herr Rieke begründet die Anfrage:

„Aus welchen Gründen ruhen die Arbeiten im hiesigen Bürgerparke trotz des günstigen Wetters?“

in folgender Weise. Man habe die Arbeiten im Bürgerpark eingestellt und die Leute laufen beschäftigungslos umher, obwohl das Wetter noch gut sei und die Mittel zur Verfügung stehen. Die Sache scheine so zu liegen, daß der Promenaden-Inspector Kreiß zu viel zu thun habe, indem er bei dem Windmühlenberge, dem großen Exercierplatze und an anderen Stellen der Stadt mit Einrichtungen beschäftigt sei. Wenn das sich so verhalte, und Herr Kreiß die Arbeit nicht bewältigen könne, solle man sie einem Anderen übertragen, damit die Leute Beschäftigung erhalten. Die Stadt habe selbst den Vortheil davon, wenn der Bürgerpark in Stand gesetzt und gleichzeitig der Armenetat entlastet werde. Im vorigen Sommer habe man genug Arbeit an fremde Arbeiter fortgegeben und es sei Pflicht der Behörden, so viel als möglich auch die ansässigen Arbeiter zu beschäftigen. Man habe ja gesehen, wie es oft mit den fremden Arbeitern gehe, die für so und so viel hundert Mark Röhren entzweigeschlagen und versilbert haben, was vielleicht bei hiesigen Arbeitern nicht passirt sei. Er möchte ersuchen, die ca. 90 Arbeiter im Park wieder zu beschäftigen.

Herr Bürgermeister Netemeyer kann bestätigen, daß die Mittel für die weitere Instandsetzung des Bürgerparks verwilligt seien und der Magistrat auch gewünscht habe, die Arbeiten fortgesetzt zu sehen, aber nicht etwa, um die Arbeiter fortwährend zu beschäftigen, denn es bestehe noch eine Masse anderer Arbeit, sondern um die Fertigstellung des Parks zu fördern. Der Promenaden-Inspector Kreiß habe gebeten, ihm zur weiteren Ausarbeitung der Pläne eine Frist zu lassen, weil er es für bedenklich halte, ohne bestimmte Pläne darauflos zu arbeiten. Herr Kreiß sei nun mit der Ausarbeitung beschäftigt und stehe zu erwarten, daß die Arbeiten bald fortgesetzt werden können.

Nachdem sich die Versammlung noch damit einverstanden erklärt hatte, daß die beiden Vorlagen, betreffend die Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn und die Aufbesserung der Lehrergehälter an der Oberrealschule, von der Tagesordnung abgesetzt werden, wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

---

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 28. December 1894.

### **Tagesordnung:**

|       |                                                                            |           |
|-------|----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn . . . . .        | Seite 216 |
| II.   | Aufbesserung der Gehälter für die Lehrer an der städt. Oberrealschule. . . | " 224     |
| III.  | Fortführung der Kaiser-Wilhelmstraße . . . . .                             | " 230     |
| IV.   | Erwerb von Terrain zum Plage an der verl. Kaiser-Wilhelmstraße . . .       | " 230     |
| V.    | Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .                                          | " 231     |
| VI.   | Gesuch um Auflassung von Wegeterrain an der alten Grünstraße. . . .        | " 231     |
| VII.  | Theilortsbauplan an der Roßstraße . . . . .                                | " 232     |
| VIII. | Anfrage Wollenweber: Anlegung eines zweiten Centralfriedhofes . .          | " 232     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Rathe und Lord.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

### I. Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn.

Der Vorstand der hiesigen Straßenbahn-Gesellschaft hat ersucht, die Einführung des elektrischen Betriebes mit oberirdischer Stromzuführung im Principe zu gestatten und gleichzeitig eine Verlängerung des bis zum 31. März 1929 laufenden Concessionsvertrages vom 11./14. Juni 1881 zuzugestehen. Was den ersteren Antrag betrifft, so bedingt die oberirdische Stromzuführung das Ziehen von Drähten in den von der Straßenbahn berührten Straßen und es läßt sich nicht verkennen, daß ein solches Drahtnetz nicht nur einen unschönen Anblick gewährt, sondern auch aus Verkehrs- und feuerpolizeilichen Rücksichten nicht unbedenklich erscheint. Der Magistrat hat deshalb zunächst versucht, die Straßenbahn-Gesellschaft zur Einführung eines anderen Betriebesystems zu bestimmen, sich jedoch im Laufe der bezüglichen Verhandlungen überzeugen müssen, daß zur Zeit auf Einführung des elektrischen Betriebes nicht gerechnet werden könne, wenn man verlangen wollte, daß die Kraftübertragung in anderer Weise als mittelst oberirdischer Stromzuführung erfolge und daß somit nur die Wahl bleibe zwischen dieser letzteren Betriebsart einerseits und der Beibehaltung des jetzigen Systems andererseits. Die einem jeden Pferdebahnbetriebe gegenüber einem elektrischen Betriebe anhaftenden Mängel und Unvollkommenheiten sind zur Genüge bekannt und das Widerstreben der Gesellschaft, den Betrieb unter Beibehaltung der jetzt benutzten Betriebskraft weiter auszudehnen, erscheint erklärlich, namentlich wenn man berücksichtigt, daß der elektrische Straßenbahnbetrieb mittelst oberirdischer Stromzuführung in zahlreichen anderen Städten zur Einführung gelangt ist. Deshalb hat sich der Magistrat in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Baudirection und Herzoglicher Polizeidirection im Principe für Zulassung dieses Betriebes entschieden und zwar umsomehr, als die Straßenbahn-Gesellschaft bereit ist, im Falle der Genehmigung ihres Antrages sofort eine erhebliche Erweiterung des Straßenbahnnetzes zur Ausführung zu bringen.

Dem weiteren Antrage der Gesellschaft auf Verlängerung der Concession glaubt der Magistrat nicht ohne Weiteres zustimmen zu sollen, weil angenommen werden dürfe, daß das Unternehmen im Laufe der Zeit hohe Ueberschüsse abwerfen werde; es erscheint daher die Forderung nicht ungerechtfertigt, daß dem Gemeinwesen wie in anderen Städten aus der Zulassung des Unternehmens besondere Vortheile zufließen und daß außerdem der Stadt das Recht eingeräumt werde, die Ausführung von weiteren neuen Linien zu fordern. Der Magistrat hält es für zulässig, daß die Stadt sich bereit erkläre, beiden vorstehenden Anträgen zu entsprechen und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Stadt erklärt sich mit der Einführung des elektrischen Straßenbahnbetriebes einverstanden und gestattet, daß zunächst eine oberirdische Stromzuführung stattfinde; sobald jedoch in Folge Vervollkommnung der Technik ein Betrieb ohne oberirdische Stromzuführung ohne übermäßige finanzielle Belastung der Straßen-

bahn-Gesellschaft und ohne Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Betriebsmittel angewandt werden kann, ist diese neue Betriebsart seitens der Gesellschaft einzuführen. Darüber, ob und wann eine solche neue Betriebsart anzuwenden sei, entscheiden die städtischen Behörden und eventuell auf erhobene Beschwerde der Straßenbahn-Gesellschaft das Herzogliche Staatsministerium.

2. Als bald nach Zulassung des elektrischen Betriebes ist das Straßenbahnnetz in Gemäßheit des vorgelegten Planes umzugestalten und bezw. zu erweitern, wobei jedoch nähere Vereinbarung über die Führung der einzelnen neuen Linien vorbehalten bleibt.

3. Den städtischen Behörden wird die Befugniß eingeräumt, demnächst den Ausbau noch weiterer als der schon vorgesehenen Strecken zu fordern, sofern dieser Ausbau nach Ansicht der städtischen Behörden durch die Verkehrsverhältnisse bedingt erscheinen sollte und soll auch hier eventuell die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums maßgebend sein.

4. Die Dauer der Concession wird um zehn Jahre, d. i. bis zum 31. März 1939 verlängert, dabei jedoch seitens der Straßenbahn-Gesellschaft der Stadt das Recht eingeräumt, während dieser zehn Jahre, also vom 1. April 1929 ab an dem die Summe von 6 % des Actien-Capitals übersteigenden Theilbetrage des Reingewinnes die Hälfte für sich in Anspruch zu nehmen.

Die Versammlung wird ersucht, sich über diese Bedingungen zu äußern, da es dem Magistrate zum Zwecke der Vereinfachung der weiteren Verhandlungen wünschenswerth erscheint, hierüber zunächst die Ansicht der Versammlung kennen zu lernen. Sollte sich diese Ansicht mit der des Magistrates nicht decken, so ersucht derselbe weiter, zu beschließen, daß die weitere Prüfung dieser Sache einer etwa aus drei Stadtverordneten und zwei Magistratsmitgliedern bestehenden Deputation übertragen werde und die Versammlung auch die Wahl der dazu erforderlichen Zahl von Stadtverordneten vornehme.

Die Finanzcommission, von welcher die Vorlage durchberathen ist, hat nach dem Berichte des Herrn F ü d e l beschlossen, der Versammlung keine bestimmten Anträge in dieser Sache zu unterbreiten, sondern darüber zu berichten und die Herren zu bitten, in eine Besprechung einzutreten, am Schlusse derselben aber eine gemischte Deputation zu wählen, um von dieser die wichtige Angelegenheit noch eingehender erörtern zu lassen. Wie man anerkennen werde, sei der Straßenbahnbetrieb mit Pferden im Allgemeinen mangelhaft und in Braunschweig hatten demselben vielleicht noch mehr Mängel an, als nothwendig sei, sodaß im Interesse des verbesserten Verkehrs eine Aenderung des Betriebes auch hier dringend wünschenswerth erscheine. Die Straßenbahn-Gesellschaft habe aber von ihrem Standpunkte aus auch den Wunsch, eine andere Betriebsart einzurichten, schon weil sich in Ansehung der Vorgänge in anderen Städten hieraus eine größere Rente erwarten



lasse. Natürlich erscheine es auch, wenn die Gesellschaft nach den in anderen Orten gemachten günstigen Erfahrungen beantrage, die Zuleitung der Kraft oberirdisch auszuführen. Andererseits müsse anerkannt werden, daß trotz der vielfachen Verbesserungen an den Anlagen die Gestänge immerhin eine Verunzierung der Straßen und Plätze der Stadt mit sich bringen werden. Darum sei es die Pflicht der Stadtverwaltung, sich nach einem Betriebe umzusehen, welcher diese Unzuträglichkeiten nicht im Gefolge habe. Dabei komme auch die Frage des Accumulatorenbetriebes in Betracht. Diejenigen Herren, welche indessen den betr. Versuchen in Berlin beigewohnt haben, würden sich überzeugt haben, daß dieses System bei dem jetzigen Stande der Wissenschaft noch nicht empfohlen werden könne. Die todte Last, welche von dem Wagen mitgeschleppt werden müsse, um den Verkehr in günstiger Weise aufrecht zu halten, sei eine so enorme, daß von einer Rentabilität eines solchen Betriebes kaum etwas zu erwarten stehe. Man dürfe aber wohl hoffen, daß es der Technik noch gelingen werde, die Accumulatoren derartig auszubilden, um sie in nicht allzu langer Zeit zur Bewegung der Straßenbahnwagen benutzen zu können. Da sich indessen dieser Zeitpunkt auch nicht annähernd feststellen lasse, müsse zur Zeit von einem Betriebe durch Accumulatoren abgesehen werden. Sodann biete die unterirdische Zuleitung äußerlich ganz bedeutende Vorzüge. Mit diesem Systeme seien in Oesterreich, England und Amerika ausgedehnte Versuche gemacht worden, jedoch finde sich der einzige gelungene Betrieb in Ofen-Pest, der aber auch noch fortwährend der Verbesserung unterliege. Die Kosten dieses Systemes seien indessen gegenüber der oberirdischen Zuleitung so hoch — man schätze sie auf das doppelte und dreifache — daß es schwer sein würde, die unterirdische Zuleitung zu empfehlen. Ganz neuerdings seien nun in Dessau Versuche mit Gasmotoren gemacht worden, welche sehr gut ausgefallen sein sollen. Da diese Anlage aber erst vier Wochen im Betriebe sei, so könne man aus einer so kurzen Betriebszeit noch keine Schlüsse auf ihre Brauchbarkeit ziehen. Die Fragen, wie die Wagen die Erschütterungen aushalten werden, wie sich die Kosten der Unterhaltung stellen u. seien z. B. noch sehr wenig geklärt. Aus allen diesen Gründen bleibe für die Jetztzeit nur noch die Frage übrig, ob man zu dem Betriebe mit oberirdischer Zuleitung greifen wolle und ob die bedeutenden Verbesserungen und Erleichterungen des Verkehrs die Unzuträglichkeiten, Unannehmlichkeiten und Unschönheiten, welche mit der oberirdischen Zuleitung verknüpft seien, aufwiegen.

Bezüglich der der Straßenbahn-Gesellschaft aufzuerlegenden Bedingungen sei sich die Finanzcommission darüber einig gewesen, daß zuerst eine feste Grundlage geschaffen werden müsse, nach welcher die Gesellschaft gebunden sein solle, einen besseren Betrieb einzuführen, ehe auf die nähere Festsetzung der Bedingungen eingegangen werden könne. Wünschenswerth erscheine es z. B., anzustreben, daß

schon während der jetzigen Concessionsdauer eine Abgabe an die Stadt zu leisten sein würde, sobald die Rente einen noch festzusetzenden Procentsatz übersteige. Die Commission empfehle also, nach Besprechung der Angelegenheit eine gemischte Deputation, darunter fünf Stadtverordnete, zu wählen.

Herr Nieß möchte zur formellen Behandlung der Sache den Antrag stellen, die Besprechung hierüber auszusetzen und eine Commission zu wählen, welche die näheren Unterlagen für die weitere Beschlußfassung zu schaffen habe. Die von dem Herrn Berichterstatter gegebenen Unterlagen seien nicht derartig, um auf Grund derselben einen Beschluß zu fassen, es würde somit nur ein planloses Besprechen der ganzen Sache stattfinden.

Herr Lange will diesen Antrag unterstützen. Die Umwandlung des hiesigen Straßenbahnbetriebes in ein anderes System sei ein allgemeiner Wunsch der Einwohnerschaft. Ueber die Frage, welches System gewählt werden möchte, verständige man sich aber in der Commission viel besser als im Plenum. Wenn die oberirdische Zuleitung gewählt werde, was nach seiner Meinung wahrscheinlich sei, so müßten daran jedenfalls besondere Bedingungen geknüpft werden, welche verhindern, daß eine Belästigung für die Bürger eintrete und die Straßen und Plätze vor Verunzierungen bewahrt bleiben. In Lübeck habe er sich überzeugt, daß sich das recht gut ausführen lasse.

Herr F ü d e l bemerkt, daß die Finanzcommission solche Meinungsäußerungen gerade gewünscht habe, indem ihr daran liege, zu erfahren, ob die Versammlung in ihrer Mehrheit für die Einführung des elektrischen Betriebes sei, ehe die Deputation tiefer auf die Sache eingehe.

Herr G ü n t h e r befürchtet, daß durch die Verweisung der Vorlage an eine Deputation eine Verschleppung der Sache eintrete. Nothwendig erscheine es ihm, daß aus der Versammlung heraus wenigstens Wünsche in Bezug auf die Angelegenheit geäußert werden. So meine er z. B., daß die Straßenbahn-Gesellschaft gezwungen werden müsse, möglichst viele doppelgleisige Strecken anzulegen, denn sonst höre die Bummelrei im Betriebe, welche man jetzt gern den Bediensteten zuschiebe, nicht auf. Auch die Concessionsverlängerung, der er nicht zustimmen könne, müßte noch näher erörtert werden. Darum könne er dem Nieß'schen Antrage nicht unbedingt zustimmen.

Herr H a l l e hat aus den bisherigen Verhandlungen den Eindruck gewonnen, als ob man die Sache verschleppen wolle und die Entscheidung der Versammlung dem Magistrate ziemlich gleichgültig sei. Auch die Finanzcommission scheine hierbei ihre Hände in Unschuld waschen zu wollen, da sie nicht einmal bestimmte Stellung dazu genommen habe, was er sehr bedauern müsse. Eine Verschleppung der Sache

wünsche er aber nicht. Jedes Mitglied der Versammlung sei sich wohl darüber klar, ob elektrischer Betrieb nothwendig sei oder nicht, ebenso darüber, daß ein Accumulatorenbetrieb nicht möglich und der Betrieb mit unterirdischer Zuleitung nicht ausführbar sei. Auch der Betrieb mit Gasmotorenwagen sei noch ein sehr junges Unternehmen, welches neuerdings erst wieder in Dresden ein Unglück herbeigeführt habe. Die Versammlung könne daher schon jetzt der Sache näher treten, indem sie sich im Principe für die Einführung des elektrischen Betriebes mit oberirdischer Zuleitung ausspreche. (Widerspruch der Herren Nieß und Meyerhoff.) Wenn auch einzelne Stadtverordnete dagegen sein würden, so erkläre sich die große Mehrheit doch wohl dafür. Er bitte dann, eine Deputation zu wählen, welche das Nähere mit dem Magistrate und der Gesellschaft ausarbeite und der Versammlung eine neue Vorlage mache.

Herr Meyerhoff tritt für den Nieß'schen Antrag ein. Je weniger die Deputation aus der Versammlung höre, desto unbefangener könne sie arbeiten. Im Uebrigen wünsche er, in die Deputation nicht 5, sondern 7 Stadtverordnete abzuordnen, weil diese sich leichter einigen würden.

Herr Ebeling stimmt der Halle'schen Ansicht bei, da der Deputation eine Directive aus der Versammlung gegeben werden müsse. Bei der letztmaligen Besprechung des elektrischen Betriebes sei sich die Versammlung noch sehr uneinig gewesen, indem sie die oberirdische Stromzuleitung für undurchführbar gehalten habe, jetzt aber sei auch er aus einem Gegner ein Freund dieser Betriebsart geworden, nachdem er sich hierüber anderweitig besser informiert habe. Er empfehle daher, zu beschließen, daß zum elektrischen Betriebe übergegangen werden solle.

Herr Aßmann kann den Antrag Nieß nicht unterstützen, weil die Deputation die Sache nicht im Sinne der Versammlung ausarbeiten könne, wenn sie deren Stimmung nicht kenne. Wunderbar sei es, daß man sich heute noch darüber streite, ob man den elektrischen Betrieb einführen oder das jetzige System beibehalten solle. Vor ganz kurzer Zeit sei noch besonders betont worden, daß eine Erleichterung bezüglich der überlangen Arbeitszeit der Straßenbahnbediensteten erstrebt werden müßte und das lasse sich durch die Einführung des elektrischen Betriebes ermöglichen, weil verschiedene Arbeiten, wie das Füttern der Pferde zc. fortfallen. Eine allzugroße Verunzierung könne er in der oberirdischen Zuleitung auch nicht erblicken, zumal man schon jetzt Manches in der Stadt habe, was ihr auch nicht gerade zur Zierde gereiche. Da die unterirdische Zuleitung in den engen Straßen der Stadt gar nicht durchführbar sei, so bleibe aber nichts anderes übrig, als die Oberleitung einzuführen. Er spreche sich deshalb für die Einführung des elektrischen Straßenbahnbetriebes mit Oberleitung aus.

Herr Löbbecke muß es für unzweifelhaft halten, daß nur das System der Oberleitung in Frage kommen könne, wenn man nicht die ästhetischen Rücksichten in den Vordergrund stellen wolle. Da sich schon jedes Mitglied der Versammlung klar sein werde, ob es für oder gegen die oberirdische Zuleitung stimme, so wäre es vielleicht gut, wenn hierüber schon jetzt abgestimmt würde.

Herr Böschigt schließt sich dem Antrage Halle an. Die Vorlage könne erst dann an eine Deputation verwiesen werden, wenn die Versammlung ihrer Meinung über die Anlage Ausdruck gegeben habe.

Auf entsprechende Anregung erklärt der Herr Vorsitzende, daß er der Debatte vollständig freien Lauf lassen und Niemand das Wort entziehen werde, welcher zur Sache selbst spreche.

Herr Nieß will nach dieser Erklärung auf die Sache selbst eingehen. Zunächst möchte er wissen, wodurch der Beweis erbracht sei, daß überhaupt eine Aenderung in dem Straßenbahnbetriebe eintreten müsse. Die Gesellschaft beginne ihren Betrieb jetzt um  $6\frac{3}{4}$  bzw.  $7\frac{3}{4}$  Uhr Morgens und lasse ihre Wagen bis 10 Uhr in Abständen von 20 Minuten und von dieser Zeit ab im Zehnminutenbetriebe laufen. Wenn nun der Verkehr bei der gegenwärtigen Einrichtung nicht bewältigt werden könne, so stände der Gesellschaft durchaus nichts im Wege, einen Zehn- bzw. Fünfminutenbetrieb einzuführen und außerdem noch zwei Wagen hintereinander laufen zu lassen. Der Betrieb lasse sich also schon in der gegenwärtigen Form vervierfachen, da dieses aber bislang nicht geschehen sei, so liege auch kein Bedürfniß für eine Erweiterung vor. Wenn dasselbe wirklich vorhanden wäre, würde die Gesellschaft schon längst einen verstärkten Betrieb eingeführt haben, wie sie das bei der Messe, der Masch und sonstigen Gelegenheiten schon thue. Darum erkläre er jede Erweiterung des Betriebes bei der gegenwärtigen Sachlage für überflüssig und erblicke in dem Vorgehen der Gesellschaft nur den Versuch, die Stadt Braunschweig durch die Einführung als ein geeignetes Gebiet zu occupiren, bevor sich ein Anderer, wie z. B. auch die Stadtverwaltung selbst, darauf besinnen könne, den Betrieb selbst in die Hand zu nehmen. Hierin liege gerade die Gefahr, daß die Sache übereilt werde. Die Depots von Actien der Straßenbahn-Gesellschaft in Hannover und Dresden sollen überhaupt nur fingirt sein, indem die Actien wesentlich in einer Hand liegen sollen, welche die ganze Maschinerie dirigire. Zuerst habe die Gesellschaft mit der Firma Schuckert in Nürnberg Verhandlungen angeknüpft, welche ihr für den Nominalwerth der Actien 6% garantirt habe, da aber die allgemeine Electricitäts-Gesellschaft in Berlin muthmaßlich einen noch höheren Procentsatz garantirt habe, so sei erstere abgethan und es trete letztere auf die Fläche. Vor Einleitung der Umwandlungs-Verhandlungen haben die Actien der Straßenbahn 135 gestanden, jetzt seien sie in Folge der neuen Speculation auf 150 gestiegen. Die Stadt beuge sich also auf ein

Gebiet, wo ihr die Kenntniß dessen, was sich hinter den Coulissen abspiele, entgehe und möchte er die Stadtverwaltung davor bewahren, sich in etwas einzulassen, was sie nicht übersehen könne. Es seien ihm auch eine Anzahl hierauf bezüglicher Schriftstücke zugesagt, welche er später werde vorlegen können. Auf eine Verlängerung der Concession werde er sich unter keinen Umständen einlassen, weil ihm die jetzige Concession schon lange genug laufe und er noch kürzlich von Stadtverordneten aus Elberfeld gewarnt sei, auf die Verlängerung der Concession einzugehen . . . . .

Der Herr Vorsitzende macht, den Redner unterbrechend, darauf aufmerksam, daß es sich bei der jetzigen Besprechung nur darum handeln könne, vor der Wahl der Deputation die Frage principiell zu entscheiden, ob die oberirdische Zuleitung gutgeheißen werden solle oder nicht. Dagegen würden die weiteren Einzelheiten erst dann zu besprechen sein, wenn die Deputation sich schlüssig geworden wäre. Schon jetzt in eine Erörterung der einzelnen Punkte einzutreten, würde zu weit gehen. Die Sache liege so, daß bei etwaiger Ablehnung der oberirdischen Zuleitung die Einsetzung der Deputation überflüssig sein würde, weil z. B. Niemand darauf reflectire, einen anderen Betrieb einzurichten. (Widerspruch des Herrn Nieß.) Wenn Herr Nieß aber andere Vorschläge sollte machen wollen, oder irgend eine Gesellschaft mit neuen Anträgen käme, müßte die Sache von Neuem erwogen werden. Darum bitte er, bei der Besprechung nur die Hauptpunkte, wie die oberirdische Zuleitung, die Verlängerung der Concession, die der Gesellschaft aufzuerlegenden besonderen Bedingungen u. c., zu berühren, alle weiteren Details aber für später aufzubewahren.

Herr Nieß ist der Meinung, daß man sich vor der Entscheidung über eine so schwerwiegende Sache erst von objectiver sachverständiger Seite ein Bild entwickeln lassen müsse, denn in der Versammlung würde sich wohl kein sachverständiges Mitglied befinden. (Widerspruch.) Sollte die oberirdische Zuleitung abgelehnt werden, wäre die Sache damit noch lange nicht begraben. (Widerspruch.) Sobald die Versammlung erkläre, eine oberirdische Zuleitung nicht zu wollen, werde sofort ein Bewerber mit einem anderen System auftreten. In neuerer und neuester Zeit seien so wichtige Patente auf dem Gebiete der Zuführung des elektrischen Stromes auf unterirdischem Wege, durch Hohlshienen u. c. erteilt, daß man das Ende der Entwicklung noch gar nicht absehen könne.

Was nun die oberirdische Stromzuführung anlange, so habe ihm der zuständige Beamte der Herzoglichen Baudirection gesagt, er habe sich nur für eine bedingte Zulassung der oberirdischen Stromzuführung erklärt; es müsse also bestritten werden, daß die Herzogliche Bau-Direction sich ohne Einschränkung dafür ausgesprochen habe. Von dem Beamten sei er gebeten, dieses ins Feld zu führen und der oberirdischen Zuleitung nicht zuzustimmen. Ferner möchte er wissen, weshalb hier die

kleineren Städte als Muster dienen sollen und weshalb man nicht Städte wie Berlin, Hannover, Magdeburg u. ins Feld führe, die doch viel eher ein treffendes Beispiel abgeben könnten. Innerhalb dieser Städte sei aber die Einführung des elektrischen Betriebes mit Oberleitung nicht gestattet worden. Auch in England, dem ersten Industriestaate der Welt, lasse man keine Gesellschaft mit oberirdischer Stromzuführung zu, weshalb solle man aber hier etwas zulassen, was für andere Länder und Städte nichts taue. Die vom Referenten gegen die Accumulatoren vorgebrachten Argumente träfen auch nur zur Hälfte zu, denn erst jetzt wieder sei der Accumulatoren-Gesellschaft in Hagen ein neues Patent zuerkannt worden, so daß sich auch diese Sache in einem fortwährenden Flusse befinde. Nichts könne aber schädlicher sein, als auf diesem Gebiete einen Beschluß zu fassen, der die Stadt auf 40—50 Jahre binde. (Widerspruch.) Man denke sich ferner, daß die Stadt Braunschweig neben Lübeck, Danzig, Nürnberg und Hildesheim den fünften Platz als architectonisch schönste Stadt Deutschlands einnehme und nun hier damit vorgegangen werden solle, beispielsweise den Altstadtmarkt mit einem Drahtneze zu überspannen, welches diesen altherwürdigen Platz vollständig verunstalten würde. Es sei nämlich zu bedenken, daß die Drahtseile jeder einzelnen Curve folgen müssen, das Netz also an verschiedenen Kreuzungspunkten ziemlich dicht werden würde. Dazu komme auch noch die Feuergefährlichkeit der an den Häusern entlang zu leitenden Drähte, sowie der fernere Umstand, daß die Feuerwehr in diesem Gewirr von Drähten, zu welchen doch auch die Telephondrähte noch kommen, mit ihren Geräthen nicht werden operiren können. . . .

Der Herr Vorsitzende unterbricht hier den Redner mit der Mittheilung an die Versammlung, daß der Magistrat die Vorlage insoweit zurückziehe, als er nur noch beantrage, daß die weitere Prüfung der Sache einer gemischten Deputation übertragen werde. Es stehe demnach nur noch dieser Punkt zur Verhandlung.

Herr Günther ist der Meinung, daß es sich immer noch um die Grundfrage handle, ob der elektrische Betrieb mit Oberleitung eingeführt werden solle oder nicht.

Herr Bürgermeister Kettmeyer erwidert, daß der Magistrat aus der bisherigen Verhandlung schon entnommen habe, was er wissen wollte und sich daher hiermit begnüge.

Herr Brückmann bringt nunmehr in Vorschlag, die Herren Fiedel, Lange, Meyerhoff, Nieß und Weber in die Deputation abzuordnen.

Da außerdem noch von anderer Seite die Herren Engelbrecht, Löbbcke und Günther zur Wahl vorgeschlagen werden, so muß letztere durch Stimmzettel geschehen.

Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hatte, daß 5 Mitglieder in die Deputation abgeordnet werden, wird zur Wahl geschritten. Dieselbe hat folgendes Ergebniß: Es erhalten von den abgegebenen 34 Stimmen die Herren

Füdel 34, Lange 33, Nieß 28, Weber 24 und Meyerhoff 17, welche 5 Herren als gewählt zu betrachten sind. Außerdem sind Stimmen abgegeben für die Herren Löbbbecke 11, Halle 8, Günther 6, Engelbrecht 3, Hauswaldt 2, Müller 2, Böschigt 1 und Uhde 1.

Persönlich bemerkt Johann Herr Füdel noch, daß ihm von Herrn Nieß der Vorwurf gemacht sei, das Schreiben der Herzoglichen Vaudirection der Versammlung nicht mitgetheilt zu haben. Dasselbe enthalte nichts anderes, als was in der Vorlage bekannt gegeben sei, daß nämlich die Herzogliche Vaudirection sich im Principe mit der Einrichtung des elektrischen Betriebes einverstanden erkläre, jedoch den specielleren Anträgen entgegenstehe. Zur Begründung dessen wolle er das Schreiben verlesen, was geschieht.

## II. Aufbesserung der Gehälter für die Lehrer an der städt. Oberrealschule.

Der Schulvorstand der städtischen Oberrealschule empfiehlt den städtischen Behörden die Einführung eines neuen Besoldungstarifs für die Lehrer der betr. Anstalt und finden diese Aenderungsverschlüge auch die Billigung des Magistrates. Letzterer wünscht nur, daß dem Director entweder eine Dienstwohnung oder eine Miethsentschädigung von 1000 M. gewährt werde, die mit 600 M. pensionsfähig sein solle. Die Frage, ob gleichzeitig auch die Gehälter der an der städtischen höheren Mädchenschule beschäftigten Lehrer zu erhöhen sein möchten, wünscht der Magistrat vorläufig noch offen gehalten zu sehen. Derselbe ersucht vielmehr, einstweilen bei der Oberrealschule gesondert vorzugehen und den in Vorschlag gebrachten Besoldungstarif zu genehmigen. Nach diesem Tarife sollen erhalten: 1) der Director ein Anfangsgehalt von 4800 M., nach je 3 Jahren 300 M. Zulage bis zum Höchstbetrage von 6000 M. und außerdem freie Dienstwohnung oder eine Miethsentschädigung von 1000 M.; 2) die festangestellten academisch gebildeten Lehrer ein Anfangsgehalt von 2600 M., nach je 3 Jahren 400 M. Zulage bis zum Betrage von 5400 M., von da ab 300 M. Zulage bis zum Höchstgehalte von 6000 M.; 3) die wissenschaftlich gebildeten Hilfslehrer eine anfängliche Remuneration von 1500 M., nach einem Jahre 1800 M. und nach zwei Jahren 2100 M.; 4) die seminaristisch gebildeten und die Fachlehrer ein Anfangsgehalt von 2000 M., nach Ablauf von je 3 Jahren aber 200 M. Zulage bis zum Höchstgehalte von 3600 M.

Die Vorlage ist in der Schulcommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Blasius: Die nächstliegende Frage, ob eine Erhöhung dieser Gehälter zur Zeit überhaupt angezeigt erscheine, sei von der Commission einstimmig bejaht worden. Bei Gegenüberstellung der früheren Besoldungsätze des Lehrpersonals mit den jetzt in Vorschlag gebrachten habe sich herausgestellt, daß der Director früher ein Anfangsgehalt von 4200 M. (gegen 4800 M.) und bei

Zulagen von je 400 M in je 3 Jahren (gegen 300 M in je 3 Jahren) ein Höchstgehalt von 6000 M mit freier Dienstwohnung bezogen habe. Die academisch gebildeten angestellten Lehrer erhielten früher ein Anfangsgehalt von 2400 M (jetzt 2600 M) und alle drei Jahre dreimal je 400 M und sechsmal je 300 M Zulage bis der Höchstgehaltsfuß von 5400 M nach 27 Jahren erreicht sei, während der Fuß von 5400 M jetzt nach 21 Dienstjahren erreicht werde und sie dann noch zweimal nach 3 Jahren Zulagen von je 300 M bis zum Höchstgehalte von 6000 M erhalten. Für die academisch gebildeten Hilfslehrer haben aber bislang bestimmte Besoldungsvorschriften nicht bestanden. Die seminaristisch gebildeten Lehrer bezogen bisher ein Anfangsgehalt von 1600 M (gegen 2000 M) und Zulagen von 200 M in Abständen von 3 Jahren bis zum Betrage von 3200 M und nach weiteren 3 Jahren noch 100 M bis zum Höchstgehalte von 3300 M (jetzt 3600 M mit je 200 M Zulagen in 3 Jahren). Dazu komme dann noch eine besondere Funktionszulage bis zu 500 M an verschiedene Kategorien dieser Lehrer.

Die Schulcommission sei nun der Ansicht, daß die Vorschläge eine sehr bedeutende, aber auch eine wohlverdiente Zulage für die sämtlichen Lehrer an der Oberrealschule darstellen und daher deren Annahme nur empfohlen werden könne. Bei den Verhandlungen in der Commission sei dann auch die Frage berührt worden, wie es an den analogen Anstalten, z. B. der städtischen höheren Mädchenschule mit den Gehaltszulagen gehalten werden solle. Von dem Magistrate sei darauf mitgeteilt, daß bereits in den nächsten Etat ein Posten zur Aufbesserung der Gehälter des gesammten Lehrpersonals einschließlich der Lehrerinnen eingestellt werden solle und daher auch hier bestimmt auf eine Verbesserung gerechnet werden könne.

Herr Hauswaldt erkennt in der Vorlage das Bestreben an, die Oberrealschule auf ihrer bisherigen Höhe zu erhalten und die Lehrer derselben so gut zu stellen, daß die gleichen Anstalten in den anderen deutschen Staaten, namentlich in Preußen nicht fortwährend die besseren Kräfte von hier entfremden. In der Commission sei man nun s. B. der Ansicht gewesen, daß sich die jetzige Vorlage vollkommen mit dem preussischen Besoldungsetat decke und der Zug nach Preußen mit der Annahme derselben aufhören werde. Inzwischen habe sich aber herausgestellt, daß doch noch einige Wünsche namentlich der jüngeren wissenschaftlich gebildeten Lehrer in der jetzigen Vorlage unberücksichtigt geblieben seien. Wenn man aber erreichen wolle, die tüchtigeren Lehrkräfte hier zu behalten, so müsse man auch noch einen Schritt weiter gehen und alle berechtigten Wünsche zu befriedigen suchen. Die Herren gehen in ihren Wünschen gar nicht so weit, ebenso zu stehen wie ihre preussischen Kollegen, welche schon durch den Fortfall der Reliktenbeiträge einen Schritt voraus seien. Da nun die Sache gar nicht so dringend eile, bitte er, die ganze Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen, damit der-



selben Gelegenheit geboten werde, das neuerdings zur Verfügung gestellte Material zu prüfen und darauf eine Entscheidung zu treffen.

Herr Uhde muß sich gegen diesen Antrag erklären, da die Sache seiner Meinung nach sehr eile, sofern einige tüchtige Lehrer hier an der Anstalt festgehalten werden sollen. Wenn man auch auf die gute Fortführung der Oberrealschule durch ein tüchtiges Lehrpersonal Rücksicht nehmen müsse, so dürften andererseits aber auch nicht höhere Gehaltsätze bewilligt werden, wie sie die betr. Lehrer an den preussischen staatlichen und städtischen Anstalten gleicher Art, sowie an dem Herzoglichen Realgymnasium beziehen. Da nun außerdem die betheiligten Lehrer mit der Vorlage in ihren Wünschen befriedigt seien, so bitte er um Annahme der Magistratsvorlage unter Ablehnung des Hauswaldt'schen Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet ebenfalls, dem Hauswaldt'schen Antrage keine Folge zu geben. Das von Herrn Hauswaldt erwähnte Material habe schon dem Schulvorstande, dem Magistrate und auch der Schulcommission vorgelegen. Wenn Herr Hauswaldt meine, man könne durch ein sorgfältiges Studium eine richtige Vergleichung der vorgeschlagenen Gehaltsätze mit denen in anderen Staaten bewirken, so bezweifle er das und zwar aus dem Grunde, weil die verschiedenen Staaten und Städte ganz verschiedene Grundsätze haben. Die hiesige Stadt habe das feste Dienstalterssystem, während der braunschweigische Staat das Classensystem und der preussische Staat ein ganz eigenthümliches System besitze, nach welchem in den ersten Jahren nur geringe Aufbesserungen stattfinden und zu einem gewissen Zeitpunkte eine besonders hohe Zulage von 900 M eintrete. Wolle man also einen Vergleich ziehen zwischen den hier vorgeschlagenen Gehaltsätzen und den Sätzen in Preußen und dem Staate Braunschweig, so begeben sich auf ein Gebiet der Wahrscheinlichkeitsrechnung; dort habe man schwankende, hier aber feste Sätze.

Herr Wolff möchte darauf hinweisen, daß bei Vorlegung des Materiales von den betheiligten Lehrern die Behauptung aufgestellt sei, die Grundlage des vom Magistrate beantragten Besoldungsstarifes enthalte in zwei Punkten einen Irrthum. Zunächst sei nämlich geltend zu machen, daß die große preussische Functionszulage von 900 M nicht, wie die Vorlage besage, nach 15, sondern schon nach 12 Jahren einzutreten pflege und außerdem die Lehrer an den Herzoglichen Gymnasien nicht alle drei Jahre, sondern weit früher in ihren Gehaltsätzen aufrücken. Darum dürfte es angezeigt erscheinen, in eine Prüfung dieser Frage durch die Commission zu willigen und dem Hauswaldt'schen Antrage zuzustimmen. Da sich das Lehrpersonal an der Oberrealschule aber im Wesentlichen nicht aus dem Herzogthume, sondern aus anderen deutschen Ländern rekrutire, so müsse man, bei Anerkennung des Grundsatzes, daß jeder mit dem Oberlehrerzeugnisse versehene academisch gebildete Lehrer im Gehalte gleichzustellen sei, zu der Erkenntniß gelangen, daß es gerechtfertigt

erscheine, die betr. Lehrer der Oberrealschule mit ihren preussischen Collegien gleichzustellen. Wenn man diesen Gesichtspunkt feststelle, so folge durchaus weiter, daß die Wünsche der Herren zu erfüllen seien, sofern ihre Berechnung zutreffe. Indessen die Rücksicht auf die Verhältnisse der inländischen Gymnasien verbiete ein so weites Entgegenkommen, wenn dadurch mehr geschehe, als die normalen Verhältnisse derselben mit sich bringen. Es dürfte vielmehr nothwendig sein, daß die städtischen Behörden bei der Gehaltsfestsetzung für ihre Lehrer nur aus zwingenden Gründen über das hinausgehen, was der braunschweigische Staat thue. Die Wünsche der betheiligten Lehrer basiren im Wesentlichen auf der Erwägung, daß in den mittleren Dienstjahren eine höhere Zulage und ein rascheres Steigen dringend erwünscht sei, weil gerade hier die erheblichsten Ausgaben in Betracht kommen. Hierauf könne seiner Meinung nach wohl eingegangen werden. Wenn deshalb die Versammlung auf den Hauswaldtschen Antrag nicht eingehen wolle, so beantrage er, die Versammlung wolle die Vorlage mit der Maßgabe genehmigen, daß der Magistrat ersucht werde, für die festangestellten academisch gebildeten Lehrer zu bestimmen, als Anfangsgehalt 2600 M. und als Zulagen nach 3 und 6 Jahren je 400 M., nach 9, 12, 15 und 19 Jahren je 500 M. und nach 23 und 27 Jahren je 300 M. Da indessen die vorgelegte Berechnung nicht im Plenum auf ihre Richtigkeit geprüft werden könne, so möchte er unter allen Umständen bitten, die Sache nochmals in der Commission zu berathen. Die Gehaltsätze der Lehrer an der höheren Töchterschule dürften aber hiermit nicht verquickt werden, weil seines Wissens der Magistrat nicht den Standpunkt einnehme, dort nur Personen mit dem Oberlehrerzeugniß zuzulassen, sondern daß auch andere Herren in Frage kommen; es lasse sich aber schon aus diesem Grunde eine völlige Vereinigung mit dieser Vorlage nicht erzielen und sei eine bezügliche Magistratsvorlage abzuwarten.

Herr Rudeloff muß die Sache für vollständig spruchreif halten, da auch das von Herrn Hauswaldt erwähnte Material der Commission schon vorgelegen habe. Die große Functionszulage von 900 M. erhalte in Preußen die Hälfte der angestellten Lehrer, sodaß der Zeitpunkt der Verleihung dem Zufall unterliege und eine feste Norm dafür nicht aufgestellt werden könne. Wenn die obere Hälfte der betr. Lehrer sich länger halte, müsse die untere Hälfte länger warten. Ebenso gehe es auch bei den hiesigen staatlichen Lehrern, welche gleichfalls nicht zu einer bestimmten Zeit auf Zulage rechnen können, sondern warten müssen, bis Vordermänner abgegangen seien. Zudem wolle er auch auf die Steuerverhältnisse in Preußen und hier, sowie darauf aufmerksam machen, daß die hiesigen Lehrer sich bei der Pensionirung sehr viel besser stehen als die preussischen. In Preußen werde der Pensionsanspruch erst nach zehn Dienstjahren erworben, hier sofort; in Preußen erhalte ein Beamter nach zehn Dienstjahren  $\frac{15}{60}$  seines Einkommens als Pension, hier aber schon  $40\frac{2}{6}\%$ ; dort könne nur eine Höchstpension von  $\frac{45}{60}$  des Ein-

kommens erdient werden, hier vermöge der Beamte das volle Einkommen als Pension zu erwerben. Bedenke man ferner, daß die Lehrer gleicher Kategorie in Preußen mit einem Anfangsgehalte von 2100 M und dem tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschusse von eventuell 660 M angestellt werden, bei einer Vergleichung mit den hiesigen Verhältnissen aber nur der braunschweigische Wohnungsgeldzuschuß im Betrage von 450 M in Frage kommen könne, so gebe man den hiesigen Realschullehrern bei einem Anfangsgehalte von 2600 M immer noch 50 M mehr, als ihre Kollegen gleicher Kategorie in Preußen erhalten. Wenn die Lehrer diese Umstände mit in Berechnung ziehen, so können sie nicht den Eindruck gewinnen, daß sie durch die neuen Gehaltsätze unbillig schlechter gestellt seien, als ihre auswärtigen Kollegen. Hieraus ziehe er aber den Schluß, daß die Versammlung heute vollständig in der Lage sei, sich zu Gunsten der Magistratsvorlage zu entscheiden. Bezüglich der Beforderungserhöhung für das Lehrpersonal an der höheren Mädchenschule möchte er noch hervorheben, daß es der Gerechtigkeit und Billigkeit entspreche, dabei auch des Lehrpersonals an der städtischen Mädchenschule in der Heinenstraße nicht zu vergessen, welches mit dem Personale an der höheren Mädchenschule bisher vollständig gleichgestellt gewesen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels will sich ebenfalls gegen den Antrag Wolff aussprechen. In dem seitens der Lehrerschaft verbreiteten Materiale werde ein Vergleich gezogen zwischen der Magistratsvorlage und den Gehaltsbestimmungen, wie sie im Staate Preußen und den Städten Preußens, sowie an den staatlichen Gymnasien Braunschweigs bestehen. Was die Vergleichung mit den preußischen Gehaltsbestimmungen anlange, so beziehe sich das zur Verfügung gestellte Material auf das Rechnungsjahr 1892/93. Am 4. Mai 1892 habe aber Preußen erst den jetzigen Befoldungstarif angenommen. Es möge nun richtig sein, daß in jenem Rechnungsjahre die Functionszulage von 900 M schon im 13. Dienstjahre erworben sei, daraus folge aber noch keineswegs, daß dieses immer so sein werde. In den letzten Jahren, namentlich seitdem man den Oberrealschulen mehr Luft gegönnt habe, seien dort verhältnismäßig viele Realschulen gegründet und in Folge davon viele neue Lehrerstellen entstanden, so daß das Aufrücken im Gehalt in Folge der Schaffung vieler neuer Lehrerstellen ein verhältnismäßig rasches gewesen sei. Dieses wiederhole sich doch aber nicht alle Jahre. Außerdem müsse man berücksichtigen, daß in Preußen die obere Hälfte der Lehrer nicht ohne Weiteres die Functionszulage erhalte, sondern nur dann, wenn der Lehrer nachgewiesenermaßen wissenschaftlich und praktisch sich bewährt habe. Der Magistrat habe nun auch sein Augenmerk darauf gerichtet, möglichste Gleichheit in der Stellung der hiesigen Oberrealschullehrer mit der der braunschweigischen Gymnasiallehrer herbeizuführen. Als Hauptgrund für diese Gleichstellung wolle er anführen, daß der Magistrat vor  $1\frac{1}{2}$ —2 Jahren den Schulvorständen durch Verfügung aufgegeben habe, die Lehrerstellen an den hiesigen gehobenen städtischen Schulen möglichst nur

mit inländischen Lehrern zu besetzen. Wenn nun behauptet werde, daß die Magistratsvorlage die Oberrealschullehrer nicht so günstig stelle, wie die hiesigen Gymnasiallehrer gestellt seien, indem diese nicht nach 30, sondern schon nach 27 Dienstjahren in die oberste Gehaltsklasse einrücken, so habe er darauf zu erwidern, daß sich solche Vergleiche mit Sicherheit gar nicht anstellen lassen. Das könne nicht einmal ein Mathematiker und auch der neue Director habe geäußert, es würde das ein mißliches Exempel sein, denn wenn auch periodisch das Maximum mit 27 Jahren erreicht worden sei, so lasse sich das doch für die Folge als feststehend nicht annehmen. Die gegenwärtigen Gehaltsverhältnisse der staatlichen Lehrer liegen in der Schaffung eines Normaletat, welcher 1891 vollzogen sei und der zur Folge gehabt habe, daß ein großer Schub in die Oberlehrerstellen gekommen sei. Der Director Bernicke habe daher auch seiner Tabelle die Annahme zu Grunde gelegt, daß mit dem 30. Dienstjahre das Maximum des Gehaltes von Seiten der staatlichen Lehrer erreicht werde. Es lasse sich also annehmen, daß die städtischen Lehrer ebenso gestellt werden sollen wie die staatlichen. Wenn die Stadt aber wirklich gegen die Gehaltsfixirung in Preußen und dem Staate Braunschweig um ein Geringes zurückbliebe, so habe doch der städtische Tarif einen ungeheuren Vorzug, welcher die kleine Differenz reichlich aufwiege, daß nämlich jeder Lehrer nach je drei Jahren eine ganz bestimmte feste Zulage zu erwarten habe, während in Preußen die Lehrer in den ersten 12—15 Jahren mit einem verhältnißmäßig geringen Gehalte zu fargen haben und sie die Functionszulage von 900 M nur dann bekommen, wenn zufällig in dieser Kategorie eine Stelle frei werde und sie sich wissenschaftlich und praktisch einer solchen Zulage würdig gemacht haben. Im Staate Braunschweig gelangen die Lehrer in die höheren Gehaltsklassen aber erst dann, wenn ein Vordermann abgehe. Er könne also nur empfehlen, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Herr Wolff tritt nochmals für die Genehmigung seines Antrages ein, welcher gegen die Magistratsvorlage nur eine Mehrausgabe von 2200 M für 30 Dienstjahre eines Lehrers zur Folge haben würde. Einen besonderen Werth müsse er darauf legen, daß die Lehrer in den mittleren Jahren eine raschere Zulagefolge erhalten. Bezüglich der Ausführungen des Herrn Rudeloff wolle er bemerken, daß Pensionen nur dann eine Rolle zu spielen pflegen, wenn sie ungenügend seien, nicht aber, wenn sie etwas höher oder niedriger ausfallen. Ziehe man die preußischen Gehaltsätze zum Vergleich heran, so müsse man folgerichtig auch den preußischen Wohnungsgeldzuschuß hinzurechnen und könne nicht den braunschweigischen Zuschuß in Berechnung ziehen. Die günstigere Steuerberechnung in Braunschweig werde aber durch die Reliktenbeiträge wieder ausgeglichen. Da sich nun die Wünsche der Lehrer mit einer so geringen Summe befriedigen lassen, so würde er doch empfehlen, seinen Antrag anzunehmen.

Herr Löschigk möchte bitten, den Antrag Hauswaldt zu genehmigen, da die Gleichberechtigung der Oberrealschullehrer mit den Gymnasiallehrern anerkannt sei. Aus dem vorgelegten Materiale habe er nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß durch die Vorlage eine Gleichstellung durchgeführt werde.

Ein Schlußantrag wird angenommen, und erhält das Schlußwort der Berichtserstatter, Herr Blasius, welcher ersucht, die Anträge Hauswaldt und Wolff abzulehnen, weil durch dieselben nur eine Verschleppung der Angelegenheit herbeigeführt werde. Der z. B. drohende Abgang einiger Lehrer lasse sich durch Genehmigung der Magistratsvorlage vermeiden und werde durch dieselbe auch den Wünschen der Lehrerschaft im Allgemeinen begegnet. Der Etat werde durch die Vorlage um 4—5000 M stärker belastet werden. Er bitte nochmals um Genehmigung der Vorlage.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Abstimmung. Hierbei werden die Anträge Hauswaldt und Wolff abgelehnt und die Magistratsanträge angenommen.

### III. Fortführung der Kaiser-Wilhelmstraße.

Die schon seit längerer Zeit wegen Fortführung der Kaiser-Wilhelmstraße bis zu dem diesseits des Stadtparks im Ortsbauplane vorgesehenen freien Plätze gepflogenen Verhandlungen sind jetzt insofern zum Abschluß gebracht, als von dem Magistrate mit dem Architekten Till, dem Holzhändler Severin und dem Fabrikanten Meyer ein Vertrag dahin abgeschlossen ist, daß die genannte Straße auf Kosten der drei Unternehmer stadtseitig bis an den erwähnten Platz ausgeführt und zu solchen Kosten von der Stadt ein Zuschuß in Höhe von 20 000 M geleistet werde. Die Herzogliche General-Hofintendantur hat sich bereit erklärt, ihrerseits zu diesem Zuschusse einen Beitrag von 16 000 M zu übernehmen. Außerdem ist mit dem Kaufmann Röttcher ein Abkommen wegen Abtretung der zu der fraglichen Straße von seinem Grundstücke *N. ass. 4268* erforderlichen Theilfläche getroffen. Endlich muß die Feststellung des auf 380 M pro Meter veranschlagten Anliegerbeitrages wenigstens formell erfolgen. Die Anträge des Magistrats, den abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen, einen Zuschuß von 4000 M zu verwilligen und der Feststellung des anschlagsmäßigen Anliegerbeitrages auf 380 M zuzustimmen, werden auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr *U h d e* berichtet, genehmigt.

### IV. Erwerb von Terrain zum Platze an der verl. Kaiser-Wilhelmstraße.

Nachdem mit drei hiesigen Unternehmern eine Vereinbarung wegen Fortführung der Kaiser-Wilhelmstraße bis an den im Zuge derselben vorgesehenen freien Platz getroffen ist, scheint es dem Magistrate angezeigt, numehr auch das Terrain dieses Platzes selbst zu erwerben, denn der Werth des Terrains dürfte steigen, so-

balb die Weiterführung der genannten Straße erfolgt und es darf überdies auch nach der Ansicht des Magistrates angenommen werden, daß der Platz selbst demnächst zur Aufstellung einer der beiden neuen Stadtkirchen wird verwendet werden können. Nach der magistratsseitigen Schätzung würde den theilhaftigen Anliegern eine Vergütung von 8 M pro qm zuzubilligen sein und sind zu diesem Preise bereits angekauft von den Herren Halle und Daubert 31 a 82 qm, sowie das Hölte'sche Grundstück im Umfange von 31 a 89 qm nebst den Gebäuden für 35337 M. Da mit Rücksicht auf diesen Ankauf kein Grund vorliegt, für die übrigen in Frage kommenden Grundstücke bereits geforderte höhere Preise zuzubilligen, so wird vom Magistrate ersucht, neben der Genehmigung der abgeschlossenen notariellen Verträge ihn zu ermächtigen, in Ansehung derjenigen zu dem betr. Plage weiter erforderlichen Grundstücke, für welche ein höherer Einheitspreis als 8 M gefordert wird, die Einleitung des Enteignungsverfahrens zu beantragen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche wiederum Herr U h d e berichtet, geschieht.

#### V. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch der Wittve Petermann um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund wird auf Befürwortung des Herrn V o r s i t z e n d e n genehmigt.

#### VI. Gesuch um Auflassung von Vegeterrain an der alten Grünstraße.

Der Zimmermann Heumann richtet an die Versammlung das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß ihm das alte Vegeterrain an der Grünstraße aufgelassen werden möchte, da er sonst nicht in der Lage sei, seinen an der Grünstraße und der Ecke des Hopfengarten gelegenen, von dem Maurermeister Köper gekauften Bauplatz zu bebauen und ihm hierdurch ein materieller Schaden erwachse.

Wie Herr W o l f f namens der Statutencommission berichtet, habe der Magistrat in dem Vertrage mit dem Maurermeister Köper erklärt, daß ihm das Terrain erst nach Auflassung der alten Grünstraße überwiesen werden könne. Es sei demnach selbstverständlich gewesen, daß Köper vor weiteren Schritten erst ein Abkommen mit den Anliegern hätte treffen müssen. Da nun aber Köper dem entgegen das Grundstück an Heumann verkauft habe, so komme zunächst in Frage, welche Rechte Heumann gegen Köper erwirkt habe. Sofern dieser mehr gethan habe, als ihm zugewiesen sei, so möge Heumann dasselbe im civilrechtlichen Wege zu erlangen suchen. Die Stadt könne die alte Grünstraße unmöglich jetzt aufheben; denn es sei eine höchst bedenkliche Sache, gegen den Widerspruch eines an einer bisherigen Straße liegenden Hausbesizers diesen von seiner halben Straße abzuschneiden. Zwar bestehen Entscheidungen des Reichsgerichtes, wonach die Anlieger in solchen Fällen keine Entschädigung haben sollen, aber seit der letzten Entscheidung im Jahre 1882 seien auf dem Gebiete des rheinischen Rechts und des preussischen Landrechts Ent-

scheidungen gefallen, nach welchen aus allgemein gültigen Rechtsätzen derartige Entschädigungsansprüche zuerkannt werden. Bei dieser Sachlage müsse er es aber für bedenklich halten, die Strafe aufzuheben, weil die Stadt dadurch in nicht unerhebliche Ausgaben kommen könne. In einer von Herrn Bürgermeister Metemeyer veranstalteten Zusammenkunft der Interessenten Heumann, Köper und Zeiseweiß habe sich sodann aber Herr Köper bereit erklärt, Herrn Heumann alle Unkosten für Zeichnungen, Zinsen u. zu ersetzen, wenn dieser den ganzen Vertrag wieder rückgängig mache. Sollte Heumann dieses Angebot zurückweisen, so komme man auf ein Gebiet, das der Sachlage nicht entspreche. Aus Rücksicht hierauf habe die Statutencommission beschlossen, der Versammlung Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen, der darauf auch von der Versammlung gutgeheißen wird.

#### VII. Theilortsbauplan an der Roßstraße.

In Veranlassung eines von dem Ingenieur Konegen geplanten Neubaus einer Maschinenfabrik auf dessen an der Roßstraße gelegenen Grundstücke hat das Stadtbauamt mit Rücksicht auf den starken Sommerverkehr nach dem v. Pawel'schen Holze eine Verbreiterung der Roßstraße von 13,7 m auf 16 m beschlossen. Der Magistrat schließt sich dem Antrage auf Genehmigung der Aenderung an, und die Versammlung beschließt demgemäß, nachdem Herr Meyerhoff namens der Baucommission die Vorlage befürwortet hatte.

#### VIII. Anfrage Wollenweber: Anlegung eines zweiten Centralfriedhofes.

Zur Begründung der Anfrage:

„Sollte es sich nicht empfehlen, schon jetzt auf den Ankauf von Land im Westen der Stadt Bedacht zu nehmen, um dort einen zweiten Centralfriedhof anzulegen?“

führt Herr Wollenweber aus, daß der jetzige Centralfriedhof mit der Zeit zu klein werde und man die Anlegung eines zweiten Friedhofes nicht zu lange aufschieben dürfe, weil sonst die Länderei zu theuer werde und weil auch die Vorarbeiten zu lange Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß das Begräbnißwesen eine Angelegenheit der kirchlichen Organe sei und die politische Gemeinde dazu nicht ohne Weiteres Stellung nehmen könne. Er wolle indessen die Sache in der nächsten Sitzung des Kirchencassen-Collegiums zur Sprache bringen, wenn er auch für seine Person ein Bedürfniß zu der angeregten Maßnahme noch nicht anerkennen könne.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

1894/95.

Nr 11.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 17. Januar 1895.

---

**Tagesordnung:**

|                                                                                             |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Erwerb von Grabenflächen in der Feldmark Hagen . . . . .                                 | Seite 234 |
| II. Erwerb und Veräußerung von Terrain in der nordöstlichen Außenstadt . . . . .            | " 235     |
| III. Bewilligung weiterer Kosten zur Herausgabe des städt. Urkundenbuchs . . . . .          | " 235     |
| IV. Abkommen wegen einer Terrainabtretung an der Vertramstraße . . . . .                    | " 236     |
| V. Einsprache gegen Aufhebung einer proj. Verbindungsstraße an der Kastanienallee . . . . . | " 236     |
| VI. Verwilligung von Kosten für die städtischen Badeanstalten . . . . .                     | " 237     |
| VII. Terrinaustausch am Prinzenwege . . . . .                                               | " 241     |
| VIII. Verwilligung von Kosten zur Ausschmückung der Brücke am Hoftheater . . . . .          | " 241     |
| IX. Terrainerwerb an der Langenstraße . . . . .                                             | " 246     |
| X. Hundesteuer = Erlaßgesuch . . . . .                                                      | " 246     |
| XI. Terrainerwerb am Büldenwege . . . . .                                                   | " 246     |
| XII. Vereinbarung mit dem Civilingenieur Königsdorf . . . . .                               | " 247     |
| XIII. Ausleihung eines Hypothekcapitals . . . . .                                           | " 247     |
| XIV. Verwilligung weiterer Kosten für Aufschließung von Quellwasser . . . . .               | " 248     |



|                                                                       |           |
|-----------------------------------------------------------------------|-----------|
| XV. Anfrage P e p l i e s: Reinigung der Straßen von Schnee . . . . . | Seite 252 |
| XVI. Baulinie für die Echternstraße . . . . .                         | " 253     |
| XVII. Baulinie an der Heinen- und Turnierstraße . . . . .             | " 254     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister P o c k e l s, Bürgermeister Ketemeyer, Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Graf von der Schulenburg. Entschuldigt Herr L ö b b e c k e.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

- 1) Eingabe des Herrn Felix Brendecke, welcher wiederholt die Verhandlung seiner „gerechten“ Sache verlangt, die ihm unterdrückt zu werden scheine. Da diese Sache zur Zeit die Gerichte beschäftigt, so ist nach der Erklärung des Herrn Vorsitzenden eine Einmischung der Versammlung unthunlich und wird die Eingabe daher zu den Acten gelegt.
- 2) Einladung des Vorstandes des Braunschweiger Arbeiter-Bereins (Handwerker-Berein 1865) zum Besuche des 30. Stiftungsfestes. Die eingesandten Programme gelangen zur Vertheilung.

Sodann wird zur Verathung der Tagesordnung geschritten.

### I. Erwerb von Grabenflächen in der Feldmark Hagen.

Behufs Anlegung der Verbindungsstraße zwischen Carl- und Wabestraße hat die Stadt drei Theilflächen der innerhalb dieses Straßenzuges liegenden Interessentenschaftsgräben im Umfange von bezw. 277,65 und 266 qm zu erwerben. Die Verwaltungsdeputation der Interessentenschaft Hagen hat für diese Flächen eine Entschädigung von 5 M pro qm gefordert, welchen Preis der Magistrat für angemessen erachtet. Eine in der ersteren Theilfläche enthaltene 9 qm große, der Wabestraße zuzulegende Fläche steht zwar im Grundbuche noch auf den Namen der Interessentenschaft eingetragen, ist jedoch schon seit längerer Zeit der Nutzung der Eigenthümerin entzogen und als ein Theil des südlichen Fußweges der Carlstraße genutzt. Eine besondere Vergütung wird hiernach für diese Fläche nicht wohl beansprucht werden können, jedoch erscheint es dem Magistrate billig, der Interessentenschaft die Kosten für die kürzlich erfolgte Belegung der Fläche mit Platten unter der Bedingung zu erlassen, daß die Fläche der Stadt aufgelassen werde. Eine Entschädigung von 5 M pro qm hat endlich die Verwaltungsdeputation auch für die 17 qm große Theilfläche des Grabens M 256 gefordert, welche zum Ausbau des Hagenringes nothwendig ist. Auch in diesem Falle dürfte der geforderte Preis nach der Ansicht des Magistrates zuzubilligen sein, ob daß derselbe ersucht, den Erwerb der sämmtlichen Grabenflächen gutzubeißen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kiefe berichtet, geschieht.

## II. Erwerb und Veräußerung von Terrain in der nordöstl. Außenstadt.

Der Gärtner Blumenberg hat zu der Verbindungsstraße zwischen Carl- und Wabestraße eine 642 qm große Theilfläche zum Einheitspreise von 6 M abgetreten. Durch die inzwischen erfolgte Abänderung des Ortsbauplanes ist nun die Breite der betreffenden Verbindungsstraße auf 18 m gebracht, sodaß von dem Blumenberg'schen Grundstücke noch fernere 130 qm stadtseitig zu erwerben sind. Nach Abtrennung dieser weiteren Fläche kann die verbleibende Restfläche des fraglichen Planes angemessen nicht mehr bebaut werden, weshalb Blumenberg Abnahme des ganzen Planes gefordert hat, mit der Maßgabe, ihm für das Restgrundstück einen Einheitspreis von 8 M zu verwilligen. Der Magistrat hält diese Forderung für angemessen und hat daher das ganze Grundstück angekauft, gleichzeitig aber mit dem Gärtner Heine mann ein Abkommen dahin getroffen, daß dieser verpflichtet sein soll, die zur Straßenanlage nicht erforderliche Theilfläche des Blumenberg'schen Planes im Umfange von 9 a 29 qm der Stadt zu dem Ankauftspreise abzunehmen, sobald die fragliche Straße wenigstens auf der Theilstrecke zwischen der Wabestraße und dem Graben *M* 256 zur Ortsstraße ausgebaut sein wird. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages,

welchem Ersuchen die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Kiefe berichtet, entspricht.

## III. Bewilligung weiterer Kosten zur Herausgabe des städt. Urkundenbuches.

Von dem zweiten Bande des Urkundenbuches wird die erste Lieferung bis März d. Jz. im Druck vollendet sein. Sie soll das städtische Urkundenmaterial aus der Zeit bis zum Jahre 1300 umfassen. Hierdurch wird aber der vorgesehene Umfang von 20 Bogen um 5 überschritten werden. Der Magistrat beantragt daher, zur Schadloshaltung der Verlagsfirma die durch den größeren Umfang der Lieferung entstehenden Mehrkosten von 250 M nachzuverwilligen. Da in der Folge alljährlich mindestens ein gleicher Abschnitt des Urkundenbuches zum Druck wird befördert werden können, so ersucht der Magistrat weiter, in den nächstjährigen und die folgenden Stadthaushaltspläne zu diesem Zwecke nicht 1000 M, sondern einen Betrag bis zu 1500 M, sowie für entstehende Reisekosten nach Wolfenbüttel, Hilbesheim und Hannover noch einen einmaligen Betrag von 300 M in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Rubeloff gegen die beantragte schnellere Folge der Ausgabe, welche eine Vermehrung derselben nicht

in sich schließe, Einwendungen nicht zu erheben und giebt Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

#### IV. Abkommen wegen einer Terrainabtretung an der Vertramstraße.

Wegen Abtretung einer vom Schooffschen Garten an der Vertramstraße dieser letzteren zuzulegenden 49 qm großen Theilfläche ist das Expropriationsverfahren eingeleitet. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Eigenthümerin, Wittve Schoof, nicht sowohl die Angemessenheit der angebotenen Entschädigung von 25 M. pro qm bestreitet, vielmehr durch Verweigerung der freiwilligen Abtretung der fraglichen Fläche Befreiung von den ihr zur Last fallenden Straßenkosten zu erlangen hofft. Die Stadt ist selbstverständlich nicht in der Lage, diese Befreiung zuzugestehen, andererseits aber ist anzuerkennen, daß das Schooffsche Grundstück durch den auf dasselbe entfallenden, zu 3384 M. veranschlagten Beitrag insofern verhältnißmäßig stark belastet wird, als dasselbe ungeachtet seiner 36 m langen Front in Folge seiner ungünstigen Gestaltung ohne Niederlegung des jetzigen Wohnhauses in vortheilhafter Weise nicht genutzt werden kann. Mit Rücksicht hierauf erscheint es dem Magistrate angemessen, mit der Frau Schoof eine gütliche Vereinbarung auf folgender Grundlage zu treffen. Die Entschädigung für den Grund und Boden wird auf 25 M. pro qm bemessen, auch der Genannten der Werth der in Wegfall kommenden Bäume vergütet; die Stadt läßt außerdem auf ihre Kosten die Einfriedigung in die neue Grenzlinie zurückrücken, die verbleibende Restfläche des Gartens wieder in Stand setzen und etwaige durch den Straßenbau nöthig werdende bauliche Aenderungen an der Außenwand des Hauses ausführen. Die der Frau Schoof zukommende Geldentschädigung wird nicht baar ausbezahlt, vielmehr auf die Straßenkosten verrechnet, während der Rest der letzteren bis dahin gestundet werden soll, daß das Grundstück veräußert oder neu bebaut, oder aber im größeren Umfange weiter bebaut wird. Der Magistrat ersucht, diese von der Wittve Schoof angenommenen Bedingungen gutzuheißen,

was von der Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Halle berichtet, beschlossen wird.

#### V. Einsprache gegen Aufhebung einer proj. Verbindungsstraße an der Kastanienallee.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aufhebung der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Grünstraße und Kastanienallee ist von verschiedenen Seiten Einsprache erhoben, andererseits aber von dem Pferdehändler Rossmann dringend gebeten, entweder die Einsprachen zu verwerfen oder

ihm das ehemals Klußmann'sche Grundstück für 20 000 M abzunehmen. Auf den Erwerb dieses Grundstückes und die Beibehaltung der Straße kann nach der Ansicht des Magistrates nur dann Bedacht genommen werden, wenn durch das Unternehmen der Stadt größere Kosten nicht zur Last fallen. Da aber nach Berechnung der zu erwartenden Einnahmen der Stadt bei Aufrechterhaltung der Straße und Erwerb des betr. Grundstückes immer noch eine Ausgabe von 8845 M zur Last fallen würde, so liegt nach der Ansicht des Magistrates keine genügende Veranlassung vor, der Stadt dieses Opfer zur Last zu legen, umsomehr als die beiden Straßen Hopfengarten und Altwiekering genügen, um den Verkehr zwischen Grünstraße und Kastanienallee zu vermitteln. Da nun ferner die Beibehaltung der Straße nur aus Rücksicht auf die Privatinteressen der Beteiligten empfohlen ist, so ersucht der Magistrat, die Einsprachen zu verwerfen,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann I berichtet, anschließt.

#### VI. Verwilligung von Kosten für die städtischen Badeanstalten.

Die städtische Bauverwaltung hat bei dem Magistrate beantragt, eine Regulierung des Okerbettes vor der städtischen und der Freibadeanstalt vorzunehmen und hierfür 1150 M zu verwilligen. Dieser Betrag würde sich um 115 M ermäßigen, wenn sich die Arbeiten ausführen lassen, während die Oker abgelassen ist. Ferner hat sich herausgestellt, daß in der Freibadeanstalt verschiedene Baulichkeiten zur Instandsetzung der Gebäude und Anlagen vorgenommen werden müssen. Es handelt sich hierbei um Instandsetzung und Höherlegung der an der Südseite des Bassins für Nichtschwimmer befindlichen Ankleidebude, ferner um eine Erneuerung des vor der Westseite dieser Bude befindlichen, zur Ertheilung von Schwimmunterricht dienenden Podiums, sowie des daneben gelegenen Sprungbrettes. Außerdem kommt in Betracht der Umbau der Abortanlagen, eine Ausbesserung des Fußbodens und der Wandschalung der nördlich gelegenen Ankleidebude, sowie die Ausbesserung der Spundwand an der Ostseite des Bassins für Nichtschwimmer; endlich eine Erneuerung der an der Ost- und Nordseite des Bassins für Nichtschwimmer befindlichen Bänke und Instandsetzung der hinter denselben angebrachten Hafengerüste, sowie eine Instandsetzung und Erhöhung der Wege und Plätze neben dem Bassin für Nichtschwimmer. Die hierfür in Anschlag gebrachten Kosten belaufen sich auf 1930 M. Der Magistrat beantragt, diese in den nächstjährigen Etat einzustellenden Kosten mit zusammen 2965 M schon jetzt zu verwilligen, damit die fraglichen Arbeiten rechtzeitig in Angriff genommen werden können.

Die Finanzcommission hält nach dem Berichte des Herrn Wagner die Vorname der betr. Arbeiten für nothwendig und giebt die Bewilligung der geforderten Summe anheim. Gleichzeitig wünsche die Commission, daß auch der Weg, welcher

von der Wolfenbüttlerstraße durch die Badetwete nach dem Bürgerparke führe und sich in sehr schlechter Beschaffenheit befinde, mit in Stand gesetzt werde.

Herr Günther ist der Meinung, daß der Freibadeanstalt mit bloßen Reparaturen nicht geholfen sei, da sie sich in einem sehr schlechten Zustande befinde. Das Bassin drohe an einer Stelle einzustürzen, die Hallen müßten vollständig neu gebaut und mit neuem Fußboden belegt werden, auch erscheine es nothwendig, noch einige weitere Hallen an der Längsseite der Anstalt herzurichten und die Abortanlagen zu vergrößern. Die Badenden seien im Hochsommer meistens gezwungen gewesen, sich im Freien anzukleiden, was bei eintretendem Regenwetter zu Verlegenheiten führen müsse; es erscheine daher eine Vermehrung der Hallen nothwendig. Ferner möchte er bitten, die schon früher beschlossene Brause endlich einzurichten. Die dagegen vorgebrachten Bedenken, daß eine derartige Anlage auf der Freibadeanstalt durch unvorsichtige Behandlung oder durch Spielerei bald reparaturbedürftig werden könnte, seien bei den jetzt dort herrschenden guten Zuständen hinfällig. Er bitte deshalb, die Instandsetzung der Freibadeanstalt in diesem Sinne auszuführen.

Herr Bürgermeister Metemeyer giebt zu bedenken, daß bei der Annahme des Commissionsantrages man mit den geforderten knappen Mitteln nicht reichen könne, da zur Befestigung des tief in der Wiese liegenden Weges Steinplatten genommen werden müssen, die erst von der Canalbauverwaltung zu erwerben seien. Es dürfte deshalb bei der Annahme des Commissionsantrages wohl vorausgesetzt werden, daß auch die Mehrkosten für die Platten bewilligt würden. (Zustimmung). Bezüglich der von Herrn Günther vorgetragenen Wünsche habe er zu bemerken, daß er eine Errichtung neuer Hallen für die jetzt dort stehenden alten Hallen nicht für nothwendig halten könne. Wenn die südliche Halle höher aus der Erde herausgebracht würde und beide Hallen neue Fußböden erhielten, könnten sie noch lange benutzt werden. Die von Herrn Günther ferner gewünschte Vermehrung der Hallen lasse sich auf dem Terrain schwer durchführen, wenn man nicht einen Theil des Parkes hinzunehmen wolle. Zudem sei nach seinen Beobachtungen eine solche Erweiterung gar nicht so nothwendig, weil auf der Freibadeanstalt nicht so regelmäßig gebadet werde, wie auf der benachbarten städtischen Badeanstalt. Einen zahlreicheren Besuch finde man auf der ersteren nur bei wirklich warmem Wetter und dann schade es nichts, wenn ein Theil der Besucher sich im Freien ausziehen müsse. Ob es nun ferner nöthig sei, für eine Brause mehrere hundert Mark auszugeben, möchte er dahingestellt sein lassen. Wenn man auf einer Badeanstalt bezahle, könne man immer etwas mehr verlangen, als wenn man frei bade. In den letzten Jahren habe die Stadt genug große Summen für Brausebäder ausgegeben; sollte aber die Versammlung der Meinung sein, daß die Aufstellung einer Brause nothwendig sei, so werde der Magistrat dazu Stellung nehmen. Die jetzigen Räume der Freibadeanstalt seien schon so beschränkt, daß es schwer halten werde,

in der Anstalt ein Brausebad aufzustellen, man müßte es sonst schon über der Oker selbst anbringen.

Herr Lange bittet, die Bausumme so hoch zu bewilligen, daß der Weg von der Brücke an der früheren Reinigungsstation bis nach der Badeanstalt mit hergerichtet werden könne und man dann die Verbindungsbrücke auf der Badeanstalt für den öffentlichen Verkehr zu schließen vermöge.

Herr Blasius ist der Meinung, daß bei einer früheren Gelegenheit mindestens der Wunsch von der Versammlung ausgesprochen sei, für beide Anstalten ein Brausebad zu haben. Anscheinend sei der Referent im Magistrate ein Feind von kalten Douchen, man sollte aber gerade diese jedem Menschen in gesundheitlicher Beziehung gönnen. Darum möchte er den Magistrat ebenfalls dringend bitten, eine Douche möglichst direct aus der Oker herrichten zu lassen.

Herr Löschigk schließt sich diesem Wunsche ebenfalls an und ersucht weiter, auch die von Herrn Günther vorgeschlagene Erweiterung der Freibadeanstalt gutzuheißen, da dieselbe nicht mehr im Verhältniß zu der jetzigen Zahl der Einwohnerschaft stehe und das Baden sich auch heutzutage verallgemeinert habe.

Herr Günther will zugeben, daß der Besuch auf der Freibadeanstalt nicht so groß sei wie auf der Nachbaranstalt, indessen an kalten Tagen sei auch hier kein Badegast zu finden. Auf der Freibadeanstalt verkehren immerhin 3—400 Menschen und an manchen heißen Tagen treffe man dort an einem Tage bis zu 1000 Badegäste an, auf welche Zahl bei den Einrichtungen Rücksicht genommen werden müsse. Die Leute gehen doch immer lieber in die Oker, als in eine Waschanstalt. Der vom Herrn Bürgermeister aufgestellte Grundsatz sei nicht richtig. Bei Bewilligung größerer Summen möge er vielleicht zutreffen, wenn er demselben auch nicht ganz beistimme, aber hier sei es nicht angebracht zu sparen. Da nun einmal dort Besserungen vorgenommen werden sollen, bitte er dieselben gleich in dem Umfange seines Antrages auszuführen.

Herr Südel empfiehlt namens der Finanzcommission, dem Antrage auf Errichtung einer Brause zuzustimmen.

Herr Meyer will die von Herrn Blasius hervorgehobene gute Wirkung der kalten Douche aus eigener Erfahrung bestätigen. Fragen möchte er indessen, ob sich auf der Freibadeanstalt eine Douche in Verbindung mit der Wasserleitung herstellen lasse, da er sich anderenfalls gegen die Anlegung eines Pumpsystems, welches nichts als ein Spielzeug sei, erklären müsse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Park noch keine Wasserleitung habe und man sie event. von der Wolfenbüttelerstraße herlegen müsse. Wenn man die Freibadeanstalt in der gewünschten Weise erweitern wolle, sei zu erwägen, ob man dieselbe nicht nach dem Vorbilde der

städtischen Badeanstalt umgestalten, also das Bassin nach der anderen Uferseite verlegen müsse, weil sonst leicht eine Versandung desselben eintrete. Bei der Annahme eines solchen Antrages würde der Magistrat in eine Prüfung der Sache eintreten.

Herr Hauswaldt möchte sich für die Anlegung einer Douche aussprechen. Dieselbe lasse sich in einfacher Weise mit 125 M. herrichten und brauche nicht so schwerfällig zu sein, wie diejenige der städtischen Badeanstalt. Es schade nichts, wenn das Wasser erst aus der Oker gepumpt werden müsse.

Herr Blasius schließt sich diesem Wunsche an und möchte damit die Bedenken des Herrn Meyer zu zerstreuen suchen.

Herr Halle beantragt, die Vorlage, soweit sie die Freibadeanstalt betreffe, an die Finanzcommission zurückzuverweisen.

Herr Peplicz will gegenüber der betreffenden Aeußerung des Herrn Bürgermeisters darauf hinweisen, daß die Freibadeanstalt von vielen Zehrlingen und Fabrikarbeitern benutzt werde, denen das Baden ebenso noth thue wie den Besuchern der anderen Badeanstalt, die dafür zahlen können. Der Umstand, daß jene Leute nicht bezahlen können, müsse Veranlassung geben, ihnen die für die Gesundheit nothwendigen Einrichtungen trotzdem zu schaffen. Der anderen Badeanstalt werde eine solche Besserung keinen Abbruch thun, da es genug Leute gebe, welche sich mit dem arbeitenden großen Publicum nicht vermischen möchten. Er ersuche deshalb, dem Antrage Günther auf Erweiterung der Hallen u. Folge zu geben.

Herr Bürgermeister Metemeyer will hierauf noch entgegnen, daß die Douchen früher nicht angelegt seien, weil der Magistrat sich gesagt habe, es sei auf der Freibadeanstalt Alles geschehen, was im Interesse der Gesundheit nothwendig erscheine, und das sei die Gelegenheit zum Baden im Flusse. Dagegen habe sich der Magistrat von der Vortrefflichkeit der Einrichtung von Douchen nicht überzeugen können. Nach dem sachverständigen Urtheile, welches heute von allen Seiten über die Vorzüge von Douchen gefällt sei, könnte die Ansicht des Magistrats vielleicht eine andere werden, namentlich wenn sich eine Douche für 125 M. sollte herstellen lassen. Sofern die Vorlage an die Commission zurückgehen sollte, bitte er, wenigstens die Kosten für die Baggerung zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte ebenfalls bitten, die heutige Beschlußfassung auf die Magistratsvorlage zu beschränken. Die weitergehenden Wünsche habe der Magistrat nun kennen gelernt und werde sie nach eingehender Prüfung von der technischen Seite möglichst im nächsten Etat zu berücksichtigen suchen.

Bei der Abstimmung bewilligt die Versammlung die geforderten Kosten für die Ausbaggerung mit 1035 M. und verweist die Vorlage im Uebrigen an die Finanzcommission zurück.

## VII. Terrainaustausch am Prinzenwege.

Die Keeschen Erben haben bei der Neubebauung ihres am Prinzenwege gelegenen Grundstücks eine 4,5 qm große Theilfläche an die Stadt abzutreten und sind bereit, dieselbe für 135 M zu veräußern. Der Magistrat giebt anheim, diesen Erwerb zu genehmigen,

und die Versammlung beschließt denselben auf Befürwortung des Herrn U h d e, welcher namens der Baucommission berichtet.

## VIII. Verwilligung von Kosten zur Ausschmückung der Brücke am Hoftheater.

Da die von der städt. Bauverwaltung aufgestellte Abrechnung über die Kosten des Baues der Brücke hinterm Hoftheater und des Ausbaues der Straßen im Küchengarten von Herzoglicher General-Hofintendantur in mehreren Punkten beanstandet ist, der Magistrat aber einzelne dieser Einwendungen für begründet erachtet, so erschien es ihm angezeigt, eine gütliche Vereinbarung wegen der Differenzen herbeizuführen. Die Herzogliche General-Hofintendantur hat sich daraufhin bereit erklärt, für den Fall des Verzichts der Stadt auf alle weitergehenden Ansprüche die erhobenen Einwendungen fallen zu lassen, das sich aus der Abrechnung für die Stadt ergebende Guthaben von 5554,09 M zu begleichen, ferner zu den Kosten der stadtseitig zu beschaffenden Brückentrönnung einen Zuschuß von 3000 M zu leisten und zu den städtischen Kosten der Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße bis an den Stadtpark einen Gesamtzuschuß von 31000 M beizutragen. Der Magistrat beabsichtigt, auf dieses Abkommen einzugehen. Obwohl nun bei Aufwendung der zur Verfügung gestellten Summe von 3000 M die noch fehlenden Köpfe für die vier Brückenpfeiler beschafft werden könnten, so erscheint es dem Magistrate doch angezeigt, den Pfeilern und damit der ganzen Brücke durch Aufstellung von vier ornamentalen gußeisernen Candelabern einen dem Charakter der Brücke und ihrer ganzen Umgebung mehr entsprechenden Abschluß zu geben. Das Ersuchen des Magistrates geht demnach dahin, die Fehlsomme zu den auf 6000 M veranschlagten Kosten der Candelaber nebst Laternen im Betrage von 3000 M zu verwilligen.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Finanzcommission Herr Lord: Man theile in der Commission die Ansicht, daß es sehr erwünscht sein würde, endlich die fehlende Brückentrönnung zu beschaffen, da der gegenwärtige Zustand schon häufig, auch in der Versammlung bekrittelt sei. Ueber das Project selbst sei man aber sehr verschiedener Meinung gewesen, denn es haben sich Freunde des vorliegenden und eines Projectes mit 4 Obeliskten und je 2 Laternen gefunden. Da nun die Veranstaltungen im Saale — Ausstellung eines weiteren Projectes — darauf schließen lassen, daß noch weitere Anträge eingehen werden, so wolle er auch



erwähnen, daß sich in der Finanzcommission ein Freund des Projectes, die vier Pfeiler mit den Statuen Braunschweigischer Fürsten zu krönen, gefunden habe. Dem Magistrate liege nun sehr daran, den Abschluß der Rechnungen mit der General-Hofintendantur bald bewerkstelligen zu können, die Commission sei aber zu einem festen Beschlusse noch nicht gekommen und empfehle daher, die geforderten 3000 M für irgend welche Krönung der Pfeiler zu bewilligen, im Uebrigen aber die Sache mit den heute etwa zu machenden weiteren Vorschlägen an die Finanzcommission zur nochmaligen Berathung zurückzuverweisen.

Herr Uhde: Wenn er einmal über Kunstgegenstände rede, dann pflege am Magistratsstische gewöhnlich ein allgemeines Grufeln aufzukommen. Dem gegenüber freue er sich, heute nur fröhliche Gesichter dort zu sehen, was wohl beweise, daß diese Sache im Allgemeinen sehr viel besser stehe. Man könne nicht anders sagen, als daß das ganze Project der Ausführung der Kaiser-Wilhelmstraße mit den anschließenden Straßen der Stadt Braunschweig noch für viele Jahrhunderte zur Zierde gereichen werde und das Schönste sei, was man in neuerer Zeit geschaffen habe. Besonders wenn erst die ganze Anlage vollendet und der Anschluß an den Stadtpark, sowie durch die geplanten Anlagen des großen Exercierplatzes an den Rußberg vollendet sein werde, dürfte dieses ein Glanzpunkt für die nächste Umgebung der Stadt sein. Man sei nun wohl verpflichtet, den Intentionen zu folgen, welche bei der Ausführung des Projectes vorgewaltet haben. Diese Intentionen seien ausgesprochen in den Namen, die man höheren Orts den zunächst liegenden Straßen, der Kaiser-Wilhelm-, der Bismarck- und der Moltkestraße gegeben habe. Darum liege es nahe, an jene glorreiche Zeit zu denken, aus welcher diese Namen, denen der des Kaisers Friedrich beizugefellen sei, stammen. Von allen den verschiedenen Vorschlägen wolle ihm keiner so in den Sinn, als wenn die Brücke mit Figuren geziert würde, welche diejenigen Tugenden darstellen, die den genannten vier großen Männern vornehmlich eigen gewesen seien. Wenn es nicht geeigneter befunden würde, diesen vier deutschen Männern dort eine Statue zu errichten, so sollte man doch durch eine Darstellung der Tugend, die ihnen besonders eigen gewesen sei, an sie denken. Es würde sich empfehlen, denjenigen Pfeiler, welcher nach der Moltkestraße zu liege, mit der Figurengruppe der Tapferkeit zu schmücken und davor ein Relief von Moltke zu setzen. Nach der Bismarckstraße zu komme dann vielleicht die Gruppe der Weisheit mit dem Portrait Bismarck's und stadtsseitig nach links und rechts die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich mit den Sinnbildern der Frömmigkeit und der Gerechtigkeit. Die Flügel würden geziert werden durch Löwen als Wächter des Ueberganges über den Fluß. Dagegen sei er nicht der Meinung, auf Portraitstatuen oder Büsten zurückzukommen und hierbei an Statuen der Braunschweigischen Herzöge zu denken. Zu der Jetztzeit, wo man das Stadthaus im Baue habe, müsse man daran denken, dieses demnächst würdig

auszuschmücken, und es liege wohl ganz nahe, hierbei die berühmten Leute aus Stadt und Land Braunschweig, sowie die früheren Landesfürsten durch Statuen und Büsten in der Erinnerung aufrecht zu erhalten, ähnlich wie es die Vorfahren bei dem Altstadt-Rathhause gethan haben. Andernfalls müßte man die betr. Straßen und die Brücke vollständig umtaufen, denn auf eine Kaiser-Wilhelmbrücke könne man nicht die Statuen Braunschweigischer Herzöge stellen. Da die Versammlung jedenfalls gespannt sei, was die Ausführung dieses Planes ungefähr kosten werde, so habe er sich Berechnungen von einem jungen Braunschweiger Künstler, Herrn Elster, sowie von der Hotaldt'schen Bronzegießerei aufstellen lassen. In Verbindung mit seinen Berechnungen stelle sich der Preis hiernach folgendermaßen: Wenn die Gruppen 2,70 m hoch in gutem, hartem Kalk- oder Sandstein und die Reliefs in Bronze, die Löwen aber wieder in Stein ausgeführt würden, so lasse sich die ganze Anlage für 30 000 M in drei Jahren herstellen. Bei der Wahl von vier Portraitstatuen, oder bei Ausführung der allegorischen Figuren in Bronze dürfte eine Mehrausgabe von 20 000 M entstehen. Das sei aber durchaus nicht nöthig, indem Figurengruppen aus Stein, den schweren Verhältnissen der Brücke entsprechend compact hergestellt, genügen, um für Jahrhunderte auszureichen. Die Gruppen stehen auch so hoch, daß die Gassenjungen nicht herankommen und sie zerstören können, so daß eine Ausgabe von 30 000 M genüge. Wenn aber noch weiteres Geld vorhanden sei, könne dieses bei dem Stadthause Verwendung finden. Er stelle demnach folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, für die künstlerische Ausschmückung der Kaiser-Wilhelmbrücke einen Betrag von 30 000 M zu bewilligen und diesen auf die nächsten drei Jahre mit je 10 000 M in den Etat zu setzen; ferner eine Commission aus einem Mitgliede des Magistrates (vielleicht Herrn Stadtrath Götte), dem Stadtbaurath Winter und zwei Stadtverordneten (vielleicht den Herren Rimpau und Uhde) bestehend zu wählen, welche für die Ausführung dieser Arbeiten zu sorgen hat“.

Herr Meyerhoff begrüßt den Antrag mit Freuden, denn wenn man die hier im Bilde vorgeführten Entwürfe mit Candelabern und Obeliskten sehe, so müsse man zugestehen, daß das keine würdige Ausschmückung für die Brücke sei. Da nun aber Sandstein durch Moose bald grün werde und außerdem leicht der Zerstörung ausgesetzt sei, selbst wenn man die Bildwerke noch so hoch stelle, so möchte er den Uhde'schen Antrag noch erweitern und bitten, auf ein dauerhafteres Material Rücksicht zu nehmen. Die auf dem Wilhelmshof in Berlin zuerst aufgestellten Statuen aus Stein haben keine 50 Jahre gestanden, und hätten durch bronzene Figuren ersetzt werden müssen. Darum solle man sich nicht den Vorwurf aufladen, eine kleine Summe sparen zu wollen, um der Nachwelt wieder eine große Ausgabe aufzuladen. Er beantrage demzufolge:

„Der Antrag Uhde wird dahin erweitert, daß die in Aussicht genommene Ausschmückung der Kaiser Wilhelmbrücke durch Figurengruppen sofort als in Bronze auszuführen beschlossen, bezw. bei Berathung des Uhde'schen Antrages in der Commission auch dieser Unterantrag mit in Betracht gezogen werde“.

Herr Alßmann kann dem Uhde'schen Antrage nicht so freudig zustimmen. Wenn man so große Summen auswerfe, müsse man sich doch erst fragen, ob hinter dem Beschlusse auch die Sympathie der großen Mehrzahl der Bevölkerung stehe. Auch könne man der Meinung sein, daß die hier zur Auswahl kommenden Personen bald von anderen überflügelt werden und man dann in die Lage komme, dort wieder andere Statuen hinsetzen zu müssen. Darum sei es das Einfachste, Gasandelaber auf die Pfeiler zu stellen. Andererseits könne er auch nicht 3000 M bewilligen, wenn er nicht wisse, was damit gemacht werden solle, so daß er nur dem Magistratsantrage zuzustimmen vermöge.

Herrn Wolff liegt eine würdige Ausschmückung der Brücke am Herzen und genüge ihm der Vorschlag des Magistrates nicht. Aber mit einem Sprunge den Antrag Uhde anzunehmen, halte er für ein gewagtes Stück. Dunkle Geister steigen hierbei in seiner Erinnerung auf, indem er an andere finanzielle Angelegenheiten und Erfahrungen denke, die hier gemacht seien. Es werde unter den vorliegenden Verhältnissen nichts anderes übrig bleiben, als eine vollständige Zurückverweisung der Vorlage an die Finanzcommission, welche sie nochmals einer gründlichen Prüfung zu unterziehen habe. In künstlerischer Beziehung könne man sich wohl voll und ganz auf Herrn Uhde verlassen, aber in finanziellen Sachen würde er doch eine weitere Prüfung der Angelegenheit für nothwendig halten. Die 3000 M zu bewilligen, ohne zu wissen wofür, scheine ihm auch eine eigene Sache zu sein.

Herr Halle tritt für die sofortige Bewilligung der 3000 M ein, um wenigstens zu einem Abschlusse zu kommen und den Magistrat in Stand zu setzen, die Abrechnung mit der General-Hofintendantur zu bewerkstelligen. Ueber die Art des Schmuckes könne später noch beschlossen werden und dürfe man solchen Beschluß nicht übereilen, damit es nicht gehe wie mit „Dreckdortchen“. Die Brücke müsse einen der ganzen Anlage entsprechenden Schmuck erhalten, aber es dürfe nichts übereilt werden, so bestechend auch der Uhde'sche Vorschlag sei. Er bitte, die Vorlage an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Bürgermeister Netemeyer bemerkt, daß es dem Magistrate darauf ankomme, die verschiedenen Rechnungen abschließen zu können. Daher genüge es, wenn sich die Versammlung damit einverstanden erkläre, daß der Abschluß der Rechnungen erfolgen könne und daß eventuell noch 3000 M, oder überhaupt die Kosten für die weitere Ausschmückung der Brücke bewilligt werden, ohne aber die

Art der Ausschmückung, mit welcher sich die Commission noch zu befassen habe, oder die Höhe der Kosten festzusetzen.

Herr Wagner kann sich nicht dafür erklären, allzu große Summen für die Ausschmückung zu bewilligen, wenn er auch dafür sei, daß diese recht würdig werde. Nach seiner bei dem Abtdenkmal gemachten Erfahrung würden bei der Wahl von Bronzefiguren und bei einer wirklich künstlerischen Ausschmückung wohl Kosten in Höhe von 100 000 M entstehen. Da die Stadt aber jetzt nicht in der Lage sein werde, über eine so hohe Summe für diesen Zweck zu verfügen, so möge man zunächst für eine angemessene Beleuchtung der Brücke mittelst schöner Candelaber sorgen und den Platz für die Aufstellung von Statuen noch offen halten. Ohne ein möglichst genaues Kostenproject könne ein Beschluß nicht gefaßt werden.

Herr Uhde bittet, sich durch diese Ausführungen über die Höhe der Kosten nicht vergruseln zu lassen. Wenn die Sache nach seinem Vorschlage und der vorliegenden Skizze ausgeführt werden solle, so sei er persönlich bereit, die Ausführung für 30 000 M zu übernehmen.

Herr Günther befindet sich nicht in der Lage, so hohe Mittel in der gegenwärtigen Zeit zur Ausschmückung der Brücke bewilligen zu können, abgesehen davon, daß er für den Plan des Herrn Uhde so wie so nicht stimmen würde. Dagegen erkläre er sich für die Magistratsvorlage auf Anbringung von Candelabern. Vorschlagen möchte er aber, mit der Theater-Intendantur ein Abkommen zu treffen dahingehend, daß die Laternen auf der Brücke mit elektrischem Lichte vom Theater aus versehen werden, weil sonst nach allgemeiner Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung hier wieder Aenderungen an den Laternen vorgenommen werden müssen.

Herr Wagner will bemerken, daß das Abtdenkmal allein 26 000 M gekostet und Professor Schtermeyer trotzdem erklärt habe, daß dieses Werk von ihm nur der Ehre halber ausgeführt sei und er nichts dabei verdient habe. Hiernach könne man ungefähr bemessen, was der Uhde-Meyerhoff'sche Plan kosten würde. Eine Ausführung in Stein könne er nicht befürworten, weil der Stein leicht verwittere und unansehnlich werde.

Herr Blasius ist der Meinung, daß wohl die ganze Versammlung bis auf wenige Ausnahmen den Vorschlag des Herrn Uhde mit Freuden begrüßt habe. Da der Genannte nun erklärt habe, die Ausführung seines Planes für 30 000 M übernehmen zu wollen, so sei die Stadt auch finanziell gesichert und könnte Herrn Uhde das Werk für diesen Preis übertragen. Wenn er demnach auch keine Bedenken trage, dem Uhde'schen Antrage bezüglich des Kostenpunktes zuzustimmen, so sei er doch andererseits der Ansicht, daß Steinfiguren sich für das hiesige Klima

nicht eignen. Es herrsche hier nicht das Klima von Rom und Florenz, man müßte deshalb schon Bronzefiguren nehmen und diese würde Herr Uhde wohl auch nicht für 60 000 M beschaffen wollen.

Herr Bürgermeister Metemeyer muß es für ausreichend erachten, wenn die Versammlung erkläre, sie sei bereit, zu den von der General-Hofintendantur bewilligten 3000 M demnächst in Uebereinstimmung mit dem Magistrate noch weitere Mittel in genügender Höhe zu der Ausschmückung zu verwilligen.

Ein Schlußantrag wird darauf angenommen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Südel und Lord läßt der Herr Vorsitzende zur Abstimmung schreiten. Die Frage, ob sich die Versammlung im Principe damit einverstanden erkläre, die Mittel zur Krönung der Brücke zu bewilligen und die 3000 M von der Herzoglichen General-Hofintendantur für diesen Zweck zu acceptiren, wird von der Mehrheit bejaht. Die sodann zur Abstimmung gestellten Anträge Uhde und Meyerhoff lehnt die Versammlung ab, ebenso den Antrag, die Vorlage an eine besondere Commission zu verweisen. Dagegen wird der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Finanzcommission genehmigt.

#### IX. Terrainerwerb an der Langenstraße.

Die Wittve des Gärtners Spornau hat von ihrem an der Langenstraße gelegenen Grundstücke eine 4,5 qm große Theilfläche zur Straße abzutreten und beansprucht hierfür eine Entschädigung von 225 M. Der Magistrat ersucht, sich mit diesem Erwerbe einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

#### X. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch der Wittve Ehlers um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund wird auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden genehmigt.

#### XI. Terrainerwerb am Büldenwege.

Mit dem Civilingenieur Königsdorf ist eine Vereinbarung dahin getroffen, daß derselbe die von seinem Grundstücke am Büldenwege den beiden angrenzenden Straßen zuzulegenden Theilflächen von 321 und 639 qm zum Einheitspreise von 8 M an die Stadt überläßt. Dem Antrage des Magistrates, dieses Abkommen zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, zu.

## XII. Vereinbarung mit dem Civilingenieur Königsdorf.

Die Stadt hat von dem an der Goslar'schenstraße gelegenen Grundstücke des städtischen Armenhauses im Wege des Austausches eine 25 qm große Theilfläche an den Civilingenieur Königsdorf abgetreten. Erst bei Auflassung der Fläche ist es dem Magistrate bekannt geworden, daß dieselbe mit dem Pflegehausgrundstücke laut gerichtlicher Obligation vom 26. Februar 1863 zur Sicherung der behufs Befreiung der Kosten des Wasserwerks derzeit aufgenommenen städtischen Anleihe mit einer Hypothek in Höhe von 150 000 Thalern belastet ist. Da eine Entlassung jener Theilfläche aus dem Hypothekenverbände zur Zeit im Wege des Aufgebotsverfahrens nicht mehr zulässig ist, so hat der Magistrat eine Vereinbarung mit Königsdorf dahin getroffen, daß die fragliche Fläche bis dahin im Hypothekenverbände verbleibt, daß die in Rede stehende Obligationenanleihe gänzlich getilgt sein wird, ferner die Stadt sich verpflichtet, Herrn Königsdorf bezw. dessen Rechtsnachfolger gegen die Ansprüche der Obligationeninhaber zu vertreten und endlich die Stadt auf das Königsdorf'sche Gesamtgrundstück *N. ass. 3014* ein mit 4 % verzinsliches Darlehn in zulässiger Höhe gewährt und auf dessen Kündigung bis zu dem vorhin gedachten Zeitpunkte unter der Voraussetzung verzichtet, daß die Zinsen prompt gezahlt werden und das Grundstück in einem guten Zustande erhalten wird. Die Versammlung wird ersucht, diese Vereinbarung zu genehmigen.

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission die Genehmigung der Vereinbarung. Es erscheine durchaus sachgemäß, die Differenz in dieser Weise zu erledigen, da sonst unberechenbare Consequenzen daraus entstehen könnten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will noch bemerken, daß das Königsdorf'sche Grundstück mit einem alten Hause bebaut sei. Sobald dieses abgerissen werde, wolle Königsdorf eine Caution in Höhe der Hypothek stellen und es solle nach der Fertigstellung des neuen Hauses die Hypothek erhöht werden.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## XIII. Ausleihung eines Hypothekencapitals.

Der Civilingenieur Königsdorf bittet, ihm auf sein bei dem vorigen Punkte der Tagesordnung erwähntes Grundstück an der Goslar'schenstraße *N. 48* ein Hypothekendarlehn von 14 000 *M* zu 4 % jährlichen Zinsen zur ersten Hypothek zu gewähren. Der Magistrat giebt anheim, diesem Antrage zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Wolff be-  
richtet, geschieht.

#### XIV. Verwilligung weiterer Kosten für Aufschließung von Quellwasser.

Für Ausführung von Arbeiten zwecks Erschließung eines brauchbaren Trinkwassers sind 33 000 M verwilligt, aber bereits 36 615,75 M verausgabt worden. Wenngleich das Resultat dieser Arbeiten, abgesehen von Aufschließung der Mascheröder Quelle, kein günstiges ist, so darf sich nach der Ansicht des Magistrates die Stadt doch nicht abschrecken lassen, die Versuche fortzusetzen und zwar sobald als möglich, weil, wenn es nicht gelingen sollte, gutes Quellwasser aufzuschließen, schon in nicht allzuferner Zeit eine Erweiterung der Filteranlagen bei dem Wasserwerke wird erfolgen müssen. Mit dem Bemerken, daß es dem Magistrate angemessen erscheint, die mit der Aufschließung von Quellwasser betraute Deputation zu ermächtigen, weitere Bohrungen im Norden der Stadt und eventuell auch in der Nähe des Elmes vorzunehmen, ersucht der Magistrat, zur Bestreitung der hierdurch erwachsenden Ausgaben sowohl, als des oben bezeichneten Fehlbetrages aus den vorjährigen Ueberschüssen des Wasserwerkes fernerweit die Summe von 15 000 M zu verwilligen.

Das über die bisherigen Bohrungen und deren Erfolge verfaßte Gutachten des Oberingenieurs Mitgau hat im Wesentlichen folgenden Inhalt: Schon in einem früheren Berichte ist nachgewiesen worden, daß auf dem Boes'schen Grundstücke bei Broitzem nicht sehr viel Wasser aufzuschließen ist und durch eine größere Wasserentnahme daselbst die Brunnen im Dorfe Stiddien trocken gelegt werden. Um nun die bei Mascherode gefundene Verwerfungsspalte aufzufinden, waren Untersuchungen auf dem östlichen Okerufer aufgenommen, indem nördlich von Kl.-Stöckheim zwei Bohrlöcher von 31 und 36 m Tiefe niedergebracht wurden, ohne damit aber einen Erfolg zu erzielen. Ein ferneres in südlicher Richtung an der Leipziger Chaussee angebrachtes Bohrloch mußte bei 19 m Tiefe wegen eintretender Schwierigkeiten im Schwemmsande aufgegeben werden. Es wurden sodann eine ganze Anzahl weiterer Bohrlöcher nördlich und südlich davon angelegt, aber es konnte ein befriedigendes Ergebnis nicht erzielt werden. Nunmehr wurden an der Chaussee nach Salzdahlum in je 20 m Entfernung 6 bis 8 m tiefe Bohrlöcher gestoßen und endlich an dem Lechlumerholz das wahrscheinlich mit Mascherode zusammenhängende Kalksteingebirge gefunden, welches ca. 4 m unter dem Terrain liegt; allein auch hier fand sich nur sehr wenig Wasser vor. Weitere Versuche in westlicher Richtung ergaben ein gleich ungünstiges Ergebnis. Daraufhin sind, zumal die bewilligten Mittel verbraucht waren, die sämtlichen Arbeiten eingestellt worden. Das Ergebnis der Untersuchungen bei Kl.-Stöckheim läßt sich wie folgt

zusammenfassen: In der Nähe der Oker ist brauchbares Wasser, von welchem undurchlässige Schichten das Oker- und Oberflächenwasser abschließen, nicht zu erhalten. Die südlich von Kl.=Stöckheim an der Leipzigerstraße gefundene Kalkformation führt wenigstens in den oberen Schichten kein Wasser, der Kalkstein ist hier fest und nicht zerklüftet. Südöstlich von Kl.=Stöckheim am Lechlumerholze und an der Salzdahlumer Chaussee liegt eine Verwerfung des Kalksteins, welche wahrscheinlich die Fortsetzung der bei Mascherode aufgefundenen ist, jedoch lagert sich gegen diese nicht ein Thonlager wie bei Mascherode, sondern feiner Schwemmsand, welcher sein Wasser wahrscheinlich aus den Kalkklüften erhält. Dieses Schwemm- oder Fließsandlager scheint in einer Mulde zu liegen, welche, nach Süden und Osten zu von zwei Flügeln des Kalksteingebirges gebildet, gegen Norden und Westen sehr wahrscheinlich vom Thone abgeschlossen wird. Die eigentliche Verwerfungslinie ist aber noch nicht gefunden. Die Vermuthung, daß sie in der Mitte zwischen den beiden Brunnen an der Chaussee nach Salzdahlum am Lechlumerholze liegen würde, trifft nicht zu und wird sie sehr wahrscheinlich noch weiter westlich liegen. Die Aussichten, in dieser Gegend Wasser zu finden, welches sich practisch gewinnen und verwerthen läßt, sind unsicher. Der Fließsand ist so fein, daß man mit einer äußerst geringen Geschwindigkeit des der Entnahmestelle zufließenden Wassers rechnen muß. Die Mächtigkeit des Sandlagers ist noch nicht ermittelt, auch nicht, ob unter demselben Thon oder Kalk liegt. Möglicher Weise ist der Sand in der Tiefe grobkörniger, wodurch die Bedingungen für die Wasserentnahme günstiger werden würden. Zur Bestimmung der Wassermengen sind noch weitere Untersuchungen erforderlich, doch steht schon fest, daß das Wasser aus größerer Tiefe gehoben werden muß und die Arbeiten in diesem Schwemmsande, sowie der etwaige spätere Ankauf der Grundstücke kostspielig sein würde. Außerdem läßt sich noch nicht übersehen, ob das Wasser bacterienfrei sein wird. Darum empfiehlt sich eine Fortsetzung der Untersuchungen in diesem Schwemmsandlager zunächst nicht. Eine zweite Möglichkeit, in dieser Gegend Wasser aufzuschließen, würde durch Auffindung der Verwerfungsspalte gegeben sein und zu diesem Zwecke könnte westlich neben dem schon erwähnten Bohrloche noch ein zweites Bohrloch oder ein Schacht und in der vermutheten Richtung dieser Linie etwa noch ein drittes Bohrloch niedergetrieben werden. Vielleicht finde man an solcher Stelle größere Wassermengen. Auf Empfehlung des Herrn Gebhard wird dann anheimgegeben, gleichzeitig die bei Kl. Stöckheim angefangenen, aber nicht vollendeten Arbeiten, außerdem aber Vorarbeiten bei Hemkenrode vorzunehmen. Je nach Ausfall dieser Untersuchungen an den verschiedenen Orten würde man sich zu weiteren, eingehenderen Arbeiten an der einen oder anderen Stelle entscheiden. Die sämmtlichen Arbeiten waren mit Ausnahme von Mascherode unter specieller Leitung des Technikers Berking durch Arbeiter des Schachtmeisters Nothdurft mittelst eines von Letzterem



beschafften Bohrapparates ausgeführt und sind dieselben dadurch wesentlich billiger gekommen als die früheren. Alle diese Arbeiten sind aber nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Herrn Professor Kloos zur Ausführung gebracht.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele die Genehmigung der Vorlage empfehlen.

Herr Hauswaldt ersucht, das interessante Mitgau'sche Gutachten auch weiteren Kreisen der Bürgerschaft zugänglich zu machen.

Herr Bürgermeister Netemeyer bemerkt, daß der Magistrat von einer Vielfältigung des Gutachtens Abstand genommen habe, weil ein positives Resultat bei den Bohrungen nicht erzielt sei.

Herr Lange wünscht, daß bei den ferneren Bohrungen auch den Vorschlägen des Herrn Gebhard Rechnung getragen werde und daß man die Arbeiten einem sachverständigen Bohrunternehmer übergebe. In der bisher geübten Weise, wo es an Allem, bald an einer brauchbaren Pumpe, bald an diesen und jenen Sachen gefehlt habe, könne das Pumpen, welches viel Geld gekostet habe, nicht weiter gehen, sonst sei er gegen jede fernere Geldbewilligung.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß der Magistrat eine ähnliche Empfindung gehabt habe. Man wolle dieses dem Umstande zuschreiben, daß von der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke resp von einem Schachtmeister hiesige Arbeiter hingeschickt seien, um die Arbeiten auszuführen. Von solchen ungeschulten Leuten sei aber nicht zu erwarten, daß sie Bohrversuche in hartem Kalkstein machen können. Aus diesen Gründen beabsichtige der Magistrat auch nicht, die 15000 M wiederum der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke, sondern der Deputation zu überweisen und stehe zu hoffen, daß die Sache dann besser werde, zumal da auch Herr Lange Mitglied dieser Deputation sei.

Herr Alßmann muß es nach diesen mißglückten Versuchen für nothwendig halten, daß man sich anderweitig umsehe nach geeignetem Quellwasser und da komme ihm der Gedanke, ob man sich nicht einer Harzwasserleitung zuwenden solle. Von dem Dr. Reck sei früher einmal eine Brochüre verfaßt worden, nach welcher eine Harzwasserleitung ungefähr 2 Millionen Mark kosten würde. Für ein so gemeinnütziges Unternehmen sei eine derartige Ausgabe aber nicht zu hoch, namentlich wenn man bedenke, daß für die Bohrversuche schon Tausende ausgegeben seien, ohne daß man zu einem befriedigenden Resultate gekommen sei.

Der Herr Vorsitzende will hierzu bemerken, daß Herr Alßmann bei dem Studium der betreffenden Acten finden werde, wie bei einer Harzwasserleitung keine Garantie für ausreichendes Wasser geboten werde, indem der Harz sehr wasserarm sei.

Herr Müller ist der Ansicht, daß man von einer Harzwasserleitung absehen und die Bohrungen fortsetzen müsse, selbst wenn dieselben etwas kosten. Wünschen möchte er aber, nur an solchen Stellen zu bohren, wo sichere Anhaltepunkte für das Auffinden von Wasser vorliegen. Jedenfalls sei an den verschiedenen Bohrstellen bewiesen, daß nicht mit der richtigen Vorsicht vorgegangen worden sei. Endlich wünsche er noch, daß bei Bohrungen auf einem wasserergiebigen Terrain rechtzeitig mit den Anliegern abgeschlossen werde, damit nicht hinterher so hohe Forderungen gestellt werden, um die Bohrungen hierdurch illusorisch zu machen.

Herr Brückmann würde es nicht unbillig finden, wenn das Herzogliche Staatsministerium angegangen werde, zu den von der Stadt gelieferten wichtigen geologischen Aufschlüssen einen Beitrag zu leisten. Zur Sache selbst übergehend, nehme er das Wort des Herrn Müller auf, daß man da Wasser suchen müsse, wo solches vorhanden sei. Am ersten finde man aber solches in den Bergen und nicht in der Ebene. In dem alten Okerbette finde sich wohl reichlich Wasser vor, aber dieses sei so eisenhaltig, daß es erst enteisent werden müsse. Sodann haben die Männer der Wissenschaft festgestellt, daß in dem Kaltgebirge diesseits Wolfenbüttel kein Wasser vorhanden sei und halte er demnach alle Bohrungen diesseits des Lechlumerholzes für überflüssig. Dagegen solle nach der Auskunft des Herrn Professor Kloos die Gegend von Wendessen und Dettum wasserreicher sein; da aber die Zuführung im alten Okerbette stattfinden müsse, so werde dieselbe zu kostspielig. Man müsse deshalb nach den Bergen hingehen, wo wirklich Wasser zu finden sei. Wenn 15000 M. verwilligt werden sollen, so rathe er, keine weiteren Bohrungen bei Wolfenbüttel vorzunehmen, sondern als Bohrobject den Elm zu wählen. Ob die Bohrungen dann von Herrn Gebhard oder einem anderen Unternehmer ausgeführt würden, sei ihm gleichgültig. Auch bei Hemmenrode werde ebenso wie von dort nach dem Elme aufwärts Wasser vermuthet. Im Wabethale würde man wohl auch Wasser finden, aber die beteiligten Mühlenbesitzer kämen dann wahrscheinlich mit so hohen Forderungen, daß davon lieber abzustehen sei. Er bitte deshalb, die 15000 M. an erster Stelle zur Auffuchung von Wasser im Elme zu verwenden.

Herr Böschigt möchte warnen, die Versuche in der bisherigen Weise fortzusetzen, und bitten, die Bohrungen sachkundigen Leuten zu übertragen. In Broitzem sei vollständig falsch gearbeitet, denn man habe sich dort den Zufluß selbst verstopft. Dicht um Braunschweig herum gebe es eine ganze Masse Wasser, wie ein neuerdings für die Wolters'sche Brauerei angelegter Brunnen und auch der Dovejee bestens beweisen. Auch östlich von Broitzem solle noch viel Wasser stehen.

Herr Nieß muß die Auffindung von gutem Wasser für eine sehr schwierige Aufgabe halten, da es nichts Unsichereres gebe, als das Auffuchen von Wasser.

Darum könne man viel eher über ein Kunstwerk, als über den Aufschluß von Wasser vorher eine sichere Berechnung erhalten. Kaum zu begreifen sei es aber, daß heute noch Jemand an die Auffindung von Wasser durch die Wünschelruth glaubte, obwohl schon zu Zeiten Karls des Großen Leute, welche sich für solche Auffinder ausgegeben haben, wegen Uebervorthellung bestraft worden seien. Alle Arbeiten im Innern der Erde seien unsicher. Daß der Harz wasserarm sei, habe das Jahr 1893 bewiesen, wo alle Quellen im Harze ausgetrocknet seien und man noch hätte Wasser hinschicken können. Früher sei einmal in Aussicht genommen, Wasser aus dem Steinsfelde bei Bienenburg zu entnehmen, jedoch verlieren derartige Aufschlüsse erfahrungsmäßig mit der Zeit den größten Theil ihrer Ergiebigkeit. Von dem Gemeindevorsteher in Hemkenrode sei ihm dagegen gesagt, daß man dort Wasser in genügender Menge vorfinden würde, selbst wenn Braunschweig mehrere Millionen Einwohner hätte. Dazu wäre zu beachten, daß das Wasser von Hemkenrode her ohne jeden weiteren Einfluß durch seinen natürlichen Druck nach hier geleitet werden könnte. Der Gemeindevorsteher habe gemeint, daß Hemkenrode so hoch liege, um die Leitung noch über den Andreasthurm hinwegführen zu können und dabei doch genügendes Gefälle zu behalten. Die meisten Menschen halten an dem Irrthume fest, es gebe unterirdische Seen, aus denen unausgeseht Wasser gepumpt werden könne. Alle Wasserzuflüsse aus zerklüftetem Gebirge oder Steingeschiebe müßten aber ihre regelmäßige Speisung vom Himmel erlangen, sonst werden sie bald erschöpft. Einen unterirdischen Strom, den man nur durch Bohrungen anzuzapfen brauche, gebe es nicht. Bei der in dem Witgau'schen Gutachten erwähnten Mulde eines Sandlagers liege immer noch die Möglichkeit vor, Wasser zu finden, wenn das Lager tief genug sei und unten eine gröbere Körnung zeige. Im Allgemeinen möchte er bitten, eine feste Summe zu verwilligen und darauf hinzuwirken, daß zuerst Versuche bei Hemkenrode angestellt werden. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß demnächst das Wasser aus ganz verschiedenen Gegenden entnommen werden müsse, und daß für solche Bohrversuche noch weitere Summen zu bewilligen seien.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

#### **XV. Anfrage P e p l i e s: Reinigung der Straßen von Schnee.**

Zur Begründung der Anfrage:

„War es bei dem vielen Schnee in den letzten Tagen nicht möglich, eine schnellere Beseitigung desselben in den engen, verkehrreichen Straßen zu bewirken?“

führt Herr P e p l i e s Folgendes aus: Allgemein begegne man der Klage, daß die Beseitigung des Schnees von der Stadt nicht mit der nöthigen Energie in Angriff

genommen sei. Abgesehen davon, daß der Verkehr hierdurch erheblich erschwert werde, hätte man auch einer weiteren Anzahl Arbeitsloser Gelegenheit zur Beschäftigung und zum Verdienen geben können. Statt die Zahl der Arbeiter zu vermehren, solle nun sogar eine Entlassung eingestellter Arbeiter vorgekommen sein, obwohl doch die Reinigung der Straßen noch lange nicht beendet sei. Da ihm ferner mitgetheilt worden, daß die Bezahlung dieser Arbeiter in letzterer Zeit auf zwei Mark für den Tag heruntergedrückt sei, so möchte er den Magistrat ersuchen, in dieser Beziehung nicht zu sparsam vorzugehen. Bei den jetzt vorliegenden Bedürfnissen der Arbeiter könne eine Familie mit zwei Mark nichts machen. Außerdem werde bei niedrigen Löhnen niemals so viel Arbeit geschafft werden, als wenn die Leute besser bezahlt würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es sich hier nicht um eine Angelegenheit des Magistrates, sondern der Reinigungs-Deputation handle. Er halte das Vorgehen der Deputation für genügend, wenn sich auch darüber streiten lasse, mit welcher Schnelligkeit der Schnee von den Straßen zu beseitigen sei. Man müsse dabei bedenken, welche kolossalen Schneemassen in den letzten Tagen heruntergegangen seien. Wenn die Stadt 150 Mann und 35 oder noch mehr Wagen eingestellt habe, so sollte diese Zahl wohl genügen, um die Straßen frühzeitig genug frei zu machen. Durch den Transport der Schneemassen in die Canäle werde auch noch wesentlich an Zeit und Geld gespart, jedoch lasse sich immer nur eine bestimmte Anzahl von Canälen öffnen. Was die gezahlten Löhne betreffe, so habe die Deputation gemeint, daß ein Stundenlohn von 20 S bei Uebernahme der gesammten Versicherungsbeiträge auf den Stadtsäckel genüge. Sollte die Versammlung eine höhere Löhnung wünschen, könnte darüber in Berathung getreten werden.

Ein Antrag auf Besprechung der Anfrage findet nicht die nöthige Unterstützung.

## XVI. Baulinie für die Eßternstraße.

Das Stadtbauamt hat für den zwischen dem Südklinte und der Sonnenstraße gelegenen Theil der Eßternstraße neue Baulinien aufgestellt. Der Magistrat giebt anheim, der Aenderung nur für die Ostseite zuzustimmen, für die Westseite aber eine anderweite Baulinie zu genehmigen.

Dem Antrage der Baucommission gemäß, für welche Herr Uhlde berichtet, beschließt die Versammlung, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Die Ausmündung der Eßternstraße in den Südklint schon jetzt festzulegen, entspreche nicht dem Wunsche der Commission.

**XVII. Baulinie an der Heinen- und Turnierstraße.**

In Veranlassung der von dem Tapezierer Kriewitz geplanten Neubebauung seines an der Ecke der Turnier- und Heinenstraße gelegenen Grundstücks hat das Stadtbauamt eine neue Baulinie für einen Theil der Heinen- und der Turnierstraße festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat beantragt.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, genehmigt, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

---

1894|95.

N<sup>o</sup> 12.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 21. Februar 1895.

**Tagesordnung:**

|       |                                                                                                 |           |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Abkommen mit dem Färbermeister Schilling . . . . .                                              | Seite 256 |
| II.   | Abtretung einer Fläche an der Weststraße . . . . .                                              | " 257     |
| III.  | Errichtung elektrischer Centralstationen . . . . .                                              | " 258     |
| IV.   | Instandsetzung der Dienstwohnung des Oberrealschuldirectors . . . . .                           | " 262     |
| V.    | Veräußerung einer Fläche an der Carlstraße . . . . .                                            | " 263     |
| VI.   | Erwerb eines Grundstücks an der Brunnenstraße . . . . .                                         | " 263     |
| VII.  | Anderweite Gestaltung des Hagenringes . . . . .                                                 | " 264     |
| VIII. | Gesuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .                                                     | " 264     |
| IX.   | Nachverwilligung von Mitteln für technische Hilfskräfte . . . . .                               | " 265     |
| X.    | Feststellung der Kosten des Plattenbelages auf verschiedenen außerstädtischen Straßen . . . . . | " 265     |
| XI.   | Remunerationen für provisorische Bürgererschullehrer . . . . .                                  | " 267     |
| XII.  | Einsprachen gegen die Abänderung der Baulinien an der Lampe- und der Hamburgerstraße . . . . .  | " 267     |
| XIII. | Reparaturkosten des Badetessels in der Schule an der Maschstraße . . . . .                      | " 268     |
| XIV.  | Ausbau der Parkstraße . . . . .                                                                 | " 269     |

|         |                                                                                                              |           |
|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XV.     | Besserungen auf der Freibadeanstalt . . . . .                                                                | Seite 269 |
| XVI.    | Bekrönung der Kaiser-Wilhelmbrücke . . . . .                                                                 | " 270     |
| XVII.   | Gebietserweiterung des allgemeinen Pflasterfonds . . . . .                                                   | " 272     |
| XVIII.  | Beihilfe an den Verein für Geflügelzucht . . . . .                                                           | " 272     |
| XIX.    | Beihilfe zur allgemeinen Ausstellung für Bäckerei etc. . . . .                                               | " 272     |
| XX.     | Baulinie für die Beckenwerperstraße und den Wollmarkt . . . . .                                              | " 272     |
| XXI.    | Änderung des Ortsbauplanes für einen Theil der Casernenstraße und Ausbau derselben . . . . .                 | " 273     |
| XXII.   | Belegung der verl. Straße „am Fallerleberthore“ mit Gas- u. Wasserrohren . . . . .                           | " 273     |
| XXIII.  | Entschädigung an den Rentner Oppermann . . . . .                                                             | " 273     |
| XXIV.   | Baulinie für die Elmstraße . . . . .                                                                         | " 274     |
| XXV.    | Zwangsenteignung von Terrain zum Hagenring . . . . .                                                         | " 274     |
| XXVI.   | Ausbau der Campestraße . . . . .                                                                             | " 274     |
| XXVII.  | Baulinie für die Gördelingerstraße und den Altstadtmarkt . . . . .                                           | " 278     |
| XXVIII. | Feststellung der Kosten für die Lampe- und die Wendenmashstraße . . . . .                                    | " 279     |
| XXIX.   | Antrag Wolkenweber: Einführung elektrischer Beleuchtung im städtischen Schlachthause . . . . .               | " 279     |
| XXX.    | Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Änderung ihrer Einschätzung . . . . .           | " 280     |
| XXXI.   | Antrag Brückmann u. Gen.: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen . . . . . | " 281     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer, Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Graf von der Schulenburg.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Ebeling, Fiedel und Weber; später erscheinen die Herren Blasius, Nieß und Semler.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

### I. Abkommen mit dem Färbermeister Schilling.

Im Interesse der Canalisirung des Burgmühlengrabens ist mit dem Färbermeister Schilling eine Vereinbarung getroffen, nach welcher ihm gestattet werden soll, daß etwa alle vier Wochen die für die Schilling'sche Färberei bestimmten Kohlen über das Markthallengrundstück nach dem Schilling'schen Lagerplatze gefahren werden dürfen. Diese Erlaubniß soll indessen nur auf so lange erteilt gelten, als der Fußboden im Flur des Schilling'schen Vorderhauses in Folge seiner schwachen Construction den Transport von Kohlenwagen nicht zuläßt, mithin insbesondere dann erlöschen, wenn das betr. Vorderhaus neu gebaut wird. Der Magistrat behält sich außerdem das Recht vor, diese Erlaubniß zurückzunehmen, wenn nach seinem pflichtmäßigen Ermessen durch den Kohlentransport für das Markthallengrundstück oder den in diesem zu eröffnenden Betrieb Unzuträglichkeiten

entstehen sollten. Die Einräumung eines dinglichen Rechtes wird dagegen abgelehnt, auch soll dasselbe durch Ersizung nicht erworben werden können. Der Magistrat ersucht, sich mit diesem Abkommen einverstanden zu erklären.

Namens der Statutencommission berichtet hierüber Herr Rudeloff: Die Commission habe im Allgemeinen gegen das Abkommen nichts einzuwenden. Um indessen die Möglichkeit der Ersizung eines Rechtes völlig auszuschließen, erscheine es ihr nothwendig, diesem Abkommen die ausdrückliche Bestimmung hinzuzufügen, daß es nur mit Schilling persönlich getroffen werden solle und ein etwaiger Rechtsnachfolger desselben gehalten sei, bei dem Magistrate um die Erlaubniß wieder nachzusuchen. Ferner halte es die Commission für zweckmäßig, wenn zur Vorbeugung weiterer Verhandlungen auch hier erklärt werde, daß die Versammlung nicht bereit sein würde, Herrn Schilling das Spülen in dem Canale selbst oder in einer Nebenanlage desselben zu gestatten und zwar deswegen nicht, weil das Abkommen den Zweck haben solle, solche Mitbenutzung des Canals auszuschließen und es außerdem mißlich sei, mit Einzelnen der Vertragsschließenden ein Separatabkommen zu treffen, es auch nicht unbedenklich erscheine, solche Spülwasser, welche scharf ätzende Chemikalien enthalten, direct in den Canal einlaufen zu lassen.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

## II. Abtretung einer Fläche an der Weststraße.

Bei dem Ausbau der östlichen Theilstrecke der Weststraße ist von dem alten Interessentenwege eine 10 qm große Theilfläche verfügbar geblieben, welche den angrenzenden, der Michaeliskirche gehörigen tiefliegenden Ackerplan von der Straße trennt. Der Magistrat ersucht unter eingehender Begründung dieses Antrages, die fragliche Fläche der Michaeliskirche unentgeltlich unter der Bedingung zu überlassen, daß dieselbe die erforderliche Einfriedigung auf ihre Kosten herstellen läßt. Der Kirchenvorstand hat sich hiermit bereits einverstanden erklärt.

Herr Meyer giebt Namens der Finanzcommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Lange möchte der Absicht des Kirchenvorstandes, dort provisorisch ein Knüppelstacket hinzustellen, entgegenreten. Die Stadt müßte verlangen, daß an der Weststraße ein ordnungsmäßiges Stacket errichtet würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß diese Bedingung nicht zum Gegenstande der Vorlage gemacht worden sei, weil dieselbe von den städtischen Behörden weder erfüllt noch verweigert werden könne. Der zuständige Baubeamte habe sich dahin geäußert, daß er als provisorische Einfriedigung ein Knüppelstacket wohl für zulässig halten könne, obwohl ein solches sonst an Ortsstraßen nicht gestattet sei. Da der Kirchenvorstand beabsichtige, das ganze Grundstück zu ver-



taufen, so könnte für die vielleicht nur kurze Uebergangszeit die Errichtung eines Knüppelstackets recht wohl gestattet werden.

Herr Lange muß sich trotzdem für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Stackets erklären, da man nicht wissen könne, wie lange der Zustand dort bestehen bleibe und die Zulassung des Knüppelstackets nur Veranlassung zu Berufungen geben könne.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### III. Errichtung elektrischer Centralstationen.

Die Versammlung hat am 22. Januar 1891 beschlossen, die Erleuchtung der Stadt durch elektrisches Licht in Erwägung zu ziehen und eine Commission gewählt, welche in Gemeinschaft mit dem Magistrate nähere Ermittlungen darüber anzustellen habe. Nachdem sodann von verschiedenen Mitgliedern der Commission und des Magistrates die internationale elektrische Ausstellung in Frankfurt a./M. besucht war, hat am 23. Mai 1892 eine Besprechung seitens der Commission stattgefunden. Außer dem hierüber aufgenommenen Protocolle befindet sich in den Acten ein Gutachten des Oberingenteurs Wittgau und des Professors Peuckert über die Erzeugung elektrischen Stromes durch die Wasserkraft der Eisenbüttler Mühlen, in welchem sich die Herren schließlich dahin einigen, daß dieselbe zweckdienlich nicht nutzbar zu machen sei. Die bislang erfolgten Verhandlungen haben etwas Greifbares nicht zur Folge gehabt. Der Magistrat hat dessen ungeachtet aus Anlaß eines besonderen Falles (Neuestraße) beschlossen, der Frage der Errichtung einer elektrischen Centralstation näherzutreten. Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke empfiehlt nun in einer gutachtlichen Aeußerung die Anlage und den Betrieb von einer oder mehreren elektrischen Centralstationen in eigener Regie zum Zwecke der öffentlichen Beleuchtung der Stadt, sowie zur Abgabe elektrischen Stromes an Private für Beleuchtung und für den Betrieb von Motoren. Die Deputation meint, daß die Anlage einer elektrischen Centralstation nicht länger hinausgeschoben werden könne, weil sonst noch mehr Blockstationen und Einzelanlagen entstehen würden, wodurch der Centralstation Abnehmer elektrischen Stromes entzogen würden. Zur Zeit sollen dem Vernehmen nach seitens Privater 7 Blockstationen mit 160 Bogen- und 2350 Glühlampen, sowie 27 Einzelanlagen mit 284 Bogen- und 4988 Glühlampen in Betrieb gesetzt sein. Die jetzige Zeit sei auch insofern günstig, als man die Straßeneisenbahn-Gesellschaft eventuell verpflichten könnte, die von ihr etwa demnächst benötigte elektrische Kraft von der Centralstation zu entnehmen. Nach den Erfahrungen in anderen Städten sei eine Abnahme des Gasverbrauches nicht zu befürchten, auch würde eine finanzielle Belastung der Stadt nicht eintreten, es dürfte vielmehr ein Gewinn aus der Anlage zu erwarten sein. Zur Begründung dieser Annahme ist eine Liste bei-

gegeben, aus welcher hervorgeht, daß die darin benannten Städte wenigstens zum Theil nicht unerhebliche Bruttoüberschüsse erzielt haben.

Wenn der Magistrat mit der Deputation auch der Ansicht ist, daß die Zeit gekommen sei, eine oder mehrere elektrische Centralstationen zu errichten, so muß derselbe doch Bedenken tragen, ohne Weiteres die Anlage in eigener Regie zu empfehlen. Die finanzielle Tragweite scheine ihm noch nicht genügend geklärt zu sein und müßten nach seinem Dafürhalten in dieser Beziehung noch genauere Ermittlungen angestellt werden, zumal da in der Liste einzelne Städte verzeichnet seien, die verhältnißmäßig geringe Bruttoüberschüsse aufweisen, so daß letztere zur Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals, sowie zu den nothwendigen Abschreibungen kaum ausreichen werden. Auch würden wohl Privatgesellschaften geneigt sein, in hiesiger Stadt auf eigene Kosten elektrische Centralstationen zu errichten und dabei einen Theil des zu erzielenden Gewinnes der Stadt zu überlassen. Beispielsweise habe die Stadt Berlin unterm 25. August 1888 mit der Actiengesellschaft „Berliner Electricitätswerke“ einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Stadt Berlin 10 % der Bruttoeinnahme und außerdem 25 % des 6 % vom Anlagecapital etwa übersteigenden Gewinnes von der Gesellschaft empfangt.

Zur weiteren Behandlung dieses wichtigen Gegenstandes würde es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Neubesezung der Versammlung eine anderweite gemischte Deputation einzusetzen, welche sich durch Zuziehung von Sachverständigen ergänzen könnte. Demgemäß beantragt derselbe, die Versammlung wolle sich im Princip mit der Errichtung einer oder mehrerer elektrischer Centralstationen einverstanden erklären, sowie genehmigen, daß eine gemischte Deputation eingesetzt werde und für diese Deputation drei Mitglieder bestimmen.

Diese Vorlage ist in der Finanzcommission vorberathen und berichtet Namens derselben Herr Löbbecke: Die Commission sei mit dem Vorschlage, zunächst eine neue Deputation einzusetzen und in dieselbe drei Mitglieder der Versammlung abzuordnen, einverstanden. Als solche Mitglieder würden die Stadtverordneten F ü d e l, L a n g e und L ö b b e c k e vorgeschlagen. Zweckmäßig möchte es sein, wenn jedes Mitglied der Versammlung sich für die späteren Verhandlungen mit den in der Stadtverordneten-Versammlung zu Dresden über diesen Gegenstand gepflogenen und hier zugänglich gemachten Verhandlungen, welche sich hauptsächlich mit der finanziellen Seite der Sache beschäftigen, vertraut machen wolle. Die finanzielle Seite bilde aber den Hauptpunkt für die Versammlung, denn wegen der technischen Seite müßte man doch Fachmänner zu Rathe ziehen. Wenn behauptet werde, daß das Auer'sche Gasglühlicht ein Zurückgehen der Verwendung elektrischen Lichtes bewirken werde, so sei in Wien das Gegentheil eingetreten, da dort die elektrische

Beleuchtung trotz des Auerlichtes ganz bedeutend zugenommen habe. Es erkläre sich dieses leicht daher, daß das Lichtbedürfniß immer größer werde. Was dann die Frage betreffe, ob die Anlage in eigene Regie genommen, oder einer Privatgesellschaft übertragen werden solle, so möchte er den letzteren Gedanken nicht gern aufkommen lassen. Ebenfogut wie die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke sich in städtischer Regie befinde und dabei gedeihe, müßte auch diese Anstalt von der Stadt selbst betrieben und verwaltet werden. Eine Privatgesellschaft wolle doch nur dabei verdienen und das könne die Stadt selbst thun. Dazu komme noch, daß die Stadt viele Beamte und Räume für die Einrichtung mit nutzbar machen könne, und demgemäß billiger arbeiten müßte als eine Gesellschaft. Wenn man hervorhebe, daß die Erfindung immer noch weiter verbessert werde, so sei das zuzugeben, denn verbesserungsfähig sei Alles und auch das Gas habe sich in seiner Technik während der letzten Jahre ganz außerordentlich verbessert. Darauf könne man aber nicht warten, weil man sonst die Einrichtung niemals erhalten werde. Man müsse demnächst auch die Entscheidung darüber treffen, ob man in der Elektrizität den Gleichstrom oder den Wechselstrom einführen wolle. Bei letzterem sei die Verwendung von Accumulatoren ausgeschlossen, auch habe derselbe manche anderen Nachtheile, so daß er sich für diesen nicht besonders erwärmen könne. Dagegen besitze der Gleichstrom viele Vortheile für den Motorenbetrieb. Seine Wünsche gingen dahin, daß die Deputation eingesetzt und von dieser die Sache rasch gefördert werde, sowie daß die Stadt den Betrieb in eigene Regie nehme. Ein Bedürfniß zu der Einrichtung liege entschieden vor. Ob es zweckmäßig erscheine, auch an die Straßenbahn-Gesellschaft elektrischen Strom abzugeben, erscheine zweifelhaft, weil dieselbe solchen auch Abends gebrauche und demnach die Einrichtung zu umfangreich angelegt werden müßte.

Herr Löschigk möchte anheimgeben, in die Deputation nicht 3, sondern 4 Mitglieder zu entsenden und als viertes Mitglied den demnächst in die Versammlung eintretenden Bierbrauereibesitzer Wolters, welcher hier wohl die größte elektrische Anlage besitze, zu wählen.

Der Herr Vorsitzende macht dem gegenüber darauf aufmerksam, daß nur solche Herren in die Deputation gewählt werden können, welche z. B. der Versammlung als Mitglieder angehören.

Herr Lord möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß ein Theil der Energie, welche in dem göttlichen elektrischen Funken liege, auch auf die beiden „elektrischen“ Deputationen übergehe, die von der Versammlung eingesetzt seien. Die Deputation für die elektrische Straßenbahn sei vor zwei Monaten gewählt worden und wenn er auch nicht bezweifle, daß sie während dieser Zeit gearbeitet habe, so sei doch über die Natur ihrer Thätigkeit nichts in die Oeffentlichkeit gekommen. Die

Bürgerſchaft wünſche aber dringend eine Beſſerung in der Straßenbahnangelegenheit. Die Sache an ſich erſcheine längſt ſpruchreif und ſämmtliche Vereine der Stadt, wie die Diſtriktsvereine, der Bürgerverein und auch die Stadtverordneten-Verſammlung haben hierüber bereits berathen, trotzdem komme man aber in der Sache nicht weiter. Dugende von Städten haben Braunschweig inzwischen überholt und den elektriſchen Straßenbahnbetrieb eingeführt; es ſei daher zu befürchten, daß es hiermit gehe wie mit der Markthalle, bei welcher man in der unangenehmen Lage ſich befinde, daß jezt außer Braunschweig keine Stadt von 100 000 Einwohnern ohne eine Markthalle ſei. Darum möchte er der Deputation zurufen: Etwas Temperament!

Herr Günther muß es für unbegreiflich halten, daß ſolche Vorlage erſt jezt komme, da ſchon vor drei Jahren 200 000 M für den Zweck vorgeſehen ſeien. Es handle ſich um eine Nothwendigkeit und er fürchte, daß durch die Einſetzung der Deputation die Sache auch wieder hinausgeſchoben werde. Darum bitte er ebenfalls, beſſer zu arbeiten. Wenn man immer noch auf neuere Erfindungen bei der Straßenbahn warten wolle, ſo würde man niemals eine elektriſche Straßenbahn erhalten, weil ſich auf dieſem Gebiete eine Erfindung mit der anderen jage.

Herr Lange hält ſich als Mitglied der Deputation für die Einrichtung der elektriſchen Straßenbahn für verpflichtet, den hier gemachten Vorwurf, daß die Deputation nicht mit der nöthigen Energie und dem erforderlichen Eifer verfare, zurückzuweiſen. Er habe ſeine Aufgabe ſo aufgefaßt, daß die Deputation zu prüfen habe, welches Verfahren für die Stadt das beſte ſei und dabei habe ſich in den beiden Monaten ſehr viel herausgeſtellt, das prüfungsfähig ſei, und daher auch dringend geprüft werden müſſe. Gerade in der letzteren Zeit haben ſich auf dieſem Gebiete große Umwälzungen vollzogen, die man nicht hätte unbeachtet laſſen können. In Hagen habe man ſich den Accumulatorenbetrieb angeſehen, in Hoerde ſei die untere Stromzuführung geprüft und Dresden habe beſchloſſen, für das Innere der Stadt die untere Stromzuführung vorzuſchreiben. Das Alles mache die Deputation ſtutzig, ſie werde deſhalb wohl ſo lange prüfen, biß die obere Stromzuführung für die Plätze und die engeren Straßen der Stadt beſeitigt ſei. (Beifall.) Hierbei könnten ihn die Verſammlungen des Bürgervereins in keiner Weiſe beeinflussen, während er die Verſammlung des Hohethor- und Wilhelmthor-Diſtriktsvereins ſelbſt einberufen habe, um die Meinungen zu klären. Eine Verſammlung des Bürgervereins, in welcher 10—20 Herren zu tagen pflegen, könne für ihn vor allen Dingen nicht beſtimmend ſein bei ſeinem Vorgehen. Wenn die Verſammlung hiermit nicht einverſtanden ſei, dann möge ſie andere Mitglieder in die Deputation abordnen, welche den Wünſchen beſſer entſprechen. (Beifall.)

Die Magiſtratsvorlage wird hierauf angenommen.

(Herr Semler übernimmt den Vorſitz.)

#### IV. Instandsetzung der Dienstwohnung des Oberrealschuldirectors.

Es hat sich herausgestellt, daß das Dach und der Dachboden des Dienstwohngebäudes des Oberrealschuldirectors außergewöhnliche Aufwendungen erfordern und auch fast sämtliche zu der Dienstwohnung des Directors gehörige Wohn- und Wirthschaftsräume sich in einem schlechten Zustande befinden. Der Magistrat beantragt daher, für Instandsetzung des Daches, des Dachbodens und der Dienstwohnung, sowie für Herrichtung einer Veranda eine Summe von 7100 M. zu bewilligen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung des Antrages durch Herrn Seele befürworten.

Herr Halle muß sich gegen die Bewilligung aussprechen. Wenn die Wohnung so schlecht sei, daß der Director sie ohne die erhebliche Aufwendung nicht beziehen könne, so halte er es für besser, demselben lieber den Wohnungsgeldzuschuß zu geben und die Räume zu Schulzwecken mit zu verwenden. Für 7100 M. könne man fast ein neues Haus bauen. Ehe er nichts Näheres über die Reparaturen erfahre, bitte er, die Vorlage abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf hinweisen, daß es sich nicht nur um die Wohnung des Directors, sondern wesentlich auch um die Beseitigung erheblicher, mit den baupolizeilichen Vorschriften im Widerspruche stehender Mängel des Daches und Dachbodens handle. Die Aufwendung dieser Kosten empfehle sich umsomehr, als das Haus im Uebrigen sehr solide gebaut sein solle, so alt es auch sei. Wolle man jetzt die Reparatur des Gebäudes unterlassen, so könne sich dieses nur auf die Instandsetzung der Wohnräume beschränken, da das Gebäude auch noch die Wohnung des Schulpedellen habe und das Dach daher unter allen Umständen in Stand gesetzt werden müßte. Die Stadt würde sich also viel schlechter stehen, wenn sie die Wohnungskentschädigung zahle, als wenn sie die jetzt angeforderte Summe bewillige.

Herr Boller möchte die Bewilligung der Summe befürworten. Nach der von ihm vorgenommenen Besichtigung der Wohnung seien die Fußböden und die Decken reparaturbedürftig und entfalle hierauf eine Summe von ungefähr 3000 M. Die Herrichtung einer Veranda sei empfohlen, weil die Wohnung weder Hof noch Garten besitze und die Kinder sich daher nur auf der Veranda frei bewegen könnten. Die Reparatur des Daches müßte aber unbedingt geschehen.

Herr Seele will noch darauf hinweisen, daß der verstorbene Director Krumme das Haus 19 Jahre bewohnt habe, ohne daß wesentliche Aufwendungen an der Wohnung gemacht seien. Wenn aber ein Miether seine Wohnung so lange inne habe, so könne es nicht Wunder nehmen, daß etwas an die Instandsetzung derselben gewandt werden müsse. Auf die ordnungsmäßige Herrichtung des Daches

seien von der Summe allein 2100—2500 M zu verwenden, so daß auf die Wohnung gar nicht so viel entfalle.

Herr Löschigk tritt für die Bewilligung der Summe ein. Er sehe es gern, wenn der Director in unmittelbarer Nähe der Schule wohne, und darum halte er es für angezeigt, ihm die Dienstwohnung zu belassen, zumal da eine Vergrößerung der Schule doch erst in 5—6 Jahren nöthig werde.

Herr Müller will sich in gleichem Sinne aussprechen. Die Wohnung befinde sich in einem so traurigen Zustande, daß es nicht angängig erscheine, sie dem neuen Director zu überweisen. Durch die Uebernahme der Wohnung zeige der Director viel Entgegenkommen, da er jetzt eine viel schönere Promenadenwohnung inne habe. Die Räume zu Schulzwecken zu gebrauchen, sei nicht möglich, weil dieselben nicht die richtige Höhe und Größe haben.

Herr Halle findet sich durch diese Ausführungen noch mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß es besser sei, dem Director Wohnungsgeld zu geben und das Gebäude ganz niederzureißen. Die Zeit werde bald kommen, wo die jetzigen Schulräume nicht mehr ausreichen und an eine Vermehrung derselben gedacht werden müsse; wozu solle man da jetzt noch 7100 M an das alte Haus wenden. Noch weniger könne er sich aber entschließen, für die Errichtung einer Veranda in dem baufälligen Hause noch 1800 M auszugeben. Er bitte wiederholt um Ablehnung der Vorlage.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit 18 Stimmen angenommen.

#### V. Veräußerung einer Fläche an der Carlstraße.

Dem Grundstücke der Bauunternehmer Utermart und Weinhausen, sowie des Schlachtermeisters Manegold ist eine 1 qm große Wegefläche zuzulegen, welche der Magistrat für den Preis von 15 M an die Genannten abzutreten ersucht.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Meyer berichtet, angenommen.

#### VI. Erwerb eines Grundstücks an der Brunnenstraße.

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen bei Punkt IV der Tagesordnung für die Versammlung vom 28. December 1894 — Seite 230/231 des Berichts — zeigt der Magistrat an, daß er jetzt auch das an der Brunnenstraße gelegene, 25 a 21 qm haltende Grundstück der Wittve des Kaufmanns Sapper zu dem schon früher als angemessen erachteten Preise von 8 M für 1 qm angekauft habe.

Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Kauf zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Nieke berichtet, zu.

### VII. Anderweite Gestaltung des Hagenringes.

An Stelle der seitens der städtischen Behörden genehmigten Quereinteilung des Hagenringes zwischen Husaren- und Carlstraße giebt der Magistrat aus verschiedenen Gründen anheim, diese Straße in der Weise einzutheilen, daß dieselbe zwei äußere Fußwege von je 4 m Breite, zwei Fahrbahnen von je 8 m Breite und eine Mittelpromenade von 6 m Breite erhalte. Ein Reitweg kann dann auf der einen Fahrbahn neben der Mittelpromenade angeordnet werden. Auf den beiden seitlichen Fußwegen würden je eine Baumreihe und auf der mittleren Promenade zwei Baumreihen anzupflanzen sein. Im Interesse einer besseren Verbindung zwischen der Wabestraße und dem Hagenringe, bezw. der Straße am Fallersleberthore wird weiter vorgeschlagen, eine Abrundung der nördlichen Fluchtklinie der Wabestraße bei der Einmündung in den Hagenring zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Annahme dieser Vorlage durch Herrn Meyerhoff empfehlen.

Herr Rimpau bittet, den in Aussicht genommenen Reitweg auch wirklich durchzuführen. Für unpraktisch müsse er es halten, daß die Bäume an die Häuser gesetzt werden sollen, weil hierdurch das Licht der Laternen von den Straßen genommen werde. Ein anderes Straßenproject erscheine ihm daher annehmbarer.

Herr Rathe schließt sich dem letzteren Wunsche an. Die Wilhelmstraße erbringe den besten Beweis, daß die Bäume in der Nähe der Häuserreihen die Straße verdunkeln.

Herr Günther giebt anheim, dem vorliegenden Projecte zuzustimmen, da die Bäume der Verbreitung des Lichtes gar nicht so sehr hinderlich seien, namentlich wenn erst das elektrische Licht eingeführt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, die Wilhelmstraße nicht als Maßstab anzunehmen, weil die Verhältnisse dort insofern ungünstig liegen, als die Kronen der Bäume zu niedrig seien. Man müsse eben Bäume mit höheren Kronen auswählen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### VIII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Um Erlass der Steuer für einen Wachhund sind vorstellig geworden der Schneider Ebers, die unverehelichte Waßmann und die Ehefrau Himstedt. Da bei den beiden ersteren Bittstellern kein Grund vorliegt, von der bisherigen Praxis der ausnahmslosen Besteuerung von Wachhunden abzugehen, so beantragt der Herr Vorsitzende, die Gesuche abzulehnen. Dagegen wird von demselben anheimgegeben, der Bitte der Frau Himstedt zu willfahren, weil das Himstedt'sche Ehe-

paar den betr. Hund nur einige Tage vom jetzigen Finanzjahre und zwar aus Unkenntniß der Verhältnisse im Besitz gehabt habe.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen des Herrn Vorsitzenden.

#### IX. Nachverwilligung von Mitteln für technische Hilfskräfte.

Auf Antrag der städtischen Bauverwaltung ersucht der Magistrat, noch einen Betrag von 1974 M 12 S für Remunerirung technischer Hilfskräfte zu bewilligen, welche zur Bewältigung der großen Masse von Arbeiten einzustellen waren.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, angenommen.

#### X. Feststellung der Kosten des Plattenbelages auf verschiedenen außerstädtischen Straßen.

Die Kosten der Herstellung des Plattenbelages auf verschiedenen Straßen der Außenstadt sind nunmehr festgestellt worden und giebt der Magistrat anheim, diese Festsetzung zu genehmigen. Die Kosten betragen hiernach für 1 m Frontlänge auf der

|                                             |           |
|---------------------------------------------|-----------|
| Adolfstraße zw. Leonhard- und Campestraße . | 9,108 M,  |
| Campestraße zw. Wolfenbüttler- und Salz-    |           |
| dahlumerstraße . . . . .                    | 9,321 M,  |
| Ottmerstraße . . . . .                      | 9,925 M,  |
| Spielmannstraße . . . . .                   | 9,161 M,  |
| Sidonienstraße . . . . .                    | 9,920 M,  |
| Neue Promenade zw. Catharinen- und          |           |
| Rebenstraße . . . . .                       | 9,461 M,  |
| Gehsostraße . . . . .                       | 10,623 M, |
| Bültenweg zw. M. ass. 3752 und 3329         |           |
| (Dfseite) . . . . .                         | 9,298 M.  |

Hinsichtlich der Gehsostraße empfiehlt der Magistrat, den Kostenanschlag auf 10 M herabzumindern.

Die Baucommission giebt nach dem Berichte des Herrn Rieke anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Halle bittet den Magistrat um Aufklärung, wie es komme, daß die Anlieger der Hufarenstraße zu den Kosten des Plattenbelages herangezogen werden, obwohl sie nach ihrer Angabe mit dem Magistrate f. B. vereinbart haben, sie würden das Terrain für den Fußweg unentgeltlich hergeben, während die Stadt hierfür die Instandsetzung der Straßen übernehme. Hieraus folgern die Anlieger aber, daß die Stadt auch die Kosten des Plattenbelages zu tragen habe.



Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, die Anlieger der Westseite der Hufarenstraße hätten sich im Jahre 1878 mit dem Magistrate dahin verständigt, daß sie ihre Vorgärten soweit nöthig, unentgeltlich an die Stadtgemeinde abtreten und der Magistrat sich dagegen verpflichtete, die westliche Theilstrecke der Straße ebenso auszubauen, wie die östliche. Das sei geschehen. Nun sei aber inzwischen ein neues Gesetz und ein neues Statut erlassen, welches die Sachlage vollständig ändere. Die erste Vereinbarung habe daher mit dem jetzigen Plattenbelage gar nichts zu thun.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß diese Sache mit der Vorlage nicht im Zusammenhange stehe.

Herr Bültemann II ist der Meinung gewesen, daß die unbebauten Plätze zur Tragung von Plattenbelagskosten erst herangezogen werden dürfen, wenn sie bebaut seien, in welcher Annahme er sich leider geirrt habe. Für einen großen Fehler müsse er es aber halten, daß die Hausbesitzer allein zu den Kosten des Plattenbelages herangezogen werden, wenn er auch wisse, daß sich dagegen im Augenblicke nichts machen lasse. Jedermann sei bekannt, daß sich die Hausbesitzer jetzt nicht in einer guten Lage befinden: die Einen haben das Hagelwetter noch nicht überwunden, Andere haben Wohnungen leer stehen und dann erwachsen ihnen noch solche Ausgaben, während an den dadurch erzielten Wohlthaten auch die Miether theilnehmen. Er selbst sei in der unangenehmen Lage, an zwei Seiten einer mit Platten belegten Straße, der Adolf- und der Ottmerstraße, zu liegen und müsse darunter schwer leiden. Sofern die städtische Bauverwaltung z. B. die Adolfstraße ordnungsmäßig und gut hätte herstellen lassen, wäre es nicht nöthig gewesen, sie jetzt schon wieder auf Kosten der Anlieger mit Platten belegen zu lassen. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer sage, daß der noch nicht bebaute Theil der Biewegstraße auf städtische Kosten gemacht sei, so halte er dieses für ganz in der Ordnung, aber in gleicher Lage befinde sich auch die Ottmerstraße und trotzdem sollen deren Anlieger jetzt die Kosten der Instandsetzung tragen. Er komme in Jahr und Tag nicht auf die Ottmerstraße und solle doch das viele Geld für die Platten bezahlen. Darum möchte er beantragen, daß die Besitzer unbebauter Grundstücke von der Erstattung der Kosten des Plattenbelages verschont bleiben, bis die Grundstücke bebaut werden.

Der Herr Vorsitzende möchte anheimgeben, einen selbstständigen Antrag darüber einzubringen, weil diese Sache mit der Vorlage nichts zu thun habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, bei der Biewegstraße sei die Beitragspflicht der Anlieger dahin geregelt, daß nur bei der Neubebauung der angrenzenden Grundstücke die Kosten eingezogen werden können. Ganz anders liege die Sache auf der Adolfstraße. Hier handle es sich um eine ausgebauten Ortsstraße, deren Fußwege mangelhaft befestigt gewesen seien. Wenn nun hier die Fußwege

mit Platten belegt werden sollen, so müssen die Besitzer der anliegenden, auch unbebauten Grundstücke zur Beitragszahlung herangezogen werden. Daß Herr Bültemann ziemlich hart davon betroffen werde, liege daran, daß er Großgrundbesitzer sei und sich den Luxus erlaube, große unbebaute Plätze liegen zu lassen.

Herr Hauswaldt findet das Statut sehr hart und ungerecht. Er möchte deshalb den Magistrat bitten, in Zukunft mit der weiteren Belegung der Fußwege mit Platten nur dort vorzugehen, wo die Anlieger in der Mehrheit darauf dringen.

Herr Bürgermeister Ktemeyer erwidert, daß dieses schon jetzt geschehe.

Herr Rieke will noch bemerken, daß die Verschiedenheit der Kosten des Plattenbelages von der verschiedenartigen Beschaffenheit der Befestigung des betreffenden Weges herrühre.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### **XI. Remuneration für provisorische Bürgereschullehrer.**

Bei der zu Ostern d. J. bevorstehenden Erweiterung der hiesigen Bürgerschulen ist die Einstellung von sieben provisorischen Lehrern mit einer Jahresremuneration von je 1100 M erforderlich.

Dem Antrage des Magistrats, diesen Betrag zu verwilligen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Blasius, welcher für die Schulcommission berichtet, zu.

#### **XII. Einsprachen gegen die Abänderung der Baulinien an der Lampe- und der Hamburgerstraße.**

Der Musikdirigent Kabe und der Sattlermeister Peters haben Einsprache erhoben gegen die projectirte Abänderung der südlichen Theilstrecke der Lampestraße. Dem Antrage des Herrn Kabe, auf der südlichen Theilstrecke der Hamburgerstraße und auf der Lampestraße Vorgärten nicht anzuordnen, ersucht der Magistrat nicht zu entsprechen, weil die Vorgärten der ganzen Straße zur Zierde gereichen würden und das Kabe'sche Grundstück selbst schon einen Vorgarten besitze. Herr Peters erhebt Einsprache gegen die bogenförmig projectirte Einmündung der südlichen Theilstrecke der Lampestraße in die bereits fertiggestellte nördliche Theilstrecke, weil hierdurch von seinem Grundstücke eine so erhebliche Fläche abgeschnitten würde, daß eine zweckmäßige Bebauung desselben ausgeschlossen sei. Diesem Einspruche kann nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, und beantragt deshalb der Magistrat, die bogenförmige Abmündung und den Vorgarten nicht bis an die nördliche Grenze des Peters'schen Grundstückes auszudehnen, sondern die Baulinie so zu gestalten, daß nur eine ganz geringe Fläche von dem Grundstücke des Gesuchstellers zur Straße erforderlich wird.

Die Baucommission hat sich diesen Vorschlägen angeschlossen und läßt deren Genehmigung durch Herrn Meyerhoff befürworten.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### XIII. Reparaturkosten des Badekessels in der Schule an der Maschstraße.

An dem Badekessel der Bürgerschule in der Maschstraße haben sich Undichtigkeiten gezeigt, bei deren Beseitigung sich herausstellte, daß die beiden Böden des Kessels so schwach sind, um nach dem Einziehen neuer Rohre ein Dichthalten des Kessels nicht mehr zu ermöglichen. Der Magistrat ersucht, für Ausführung der erforderlichen Reparaturen 390 M zu verwilligen.

Herr Lange empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen. Gleichzeitig möchte er aber zur Erwägung anheimgeben, mit dem jetzigen Systeme der schmiedeeisernen Röhren ganz zu brechen, da man sich bei Messingrohren immer besser stehen werde. Jedenfalls würde die städtische Bauverwaltung gut gethan haben, vorher zu überlegen, ob es nicht angebracht sei, einen Spiralkessel zu nehmen, wie er sich in der Schule an der Leonhardstraße seit zwei Jahren im Betriebe befinde und bewähre. Ein solcher Kessel verbrauche wenig Kohlen, sei bedeutend sicherer und dem Vergange weniger ausgesetzt. Derselbe koste nur 550 M und sei dabei noch größer in der Leistung.

Herr Meyerhoff muß den Kesseln mit Messingrohren ebenfalls den Vorzug geben. Gerade die hier in Frage kommenden Kessel, welche während der Ferienzeit nicht benutzt werden, seien leicht der Verrostung ausgesetzt. Um frühzeitigen Reparaturkosten vorzubeugen, empfehle es sich, die Garantiezeit etwas länger als zwei Jahre auszudehnen. Wenn es auch Reparaturen an allen Kesseln geben werde, so solle man doch lieber einen höheren Preis dafür anlegen und sie stabiler construiren lassen. Soweit er unterrichtet sei, solle auch der Kessel im Volksbade an der Ferdinandstraße schon einer Reparatur unterworfen gewesen sein.

Auf die Anfrage des Herrn Blasius, ob ein neuer Kessel wirklich nur 550 M koste, erwidert

Herr Lange, daß der Kessel im Volksbade an der Kaiserstraße incl. Armatur 550 M gekostet habe. Es handle sich dabei um eine ganz andere Construction, bei welcher eine Spirale im Feuer liege, die von großer Dauerhaftigkeit sei, weil sie nur aus einem Stück bestehe. Der Badekessel der Ferdinandstraße gehöre auch noch zu der alten Sorte mit eisernen Rohren, welche nichts taugen.

Herr Bültmann II muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die Kessel nicht länger halten. Wenn er an seinem Kessel so viele Reparaturen hätte, wäre es gar nicht zum Aushalten. Die Röhrenkessel seien in der Regel viel zu complicirt und zu schwer zu reinigen, man müßte zu einfacheren Systemen übergehen. Jedenfalls erscheine es ihm vortheilhafter, einen neuen Kessel zu beschaffen, als den alten zu repariren.

Herr Bues kann aus eigener Erfahrung auch die Beschaffung von Spiralkesseln empfehlen.

Herrn Halle ist es unverständlich, daß die städtische Bauverwaltung gar nicht von dem alten Kesselsysteme abgehe, trotzdem in jedem Etat erhebliche Reparaturen vorgesehen und in der Versammlung schon so viele Klagen darüber geführt seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels will Veranlassung nehmen, die städtische Bauverwaltung auf die hier von sachverständiger Seite vorgebrachten Bemerkungen hinzuweisen. Uebrigens könne er mittheilen, daß inzwischen auch die städtische Bauverwaltung zu der Einsicht gekommen sei, daß die Verwendung von Messingröhren in dem vorliegenden Falle richtiger gewesen wäre, als die Benutzung von Eisentröhren. In einem anderen Falle habe sie die Auswechselung der Röhren auch schon vorgenommen.

Herr Böschigk muß die frühzeitigen Reparaturen der unrichtigen Behandlung der Kessel zuschreiben. Es empfehle sich, daß die Behörden hierauf mehr ihr Augenmerk richten.

Herr Lange möchte die städtische Bauverwaltung gegen den hier erhobenen Vorwurf, daß sie nicht bemüht sei, Verbesserungen in den Kesselanlagen einzuführen, in Schutz nehmen. Sie habe in der Schule an der Leonhardstraße bereits einen Spiralkessel eingeführt und er wundere sich nur, daß dieses nicht auch hier geschehen sei.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Nieß, Meyerhoff und Lange wird die Vorlage genehmigt.

#### XIV. Ausbau der Parkstraße.

Nachdem Herzogliches Staatsministerium den von verschiedenen Anliegern der Parkstraße gegen den Ausbau derselben zur Ortsstraße u. erhobenen Protest zurückgewiesen hat, ersucht der Magistrat, das vorgelegte Bauproject, sowie den Kostenanschlag und die Vertheilungsberechnung zu genehmigen. Die Straßenkosten betragen anslagsmäßig einschließlich der Grunderwerbskosten 39 500 M und ist demnach der Anliegerbeitrag auf 107 M für 1 m berechnet worden.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, zugestimmt.

#### XV. Besserungen auf der Freibadeanstalt.

Wie Herr Wagner berichtet, ist der Magistrat geneigt, den in der letzten Versammlung ausgesprochenen Wünschen auf Besserung der Freibadeanstalt Rechnung zu tragen und hierüber noch ein besonderes Project auszuarbeiten. Insbesondere solle auch die Douché angelegt werden. Da die erforderlichen Kosten in den nächst-

jährigen Haushaltsplan eingestellt würden, so finde sich bei der Durchberathung desselben Gelegenheit, darauf zurückzukommen.

Die Sache wird damit als vorläufig erledigt betrachtet.

#### XVI. Bekrönung der Kaiser Wilhelm-Brücke.

Ueber die auf Beschluß der letzten Versammlung Seite 246 des Berichts an die Finanzcommission zurückverwiesene und von dieser eingehend durchberathene Vorlage berichtet Herr Lord: Die Commission habe sich insofern in einer schwierigen Lage befunden, als ihr jede positive Unterlage gefehlt und nur ein Vorschlag des Herrn Uhde vorgelegen habe, nach welchem die vier Brückenpfeiler durch allegorische Figuren gekrönt werden sollten, ohne daß dem Vorschlage aber ein genauer Kostenanschlag beigegeben sei. Nach den verschiedensten Meinungsäußerungen in der Commission haben sich die Ansichten schließlich dahin geklärt, daß die Commission folgende Vorschläge zu machen vermöge:

- 1) Die Versammlung erklärt sich im Principe mit einer künstlerischen Ausführung der Brückenbekrönung einverstanden.
- 2) Die Stadtverordneten bewilligen zu diesem Zwecke eine Summe bis zu 30 000 M.
- 3) Der Stadt-Magistrat wird ersucht, unter den braunschweigischen Künstlern eine Concurrenz auszuschreiben zur Erlangung von Projecten in Bezug auf die Brückenbekrönung mit der Maßgabe, daß das Project ausgearbeitet werden soll im Hinblick auf den Namen, welchen diese Brücke trägt und auf die große Zeit, deren Hauptträger der Kaiser Wilhelm I gewesen ist.

Der Finanzcommission sei es, wie zur Begründung dieser Anträge ausgeführt werde, nicht leicht geworden, die Versammlung zu ersuchen, eine verhältnißmäßig so erhebliche Summe für die künstlerische Ausschmückung der Brücke zu bewilligen. Die Commission habe sich aber gesagt, daß von der Stadt für Kunst und Wissenschaft eigentlich recht wenig geschehe und daß außerdem die beantragte Summe sich auch auf mehrere Jahre vertheile. Die Concurrenz wünsche die Commission auf die braunschweigischen Künstler beschränkt zu sehen, einmal, um gerade diesen Gelegenheit zu geben, ihr künstlerisches Können zu zeigen und dann auch, um nicht eine zu große Menge von Projecten zu erhalten, von denen doch schließlich nur das eine oder andere zu verwenden sein würde. Namens der Finanzcommission empfehle er die drei Anträge zur Genehmigung. Unter „braunschweigischen“ Künstlern verstehe die Commission alle im Herzogthume geborenen oder ansässigen Künstler.

Herr Wagner will sich jetzt für die geplante Brückenbekrönung erklären, nachdem er aus den inzwischen eingezogenen Erkundigungen entnommen habe, daß

sich die Ausschmückung selbst bei Verwendung bronzener Figuren billiger herstellen lasse, als von ihm unter dem ersten Eindrucke des Uhde'schen Antrages angenommen sei, weil die Preise beispielsweise in der Howaldt'schen Werkstatt gegen früher jetzt erheblich heruntergegangen seien. Außerdem habe er die Ueberzeugung, daß die Anbringung steinerne Figuren für die Brücke angemessener sei, als wenn bronzene Figuren gewählt würden. Bei Verwendung eines guten Steines lasse sich der Brückenschmuck für den Betrag von 30 000 M recht gut herstellen.

Herr Hauswaldt möchte sich dagegen aussprechen, daß die Concurrenz auf braunschweigische Künstler beschränkt bleiben solle. Mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der für die Entwürfe auszuwerfenden Summe werden bei Fortlassung dieser Beschränkung sich auch nicht allzu viele Künstler um die Bewerbung drängen. Er bitte darum, für „braunschweigische“ zu sagen „deutsche“ Künstler.

Herr Oberbürgermeister Pockels versteht den Antrag der Finanzcommission dahin, daß für die Krönung der Brücke 30 000 M aus städtischen Mitteln verwendet werden sollen und demnach der Magistrat in der Lage sein würde, die von der Herzoglichen Hofstaatscasse zur Verfügung gestellten 3000 M außerdem noch für die Krönung auszugeben. (Zustimmung.)

Herr Engelbrecht will darauf aufmerksam machen, daß die Bekrönung nicht im Dunkeln stehen könne und man daher bei der Verwendung der ihm recht gering erscheinenden Summe von 30 000 M auch hierauf Bedacht nehmen müsse. Vielleicht könnten hierzu die von der Hofstaatscasse angebotenen 3000 M verwendet werden.

Herr Uhde möchte bezüglich der Künstlerconcurrenz bemerken, daß man sich im Lande Braunschweig bislang immer ganz gut gestanden habe, wenn die Anfertigung der Kunstgegenstände entweder freihändig vergeben, oder darüber eine engere Concurrenz ausgeschrieben sei. Die Quadriga von Rietschel habe man ebenso wie das Lessingdenkmal, das Siegesdenkmal, den Brunnen auf dem Hagenmarkte und das Gaußdenkmal freihändig vergeben, während bei dem Herzoglichen Museum und dem Abtdenkmal zum ersten Male eine engere Concurrenz unter den braunschweigischen Künstlern ausgeschrieben sei. In allen diesen Fällen sei man aber recht gut gefahren. Voraussichtlich werde man hierbei in keiner Weise engherzig vorgehen und auch solche Künstler zulassen, welche als geborene Braunschweiger im Auslande wohnen. Wenn man aber bei dem verhältnißmäßig geringen Objecte noch einen so großen Apparat in Bewegung setzen und die ganzen deutschen Künstler zu der Concurrenz zulassen wolle, so werde man 60 bis 80 Projecte bekommen und habe dann die Last der Auswahl. Es handle sich hier um ganz präcise festgesetzte Normen, um einen festen Preis und auch um einen Gegenstand, der so gut wie gegeben sei, so daß es genüge, wenn die Concurrenz nur unter den braunschweigischen Künstlern ausgeschrieben werde.

Herr Lord will Herrn Engelbrecht gegenüber noch bemerken, daß auch die Beleuchtungsfrage in der Commission gestreift sei und man beabsichtige, nicht auf der Brücke selbst, sondern an deren beiden Enden elektrische Bogenlampen anzubringen, was nicht allzuhohe Kosten verursachen könne.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die sämtlichen drei Anträge der Finanzcommission angenommen und der Antrag Hauswaldt auf Zulassung aller deutschen Künstler zur Concurrenz abgelehnt.

#### **XVII. Gebietserweiterung des allgemeinen Pflasterfonds.**

Der Herzoglichen Baudirection erscheint es wünschenswerth, das zum Bereiche des allgemeinen Pflasterfonds gehörende Kieselsteinpflaster der Ehrenbrechtstraße zu beseitigen und dieselbe neu zu pflastern, zuvor aber die Abgrenzung des Gebietes des allgemeinen Pflasterfonds nach dem Sandwege und der Promenade zu regeln. Die Herzogliche Baudirection hält es für sachgemäß, daß die zwischen dem Avenüenpflaster und dem Gebiete des allgemeinen Pflasterfonds liegende 177 qm große Promenaden-Fahrbahnfläche dem Gebiete desselben zugelegt werde. Der Magistrat kann diese Zulegung nur befürworten und ersucht, ihn zur Abschließung einer bezüglichlichen Vereinbarung zu ermächtigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtigt, geschieht.

#### **XVIII. Beihilfe an den Verein für Geflügelzucht.**

Auf Antrag des Vorstandes des Braunschweiger Vereins für Geflügelzucht giebt der Magistrat anheim, demselben zu den Kosten der Ausstellung eine Beihilfe von 180 M zu verwilligen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung des Herrn V o l l e r entspricht.

#### **XIX. Beihilfe zur allgemeinen Ausstellung für Bäckerei u.**

Das Comité für die allgemeine Ausstellung für Bäckerei, Conditorei und Nahrungsmittel richtet an die städtischen Behörden das Ersuchen, ihm einen Ehrenpreis zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des Magistrates, für diesen Zweck 300 M zu verwilligen,

wird auf Befürwortung des Herrn R a t h e angenommen.

#### **XX. Baulinie für die Beckenwerperstraße und den Wollmarkt.**

In Veranlassung eines Neubaus auf dem an der Ecke des Wollmarktes und der Beckenwerperstraße gelegenen Grundstücke des Herrn A. Bode beantragt der Magistrat die Genehmigung neuer Baulinien für die beiden Straßen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr U h d e berichtet, zustimmt.

### **XXI. Aenderung des Ortsbauplanes für einen Theil der Casernenstraße und Ausbau derselben.**

Der in Aussicht genommene Ausbau der Casernenstraße zwischen Fasanen- und Bismarckstraße zur Ortsstraße bedingt den Erwerb der Vorgärten der angrenzenden Grundstücke und zwar müßten, wenn die im Ortsbauplane vorgesehenen Baulinien mit einer Straßenbreite von 16 m zur Durchführung kommen, die ganzen Vorgärten erworben werden. Im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte hält der Magistrat unter eingehender Begründung für zulässig und beantragt, daß für diese Straßenstrecke nur eine Breite von 14 m, jedoch unter Anordnung von Vorgärten an der Ostseite der Straße, festgestellt und eine etwas verlegte Baulinie angenommen werde, zumal da die angrenzenden Straßenstrecken ebenfalls nur 14 m breit seien. Die wegen Abtretung der Vorgärten mit den Anliegern gepflogenen Verhandlungen sind erfolglos verlaufen, weil die Anlieger ihre Verpflichtung, nach Maßgabe der Vorschriften des Ortsbaustatuts zu den Kosten beizutragen, entschieden bestreiten. Der Magistrat giebt daher weiter anheim, der Zwangsenteignung der sämtlichen, zur Straßenregulirung erforderlichen Vorgärten zuzustimmen. Die Straßenkosten sind von der städtischen Bauverwaltung zu 26000 M veranschlagt. Hiernach würde sich der Anliegerbeitrag einschließlich der Kosten für Plattenbelag auf 80 M für 1 m belaufen und wird ersucht, die Ausführung dieses Projectes, den Kostenanschlag und die Vertheilungsberechnung zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn N i e ß empfiehlt die Baucommission, dem Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

### **XXII. Belegung der verl. Straße „am Fallerleberthore“ mit Gas- und Wasserröhren.**

Die projectirte Verbindungsstraße zwischen der Gliesmaroderstraße und der künftigen Ringstraße soll auf Antrag und auf Kosten der Unternehmer an der nördlichen Seite mit je zwei Gas- und Wasserröhren belegt werden, welchem Antrage der Magistrat zuzustimmen bittet.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr M e y e r berichtet, wird der Antrag genehmigt.

### **XXIII. Entschädigung an den Rentner Oppermann.**

Der Rentner Eduard Oppermann, Wendenmashstraße N<sup>o</sup> 37 wohnhaft, ist vorstellig geworden, ihm eine Entschädigung von 220 M zu verwilligen, weil er



mit Rücksicht auf die Sicherheit des im benachbarten Grundstücke liegenden Nothauslaßcanals eine Grundmauer des von ihm aufgeführten Gebäudes so viel tiefer habe legen müssen, daß ihm dadurch eine Mehrausgabe von 440 M erwachsen sei. Der Magistrat hält diese Forderung für gerechtfertigt und ersucht um Bewilligung der Summe von 220 M,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, zustimmt.

#### XXIV. Baulinie für die Elmstraße.

Für die nördliche Seite der östlichen Theilstrecke der Elmstraße ist in der Sitzung vom 13. December 1894 — Seite 211 des Berichts — eine neue Baulinie festgestellt worden. Bei der Auszeichnung dieser neuen Linie in vergrößertem Maßstabe hat sich die Nothwendigkeit ergeben, daß, wenn ein Knick in der Mitte der Straße vermieden werden soll, die frühere Baulinie, unter Abstumpfung jedoch der nordwestlichen Ecke, beibehalten werden muß und demnach eine etwas veränderte Baulinie festzusetzen ist. Wenngleich die zuletzt genehmigten und die jetzt in Vorschlag gebrachten Baulinien nur unbedeutend von einander abweichen, so wird das Verfahren betr. Feststellung der letzteren doch wiederholt werden müssen. Der Magistrat richtet deshalb an die Versammlung das Ersuchen, die neue Baulinie zu genehmigen,

was nach Befürwortung der Baucommission, namens welcher Herr Nieß berichtet, geschieht.

#### XXV. Zwangsenteignung von Terrain zum Hagenring.

Zur Anlegung des Hagenringes ist von dem Spangenberg'schen Grundstücke eine 5,5 qm große Theilfläche erforderlich. Da der Eigenthümer derselben für diese Fläche, sowie für Instandsetzung seines Gartens eine Entschädigung von 1000 M fordert, diese Forderung aber dem Magistrate viel zu hoch erscheint, beantragt derselbe, das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten.

Der Antrag wird auf Empfehlung des Herrn Brückmann genehmigt.

#### XXVI. Ausbau der Campestraße.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossenen Baulinien für die Campestraße sind Einsprachen erhoben und zwar seitens des Gerichtssecrätars Liesenberg und seitens der Wieweg'schen Erben, auch hat der Architect Zinkeisen gebeten, ihm für den Fall, daß die Baulinie an der Nordseite unter Belassung von 5 m breiten Vorgärten durchgeführt werden sollte, auch die ihm verbleibenden Vorgartenflächen zu vergüten. Das letztere Gesuch kann nach der Ansicht des Magistrates als Ein-

sprache nicht erachtet werden. Auch die Einsprache des Herrn Liesenberg, welche sich nur auf Wahrung von Privatinteressen stützt, vermag der Magistrat als begründet nicht zu erachten und giebt anheim, dieselbe zu verwerfen.

Die Einsprache der Bieweg'schen Erben ist damit begründet, daß von ihrem angrenzenden Garten mehr Terrain als erforderlich der Straße zugelegt werden solle, wobei insbesondere verschiedene alte Bäume in Wegfall kommen würden. Die Bieweg'schen Erben haben indessen die Absicht kundgegeben, den Widerspruch fallen zu lassen, falls ihren Wünschen in Bezug auf die beabsichtigte Grenzregulierung entsprochen werden sollte. Diese Wünsche gehen dahin, daß die Breite der Campestraße gegenüber der östlichen Ausmündung der Ottmerstraße bzw. westlich davon vermindert würde in der Weise, daß die Straße überall noch wenigstens 19,6 m breit werde, sowie daß von Durchführung der neuen Baulinie auf der Strecke zwischen Bertramstraße und Leonhardplatz stadtseitig auf so lange abgesehen werde, als Frau Helene Bieweg und deren Tochter am Leben sind, es sei denn, daß schon vorher der Bieweg'sche Garten in diesem Theile bebaut werden sollte. Der Magistrat muß diese Bedingungen für annehmbar erachten, zumal da sich die Bieweg'schen Erben gleichzeitig erboten haben, einem für die Stadt zweckmäßig erscheinenden Terrainaustausch zuzustimmen und außerdem auch der völlige Um- und Ausbau der oberen Strecke der Campestraße unter Durchführung der jetzt beschlossenen Baulinien nicht geboten erscheint, so lange das Bieweg'sche Grundstück nicht parcellirt wird, was bei der Fideicommissqualität desselben in absehbarer Zeit auch nicht geschehen wird. Dem Magistrate genügt es daher, die Theilstrecke der Campestraße zwischen Adolf- und Ottmerstraße zur Ortsstraße auszubauen, sie insbesondere gegenüber der Ottmerstraße auf 19–20 m zu verbreitern und an der dem Bieweg'schen Garten gegenüber liegenden Seite den Fußweg mit Platten von 1,5 m Breite zu belegen, den andern Fußweg aber zu chauffiren; außerdem aber den am Bieweg'schen Garten entlang ziehenden Fußweg in seiner ganzen Ausdehnung von der Ecke gegenüber der Ottmerstraße bis zur Schillstraße unter Beibehaltung der auf demselben stehenden Laubbäume so zu befestigen und zu entwässern, daß er auch bei schlechtem Wetter begehbar bleibt, und endlich vor den Häusern an der Nordseite dem Wunsche der Anlieger gemäß vorläufig nur provisorisch einen Plattenbelag herzustellen, dagegen die Frage, wann die nördliche Straßenfluchtlinie durchgeführt werden soll, einer späteren Beschlußfassung vorzubehalten.

Hiernach hat der Magistrat zugestanden, daß die beschlossene Baulinie nicht sofort in ihrer ganzen Ausdehnung, vielmehr vorläufig nur auf der betr. Theilstrecke durchgeführt, sodann aber zur Erzielung einer angemessenen Abrundung des Bieweg'schen Gartens die Einfriedigung vorläufig etwas zurückgesetzt, dabei jedoch ausbedungen werde, daß der durch die neue Baulinie erforderlich werdende Terrain-

austausch schon jetzt erfolge. Nach einem dieserhalb mit den Bieweg'schen Erben abgeschlossenen Vertrage erhält die Stadt von dem Garten drei zusammen 670,5 qm große Flächen mit der Maßgabe, daß dieselben sofort in das Eigenthum der Stadt übergehen, die Besitzergreifung zweier dieser Flächen aber bis zur Durchführung der neuen Baulinie verschoben bleibt; dagegen überweist die Stadt den Bieweg'schen Erben tauschweise drei zusammen 634,5 qm große Flächen mit der Maßgabe, daß dieselben sofort in das Eigenthum der Erben übergehen, die Besitzergreifung zweier Flächen davon aber gleichfalls bis zu dem erwähnten Zeitpunkte verschoben bleibt. Der Werth sämtlicher sechs Flächen ist auf 15 M pro qm festgestellt und gleichzeitig vereinbart worden, daß die Kosten der Zurücksetzung der Einfriedigung und der Instandsetzung bzw. Entwässerung des angrenzenden Gartentheils stadtseitig getragen werden, ferner das Bieweg'sche Grundstück, soweit dasselbe an die jetzt zur Ortsstraße auszubauende Theilstrecke der Campestraße grenze, kostenpflichtig werde und die Kostenpflicht des Bieweg'schen Gartens, soweit derselbe an die obere Strecke der Campestraße grenze, nur dann begründet sein solle, wenn in einer geringeren Entfernung als 60 m von der Straßengrenze Gebäude errichtet werden sollten. Der Magistrat hält dieses Abkommen für durchaus annehmbar und ersucht, demselben, ebenso wie den übrigen Anträgen zuzustimmen.

Gleichzeitig wird beantragt, für das an der Ecke von Adolfs- und Campestraße gelegene Jörn'sche Grundstück eine Baulinie unter Anordnung eines 2 m breiten Vorgartens an der Südseite festzustellen und die von dem Jörn'schen Grundstück der Straße zuzulegende Theilfläche von 64 qm zum Einheitspreise von 40 M zu erwerben, sowie die Kosten der Zurücksetzung der Einfriedigung zu tragen.

Die zwischen Adolfs- und Bertramstraße gelegene, 19,8 qm breite Theilstrecke beabsichtigt die städtische Bauverwaltung in der Weise auszubauen, daß zu beiden Seiten der auf 10 m zu verbreiternden Fahrbahn mit Bäumen zu bepflanzen und mit Bordsteinen einzufassende 4,8 m breite Fußwege hergerichtet werden, von denen indessen nur der nördlich gelegene Weg Plattenbelag von 1,5 m Breite erhalten soll. Die Bau- und Grunderwerbskosten sind auf 15 100 M veranschlagt. Auf der Strecke zwischen Bertram- und Schillstraße dagegen soll der Fußweg am Bieweg'schen Garten vorläufig nur unter Aufwendung von 1000 M provisorisch in Stand gesetzt werden.

Was die Anliegerbeiträge betrifft, so sind dieselben von der städtischen Bauverwaltung berechnet für die Grundstücke an der Südseite zu 64 M für 1 m und für diejenigen an der Nordseite wegen des hier vorzusehenden Plattenbelages zu 72,50 M. Die Genehmigung des Projectes, des Kostenanchlages und der Vertheilungsberechnung wird anheimgegeben und endlich noch ersucht, für die Nordseite der Campestraße eine andere Baulinie festzusetzen.

Wie Herr U h d e berichtet, erklärt sich die Baucommission für die Genehmigung der sämmtlichen Magistratsanträge, da dieselben dem Interesse der Stadt nur dienlich seien.

Herr Bues ist bei Anhörung der Magistratsvorlage von einem eigenthümlichen Gefühle beschlagen worden in Betreff der wenig gleichmäßigen Behandlung der verschiedenen Anlieger. Herr Bültmann II habe schon hervorgehoben, wie hart der eine und andere Anlieger von den Straßenkosten betroffen werde; es sei daher um so mehr zu verwundern, daß man hier, wo es sich um so reiche Anlieger handle, wie die Rake um den heißen Brei gehe, wahrscheinlich um nicht anzustoßen. Seiner Meinung nach sei es auch hier möglich, nach dem Buchstaben des Statuts zu gehen, darum möchte er fragen, weshalb das Ortsbaustatut nicht voll in Anwendung komme. Wegen der Maschstraße habe man es zu einem Proceß kommen lassen und hier wolle man sich anscheinend um die Vorschriften des Statuts wegschlängeln.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es nicht die Gewohnheit des Magistrates sei, sich um die Ausführung statutarischer Vorschriften herumzuschlängeln und auf reiche Leute besondere Rücksicht zu nehmen, der Magistrat verfare rein nach dem Statute. Dieses schreibe vor, daß nur bebaute Grundstücke kostenpflichtig seien, er möchte deshalb fragen, ob das Bieweg'sche Grundstück als bebaut zu betrachten sei oder nicht. Es handle sich hier um eine Rechtsfrage, denn obwohl zuzugeben sei, daß auf dem Grundstücke ein Haus stehe, könne das außerordentlich ausgedehnte Grundstück doch unmöglich als bebaut in seiner ganzen Front angesehen werden, welcher Ansicht auch gelegentlich einer Conferenz im Herzoglichen Staatsministerium einmal beigespflichtet sei. Dagegen liege gar kein Grund vor, das Grundstück nicht zur Beitragsleistung heranzuziehen, nur weil es Frau Bieweg gehöre. Wenn Herr Bues die, allerdings complicirte Vorlage richtig aufgefaßt hätte, würde er diesen Vorwurf jedenfalls nicht erhoben haben. Frau Bieweg werde von einem Theile ihres Grundstückes zu den Straßenkosten herangezogen, obgleich ihre Verpflichtung zur Zahlung zweifelhaft sei, und sie erkläre sich dazu auch bereit, also was solle dann der Magistrat noch weiter thun.

Herr Loeschigt möchte anheimgeben, der Vorlage zuzustimmen und gleichzeitig zur Erwägung verstellen, ob es mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Fuhrwerksverkehr von und nach dem demnächstigen Hauptgüterbahnhofe nicht empfehlenswerth erscheine, den Fahrdbamm der Campestraße zu pflastern.

Herr Bues bemerkt, daß es ihm unmöglich gewesen sei, die umfangreiche Vorlage sofort vollständig zu erfassen. Früher sei aber auch schon einmal geäußert, man hätte auf die Familie Bieweg im Hinblick auf die in Aussicht stehende große Erbschaft Rücksicht genommen. Wenn übrigens die schönen Bäume erhalten bleiben sollen, so habe er darauf zu erwidern, daß dieselben ein so starkes

Wurzelwerk haben, daß man gar nicht darunter gehen könne und lieber den Fahrweg benutze.

Herr Bürgermeister Kete meyer muß auch das letztere Bedenken als nicht zutreffend bezeichnen. Die Strecke zwischen der Adolfs- und der Ottmerstraße solle endgültig ausgebaut werden, während auf der weiteren Strecke bis zur Schillstraße, woselbst ein so lebhafter Geschäftsverkehr noch nicht vorhanden sei, der Fußweg derartig befestigt werden solle, daß nach Beseitigung des Wurzelwerkes und der beiden Gräben ein angenehmer Promenadenweg entstehe.

Herr Hauswaldt möchte beantragen, auch für die Südseite 3 m breite Vorgärten anzuordnen.

Herr Bürgermeister Kete meyer empfiehlt, diesem Antrage zuzustimmen, da es wahrscheinlich nur übersehen sei, auf der Südseite Vorgärten vorzuschreiben.

Herr N i e ß bittet ebenfalls, den Zusatzantrag zu genehmigen.

Darauf genehmigt die Versammlung die sämtlichen Anträge des Magistrates und den Zusatzantrag des Herrn Hauswaldt.

## XXVII. Baulinie für die Gördelingerstraße und den Altstadtmarkt.

In Veranlassung eines Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für die Grundstücke Gördelingerstraße 50 und 51 sind für den zwischen der Neuenstraße und dem Altstadtmarkte gelegenen Theil der Gördelingerstraße und für die Ostseite des Altstadtmarktes neue Baulinien festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat mit der Maßgabe anheimgibt, daß die Gördelingerstraße hierdurch an ihrer schmalsten Stelle 10 m breit werden würde. Von einer weiteren Verbreiterung ersucht der Magistrat wegen der entstehenden hohen Kosten abzusehen.

Die Mehrheit der Baucommission läßt durch Herrn N i e ß die Genehmigung der Vorlage empfehlen.

Herr Lord kann sich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären, weil eine rationelle Verbreiterung des Eingangs der Gördelingerstraße nur auf der Seite des Götte'schen Hauses möglich sei. Da nun dem Vernehmen nach Herr Stadtrath Götte, welcher leider die Sitzung schon verlassen habe, unter Umständen bereit sein solle, sein Haus niederzureißen und das neue Gebäude zurückzuschieben, so empfehle es sich, vor einer Beschlußfassung diesem Gerüchte einmal näher zu treten und mit Herrn Stadtrath Götte zu verhandeln. Nach der Magistrate'svorlage würde man in der Straßenfront auf viele Jahre ein Loch bekommen, weil die Nebengebäude doch so bald nicht abgerissen würden.

Herr N i e ß tritt für die Magistrate'svorlage ein, weil ihm der Abbruch des Götte'schen Hauses doch etwas unwahrscheinlich klinge. Da in der Commission außerdem erwähnt sei, daß die „Sieben Thürme“ wohl auch bald fallen würden, so lasse sich ja der Wunsch des Herrn Lord schnell verwirklichen.

Herr U h d e theilt mit, daß er in der Commission allein gegen die Vorlage gestimmt habe. Wenn man das alte historisch interessante Bauwerk der „Sieben Thürme“ niederlegen wolle, so könne man ebensogut das Götte'sche Haus beseitigen und auf dieser Seite die Begradigung vornehmen.

Herr L ö s c h i g k ist gegen die Festlegung der vom Magistrate vorgeschlagenen Baulinie, weil dadurch nichts geschaffen werde, was so viel Werth hätte, wie es koste. Wenn wirklich auf der anderen Seite mehr bezahlt werden müßte, so erhalte man dadurch aber auch eine erheblich bessere Baulinie. Darum bitte er, die Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen, damit sich diese informieren könne.

Herr M e y e r h o f f möchte eine noch größere Verbreiterung der G ö r d e l i n g e r - straße haben, weil der Fuhrwerksverkehr dort nur mit Gefahr zu betreiben sei. Sollte Herr Stadtrath G ö t t e sein Haus wirklich abreißen wollen, so schade es nichts, wenn hier die Begradigung schon geschaffen sei. Er bitte daher um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr L ö s c h i g k will dem gegenüber darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten für den Fuhrwerksverkehr gerade auf der G ö t t e'schen Seite liegen, weil der Kutscher einen ihm von dem Altstadtmarkte her entgegenkommenden Wagen nicht frühzeitig sehen könne.

Herr H a l l e glaubt, daß die von der Commission vorgeschlagene Baulinie sehr gut genehmigt werden könne. Wenn Herr G ö t t e dann sein Haus abreißen wolle, lasse sich die Baulinie auf der anderen Seite immer noch nachholen.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

## **XXVIII. Feststellung der Kosten für die Lampe- und die Wendenmaischstraße.**

Nachdem die Lampe- und die Wendenmaischstraße ausgebaut sind, hat die städtische Bauverwaltung die Straßenkosten für die erstere auf 197,074 M und für letztere auf 77,184 M für 1 m Frontlänge festgesetzt. Dem Antrage des Magistrates, diese Festsetzung gutzuheißen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung des Herrn M e y e r h o f f.

## **XXIX. Antrag Wollenweber: Einführung elektrischer Beleuchtung im städtischen Schlachthause.**

Wie Herr Wollenweber, den Antrag begründend, ausführt, ist schon seit längeren Jahren eine bessere Beleuchtung im städtischen Schlachthause erwünscht, weil das vorhandene Licht nicht ausreiche. In nächster Zeit werde das Kühlhaus fertiggestellt sein und in Betrieb kommen. Da man hier nur elektrisches Licht gebrauchen könne, so empfehle es sich, die Maschine soviel größer zu nehmen, um

auch dem Schlachthause eine elektrische Beleuchtung zu geben. Die Sache sei so dringlich, daß er um sofortige Berathung des Antrages bitte.

Die Versammlung lehnt indessen die Dringlichkeit des Antrages, welcher darauf der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen wird, ab.

### XXX. Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aenderung ihrer Einschätzung.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten beschließen, den Magistrat aufzufordern, nach Beendigung der Einschätzungsarbeiten in den Ausschüssen, allen Steuerpflichtigen, welche eine Steuererklärung eingereicht haben, die von dem Ausschusse beanstandet ist, daher aus irgend welchen Gründen mit der erfolgten Einschätzung nicht übereinstimmt, die Mittheilung zugehen zu lassen, daß die Steuererklärung beanstandet sei und mit den Gründen der Beanstandung zur Einsicht der Steuerpflichtigen im Stadthause vierzehn Tage bereit liege“.

Zur Begründung führt Herr Hauswaldt Folgendes aus: Die Steuerpflichtigen haben durch städtisches Statut die Verpflichtung erhalten, eine Steuererklärung abzugeben, in der sie ihre Einnahmen genau auseinanderlegen. Dieser Verpflichtung stehen ohne Zweifel auch Rechte gegenüber, welche in dem §. 58 des Statuts enthalten seien, woselbst es heiße:

Beanstandet der Ausschuß eine Steuererklärung, so wird dem Steuerpflichtigen hiervon unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß gegeben, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über dieselben oder bestimmte an ihn gestellte Fragen zu erklären. Unterläßt dies der Steuerpflichtige, oder werden die Bedenken gegen die Richtigkeit der Steuererklärung durch die Erläuterung oder Ergänzung seitens desselben nicht behoben, so ist der Ausschuß bei Schätzung des Einkommens an die Angabe des Steuerpflichtigen nicht gebunden.

Hieraus gehe hervor, daß im umgekehrten Falle die Einschätzungscommissionen an die Angabe der Steuerpflichtigen gebunden seien, sofern nicht entgegenstehende schwerwiegende Gründe vorliegen. Nun finden sich aber viele Steuererklärungen mit rechnerischen Fehlern vor, indem beispielsweise der Brandcassenwerth des Hauses falsch angegeben oder der Procentsatz für dasselbe zu hoch bemessen sei u. dgl. m. Die Einschätzungscommissionen haben diese Art Beanstandungen einfach abgeändert und das Einkommen des betreffenden Bürgers hiernach ohne dessen weitere Mitwirkung festgesetzt. Daraus ergäbe sich aber eine Schädigung des Steuerpflichtigen, denn er werde nicht davon in Kenntniß gesetzt, weshalb man seiner Erklärung nicht glaube, und er erfahre dann später zu seiner großen Befremdung, daß seine Ein-

schätzung geändert sei, obwohl er doch glaube, daß er sich nach bestem Wissen und Gewissen abgeschätzt habe. Neben dieser Ungerechtigkeit gegenüber dem Steuerpflichtigen liege in dem Verfahren auch noch eine große Unannehmlichkeit für die Einschätzungscommissionen, weil sich dieselben Rechenfehler in den folgenden Jahren in Folge der Unkenntniß des Steuerpflichtigen wiederfinden. Wenn man dem Steuerpflichtigen durch Zusendung einer gedruckten Mittheilung von den vorgenommenen Aenderungen Kenntniß gebe, und ihn auffordere, sich eventuell von der Richtigkeit derselben zu überzeugen, so würden einerseits manche berechtigte Klagen in der Bürgerschaft verstummen und andererseits die Commissionen in Zukunft entlastet werden.

Herr Stadtrath Meyer kann eine Berechtigung der Bürgerschaft, über die Gründe der vorgenommenen Aenderungen in der Steuererklärung eine besondere Benachrichtigung zu erhalten, nicht anerkennen. Die Einschätzungscommissionen müßten dann auch alle für die Aenderungen maßgebend gewesenen Gründe in den Acten schriftlich niederlegen, was bislang nicht geschehen sei. Die von Herrn Hauswaldt vorgebrachte Auslegung des Statuts müsse er bestreiten, denn soweit es sich um rechnerische Versehen handle, nehme man nicht eine Beanstandung der gesammten Steuererklärung vor, welche das Statut meine, sondern es drehe sich dann nur um die Zusammenfügung der Einnahmen oder der Abzüge.

Der Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

### XXXI. Antrag Brückmann und Genossen: Anstellung eines Oberleiters über das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen.

Wie Herr Brückmann ausführt, sei der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, thunlichst bald eine Persönlichkeit anzustellen, welcher die Oberleitung über das städtische Straßenreinigungs- und Kerichtabfuhrwesen im Hauptamte übertragen werde, und ferner im nächstjährigen Haushaltsplane das entsprechende Gehalt vorzusehen“,

aus sachlichen und praktischen Gründen gestellt und solle seine Spitze nicht etwa gegen die Straßenreinigungs-Deputation richten. Es müsse anerkannt werden, daß das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen namentlich im letzten Winter seine volle Schuldigkeit nicht gethan habe, weil die untere Leitung diesem Posten nicht gewachsen sei. Auch in anderen Jahren habe das Institut zu größeren und kleineren Klagen Veranlassung gegeben, die immer auf den leitenden Subalternbeamten zurückzuführen gewesen seien. Beide hier in Frage kommende Aemter seien sehr eng mit einander verknüpft, und dürften auch wichtig genug sein, um für dieselben eine Persönlichkeit anzustellen, welche das Amt mit größerer Energie und Fachkenntniß verwalte, als dieses hier bislang geschehen sei. In Frankfurt a. M. habe man einem pensionirten



Artillerie-Hauptmann die Oberleitung über das Feuerlöschwesen, die Straßenreinigung und die Rehrichtabfuhr übertragen und so könnte man auch hier wenigstens die beiden letzteren Aemter einer geeigneten Persönlichkeit im Hauptamte übertragen.

Den Antrag erhält zunächst die Finanzcommission zur Vorberathung.

Nachdem sodann der Herr Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß zwei Eingaben des Maurermeisters Funke wegen der Tragung von Straßenbaufosten und wegen der Entschädigung für Straßenflächen eingegangen und zunächst der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen seien,  
wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 Uhr bis gegen 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. März 1895.

### Tagesordnung:

|                                                                                                                |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Antrag Meherhoff: Ergänzung der Bauordnung . . . . .                                                        | Seite 284 |
| II. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Kosten für Schulbauten auf den<br>ordenentlichen Etat . . . . .           | " 285     |
| III. Antrag Böschigt u. Gen.: Trennung des Privateinrichtungscontos des<br>Gas- und des Wasserwerkes . . . . . | " 285     |
| IV. Anschaffung einer Locomobile . . . . .                                                                     | " 286     |
| V. Gesuch von Funke wegen Terrainabtretung zur Zimmerstraße . . . . .                                          | " 286     |
| VI. Gesuch von Funke wegen der Straßenkostenbeiträge für den Königstiege . . . . .                             | " 287     |
| VII. Anlage einer elektrischen Beleuchtung des städt. Schlachthauses . . . . .                                 | " 287     |
| VIII. Terrainerwerb und Verkauf am Altwiekringe . . . . .                                                      | " 288     |
| IX. Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aende-<br>rung ihrer Einschätzung . . . . .   | " 289     |
| X. Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses 2c. . . . .                                                             | " 291     |
| XI. Feststellung der Straßenbaukosten am Altwiekringe . . . . .                                                | " 291     |
| XII. Verlängerung des Vertrages mit Carl Wolters u. Co. wegen der Wasser-<br>entnahme . . . . .                | " 292     |
| XIII. Ergänzung des Inventars in der Stadtcasse . . . . .                                                      | " 294     |
| XIV. Verkauf zweier Bauplätze von dem Grundstücke der ehem. Husarencaferne<br>am Augustthore . . . . .         | " 294     |

|         |                                                                                            |           |
|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XV.     | Vertrag mit dem Kunstgärtner Kischbieter . . . . .                                         | Seite 294 |
| XVI.    | Beihilfe zur Beschaffung von Ehrenpreisen für die Jubelfeier des Schützenvereins . . . . . | " 295     |
| XVII.   | Einrichtung einer neuen Classe bei den unteren Bürgerschulen . . . . .                     | " 296     |
| XVIII.  | Erstattung von Wasserrohrkosten . . . . .                                                  | " 296     |
| XIX.    | Erneuerungen und Neueinrichtungen auf dem Gaswerke . . . . .                               | " 296     |
| XX.     | Änderungen an dem Wasserrohrneze . . . . .                                                 | " 297     |
| XXI.    | Auswechslung von Gasröhren . . . . .                                                       | " 297     |
| XXII.   | Beschaffung eines Apparates zur Bereitung von Benzöl-Mischgas . . . . .                    | " 297     |
| XXIII.  | Gesuche um Erlass der Hundesteuer . . . . .                                                | " 298     |
| XXIV.   | Terrainerwerb am Steinwege . . . . .                                                       | " 298     |
| XXV.    | Änderungen beim Schlachthause . . . . .                                                    | " 298     |
| XXVI.   | Beschaffung eines Kochapparates für das Schlachthaus . . . . .                             | " 299     |
| XXVII.  | Gewährung von Rabatt an die größeren Gas-Consumenten . . . . .                             | " 299     |
| XXVIII. | Persönliche Bemerkung des Herrn Rimpau . . . . .                                           | " 300     |
| XXIX.   | Antrag Lange u. Gen.: Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Fürsten Bismarck . . . . .  | " 300     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Wültemann I, Halle, Löbbbecke, Vord, Meyer, Rieß und Semler.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

### I. Antrag Meyerhoff: Ergänzung der Bauordnung.

Ueber den in der Sitzung vom 13. December 1894 gestellten — Seite 212 des Berichts — und von der Statutencommission vorberathenen Antrag berichtet Herr Blasius: Die Commission habe sich vergeblich bemüht, eine Bestimmung in der Bauordnung aufzufinden, aus welcher sich die von Herrn Meyerhoff gewünschte Änderung in das städtische Baustatut hineininterpretiren lasse. So sehr nun auch die Commission anerkenne, daß ein Bedürfniß vorliege, bei Wohngebäuden eine bestimmte Frist festzusetzen zwischen der Vollendung des Rohbaues und der Ausführung des inneren Ausbaues, müsse sie doch zugestehen, daß sich solches nur durch eine Änderung der staatlichen Bauordnung ermöglichen lasse.

Da nun dem Vernehmen nach von dem Herzoglichen Staatsministerium eine solche Änderung schon bestimmt geplant sei, so beantrage die Statutencommission

im Einvernehmen mit dem Antragsteller, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen,  
was geschieht.

## II. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Kosten für Schulbauten auf den ordentlichen Etat.

Wie Herr F ü d e l namens der Finanzcommission über diesen in der Sitzung vom 13. December 1894 gestellten und begründeten Antrag — Seite 213 des Berichts — ausführt, hat diese Frage die Versammlung schon in der Sitzung vom 5. April 1894 — Seite 11 ff. des Berichts — gelegentlich der Etatsberathung beschäftigt und sei schon damals von Herrn Oberbürgermeister P o d e l s ausgeführt, daß in den ordentlichen Etat die regelmäßig und in den außerordentlichen Etat die unregelmäßig wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben gehören. Im Jahre 1883 habe aber die Versammlung beschlossen, die Kosten für Schulbauten aus dem außerordentlichen Etat zu decken. Wenn nun auch die Ansicht des Antragstellers, daß die Schulbauten jetzt alle drei Jahre mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren und daher die Ausgaben hierfür als regelmäßige zu betrachten seien, nicht als unberechtigt anerkannt werden könne, so müsse andererseits doch erwogen werden, daß die Einnahmen aus dem Gas- und Wasserwerke in den einzelnen Jahren so außerordentlich verschieden seien, um es bedenklich erscheinen zu lassen, diese in den ordentlichen Etat einzustellen. Zudem sei zu berücksichtigen, daß die Einwohnerzahl der Stadt voraussichtlich nicht in gleicher Regelmäßigkeit wie bisher fortwachsen werde und daß in der letzteren Zeit eine größere Anzahl von Bauten nicht in Folge Anwachsens der Bevölkerung, sondern aus hygienischen Rücksichten u. nothwendig geworden seien, mithin in Zukunft die Forderungen für Schulbauten auch nicht mit solcher Regelmäßigkeit auftreten würden. Mit Rücksicht hierauf und da ein dringendes Bedürfnis zur Zeit nicht vorliege, man auch mit Sicherheit darauf rechnen könne, daß die Einnahmen aus dem Gas- und Wasserwerke die Ausgaben für Schulbauten decken werden, empfehle die Finanzcommission Ablehnung des Antrages.

Herr Hauswaldt muß diese Etatisirung nach wie vor für unrichtig halten und wird daher seinen Antrag immer wiederholen, sofern er heute abgelehnt werden sollte.

Der Antrag wird darauf abgelehnt.

## III. Antrag P ö s s i g t u. Gen.: Trennung des Privateinrichtungscontos des Gas- und des Wasserwerkes.

Den in der Sitzung vom 13. December 1894 gestellten Antrag — Seite 213 des Berichts — hat die Finanzcommission vorberathen und berichtet namens der-

selben Herr Südel: Die jetzige Verrechnungsweise sei seit dem Jahre 1893 vorgenommen mit Rücksicht darauf, daß die aus dem Privateinrichtungsconto auf das Gaswerk entfallenden Beträge immer geringer geworden seien. Dieselben haben im letzten Jahre nur 6 % der Gesamteinnahme betragen, so daß sie auf die Abrechnung des Gaswerkes gar keinen Einfluß ausüben können. Von der in der Commission aufgetauchten Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, für das Privateinrichtungsconto einen besonderen Etat aufzustellen, sei man zurückgekommen, weil dabei verschiedene Ausgabeposten, wie ein Theil der Beamtengehälter zc., nur schätzungsweise eingestellt werden könnten, und demnach das Bild des Etats doch kein ganz klares werde. Die Finanzcommission empfehle aus allen diesen Gründen im Einverständniß mit den Antragstellern die Ablehnung des Antrages, sie spreche dabei aber den Wunsch aus, daß alljährlich im Etat wenigstens schätzungsweise bemerkt werden möge, wie viel von dem Privateinrichtungsconto auf das Gaswerk entfalle.

Die Angelegenheit ist damit erledigt.

#### IV. Anschaffung einer Locomobile.

Die Deputation zur Aufschließung von Quellschlag empfiehlt die Beschaffung einer Locomobile. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und empfiehlt, zu dem Zwecke die Summe von 6295 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, geschieht.

#### V. Gesuch von Funke wegen Terrainabtretung zur Zimmerstraße.

Der Maurermeister Funke hat die Versammlung ersucht, dafür einzutreten, daß ihm vom Magistrate der für eine 20 qm große Theilfläche des Grundstücks, Zimmerstraße Nr. 5 geforderte Preis von 1080 M bewilligt werde. Der Magistrat hat für diese Fläche einen Einheitspreis von 15 M, also zusammen 300 M geboten.

Wie Herr Wolff namens der Statutencommission berichtet, handle es sich um das Terrain an der Ecke der Draßwischwete und der Zimmerstraße, welches z. B. noch mit einem alten Hause bebaut sei. Wenn man auch zweifelhaft sein könne, ob der vom Magistrate gebotene Preis nicht um etwas erhöht werden könnte, so sei jedenfalls der von dem Eigenthümer geforderte Preis als ungehörig zu bezeichnen. Die Commission empfehle daher, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Bauermeister möchte namens verschiedener Anlieger bitten, diesen Stein des Anstoßes in der Zimmerstraße zu beseitigen, selbst wenn etwas größere

Opfer gebracht werden müßten. Auch der Schönheitssinn werde durch das 1½ m weit in das Trottoir hineinsethende alte Gebäude erheblich verlegt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf hinweisen, daß es sich um ein Opfer handle, welches die Anlieger zu bringen haben. Der Magistrat habe die Frage, ob ein Bedürfniß vorliege, dieses unschöne Haus zu beseitigen, verneinen müssen, da er sich in jener Gegend nicht von ästhetischen Rücksichten leiten lassen könne. Der Gesuchsteller habe das Grundstück angekauft, um das alte Haus niederzureißen und ein neues hinzubauen; es könne ihm daher auch nur der in dieser Gegend übliche Terrainpreis bezahlt werden.

Die Versammlung beschließt, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

#### VI. Gesuch von Funke wegen der Straßenkostenbeiträge für den Königstieg.

Der Maurermeister Funke ist ferner dagegen vorstellig geworden, daß der Magistrat von ihm als Eigenthümer der Häuser N 9 und 9a an der Pflegehausstraße verlange, er solle nicht nur die Straßenbaukosten an der Pflegehausstraße, sondern auch am Königstiege mit tragen. Die Versammlung wird gebeten, zu entscheiden, ob er gezwungen werden könne, diese Last auf sich zu nehmen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff der Ansicht, daß diese Angelegenheit noch weiterer Aufklärung bedürfe und es sich daher empfehle, die Eingabe dem Magistrat zur Vorprüfung zu überweisen, was von der Versammlung beschlossen wird.

#### VII. Anlage einer elektrischen Beleuchtung des städt. Schlachthauses.

Von den theilhabenden Schlachtern und Thierärzten des Schlachthauses ist schon häufig Klage über nicht genügende Beleuchtung der Schlachthallen geführt worden. Die Schlachthaus-Deputation muß diese Beschwerde als gerechtfertigt anerkennen und bringt zwecks Abstellung des Uebelstandes die Einführung elektrischer Beleuchtung für das Schlachthaus in Vorschlag. Der Magistrat ist bereit, diesem Wunsche nachzukommen und hält auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Einrichtung einer elektrischen Anlage für sehr geeignet, da die Arbeiten zur Herrichtung elektrischer Beleuchtung für das Kühlhaus unmittelbar bevorstehen und dadurch Gelegenheit gegeben ist, die gesammte Anlage einheitlich und damit verhältnißmäßig billig herzustellen. Vom Magistrat wird daher beantragt, für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung beider Schlachthallen und der daran entlang führenden Fahrstraßen einen Kostenaufwand von 5540 M zu bewilligen. — In der Sitzung vom 21. Februar 1895 — Seite 279 des Berichtes — hat Herr Wollenweber ebenfalls einen Antrag auf Einführung elektrischer Beleuchtung im Schlachthause gestellt.

Wie Herr Südel berichtet, ist die Finanzcommission einigermassen erstaunt gewesen, daß man für die Anlage eine so große Zahl von elektrischen Lampen in

Aussicht genommen habe. Indessen bei der Eigenartigkeit der Anlage und bei Berücksichtigung des Umstandes, daß im Schlachthause durch die Gerüste sehr viel Schatten erzeugt werde, sei es nothwendig, daß die in Aussicht genommenen 27 Bogenlampen so vertheilt werden, wie es vorgeschlagen sei. Die Commission empfehle daher die Annahme der Vorlage. Uebrigens handle es sich bei dem Schlachthause nicht um eine besondere neue Anlage, sondern nur um die Vergrößerung der für das Kühlhaus vorgesehenen Dynamomaschine.

Herrn Lange muß der Preis für diese Anlage recht hoch erscheinen gegenüber dem betr. Kostenanschlag für die Pumpstation.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Vorlage ein Kostenanschlag der Firma Siemens & Halske zu Grunde liege. Da nachträglich auch noch einige andere Firmen aufgefordert seien, Angebote zu machen, diese aber theilweise noch erwartet würden, so sei es immerhin möglich, daß die Anlage durch eine andere Firma noch billiger hergestellt werde.

Herr Seele will bestätigen, daß ihm nach der Besichtigung der Schlachthallen die vorgesehenen 27 Bogenlampen durchaus nothwendig erscheinen, wenn alle Theile der Halle gut beleuchtet werden sollen.

Herr F ü d e l kann den Preis für die Anlage nach sorgfältiger Prüfung nicht für zu hoch halten, da eine Bogenlampe nur mit 100 M veranschlagt sei.

Herr Meyerhoff vermag den geforderten Preis auch nicht für zu hoch anzusehen. Dagegen scheine es ihm bedenklich, diese Anlage mit der Kühlhausanlage zu verbinden, weil letztere dadurch beeinträchtigt werden könnte. Er empfehle daher, zu prüfen, ob es nicht richtiger wäre, zur Erzeugung des elektrischen Lichtes eine besondere Dampfmaschine aufzustellen.

Herr Stadtrath Meyer will darauf erwidern, daß die städtische Bauverwaltung eine Erweiterung der elektrischen Anlage für das Kühlhaus durch diese Anlage für unbedenklich halte. Die Maschine sei so stark bestellt worden, daß sie diese elektrische Beleuchtung noch mit liefern könne.

Herr Lange will sein Bedenken wegen der Stärke der Maschine durch diese Erklärung als gehoben betrachten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Oberbürgermeister P o c k e l s, Wollenweber, L ö s c h i g k und F ü d e l wird die Magistratsvorlage angenommen.

### VIII. Terrainerwerb und Verkauf am Altwiehringe.

Vom ehemals Siebel'schen Grundstücke an der Helmstedterstraße ist eine Fläche von 61 qm verfügbar geblieben, welche der Magistrat an den Stuckateur Kuhlmann zum Einheitspreise von 15 M verkauft hat. Für denselben Einheitspreis will Kuhlmann seinerseits die von dem ehemals Krühl'schen Grundstücke abzu-

tretende, dem Altemwiefkinge zuzulegende Fläche von 2 qm der Stadt überlassen. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin, diesen Verkauf und Kauf zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für die Herr Uhde berichtet, geschieht.

#### **IX. Antrag Hauswaldt: Benachrichtigung der Steuerpflichtigen bei Aenderung ihrer Einschätzung.**

Namens der Statutencommission berichtet über den in der Sitzung vom 21. Februar 1895 — Seite 280/281 des Berichts — gestellten Antrag Herr Rudeloff: Mit dem Antrage bezwecke Herr Hauswaldt, aus der Praxis der Steueraussschüsse heraus gewisse Unzuträglichkeiten zu beseitigen, welche darin bestehen, daß die Ausschüsse oder das Steuerbureau unrichtige Steuererklärungen ohne Befragung des Steuerpflichtigen kurzer Hand einzubessern pflegen, wenn sie der Meinung seien, daß diese Unrichtigkeiten lediglich auf einem Irrthum, oder einem Versehen, oder einem handgreiflichen Rechenfehler beruhen. Nach der Meinung des Herrn Hauswaldt haben die Steuerpflichtigen ein Recht darauf, in allen diesen Fällen von den geschehenen Beanstandungen und den Gründen derselben benachrichtigt zu werden. In der Statutencommission sei man der Ansicht, daß man den Steuerpflichtigen, wenn man von ihnen die Selbsteinschätzung verlange, auch schuldig sei, sie bei der Veranlagung mit der allergrößten Rücksichtnahme und Loyalität zu behandeln. Die Commission müsse aber darauf aufmerksam machen, daß sich der in dem Antrage liegende Wunsch vollständig erfüllen lasse, wenn die Steueraussschüsse sich nur den §. 58 des Verwaltungsstatuts, welcher schon in der vorigen Sitzung angezogen sei, zur Richtschnur dienen lassen. Einer weiteren Bestimmung bedürfe es nach der Ansicht der Commission nicht, sondern es komme nur darauf an, daß die Ausschüsse nicht zu weitherzig seien, wenn es sich darum handle, zu bestimmen, was eine Beanstandung sei, und sie sich nicht berechtigt glauben, alle solche Fälle, wo Unrichtigkeiten und Irrthümer untergelaufen seien, nicht als eigentliche und materielle Beanstandungen anzusehen, so daß in keinem dieser Fälle eine Benachrichtigung der Steuerpflichtigen für nöthig erachtet werde. Sofern die Ausschüsse sich strenge an die Bestimmungen des Statuts hielten, könnten Unzuträglichkeiten, wie sie Herr Hauswaldt geschildert habe, nicht vorkommen. Wenn nun auch die Ausschüsse vollständig frei nach ihrem Ermessen handeln könnten, so halte es die Commission doch für angemessen, denselben eine gewisse Directive zu geben; sie schlage deshalb vor, einer Resolution zuzustimmen des Inhalts, daß es den Ausschüssen anzuzufempfehlen sei, bei der Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer mit der strengsten Rücksichtnahme auf die Vorschriften



des §. 58 des Verwaltungsstatuts über die Benachrichtigung der Steuerpflichtigen zu verfahren.

Wie weit die Steueraussschüsse mit dieser strengsten Rücksichtnahme gehen wollen, müsse man ihnen schon überlassen, jedoch würde es sich vielleicht empfehlen, wenn die Vorsitzenden der Ausschüsse zusammenträten, um in der Richtung bestimmte Grundsätze aufzustellen. Der Antrag Hauswaldt, welcher nach der Ansicht der Statutencommission aus verschiedenen formellen Gründen nicht annehmbar sei, und auf den der Antragsteller selbst ein Gewicht nicht mehr legen zu wollen erklärt habe, würde sich hierdurch erledigen.

Herr Lange: Die Zulässigkeit der Selbsteinschätzung setze eine Selbstständigkeit voraus, die so weit zu gehen habe, daß der betreffende Steuerpflichtige wenigstens richtig rechnen können müsse. Von den Steueraussschüssen dürfe man nicht verlangen, daß sie jedes einfache Rechenexempel den Steuerpflichtigen vorlegen. Man würde sonst den Ausschüssen Lasten aufbürden, die nicht durchzuführen seien und für die er persönlich sich bedanken müsse. Darum solle man das Maß des Wünschenswerthen auf ein Minimum herunterzudrücken suchen und so wenig wie möglich verlangen.

Herr Hauswaldt erwidert, daß gerade die soeben vom Vorredner dargelegte Ansicht ihn zur Stellung seines Antrages veranlaßt habe, weil er dieselbe als eine falsche bekämpfe. Mit der Selbstherrlichkeit der Commission, welche glaube, den Mitbürger nach ihrem Gutdünken einschätzen zu können, müsse gebrochen werden. Wenn ein Mitbürger mit seiner Namensunterschrift eine Erklärung über seine Vermögensverhältnisse behufs Einschätzung abgebe, so sei man erstmal verpflichtet, dieselbe als richtig anzunehmen. Bisher sei es üblich gewesen, daß man unterschieden habe zwischen einer kleinen Anzahl von Aenderungen, die den Steuerpflichtigen mitgetheilt seien und einer großen Menge von Abweichungen, welche man ohne solche Mittheilung vorgenommen habe, und die hinterher den Steuerpflichtigen in Erstaunen und Entrüstung versetzt haben. Gegen solche selbstherrlichen Abänderungen richte sich sein Antrag. In der Einschätzungscommission zu sitzen, sei absolut kein Vergnügen, weil Jeder die Mitglieder derselben als seine Feinde betrachte, umsomehr müsse die Commission geschützt sein gegen den Vorwurf der Mitbürger, sie ginge mit Willkür vor.

Herr Böschigk tritt ebenfalls gegen die Vornahme willkürlicher Abänderungen in den Steuererklärungen ein. Wenn Jemand in denselben wirklich falsche Angaben mache, unterliege er bekanntlich einer harten Strafe.

Herr Südel muß es auch für wünschenswerth halten, daß bei Abänderungen eine Benachrichtigung stattfinde, in außerordentlich vielen Fällen sei aber eine Rückfrage nicht nöthig, sondern es genüge die Mittheilung an den Steuerpflichtigen,

daß die Einschätzung aus diesem oder jenem leicht faßlichen Grunde geändert sei. Dieses lasse sich leicht durchführen, wenn ein entsprechendes Formular hergestellt werde.

Herr Rudeloff will noch bemerken, daß er ebenfalls auf dem freieren Standpunkte der Herren Südel und Lange stehe und nicht annehmen könne, daß eine gewisse Vergewaltigung in den Arbeiten der Commission eingetreten wäre. Darum hätte er wohl gewünscht, daß Herrn Hauswaldt's Worte ungesprochen geblieben wären und möchte er auch dessen Commission gegen solche Beschuldigung in Schutz nehmen. Wenn z. B. Jemand ungesetzmäßig die Prämie der Aussteuerversicherung von seinem Einkommen abgesetzt habe, so werde die Commission wohl berechtigt sein, diesen Posten zu streichen, ohne daß es einer besonderen Benachrichtigung des Steuerpflichtigen bedürfe.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß in dem Steuerzahler sehr leicht das Gefühl aufkommen könne, er werde vergewaltigt, darum möchte er warnen, einen Unterschied zu machen zwischen Rechen- und anderen Fehlern. Der Steuerpflichtige habe das Recht, in allen Fällen, wo er nicht genau nach seiner Erklärung eingeschätzt sei, zu verlangen, daß ihm der Grund der Aenderung mitgeteilt werde. Oftmals sehe man auch eine Unrichtigkeit als einen Rechenfehler an, während es sich um einen Schreibfehler handle, der an der Schlussumme der Einschätzung nichts ändere.

Auf die Anfrage des Herrn Lange, bis zu welchem Zeitpunkte die Steuerzettel zur Vertheilung gelangen werden, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dieses erst nach der Genehmigung des Stats geschehen könne.

Der Commissionsantrag gelangt sodann zur Annahme.

#### X. Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses etc.

Der Festausschuß für die Feier der 150. Wiederkehr des Stiftungstages der Herzoglichen technischen Hochschule Caroli Wilhelmina hat den Magistrat gebeten, am 25. Juli d. Js. das Altstadt-Rathhaus und den Brunnen auf dem Altstadtmärkte auf städtische Kosten zu beleuchten. Seitens des Magistrates wird beantragt, diesem Gesuche stattzugeben und zu dem Zwecke etwa 130 M zu verwilligen, was auf Empfehlung des Herrn Engelbrecht geschieht.

#### XI. Feststellung der Straßenbaukosten am Altemwiekringe.

Die städt. Bauverwaltung hat die Kosten für den Ausbau des Altemwiekringes auf der Strecke zwischen der Helmstedterstraße und der Kastanienallee auf 160 510,<sup>59</sup> M und den Anliegerbeitrag hiernach auf 255,<sup>46</sup> M für 1 m Frontlänge festgesetzt. Der Antrag des Magistrates, diese Festsetzung zu genehmigen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr N i e k e berichtet, gutgeheißen.

## XII. Verlängerung des Vertrages mit Carl Wolters & Co. wegen der Wasserentnahme.

Dem Herzogl. Hofbrauhaus von Carl Wolters & Co. ist seit dem Jahre 1885 die Entnahme von Wasser aus der Oker gestattet worden. Da der hierüber abgeschlossene Vertrag inzwischen abgelaufen ist, so beantragt die Firma, denselben bis zum 1. April 1900 zu verlängern und als Maximaltemperatur des der Oker wieder zu übergebenden Wassers 35 Grad (statt 30 Grad) festzusetzen. Der Magistrat ersucht, der beantragten Verlängerung des Vertrages mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Entnahme von Wasser in wasserarmer Zeit so lange zu unterbleiben habe, wie solches im Interesse des städtischen Wasserwerkes nach dem Dafürhalten des Magistrates wünschenswerth erscheine. Eine bestimmte Zusicherung darüber, in welcher Temperatur das Kühlwasser der Oker zugeführt werden darf, kann nur von der Flusspolizeibehörde erteilt werden. Für den Eisenbüttler Graben dagegen können, wenn er gereinigt und demselben nur reines Wasser zugeführt wird, nach der Ansicht des Magistrates auch bei höherer Temperatur des Wassers Unzuträglichkeiten nicht entstehen.

Bei der Vorberathung dieses Antrages in der Statutencommission sind nach dem Berichte des Herrn Blasius verschiedene, im Laufe der Zeit beobachtete Uebelstände zur Sprache gekommen. Der Graben habe während der heißen, trockenen Jahreszeit sehr häufig schmutziges, übelriechendes Wasser geführt und mehrfach Veranlassung zur Belästigung der Anwohner der Wolfenbüttlerstraße gegeben. Der Magistrat habe sich im Laufe der Zeit mehrfach mit dieser Angelegenheit beschäftigt und die Firma Wolters auf den Mißstand aufmerksam gemacht. Wenn diese nun auch stets Abhilfe versprochen und geschaffen habe, so seien später doch immer wieder schmutzige, übelriechende Substanzen in dem Graben beobachtet worden. Die Commission habe deshalb geglaubt, Maßnahmen vorschlagen zu sollen, durch welche solche Uebelstände im Interesse der Anwohner und der öffentlichen Gesundheitspflege vermieden würden; sie empfehle daher, den Vertrag mit der Firma Wolters auf unbestimmte Zeit unter dem Anheimgeden zu genehmigen, daß der Magistrat ersucht werde, sich bei der Herzoglichen Kreisdirection als der Flusspolizeibehörde dahin zu verwenden, daß der Firma aufgegeben werde, das ablaufende Wasser wie bisher nur mit einer Temperatur bis zu 30 Grad in den Graben einzuleiten, weil warmes Wasser sehr leicht zu Fäulnißprocessen und üblen Gerüchen Veranlassung geben könne. Ferner werde anheimgegeben, der Firma Wolters mitzutheilen, daß der Vertrag sofort aufgehoben werden könne, wenn einmal wieder

Abwässer in den Graben geleitet würden, sowie den Magistrat zu ersuchen, von Zeit zu Zeit Controluntersuchungen des Grabenwassers vornehmen zu lassen.

Herr Lange empfiehlt, dem letzteren Uebelstande dadurch zu begegnen, daß der Firma aufgegeben werde, das Auslaufloch für Schmutzwasser zuzumauern. (Ruf: Ist bereits geschehen.)

Herr Bues ist der Meinung, daß die Uebelstände hauptsächlich auf die Unreinlichkeit des Grabens selbst zurückzuführen seien. Trotzdem die städtische Bauverwaltung verschiedentlich gebeten sei, die Reinigung des Grabens anzuordnen, habe man seit sieben Jahren nichts in der Sache gethan, so daß in dieser Beziehung endlich einmal Abhilfe geschaffen und außerdem den Anliegern verboten werden müsse, dem Graben Sachen zuzuführen, die nicht hineingehören.

Herr Blasius: Man könne das Eine thun, brauche aber das Andere deshalb nicht zu lassen. Nach den Acten sei die städtische Bauverwaltung bereits im Jahre 1893 vom Magistrate veranlaßt worden, eine gründliche Reinigung des Grabens vorzunehmen, was vielleicht nicht befolgt sei. Was die Sache selbst betreffe, so müsse Herrn Bues beigeistimmt werden, daß ein unreiner Graben, wenn auch nur ganz reines Wasser hineinkomme, rieche, jedoch sei die Selbstreinigungskraft des Wassers so groß, daß dieses in dem hier beobachteten Grabe nicht der Fall sein könne.

Herr Rimpau bemerkt, daß die Firma Wolters & Co. sich hier in der gleichen üblen Lage befinde wie die Stadt, welche auch Alles thue, um ihre Abwässer in Steinhof zu reinigen, während erst die Erfahrung lehren müsse, ob das der Oker zugeführte Wasser allen berechtigten Anforderungen entsprechen werde. Man habe der Firma aufgegeben, dieses Ablaufwasser nicht den Canälen zuzuführen, wozu deren Inhaber als Bürger der Stadt berechtigt wäre, man solle ihr darum möglichst entgegenzukommen und ihre bescheidenen Wünsche zu erfüllen suchen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß es für bedenklich halten, wenn in der Versammlung die Aeußerung falle, daß es höchst zweifelhaft sei, ob die Abwässer in Steinhof so gute seien, um der Oker ohne Bedenken zugeführt zu werden. Hier liege die Sache insofern anders, als die Stadt das Ihrige thue, um der Oker in Steinhof nur reines Wasser zuzuführen, während der Firma Wolters gesagt sei, sie möchte ihr zur Eisfabrikation verwendetes reines Ablaufwasser der Oker direct wieder zuführen, zumal da die Stadt nicht täglich noch 1000 cbm Wasser in ihren Canälen gebrauchen könne. Jedenfalls sei aber die Firma verpflichtet, nur reines Wasser in den Graben ablaufen zu lassen.

Herr Böschigt hält eine Reinigung des Grabens für durchaus nothwendig. Die Firma Wolters könne seiner Meinung nach so gut wie jeder andere Einwohner verlangen, daß das Ablaufwasser den Canälen zugeführt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Dann erhalte die Firma von der Stadt kein Wasser.

Herr Blasius möchte Herrn Rimpau gegenüber noch erwähnen, daß den Wünschen der Firma Wolters nur insoweit nicht entgegengekommen werden solle, als der Vertrag auf unbestimmte Dauer und nicht genau auf zehn Jahre abgeschlossen und das Ablaufwasser dem Graben nur in einer Wärme von 30 Grad statt 35 Grad zugeführt werden solle. Mit diesen Bedingungen könne sich die Firma sehr wohl zufrieden geben.

Der Commissionsantrag wird hierauf genehmigt.

### XIII. Ergänzung des Inventars in der Stadtcasse.

Da sich die Schlafstelle des Cassenwächters Nordmann in einem so traurigen Zustande befindet, daß an eine Besserung derselben gedacht werden muß, so giebt der Magistrat anheim, für diesen Zweck eine neue Schlafkiste nebst Zubehör zum Betrage von 140 M zu beschaffen.

Der Antrag gelangt auf Befürwortung des Herrn Müller zur Annahme.

### XIV. Verkauf zweier Baupläze von dem Grundstücke der ehem. Fusarencaferne am Augustthore.

Die beiden letzten noch verfügbaren Baupläze von dem Grundstücke der ehemaligen Fusarencaferne am Augustthore sind in einer Größe von 4,72 a vom Magistrate versteigert worden. Das Höchstgebot auf die Plätze hat der Bauunternehmer Rosenthal mit überhaupt 60 000 M, d. i. 48,48 M pro qm, abgegeben. Da dieser Preis nach der Ansicht des Magistrates angemessen sein dürfte, so ersucht derselbe, den Verkauf zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Uhde den Antrag für die Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

### XV. Vertrag mit dem Kunstgärtner Rischbieter.

Im Jahre 1893 ist das Expropriationsverfahren wegen einer 5,78 a großen Theilfläche des an der Pflegehausstraße gelegenen Rischbieter'schen Gartens eingeleitet. Diese Fläche ist zur Anlegung der verlängerten Thomaestraße bestimmt. Im Verlaufe des Verfahrens hat sich der Kunstgärtner Rischbieter nunmehr zur Annahme eines Vergleiches verstanden, der ihm vom Magistrate schon im Güteverfahren angeboten, von dem Genannten damals aber abgelehnt war. Der Magistrat ersucht daher, ihn zur Abschließung des Vergleiches zu ermächtigen.

Namens der Baucommission beantragt Herr Uhde, den Vergleich zu genehmigen.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob Rischbieter nach dem Vertrage von den Straßenbaukosten befreit werden solle, erwidert

Herr Bürgermeister Kete meyer, daß der Magistrat zweifelhaft sei, ob das große Rischbieter'sche Grundstück in seiner ganzen Ausdehnung kostenpflichtig werde, sobald auf demselben ein Haus errichtet werden sollte. Deshalb habe man sich mit Rischbieter dahin verständigt, daß nur ein entsprechender Theil des Grundstücks kostenpflichtig werde, wenn er das Haus auf die Ecke des Grundstücks setze. Wenn das Haus aber einen anderen Platz erhalte, solle das ganze Grundstück kostenpflichtig werden; ebenso, wenn dieses weiter bebaut werde.

Nachdem Herr Kieke noch bemerkt hatte, daß die Stadt sich auch verpflichtet habe, das Terrain zu egalifiren, wird die Vorlage angenommen.

#### XVI. Beihilfe zur Beschaffung von Ehrenpreisen für die Jubelfeier des Schützenvereins.

Die Schafferei des hiesigen Schützenwesens hat um Gewährung von Ehrenpreisen für das hier im Juni stattfindende Festschießen des nordwestdeutschen Bezirksvereins in Verbindung mit dem diesjährigen Königsschießen und der 350 jährigen Jubelfeier der Braunschweiger Schützengesellschaft gebeten. Dem Antrage des Magistrates, für diesen Zweck 300 M. zu verwilligen,

bittet Herr Müller zuzustimmen, weil solche Feste den Verkehr heben und der Bürgerschaft zu Gute kommen.

Herr Günther kann sich nicht damit einverstanden erklären, solche Spielerei noch zu unterstützen, man müßte sonst mit demselben Rechte auch Turn- und Gesangsvereinen bei ihrem Jubiläum eine Unterstützung zu Theil werden lassen.

Herr Kieke muß sich ebenfalls gegen die Bewilligung aussprechen. Die Schützengesellschaft erhalte bereits einen städtischen Zuschuß von jährlich 625 M. und außerdem für Musik 78 M. Andere Vereine, welche tanzen wollen, müssen sich auch auf ihre eigenen Kosten etwas aufspielen lassen. Mit der 350 jährigen Stiftungsfeier sei es auch eitel Humbug, weil sich das gar nicht mehr feststellen lasse. Bei Ausstellungen u., die einen praktischen Zweck haben, sei er gern bereit, etwas zu bewilligen, aber für derartige Spielereien etwas auszugeben, halte er für unzumuthbar. Wenn durch die Festlichkeit sich Verkehr in der Stadt entwickele, sei dieses für die Bürgerschaft ganz angenehm, aber man könne hiermit nicht diese Geldanforderung motiviren, welche der längst veralteten Schützengesellschaft auf die Beine helfen solle.

Herr Wollenweber bittet um Genehmigung der beantragten Summe, da es sich um eine Gemeinschaft handle, die schon Jahrhunderte bestehe und die früher mit bedeutenden Privilegien ausgestattet gewesen sei. Da der Verkehr sich in der Stadt während der Festtage erheblich steigere, so habe die Einwohnerschaft nur Vortheil aus der Veranstaltung. Der städtische Ehrenpreis übe immer eine starke

Anziehungskraft auf die fremden Schützen aus, so daß bei Verweigerung desselben der Zuzug wesentlich schwächer ausfallen könne.

Herr Aßmann kann das Schützenwesen nicht mehr für zeitgemäß halten, man solle es daher ebenso einzuschränken suchen wie die veraltete Messe und es nicht noch unterstützen. Darum bitte er um Ablehnung der Vorlage.

Die Bewilligung der beantragten Unterstützung wird darauf beschlossen.

#### XVII. Einrichtung einer neuen Classe bei den unteren Bürgerschulen.

Da die bisher bewilligten Schulclassen für die zu Ostern neu in die städtischen Bürgerschulen eintretenden Kinder nicht ausreichen, so beantragt der Magistrat, außer den schon bewilligten fünf Classen die Einrichtung noch einer weiteren Classe zu genehmigen, sowie für Besoldung einer neuen Lehrkraft die Mittel zu bewilligen, was auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Blasius berichtet, geschieht.

#### XVIII. Erstattung von Wasserrohrkosten.

Auf Antrag der hiesigen Schützengesellschaft ist im Mai vorigen Jahres auf deren Kosten das Hauptwasserrohr auf der Hamburgerstraße um 80 m verlängert, wofür von der genannten Gesellschaft 534,50 M. bezahlt wurden. Da der Anforderung im §. 14 des Ortsbaustatuts jetzt Genüge geschehen ist, und deshalb die Kosten von der Stadt zu übernehmen sind, so ersucht die Gesellschaft um Rückzahlung der verauslagten Summe. Dieser Antrag wird von dem Magistrate gutgeheißen

und von der Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, angenommen.

#### XIX. Erneuerungen und Neueinrichtungen auf dem Gaswerke.

Die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke hat beantragt, auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße folgende Erneuerungen, bezw. Neueinrichtungen zu treffen:

- 1) Die Anlage einer neuen Ammoniak-Wassergrube; 2) die Beschaffung zweier neuer Dampfkessel an Stelle der alten abgängigen und zu kleinen Kessel; 3) die Anlage eines überbauten Theerbehälters nebst einer Theerpumpe; 4) die Beschaffung eines Theerauscheiders, welcher zur Reinhaltung des Gases nöthig ist.

Der Magistrat giebt anheim, diesen Anträgen zuzustimmen und zu dem Zwecke 27 200 M. zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Südel die Vorlage namens der Finanzcommission zur Annahme empfohlen hatte.

## XX. Aenderungen an dem Wasserrohrnetz.

In der Kaiserstraße zwischen der Reichenstraße und dem Wollmarke ist ein Wasserrohr schadhaft geworden und muß durch ein neues ausgewechselt werden. Ferner ist der Einbau eines Wasserschiebers in der Frankfurterstraße, sowie eine Wasserentleerungsvorrichtung in der Schleinitzstraße erforderlich. Auf Empfehlung der betreffenden Deputation beantragt der Magistrat, diese Aenderungen zu genehmigen und hierfür 843,<sup>65</sup> M zu verwilligen.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Seele berichtet, zugestimmt.

## XXI. Auswechselung von Gasröhren.

Im Laufe des Winters hat sich wieder der Uebelstand gezeigt, daß von dem Gaswerke an der Taubenstraße nicht genügende Gasmengen abgegeben werden können, weil die Gasrohrverbindungen dieses Werkes mit den Hauptverbrauchsstellen zum Theil noch nicht weit genug sind. Um die Leistungsfähigkeit des Gaswerkes ausnutzen zu können, werden daher Röhrenausswechselungen an folgenden Stellen empfohlen: Wendenstraße vom Werder bis zum Hagenmarke, Beckenwerperstraße vom Wollmarkt bis zum Nadelkinte, Nebenstraße von der Nationalbrauerei bis zum Büldenwege und zwischen der Beckenwerperstraße und der Petritthorpromenade, woselbst 150 mm weite Röhre gelegt werden sollen. Außerdem werden noch Auswechselungen von Gasröhren für folgende Stellen beantragt: Bertramstraße zwischen Campe- und Leonhardstraße, Straße am Gaußberge zwischen Wenden- und Bammelsburgerstraße. Die Verwilligung der hierdurch im anschlagsmäßigen Betrage von 19321 M 98  $\text{h}$  entstehenden Gesamtkosten giebt der Magistrat anheim

und beschließt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche ebenfalls Herr Seele berichtet.

## XXII. Beschaffung eines Apparates zur Bereitung von Benzol-Mischgas.

Nachdem die Versuche auf dem Gaswerke an der Taubenstraße ergeben haben, daß durch Zuführung von Benzoldämpfen, als Ersatz von Gas- und Cannelkohlen, die Leuchtkraft des Steinkohlengases auf die hier vorgeschriebene Höhe gebracht werden kann, dabei die Erzeugungskosten bei den z. Z. bestehenden Benzolpreisen nicht unwesentlich vermindert werden, hat die Deputation für die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke empfohlen, auf dem Gaswerke an der Taubenstraße einen Apparat zur Bereitung von Benzol-Mischgas aufzustellen und in Betrieb zu nehmen. Dieser Apparat würde einschließlich der Aufstellung einen Kostenaufwand



von 4600 M erfordern und müssen außerdem 40 Stück schmiedeeiserne Benzolfässer à 60 M für 2400 M angeschafft werden, wenn nicht die Benzollieferanten solche stellen. Mit Rücksicht darauf, daß bei Anwendung des genannten Verfahrens die Leuchtstärke des Steinkohlengases die hier vorgeschriebene Höhe erreicht, die Herstellungskosten aber nicht unwesentlich vermindert werden und die Einrichtungskosten dem gegenüber nicht zu sehr ins Gewicht fallen, stellt der Magistrat das Ersuchen an die Versammlung, die betreffende Anlage zu genehmigen und die Kosten bis zum Betrage von 7000 M zu bewilligen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele anheimgeben, dieser Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

### XXIII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Das Gesuch des ehemaligen Notendruckers Carl Wolff um Freigabe eines Wachhundes lehnt die Versammlung der bisherigen Gepflogenheit gemäß ab. Dagegen wird beschlossen, dem Bäckermeister Müller die gegen sein Wissen und seinen Willen eingezahlte Steuer für einen Hund, welchen sein Sohn nur einige Tage gehabt hat, zurückzuzahlen.

### XXIV. Terrainerwerb am Steinwege.

Der Kaufmann Steinhausen beabsichtigt, sein am Steinwege M. ass. 1924 gelegenes Grundstück neu zu bebauen. In diesem Falle muß der Genannte eine 16,6 qm große Theilfläche an die Stadtgemeinde abtreten. Dem Ersuchen des Magistrates, hierfür eine Entschädigung von 200 M pro qm zu zahlen,

stimmt die Versammlung, auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr U h de berichtet, zu.

### XXV. Aenderungen beim Schlachthause.

Die Schlachthaus-Deputation hat an die städtischen Behörden das Ersuchen gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zum Schlachthause gehörige Länderei am Mittelwege entlang eingefriedigt werde und auf dem Hofe des Schlachthauses noch weitere Hundeställe eingerichtet werden. Der Magistrat hält diese Anträge für begründet und ersucht, für den Zweck 2000 M und bezw. 500 M, zusammen 2500 M zu verwilligen.

Wie Herr Südel berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage unter dem ausdrücklichen Hervorheben, daß zu der Einfriedigung Cementsockel Verwendung finden.

Der Antrag wird angenommen.

## XXVI. Beschaffung eines Kochapparates für das Schlachthaus.

Eine große Menge von Fleisch, welches jetzt wegen gewisser Krankheiten der Thiere dem Consum entzogen ist, würde unbedenklich als Nahrungsmittel Verwendung finden können, wenn die in demselben vorhandenen nachtheiligen Bestandtheile unschädlich gemacht wären. Um dieses zu erreichen, geht die Schlachthaus-Deputation mit der Absicht um, für das Schlachthaus einen Kochapparat zu beschaffen, in welchem das an sich ungenießbare Fleisch desinficirt und damit dem menschlichen Genuß zugänglich gemacht werden kann. Der Magistrat kann dieses Vorhaben nur billigen und zwar umsomehr, als bisher das für ungenießbar erklärte Fleisch, soweit dasselbe gesetzlicher Bestimmung zufolge nicht vernichtet werden muß, den Schlachtern belassen wird und damit einer mißbräuchlichen Verwendung Thür und Thor geöffnet ist. Der Magistrat unterstützt daher den Antrag der Schlachthaus-Deputation auf Beschaffung eines Rohrbeck'schen Patent-Fleischdesinfectors, welcher exclusive Montage und Anschlußrohr 4750 M kostet. Die Aufstellungs- und Anschlußkosten werden sich auf ungefähr 250 M belaufen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, dem Antrage zuzustimmen und zu diesem Zwecke 5000 M zu verwilligen.

Namens der Finanzcommission wird die Vorlage von Herrn Südel befürwortet und darauf von der Versammlung nach kurzer Besprechung angenommen.

## XXVII. Gewährung von Rabatt an die größeren Gas-Consumenten.

Die Versammlung hatte den Magistrat in der Sitzung vom 13. December 1894 ersucht, den größeren Gasconsumenten Rabatt zu gewähren. Die Deputation für die städt. Gas- und Wasserwerke empfahl daraufhin, denjenigen Consumenten, welche mehr als 4000 cbm Gas jährlich beziehen, einen Rabatt zu bewilligen, wobei folgende Preise zur Anwendung kommen sollten: für die ersten 4000 cbm 17 S pro cbm, für Mengen über 4000—8000 cbm 16 S und für noch größere Mengen 15 S pro cbm. Hiernach würden von den im Rechnungsjahre 1893/94 vorhanden gewesen 3009 Abnehmer von Leuchtgas 129 Rabatt zu empfangen gehabt haben und wäre dadurch ein Ausfall an Einnahmen von rund 14 000 M entstanden. Unter diesen 129 Abnehmern befindet sich auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Behörden, bei welchen eine Ermäßigung des Gaspreises wohl kaum in Frage kommen dürfte, ferner eine Menge größerer Gewerbetreibender, bei denen ein solcher Rabatt nicht wesentlich ins Gewicht fällt. Der Magistrat kann sich daher nicht entschließen, dem Wunsche der Versammlung zu entsprechen. Die Herstellungskosten für Gas werden sich außerdem nach Einführung der Benzolmischgas-Fabrikation voraussichtlich auch derartig ermäßigen, daß der Gaspreis allgemein herabgesetzt werden kann.

Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß.

### XXVIII. Persönliche Bemerkung des Herrn Kimpau.

Herr Kimpau will Herrn Bürgermeister Ketemeyer gegenüber bemerken, bei Berathung des Punktes 12 der Tagesordnung nicht gesagt zu haben, es sei im höchsten Grade zweifelhaft, ob die Anlagen der Rieselfelder gut functioniren würden, sondern er habe geäußert, daß hierüber erst die Zukunft Aufschluß geben könne. Persönlich habe er die feste Hoffnung, daß sich die Anlagen gut bewähren werden.

### XXIX. Antrag Lange und Gen.: Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Fürsten Bismarck.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, gemeinschaftlich mit ihr zu beschließen:

„1) Die Stadt Braunschweig verleiht Sr. Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht.

2) Herr Oberbürgermeister Pockels und Herr Stadtverordneten-Vorsteher, Justizrath Semler werden mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut und die Mittel hierzu bewilligt“.

Gleichzeitig wird der Antrag gestellt, die Sache in geheimer Sitzung zu behandeln“.

Der in vertraulicher Sitzung berathene Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 24 : 4 Stimmen angenommen.

Dauer der öffentlichen Sitzung von 4 bis 6¼ Uhr.

---